

# CDU

---

**18. Bundesparteitag  
Düsseldorf**

---

**25. - 27. Januar 1971**

---

**Niederschrift**

---









18. BUNDESPARTEITAG DER CDU

**Verlag: Union Betriebs GmbH, Bonn**

**Redaktion: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Bonn**

**Druck: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, 42 Oberhausen (Rhld.) + Düsseldorf.**

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

# 18. CDU-Bundesparteitag

Düsseldorf, 25.—27. Januar 1971

## Niederschrift

Presse- und Informationsdienste der Christlich Demokratischen Union  
Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn



# Inhaltsverzeichnis

Montag, 25. Januar, Vormittagssitzung . . . . .	7
Eröffnung Dr. h. c. Dr. Kurt Georg Kiesinger . . . . .	7
Wahl des Parteitagspräsidiums . . . . .	10
Totenehrung . . . . .	10
Begrüßung der Ehrengäste . . . . .	12
Wahl der Antragskommission . . . . .	17
Begrüßungsrede Franz-Josef Strauß . . . . .	18
Begrüßungsrede Oberbürgermeister Becker . . . . .	24
Begrüßungsrede Dr. Karl Schleinzer . . . . .	26
Begrüßungsrede Frau Liisa Mäkinen . . . . .	28
Rede des Generalsekretärs Dr. Bruno Heck . . . . .	29
Beginn der Beratung über das Berliner Programm, 2. Fassung . . . . .	43
Gesamtgliederung . . . . .	45
Präambel . . . . .	49
Montag, 25. Januar, Nachmittagssitzung . . . . .	61
Bericht der Mandatsprüfungskommission . . . . .	61
Fortsetzung der Programmberatung . . . . .	61
Kapitel I: Bildung, Wissenschaft und Forschung; Gliederung . . . . .	62
Beratung der Ziffern 27–29* . . . . .	63
Kindergarten und Schule; Ziffern 30–35 . . . . .	69
Berufliche Bildung; Ziffern 36–38 . . . . .	97
Erwachsenenbildung; Ziffer 39 . . . . .	124
Hochschule; Ziffern 40–46 . . . . .	127
Lehr- und Lernmethoden; Ziffer 47 . . . . .	142
Bildungsberatung, Bildungsplanung, Bildungsfinanzierung; Ziffern 48–52 . . . . .	143
Forschungsförderung; Ziffern 53–56 . . . . .	155
Kulturförderung; Ziffer 57 . . . . .	157
Freizeit und Sport; Ziffern 58–60 . . . . .	160
Dienstag, 26. Januar, Vormittagssitzung . . . . .	163
Rede des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel . . . . .	163
Rede Dr. Ferdinand Friedensburg . . . . .	182
Fortsetzung der Programmberatung . . . . .	186
Kapitel III: Die Soziale Marktwirtschaft – Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung; Gliederung und Überschrift, Grundsatzdiskussion . . . . .	186
Begrüßung einer polnischen Parlamentsdelegation . . . . .	201
Soziale Marktwirtschaft; Ziffern 61 und 62 . . . . .	208
Konjunkturpolitik; Ziffer 63 . . . . .	216
Finanz- und Steuerpolitik; Ziffern 64–66 . . . . .	221

Dienstag, 26. Januar, Nachmittags-sitzung . . . . .	226
Fortsetzung Finanz- und Steuerpolitik; Ziffern 64–66 . . . . .	226
Wettbewerb und Verbraucher; Ziffer 67 . . . . .	230
Mittelstand, Ziffer 68 . . . . .	238
Strukturpolitik; Ziffern 69–71 . . . . .	241
Mitbestimmung; Ziffer 72 . . . . .	246
Sozialbudget, Soziale Infrastruktur, Arbeitsmarktpolitik; Ziffern 76–80 . . . . .	318
Agrarpolitik; Ziffern 81–84 . . . . .	323
Verkehrspolitik; Ziffern 85–89 . . . . .	330
Energiepolitik; Ziffer 90 . . . . .	333
Familienpolitik; Ziffern 91 und 92 . . . . .	333
Die Frau in der Gesellschaft; Ziffern 93 und 94 . . . . .	341
Jugend; Ziffern 95 und 96 . . . . .	344
Soziale Sicherung; Ziffern 97–103 . . . . .	347
Gesundheit; Ziffern 104–106 . . . . .	358
Vermögensbildung; Ziffern 73–75 . . . . .	371
Mittwoch, 27. Januar . . . . .	387
Kapitel IV: Bürger, Gesellschaft, Staat; Überschrift, Gliederung . . . . .	387
Demokratische Ordnung; Ziffern 107–113 . . . . .	388
Verwaltung und öffentlicher Dienst; Ziffern 114 und 115 . . . . .	401
Rechts- und Justizpolitik; Ziffern 116–121 . . . . .	404
Raumordnung, Städte- und Wohnungsbau; Ziffern 122–125 . . . . .	426
Umweltschutz; Ziffern 126–131 . . . . .	435
Begrüßung einer rumänischen Jugenddelegation . . . . .	442
Rede Dr. Kurt Georg Kiesinger zum bisherigen Parteitagsvorlauf . . . . .	442
Rede Dr. Gerhard Schröder zur Ostpolitik . . . . .	446
Fortsetzung der Programmberatung – Kapitel I: Deutschland in Europa und in der Welt; Überschriften und Gliederung . . . . .	453
Ziffern 1–6 . . . . .	457
Deutschlandpolitik; Ziffern 7–10 . . . . .	460
Europapolitik; Ziffern 11–15 . . . . .	477
Ostpolitik; Ziffern 16–18 . . . . .	488
Entwicklungspolitik; Ziffern 19 und 20 . . . . .	516
Sicherheitspolitik; Ziffern 21–26 . . . . .	519
Zusatzanträge zum Berliner Programm, 2. Fassung . . . . .	524
Schlußabstimmung über das Berliner Programm, 2. Fassung . . . . .	528
Sonstige Anträge an den Parteitag . . . . .	528
Schlußansprache Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger . . . . .	531
Anhang: Wortlaut des Berliner Programms, 2. Fassung . . . . .	545
Namensregister . . . . .	591

\* Die Ziffern beziehen sich in ihrer Reihenfolge auf das verabschiedete Programm, nicht auf die Vorstandsvorlage

# Montag, 25. Januar 1971

## Eröffnung in der Messehalle D, Düsseldorf

### Beginn 9 Uhr

**Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne den 18. Parteitag der Christlich Demokratischen Union und heiße Sie alle, Freunde wie Gäste, von Herzen willkommen.

Lassen Sie mich unserer Arbeit einige wenige Bemerkungen voranschicken! Dieser Parteitag, meine Freunde, steht im wohl schwersten Jahr in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, und wir sollten uns dies bei der Arbeit dieser Tage vor Augen halten. Seit unserem Parteitag in Mainz ist in diesem Lande vieles geschehen, und leider hat sich bestätigt, was wir befürchtet hatten. Diese Regierung der Linkskoalition hat im Inneren versagt, vor allem in der Wirtschaftspolitik, der Finanzpolitik, der Bekämpfung der Inflation und dem Unterlassen jener inneren Reformen, die sie so lautstark verkündet hat.

(Zustimmung)

Diese Regierung hat sich in ein überstürztes ostpolitisches Abenteuer eingelassen und dabei ohne sachliche Notwendigkeit und ohne Gegenleistung wichtigste deutsche Positionen preisgegeben,

(Zustimmung)

ohne daß dafür bis zu dieser Stunde in der Welt eine Minderung der Spannungen sichtbar geworden wäre. Die bisherigen Ergebnisse dieser Politik werden – wie immer die vordergründigen Stellungnahmen jenseits unserer Grenzen aussehen mögen – von der ganzen Welt, im Osten wie im Westen, als ein großer Erfolg der sowjetischen Politik und als eine bedeutende Stärkung ihrer Macht gewertet.

(Erneute Zustimmung)

Die Hektik ihres Vorgehens hat diese Regierung in eine Zwangslage versetzt, in der sie von Mal zu Mal Positionen, die selbst sie ursprünglich halten wollte, abgeschwächt oder preisgegeben hat. Und diese gefährliche Entwicklung droht sich fortzusetzen.

Diese Politik wird um so bedenklicher, wenn man weiß – und der Außenminister hat dies selbst vor kurzem zugegeben –, daß diese Politik dieser Regierung in diesem Bundestag wahrscheinlich keine Mehrheit findet, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall)

Oder soll etwa vom Zufall des Krankenstandes im Bundestag eine der schwersten Entscheidungen der deutschen Geschichte abhängig gemacht werden? Dies ist das Ergebnis des arroganten Versuchs der Bildung einer zu schwachen Koalition mit ehrgeizigen politischen Zielen gegen die stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik, meine Damen und Herren!

(Erneuter Beifall)

Nun sage ich es in Ihrer aller Namen und vor aller Welt, damit wir ja nicht mißverstanden werden: Die Christlich Demokratische Union läßt sich in Ihrer Bereitschaft zur Verständigung und zur Sicherung des Friedens von niemandem übertreffen! Das haben wir bewiesen.

(Beifall)

Aber das große Werk des Friedens, meine Freunde, braucht Partner, die den Willen haben, sich entgegenzukommen, braucht Wachsamkeit, Klarheit, Stetigkeit, Geduld und Zeit. Das ist das Fundament, auf welchem die CDU ihre Friedenspolitik gebaut hat und weiterbauen wird — mit jedem zusammen, der dazu bereit ist.

(Beifall)

Die Landtagswahlen des vergangenen Jahres haben dieser Regierung und ihrer Politik eine deutliche Absage gebracht und zugleich den Unionsparteien einen eindrucksvollen Beweis des Vertrauens unserer Bevölkerung. Diese Bevölkerung, meine Freunde, setzt auf die Union die große Hoffnung, und diese Hoffnung werden und dürfen wir nicht enttäuschen.

(Beifall)

Wir werden diese Hoffnung im Sinn haben bei den Beratungen dieser Tage über unser Aktionsprogramm, das die Grundlage bilden soll für unsere zukünftige Politik im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden.

Wir werden nichts Neues, völlig Neues aus dem Boden stampfen. Wir werden Erprobtes bestätigen, und wir werden Neues wagen, wo es gewagt werden muß. Wir werden Reformen zu bedenken und zu beschließen haben, aber nicht als modischen Aufputz und schon längst nicht zur Beschwichtigung utopischer Ideologien, sondern um der Sache willen, wo die Sache Reformen verlangt.

(Beifall)

Dabei wird die weltgespannte Union der Mitte — und wir werden in der Mitte bleiben, auch wenn es manchem unserer Gegner nicht paßt, meine Damen und Herren —,

(Beifall)



dabei wird diese Union der Mitte wie eh und je eine Vielfalt der Meinungen und Interessen zu integrieren, d. h. unter einer großen Leitidee zusammenzuführen haben. Einige unserer Kritiker meinen, diese Leitidee, der geistige Standort der CDU, komme in unserem Aktionsprogramm nicht genügend zum Ausdruck. Dabei kann, meine Freunde, kein Zweifel daran sein, daß auch die Leitidee dieses Parteitages wie seit eh und je die Freiheit des Menschen zur Verwirklichung der Fülle seiner Existenz ist.

Dabei wissen wir nur zu gut, daß wir den Idealen in vielen Fällen noch ferne sind und daß es oft nur gerade eben zu einer erträglichen Existenz des Menschen in der Verwirklichung unserer Zeit reicht. Um so mehr müssen wir uns angespornt fühlen, dem Ideal nahezukommen.

Wir setzen um dieser Idee, dieser Leitidee der Freiheit willen dem Satz des Godesberger Programms der Sozialdemokratischen Partei, daß die Demokratie sich erst im Sozialismus vollende und dort zu ihrer vollen Entfaltung komme, unser entschiedenstes Nein entgegen!

(Beifall)

*Wir tun das, weil wir vom Menschen höher denken und ihm Größeres zutrauen, als die Sozialisten es tun. Darum widersetzen wir uns der Verkümmernng des Menschen durch politische und gesellschaftliche Mächte, weil wir ihm die Chance der freien Entfaltung seiner Gaben und Kräfte, also seine menschliche Würde wahren wollen. Wir wollen nicht gängeln wie die anderen, wir wollen dem Menschen zu seiner äußeren und inneren Freiheit helfen. Und solche Menschen werden es dann auch sein, die in Staat und Gesellschaft viel Besseres zu leisten vermögen als die abgeschliffenen Massen in einer sozialistischen Demokratie.*

Meine Damen und Herren, daß über alledem das große Wort und die große Forderung der sozialen Gerechtigkeit steht, bedarf bei uns nach all der mühevollen Arbeit der vergangenen Jahre unter unserer Führung keiner weiteren Unterstreichung.

Meine Damen und Herren! Das wird bei jeder Frage, über die wir uns in den nächsten Tagen auseinandersetzen werden, seine Rolle spielen. Immer wieder werden wir danach blicken müssen.

Nun, auch für die Union gilt der Satz „Einigkeit macht stark“, so banal er sei; und der Vorsitzende hat die Pflicht, Sie darauf hinzuweisen. Meine Freunde! Lassen wir uns nicht durch jene beflissenen Ratgeber verwirren, die Tag für Tag mit den angeblichen oder wirklichen Sach- und Personalproblemen der Union ihre Feuerchen schüren, und liefern wir Ihnen vor allem nicht selber Brennholz für ihre Feuerchen.

(Zustimmung)

Wir werden mit unseren Problemen ganz gut auf sehr demokratische Weise und in Freundschaft miteinander allein fertigwerden.

Meine Damen und Herren! Was für uns in der CDU gilt, das gilt selbstverständlich auch im Verhältnis der beiden Schwesternparteien CDU und CSU. Wer mit dem Gedanken spielen würde, daß sich CDU und CSU auseinandertreiben ließen, der müßte sich ja auch mit dem Gedanken abfinden, daß das das Ende jeder politischen Führungsmöglichkeit der Union in diesem Lande, das sie gemeinsam aufgebaut hat, bedeuten würde.

(Beifall)

Wer daher so spekuliert, spekuliert falsch. Ich bin fest überzeugt, daß niemand in den Reihen der Union der CDU und CSU so spekuliert; und ich bin überzeugt, unser Freund Franz Josef Strauß, den ich herzlich in unserer Mitte begrüße,

(Anhaltender Beifall)

wird dazu ein klärendes Wort zu sagen haben.

Freilich, Einigkeit will im vollsten Sinne des Wortes errungen werden.

So werden wir auch in den kommenden Tagen, heute und morgen, miteinander um wichtige Fragen ringen. Worauf es ankommt, ist, daß wir es in Freundschaft und in gegenseitigem Respekt tun. Der Berliner Parteitag, meine Freunde, hat gerade durch die Offenheit, die Lebendigkeit und durch das Niveau seiner Diskussionen der CDU weithin Achtung gewonnen. Ich hoffe, daß diese vorbildliche demokratische Tradition sich an diesem Düsseldorfer Parteitag fortsetzen wird; und dazu, meine Freunde, wünsche ich uns allen von ganzem Herzen Glück und Erfolg.

Wir kommen nun zur Wahl des Präsidiums dieses Parteitages. Der Bundesvorstand schlägt Ihnen als Tagungspräsidenten den Vorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes, unseren Freund Heinrich Köppler, als Vorsitzenden vor.

(Beifall)

Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden?

(Zustimmung durch Beifall)

Das ist der Fall. Dann darf ich Ihnen die übrigen vom Vorstand Vorgeslagenen zusammen nennen.

(Zustimmung)

Dies sind: Frau Dr. Ilse Becker-Döring, Frau Lieselotte Pieser, Dr. Alfred Dregger, Dr. Georg Gölter, Herr Peter Lorenz, Herr Adolf Müller, Remscheid, Herr Heinrich Windelen und Dr. Manfred Wörner.

Sind Sie mit diesem Vorschlag des Vorstands einverstanden?

(Zustimmung durch Beifall)

Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich stelle fest, daß Sie das Präsidium des Parteitages gewählt haben. Ich bitte unseren Freund Heinrich Köppler und die übrigen Mitglieder des Präsidiums, ihres Amtes zu walten.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler**, das Präsidium übernehmend: Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir zunächst, noch den Vorschlag des Bundesvorstands für die Wahl des Tagungspräsidiums zu ergänzen. Der Bundesvorstand hat noch unseren Freund Wilfried Hasselmann vorgeschlagen. Darf ich Sie fragen, ob Sie mit dieser Ergänzung des Vorschlages einverstanden sind?

(Zustimmung durch Beifall)

Ich danke Ihnen. Dann darf ich unseren Freund Hasselmann bitten, das Präsidium zu vervollständigen.

Meine Damen und Herren! Wir danken Ihnen für das Vertrauen, das Sie uns entgegengebracht haben. Ich denke, wir werden dieses Vertrauen im Laufe der drei Tage, die vor uns liegen, gebrauchen. Sie alle wissen, daß wir eine schwierige Aufgabe auf diesem Parteitag in der Beratung unseres Programm-entwurfes zu leisten haben. Das Präsidium bittet Sie im Interesse des Ablaufs dieses Parteitags um engste Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren! Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, wollen wir der Freunde gedenken, die im letzten Jahr verstorben sind.

(Die Versammlungsteilnehmer erheben sich von den Plätzen)

Für alle, die von uns geschieden sind, darf ich Ihnen folgende Namen nennen:

Friedrich Holzapfel, Mitbegründer der CDU, Vorsitzender der CDU im Zweizonen-Wirtschaftsrat der Fraktion der CDU;

Franz Etzel, unser langjähriger Bundesfinanzminister;

Hans Wilhelmi, Mitbegründer der hessischen CDU, langjähriger Bundesminister, und

Ernst Lemmer, unser langjähriger Bundesminister, Mitbegründer der CDU in der sowjetischen Besatzungszone.

Ich bitte Sie um ein stilles Gebet für alle unsere verstorbenen Freunde. — Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, zu diesem unseren 18. Bundesparteitag habe ich die Freude, namens des Tagungspräsidiums eine große Zahl von Ehrengästen bei uns begrüßen zu können.

Lassen Sie mich aber zuvor einen herzlichen Gruß an unseren Bundespartei-  
vorsitzenden, Herrn Dr. Kurt Georg Kiesinger, richten.

(Beifall)

Herr Dr. Kiesinger, dieser Parteitag hat Ihnen zu danken, zu danken vor allen  
Dingen für einen unermüdlichen Einsatz, der Vorbild für viele war und auch für  
viele sein wird, Vorbild in den fünf harten Landtagswahlkämpfen des ab-  
gelaufenen Jahres.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich in unserer Mitte unseren Ehrenvorsitzenden, Prof.  
Dr. Ludwig Erhard.

(Beifall)

Unser Gruß gilt dem Generalsekretär unserer Partei, Herrn Dr. Bruno Heck.

(Beifall)

Wir begrüßen den Herrn Bundestagspräsidenten, unseren Freund Kai-Uwe  
von Hassel.

(Beifall)

Und wir begrüßen den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, dem wir für eine  
harte und gute Oppositionsarbeit zu danken haben, unseren Freund  
Dr. Rainer Barzel.

(Beifall)

Wir begrüßen die Mitglieder des Präsidiums unserer Partei, Frau Dr. Wex,  
Dr. Gerhard Schröder, Hans Katzer, Dr. Stoltenberg und Dr. Helmut Kohl.

(Beifall)

Wir begrüßen die Mitglieder des Bundesvorstandes, die Ministerpräsidenten  
Dr. Röder, Dr. Lemke. Herr Dr. Filbinger wird morgen hier sein. Er ist heute  
mit der deutschen Regierungsdelegation zu den Konsultationsgesprächen in  
Paris.

Ich begrüße den Schatzmeister unserer Partei, und das mit besonderer Herz-  
lichkeit, weil wir alle wissen, welches Amt wir ihm aufgeladen haben, unseren  
Freund Kurt Schmücker.

(Beifall)

Wir begrüßen alle CDU-Landesminister, die Fraktionsvorsitzenden, die Präsi-  
denten der Landtage und unsere Freunde aus den Kommunal- und Landes-  
parlamenten wie aus dem Bundestag.

Ich begrüße mit Herzlichkeit den Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt,  
Herrn Becker.

(Beifall)

Unser Gruß gilt in besonderer Herzlichkeit dem Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, der CSU, unserem Freund Franz-Josef Strauß.

(Lebhafter Beifall)

Ihm und den Freunden von der CSU dürfen wir mit diesem Gruß einen herzlichen Glückwunsch für den überzeugenden Wahlsieg im November vergangenen Jahres übermitteln.

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, in diesem Jahre, in dem überall im Lande die CDU auf 25 Jahre ihres Bestehens zurückblickt, ist es mir ein besonderes Bedürfnis, diejenigen in unserer Mitte zu begrüßen, die seit der ersten Stunde in dieser CDU Verantwortung getragen haben, und Sie werden es mir sicher nachsehen, daß ich hier in Düsseldorf mit besonderer Herzlichkeit unsere Freunde Dr. Franz Meyers und Josef-Hermann Dufhues begrüße.

(Beifall)

Wir freuen uns, daß unter uns die Gattinnen unserer verstorbenen Freunde sind. Ich begrüße mit besonderer Herzlichkeit Frau Liesel Arnold, Frau Gockeln, Frau Bach, Frau Herta Tillmann, Frau Lenz und Frau Alix Gillien.

(Beifall)

Als den Vertreter der katholischen Kirche in unserer Mitte begrüße ich den Kölner Weihbischof, Herrn Dr. Augustin Frotz.

(Beifall)

Herr Präses Prof. Beckmann hat sein Erscheinen zugesagt; er wird sicher später noch zu uns kommen.

Mit besonderer Herzlichkeit begrüße ich Herrn Dr. van Dam, den Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland.

(Beifall)

Ich begrüße viele Freunde, die aus befreundeten Parteien Europas zu uns gekommen sind.

Lassen Sie mich besonders herzlich begrüßen den Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei, Herrn Dr. Karl Schleinzer, und seinen Stellvertreter, Herrn Heribert Steinbauer,

(Beifall)

für die Democrazia Cristiana das Mitglied des Nationalrats der DCI, Herrn Sullo,

(Beifall)

die Herren Dr. Bernassola und Panerei.

(Beifall)

Aus den Niederlanden sind für die Katholische Volkspartei Herr van der Stee und für die Christlich-Historische Union Herr Oliemans zu uns gekommen. Herzlichen Gruß!

(Beifall)

Aus Belgien begrüße ich den Vizepräsidenten der CVP, Herrn Robert Vanderkerckhove, und Herrn Dr. Gaston Geens.

(Beifall)

Wir begrüßen den stellvertretenden Generalsekretär der Christlich-Sozialen Volkspartei Luxemburgs, Herrn Dr. Jacques Santer,

(Beifall)

den Generalsekretär der Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz, Herrn Urs Carl Reinhard,

(Beifall)

für die Konservative Partei Schwedens den Reichstagsabgeordneten Alf Vennerosch von der Moderatings Samlings Partiet.

(Beifall)

Wir begrüßen mit besonderer Herzlichkeit die Präsidentin der Europäischen Frauen-Union, Frau Charlotte Fera

(Beifall)

und die Vizepräsidentinnen Frau Dr. Liisa Mäkinen aus Finnland und Frau Dr. Tina Anselmi aus Italien sowie Madame Germaine Touquet aus Frankreich.

(Beifall)

Wir begrüßen den Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Europas, Herrn Konrad Sieniewicz,

(Beifall)

als Vertreter des französischen Senatspräsidenten Poher Herrn Pierre Bordry.

(Beifall)

Wir begrüßen unter uns den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, unseren Freund Prof. Dr. Hans Furtler.

(Beifall)

Wir freuen uns, daß der Chef des Kabinetts von Herrn Mansholt, Herr Jonker, unter uns ist und begrüßen ihn herzlich.

(Beifall)

Ebenso herzlich darf ich hier in unserer Mitte wieder begrüßen als Vertreter des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften Herrn Staatssekretär a. D. Dr. Walther Strauß.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Rahmen einen herzlichen Gruß an unseren Freund Prof. Dr. Walter Hallstein richten.

(Beifall)

Wir grüßen den neuen Botschafter der Republik Österreich, Herrn Dr. Willfried Gretler, und freuen uns, daß er zu uns gekommen ist.

(Beifall)

Wir haben bei uns eine Reihe von Ehrengästen aus Verbänden und Organisationen der Bundesrepublik, und ich möchte herzlich begrüßen an der Spitze den Vertreter des DGB, unseren Freund Bernhard Tacke, den stellvertretenden Vorsitzenden des DGB,

(Beifall)

den Vorsitzenden der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Hermann Brandt,

(Beifall)

den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Herrn Alfred Krause,

(Beifall)

und alle Vertreter von Einzelgewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen, die unter uns sind.

Für die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände begrüße ich an deren Spitze das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Herrn Dr. Eichler.

(Beifall)

Als Vertreter des BDI begrüße ich unseren Freund Herrn Prof. Stein,

(Beifall)

ebenso herzlich die Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstags.

Wir freuen uns, daß auch Rundfunk und Fernsehen unter uns vertreten sind. Besonders begrüßen darf ich Herrn Staatssekretär Thedieck und Herrn Prof. Holzamer, die Intendanten des Deutschlandfunks und des ZDF.

(Beifall)

Unser Gruß gilt dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, unserem Freund Josef Stingl,

(Beifall)

dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, unserem Freund Herrn Dr. Herbert Czaja.

Ich freue mich besonders, in unserer Mitte den Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Herrn Dr. Wilhelm Kregel, begrüßen zu können,

(Beifall)

freue mich vor allem auch darüber, daß als Vertreter der Deutschen Sportjugend Klaus Beckmann unter uns ist. Ihm unseren herzlichen Gruß!

(Beifall)

Wir begrüßen den Präsidenten des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, unseren Freund Ernst Majonica,

(Beifall)

die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, und hier möchte ich für alle stellvertretend besonders das geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städtetags, Herrn Dr. Bruno Weinberger, begrüßen.

(Beifall)

Unser Gruß gilt den Vertretern des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, des Bundesverbandes freier Berufe, den Vertretern der Union der leitenden Angestellten, der Christlichen Gewerkschaften, des Bundeswehrverbandes, des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands. Sie alle sind uns herzlich willkommen. Wir begrüßen Sie herzlich.

(Beifall)

Ein gleicher Gruß gilt den Vertretern der kirchlichen Organisationen, den Vertretern des Gesamtverbandes der Sowjetzonen-Flüchtlinge, dem Vertreter des Kuratoriums Unteilbares Deutschland und allen Vertretern der hier anwesenden Bundesverbände.

(Beifall)

Mein sehr herzlicher Gruß gilt der zu diesem Parteitag besonders zahlreich erschienenen Presse. Alle Journalistinnen und Journalisten, die hier Presse, Funk und Fernsehen vertreten, sind uns in diesen Tagen herzlich willkommen.

(Beifall)

Soeben höre ich, daß auch der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Freiherr von Heereman, eingetroffen ist. Ihm gilt unser herzlicher Gruß.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, unmittelbar vor Beginn dieses Parteitages hat uns eine Absage erreicht, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Leider ist Baroness Evelyn Ermet of Amberley, die seit vielen Jahren regelmäßig die britische konservative Partei auf unseren Parteitagen vertritt und auch diesmal nach Düsseldorf kommen wollte, verhindert. Sie hat leider in letzter Minute absagen müssen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Beschlußfassung über die Tagesordnung, die Ihnen mit der Einladung zugegangen ist. Darf ich fragen,



ob Sie mit dieser vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Tagesordnung für diesen 18. Bundesparteitag einverstanden sind? Wer dieser Tagesordnung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen mit der roten Stimmkarte. — Danke schön. Gegenprobe! — Damit ist die Tagesordnung einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, in Ihren Unterlagen liegt eine Vorlage des Bundesausschusses zur Ergänzung der Verfahrensordnung und der Geschäftsordnung für diesen Parteitag. Ich darf Sie bitten, diese Unterlage zur Hand zu nehmen. Wird zu dieser Vorlage des Bundesausschusses an den 18. Bundesparteitag das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann darf ich diejenigen bitten, die dieser Vorlage zur Ergänzung unserer Verfahrensordnung ihre Zustimmung geben wollen, mit der Stimmkarte ihr Zeichen zu geben. — Ich bedanke mich. Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Danke schön. Die Verfahrensordnung ist einstimmig so, wie vom Bundesausschuß beantragt, damit beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Wahl der Mandatsprüfungskommission. Es wird Ihnen vorgeschlagen, mit dieser Aufgabe zu betrauen den Landesgeschäftsführer der westfälisch-lippischen CDU, Otto Laipold, als Vorsitzenden, den rheinischen Landesgeschäftsführer Franzheinrich Krey, den Kreisgeschäftsführer der Kreispartei Neuß, Alexander Kötter, und den Leiter der Organisationsabteilung der Bundesgeschäftsstelle, Günter Meyer. Darf ich fragen, ob dazu andere Vorschläge gemacht werden? — Das ist nicht der Fall. Wer dem Vorschlag für die Wahl der Mandatsprüfungskommission zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe! — Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen dann zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Wahl einer Antragskommission. Der Bundesvorstand schlägt Ihnen für die Besetzung dieser Antragskommission, deren zahlenmäßige Größe in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Umfang der Aufgabe, die wir uns bei der Programmberatung vorgenommen haben, steht, folgende Freunde vor:

Als Vorsitzenden unseren Generalsekretär, Dr. Bruno Heck, als stellvertretenden Vorsitzenden unseren Bundesgeschäftsführer, Dr. Rüdiger Göb, und als Mitglieder dieser Antragskommission:

Ernst Benda	Dr. Konrad Kraske
Frau Irma Blohm	Egon Lampersbach
Prof. Dr. Walter Braun	Gerd Langguth
Bernhard Brinkert	Dr. Carl-Otto Lenz
Prof. Dr. Fritz Burgbacher	Dr. Berthold Martin
Jürgen Echternach	Dr. Werner Marx
Dr. Heinrich Geissler	Prof. Dr. Paul Mikat
Dr. Joh.-Baptist Gradl	Dr. Heinz Riesenhuber
Frau Annemarie Griesinger	Dr. Günther Rinsche
Walter Leisler Kiep	Dr. Burkhard Ritz

Thomas Ruf  
Hermann-Josef Russe  
Dr. Manfred Schäfer  
Werner Scherer  
Dr. Christian Schwarz-Schilling  
Josef Stingl  
Dr. Bernhard Vogel

Friedrich Vogel  
Wolfgang Vogt  
Frau Dr. Hanna Walz  
Frau Dr. Erika Wolf  
Dr. Richard von Weizsäcker  
Olaf von Wrangel

Darf ich fragen, ob zu diesem Vorschlag das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich diejenigen bitten, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ihr Zeichen zu geben. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei Stimmenthaltung Betroffener ist dieser Vorschlag einstimmig angenommen.

Die Antragskommission – das darf ich den Betroffenen gleich mitteilen – tritt zu ihrer konstituierenden Sitzung im Sitzungszimmer II b in der zweiten Etage über diesem Saal – Aufgang neben dem Allgemeinen Tagungsbüro – um 12 Uhr zusammen.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt die Freude, Grußworte einiger unserer Gäste hier entgegennehmen zu können. Als erstem erteile ich das Wort unserem Freund Franz-Josef Strauß.

(Beifall)

**Dr. Franz-Josef Strauß** (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! In einer Düsseldorfer Zeitung von heute, von der man sagt, sie stehe der CDU nahe, habe ich heute gelesen, daß dem Grußwort des Vorsitzenden der kleineren, der Schwesterpartei, eine besondere Aufmerksamkeit oder eine besondere Erwartung entgegenschlage. Ich fürchte leider, daß ich die Erwartungen derer, die von mir spektakuläre Aussagen gemäß falschem Klischee oder Image erwarten, enttäuschen muß.

(Beifall)

Und ich fürchte, daß ich sehr langweilig sagen muß, daß CDU und CSU auch in Zukunft zusammenhalten müssen, weil es sonst mit unserem Vaterland bergab gehen wird.

(Beifall)

Lassen Sie mich auch gleich ein Wort zum Standort sagen! Vorhin schon hat Freund Kiesinger vom Standort gesprochen, den manche in dem neuen Programmentwurf vermissen, und man versucht nicht ohne Absicht und Hintergedanken, der CDU und der CSU verschiedene Standorte zuzuweisen. Ja, wir haben verschiedene Standorte, weil es in Bayern keine CDU und außerhalb Bayerns keine CSU gibt.

(Heiterkeit)

Das ist der Hauptunterschied unserer Standorte. Unser Standort ist, muß sein und bleiben, daß wir eine Partei der Mitte sind.

(Beifall)

Aber ich wage es – auch jetzt, wo eine gewisse Propaganda versucht, die Deutschen in Gute und Böse wieder zu unterscheiden; ich komme darauf noch ganz kurz zu sprechen – zu sagen, daß wir auch alle diejenigen in unserem Lande für uns als Helfer, Freunde und Wähler gewinnen müssen, die im wohlverstandenen, geschichtlich gereiften und geläuterten Sinn des Wortes ein normales Nationalbewußtsein haben.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Der Anfang für das Ende einer Nation ist, wenn sie sich selbst das Recht auf ein normales Nationalbewußtsein abzusprechen beginnt.

(Beifall)

Deshalb halte ich es auch für falsch – und das habe ich auch geschrieben –, daß man in Ereignisse, die vor hundert Jahren stattgefunden haben, gesellschaftskritische Probleme von heute hineinlegt, die es in der damaligen Zeit in dieser Form nicht gegeben hat.

(Beifall)

Jede Zeit muß aus sich heraus verstanden werden, die damalige wie die heutige. Deshalb, glaube ich, sind wir darin einig, daß CDU und CSU die Partei der Mitte ist, aber eine Partei, die auch die guten Elemente unserer Tradition und das, was erhaltenswert und ausbaufähig ist, ebenfalls unter ihr geistiges Erbgut zählt und niemand anderem überlassen kann.

(Beifall)

Den Radikalismus lehnen wir ab, gleichgültig, ob er von rechts oder von links kommt,

(Erneuter Beifall)

und wir bekämpfen ihn aktiv, nicht nur mit Worten.

Diesem Parteitag kommt eine besondere Bedeutung bei. Nun, ich kenne das Schicksal; bei uns ist die Zahl der Delegierten naturgemäß etwas geringer und deshalb auch die Bedeutung unseres Programms entsprechend kleiner. Aber Programmberatungen haben immer ihre Tücken. Erlauben Sie mir, dazu nur zwei Bemerkungen zu machen, nicht kritische, positive oder negative Bemerkungen zum Programm – das ist ja Ihre Angelegenheit, dieses Programm zu erarbeiten.

(Zustimmung)

In einem Programm darf nicht stehen, was man von interessierter Seite gegen uns verwenden kann.

(Zurufe: Sehr gut! – Beifall)

Und zweitens soll man sich vor dem Aberglauben hüten, daß man mit Programmen Wähler gewinnt.

(Zustimmung)

Ich habe bei der bayerischen Landtagswahl etwa 90 Großkundgebungen gehalten, von denen keine weniger als 1 000, die meisten über 2 000 Zuhörer hatten. Ich war fest überzeugt, daß keiner derer, die mir zustimmten oder die gepfeifen haben, jemals das Programm der CSU gelesen hat.

(Heiterkeit)

Ich bin auch in keiner Diskussion danach gefragt worden. Aber trotzdem ist das Programm das Koordinatensystem einer Partei und muß deshalb entsprechend sorgfältig auch unter dem Gesichtspunkt der Mißbräuchlichkeit der Aussagen geprüft werden.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen, und ich bitte, sie positiv zu verstehen. Unsere Aufgabe — ich meine jetzt die Aufgaben der beiden Unionsparteien — ist es heute nicht, uns über Verteilung staatlicher Ämter zu unterhalten, für deren Erlangung wir noch gar nicht die Voraussetzung haben.

(Beifall)

Die Frage ist auch nicht, sich unberührt und ohne Spritzerchen zu erhalten, damit man am Tage X dann mit am wenigsten Anfeindung das angestrebte Amt erlangen kann.

(Beifall)

Unsere Aufgabe ist es in diesem Jahr — und es mag ebenso lange dauern, wie es dauert —, die Hemdsärmel aufzukrempeln und dafür zu kämpfen, daß einer aus unseren Reihen wieder in das Palais Schaumburg einziehen und deutsche Politik machen kann.

(Lebhafter Beifall)

Und diesem politischen Ziel, einem legitimen Ziel einer Opposition, hat sich alles, aber auch alles an persönlichen Wünschen oder an sachlichen Rivalitäten unterzuordnen.

(Sehr gut! und lebhafter Beifall)

Ich wollte, meine sehr verehrten Parteifreunde, es würde die Rede von Herbert Wehner, die er auf dem Bremer Kongreß der Jungsozialisten gehalten hat und die wohlweislich nicht veröffentlicht wird, der deutschen Öffentlichkeit insgesamt zur Kenntnis kommen. Unter den vielen bemerkenswerten Sätzen — er sagt manchmal auch weniger bemerkenswerte Sätze,

(Heiterkeit)

manchmal auch Sätze, die deshalb bemerkenswert sind, weil ihr Stil, ihre Formulierung oder die Phonzahl entsprechend ausgefallen ist — ist nämlich

ein Satz enthalten, daß die heutige Bundesregierung möglichst viel tun müßte, was irreversibel ist, bevor sie abtreten muß.

(Hört, hört!)

Und genau das ist unsere Aufgabe in der Bundespolitik, zu verhindern, daß unwiderruflich Dinge geschehen, die gegen unsere politischen Vorstellungen sind und die nicht mehr geändert werden können.

(Beifall)

Nehmen Sie mir bitte meine Bemerkung nicht übel, wenn ich sage – ich meine niemanden, der in dieser Saal vertreten ist –, daß es nicht unsere Aufgabe ist, mit den Sozialdemokraten über einen möglichst großen Anteil des Staates an der Reglementierung des Lebens des einzelnen und der Wirtschaft und der Gesellschaft im ganzen zu wetteifern.

(Lebhafter Beifall)

Unsere Aufgabe muß es sein, gerade für den kleinen Mann eine freiheitlich orientierte, auf Leistung beruhende, nicht-sozialistische Konzeption einer modernen Industriegesellschaft zu schaffen.

(Beifall)

Und ich darf hier mit Dankbarkeit eines vermerken, weil ich zwei Persönlichkeiten an den vorderen Tischen unter den vielen anderen sehe: Nämlich, der Aufstieg unseres Volkes hat begonnen in dem klaren Nein zur Plan- und Verwaltungswirtschaft und mit der ganz klaren Entscheidung zur Marktwirtschaft und zu den von ihr geforderten Leistungen.

(Lebhafter Beifall)

Diese Marktwirtschaft hätte nicht eingeführt werden können, wenn es a) nicht einen Ludwig Erhard gegeben hätte

(Beifall)

und wenn b) nicht unsere Arbeitnehmer damals in schwierigen Auseinandersetzungen innerhalb ihrer eigenen Reihen – ich nenne stellvertretend für viele unseren Freund Theo Blank – die Chance für den deutschen Arbeitnehmer begriffen und sie den Chancen der Marktwirtschaft untergeordnet bzw. mit den Chancen der Marktwirtschaft ausgestattet hätten, statt einer Funktionärswirtschaft unterzuordnen.

(Beifall)

Was wir weiterhin für unsere weitere wirtschaftliche Entwicklung, für alle innenpolitischen Reformen, für den Ausbau unserer Gesellschaftsordnung und für die Zukunft unseres Landes brauchen, das ist nicht eine von täglicher Hektik und Unrast und irdischer Geschäftigkeit getriebene scheinbare Reformfreudig-

keit, sondern was wir brauchen, ist der Blick nach vorn, nach morgen, nach Vertrauen und Ruhe in unserer Wirtschaft. Was wir heute erleben, ist genau das Gegenteil, daß man mit einer Reihe von allen möglichen Andeutungen bei uns ein Klima der Unruhe, der Unsicherheit, des mangelnden Vertrauens und der Zukunftssorge erzeugt. Und darauf kann kein Reformwille aufgebaut werden, denn zur Reform gehört das feste Fundament, auf dem man das Morgen bauen kann.

(Beifall)

Und dazu gehört auch etwas, was ich als ehemaliger Finanzminister vielleicht doch sagen kann, nämlich eine hochrangige Einordnung der Stabilität unseres Geldwertes und nicht eine beliebige Manipulation mit ihm.

(Beifall)

Man soll bei uns endlich begreifen, daß die Technik nicht alles machen, die Wirtschaft nicht alles verkraften und der Staat nicht alles finanzieren kann,

(Erneuter Beifall)

sondern daß uns enge Grenzen gesetzt sind – ich könnte sie quantifizieren; ich will es hier nicht tun, weil es kein Fachvortrag ist – und daß innerhalb dieser engen Grenzen die Prioritäten eben gesetzt werden müssen, daß man aber nicht jedem alles versprechen und zum Schluß so gut wie keinem etwas halten kann, wie es heute der Fall ist.

(Beifall)

Lassen Sie mich schließlich sagen – und Kurt Georg Kiesinger hat mit Recht von der Friedenspolitik der Unionsparteien gesprochen –: Friedenspolitik heißt für uns in ihrer praktischen Anwendung in erster Linie Europapolitik, denn ohne die politische Einigung Europas auf dem Boden der wirtschaftlichen Integration wird es in diesem Lande auch angesichts der Entwicklung der amerikanischen Politik auf die Dauer keinen gesicherten Frieden geben können.

(Beifall)

Wir strecken gern die Hand aus, und hier soll man in unserem Land keine falschen Differenzierungen schaffen. Man soll nicht uns und im besonderen gerade die CSU und mich in ein Rechtskartell einordnen wollen, in ein Rechtskartell, bloß weil wir heute noch dasselbe sagen, was Brandt und Wehner vor wenigen Jahren gesagt haben.

(Sehr gut! und lebhafter Beifall)

Ich möchte an die Adresse der demokratischen Sozialisten sagen: Sie sollen sich hüten, hier die Diktion des kommunistischen Propagandajargons zu übernehmen,

(Beifall)

nach der diejenigen, die für Freiheit, Einheit und Frieden unseres Landes in einer europäischen Gesamtheit eintreten, als Nationalisten abgestempelt und diejenigen, die für ein unbedingtes und unqualifiziertes Ja zu diesen Verträgen sind, als die besseren friedliebenden Deutschen als leuchtendes Gegenbeispiel hingestellt werden.

(Beifall)

Ich möchte dazu an Sie im einzelnen nur eine einzige Frage richten. Was uns heute hier als Problematik entgegensteht und was in diesem Jahre im Bundestag wohl noch in einigen höhepunktartigen Diskussionen behandelt werden wird, daß muß man einmal unter die Frage stellen: Geht es um die Versöhnung, um die Liquidation des Zweiten Weltkrieges? Dann müssen wir bereit sein, essentielle Opfer — ich wiederhole nur ein früheres Wort von mir —, aber auch gegen echte Gegenleistungen, zu bringen; darüber gibt es keinen Zweifel. Oder ist das Ganze ein Stück Machtkampf, bei dem wir demselben Machtwillen gegenüberstehen, wie es im Mittelmeerraum andere tun? Ist es das eine, oder ist es das andere? Danach wird die CSU und, wie ich annehme — ich bitte Sie, sich nicht präjudiziert zu fühlen —, auch die CDU ihre Entscheidung treffen.

Ich darf mit diesen Worten, die für ein Grußwort etwas zu lang und für eine Rede — wie immer — etwas zu kurz sind,

(Heiterkeit)

Ihnen recht herzlich danken für den freundlichen Empfang. Ich darf die herzlichen Grüße und Wünsche aller Mitglieder, Freunde und Anhänger sowie Wähler der kleineren Schwesterpartei überbringen und möchte Ihnen wünschen, daß am Ende dieses Parteitages ein strahlendes und leuchtendes Parteiprogramm herauskommt. Zum Schluß wünsche ich Ihnen, daß wir wieder sehr bald nicht nur von der Rolle der Opposition her, die auch ein Stück echter Verantwortung trägt, sondern von der aktiven Gestaltung her deutsche Politik machen können.

(Beifall)

Ich darf diesem Parteitag deshalb von Herzen alles Gute wünschen!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Lieber Freund Franz-Josef Strauß, Sie haben klare Worte zu den Voraussetzungen gesprochen, die wir schaffen müssen, um für unser Volk wieder eine CDU/CSU-geführte Regierung zu bekommen. Sie haben auch die Voraussetzung klargestellt, die dazu unabdingbar ist, nämlich die enge und unverbrüchliche Zusammenarbeit von CDU und CSU. Wir danken Ihnen dafür!

(Beifall)

Sie haben mit diesem klaren Wort seit längerem schwelenden und kürzlich wieder aktualisierten Spekulationen von gegnerischer Seite in aller Deutlichkeit jeden Boden entzogen.

Meine Damen und Herren, ich darf nun zu einem Grußwort dem Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Herrn Becker, das Wort erteilen.

**Oberbürgermeister Becker** (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum 18. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union heiße ich Sie als Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf auf das herzlichste willkommen! Ich wünsche Ihnen allen, daß die **Erwartungen, die Sie mit diesem bedeutsamen Treffen in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt verbinden, in Erfüllung gehen.**

Ich danke Ihnen herzlich dafür, daß Sie Düsseldorf wiederum zum Schauplatz eines Bundesparteitages gewählt haben, und ich darf wohl annehmen, daß Sie diese sehr begrüßenswerte Wahl auf Grund von guten Erfahrungen getroffen haben.

(Zustimmung)

Dabei denke ich an Ihren 13. Bundesparteitag, der 1965 ebenfalls hier in diesem Saale stattgefunden hat. Sie sind wiedergekommen, und das freut uns! Der Wunsch der gastgebenden Stadt jedenfalls ist es, daß Sie sich bei uns wohl fühlen und daß Sie hier alle organisatorischen Voraussetzungen für einen fruchtbaren Verlauf Ihres Parteitages vorfinden!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Jahre 1965 durfte ich Sie hier von dieser Stelle aus als Regierungspartei begrüßen. Konrad Adenauer war Parteivorsitzender, und der Bundeskanzler hieß Ludwig Erhard. Inzwischen hat sich die politische Landschaft erheblich verändert. Heute heiße ich Sie als die große Oppositionspartei willkommen, und ich tue das mit besonderem Vergnügen.

(Heiterkeit)

Mancher von Ihnen wird vielleicht jetzt sagen: Der hat gut reden; denn der gehört ja nicht zu unserer Partei. — Nun, meine Damen und Herren, es ist sicher im allgemeinen richtig, daß jemand, der der CDU nicht angehört, sondern — wie ich zum Beispiel — Mitglied der SPD ist, die CDU lieber in der Opposition als in der Regierung sieht. Richtig ist aber auch, daß uns Düsseldorfern der Parteitag der CDU willkommen ist, gleichgültig, ob die CDU in der Regierung oder in der Opposition ist. Und richtig ist ganz bestimmt, daß die Augen der Weltöffentlichkeit in diesen Tagen auf Düsseldorf gerichtet sind, auf Sie, meine Damen und Herren! Denn die für diesen Parteitag angekündigten Programmdiskussionen werden zeigen, wie die große deutsche Oppositionspartei zu wichtigen, grundsätzlichen Fragen steht, mit denen wir uns alle in den nächsten Tagen und Wochen zu beschäftigen haben werden.

Ich habe mich gefreut, daß mein Freund und Düsseldorfer Mitbürger, der Vorsitzende des bekanntlich in Düsseldorf ansässigen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herr Heinz Oskar Vetter, einen so begrüßenswerten Beitrag zur interparteilichen Kommunikation geleistet hat. Er hat Ihnen allen — wie Sie wissen — einen freundlichen Brief geschrieben und Sie gebeten, bel



Ihren Beratungen doch auch an die Ausweitung der Mitbestimmung sowie an die Neuordnung der beruflichen Bildung zu denken.

Eine Kölner Zeitung, die „Kölnische Rundschau“, nannte diesen Schritt des DGB-Vorsitzenden „bieder, aber doch raffiniert“. Dann schreibt die Zeitung wörtlich: „Warum sollte Vetter keinen Brief schreiben? Zwar ist er Sozialdemokrat, aber als Chef der Einheitsgewerkschaft hat er das Recht und sogar die Pflicht, sich für das zu interessieren und auch Einfluß darauf zu nehmen, was sich in der CDU tut, der immerhin ein beachtlicher Teil der DGB-Mitglieder angehört. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern begnügt sich Vetter jedoch nicht mit einer unverbindlichen Grußadresse, in der bestenfalls noch über die hohen Werte der gewerkschaftlichen Einheit geschwärmt wird. Vetter macht handfeste Anregungen, meldet Wünsche an und stellt gar in höflicher Form seine Forderungen an die CDU.“ So weit die Kölnische Rundschau!

Nun, meine Damen und Herren, ich finde diesen Schritt Veters durchaus auch nachahmenswert. Zwar habe ich nicht die Absicht, Ihnen ebenfalls einen Brief zu schreiben, aber ich möchte doch die Gelegenheit benutzen, Sie vor Beginn Ihrer Beratungen an die großen Sorgen der deutschen Städte zu erinnern.

*In der vorigen Woche fanden in Düsseldorf Sitzungen des Präsidiums und des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages statt. Dessen amtierender Präsident, mein Münchner Kollege Oberbürgermeister Dr. Vogel, hat bei dieser Gelegenheit vor der Öffentlichkeit bekanntgegeben, daß die deutschen Städte nach neuesten Erhebungen bis 1980 rund 163 Milliarden Deutsche Mark in Verkehrsbauten stecken müssen. Allein 40 Milliarden davon sind für Bauten veranschlagt, die dem öffentlichen Personennahverkehr dienen werden. Dabei sind die Kosten für den Ausbau der S-Bahn-Systeme der Bundesbahn nicht berücksichtigt. Vogel erklärte, daß nach den gegenwärtigen Berechnungen 50 bis 60 der 163 Milliarden Deutsche Mark nicht gedeckt sind. Die Forderung der Städte, ihren Anteil an der Mineralölsteuer von bisher 3 auf 6 Pfennig zu erhöhen, findet hier ihre eindrucksvolle Bestätigung.*

Es wurde auch bekanntgegeben, daß die kommende Hauptversammlung des Deutschen Städtetages unter einem Motto stehen werde, das die konkrete Situation der deutschen Städte genau wiedergibt; dieses Motto lautet: „Rettet unsere Städte jetzt!“

Ich erwähne dies, meine Damen und Herren, weil ich das zu Beginn Ihrer Beratungen für wichtiger halte, als Ihnen etwa die Vorzüge der Stadt Düsseldorf zu preisen, die die meisten von Ihnen ohnehin kennen. Ihre Meinung, meine Damen und Herren, die Meinung der großen Oppositionspartei, wird bei den Entscheidungen über die lebenswichtigen Fragen der deutschen Städte von großer Bedeutung sein!

In diesem Sinne wünsche ich Ihrem Parteitag, der im Zeichen der Toleranz und der guten demokratischen Traditionen stehen möge, einen erfolgreichen Verlauf! – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Herr Oberbürgermeister, wir danken Ihnen für dieses freundliche Wort der Begrüßung in der Landeshauptstadt Düsseldorf. Wir wissen, daß Sie uns – diesen Parteitag – gern schon in der neuen Kongreßhalle der Stadt begrüßt hätten. Wir wissen, daß der Parteitag dafür um ein Jahr zu früh wieder nach Düsseldorf gekommen ist.

Aber, meine Damen und Herren, in dieser uns schon heimlich gewordenen Halle herrscht auch die richtige, nüchterne Arbeitsatmosphäre für diesen Parteitag.

Herr Oberbürgermeister, Ihren Aufruf: „Rettet die Städte jetzt!“ werden wir als einen zusätzlichen Ansporn sehen, das zu tun, wofür wir auf diesem Parteitag den Grund legen wollen, nämlich eine neue Politik hier zu formulieren und zu programmieren.

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir an dieser Stelle und als Vorsitzendem der rheinischen CDU, Ihnen dafür zu danken, daß Sie zu uns in die nordrhein-westfälische Hauptstadt Düsseldorf gekommen sind, daß zum zweiten Male hier in Düsseldorf ein Bundesparteitag stattfindet und damit schon zum sechsten Male ein Bundesparteitag in Nordrhein-Westfalen. Wir freuen uns darüber, daß wir diese Gastgeberfunktion übernehmen dürfen, und wir werden als rheinische wie als westfälisch-lippische CDU alles in unseren Kräften Stehende tun, um dieser Gastgeberfunktion gerecht zu werden.

Als Mitglied der Düsseldorfer Kreispartei der CDU bin ich darüber hinaus von meinem Kreisvorsitzenden ermächtigt worden, Ihnen auch im Namen der Kreispartei Düsseldorf einen herzlichen Willkommensgruß zu sagen.

Meine Damen und Herren! Für unsere ausländischen Ehrengäste und Freunde spricht nun zu uns der Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei, Herr Dr. Schleinzer.

**Dr. Karl Schleinzer (ÖVP):** Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Ihrer Einladung mit großer Freude gefolgt, und ich habe es auch sehr gern übernommen, Ihnen die Grüße der christlich-demokratischen Parteien Europas zu überbringen. Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, für die Vertreter dieser Ihrer Schwesterparteien versichern, daß wir an Ihrer programmatischen Arbeit und an Ihren Parteitagsberatungen mit sehr großem Interesse Anteil nehmen. Ich überbringe Ihnen aber mit besonderer Herzlichkeit die Grüße der Österreichischen Volkspartei.

Die Situation Ihrer Partei, meine Damen und Herren, zeigt sehr viel Ähnlichkeit mit jener der Volkspartei in Österreich. Sowohl Ihre Partei als auch die unsere haben in den schweren Jahren der Nachkriegszeit und in den Jahren des gewaltigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wiederaufstiegs die Hauptverantwortung im Staate getragen. Sowohl Sie als auch wir sind von einer sozialistischen Partei, die nicht über die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten verfügt, innerhalb der letzten 1½ Jahre aus der Regierung verdrängt

worden. Sowohl Ihre Partei als auch die unsere sahen sich dabei einer dritten Partei gegenüber, deren Programm den Sozialismus ablehnt, die aber von der Führung der sozialistischen Partei dafür gewonnen werden konnte, eine Regierung mit einem sozialistischen Kanzler zu ermöglichen.

Unsere beiden Parteien stehen heute vor der Aufgabe, sich mit einer geänderten innerpolitischen Landschaft auseinanderzusetzen, sich zu neuer, kraftvoller Arbeit zu formieren und nach neuen Wegen für künftige Erfolge zu suchen.

Wenn wir aus den Erfahrungen der letzten Zeit die Anzeichen richtig deuten, dann sehen wir uns einer Strategie des Sozialismus gegenüber, die offenbar über unsere beiden Staaten hinaus auf größere europäische Perspektiven ausgerichtet ist. Der Einfluß des schwedischen Weges der Sozialisten ist in dieser Strategie unverkennbar, und das Treffen Palme-Brandt-Kreisky im letzten Sommer auf schwedischem Boden war dafür nur ein Symbol, meine Damen und Herren – ein Symbol für den Versuch, mit Hilfe einer kleinen Partei auch als Minderheitspartei die Regierungspolitik zu beherrschen – ein Symbol aber auch für eine Politik, die mit neuen Methoden versucht, Schritt für Schritt unsere Ordnung in Richtung des sozialistischen Gesellschaftsbildes zu verändern.

Die Entschlossenheit der Sozialisten zu dieser Politik haben wir in Österreich bei den Regierungsverhandlungen des Vorjahres gesehen. Diese Verhandlungen, meine Damen und Herren, sind nicht unserer wegen gescheitert, sondern weil eine Einigung offensichtlich nicht im Sinne der sozialistischen Politik lag.

Wir haben jetzt mit großer Aufmerksamkeit vermerkt, wie die schwedischen Sozialisten die Hilfe der Kommunisten mit großen Konzessionen bezahlten, um in den Ausschüssen des Reichstages die Mehrheit zu bekommen.

(Ein Pfui-Ruf)

Diese Strategie der Sozialisten, meine Damen und Herren, richtet sich ganz offensichtlich auf die Ausschaltung unserer Parteien aus der aktiven Politik, weil sie wissen, daß diese Parteien gegenüber dem Sozialismus die entscheidende gesellschaftspolitische Alternative sind.

(Beifall)

Für uns alle ist diese Politik der Sozialisten eine gemeinsame Herausforderung – die Herausforderung, dafür zu kämpfen, daß die Zukunft unserer Länder nach gesellschaftspolitischen Vorstellungen gestaltet wird, die dem freien Menschen die besten Möglichkeiten seiner Entfaltung, der Wirtschaft die größten Chancen des Aufstiegs, der Gesellschaft die sichersten Grundlagen für Recht, Freiheit und Ordnung geben.

In diesem Sinne lassen Sie mich Ihren Parteitag grüßen und Ihren Beratungen den besten Erfolg wünschen.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank, Herr Dr. Schleinzer, für dieses Grußwort. Wir – dieser Parteitag – bitten Sie, ebenso herzliche Grüße an die Freunde in der ÖVP und allen christlich-demokratischen Schwesterparteien Europas auszurichten – besonders herzlich in Wien. Wir wissen uns auch in der Aufgabe – der demokratischen Aufgabe – der Opposition mit Ihnen in Österreich besonders herzlich verbunden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich darf das Wort erteilen – als Sprecherin für die hier anwesenden Delegationen der befreundeten konservativen Parteien – an Frau Dr. Liisa Mäkinen aus Finnland.

(Beifall)

**Frau Dr. Liisa Mäkinen (Finnland):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir leben in einer Zeit, die voll von schweren Problemen ist. Teils sind es Probleme, die uns allen gemeinsam sind; teils beschäftigen sie einzelne Länder. Bisweilen scheinen die eigenen Schwierigkeiten so groß, daß wir darüber das Ganze vergessen, d. h. wir vergessen, daß das Schicksal Europas davon abhängig ist, daß unsere Zusammenarbeit sich stärkt.

Das Gegenteil würde uns allen verhängnisvoll werden. Denn allein und uneinig können wir nicht viel leisten, aber zusammen sind wir stark.

Indem die konservativen Parteien dem Parteitag der CDU allen Erfolg wünschen, hoffen sie, daß seine Arbeit auch der europäischen Zusammenarbeit zum Wohle gereiche.

(Beifall)

Zum Schluß möchte ich als Vizevorsitzende der europäischen Frauenunion dem Parteitag auch die Glückwünsche unserer Union zum Ausdruck bringen. Danke.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren! Wir danken Frau Dr. Mäkinen für dieses Grußwort.

Ich darf noch bekanntgeben, daß sich die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission um 13.30 Uhr im Büro der Organisationsleitung zu ihrer Sitzung zusammenfinden mögen.

Wir kommen damit zum Punkt 8 der Tagesordnung. Ich erteile das Wort unserem Generalsekretär, Dr. Bruno Heck.

(Beifall)

**Dr. Bruno Heck:** Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Dies ist schon ein Programmparteitag, und es ist sicher richtig, was Franz-Josef Strauß sagte: „Mit Programmen allein gewinnt man keine Wahlen“. Aber eine Partei muß schon auch wissen, was sie will, und eine Partei muß fortlaufend sich mit den sich ändernden Verhältnissen auseinandersetzen, und sie muß ihr Programm fortlaufend auch so formulieren und zur Aussage bringen, daß es verstanden wird; denn sonst gewinnt man auch keine Wahlen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Freunde! Der Mainzer Parteitag hat Fragen gestellt und manches vorgeklärt. Dieser Parteitag wird Entscheidungen bringen. Wir sind eine Volkspartei, in der vielerlei Interessen und Wertungen auf einen Nenner gebracht werden müssen. Unser Standort war, ist und bleibt — das wurde schon zweimal heute gesagt — trotz des durchsichtigen Geredes, wir seien nach rechts auf dem Wege oder irgendwer von uns sei dabei, die Sozialisten links zu überholen, unser Standort bleibt die Mitte!

Unser Volk erwartet von der Union, daß wir den Nebel lichten, daß wir die Begriffe klären, und die Werte-Ordnung darf in diesem Lande nicht aus Leichtfertigkeit, aber auch nicht aus bedenklichem Kalkül bis zur babylonischen Sprachverwirrung korrumpiert werden. Es muß gesagt werden, was gilt und was nicht gilt. Für eine politische Fahrt ins Blaue ist die Welt heute nicht geschaffen.

Unser Volk will keine Restauration, unser Volk will nach vorn. Aber unser Volk will dafür keine vage Richtungsangabe nach dem alten Motto der Sozialisten „Das Ziel ist nichts, die Bewegung alles“. Deshalb ist es bei der Arbeit dieses Jahres, bei der Vorbereitung dieses Parteitages nicht zuletzt darum gegangen, im Grundsätzlichen wie im Konkreten einige Klarheit zu schaffen, und dies in einer Sprache, die bezeichnet und nicht verhüllt. Das wird auch von diesem Parteitag erwartet.

Wir haben die nächsten Tage zusammen durch die Diskussion unseres Aktionsprogramms einige entscheidende, einige grundsätzliche Fragen zu klären. Ich glaube nicht, daß ich mich täusche; da und dort, meine Freunde, hat sich die Verwirrung, das Modische und das Schablonenhafte auch in unserer Mitte eingenistet. Wir haben zu lange zugelassen, daß die Linke die Fahrpläne in die Zukunft für sich in Anspruch genommen hat. Es ist der Linken gelungen, die politische Sprache bei uns mit ihrem Vokabular zu durchsetzen.

Die Sozialisten brauchen nur so zu tun, als ob sie den großen Fahrplan kennten, und schon macht sie das offensichtlich für viele unwiderstehlich. Aber, meine Freunde, unser Selbstbewußtsein braucht nicht zu vergessen, daß wir unser Land im Widerspruch zu diesen selbsternannten Progressiven nach vorn gebracht haben. Und dieses Selbstbewußtsein sollte es nicht

zulassen, dieses Selbstbewußtsein muß es uns einfach verbieten, daß wir nicht mehr selber mustern und ausmustern, welche Ziele wir der Bundesrepublik setzen.

(Beifall)

Das, meine Freunde, muß für die 70er Jahre ebenso gelten, wie es für die 50er Jahre gegolten hat.

Und ein Zweites: Wir sollten uns auch nicht dazu verführen lassen, das sorgfältige Überlegen der Erfahrung und das unbefangene Zupacken der Jugend in einem Gegensatz des Entweder-Oder sich verbrauchen zu lassen. Wer glaubt, unbedingt aggressiv formulieren zu müssen, um gehört zu werden, setzt sich selbst dem Verdacht aus, daß er nicht viel zu sagen hat und im Grunde mehr provozieren möchte. Meine Freunde, diesen politischen Stil wollen wir von den Jungsozialisten nicht übernehmen; er hat bei uns keinen Platz.

(Zustimmung)

Dieser Parteitag ist in Mainz als ein Reformparteitag beschlossen worden. Er sollte ursprünglich im April stattfinden. Wir mußten ihn dann vom November noch auf den Januar verschieben und sind jetzt noch ins Gedränge geraten. Das hat gezeigt, wie leicht es sich über Reformen und über das Reformieren reden läßt und wie hart dann die Arbeit ist.

Ich sage Ihnen in allem Freimut: Es wird Zeit, daß wir auch den Reformbegriff entgötzen; er ist zu einer recht bequemen Schablone geworden.

(Zustimmung)

Wir wollen Reformen, und dazu gehört, daß wir mit Ihnen einen höheren Wert verwirklichen wollen. Wir müssen gemeinsam prüfen, wo das Bewährte nicht mehr das Bewährte ist. Wir müssen gemeinsam feststellen, wo Neues in Sicht ist, wo neue Fragen neue Antworten erwarten, wo Neuerung nottut. Aber wir müssen dann auch sagen, was den höheren Sinn ausmacht, um dessentwillen wir das Bestehende aufgeben. Ohne solche Prüfung werden wir diesen Staat und diese Gesellschaft nur einem gedankenlosen Reformismus und damit der Peitsche fortlaufend produzierter Erwartungen preisgeben, Erwartungen, die nicht erfüllt werden können.

Wir würden dann auch nichts anderes mehr produzieren als jenen Opportunismus, der mehr als alles andere, mehr sogar als ihr ungeklärter Sozialismus, das Wirken der Sozialdemokraten so verhängnisvoll macht. Unser Volk muß wissen, daß wir nicht einer Fata Morgana nachjagen. Wie heißt es doch in der Präambel des Godesberger Grundsatzprogramms der SPD so schön? Daß der Mensch dann zum ersten Male in seiner Geschichte jedem die Entfaltung seiner Persönlichkeit in einer gesicherten Demokratie ermöglichen könne zu einem Leben in kultureller Vielfalt jenseits von Not und Furcht.

Meine Freunde! Wir leben in einer Welt, die die großen Erschütterungen nicht hinter sich, sondern vor sich hat. Noch schlagen wir uns mit den Problemen einer industriellen Gesellschaft herum, und schon ist eine Welt im Kommen, die vor allem bestimmt sein wird durch elektronische Rechner, durch Fernsehen, Medienverbund, kurz, durch die Allgegenwart der Information und durch den fast unbegrenzten Gebrauch der Atomkraft.

Wir und die nächste Generation werden noch keine Zeit haben, uns in dieser sich stürmisch weiterbewegenden Welt fest anzusiedeln.

Meine Freunde! Parteitage finden vor der Öffentlichkeit statt. Zunächst war das einmal in der Union so, daß die Repräsentanten des Parteivolk sich zu Parteitagen versammelt haben, um zu hören, was die Parteiführung sagt. Das hat sich langsam und seit Berlin 1968 fundamental geändert. Heute sind die Delegierten unserer Partei zusammen, um auch der Parteiführung zu sagen, wie das Parteivolk denkt. Nur in diesem Dialog kann das Verhältnis zwischen Parteivolk und Parteiführung im Gleichgewicht bleiben. In diesem Dialog, meine Freunde, müssen die Wähler, das Volk mit einbezogen werden. Deswegen haben wir ja die Presse bei uns zu Gast. Die Partei hat im vergangenen Jahr einiges getan, um das Verhältnis zur Presse aktiver zu gestalten. Es ist nicht beim Bemühen geblieben. Ich meine, es haben sich auch Erfolge eingestellt. Noch ist die Presse dabei, mehr für die Chancen der Regierung zu plädieren. Aber das erste Jahr ist vorbei, jenes Jahr, das jeder Regierung als Wartefrist eingeräumt wurde, ehe sie auf kritische Distanz gegangen ist. Und vergessen wir eines nicht: Die Presse hat doch den Wechsel, aus welchen Gründen auch immer, gewollt, und so leichttätig ist sie nun einmal nicht, daß sie schon im ersten Jahr auf Gegenkurs gehen würde. Es wäre im übrigen töricht, die kritische Distanz der Publizistik insgesamt beseitigen zu wollen. Die kritische Distanz macht das Berufsethos der Journalisten aus. Diese kritische Distanz, davon bin ich überzeugt, wird sich auch im Verhältnis zur Regierung wieder einstellen. Wir müssen den Journalisten im übrigen schon zumuten, was sie uns selbst zumuten: allen Freimut, alle kritische Härte und alle Unbeugsamkeit in der Pflicht gegenüber unserem Land, die von uns selbst gefordert wird.

Meine Freunde! Das ganze Jahr über hat uns in fast regelmäßigen Abständen eine ärgerliche Diskussion begleitet. Ich meine die Diskussion um unsere Führungsprobleme. Es ist sicher eine ernste Frage, ob der Parteitag in Mainz für die Parteiführung die Form gefunden hat, die alle Kräfte der Partei am besten zur Wirkung bringt. Ich persönlich bin in einem Jahr Erfahrung zu der Überzeugung gekommen, daß die Führung künftighin stärker konzentriert und die Arbeit der Union in Fraktion und Partei soweit als möglich integriert werden sollte. Aber das werden wir uns auf den nächsten Parteitag hin sorgfältig zu überlegen haben und dann auch entscheiden müssen.

Im übrigen, meine Freunde, können wir ein Jahr nach Mainz ohne Überheblichkeit sagen: Die Union hat sich in der Rolle der parlamentarischen Opposition

rasch zurechtgefunden. Sicher, die Regierung hat uns das nicht sonderlich schwer gemacht. Nach den schönen Reden, nach der Regierungserklärung und dem Bericht zur Lage der Nation ist vom Kanzler der inneren Reformen herzlich wenig sichtbar geworden.

(Beifall)

Im Gegenteil, die erste Voraussetzung der meisten Reformen, eine stabile Wirtschaft, ist durch die Handlungsunfähigkeit der Regierung verwirtschaftet worden. Was mit großem Elan als der große Wurf – ich meine die neue Ostpolitik – mit geradezu inflationärer Hektik betrieben wurde, hat sich von Monat zu Monat mehr als das entpuppt, was sie leider wirklich ist, das Ja dieser Regierung zur Westpolitik der Sowjetunion.

(Beifall)

Trotzdem war ein gut Stück Arbeit notwendig, um das wahre Gesicht dieser Regierung und hinter ihrer Geschäftigkeit und Geschwätzigkeit ihre Unfähigkeit sichtbar zu machen. Wie das in erster Linie die Fraktion bewältigt hat, ohne daß die Nahtstellen unserer Partei aufgebrochen sind, wie es die Fraktion geschafft hat, der Regierung immer wieder Verantwortung abzu-zwingen, wo diese sich durch Gerede und durch doppelzüngige Informationspolitik zu entziehen vermochte und versuchte, das wird uns morgen Rainer Barzel berichten.

Auch die Partei hat die Organisation und den Stil ihrer Arbeit den neuen Notwendigkeiten angepaßt. Der Apparat ist elastischer, für wechselnde Aufgaben einsatzfähiger geworden. Der Geschäftsbericht, den ich schriftlich vorgelegt habe, gibt einen Überblick darüber, was wir in der Organisation erreicht haben und was wir noch erreichen müssen. Auch das war harte Arbeit, und dafür haben wir dem Bundesgeschäftsführer der Partei, unserem Freund Rüdiger Göb, zu danken.

(Beifall)

Meine Freunde, ich habe in Mainz einige Erfahrungsregeln aufgezählt, die bisher im Verhältnis der Regierung zur Opposition gegolten haben. Ich habe daran die Frage geknüpft, ob es uns gelingen würde, die eine oder andere von ihnen außer Kraft zu setzen. Heute können wir die Antwort geben. Gerade im entscheidenden Punkt hat die Regierung ihren Vorteil nicht zu nutzen verstanden. Die Regierung – so habe ich damals die Erfahrungen zusammengefaßt – besitze offensichtlich von vornherein eine größere Glaubwürdigkeit als die Opposition. Nun, die Regel mag gelten, aber von dieser Regierung ist sie nicht realisiert worden.

(Beifall)

Noch nie besaß eine Regierung der Bundesrepublik so wenig Glaubwürdigkeit, noch nie war eine Regierung so in Verlegenheit um Eideshelfer im Inland



wie im Ausland, noch nie ist eine Regierung so oft über ihr eigenes Wort gestolpert wie diese,

(Beifall)

noch nie hat sich eine Regierung der Bundesrepublik Deutschland in solchem Maße einer offenen Darstellung und Diskussion ihrer Ziele entzogen. Wie sollte auch eine Regierung glaubwürdig sein, die von Gemeinsamkeit viel redet, deren stärksten Mann es aber keinen Deut schert, in den schwierigsten Fragen der Nation Zwietracht in unser Volk zu bringen und die dann diese Zwietracht noch dazu mißbraucht, mit verleumderischen und heimtückischen Argumenten die Opposition zu verteufeln. Haben nicht Sprecher dieser Koalition versucht, uns mit rechtsradikalen Kampfkraften in Verbindung zu bringen? Ist nicht eben erst gesagt worden, die CDU arbeite mit der SED zusammen? Hat nicht der Bundeskanzler selbst uns ein tätiges Interesse an wilden Streiks unterstellt und diese Behauptung erst zurückgenommen, als der Tag, auf den sie gezielt war, der Wahltag in Nordrhein-Westfalen, längst verstrichen war? Hat uns nicht Finanzminister Möller geistige Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus unterstellt? Meine Freunde, was die Sozialdemokraten von ganz links bedrängt, das würden sie uns gern, aber von ganz rechts, in die Schuhe schieben. Meine Freunde, niemand in unserer Partei, niemand in der Union hat mit rechtsradikalen Ideen und Organisationen auch nur irgend etwas zu tun.

(Lebhafter Beifall)

Wir machen nur eines nicht mit: die Verteufelung, die den sozialdemokratischen Agitatoren so leicht von der Hand geht. Hat Herr Wehner nicht sogar behauptet, wir, die Union, wir, die wir diesen Staat 20 Jahre lang im inneren Frieden gestaltet haben, wir schürten die physische Mordlust. Sieht diese Regierung nicht, daß sich aus solcher Propaganda der Haß und daß sich aus dem Haß der Terror entwickeln könnte?

Wie steht es denn mit der Äußerung von Ministerpräsident Kühn, notfalls würden die Sozialdemokraten die Straßen leeren? Wie steht es mit dem Wort von Herrn Bahr, die deutsche Arbeiterklasse würde es nicht dulden, wenn diese Regierung gestürzt würde?

Meine Freunde, das ist nicht die Sprache des Friedens und auch nicht die Sprache demokratischer Auseinandersetzungen!

(Beifall)

Die Regierung soll führen und nicht verführen, sie soll Frieden stiften, nicht Unfrieden verbreiten! Vom Streit, von Verleumdung und vom Haß profitiert allein die Unfreiheit!

In Mainz habe ich gesagt, mit der CDU verbinde sich leichter der Gedanke an die Herkunft, weniger der an die Zukunft des Landes. Inzwischen, meine

Freunde, haben die Wähler erklärt, wie sie uns sehen: Sie sehen uns als die Partei der Gegenwart. Die Wahlen des vergangenen Jahres haben uns das eindrucksvoll bestätigt.

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg stand noch ganz im Zeichen des Bonner Machtwechsels. Unsere Hamburger Freunde hatten hart zu kämpfen gegen das junge Prestige der neuen Koalition.

Unter den dann folgenden fünf Landtagswahlen ist keine, die wir nicht ebenfalls als Erfolg werten dürften.

Im Saarland und in Bayern erhielt die Union eine klare, absolute Mehrheit.

In Nordrhein-Westfalen konnten wir den Rang der stärksten Partei zurückerobern. In Niedersachsen und in Hessen haben wir ein Ergebnis erzielt, wie nie zuvor in diesen Ländern.

Diese Erfolge sind die Frucht unserer Arbeit in den Ländern und im Bund. Sie sind aber auch an Namen geknüpft, an unsere Repräsentanten im Bund und in den Ländern, an unsere Freunde.

Ich bleibe in der Reihenfolge der Wahlen: An unsere Freunde Rollmann, Köppler, Hasselmann, Röder, dann Dregger und Goppel, aber auch an Kiesinger und Strauß, an Barzel, an Kohl und Stoltenberg, an Schröder und Katzer!

(Beifall)

Ich könnte, ohne in Verlegenheit zu kommen, noch gut ein Dutzend mehr anfügen.

Meine Freunde, das sind alles Namen, bei denen sich von selbst die Frage stellt: Wo bleiben eigentlich die besseren Männer der SPD, von denen vor den Wahlen so laut die Rede war?

(Beifall)

Dieser Mythos von den besseren Männern ist gehörig entlarvt worden, und die Konstellationen in den Ländern waren doch nur noch eine Bestätigung für die personelle Misere der SPD insgesamt.

Daß die Sozialdemokraten die Ergebnisse der Landtagswahlen zu einer Bestätigung ihrer Bonner Politik umfrisieren wollten, ist ihre Sache. Lassen wir sie bei diesen Wunschträumen. Von mir aus können sie weiterhin solche Erfolge haben wie in Hessen und Bayern.

Uns haben die Wahlen zwei Sachverhalte klargemacht:

Im Vergleich der Ergebnisse der Bundestagswahlen und der Landtagswahlen seit 1949 ergibt sich, daß die Union ab 1953 immer eine eindeutige Mehrheit für ihre Außenpolitik, für ihre Wirtschaftspolitik und für ihre Sozialpolitik erringen konnte, daß sie aber den kulturpolitischen Erwartungen eines beträchtlichen Teils ihrer Wähler nicht zu entsprechen vermochte. Anders, meine

Freunde, läßt sich das regelmäßige Abfallen bei den Landtagswahlen nicht erschöpfend erklären.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen des vergangenen Jahres lassen für uns zwei Tendenzen erkennen. Einmal, daß die Wähler nach wie vor, ja nach einem Jahr Regierung Brandt verstärkt den Unionsparteien außen-, wirtschafts- und sozialpolitisch mehr zutrauen als den Sozialdemokraten!

(Beifall)

Und zweitens, daß das kulturpolitische Mißtrauen im Schwinden ist. Wir werden allerdings hier noch einiges zu tun haben, um auch hier mit vollem Erfolg für die Zukunft bestehen zu können.

Und dann, meine Freunde, müssen wir ein Weiteres zur Kenntnis nehmen:

Es gibt immer noch ausreichend Wähler, die dem Zweiparteiensystem gegenüber ihre Reserven haben. Wir werden deswegen mit der FDP auch in Zukunft rechnen müssen, und das heißt, daß auch in Zukunft relative Mehrheiten des Wählerwillens in eine Minderheit im Parlament verwandelt werden können. Wir haben das im Bund und dann ein zweites Mal in Nordrhein-Westfalen erlebt. Was das für die anstehenden Landtagswahlen und für die nächste Bundestagswahl bedeutet, was das für die Ziele bedeutet, die wir uns da und dort zu setzen haben, brauche ich wohl kaum zu sagen.

Meine Freunde, vor den Bundestagswahlen hat es so etwas wie einen Burgfrieden zwischen den verschiedenen Gruppen der Neuen Linken in der SPD und der Parteiführung gegeben. Inzwischen ist die Janusköpfigkeit dieser Partei wieder voll sichtbar geworden. Den Jungsozialisten beteuern die Parteiführer beschwörend, sie seien doch Sozialisten, aber gerade wenn man den Sozialismus verwirklichen wolle, müsse man zunächst dafür sorgen, die Wähler zu gewinnen, man dürfe vor allem die Wähler nicht verschrecken, die man doch brauche. Meine Freunde, wir müssen deswegen den Wählern sagen, daß es Sozialisten in der SPD gibt, Sozialisten verschiedener Provenienz, daß es verschiedene Programme gibt, eines, um damit an die Macht zu kommen, und ein zweites, um dann den Sozialismus zu verwirklichen. Wir müssen deswegen das sagen, auch wenn der sozialdemokratische Parteivorsitzende dann von Volksverhetzung spricht.

(Beifall)

Meine Freunde, ich habe den Hinweis auf die sozialistische Problematik der SPD bewußt an das Ende meiner Übersicht über die Situation gestellt. Er macht deutlich, was nach den Erfolgen in den Wahlkämpfen in unseren Reihen leicht verdrängt wird, er macht deutlich, daß wir in einer grundsätzlichen Auseinandersetzung stehen. Und dabei denke ich mehr an den Herbst 1973 als an die Chancen unterwegs. Den sicheren Termin für die Entscheidung zwischen uns und den Sozialdemokraten bringt auf alle Fälle der Herbst 1973.

Sicher, wir sind nicht nur die stärkste Opposition, die der Bundestag jemals gekannt hat, wir sind aller Wahrscheinlichkeit nach auch die latente Mehrheitspartei. Aber die SPD hat selbst diese schmale Basis des Vertrauens verspielt; ihre Unfähigkeit, der wirtschaftlichen Probleme Herr zu werden, ihr Versagen vor dem selbsterhobenen Anspruch, eine Regierung der inneren Reformen zu stellen, ihr erschreckender Verlust an Glaubwürdigkeit und — hinter all dem — ihr ungeklärtes Verhältnis zum Sozialismus, das alles macht ihren Anspruch, diesen Staat zu führen, immer fragwürdiger.

(Einzelner Beifall)

Ein Blick über diese Lage offenbart eine so deutliche Führungsschwäche der SPD, beweist eine derartige konzeptionelle Unfähigkeit der derzeitigen Regierung, daß man mit einer klaren Wende zum Besseren in absehbarer Zeit nicht rechnen kann.

Angesichts dieser Fakten müssen wir in unseren Überlegungen zur oppositionellen Strategie davon ausgehen, daß auch die nächsten Monate von einer schleichenden Regierungskrise gekennzeichnet sein werden.

Wenn es stimmt, was die Sachverständigen der Wirtschaft nahezu einmütig gesagt haben, wenn wir ein Abflauen der Konjunktur bei gleichzeitig steigenden Preisen vor uns haben, wenn wir nicht nur mit einer Unsicherheit über die Zukunft des Geldes, sondern auch mit der Sorge um die Sicherheit des Arbeitsplatzes zu rechnen haben, dann wird es schwerhalten, in unserem Volk das Vertrauen an die produktive Kraft der Freiheit ungebrochen zu erhalten. Wenn es sich weiterhin herausstellt und wenn bestätigt wird, was wir von Anfang an befürchtet haben, daß die Sowjetunion über die Ostverträge ihre Westpolitik durchsetzt und sich einen Deut darum schert, welche Wunschträume die Regierung Brandt mit dieser Politik verbunden hat, dann wird aus der abwartenden und wachsenden Sorge herbe und gefährliche Enttäuschung.

Wir müssen davon ausgehen, daß die SPD alles tun und alles in Kauf nehmen wird, um an der Macht zu bleiben. Die Sozialdemokraten werden ihre Erfolge einfach in die Zukunft projizieren und die Konsequenzen aus ihrem Versagen nicht ziehen. Sie werden die Regierungsbank nicht räumen. Das macht auch die sauberste Lösung, den Weg zu Neuwahlen außerhalb des normalen Zyklus, wenig wahrscheinlich. Deswegen noch einmal: Richten wir uns mit unserer Opposition langfristig auf die Wahlen im Herbst 1973 ein!

Dafür, meine Freunde, ist folgendes zu bedenken: Angesichts eines Kabinetts, das allen Schwierigkeiten und aller Kritik zum Trotz auszuharren entschlossen ist, würden unsere parlamentarischen Waffen bald und vorzeitig stumpf werden, wenn wir uns in einer Opposition der Kleinigkeiten verlieren würden. Das Nein der Opposition muß dort gesprochen werden, wo das Wesentliche falsch entschieden werden soll. Wir werden lernen müssen, gelegentlich zu

manchem zu schweigen, was uns am Herzen liegt, um unserer Ablehnung in entscheidenden Punkten das nötige Gewicht zu erhalten. Unser Interesse muß es sein, in die Auseinandersetzung wieder einen großen Stil zu bringen, unsere Aufgabe, in entscheidenden Fragen die Alternative zu profilieren. Und diese entscheidenden Fragen, meine Freunde, kreisen im Grunde alle um die Freiheit: um die Freiheit der 17 Millionen Deutschen in der DDR, um die Freiheit Europas, um die Freiheit als strukturierendes Element unserer Gesellschaft.

Zu dieser Diskussion unseres Begriffes von der Freiheit gehört dann auch die Erörterung des Demokratieverständnisses, die Debatte um den Begriff „Demokratisierung“ und seine politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen. Meine Freunde, diese Formel von der Demokratisierung wollen die Sozialdemokraten nicht aufgeben, diese Formel, die ihnen die sprachlichen, aber auch nur die sprachlichen Mittel an die Hand gibt, um das noch immer ungelöste Dilemma jedes demokratischen Sozialismus zu verhüllen. Meine Freunde, es muß uns doch hellhörig machen, daß diese Begriffe in den Texten der Sozialisten und nicht erst heute immer dort eingesetzt werden, wo die klaffende Lücke zwischen Demokratie und Sozialismus durch einen die Zukunft anvisierenden Prozeß überbrückt werden soll.

(Beifall)

Daß der Parteilvorsitzende der SPD auf die klar gestellte Frage, was er unter Demokratisierung verstehe, erklärt, er könne das nicht genau sagen, aber er wisse, daß es in diese Richtung weitergehen müsse, verrät doch die ganze Unsicherheit.

Aber lassen Sie uns das noch einmal zurückstellen; lassen Sie uns erst die übrigen Themen nennen, auf die sich unsere Arbeit als Opposition, auf die sich unsere Auseinandersetzung mit der SPD um Sinn und Wert der Freiheit konzentrieren sollen!

Hier wird die Ostpolitik nach wie vor an führender Stelle stehen. Auch ohne das Zutun der Opposition werden die Verträge und wird die Orientierung unserer Politik, die sich in ihnen ausdrückt, die Bundesregierung mit ihren begrenzten Kräften in Atem halten. Für uns ist letztlich nur ein Maßstab entscheidend. Niemandem in unseren Reihen geht es um jenen verbrauchten und mißbrauchten Begriff der Nation im Sinne des Nationalismus.

Aber eines ist unserem Volk und uns allen als Aufgabe geblieben. Ich meine, die Nation, die sich als geschichtlich gewachsene Gemeinschaft von Menschen versteht, die selbst fortlaufend darüber entscheidet und entscheiden kann, wie sie ihr Leben gestalten will. Die Freiheit des Staates, die Freiheit der Nation ist in erster Linie Garant für die Freiheit als das strukturierende Element unserer Gesellschaft. Um diese Freiheit geht es und um nichts anderes.

(Beifall)

Niemand anderer als Herr Wehner hat erklärt, er möchte nicht, daß sich an der Frage der Oder-Neisse-Grenze die Demokratie und das nationale Interesse wieder voneinander trennen ließen. Aber, meine Freunde, das steht in einem Buch, das inzwischen schon vier Jahre alt ist, und vier Jahre sind für die Bekenntnisse eines Sozialdemokraten offensichtlich schon eine lange Zeit. Damals hat Wehner auch erklärt, mit der Illusion, durch Vorwegnahme einer friedensvertraglichen Regelung der Grenzfrage einen Schritt weiterzukommen, mit dieser Illusion sei auch nichts zu schaffen. Und er fragte damals, wer uns denn das Recht gäbe, auf ein Recht derjenigen Deutschen zu verzichten oder es aufzugeben, die unter den ihnen auferlegten Herrschaftsverhältnissen nicht imstande seien, ihr Recht wirksam geltend zu machen.

Meine Freunde, heute fragen wir das. Wir stellen diese Frage unverändert, weil in vier Jahren nichts geschehen sein kann, was dieses Recht verändert oder gar vernichtet haben könnte.

(Lebhafter Beifall)

Diese Politik, die von der Pflicht zur Freiheit für die 17 Millionen Mitbürger weniger bewegt wird als von dem Wunsch und den mehr als vagen Chancen zur Versöhnung, verfehlt selbst dieses Ziel. Denn das ist eben keine Versöhnung, die dafür die Freiheit von 17 Millionen Menschen einfordert.

(Beifall)

Meine Freunde, da nützt es auch nichts, die Geschichte so umzudeuten, wie es gerade in den Kram paßt. Es ist doch einfach nicht wahr, meine Freunde, daß sich das Deutsche Reich in zwei deutsche Staaten verwandelt habe.

(Zustimmung)

Wer das sagt, der übertüncht mit einer gefälligen Formulierung die harte Wahrheit unserer Geschichte,

(Beifall)

die Wahrheit nämlich, daß auf dem Boden des Deutschen Reiches durch Druck und Zwang der Sowjetunion unter Verletzung aller Absprachen der Siegermächte und gegen den Willen der Bevölkerung ein Teil Deutschlands abgespalten und zu einem Staat des Zwanges und der Unfreiheit geformt worden ist.

(Lebhafter Beifall)

Und auch heute noch ist das Signum dieses Staates der Zwang und nicht die freie Wandlung des Selbstverständnisses der Deutschen dort zu einem eigenen nationalen Willen. Man kann in der Geschichte nichts dadurch wiedergutmachen, daß man mit der Freiheit seiner Landsleute leichtfertig umgeht; auf die Freiheit für Deutschland kann man nicht in Teilen verzichten, um sie dann in Teilen retten zu wollen.

Meine Freunde, als innenpolitische Schwerpunkte von einigem Belang sehe ich insbesondere dies: den Versuch der Regierung, die Rolle der Familie in Staat und Gesellschaft neu – und das soll heißen: weniger konstitutiv – zu bestimmen, zum anderen die Frage nach dem Wert des Eigentums und in ihrem Umkreis das Thema der Mitbestimmung. Ich will zu dem, was auf die Familie zukommt, nur an dieser Stelle ein kurzes Wort sagen, hier kann ich mich auf eine Übereinstimmung in der Partei verlassen, die keiner großen Verständigung bedarf. Aber, meine Freunde, die Agitation des linken Anarchismus will die Institution der Familie völlig abschaffen. Sie erblickt in ihr das historisch überlebte Produkt einer feudalistischen Eigentumsideologie, das Übungsfeld kapitalistischer Unterjochungspraktiken und ganz generell ein Hemmnis für die freie menschliche Entwicklung. Wir sind uns mit diesen extremen Kritikern in einem Punkt völlig einig: die Familie ist nach wie vor ein wesentliches Strukturelement, die Familie ist ein fundamentaler Baustein unserer freiheitlichen Gesellschaft. Und, meine Freunde, wer gegen sie zum Angriff antritt, der weiß, was er aus den Angeln heben will,

(Beifall)

nämlich die Chance des Individuums, sich in behüteter Distanz zu kollektiven Erziehungseinflüssen zu entwickeln und bleibende soziale Erfahrungen in einer Gemeinschaft zu sammeln, in der eine sozial gebundene Freiheit modellartig gelebt wird.

(Beifall)

Gewiß, die SPD ist von dieser extremen Kritik der Familie weit entfernt, wenn deren Ausläufer auch in die Partei hineinreichen. Meine kritische Anmerkung zielt auch nicht nur auf den Eherechtsentwurf der Bundesregierung, wie er zur Diskussion vorgelegt worden ist, wengleich er im konkreten Fall Ehe und Familie als Institution leichtfertig dem subjektiven Verdikt unterwirft: Ich meine genauso die unverständlichen Bemühungen, der Pornographie in Deutschland das Feld für das Geschäft freizugeben.

(Beifall)

Meine Freunde, hier genügt es nicht abzuwarten, bis Tatbestände vorliegen, die politisch zu regeln sind. Hier müssen wir die geistige Auseinandersetzung von uns her aufnehmen, wenn wir nicht Vollstrecker eines Willens werden wollen, der in den Schreibstuben der Kathedersozialisten vorprogrammiert wird.

Meine Freunde, das gilt in gleichem Maße für den vielleicht wichtigsten Punkt unserer politischen Arbeit, für die Bildungspolitik. Da ist es an der Zeit, daß wir uns selbst einer sorgfältigen Kritik unterziehen, daß wir uns der kritischen Frage stellen, inwieweit wir unsere Modelle noch auf eigenem Grund und wo wir sie bereits auf übernommenen Vorurteilen der Linken aufbauen. Spielt in den Bildungssystemen, die bei uns entworfen werden, noch die Freiheit

eine führende Rolle, die Freiheit zur individuellen Entwicklung, auch die Freiheit zum Scheitern, oder gibt auch bei uns schon das Leitbild der Egallierung den Ton an? Lassen wir noch Raum für ein Menschenbild, dem auch der Eigenwuchs der Person und eine persönliche Auseinandersetzung mit Gott, Welt und Geschichte entspricht, oder orientieren auch wir uns schon fast ausschließlich am Leitbild der Funktionsfähigkeit in der Gesellschaft, in einer Gesellschaft, die es dann nicht duldet, daß ein Kopf über die Menge hinausragt?

Meine Freunde, das sind Fragen, die ich nicht ohne Grund stelle, Fragen, die auf diesem Parteitag diskutiert werden müssen. Es muß doch beunruhigen, daß auch wir lange Zeit miteinander über die Hochschulfragen in Begriffen gesprochen haben, die fremden Anschauungen entstammen, ohne daß wir Wesen und Aufgabe der Hochschule in einer Gesellschaft, wie wir sie uns vorstellen, abschließend diskutiert und zuerst definiert hätten. Erst in den letzten Wochen, meine Freunde, ist in Zusammenarbeit zwischen der Bundestagsfraktion, dem kulturpolitischen Ausschuß der Partei und unseren Kultusministern ein Entwurf erarbeitet worden, unser Entwurf für ein Hochschulrahmengesetz, der die Frage nach der Freiheit an der Hochschule, nach der Freiheit von Forschung, Lehre und Studium in klarer Form stellt; denn um Freiheit geht es auch hier, um die Freiheit vor dem Zugriff der aktiven Minderheiten, denen eine demokratisierte Universität zum Opfer zu fallen droht. Die Hochschule, meine Freunde, wird nur in Verbindung mit dem Staat die Kraft aufbringen, sich selbst, einer von alten Schlacken befreiten Hochschule die kritische Distanz der vom Grundgesetz garantierten Freiheit zurückzugeben. Hier versagen alle Konzepte, die den Staat negieren und die Entwicklung allein der Gesellschaft überlassen wollen.

Diese Themen, meine Freunde, das Demokratieverständnis, die Ostpolitik, die Eigentumsfrage sowie die Familien- und Bildungspolitik, diese Themen, in denen sich unsere Auffassung von Freiheit gestaltend niederschlägt, diese Themen sollten die Schwerpunkte der großen Kontroverse bilden, zu der wir unsere Arbeit als Opposition formieren wollen. Diese Themen, die Problematik, die sie enthalten, ihr geistiger Gehalt, werden deswegen auch die Diskussionen dieses Parteitages weitgehend bestimmen.

Meine Freunde, es ist ein müßiger Streit, ob die Programmkommission das Berliner Programm weitergeschrieben oder mehr ein neues Programm vorgelegt habe. Das viel Wichtigere ist folgendes: In der Programmkommission ist immer wieder eine intensive Diskussion des Grundsätzlichen den Formulierungen im Konkreten vorausgegangen. Diese Diskussion des Grundsätzlichen mußte dann immer wieder, weil die Termine drängten, unterbrochen werden. Ihre Ergebnisse und auch das, was strittig geblieben ist, wurden in dem Entwurf der Programmkommission und werden ebenso in dem Entwurf des Vorstandes transparent. Wir hatten auch noch den Entwurf für ein Grundsatzprogramm vorliegen, der im wesentlichen im Bereich des Evange-



lischen Arbeitskreises entstanden ist; auch er konnte nicht abschließend beraten und in dieses Aktionsprogramm eingearbeitet werden.

Aber, meine Freunde, wir müssen der Programmkommission und ihrem Leiter, unserem Freund Kohl, dafür danken, daß sie ihren Entwurf als Disposition der Beratungen nicht zuletzt auch auf diese Schwerpunkte hin ausgesprochen anregend formuliert hat. Dieser Entwurf hat geleistet, was er leisten sollte, er hat der Diskussion Sporen gegeben, er hat pointiert, was nicht verlorengehen sollte, und er hat die Partei geistig und moralisch gefördert. Die Vorlage des Vorstandes hat die ersten Stellungnahmen der Partei verarbeitet, im übrigen gekürzt, manches auf das Realisierbare beschränkt und sich sonst um gemeinverständliche Klarheit in der Aussage bemüht. Mit diesem Tage beginnen die abschließenden Beratungen, an deren Ende Entscheidungen stehen werden.

Meine Freunde, ich weiß und wir wissen alle, daß sich das öffentliche Interesse stark darauf konzentriert, was wir zur Mitbestimmung entscheiden werden. Nach den jahrelangen Diskussionen gibt es kaum noch eine Erwägung, kaum ein Argument und kaum einen Gesichtspunkt mehr, der nicht irgendwann zur Geltung gebracht und überlegt worden wäre — und das ist gut so! Dieses Thema verträgt es nicht, daß man leichtfertig mit ihm umgeht. Hier überschneidet sich Überkommenes und Neues, Bewährtes und zu Bewährendes.

Aber, um was geht es, meine Freunde? Es geht einmal um das Eigentum, um Rechte und Pflichten, die mit dem Eigentum verbunden sind, um das Eigentum, das Voraussetzung und Ausdruck von Freiheit ist. Es geht aber auch um die Arbeit, um ihre Rechte, um ihre Pflichten und um das, was die Arbeit für die Freiheit des Menschen bedeutet.

Für unsere Frage, für die Beantwortung dieser Frage muß heute folgendes bedacht werden: Meine Freunde, es hat einmal eine Zeit gegeben, in der ein so fortschrittlicher Mann wie Freiherr vom Stein davon ausgehen konnte, daß das Eigentum Ausdruck und Voraussetzung bürgerlicher Freiheit überhaupt sei. Doch inzwischen haben sich die Verhältnisse geändert. Wir können heute nicht mehr von einem Eigentumsbegriff ausgehen, der den rechtlichen und tatsächlichen Gegebenheiten unseres Jahrhunderts nicht mehr entspricht, der aus ganz anderen soziologischen Bezügen auf uns gekommen ist. Der weitaus größere Teil unseres Volkes bezieht heute seine materielle Sicherheit und seine materielle Freiheit nicht mehr in erster Linie aus dem Eigentum. Es ist doch so, daß heute der Beruf, der sichere Besitz eines Arbeitsplatzes, Stabilität des Geldwertes und ein vernünftiges Wachstum der Wirtschaft für den Arbeitnehmer wenigstens in gleicher Weise Vorbedingungen zur Entfaltung seiner persönlichen Freiheit sind, wie es früher einmal nur für das Eigentum galten hat.

(Zustimmung)

Meine Freunde, mir liegt es fern, die Rolle des Eigentums als Ordnungsfaktor in unserer Gesellschaft, seine Bedeutung für die Freiheit zu verkennen. Es gibt keine freiheitliche Gesellschaft ohne Eigentum. Deswegen geht es uns auch ja darum, dieses ständig wachsende Eigentum möglichst breit zu streuen. Warnen möchte ich nur davor, eine Ideologie zu entwickeln, die einer Verständigung, das heißt dem Verstande, im Wege sein müßte.

Meine Freunde, es gibt aber auch das Ideologisieren dieser Frage von der anderen Seite; da ist von Entfremdung und dem Aufheben dieser Entfremdung und natürlich wieder von der Demokratisierung die Rede. Wir sollten bei unseren Beratungen die Eigentumsideologie des 19. Jahrhunderts ebenso aus dem Spiele lassen wie die Demokratisierungsideologie der Sozialdemokraten.

(Beifall)

Um was es geht, ist, den Betrieb und das Unternehmen so zu verfassen, daß der Unternehmenszweck – die optimale Produktivität – in menschenwürdiger Weise gefördert wird; und das kann dann letztlich auch nur in der Weise geschehen, wie es von den Beteiligten, von allen Beteiligten als vernünftig akzeptiert wird.

Meine Freunde, vorerst scheint die Mitbestimmungsfrage unser Monopol zu sein. Die Parteien der Koalition, die Regierung der inneren Reformen, findet offensichtlich nicht die Kraft, sich diesem Thema umfassend zuzuwenden. Immer wieder höre ich als Rat oder Warnung, wir sollten doch froh sein, daß die Mitbestimmungsfrage blockiert sei und daß wir dieses heiße Eisen nicht anzufassen brauchten. Meine Freunde, das ist ein schlechter Rat und eine falsche Warnung. Wir stellen uns dieser Frage nicht, weil wir heute weniger und morgen mehr dazu gezwungen wären. Wir haben diese Frage aufgegriffen, weil wir glauben, daß die Antwort auf sie reif und fällig ist. Wie immer unsere Diskussion beendet wird, wie immer unsere Entscheidung ausfällt, wir werden die Regierung damit konfrontieren, wir werden sie zur Stellungnahme zu zwingen wissen.

Meine Freunde, überall, wo von Demokratisierung gesprochen wird, ist ein ernstes Problem zur Frage und zur Entscheidung gestellt – auch dort, wo bei uns davon die Rede ist. Wir müssen dabei immer das doppelte demokratische Prinzip im Auge behalten: einmal das der Machtübertragung, der Machtausübung und der Machtkontrolle, dann zweitens aber auch jenes der Normenbildung, und zu ihm gehört, wie jeweils die Grundwerte der Demokratie für Staat und Gesellschaft erfahren und als allgemeinverbindlich verstanden werden.

Der Staat darf sich nicht von seiner Verantwortung zurückziehen und das, was er in der Verantwortung für die Freiheit und das Wohl aller zu regeln hat, Teilen oder Gruppen der Gesellschaft überlassen, nur weil das bequemer oder gerade Mode ist. Denn eine solche Vergesellschaftung des Staates führt

zwangsläufig zur Herrschaft aktiver Minderheiten – meine Freunde, wir erleben das heute exemplarisch an der demokratisierten „Freien Universität“ in Berlin.

(Zustimmung)

Staat und Gesellschaft sind in der Demokratie nun in Wirklichkeit nicht streng zu scheiden. Im Gegenteil, sie wirken in vielfältiger Weise zusammen und aufeinander ein. Und die Versuchung ist groß für diejenigen, die den Staat regieren – und das sind jetzt die Sozialdemokraten –, vom Staat aus die Gesellschaft nach ihrem Bilde zu formieren. Dann aber wird aus dem Dialog der pluralen Kräfte der Gesellschaft mit den die Normen realisierenden Kräften im politischen Bereich von selbst jene Einbahnstraße, die von der Demokratie als Staatsform zur sozialen, genauer gesagt, zur der durch Sozialismus erfüllten, zur vergesellschafteten Demokratie führt.

Meine Freunde, zwischen diesen Extremen liegt unser Weg. Weder eine Demokratisierung, die den Staat seine Grenzen überschreiten läßt, weder eine Sozialisierung des Staates noch eine Verstaatlichung der Gesellschaft, keines der Extreme, sondern die Mitte zwischen ihnen, das ist es, was wir diesem Staat zu geben haben.

Meine Freunde, die Verwirrung der Geister in unserer Zeit macht es notwendig, daß diejenigen, die Menschlichkeit und Freiheit nicht voneinander trennen wollen, klare Parole geben, daß sie sich nicht die Instrumente aufschwätzen lassen, mit denen sie die Zukunft gestalten wollen, daß sie sich nicht einer Mode hingeben, mit der die Grenzen zur Unfreiheit verwischt werden. Dieser Parteitag wird Klarheit schaffen. Er darf uns selbst und er darf unser Volk nicht im geringsten darüber im Zweifel lassen, wo die CDU steht und wohin sie strebt. Meine Freunde, an falschen Propheten ist kein Mangel; was wir brauchen, ist der Mut zum klaren Bekenntnis, zu einem Bekenntnis, in dessen Mittelpunkt die Freiheit steht, wie sie allein der Würde des Menschen und seiner ewigen Bestimmung angemessen ist. Lassen Sie diesen Parteitag dieses Bekenntnis in unserem Programm ablegen, dann hat er unserer Partei und unserem Land eine Orientierung gegeben, an der niemand mehr vorbeigehen kann.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren! Wir danken unserem Generalsekretär für diesen politischen Bericht. Er steht selbstverständlich zur Aussprache; allerdings liegen dem Präsidium Wortmeldungen im Augenblick noch nicht vor. Ich darf fragen, ob das Wort gewünscht wird? – Sonst darf ich Sie so verstehen, daß alle die Punkte, die der Generalsekretär angesprochen hat, auch wieder Gegenstand unserer Programmberatungen sein werden und wir daher jetzt auf eine Aussprache verzichten können.

(Zustimmung)

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich zunächst eine Unterlassungssünde gutmachen und etwas nachholen: In unseren Reihen befindet sich als unser Ehrengast als Vertreter der Bundeswehr General Dr. Roos, der Befehlshaber im Wehrbereich III. Wir begrüßen ihn und mit ihm die Bundeswehr besonders herzlich!

(Lebhafter Beifall)

Ich darf mitteilen, daß die Geschäftsführer der Fraktionen – des Bundestags und der Landtage – sich morgen um 14 Uhr im Messerrestaurant treffen.

Nun, meine Damen und Herren, kommen wir, da wir in der Zeit mit unserem Tagungsablauf gut fortgeschritten sind, zu Punkt 10 der Tagesordnung: Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Punkt 9 der Tagesordnung wird erst nach der Mittagspause aufgerufen werden. – Ich darf Sie bitten, jene Hauptunterlage in Ihrer Mappe, das rote Buch mit den Anträgen zum Entwurf für das Berliner Programm, 2. Fassung, zur Hand zu nehmen.

Erlauben Sie mir, Ihnen seitens des Präsidiums für die Behandlung und damit auch für das Verfahren in den nächsten drei Tagen vorweg einige Vorschläge zu machen! Meine Damen und Herren, Sie haben gelesen, daß wir unabhängig von den noch eingehenden Initiativanträgen – von der Möglichkeit, solche Anträge zu stellen, ist bereits Gebrauch gemacht worden – insgesamt 940 Abänderungsanträge zum Entwurf des Bundesvorstandes vorliegen haben. Das zwingt natürlich diesen Parteitag – ich glaube, hier kann ich allgemeine Übereinstimmung feststellen – zu einer sehr straffen Diskussion und zu einem hohen Maß von sachlicher Disziplin. Aus diesem Grunde schlägt Ihnen das Präsidium vor – und appelliert an Sie, meine Damen und Herren! –, auf die Erörterung von redaktionellen Fragen grundsätzlich zu verzichten und lediglich die Fragen hier zur Diskussion zu stellen, in denen es um die Austragung von sachlichen Gegensätzen und unterschiedlichen Meinungen geht.

(Vereinzelte Zustimmung)

Wir machen Ihnen einen weiteren Vorschlag für das Verfahren: Bei der Zahl der Anträge, die uns vorliegen, müssen wir der Antragskommission, die wir gewählt haben und die ihre Arbeit aufgenommen hat, ein besonders hohes Maß an Vertrauen, aber auch ein hohes Maß an Steuerungs- und Wirkungsmöglichkeit auf diesem Parteitag geben.

Lassen Sie nur einmal eine einzige Überlegung auf sich wirken: Wenn jeder der gestellten Anträge auch nur in einer Dauer von drei Minuten begründet würde, dann würde das für diesen Parteitag einen Zeitaufwand von 50 Stunden bedeuten! – Wir schlagen Ihnen deshalb vor, in jedem Falle und zu jedem Abschnitt und Unterabschnitt des Programmentwurfs zunächst die Vorschläge der Antragskommission zur Kenntnis zu nehmen und erst dann auf der

Basis dieser Vorschläge in die Aussprache einzutreten. — Ich darf Sie fragen, ob Sie mit diesem Vorschlag des Präsidiums einverstanden sind.

(Zustimmung)

Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Bitte die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen. Das Präsidium bedankt sich bei Ihnen für diesen der Geschäftsleitung sehr förderlichen Beschluß!

Lassen Sie mich nur noch folgende Hinweise geben! Sie wissen, daß nach unserer Verfahrensordnung Wortmeldungen schriftlich hier beim Tagungspräsidium vorgelegt werden sollen. Wir bitten Sie dringend, das zu tun und vor allen Dingen die Wortmeldungen nicht nur schriftlich einzureichen, sondern den Wortmeldezettel auch deutlich und vollständig auszufüllen.

Das Präsidium schlägt Ihnen für mögliche schriftliche Abstimmungen folgendes Verfahren vor: Sie werden von Ihren Landesgeschäftsführern nach Abschluß der Beratungen der Mandatsprüfungskommission zwei Blocks mit Stimmzetteln für mögliche schriftliche Abstimmungen erhalten, einen mit in der Farbe unterschiedlichen Stimmzetteln für Ja- und Neinstimmen sowie für Stimmenthaltungen und einen zweiten mit der nummerierten Stimmkarte, der ebenfalls in unterschiedlichen Farben gehaltene nummerierte Stimmzettel enthält.

Das Präsidium geht davon aus, daß schriftliche Abstimmungen dann stattfinden, wenn hier beim Präsidium Unklarheit über die jeweilige Mehrheit bei einer Abstimmung besteht, aber auch dann — hier bitte ich Sie, der Auffassung des Präsidiums zuzustimmen, das Ihnen vorschlägt, so zu verfahren —, wenn entsprechend der Vorschrift in § 42 unseres Parteistatuts ein Viertel der stimmberechtigten Delegierten eine solche schriftliche Abstimmung beantragen.

Meine Damen und Herren, das Präsidium wird in der Aussprache nicht nur einen einzigen Redner aufrufen, sondern jeweils auch die nächsten nach der Reihenfolge der Wortmeldungen. Wir bitten sie, sich dann schon hier in die Nähe des Mikrophons zu begeben. Es war technisch nicht möglich, diesen Weg durch Aufstellung von Saalmikrofonen zu verkürzen. Im Interesse eines zügigen Verlaufs unserer Beratungen schlagen wir Ihnen dieses Verfahren vor.

Nun rufe ich im Entwurf für das Berliner Programm, 2. Fassung, Gliederung und Präambel auf. In dem Buch mit den Anträgen ist das der auf weißem Papier abgedruckte Teil; es handelt sich um die Anträge 1 bis 26. Für die Antragskommission nimmt zunächst zum Bereich „Gliederung“ und den dazu gestellten Anträgen Herr Dr. Kraske das Wort.

**Dr. Konrad Kraske:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, die zum Thema „Gliederung“ vorliegenden Anträge in drei Abschnitten zu behandeln, und zwar zunächst die

Anträge 1 bis 5, danach die Anträge 6 und 7 und dann die Anträge 8 bis 10, weil es sich jeweils um die gleichen Intentionen handelt.

Zu den Anträgen Nr. 1 bis 5, die eine Umstellung der Gliederung unseres Programms bezwecken, geht die Antragskommission davon aus, daß dem Ziel der Antragsteller, nämlich das Kapitel I – Deutschland in Europa und In der Welt – an den Schluß zu setzen, im ersten Diskussionsentwurf unseres Programms Rechnung getragen war. Damals sind aber aus der Diskussion unserer Partei eine Fülle von Anträgen eingegangen, die die Wiederherstellung der Reihenfolge in der Fassung unseres Berliner Programms zum Ziele hatten. Dem ist der Bundesvorstand in der Vorlage dieser 2. Fassung gefolgt. Die Antragskommission schlägt Ihnen daher vor, bei dieser Fassung zu bleiben und die Anträge 1 bis 5 abzulehnen.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren! Sie haben die Vorschläge der Antragskommission zu den Anträgen 1 bis 5 gehört. Dazu liegt eine Wortmeldung vor, und zwar von Herrn Alfons Müller vom Landesverband Rheinland. Darf ich fragen, ob die Wortmeldung aufrechterhalten wird? – Das ist der Fall; dann hat Herr Alfons Müller, Landesverband Rheinland, zu Antrag Nr. 2 das Wort.

Darf ich, bevor Herr Müller am Rednerpult angelangt ist, in der Zwischenzeit Herrn Langguth vom RCDS bitten, der sich auch zu Wort gemeldet hat, noch mitzuteilen, zu welchem Antrag er sprechen möchte. – Das Wort hat Herr Müller.

**Alfons Müller:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es mag auf den ersten Blick unwichtig erscheinen, in welcher Reihenfolge unser Programm die Ordnungsvorstellungen der CDU darstellt. Man kann sicher auch lange darüber streiten, welchem Abschnitt der Vorrang gegeben werden soll. Die CDU, so sagt man, sei durch eine überzeugende und klar profilierte Außenpolitik groß geworden. Das ist ohne Zweifel richtig und bedarf keiner besonderen Erläuterung. Aber ebenso richtig ist, daß durch den Aufbau der demokratischen Ordnung und durch die Erfolge der sozialen Marktwirtschaft unsere Partei der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung in der Bundesrepublik nachhaltig Gestalt gegeben hat. Durch eine ausgewogene Außen- und Innenpolitik von der CDU 20 Jahre lang geformt und getragen, hat die Bundesrepublik einen beispiellosen Aufstieg erlebt.

Aber – und das scheint uns wichtig zu sein – im Bewußtsein der Wähler sind wir die Partei, die zu allererst die Außenpolitik sieht und darüber die Fortentwicklung der demokratischen und staatlichen Ordnung zurücktreten läßt. Diese Meinung, meine Damen und Herren, hören wir besonders oft aus dem Munde junger Menschen. Wir meinen, in einer Zeit, in der viele Menschen nach dem Sinn und nach den Inhalten unserer demokratischen und staatlichen Ordnung kritisch fragen und wir immer wieder den Wert der Demokratie

überzeugend darstellen müssen, sollte eine Umgestaltung der Programmgliederung vorgenommen werden. Wir sollten deutlich machen, daß wir der Festigung und Fundamentierung der demokratischen Ordnung den absoluten Vorrang geben. Aus diesem Grunde beantrage ich für den Kreisverband Kreis Köln den Austausch der Abschnitte I gegen IV und erbitte hierzu Ihre Zustimmung. — Vielen Dank.

**Präsident Heinrich Köppler:** Danke schön. Weitere Wortmeldungen zur Gliederung der von der Antragskommission zunächst behandelten Anträge Nr. 1 bis Nr. 5 liegen nicht vor. — (Wortmeldung Dr. Georg Kliesing.) Zu den Anträgen 1 bis 5 spricht Herr Dr. Kliesing, Landesverband Rheinland. Ich habe die Bitte, in Zukunft die schriftliche Wortmeldung einzuhalten.

**Dr. Georg Kliesing:** Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen vorschlagen, dem Antrag der Antragskommission zu folgen und die Anträge 1 bis 5 abzulehnen. Ich begründe das wie folgt: Es gibt heute außerhalb der CDU/CSU, in anderen Parteien einen m. E. außerordentlich gefährlichen Trend. Jenen Trend meine ich damit, der dahin geht, in der Außenpolitik eigentlich nur noch eine Funktion für die Verwirklichung gesellschaftspolitischer Anliegen zu sehen. Diese Auffassung verkennt m. E. völlig die Bedeutung, die die Außenpolitik gerade für die Bundesrepublik Deutschland in ihrer von außen her gefährdeten Situation hat. Ich glaube, daß wir als Realisten gezwungen sind, zunächst einmal ganz nüchtern diese Situation zu sehen und uns vor Augen zu halten, daß eine außenpolitische Absicherung unseres Landes überhaupt die Grundvoraussetzung dafür ist, daß wir Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik betreiben können.

(Beifall)

Deshalb sollten wir uns auch optisch und symbolisch — wenn ich es so sagen darf — nicht in das Schlepptau jener ziehen lassen und in die Nähe jener bringen lassen, für die — wie gesagt — die Außenpolitik nur noch die Funktion hat, gesellschaftspolitische Ziele zu realisieren. Deshalb gehören m. E. die Außenpolitik und eine klare außenpolitische Aussage an die Spitze unseres Programms.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen zu den Anträgen 1 bis 5 liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich stelle zunächst zur Abstimmung den Antrag der Antragskommission, den Sie gehört haben, nämlich die Anträge Nr. 1, 3, 4 und 5 abzulehnen und den Antrag Nr. 2 dadurch für erledigt zu erklären. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Danke schön. Wer enthält sich der Stimme? — Der Antrag ist mit großer Mehrheit bei Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

Ich erteile das Wort Herrn Dr. Kraske für den weiteren Teil der Vorschläge der Antragskommission im Bereich „Gliederung“.

**Dr. Konrad Kraske:** Die Anträge Nr. 6 und 7, die zusammen zu behandeln Ihnen die Antragskommission nunmehr vorschlägt, zielen auf eine Trennung der Grundsatzzerklärung und der Aktionszielsetzung ab. Konkrete Vorschläge dafür liegen seitens der Antragsteller nicht vor. Ich darf mich auf das beziehen, was der Generalsekretär, unser Freund Bruno Heck, in seinem Bericht über die Verschränkung von grundsätzlichen Erwägungen und Diskussionen über konkrete Fragen bei der Erarbeitung dieses Entwurfes gesagt hat. Die Anträge der Antragsteller würden im Grunde genommen eine völlige Umstellung und Umschreibung des Programms voraussetzen. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen daher, die beiden Anträge abzulehnen.

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank, Herr Dr. Kraske. Zu Antrag Nr. 7 erteile ich das Wort Herrn Alo Hauser vom Landesverband Rheinland.

**Alo Hauser:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß zunächst feststellen, daß zu dem Antrag Nr. 7, den ich für den Kreisverband Bonn zu begründen habe, ein Mißverständnis vorliegt. Es heißt dort: In zukünftigen CDU-Programmen soll eine Trennung von Grundsatz- und Aktionsprogramm vorgenommen werden. Wir streben also mit diesem Antrag nicht an, die Arbeit, die jetzt bereits vollzogen ist am vorliegenden Entwurf, noch einmal aufzulösen und neu zu überarbeiten. Wir haben aber festgestellt – oder glauben festgestellt zu haben – bei der Diskussion dieses Entwurfes, daß es außerordentlich schwierig ist, das, was als Grundsatz Fundament der Politik der CDU ist, in jedem Einzelfall mit den konkreten Notwendigkeiten des Tages zu verbinden. In dem Bericht des Generalsekretärs sind diese Schwierigkeiten angesprochen worden. Entweder wird die Grundsatzaussage vom pragmatischen Teil überdeckt und damit undeutlich, oder aber es ist nicht möglich, im Pragmatischen so in die Einzelheiten zu gehen, wie der Wähler es insbesondere vor Wahlen erwartet. Das hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß im allgemeinen auf den Parteitag vor Bundestagswahlen so etwas wie ein Programm, das mehr als Aktionsprogramm gedacht war, verabschiedet wurde.

Ich darf daran erinnern, daß Ausgangspunkt für die Diskussion des Berliner Programms – und jetzt auch des fortgeschriebenen Entwurfes – ein Beschluß des Parteitages in Hannover war, in dem dem Parteipräsidium 1964 der Auftrag erteilt wurde, eine Grundsatzzerklärung der CDU zu entwerfen. Dies ist bis heute nicht zustande gekommen und der Auftrag insofern nicht erfüllt. Wir wollen also anstreben, daß die künftige Programmdiskussion zwischen Aktionsprogramm und Grundsatzzerklärung unterscheidet.

**Präsident Heinrich Köppler:** Weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Teil des Berichtes von Herrn Dr. Kraske nicht vor. Ich schließe die Aussprache.



Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge Nr. 6 und 7. Ich stelle zunächst den Antrag der Antragskommission zur Abstimmung, diese beiden Anträge abzulehnen. Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Danke schön. Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit großer Mehrheit bei Gegenstimmen und Stimmenthaltungen angenommen.

Ich erteile zu den Anträgen Nr. 8, 9 und 10 das Wort Herrn Dr. Kraske für die Antragskommission.

**Dr. Konrad Kraske:** Meine Damen und Herren! Die Anträge Nr. 8 bis 10 empfehlen, dem Programm eine Schlußbemerkung beizufügen. Keiner der Antragsteller legt für eine solche Schlußbemerkung einen Entwurf vor oder führt auch nur im einzelnen aus — mit Ausnahme des Antrages Nr. 10 —, was in dieser Schlußbemerkung stehen soll.

Die Antragskommission hat davon Kenntnis erhalten, daß ein formulierter Vorschlag für eine solche Schlußbemerkung zur Zeit geplant wird, der sicher auch 30 Unterschriften finden und im Laufe der Tagung vorliegen wird. Deswegen empfiehlt Ihnen die Antragskommission, diese hier vorliegenden formellen Anträge Nr. 8 bis 10 abzulehnen und einen noch einzubringenden Antrag mit einer formulierten Schlußklärung dann zu diskutieren und zur Abstimmung zu stellen, wenn er aufgerufen wird, nämlich am Ende des vorliegenden Entwurfs.

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank, Herr Dr. Kraske. — Zu diesem Punkt liegt eine Wortmeldung von Alphons Horten, Landesverband Rheinland, vor. Darf ich Sie fragen, Herr Horten, ob diese Wortmeldung nach dem Bericht der Antragskommission aufrechterhalten wird? — Herr Horten zieht seine Wortmeldung zurück.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich stelle den Vorschlag der Antragskommission, die Anträge Nr. 8, 9 und 10 abzulehnen und eine weitere Debatte über diese Frage nach Vorliegen eines angekündigten Initiativentwurfs vorzunehmen, zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Danke schön. Wer enthält sich der Stimme? — Ich danke. Der Antrag ist mit großer Mehrheit bei Gegenstimmen und Stimmenthaltungen angenommen.

Wir kommen damit zur Präambel, das heißt zu den Anträgen Nr. 11 bis 26. Zunächst erteile ich das Wort für die Antragskommission Herrn Dr. von Weizsäcker.

**Dr. Richard von Weizsäcker:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Zur Präambel liegen die Anträge Nr. 11 bis 26 vor. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, sich zu entscheiden zwischen dem

Vorschlag des Bundesvorstandes für die Präambel oder dem Antrag Nr. 11 von Westfalen-Lippe, von dem wir glauben, daß er die wesentliche Substanz einiger weiterer in dieselbe Richtung gehenden Anträge in sich umfaßt. Sollte der Parteitag sich für die Vorlage des Bundesvorstandes entscheiden, so wäre von den folgenden Anträgen, Herr Präsident, nach der Meinung der Antragskommission dann im einzelnen vor allem noch über die Anträge Nr. 12 und 25 zu befinden, während die anderen sich inhaltlich im wesentlichen erledigen würden.

Sollte sich der Parteitag dagegen für den Antrag Nr. 11 entscheiden, dann wäre vor allem noch über den Antrag Nr. 25 zu reden, während die übrigen Anträge im wesentlichen inhaltlich konsumiert wären.

Herr Präsident! Darf ich noch ein paar Sätze zur Begründung für diese Empfehlung geben? Es läge natürlich nahe, jetzt gerade im Zusammenhang mit der Präambel in jene Grundsatzdebatte einzusteigen, von der wir schon in der Debatte über die Gliederung einiges gehört haben und von der auch der Generalsekretär gesprochen hat; Grundsatzdebatte nicht, weil wir uns uneinig wären über die ideologische Grundlage im politischen Kampf, wohl aber deshalb, weil die Menschen nach einer Phase des Wiederaufbaues und der Konsolidierung heute wieder stärker nach den Werten und Zielen im Gemeinwesen fragen; sie sind der Sinnfrage zugewandt, sowohl für den einzelnen wie für das Gemeinwesen und den Staat.

Diese Diskussion intensiv fortzuführen gemäß den Unterlagen, auf die der Generalsekretär hingewiesen hat, wird unsere laufende Aufgabe der nächsten Zeit sein. Es kann aber nicht Sinn dieses Parteitages sein, diese Grundsatzdebatte in einem Sinne zu führen, der die konkreten Entscheidungen des Programms im übrigen belasten würde.

Die Antragskommission ist daher der Meinung, daß die beiden alternativ zur Entscheidung von ihr empfohlenen Anträge hinreichend von sich aus hindeuten auf die Grundfragen, um die es geht. Sie empfiehlt also, Herr Präsident, zunächst eine Entscheidung herbeizuführen, ob Vorstandsbeschuß oder Antrag Nr. 11 grundsätzlich angenommen werden soll.

Sollte der Antrag Nr. 11 angenommen werden, so wird die Antragskommission für seine Formulierung selbst im Satz 1 noch eine sprachliche Veränderung vorschlagen, die aber den inhaltlichen Duktus nicht berührt.

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren! Sie haben die Vorschläge der Antragskommission gehört. Wir sollten zunächst den Vorschlag diskutieren, in dem die Antragskommission alternativ eine Entscheidung zwischen der Vorstandsvorlage und dem Antrag Nr. 11 vorgeschlagen hat. Dazu liegen Wortmeldungen vor zunächst von Herrn Dr. Gottfried Arnold, Landesverband Rheinland, zu Antrag Nr. 11, dann von Herrn Gerd Langguth, RCDS, dem das Präsidium auf Grund der ihm gegebenen Möglichkeit

Rederecht zu dieser Frage einräumt. Ihm folgt Herr Albert Pürsten, Landesverband Westfalen-Lippe, und diesem Herr Bernd Neumann, Landesverband Bremen.

Das Wort hat Herr Dr. Arnold.

**Dr. Gottfried Arnold:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens des Kreisverbandes Düsseldorf möchte ich den Antrag Westfalens unterstützen und insbesondere darum bitten, daß in der Präambel die Aussage, daß sich die CDU Deutschlands in ihrer Politik an den Grundsätzen christlicher Verantwortung orientiert, an die Spitze gestellt wird. Es ist zwar so, daß wir keinesfalls den Eindruck erwecken sollen und können, als hätten wir im Bereich der Politik ein Monopol auf das Christentum in unserer Tasche. Wir haben dies ebensowenig, wie die Sozialdemokraten ein Monopol auf die richtige Sozialpolitik in ihrer Tasche haben. Wir sollten aber gerade heute das Antrittsgesetz, das nach dem Kriege die motorische Kraft für unsere Sammlung war, klar heraus-, nämlich an die Spitze stellen.

Ich meine, der entscheidende Auftrag unserer Partei, sowohl aus ihrer christlichen wie aus ihrer politisch-sozialen Fundierung heraus, muß jetzt besonders darin liegen, in der sich verstärkenden Polarität zwischen politischen und Ideologischen Extremen ihre Erfahrungen und das rechte Maß zur Wirkung zu bringen. Dieses rechte Maß, meine Damen und Herren, ist kein schematisierbares Rezept, es ist aber — davon sind wir überzeugt — eine methodische Idee für das jeweilige Verhalten, eine Idee, die heute gegen das Radikale, gegen das Gewaltmäßige, gegen das Totalitäre und gegen das Maßlose gerichtet ist.

Ich bitte Sie namens des Kreisverbandes Düsseldorf deshalb, dem Antrag Westfalens zuzustimmen. Wir ziehen den Antrag Nr. 24, wenn das geschieht, entsprechend zurück.

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank. — Als nächster hat das Wort Herr Gerd Langguth.

**Gerd Langguth:** Meine Damen, meine Herren! Ich möchte mich zunächst dafür bedanken, daß dem RCDS auch dieses Jahr wieder das Recht eingeräumt wurde, hier auf einem Parteitag zu sprechen. Es wird dadurch auch eine bestimmte Solidarität der Partei gegenüber einem Studentenverband gezeigt und ausgewiesen, der im Kampf um konsequente Reform und andererseits auch im Kampf gegen linksradikale Studenten einen nicht unbedingt leichten Stand an unseren Universitäten hat.

(Beifall)

Melne sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte bitten, den Antrag Nr. 11 anzunehmen, einen Antrag, der am ehesten dem Entwurf der Programm-

kommission des Ministerpräsidenten Kohl nahekommmt. Der Entwurf der Programmkommission gab nämlich der Partei nach unserer Auffassung die Grundlagen, wie die Politik der 70er und 80er Jahre gestaltet werden kann, weil hier ausdrücklich klarer und präziser formuliert wurde als in dem Entwurf des Bundesvorstandes, nämlich die Selbstverwirklichung des einzelnen, die Chancengerechtigkeit für jedermann und die auf den Grundprinzipien von Mitwirkung, Transparenz, Verteilung und Kontrolle marktaufbauenden dynamischen Demokratie. Die Dynamik ersetzte die Parole „Keine Experimente“, und gesellschaftlicher Fortschritt trat an die Stelle des Slogan „Sicherheit für alle“. Meine Damen und Herren! Im ersten Entwurf, im Entwurf der Kohl-Kommission, kam auch der radikale Kampf gegen Hunger und Unterentwicklung in den Ländern der Dritten Welt und die stärkere Beteiligung des einzelnen Bürgers an den Entscheidungen in der Politik und in der Gesellschaft deutlicher zum Tragen.

Eine persönliche Bemerkung sei noch zu dem vorher getroffenen Beschluß von Ihnen hier gemacht, nämlich daß von Ihnen die Gesellschaftspolitik der Außenpolitik untergeordnet wurde. Das ist ein Punkt, der auch von uns leider nicht gutgeheißen werden kann. Aber wir meinen, daß insgesamt der Antrag Nr. 11 einen offensiveren Weg der Union aufzeigen würde, offensiver deshalb, weil er eben deutlicher und klarer aufzeigt, wie die Alternativen in den 70er und 80er Jahren aussehen. Ich meine, daß die Union eben offensiver argumentieren muß und nicht, wie es heute bereits geschehen ist, sich nur abgrenzt zum Sozialismus hin, ohne eine inhaltliche Auseinandersetzung tatsächlich vorzunehmen.

Eine allerletzte Bemerkung lassen Sie mich, bitte, zum Schluß machen. Ich weiß, sie gehört nicht direkt zu diesem Punkt. Wenn heute morgen die Äußerungen von seiten der CSU etwas heruntergespielt wurden, als wenn doch die große Gemeinschaft zwischen beiden Parteien da sei, so muß man doch m. E. eindeutig sagen, daß es auf die Dauer nicht sein kann, daß es zwei Parteien gibt, die hier nicht eine gemeinsame Programmdiskussion vornehmen. Deswegen meinen wir, sollte man nicht nur die Fusion zwischen CDU und CSU fordern, sondern auch fordern, daß im nächsten Jahr oder in den nächsten Jahren auf einem gemeinsamen Programmparteitag die Unterschiede ausdiskutiert werden und eben nicht nur in der Bundestagsfraktion. — Vielen Dank.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank! — Als nächster hat das Wort Albert Pürsten, Landesverband Westfalen-Lippe. Ihm folgen Herr Neumann, Landesverband Bremen, Dr. Riesenhuber, Landesverband Hessen, Herr Enneking, Landesverband Oldenburg. — Das Wort hat Herr Pürsten.

**Albert Pürsten:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den Ausführungen unseres Freundes von Weizsäcker im Auftrage der Antragskommission kann ich meine Begründung recht kurz halten. Ich würde

mich dem anschließen, was als Alternative im Vorschlag der Antragskommission enthalten ist und für Westfalen-Lippe – und das darf ich auch für das Rheinland sagen – daß Sie dem Antrag Nr. 11 zustimmen. Selbst wenn man der Meinung ist, meine Damen und Herren, daß man ein Programm nahezu jährlich oder längstens alle zwei Jahre neu formulieren sollte, mag es seine Richtigkeit haben, wenn man dabei nicht vergißt, Politik zu machen. Für die Präambel, meine ich, die etwas Grundsätzliches aussagt, sollte die Flexibilität nicht übertrieben werden.

(Beifall)

Wir meinen, daß der Präambel die Behandlung durch den Bundesvorstand, so verdienstvoll sonst seine Arbeit gewesen ist, nicht übermäßig gut bekommen ist und halten unseren Antrag Nr. 11 für die Präambel für den Antrag mit der dynamischeren Aussage. Worauf wir auch Wert legen, meine Damen und Herren, ist, daß wir im dritten Abschnitt das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen wieder enthalten haben wollen,

(lebhafter Beifall)

weil wir glauben, daß das, was in der Charta der Vereinten Nationen steht, auch in unserem Programm stehen sollte.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie um Annahme des Antrags Nr. 11.

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank, Herr Pürsten! – Das Wort hat Herr Bernd Neumann, Landesverband Bremen.

**Bernd Neumann:** Meine Damen und Herren! Ich möchte für die Junge Union Deutschlands den Antrag Nr. 11 des Landesverbandes Westfalen-Lippe unterstützen. Der Antrag, der von der Jungen Union unter Nr. 26 vorliegt, ist im Inhalt gleich. Ich möchte für die politische Begründung vier Dinge angeben. Mir scheint, daß die Präambel in der Fassung des Antrags Nr. 11 deswegen besser ist, weil erstens die Definition von Demokratie wirklichkeitsnaher ist, weil zweitens die Chancengleichheit erwähnt ist, weil drittens von der Solidarität aller Bürger gesprochen wird, wie es auch die erste Fassung vorsah – wenn Sie die neue Fassung nehmen, dann fehlt das dort – und weil viertens die Gliederung sinnvoller zu sein scheint. In der Fassung von Westfalen-Lippe wird im erste Absatz von den allgemeinen Zielsetzungen der christlich-demokratischen Politik gesprochen, dann zum zweiten von Demokratieverständnis und zum dritten von besonderen politischen Zielen. Diese Gliederung scheint sinnvoller als die, wie sie die Präambel in der Fassung des Bundesvorstandes vorsieht. Dort sieht es so aus, daß man erst einmal von einigen Zielsetzungen spricht, die Wiedervereinigung usw., dann erst von dem Demokratieverständnis und als drittes erst die Zielsetzung christlich-demokratischer Politik erwähnt. Ich meine, es wäre sinnvoller, es umgekehrt zu tun, bevor man ein politisches Ziel anspricht, erst einmal zu sagen, was christlich-demokratische Politik soll.

Im übrigen kann ich mich den Begründungen meiner Vorredner anschließen und bitte Sie, im Namen der Jungen Union den Antrag Nr. 11 zu unterstützen.

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank! – Das Wort hat Dr. Heinz Riesenhuber, Landesverband Hessen.

**Dr. Heinz Riesenhuber:** Die wesentlichen Stichworte, die uns zur Unterstützung des Antrags Nr. 11 bestimmen, sind gefallen. Es ist erstens die richtige Gliederung, die Gliederung ausgehend von den Grundsätzen und dem Bürger, der sich nach diesen Grundsätzen in seinem demokratischen Selbstverständnis bestimmt. Zweitens die Stellung des Bürgers in der Gesellschaft, wie im letzten Abschnitt festgestellt ist, und drittens die Stellung der Partei in der Gesellschaft, die Stellung des deutschen Volkes in der Welt. Diese Gliederung ist logisch richtig und zu bewahren.

Ein Zweites: Der westfälische Antrag enthält in der Tat die Schlüsselworte, auf die es ankommt und die im Bundesvorstandsentwurf entfallen sind. Das ist die Selbstverwirklichung der Person, die sich als Leitmotiv durch unser ganzes Programm hinzieht, die wir in den Abschnitten über die Bildungspolitik, über die Vermögenspolitik, in unserer Rede über das freie Unternehmertum ebenso wie über die Vorschulklasse aufnehmen. Dieses Leitmotiv als Grundsatz unserer Politik und als klare Gegenposition gegen jede kollektive Tendenz muß hier hinein. Es genügt nicht, irgendwelche anonymen kollektiven Mächte zu beschwören.

Das Stichwort der Chancengleichheit gehört als Stichwort ebenfalls hier hin. Dies ist einer der konstitutionellen Unterschiede der Christlich Demokratischen Union gegenüber den konkurrierenden Parteien, nicht die Gleichheit aller schlechthin, sondern die Gleichheit der Chancen. Was wir hier zum Vorschuljahr sagen bis zur Vermögensbildung hin, ist nur eine konkrete Ausformung dieses Postulats.

Schließlich scheint uns das Temperament dieses Entwurfs richtig zu sein. Wir sitzen nicht behäbig da und finden eine Demokratie vor, die zu gestalten ist, sondern wir wollen sie dynamisch fortentwickeln, wir wollen sie durchschaubar gestalten, wir wollen die Initiative übernehmen, die Initiative, über die auf dem letzten Parteitag gesagt worden ist: Wenn man die geistige Führung erhält, behält man die politische. Diese geistige Führung geht nur von einer dynamischen, von einer geistigen, von einer ersten Position aus, nach der sich alles andere richtet. Diese Grundsätze des Aggressiven, nicht des Abwartens, nicht des Zurückhaltens wollen wir aufnehmen. Deshalb plädieren wir für diesen Angriff gegen die anderen Parteien und gegen eine vielleicht etwas müde Gesellschaft.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Als vorläufig letzte Wortmeldung zu diesem Punkt hat Herr Enneking, Landesverband Oldenburg, das Wort.

**Heinrich Enneklng:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten den Antrag Nr. 12 gestellt und schließen uns dem Antrag Nr. 11 an. Argumente sind dazu in hinreichendem Maße gefallen. Deswegen nur noch eine kurze abschließende Bemerkung.

Die drei Absätze der Präambel befassen sich mit den drei Buchstaben CDU. Nun hat die Präambel das U in den Vordergrund gestellt und das C an die zweite Stelle gesetzt und das D an die dritte Stelle. Wir meinen, daß sich die Präambel schon aus diesen Erwägungen auch wieder zunächst an dem ursprünglichen C, dann an dem D und an dem U ausrichten sollte, denn es ist dann auch insoweit zwischen Präambel und den Buchstaben ein Einklang.

Die weiteren Sachargumente sind vorher besprochen worden. Wir nehmen unseren Antrag Nr. 12 zurück und schließen uns dem Antrag Nr. 11 an. — Ich danke Ihnen.

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank. Als nächster hat Herr Dr. Kohl das Wort.

**Dr. Helmut Kohl:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für alle Freunde, die in der Programm-Kommission mitgewirkt haben und die auch in der Diskussion der letzten Wochen und Monate gerade Inhalt, Form und Zielsetzung der Präambel immer wieder verteidigt haben, darf ich nachdrücklich sagen, daß wir für den westfälischen Antrag sind, der in Inhalt und Form weitgehend dem entspricht, was wir in der Programm-Kommission vorgeschlagen haben.

(Beifall)

Es ist in den letzten Wochen viel darüber diskutiert worden, ob dieses Programm, das heute, morgen und übermorgen verabschiedet wird, den Standort der Partei verschiebt.

Sowohl bei Kurt Georg Kiesinger als Franz-Josef Strauß als auch vor allem in der eindrucksvollen Rede von Bruno Heck wurde deutlich, daß sich die Union als eine Partei der Mitte versteht. Und Partei der Mitte, meine Damen und Herren, ist auch die Partei, die bereit ist, auf sicherem Grund sich fortzuentwickeln, und zwar, ohne daß sie dabei mit Zorn zurückblickt.

Genau das findet sich ausformuliert in Sprache und, wie hier eben sehr gut gesagt wurde, im Temperament dieses Präambel-Entwurfs.

Ich glaube, diese Präambel und die Beschlüsse, die wir in diesen Tagen hinzuzufügen haben, werden deutlich machen, daß die Union nach vorne schaut.

Und ich möchte darum bitten zuzustimmen, nicht zuletzt auch deswegen, weil diese Präambel in dem Entwurf, den unsere westfälischen Freunde jetzt noch einmal unterstrichen haben, deutlich macht, daß wir auch die Sprache von morgen, die Sprache der Jungen, sprechen.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Das Wort hat unser Bundesparteivorsitzender, Herr Dr. Kiesinger.

**Dr. Kurt Georg Kiesinger:** Meine lieben Freunde, meine Damen und Herren! Normalerweise wird der Vorstand, der Ihnen seinen Entwurf vorgelegt hat, auch wenn es Nuancierungen und Meinungsverschiedenheiten unter ihm gibt, seine Vorlage verteidigen. Aber wir sind hier in einem Parteitag mit demokratischer Diskussion und demokratischer Willensbildung, und ich gestehe Ihnen offen: Ich bin von den Argumenten beeindruckt. Ich finde die Formulierung des Antrags 11 besser und werde ihn unterstützen.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank. Herr Pauls, Landesverband Westfalen-Lippe, teilt mit, daß der Kreisverband Witten den Antrag Nr. 19 nicht aufrechterhält.

Ich habe noch eine Wortmeldung, und zwar von Frau Licht, Cuxhaven, zum Thema Präambel. Ich darf ihr das Wort erteilen und werde dann, wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr zur Diskussion dieses Punktes eingehen, noch einmal Herrn von Weizsäcker für die Antragskommission das Wort erteilen.

**Frau Erna Licht:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein ganz kurzes Wort für die Frauen-Vereinigung der CDU. Ich komme vom Kreisverband Cuxhaven. Uns Frauen geht es um zwei wichtige Dinge. Als erstes um ein klares Bekenntnis zu den christlichen Grundsätzen der CDU und als zweites zum Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes.

(Beifall)

Das ist alles, was ich dazu zu sagen habe.

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank, Frau Licht. Weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Teil nicht vor.

Ich bitte Herrn Dr. von Weizsäcker, noch einmal für die Antragskommission das Wort zu nehmen.

**Dr. Richard von Weizsäcker:** Darf ich im jetzigen Stadium, Herr Präsident, bevor Sie über Antrag 11 abstimmen lassen, noch die sprachliche Umformulierung zu Antrag 11 vortragen? Es handelt sich im Antrag Nr. 11 um den Absatz 1, Satz 1.

Dort heißt es bisher:

„Die Christlich Demokratische Union Deutschlands orientiert ihr Denken und Handeln an den Grundsätzen einer Politik aus christlicher Verantwortung.“



Die Antragskommission schlägt vor, vereinfachend zu sagen:

„Die Christlich Demokratische Union Deutschlands orientiert ihre Politik an den Grundsätzen christlicher Verantwortung.“

Es ist klar, daß wir sowohl denken wie handeln wollen. Beides mündet in der Politik ein, um die es uns geht. Und deswegen scheint es uns nur eine Straffung und Präzisierung, dagegen nicht eine Veränderung zu sein zu sagen: „Die Christlich Demokratische Union Deutschlands orientiert ihre Politik an den Grundsätzen christlicher Verantwortung.“

Herr Präsident, vielleicht kann gegebenenfalls darüber gleich mit abgestimmt werden.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank, Herr von Weizsäcker.

Die Antragsteller, Landesverband Westfalen-Lippe und Rheinland, signalisieren Zustimmung. Dann können wir die Aussprache schließen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission schlägt vor, entweder Antrag Nr. 11, über den debattiert worden ist, oder die Fassung des Vorstandsentwurfs anzunehmen.

Ich stelle zunächst Antrag Nr. 11 zur Abstimmung. Wer Antrag 11 mit der Änderung, die Herr von Weizsäcker namens der Antragskommission in Satz 1 vorgeschlagen hat, annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen! — Danke schön. Gegenprobe! — Danke. Stimmenthaltungen? — Ich stelle fest, daß dieser Antrag einstimmig ohne Stimmenthaltungen angenommen ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit haben sich, wie Sie aus dem Vortrag von Herrn von Weizsäcker gehört haben, die Anträge zur Präambel — ausgenommen Antrag 25 — erledigt.

Wir kommen nun zu Antrag 25.

Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen.

Bitte, Herr von Weizsäcker, wenn Sie dazu noch einmal das Wort nehmen wollen!

**Dr. Richard von Weizsäcker:** Herr Präsident, ich hatte noch nicht dazu gesprochen. Ich will nur kurz sagen: in der Tat, die Antragskommission empfiehlt, Antrag 25 abzulehnen, nicht etwa deshalb, weil die Aufzählung inhaltlich auf den Widerspruch der Antragskommission stoßen würde; aber die Antragskommission ist der Meinung, daß der Versuch, enumerativ aufzuzählen, welches die Ziele sind, letzten Endes immer scheitern muß.

Es werden nicht alle Ziele zusammengefaßt werden können. Dann entsteht ein Prioritätenproblem, und das läßt sich in dieser Form, wie die Antragskommission meint, nicht lösen.

Da später noch Anträge gestellt werden, eine Übersicht oder ein Stichwortverzeichnis zum Programm aufzunehmen, wird sich eine gewisse Übersichtlichkeit über die wesentlichen Ziele schon noch erzielen lassen. Aber wir empfehlen es nicht, in der Präambel diese Leitsätze bereits zum Ausdruck zu bringen. Wir empfehlen also Ablehnung des Antrags 25.

**Präsident Heinrich Köppler:** Sie haben den Bericht von Herrn von Weizsäcker gehört. Darf ich Herrn Dr. Jakob, Landesverband Hannover, fragen, ob seine Wortmeldung aufrechterhalten wird? — Herr Dr. Jakob hat das Wort.

**Dr. Henning Jakob:** Herr Präsident, liebe Parteifreunde! Ich habe den Eindruck, den ich den Worten von Herrn von Weizsäcker entnehmen mußte, daß dieser Antrag etwas mißverstanden worden ist.

Wir wollen nicht etwa an der Präambel etwas ändern, wir meinen nur, daß hinter der Präambel, wie es auch unser Antrag sagt, wenn man ihn genau liest, etwas eingefügt werden muß.

Dabei geht es uns um die Breitenwirkung unseres Programms.

Wenn man mit einfachen Mitgliedern, die unseren Programmentwurf in den letzten Monaten gelesen haben, spricht, ist vielfach die erste Reaktion, daß diese Menschen sagen: Dieses Programm ist viel zu lang.

(Einzelner Beifall)

Und daraus folgt, daß wir meinen, die Breitenwirkung dieses Programms dürfte nur minimal sein.

Ähnliches hat ja auch heute morgen Franz-Josef Strauß gesagt, indem er zum Ausdruck brachte, daß von den vielen Zuhörern, die zu seinen Versammlungen kämen, kaum jemand sei, der das Programm gelesen habe.

Ich meine aber, daß es uns auch auf eine Breitenwirkung unseres Programms ankommen muß. Wir machen unser Programm natürlich nicht nur um der Breitenwirkung willen. Wir wissen genau, daß damit auch viele andere Dinge verbunden sind, die vielleicht vorrangig sind. Aber wir müssen doch versuchen, dieses Programm nicht nur für eine interne Diskussion zu machen und nicht nur für die Archive.

Ich habe den Eindruck, daß es nicht einmal bei allen politischen Journalisten dazu kommen wird, daß sie dieses umfangreiche Programm Wort für Wort durchlesen. Viele politische Journalisten werden sich damit begnügen, sich einige Rosinen aus dem Kuchen herauszupicken und dann beginnen, darüber zu räsonieren, ob die CDU nun weiter nach links oder weiter nach rechts gerückt sei.

Die Erfahrungen, die wir mit dem Berliner Programm gemacht haben, zeigen uns doch, daß wirklich etwas daran ist. Das Berliner Programm hat nach meinem Eindruck kaum eine Breitenwirkung gehabt, und es ist eigentlich schade um die viele Arbeit, die man in es investiert hat. Wir meinen deshalb, daß wir eine Kurzfassung des Programms in dieses Werk einfügen müßten.

Sicherlich ist es richtig, daß in den 24 Thesen, die wir hier aufgeführt haben, nicht alle Punkte zu Papier gebracht worden sind. Das ist auch keineswegs beabsichtigt. Beabsichtigt war, einige wesentliche Kernpunkte herauszuholen, die das Bild unserer Partei profilieren sollen, Kernpunkte, in denen wir uns von der SPD, von der FDP und von den ganz Rechten, NPD und was es da sonst noch gibt, unterscheiden.

(Vereinzelter Beifall)

Es ist auch nicht gewollt, nun mit dieser Aufzählung inhaltlich etwas auszusagen, was bei den vielen Änderungsanträgen nicht erfaßt wäre. Ich meine, aus all den Diskussionen in unserem Kreise ist hervorgegangen, daß mit dieser Aufzählung von Grundsätzen doch wohl eigentlich alles das erfaßt ist, etwas gesagt ist, wozu im Grunde alle ja sagen können.

Wir sind andererseits natürlich keineswegs böse oder unglücklich, wenn nun die Antragskommission meint, Einzelheiten der Formulierungen noch ändern zu müssen. Uns würde es auch durchaus recht sein, wenn noch Programmpunkte zugefügt oder einige Punkte weggestrichen würden. Auch ließe sich durchaus darüber reden, diese Kurzfassung nicht hinter der Präambel unterzubringen, sondern sie an den Schluß des Programms zu setzen. Das wäre ebenfalls eine Möglichkeit. Ich meine nur, daß dieser Parteitag der öffentlichen Meinung etwas geben müsse, was man auch in der Tagespresse vollständig abdrucken kann, so daß am Ende jeder, der durchschnittlich politisch orientiert ist, einmal ganz kurz zusammengefaßt das erhält, was die Partei will.

Ich darf auf eines noch hinweisen: In der achten These ist ein Druckfehlerteufel am Werk gewesen. Es muß dort nicht „Hochschulbetrieb“, sondern „Hochschulbereich“ heißen.

Liebe Parteifreunde, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie unserem Antrag zustimmen würden.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank, Herr Dr. Jakob! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich stelle zunächst den Vorschlag der Antragskommission zur Abstimmung, den Antrag Nr. 25 des Kreisverbandes Hannover-Land abzulehnen. Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön! Wer ist dagegen? — Danke! Wer enthält sich der Stimme? — Danke sehr! Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Damit

ist die Präambel durchberaten; die notwendigen Entscheidungen dazu sind gefallen.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen eine technische Mitteilung machen. Es ist nicht möglich, hier den früher üblichen Lichtwerfer für telefonische Durchsagen zu installieren. Alle Nachrichten bzw. Bitten und telefonische Rückrufe finden die Teilnehmer nur an den Tafeln im Foyer rechts und links von der Garderobe.

Meine Damen und Herren! Wir werden jetzt unterbrechen und heute nachmittag in einer anderen Reihenfolge – ich darf Sie eine Sekunde um Gehör bitten –, als es die Vorlage, die sich in Ihren Unterlagen befindet, vorsieht, fortfahren.

Wir werden heute nachmittag Kapitel II des Programmentwurfs, d. h. den rosagedruckten Teil der Vorlage, „Bildung, Wissenschaft und Forschung“, weiterberaten. Es ist vorgesehen, dieses Kapitel unter allen Umständen heute durchzuberaten, damit wir morgen zunächst mit Kapitel III und morgen nachmittag mit Kapitel IV beginnen können. Das Kapitel I werden wir dann am Mittwochvormittag zur Beratung aufrufen.

Ich unterbreche jetzt die Plenarsitzung des Parteitags bis 14.30 Uhr.

(Pause von 12.56 bis 14.37 Uhr)

# Montag, 25. Januar 1971

**Beginn 14.37 Uhr**

**Wlfrid Hasselmann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne den 2. Sitzungsabschnitt und bitte Sie nochmals, Platz zu nehmen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Wir nehmen nach der Tagesordnung zunächst den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegen, den ich Ihnen hiermit vortragen möchte.

Die vom Parteitag gewählte Mandatsprüfungskommission ist ordnungsgemäß zusammengetreten und hat die Stimmberechtigung geprüft. Nach § 28 des Statuts entsenden die Landesverbände auf je angefangene tausend Mitglieder einen Delegierten und je angefangene 25 000 Stimmen, die bei der letzten Wahl zum Deutschen Bundestag für die Landesliste abgegeben wurden, einen weiteren Delegierten. Demnach sind voll stimmberechtigt 506 Delegierte der Landesverbände sowie laut Parteitagsbeschuß vom Parteitag 1967 unser Ehrenvorsitzender, Prof. Dr. Ludwig Erhard. Das sind insgesamt 507. Davon sind anwesend 506. Ebenfalls nach § 28 der Satzung stellt die Exil-CDU 50 Delegierte, deren Stimmen bei Abstimmungen nach § 29 Abs. b), c), d) und f) des Statuts der CDU Deutschlands nicht mitgezählt werden. Von diesen 50 Delegierten der Exil-CDU sind anwesend 48.

Die Mandatsprüfungskommission hat nach eingehender Überprüfung der Unterlagen festgestellt, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden. Danach sind zur Zeit der Prüfung um 13.30 Uhr insgesamt 554 Delegierte stimmberechtigt.

Wünscht hierzu jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Ich danke Ihnen. Ich darf dann geschäftsordnungsmäßig bekanntgeben: Die Herren Landesgeschäftsführer von Bremen, Hessen, Nordbaden, Nordwürttemberg, Württemberg-Hohenzollern und Schleswig-Holstein werden gebeten, die Stimmkarten und Stimmzettelblocks für die Delegierten ihrer Landesverbände im Büro der Organisationsleitung umgehend abzuholen, damit sie ausgehändigt werden können. Ich darf wiederholen: Die Landesgeschäftsführer von Bremen, Hessen, Nordbaden, Nordwürttemberg, Württemberg-Hohenzollern und Schleswig-Holstein werden gebeten, die Stimmkarten und Stimmzettelblocks umgehend abzuholen, und zwar in Zimmer 33. Ich bitte die Nachbarn, ihre Geschäftsführer daran zu erinnern.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, nämlich das Kapitel II: Bildung, Wissenschaft und Forschung, haben wir Veranlassung, in Ergänzung der Begrüßung von heute morgen für

Presse, Funk und Fernsehen insbesondere noch einmal Dank für die umfangreichen Aufbauarbeiten für die Berichterstattung über diesen Parteitag in Funk und Fernsehen zu sagen. Unser Dank gilt insbesondere dem Westdeutschen Rundfunk unter der Leitung von Herrn Gerd Ruge und dem ZDF unter der Leitung von Herrn Dietrich.

(Befall)

Das muß einfach erwähnt werden, weil wir an einer Berichterstattung über unsere Beratung interessiert sind.

Ich rufe dann auf den Abschnitt II:

Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Zur Gliederung des Abschnitts 2 liegen die Anträge 183 bis 188 vor.

Zunächst hat die Antragsprüfungskommission das Wort. Ich erteile das Wort Herrn Kultusminister Dr. Bernhard Vogel.

**Dr. Bernhard Vogel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir freuen uns, daß der Abschnitt II schon heute behandelt wird, bitten allerdings um Verständnis dafür, daß wir bei insgesamt 290 Anträgen zu diesem Abschnitt sehr gestrafft und konzentriert arbeiten mußten. Wir möchten Sie zur Erleichterung eingangs auf die kontroversen und besonders bedeutsamen Punkte in den zu diesem Abschnitt vorliegenden Anträgen aufmerksam machen. Es sind dies Punkte, wo wir teilweise von der Antragsprüfungskommission keinen gemeinsamen Vorschlag machen können. Sie beziehen sich auf die Ziff. 28 und die Frage, ob dort neben Mathematik und Naturwissenschaften auch Sozial- und Wirtschaftswissenschaften genannt werden sollen, auf die Ziff. 31 und die Frage, ob die Vorschulklasse obligatorisch sein soll, auf die Ziff. 33 und die Frage, ob die Bildungsförderung familienunabhängig sein soll, auf die Ziff. 37 und die Frage, ob die Bundesanstalt für Arbeit auch für berufliche Bildung zuständig sein soll, auf die Ziff. 44 – Einfügung der zentralen Nachweisstelle für Studienplätze – sowie auf die Ziff. 47 – Einfügung des Studiums im Medienverbund – und die Ziffer 52 – Ausdehnung des europäischen Jugendwerks.

Nun zunächst zu den bereits genannten Anträgen 183 bis 188, in der Vorlage Seite 41. Zu den Anträgen 183 und 184 schlägt die Antragskommission vor, die beantragte Umstellung abzulehnen, da sie der Meinung ist, daß es nach der inhaltlichen Abfolge der Themen nicht sinnvoll wäre, Fernlehrinstitute nur auf berufliche Bildung zu beziehen, sondern daß das auf alle Bildungsbereiche bezogen werden muß. Sie schlägt deshalb vor, diesen Punkt bei Ziffer 47 aufzugreifen und ihn entsprechend neu zu formulieren, die Anträge Nr. 183 und 184 aber hier abzulehnen.

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsidium: Darf ich fragen, ob hierzu das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Herr Dr. Vogel, dann bitte ich Sie, die nächsten Punkte der Antragskommission zu behandeln.

**Dr. Bernhard Vogel:** Die Anträge 185 und 186 betreffen ebenfalls eine Umstellung. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, diesen Anträgen nicht zu entsprechen, da die Umstellung keine Verbesserung im Aufbau mit sich brächte.

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben gehört, daß zu den Anträgen 185 und 186 Ablehnung vorgeschlagen ist. Das gleiche gilt für die Anträge 183 und 184. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann sind diese Anträge erledigt. – Antrag 187!

**Dr. Bernhard Vogel:** Hier schlagen wir vor, dem Inhalt des Antrages einer stärkeren Betonung der Aufgaben im Bereich der Sonderschulen zu entsprechen, dies aber in der entsprechenden Ziffer zu tun, nicht aber diese Ziffer vorzustellen, weil sonst das Spezielle, die Sonderschulen, vor dem allgemeinen Schulteil käme. Das erscheint der Antragskommission im Aufbau nicht logisch.

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, der Vorschlag von Herrn Dr. Vogel lautet: Antrag 187 ist abzulehnen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so angenommen.

**Dr. Bernhard Vogel:** Bei Antrag 188 sieht die Antragskommission die enge Beziehung der europäischen Bildungspolitik zur Europapolitik und begrüßt es, wenn auch bei der Ziffer Europapolitik etwas zur europäischen Bildungspolitik gesagt wird. Sie legt aber Wert darauf, daß wegen der Verbindung zum Bildungsbereich dieser Punkt auch im Abschnitt über Bildung aufgegriffen wird und bittet darum, den Antrag 188 abzulehnen.

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsidium: Erhebt sich gegen diesen Antrag Widerspruch? – Nein! Dann ist das so angenommen.

**Dr. Bernhard Vogel:** Zu den Anträgen 189, 190 und 191 schlägt die Antragskommission vor, den Antrag 189 anzunehmen, aber darüber nicht hier, sondern an der betreffenden Stelle abzustimmen. Daraus folgt, daß der Antrag 190 abgelehnt werden muß. Antrag 191 sollte aufgegriffen werden, aber ebenfalls in Zusammenhang mit Antrag 358 an der betreffenden Stelle darüber abgestimmt werden. Wir schlagen also vor, die Abstimmung über die Anträge 189, 190 und 191 bis zu den entsprechenden Ziffern zurückzustellen.

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsidium: Ist jemand dagegen, daß wir so verfahren? – Nein! Dann ist auch das so angenommen.

Meine Damen und Herren, jetzt sollen zunächst die Ziffern 27 bis 29 behandelt werden. Dazu hat Frau Dr. Walz das Wort.

**Frau Dr. Hanna Walz:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe Ihnen zunächst die Vorschläge der Antragskommission zu den Ziffern 27 bis 29 zu unterbreiten, die die allgemeinen Grundsätze für Bildung, Wissenschaft und Forschung beinhalten. Es wäre sicher reizvoll, zu den

Bildungsvorstellungen der CDU hier einige Bemerkungen zu machen, aber die werden ja später von ihnen bei der Begründung Ihrer Anträge und Ihrer Zusatzanträge entwickelt, da Sie ja wohl kaum mit allem einverstanden sein werden, was die Antragskommission Ihnen vorzuschlagen hat.

Ich beginne also mit der Ziffer 27, und hier sind die Anträge 192 bis 202 zu behandeln. Wenn ich mich ganz kurz fasse, dann liegt das daran – wie Herr Dr. Vogel schon sagte –, daß wir 290 Anträge zu bearbeiten haben und es nicht anders möglich ist, als das hier sehr gedrängt vorzutragen.

Die Antragskommission schlägt dem Parteitag vor: Der Antrag Nr. 202 sollte statt Ziffer 27 des Vorstandsentwurfs angenommen werden, da er der umfassendste Antrag ist. Allerdings sollte die Annahme des Antrags Nr. 202 mit den folgenden Änderungen vorgenommen werden – bitte schlagen Sie Ihr Programm auf, damit Sie die Änderungen verfolgen können: 1. Der letzte Satz des Abs. 1 des Antrags Nr. 202 sollte durch den zweiten Satz des Abs. 1 der Ziffer 27 ersetzt werden. 2. Im Absatz 2 des Antrags Nr. 202 sollten die Worte „Fähigkeiten und Begabungen“ ersetzt werden durch die Worte „Anlagen, Neigungen und Fähigkeiten“. Sie alle, die Sie mit der Materie befaßt sind, wissen, wie problematisch der Begabungsbegriff ist. 3. Der letzte Satz des Antrags Nr. 202 soll gestrichen werden. 4. Als letzter Satz sollte an den Antrag Nr. 202 angefügt werden: „Integrationen sind zu erproben, wo sie sich fachlich anbieten.“ Wir wollen nicht nur Differenzierungen, sondern wir wollen Integration da, wo es möglich ist, aber auch nur da!

Mit der Annahme dieses Vorschlags wären die Anträge Nr. 192, 193, 194, 195, 196, 199 und 200 ihrem Inhalt nach erfaßt; sie sind also in die neue Formulierung der Antragskommission eingegangen. Dagegen empfiehlt die Antragskommission dem Parteitag die Ablehnung der Anträge Nr. 197, 198 und 201.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag der Antragskommission gehört. Sind Sie damit einverstanden, daß so verfahren wird?

Es liegen einige Wortmeldungen vor. – Ich darf die Reihenfolge der Wortmeldungen zunächst immer so vortragen, daß vier genannt werden, und bitte, daß alle Damen und Herren, die das Wort nehmen möchten, sich vor mir auf der rechten Seite auf den für Redner vorgesehenen Plätzen schon einfinden, damit wir ohne Verzögerung sofort auffordern können, das Wort zu nehmen.

Ich erteile das Wort zuerst Herrn Dr. Graß vom Landesverband Rheinland-Pfalz; er spricht zur Ziffer 27 und damit zum Thema „Bildungspolitik“; der Redner begründet den Antrag der Jungen Union. – Als nächster Redner spricht Herr Schröder aus Hamburg.

**Dr. Karl-Martin Graß**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Vertreter der Antragsteller des Antrages Nr. 202, der Bundesvereinigung der Jungen



Union, bin ich natürlich sehr froh darüber, daß die Antragskommission unseren Text zur Grundlage des hier vorgeschlagenen Beschlusses gemacht hat.

Zu unseren Motiven, diesen Änderungsantrag zu stellen, darf ich vielleicht einige Dinge sagen! Das Bildungswesen und die Bildungspolitik haben heute in der Bundesrepublik einen außerordentlich organisationsorientierten Zug. Gelegentlich macht auch dieser Programmentwurf den Eindruck, als sei er sehr technokratisch angelegt. Zum anderen gibt es nicht allzu viele grundsätzliche und prinzipielle Aussagen in diesem Programm. Gerade die Bildungspolitik bedarf jedoch einer grundsätzlichen, prinzipiellen politischen Aussage. Das Wesentliche daran muß sein, das Ziel und die Aufgabe eines Bildungssystems, einer Bildungspolitik zu definieren, aber nicht als Organisation von Bildungspolitik, sondern auch bezogen auf die Situation des einzelnen, in der er dieser Bildungspolitik ausgesetzt ist.

Ich glaube, gerade weil wir heute morgen über die Präambel diskutiert und das Prinzip der Chancengleichheit so hervorgehoben haben, versuchen die Formulierungen des Antrags der Jungen Union eben dies, nämlich Chancengleichheit nicht einfach als Begriff zu nennen, sondern die Chancengleichheit so auszudrücken, wie sie für den einzelnen wirksam wird, sei es regional, sei es materiell, sei es von der sozialen Struktur her.

Aus diesem Grunde darf ich Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Mit den Änderungsvorschlägen der Antragskommission können wir einverstanden sein.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Ich danke dem Redner. Ich darf jetzt Herrn Horst Schröder aus Hamburg bitten, das Wort zu nehmen; er spricht zum gleichen Punkt.

**Horst Schröder**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! An sich sollten wir, glaube ich, hier und heute keine bildungspolitische Grundsatzdebatte führen. Aber die Ziffer 27 ist der einzige Punkt, bei dem überhaupt so etwas wie eine Grundsatzklärung in der Bildungspolitik durchschimmert. Aus diesem Grunde, meine ich, muß hier — das bringe ich im Gegensatz zu meinem Vorredner zum Ausdruck — darauf bestanden werden, und zwar unabhängig von der Zufriedenheit darüber, daß die ursprüngliche Fassung der Programmkommission von Herrn Kohl wiederhergestellt wird, daß der letzte Satz, den Frau Dr. Walz zur Streichung vorgeschlagen hat, erhalten bleibt. In diesem Satz ist nämlich die entscheidende Aussage darüber enthalten, was eigentlich die Prinzipien christlich-demokratischer Bildungspolitik sind.

Ich bin zwar nicht der Auffassung, daß es Aufgabe unserer Partei ist, der Vielzahl von Programmen, die in der Schul- und der Hochschulpolitik vorliegen, noch ein weiteres Programm hinzuzufügen. Vielmehr ist es unsere

Aufgabe, der deutschen Öffentlichkeit einmal klar und deutlich zu sagen, wie diese ganzen Programme eigentlich verwirklicht werden können. Wir sind uns darüber im klaren, daß nicht alles realisiert werden kann. Aus diesem Grunde müssen hier gewisse Prioritäten gesetzt werden.

Ich meine in der Tat, daß, ausgehend von den beiden Kriterien, den beiden Leitmotiven christlich-demokratischer Bildungspolitik, nämlich der Leistungsgerechtigkeit und der Chancengleichheit, hier schon in der Grundsatzaussage des gesamten bildungspolitischen Kapitels die vorschulische Erziehung, die Differenzierung und die Effizienz des Bildungssystems erwähnt werden müssen. Denn in diesen drei Prämissen – der vorschulischen Erziehung, der Differenzierung und der Effizienz – kommen die bildungspolitischen Grundprinzipien unserer Partei zum Ausdruck.

Aus diesem Grunde möchte ich beantragen, daß der letzte Satz in der Fassung wiederhergestellt wird: „Chancengleichheit bedarf der vorschulischen Erziehung.“ Es geht nicht nur um die Vorschule für die Fünfjährigen, sondern es geht um den Gesamtkomplex der vorschulischen Erziehung für die Drei- und Vierjährigen einerseits und die Fünfjährigen andererseits sowie auch darum, daß die Differenzierung erhalten bleibt, weil nur hier unsere Alternativenposition gegenüber dem Modell der integrierten Gesamtschule zum Ausdruck gebracht werden kann. Schließlich kommt es darauf an, daß im Gegensatz zu jenen, die meinen, von Leistung und Leistungsanforderungen in unserem Bildungssystem völlig abgehen zu können, auch die Effizienz unseres Bildungssystems betont wird.

Ich darf Sie also bitten, die Formulierung in der alten Fassung des Antrags Nr. 202 wiederherzustellen, weil hier meiner Auffassung nach die entscheidende Weichenstellung für die gesamte programmatische Aussage im bildungspolitischen Teil vollzogen wird.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Das Wort dazu hat Frau Dr. Walz; sie spricht für die Antragskommission.

**Frau Dr. Hanna Walz:** Meine Damen und Herren! Die Dinge, die mein Vorredner, Herr Schröder aus Hamburg, vorgetragen hat, sind auch durchaus im Sinne der Antragskommission. Hier besteht gar kein Gegensatz. Die Chancengleichheit als solche ist aber schon durch den vorherigen Text abgefangen, und danach nehmen wir zur vorschulischen Erziehung ausdrücklich Stellung, so daß auch dieses Anliegen im Rahmen weiterer Ziffern durchaus abgedeckt ist.

Wenn hier ferner gesagt wurde, wir wollten die Differenzierung damit etwas untergraben, so stimmt das nicht. Wir haben die Differenzierung ausdrücklich beibehalten. Wir haben nur als neuen Satz nach der Differenzierung hinzugefügt:

„Integrationen sind anzubieten bzw. zu erproben, wo sie sich fachlich anbieten.“

Ich glaube also, daß der Gegensatz zwischen meinem Vorredner und der Antragskommission wesentlich geringer ist, als er glaubt.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Da weitere Wortmeldungen zu einer anderen Ziffer vorliegen, möchte ich Sie gern noch einmal fragen, meine Damen und Herren, ob Sie einverstanden sind, so zu votieren, wie die Antragskommission, also Frau Dr. Walz, vorschlägt, mit den drei Änderungen des Antrags Nr. 202. Wenn wir der Antragskommission folgen, sind die Anträge 192, 193, 194, 195, 196, 199 und 200 dem Inhalt nach erfaßt. Die Antragskommission empfiehlt also die Ablehnung der Anträge 197, 198 und 201.

Zu 201, Frau Dr. Walz, liegt eine Wortmeldung von Herrn Scharf aus Westfalen vor. Wir wollen zunächst Herrn Scharf hören. Herr Scharf hat das Wort.

**Hubert Scharf**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich spreche noch einmal zu 201. Wir haben vorgeschlagen, einen Satz davorzustellen. Wenn Sie Ziffer 5 der Vorlage der Programmkommission anschauen, dann sehen Sie, daß dort die Bedeutung und Verantwortung der Bildungspolitik über den nationalen Rahmen hinaus angesprochen worden ist. Wir bedauern, daß in der zweiten Vorlage, die uns hier zur Verabschiedung vorliegt, davon nicht mehr die Rede ist. Nach Ansicht unseres Kreisparteitages gehört an den Anfang des Kapitels Bildungspolitik wenigstens ein programmatischer Satz, der die Weite der Bedeutung und Verantwortung jeglicher Bildungspolitik aufzeigt. Ich bitte Sie deshalb zuzustimmen, daß vor den Antrag der Jungen Union wenigstens der eine Satz aus der ersten Vorlage „Verbesserung und Ausbau des Bildungswesens werden zu einer existenziellen Frage der Menschheit für die nächsten Jahrzehnte“ vorangestellt wird.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen hier nicht vor zu diesen Punkten. Ich möchte jetzt zur Abstimmung kommen. Sie haben die Änderungsanträge gehört. Ich muß zunächst den Antrag der Antragskommission zur Abstimmung stellen. Ich bitte um das Zeichen mit der Stimmkarte, wer für den Antrag der Antragskommission eintritt. – Darf ich um die Gegenprobe bitten? – Das erstere war die Mehrheit. Die Vorschläge der Antragskommission sind damit angenommen. Da bis zur Ziffer 29 keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, darf ich zwischen 27 und 29 mit den eingefügten Änderungen . . . (Widerspruch von der Antragskommission) – zunächst will die Antragskommission die Ziffer 28 behandeln. Das Wort hat Frau Dr. Walz.

**Frau Dr. Hanna Walz**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hierbei sind die Anträge 203 bis 216 zu behandeln. Die Antragskommission schlägt dem Parteitag vor, die Ziffer 28 der Bundesvorstandsvorlage sollte angenommen

werden. Hier kommen wir aber zu einem Punkt, der auch in der Antragskommission umstritten war, den Herr Vogel schon genannt hat. Als Alternative werden von uns aber auch die Anträge 203 und 204, daß hier nämlich in die Formulierung eine Ergänzung mit Sozial- und Wirtschaftswissenschaften hineinkommt, zur Diskussion gestellt. Es waren eine ganze Reihe Anträge, die diesen Zusatz beantragt haben.

Der Antrag Nr. 211 als Ergänzung von Ziffer 28 sollte angenommen werden – mit der Einschränkung, daß der letzte Satz von 211 lauten sollte: „Dies erfordert einen lebenslangen Lernprozeß.“

Mit den beiden Punkten 1 und 2, die ich eben vorgetragen habe, sind die Anträge 206, 207, 208, 209, 210, 212, 215 und 216 inhaltlich abgedeckt und erfaßt. Die Antragskommission schlägt vor, die Anträge Nr. 205 und 213 sollten abgelehnt werden.

Der Antrag Nr. 214 – Bundeskultusministerium – sollte unter Ziffer 108 behandelt werden, weil dort alle Anträge zur Erweiterung der Bundeskompetenzen zusammengefaßt werden.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Dr. Walz. — Wortmeldungen zu Ziffer 28 liegen nicht vor. Ich stelle den Antrag der Antragskommission zur Abstimmung und bitte um das Zeichen, wer dafür ist. — Gegenstimmen? — Enthaltungen? — Dann ist so verfahren.

Ich rufe die Ziffer 29 auf. Dazu spricht zunächst die Antragskommission. Das Wort hat Frau Dr. Walz.

**Frau Dr. Hanna Walz:** Hier sind die Anträge Nr. 217 bis 227 behandelt. Die Antragskommission schlägt dem Parteitag vor:

1. Der erste Satz von Ziffer 29 des Vorstandsentwurfs sollte übernommen werden. Die Anträge Nr. 217 und 218 sollten abgelehnt werden. 2. Nach dem ersten Satz von Ziffer 29, der also übernommen wird, sollte eingefügt werden: „Staatliche und freie Träger haben, miteinander konkurrierend oder sich gegenseitig ergänzend, ein breitgefächertes Bildungsangebot bereitzuhalten. Den freien Trägern ist bei gleichen Leistungsanforderungen“

– ich betone dies ausdrücklich –

„die entsprechende Förderung zu gewähren. Die sozialen Sicherungen der Mitarbeiter sind zu garantieren.“

Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß in unserem Bildungswesen die freien Träger immer noch wesentlich zu kurz kommen, obwohl im gesamten westlichen Ausland durchaus ein Konkurrenzverfahren möglich ist. Dies sollte auch bei uns möglich sein.

(Beifall)

3. Der erste Satz des zweiten Absatzes von Ziffer 29 sollte angenommen werden. 4. Dagegen sollte der letzte Satz von Ziffer 29 gestrichen werden, da er bereits in Ziffer 27 aufgenommen ist.

Mit diesen Vorschlägen der Antragskommission werden die Anträge 217 und 218 abgelehnt, ebenfalls die Anträge 219, 223 und 227.

Durch die neue Fassung der Ziffer 29 der Antragskommission sind die folgenden Anträge inhaltlich berücksichtigt: Nr. 220, Nr. 222 und Nr. 224. Die Anträge Nr. 221, 225 und 226, also wieder Erweiterung der Bundeskompetenzen, sollten ebenfalls im Zusammenhang mit der Ziffer 108 beraten werden.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Zu Ziffer 29 liegen keine Wortmeldungen vor. Ich komme zur Abstimmung. Ich bitte um das Zeichen von allen, die für den Antrag der Antragskommission stimmen möchten. – Darf ich um die Gegenprobe bitten. – Ich sehe 4 Gegenstimmen. Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist der Antrag der Antragskommission angenommen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn Sie unseren Entwurf zur Hand haben und mitverfolgen, ersparen Sie mir eine Wiederholung der durch die Antragskommission gegebenen Änderungsvorschläge und eine zweimalige Aufzählung der damit erledigten Anträge. Das wird das Verfahren hier sehr vereinfachen, wenn wir so verfahren.

Ich rufe dann auf die Ziffer 30. Dazu hat zunächst Herr Dr. Vogel als Mitglied der Antragskommission das Wort.

**Dr. Bernhard Vogel**: Meine Damen und Herren, zunächst ist hier der Antrag Nr. 189 – Seite 41 –, den wir vorhin zurückgestellt haben, zu behandeln, der vorschlägt, die Überschrift „Schulwesen“ in „Kindergarten und Schule“ abzuändern. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, diesem Antrag zuzustimmen.

Zweitens sind zu Ziffer 30 selbst die Anträge Nr. 228 bis 247 zu behandeln. Die Antragskommission schlägt vor, die Ziffer 30 nach der Vorstandsvorlage anzunehmen, aber das Wort „wie“ in der 6. Zeile durch das Wort „insbesondere“ zu ersetzen, außerdem einen zweiten Absatz an diese Ziffer 30 anzufügen, und zwar aus Antrag Nr. 243 – also aus dem Antrag des Kreisverbandes Emmendingen auf Seite 48 – den zweiten Absatz zu übernehmen. Der zweite Absatz von Antrag Nr. 243 sollte der Ziffer 30 angefügt werden.

Wenn Sie dieser Änderung zustimmten, wären folgende Anträge inhaltlich erfaßt: die Anträge Nr. 228, 229, 232, 233, 234, 235, 238, 242, 243, 244 und 246.

Dagegen schlagen wir vor, folgende Anträge abzulehnen, die sich fast ausschließlich mit der Frage der Schule in freier Trägerschaft befassen, denn diese Frage ist durch Ihr Votum eben bereits in der vorhergehenden Ziffer positiv entschieden worden. Es handelt sich um die Anträge Nr. 230, 231, 239, 240, 241, 245, 247, 236 und 237.

Ich fasse zusammen: Die Antragskommission schlägt vor, in Ziffer 30 der Bundesvorstandsvorlage das Wort „wie“ in „insbesondere“ zu ändern und den zweiten Absatz aus dem Antrag Nr. 243 als zweiten Absatz anzufügen.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, es liegen zwei Wortmeldungen vor, von Herrn Dr. Rödding, Westfalen-Lippe, zu Antrag Nr. 238 und Frau Ruth Reinhard, Südbaden, zu Antrag Nr. 243. Ich bitte Frau Reinhard, sich hier vorn einzufinden. Das Wort hat Herr Dr. Rödding.

**Dr. Gerhard Rödding**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, der Kreisverband Bielefeld hat diesen Antrag Nr. 238 gestellt, um zu einer Konkretisierung in der Vorlage Ziffer 30 zu kommen.

Im einzelnen zwei Bemerkungen: Schulversuche sollten mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten erfolgen. Es ist unsere Erfahrung, daß sich diese Zustimmung durchaus erreichen läßt und daß dadurch Schule und Unterrichtung durchsichtiger werden. Solche Schulversuche, die so weitgehend von der Elternschaft mitgetragen werden, sind darum auch im allgemeinen sehr viel erfolgreicher; Schule und Unterricht bekommen dadurch eine viel größere Publizität.

Zweitens: Wir sind keine Gegner der Gesamtschule – ganz im Gegenteil –, wissen aber, daß viele Gesamtschulen Prestigeprojekte von Kommunen oder Parteien sind,

(Vereinzelt Zustimmung)

die in manchen Fällen nur aus solchen Prestige Gründen eingerichtet und manchmal sehr ungeplant geführt werden. Eltern schicken Kinder in diese Schulen, nicht weil sie Gesamtschulen, sondern weil sie Ganztagschulen sind, die von Hausaufgaben und Aufsichtspflichten befreien.

Aus diesem Grunde schlagen wir vor, daß gerade in dem Bereich der Ganztagschule, der Tagesheimschule und dergleichen Schulversuche angestellt werden, denn nur in dieser Konkurrenz können die Gesamtschulen wirklich zeigen, ob sie die Schulen der Zukunft sind.

(Vereinzelt Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke, Herr Dr. Rödding. – Das Wort hat jetzt Frau Reinhard.

**Frau Ruth Reinhard**: Die Effizienz von Schulversuchen ist erfahrungsgemäß erst nach einer längeren Anlaufzeit zu übersehen. Dies liegt zu einem wesentlichen Teil daran, daß die Schulversuche sich in erster Linie auf die organisatorische Umgestaltung des Schulwesens beziehen. Eine Reform des Schulwesens kann aber nur dann echte Ergebnisse bringen, wenn es gelingt, die Lehrpläne von älterem Ballast soweit zu befreien, daß Unterrichtspläne und Lernziele auf die Erfordernisse der Gegenwart abgestimmt werden können. Dies würde allerdings bedeuten, daß wir von starren Katalogen des zu ver-

mittelnden Bildungsgutes zu stärker beweglichen Lernprogrammen kommen müßten. Solche zu entwickeln wäre die Aufgabe einer intensiven Bildungsforschung. Sie müßte in ihren Projekten und Einrichtungen innerhalb des Bundesgebietes koordiniert werden.

Eine ihrer dringendsten Spezialaufgaben wäre die Kurrikulumentwicklung. Ein Kurrikulum bestimmt ein Lernziel, das innerhalb einer Folge von Unterrichtsveranstaltungen in gewissen Teilschritten erreicht werden soll. Für jedes Fach und für jede Bildungssituation müßten solche Kurrikula entwickelt und dauernd überprüft werden. Unbedingter Vorrang gebührt also einer didaktisch-pädagogischen Neuorientierung und Neustrukturierung der Schule vor der organisatorischen.

Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, ist eine richtig verstandene, mit wissenschaftlicher Sorgfalt betriebene Kurrikulumforschung und Kurrikulumentwicklung eine echte Alternative zu revolutionären Organisationsreformen, die einerseits finanziell utopisch sind und andererseits unser ganzes Bildungswesen in eine schwere Krise stürzen müßten. Aus diesem Grunde sollte ein Reformeinsatz im Parteiprogramm der CDU erwähnt werden.

(Vereinzelt Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Es ist eine weitere Wortmeldung eingegangen von Herrn Borsche, Landesverband Hessen, zu Antrag Nr. 231. Ich erteile Herrn Borsche das Wort.

**Arnulf Borsche**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Berichterstatter der Antragskommission hat die Ablehnung des Antrags Nr. 231 vom Landesverband Hessen damit begründet, daß er meinte, durch das Votum zur vorherigen Ziffer sei bereits die Stellung der CDU zu den Schulen in freier Trägerschaft deutlich geworden. Meine Damen und Herren, ganz freimütig, wir Hessen sind der Meinung, daß diese Äußerung nicht klar genug ist, also diese Stellungnahme für die Schulen in freier Trägerschaft ist uns nicht klar genug. Wir glauben, daß im Programm der Christlich Demokratischen Union zu den Schulen freier Träger, denen wir uns schon in der Vergangenheit immer eng verbunden gefühlt haben, eine Äußerung stehen muß, daß wir uns in diesem Programmwurf dazu äußern müssen. Wir schlagen deshalb vor, entsprechend dem Antrag Nr. 231 noch einen Absatz 3 anzufügen mit der Formulierung: „Die Entfaltung der Schulen freier Träger ist zu gewährleisten und ihre Finanzierung sicherzustellen.“

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Dazu die Antragkommission, Herr Dr. Vogel.

**Dr. Bernhard Vogel**: Meine Damen und Herren! Dem Sprecher, der eben für die freien Träger plädierte, ist vollinhaltlich zuzustimmen. Nur ist er darauf hinzuweisen, daß Sie eben bei Ziff. 29 nahezu wörtlich dieses Ja auf unseren

Vorschlag hin als Ergänzung beschlossen haben. Ich darf Ihnen noch einmal die Formulierung vorlesen:

„Staatliche und freie Träger haben miteinander konkurrierend oder sich gegenseitig ergänzend ein breitgefächertes Bildungsangebot bereitzuhalten. Den freien Trägern ist bei gleichen Leistungsanforderungen die entsprechende Förderung zu gewähren. Die soziale Sicherung der Mitarbeiter an solchen Schulen in freier Trägerschaft ist zu garantieren.“

Es ist also genau diesem Wunsche entsprochen, nur bereits in Ziff. 29. Deshalb halten wir eine Wiederholung bei Ziff. 30 nicht für unbedingt erforderlich.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Es liegen weitere Wortmeldungen nicht vor. Ich möchte dann zur Abstimmung über die Ziff. 30 kommen. Sie haben den Antrag der Antragskommission gehört. Ihr Einverständnis voraussetzend, brauche ich ihn nicht zu wiederholen.

Ich bitte um Ihr Handzeichen mit der Stimmkarte, wenn Sie für die Antragskommission stimmen möchten. Wer ist also für die Antragskommission? – Ich danke sehr. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einigen Gegenstimmen und einer Enthaltung ist der Antrag der Antragskommission angenommen. Herzlichen Dank.

Ich möchte dann, meine Damen und Herren, die Ziff. 31 aufrufen. Dazu liegen die Anträge 248 bis 275 vor und werden behandelt. Zunächst hat dazu Herr Dr. Vogel das Wort.

**Dr. Bernhard Vogel**: Was die Ziff. 31 betrifft, so ist hier vor allem die Frage kontrovers, ob die Vorschulklasse obligatorisch werden soll oder nicht. Mit dieser Frage vor allem beschäftigen sich die meisten Anträge, die es zu behandeln gilt.

Daneben ist auch die Frage aufgeworfen, ob der Besuch der Kindergarteneinrichtung kostenlos sein soll oder nicht. Die Antragskommission war der Meinung, daß beide Themen insofern zusammenhängen, als für die Zeit, in der noch nicht für alle Kinder entsprechende Plätze zur Verfügung stehen, ein kostenloser Besuch der Kindergärten eine doppelte Bevorzugung derer, die einen Platz erhalten, wäre,

(Zustimmung)

weil sie dann erstens einen Platz haben und zweitens ihn kostenlos haben, während die, die keinen Platz bekommen, beide Nachteile hätten. Deswegen schlägt die Antragskommission generell vor, zwar eine staatliche Verpflichtung zur Förderung der Einrichtungen, insbesondere auch der in freier Trägerschaft vorzusehen, nicht aber jetzt schon für einen kostenlosen Besuch zu plädieren.

Folgende Anträge fordern einen obligatorischen Besuch der Vorschulklasse: Die Anträge Nr. 250 – das ist ein Antrag von drei Landesverbänden, Braunschweig, Hannover und Oldenburg –, der Antrag Nr. 252 des Landesverbandes



Hamburg, der Antrag Nr. 256 — Kreisverband Jülich —, der Antrag Nr. 258 — Kreisverband Oberhausen —, der Antrag Nr. 264 — Kreisverband Bonn —, der Antrag Nr. 269 — Kreisverband Berlin-Tiergarten —, der Antrag Nr. 270 — Kreisverband Kreis Köln — und Nr. 275 — Bundesvereinigung Junge Union.

Die Antragskommission hat zwar mit Mehrheit für obligatorisch plädiert, schlägt aber vor, hier die Entscheidung des Parteitagcs herbeizuführen und von uns keinen Antrag zu stellen. Die Antragskommission empfiehlt darüber hinaus folgende Neufassungen und Ergänzungen der Ziff. 31. Diese Neufassungen und Ergänzungen entsprechen den Anträgen Nr. 256 — Kreisverband Jülich —, Nr. 258 — Kreisverband Oberhausen —, Nr. 262 — Kreisverband Mönchengladbach — und Nr. 269 — Kreisverband Berlin-Tiergarten —. Danach soll die Ziff. 31 folgendermaßen gefaßt werden:

„Kindergärten und Vorschulklassen sollen die Familienerziehung durch eine frühzeitige Förderung der Persönlichkeit des Kindes und durch den Abbau von Milieusperrcn unterstützen und ergänzen. Vorschulklassen sollen durch den behutsamen Übergang von der Kindergartenpädagogik zur Schulpädagogik gleiche Lernvoraussetzungen der Kinder schaffen und auf den Eintritt in die Grundschule vorbereiten.“

— Jetzt kommt eine in vielen Anträgen wiederkehrende Formulierung —  
„Durch Landesgesetz soll die Verpflichtung des Staates zur finanziellen Unterstützung auch der freien Träger gesichert werden.“

— Jetzt der Vorstandsvorlage folgend —

„Wir werden das Bildungsangebot, insbesondere auf dem Lande, verbessern. Wir wollen“ —

— Jetzt gehen wir etwas über die Vorstandsvorlage hinaus —

„vermehrt Schulzentren, Tagesheime und Ganztagschulen schaffen.“

Außerdem soll ein dritter Absatz, entsprechend dem Antrag Nr. 260 — Kreisverband Dinslaken — angefügt werden:

„Auch im Schulbereich soll der freie Samstag angestrebt werden.“

Durch diese Neuformulierung, wobei also das Anstreben des freien Samstag aus dem Antrag Nr. 260 ganz neu in die Vorlage käme, also durch diese Anträge und den eben verlesenen Formulierungsvorschlag sind folgende Anträge inhaltlich erfaßt: die Anträge 251, Rheinland-Pfalz, 255, Hanau-Land und der Antrag 262.

Wir bitten, den Antrag in dieser Formulierung anzunehmen. Ich stelle die Frage, Herr Präsident, ob ich die Neufassung noch einmal langsam vorlesen soll, damit sie jeder mitstenografieren oder mitschreiben kann.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Ich halte das für richtig.

**Dr. Bernhard Vogel**: Ziff. 31 würde jetzt folgende Fassung haben:

„Kindergärten und Vorschulklassen sollen die Familienerziehung durch eine

frühzeitige Förderung der Persönlichkeit des Kindes und durch den Abbau von Milieusperrn unterstützen und ergänzen.

Vorschulklassen sollen durch den behutsamen Übergang von der Kindergartenpädagogik zur Schulpädagogik gleiche Lernvoraussetzungen der Kinder schaffen und auf den Eintritt in die Grundschule vorbereiten.

Durch Landesgesetz soll die Verpflichtung des Staates zur finanziellen Unterstützung auch der freien Träger gesichert werden.

Wir werden das Bildungsangebot insbesondere auf dem Lande verbessern. Wir wollen vermehrt Schulzentren, Tagesheime und Ganztagschulen schaffen.

Auch im Schulbereich soll der freie Samstag angestrebt werden.“

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herr Dr. Vogel, wollen Sie noch zu den Punkten 4 und 5 sprechen?

**Dr. Bernhard Vogel**: Ja. — 4 und 5 sind die Anträge 248, 254 und 257, die also erledigt wären. Wir schlagen vor, die Anträge 249, 253, 269, 259, 263, 267 und 268 sowie 272 und 274 abzulehnen.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Vogel. Meine Damen und Herren, zu dieser Ziffer habe ich 6 Wortmeldungen vorliegen. Ich frage, ob alle Wortmeldungen aufrechterhalten werden, nachdem die Antragskommission eine Neuformulierung von 31 vorgetragen hat. — Wenn alle Wortmeldungen aufrechterhalten werden, dann hat Herr Horst Schröder, Hamburg, zuerst das Wort.

**Horst Schröder**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe vorhin schon angedeutet, daß es nicht Aufgabe dieses bildungspolitischen Teils unseres Parteiprogramms war und sein konnte, eine umfassende bildungspolitische Konzeption, die alle Bereiche umfaßt, darzulegen.

Aber ich meine doch, daß gewisse Schwerpunkte, gewisse Prioritätensetzungen, in unserer Bildungspolitik eindeutig erkennbar sein müssen. Und ich glaube, daß wir in Ziff. 31 an eine der entscheidenden Weichenstellungen für unsere zukünftige bildungspolitische Arbeit gekommen sind. Ich möchte mich aus dieser Überlegung heraus mit Nachdruck für die Einführung der obligatorischen vorschulischen Erziehung für die Fünfjährigen aussprechen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, aus drei Überlegungen heraus: Zunächst fachbezogen. Sie wissen, daß in der neueren Pädagogik und in der neueren Psychologie eindeutig der Wert und die Notwendigkeit der vorschulischen Erziehung erwiesen sind. Darüber braucht, glaube ich, im Grundsatz nicht mehr gestritten zu werden. Das findet insofern ja bis zu einem gewissen Grade seinen Niederschlag in der Fassung, die uns hier von der Antragskommission vorgelegt worden ist.

Aber es gibt zwei, wie mir scheint, eminent politische, allgemeinpolitische

Überlegungen, die uns zu einer Aussage im Sinne einer obligatorischen vorschulischen Erziehung für die Fünfjährigen veranlassen sollten.

Das ist zum einen der Punkt, wenn wir davon ausgehen und die bildungspolitische Grundprämisse der Chancengleichheit realisieren wollen, des Abbaues von milieubedingten Bildungssperren – und solche gibt es auch heute noch –, daß das dann logischerweise seinen Ausfluß finden muß in einer obligatorischen vorschulischen Erziehung. Wenn Sie diese vorschulische Erziehung nicht obligatorisch gestalten, dann verkleinern Sie nicht nur die Chancengleichheit, sondern Sie vergrößern die Chancenungleichheit.

(Beifall)

Das heißt, eine nicht obligatorisch erklärte vorschulische Erziehung führt genau zum gegenteiligen Effekt dessen, was wir eigentlich, wie ich hoffe, übereinstimmend erreichen wollen.

Es gibt noch einen letzten allgemeinen politischen Grund. Ich glaube, daß wir bei dieser Ziffer an einem der Kernpunkte angelangt sind, wo wir uns auch gegenüber, ich wiederhole es noch einmal, der sozialdemokratischen Bildungspolitik der integrierten Gesamtschule eindeutig abheben.

Meine Damen und Herren, wenn auch wir mit Überzeugung die Chancengleichheit realisieren wollen, dann müssen wir nachweisen, daß die Chancengleichheit an bestimmten Stellen effektiv herbeizuführen ist. Und dieses effektive Herbeiführen liegt in den allerfrühesten Jahren der Kindeserziehung, eben im 5. Lebensjahr beispielsweise.

Und wir können nicht zur gleichen Zeit – darüber muß man sich politisch klar sein – sowohl eine obligatorische Vorschulerziehung ablehnen als auch etwa die integrierte Gesamtschule. Im Gegenteil, wenn wir der Auffassung sind, daß ein gegliedertes Schulwesen notwendig und aus bildungspolitischen Gründen erforderlich ist, müssen wir als gleiche Startchance die vorschulische Erziehung einführen.

Wenn wir aber auf der anderen Seite meinen, daß Chancengleichheit eines der tragenden Prinzipien unseres Bildungswesens sein muß, dann muß diese Vorschulerziehung obligatorisch sein. Ich glaube, nur so können wir in der bildungspolitischen Diskussion unseres Landes bestehen. Ich wäre Ihnen aus diesem Grunde sehr dankbar, wenn der Parteitag mit überzeugender Mehrheit sich für die obligatorische vorschulische Erziehung der Fünfjährigen ausspräche.

Wir vollziehen mit einem solchen Beschluß einen entscheidenden bildungspolitischen Durchbruch und werfen uns damit auch als CDU/CSU in der bildungspolitischen Diskussion unseres Landes wieder an die vorderste Front.

(Beifall)

**Wlfrid Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Das Wort hat jetzt Herr Ludwig, Westfalen-Lippe.

**Paul Ludwig:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kern des Antrages des Landesverbandes Westfalen-Lippe ist der Satz:

... ebenso wie der Schulbesuch muß auch der Besuch von Kindergärten und Vorschuleinrichtungen kostenlos sein ...

Der Landesverband Westfalen-Lippe ist der Meinung, daß diese Forderung jetzt schon in das Programm aufgenommen werden sollte. Ich kann der Argumentation der Satzungskommission nicht ganz folgen.

(Beifall)

Wenn man sagt, man könne das noch nicht in das Programm aufnehmen, weil sonst eine Chancenungleichheit da wäre, weil wir noch nicht für alle Kinder Platz haben, dann dürften wir den Kindergärten auch noch keinen pädagogischen Auftrag geben, auch nicht den Auftrag, auf die Schule vorzubereiten, denn das wäre genauso eine Chancenungleichheit.

(Beifall)

Wir dürfen doch nicht übersehen, daß der Kindergartenbeitrag gerade die ärmeren Schichten und die kinderreichen Familien trifft. Und denen sollte man im heutigen Zeitpunkt schon den Kindergartenbesuch kostenlos ermöglichen, gerade im Hinblick darauf, daß ja der Schulbesuch kostenlos ist. Und wenn der Schulbesuch kostenlos ist, ferner die Lehrmittelfreiheit, dann müßte konsequenterweise auch die Vorbereitung auf den Schulbesuch kostenfrei sein. Deswegen die Bitte, unserem Antrag stattzugeben.

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsident: Das Wort hat jetzt Herr Burger aus Baden-Württemberg.

**Albert Burger:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die obligatorische Einführung eines Vorschuljahres für Fünfjährige erscheint mir einigermaßen problematisch, und zwar wegen der Gefahr einer sogenannten Verschulung dieser Entwicklungsphase, vor der Psychologen und Pädagogen warnen.

(Zuruf: Sehr richtig! – Beifall)

In ihren Thesen zur Reform der Vorschulerziehung kommt auch die Vertreterversammlung des Deutschen Caritas-Verbandes zu folgendem Ergebnis: Die Vorverlegung der Schulpflicht wird mit der Verbesserung sozialer Chancengleichheit begründet. Diese ist jedoch mit einer Förderung ab fünf Jahren nicht mehr zu erreichen, da Entwicklungsabschnitte, die z. B. für den Aufbau der Sprache, des sozialen Verhaltens und der Leistungsmotivation einmalige Chancen enthalten, vor diesem Alter liegen. Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Chancengleichheit müssen deshalb als Angebot mit Beginn der Gemeinschaftsfähigkeit etwa ab drei Jahren einsetzen. Unentbehrlich also ist

ein Ausbau der vorschulischen pädagogischen Betreuung der Drei- bis Fünfjährigen in gut ausgebauten und fachgerecht geführten Kindergärten. Dazu sind notwendig:

1. eine Neustrukturierung der bestehenden Kindergärten und Neuschaffungen solcher Einrichtungen; dazu gehört mehr staatliche Hilfe für die freien Träger;
2. Schaffung qualifizierter Ausbildungsstätten für sozialpädagogische Berufe und
3. eine intensive Einwirkung auf die Eltern durch sachgerechte und fachlich exakte Elternberatung und -schulung.

Maßnahmen dieser Art sind unerlässlich, weil entsprechend einschlägigen Untersuchungen das soziale Chancengefälle im Bildungsbereich nach Abschluß des fünften Lebensjahres kaum mehr abzubauen ist. Die Gemeinschaftsfähigkeit des Kindes beginnt eben etwa ab vollendetem dritten Lebensjahr.

Ich darf zusammenfassen: Ich plädiere deshalb mit Vorrang für

1. Beratung und Förderung der Eltern; denn entscheidende Prägungen erfährt das Kind während der ersten drei Lebensjahre in der Familie;
2. neustrukturierte Kindergärten, vor allem gezielt in Wohngebieten sozial benachteiligter Bevölkerung und
3. qualifizierte Maßnahmen für sozialpädagogische Berufe.

Diese Maßnahmen erscheinen mir als vordringlich.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Ich bitte, sich vorzubereiten: Herrn Jürgen Rosorius, Rheinland, Herrn Rühle, Hamburg, Herrn Konrad Grundmann, Rheinland, und Herrn Brügner, Baden-Württemberg. Das Wort hat jetzt Herr Dr. Geissler.

**Dr. Heinrich Geissler**: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich möchte mich nachdrücklich für die Formulierung der Antragskommission einsetzen, weil auch ich die Frage der vorschulischen Erziehung in Kindergärten und Vorschulklassen für eine wesentliche Frage unserer Bildungspolitik halte. Ich möchte mich aber genauso nachdrücklich dagegen aussprechen, daß wir in diese Formulierung die obligatorische Verpflichtung für die Fünfjährigen, Vorschulklassen zu besuchen, aufnehmen,

(Beifall)

und zwar aus folgenden Gründen:

Diese Frage, die vorschulische Erziehung, kann nicht dadurch gelöst werden — jetzt nicht und auch nicht in absehbarer Zeit —, daß wir schlicht und einfach schematisch das Schulpflichtalter um ein Jahr vorverlegen.

(Beifall)

Das sind Fragen, die mit einem vielfältigen Katalog von Antworten versehen werden müssen. Da in allen Ländern im Moment wissenschaftliche Modellversuche hinsichtlich dieser Frage laufen, würde eine Aufnahme des obligatorischen Vorschulklassenbesuchs praktisch eine politische Präjudizierung noch nicht abgeschlossener wissenschaftlicher Untersuchungen bedeuten.

(Beifall)

Genau diesen Versuch hat ja auch die Bundesregierung in ihrem Bildungsbericht unternommen. Daß die Zeitphase, die ich angegeben habe, nicht willkürlich ist, geht auch schon daraus hervor, daß der Bildungsrat in einer optimistischen Schätzung erst für das Jahr 1980 mit der Realisierung der Verlegung der Schulpflicht rechnet.

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen, daß die Schule heute alle Hände voll zu tun hat, ihrem pädagogischen Auftrag in der Grundschule gerecht zu werden.

(Beifall)

Die Schule ist im Moment weder sachlich noch personell noch finanziell in der Lage, den pädagogischen Auftrag den Fünfjährigen gegenüber zu erfüllen.

(Beifall)

Kleine Kinder, meine Damen und Herren, in pädagogisch unzulängliche Einrichtungen zu zwingen, kann vielleicht von einigen Bildungspolitikern, kann aber nicht den Kindern gegenüber verantwortet werden.

(Erneuter Beifall)

Außerdem müssen Sie sich darüber im klaren sein, daß bei einer Einbeziehung der Fünfjährigen in die Schule praktisch vom Kindergartensektor alle finanziellen Mittel und alle Fachkräfte abgezogen werden würden.

(Vereinzelter Beifall)

Der Kindergarten nur für Drei- und Vierjährige – das ist doch gerade die entscheidende Zeit: diese Drei- und Vierjährigen – würde pädagogisch verarmen und wieder in eine Bewahranstalt zurücksinken, also wieder in eine schlechtere Situation hineingeraten, die wir ja gerade überwinden wollen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es kommt daher entscheidend darauf an, daß wir hinsichtlich dieser Frage ein Gesamtkonzept entwickeln; es kommt entscheidend darauf an, daß das personelle und das sachliche Angebot ständig erweitert wird. Erst dann und wenn die wissenschaftlichen Untersuchungen abgeschlossen sind und alles in ein Gesamtkonzept einbezogen worden ist,

kann die Frage einer obligatorischen Schulpflicht für die Fünfjährigen sinnvollerweise entschieden werden.

(Bravorufe und Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke schön! Das Wort hat jetzt Herr Jürgen Rosorius, Rheinland.

**Jürgen Rosorius**: Meine Damen und Herren, es trifft sich gut: Ich bin ein Befürworter der obligatorischen Vorschulerziehung. Ich meine, wenn wir das, was von den Antragstellern der verschiedenen Landesverbände zur Begründung einer Vorschulclassenerziehung überhaupt gesagt wurde, ernst nehmen, daß nämlich vorschulische Erziehung die Entfaltung der kindlichen Persönlichkeit, seine Selbständigkeit ihm geben soll, daß es ihm ein Gemeinschaftsgefühl vermitteln soll, was es im Elternhaus allein meistens nicht erreichen kann, wenn die vorschulische Erziehung dazu dienen soll, dem Abbau von Milieusperrren zu dienen, dann sind das, so meine ich, solch wichtige Aufgaben, daß wir uns fragen müssen: Wie können wir dieses bildungspolitische Ziel am besten erreichen? Hier meine ich in der Tat, daß wir dieses Ziel, wenn wir es so formulieren, nur dann erreichen, wenn wir es obligatorisch für alle definieren. Meines Erachtens werden wir sonst nämlich überhaupt nicht zu einer Bedarfsfeststellung kommen können. Wer soll, wenn wir diese Frage offenlassen, die finanziellen Mittel überhaupt aufbringen? Auf welche Planung hin sollen denn dann die Vorschulclassen eingerichtet werden? Wer will das dann feststellen? Ich meine also, daß wir dann, wenn wir das Ganze nicht obligatorisch machen, im Grunde genommen zu einer Privilegierung derjenigen kommen, die die Bedeutung der vorschulischen Erziehung schon erkannt haben, und diejenigen nur benachteiligen, die vielleicht auf Grund ihrer Bildung diese Bedeutung noch nicht kennen.

(Beifall)

Ich meine also, daß es aus sozial- und gesellschaftspolitischen Gründen notwendig ist, die vorschulische Erziehung obligatorisch, d. h. die Vorschulclassen obligatorisch einzurichten.

Wir können auch feststellen, daß man in all jenen Ländern, wo Vorschulclassen bestehen, zu einer sozial gerechteren Zusammensetzung der Bildungseinrichtungen gekommen ist, vor allem der weiterführenden Bildungseinrichtungen.

Es ist nicht die Aufgabe von Vorschulclassen, auf das schulische Lernen vorzubereiten, sondern Vorschulclassen sollen — ich fasse es noch einmal zusammen — die Entfaltung der kindlichen Persönlichkeit fördern. Sie sollen dem Kind spielerisch die Freude am Lernen vermitteln, damit es sich später in der Schule besser orientieren kann.

Ich meine, das seien so wichtige Grundsätze, daß wir ein System finden sollten, das sichert, daß alle Bevölkerungsschichten davon nicht nur Gebrauch machen können, sondern davon Gebrauch machen.

Ich glaube, daß die obligatorische Vorschulerziehung Voraussetzung für ein demokratisches Bildungswesen ist.

Lassen Sie mich noch zu einem Einwand, der eben gebracht wurde, Stellung nehmen. Wir würden, täten wir das, die Kindergärten benachteiligen! Das ist meines Erachtens völlig richtig, und das weiß auch jeder, der sich mit dem Problem der Vorschulklasse beschäftigt hat, daß wir heute selbst für die Kindergärten noch zu wenig ausgebildetes Fachpersonal haben. Es weiß auch jeder, daß die Kindertagesstätten heute schlecht ausgestattet sind und daß das Arbeits- und Spielmaterial nicht pädagogischen Anforderungen entspricht. Aber obwohl wir das wissen, sollten wir das Ziel, Vorschulklassen obligatorisch einzurichten, nicht aufgeben. Meine Damen und Herren, nur darum geht es. Es geht in diesem Programm und bei dieser Formulierung nicht darum, ob wir dieses schon morgen verwirklichen können, sondern daß wir die Grundzüge aufzeigen, wie wir glauben, daß wir die Chancengleichheit im Bildungswesen langfristig wirklich verwirklichen können. Und hier bin ich der Meinung, wir sollten auf das Ziel einer obligatorischen Vorschulklassenerziehung nicht verzichten, selbst wenn der Verwirklichung zur Zeit in der Tat noch gewisse Gründe entgegenstehen.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Rühle aus Hamburg.

**Volker Rühle:** Meine Damen und Herren. Die Junge Union Deutschlands, deren Antrag ich hier vertreten möchte, spricht sich für die obligatorische Einrichtung von Vorschulklassen aus. Wir tun das, weil wir meinen, daß Vorschulerziehung nur dann im Sinne einer Chancengleichheit wirksam werden kann, wenn sie in der Zielvorstellung obligatorisch eingerichtet wird. Sonst werden immer diejenigen – und das ist schon erwähnt worden – verstärkt gefördert, die ohnehin durch Familie und Milieu privilegiert und motiviert sind, von diesem zusätzlichen Bildungsangebot Gebrauch zu machen. Statt eines Abbaues der Chancenungleichheit, von dem die Rede ist, erleben wir dann eine Verstärkung der unterschiedlichen Lernvoraussetzungen, und ich meine nicht, daß das in unserem Sinne sein sollte.

Ich möchte kurz auf einige Gegenargumente eingehen, die hier insbesondere von Herrn Minister Geissler vorgetragen worden sind. Im Unterschied zu den Sozialdemokraten sehen wir in der obligatorischen Einrichtung des Vorschuljahres keine Vorverlegung der ersten Grundschulklasse, sondern eine eigenständige pädagogische Aufgabe, und ich meine, wir sollten uns von dem falschen Verständnis der Sozialdemokraten und der Bundesregierung hier



nicht von unserem Ziel abbringen lassen. Ich meine, daß durch eine eigenständige Pädagogik auch die Gefahr der Verschulung verhindert werden kann. Schließlich ist dem Argument, daß quantitativ von den Räumen und den Personen her diese Aufgabe nicht erfüllt werden könne, schon entgegengehalten worden – ich möchte das auch für die Junge Union unterstreichen –, daß es sich hier um eine Zielvorstellung, um ein Langzeitprogramm handelt. Ich meine, wenn wir uns heute grundsätzlich für die obligatorische Vorschulzerziehung entscheiden, Herr Minister Geissler, dann wird das auch Ihnen und anderen helfen, die erforderlichen Personen, Räume und finanziellen Mittel leichter zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Meine Damen und Herren, die SPD tut sich sehr schwer in Sachen Vorschulzerziehung, nachdem sie jahrelang lautstark die Einführung der Gesamtschule als Regelschule eben mit der Herstellung der Chancengleichheit begründet hat. Heute ist es aber in der allgemeinen Diskussion unbestritten, daß die Vorschule der wichtigste Ansatzpunkt für die Verwirklichung der Chancengleichheit ist. Ich darf hier auf einen Artikel von Günther Krems in der „Welt“ hinweisen, der vor einigen Tagen erschienen ist, in dem er bemerkt, daß sich die Kohl-Kommission eben nur konsequenterweise und zu Recht für die Einführung des obligatorischen Vorschuljahres ausgesprochen hat und daß die CDU hier einen Vorsprung in der Bewußtseinsbildung hat. Ich meine, wir sollten das hier nicht leichtfertig verspielen und uns nicht aus einer günstigen Situation in der bildungspolitischen Diskussion hinauskatapultieren.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Grundmann (Rheinland).

**Konrad Grundmann**: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Freunde! Ich muß zunächst sagen, daß ich nur vollinhaltlich unterstützen kann, was Herr Kollege Geissler vorgetragen hat.

(Beifall)

Auch ich bin der Meinung, daß die obligatorische Vorschule so lange nicht Programmanteil sein sollte, als die wissenschaftlichen Versuche in unseren Ländern – und sie tun es ja – überall laufen. Das bedeutet keine Absage an die Institution, sondern nur jenes Maß notwendiger Geduld, das man haben sollte, wenn man selber wissenschaftliche Aufträge erteilt, die eine letzte Aussage für die praktische Politik geben sollen.

Ich muß im übrigen sagen, daß all das, was hier für die Vorschulklasse vorgetragen wird, sicherlich in gleichem Maße – und das sollten wir hier unterstreichen – für die Qualität der Entwicklung des Kindergartens gilt, dessen pädagogischer Platz ja für uns deswegen gesichert ist, weil seine hohe Qualität und hohe pädagogische Entwicklung in den letzten Jahren gerade durch uns politisch vorwärtsgetrieben worden sind.

Ich will aber auch gleichzeitig ein Wort zur Unterstützung des Antrags 249 des Landesverbandes Westfalen-Lippe sagen. Ich habe aus Gründen der hier von mir gemachten Feststellung der klaren Position des Kindergartens in der frühkindlichen Erziehung die sehr herzliche Bitte – um so mehr als es gerade unsere Initiativen auch in den von uns geführten Ländern oder dort, wo wir in der Opposition sind, daß Kindergartengesetze kommen –, daß wir darum hier im Programm an der kostenlosen Gestaltung von Kindergärten und Vorschuleinrichtungen festhalten. Ich sage das insbesondere, weil sich zum Teil die Auseinandersetzungen in den Ländern, in denen wir in der Opposition mit den Sozialdemokraten stehen, gerade an dieser Frage entzündet haben, die deswegen die Verweigerung dieser Kostenfreiheit im Augenblick begründeten, weil sie die pädagogische Position des Kindergartens in seiner Qualität, wie er heute dasteht, bestreiten und von da her – so habe ich den Eindruck – den Versuch einer anderen Entwicklung im Bereich der frühkindlichen Erziehung machen wollen, sicherlich nicht zugunsten der bisherigen Träger.

Ich unterstreiche also die Bitte des Landesverbandes Westfalen-Lippe, für die rheinische Landespartei dieser Formulierung zuzustimmen.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Brügner vom Landesverband Württemberg-Hohenzollern:

**Richard Brügner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich gegen die obligatorische Einführung der Vorschulerziehung aussprechen, und zwar deshalb, weil sie in absehbarer Zeit einfach nicht zu realisieren ist. Wir stellen ein Programm auf, das eine Aussage für eine absehbare Zeit und nicht für das Jahr 1980 ist. Würden wir heute die Einführung der Vorschulerziehung obligatorisch fordern, würde das bedeuten, daß eben durch die Reformen wieder das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land anwächst. Denn in den Städten lassen sich solche Reformen leichter und schneller realisieren als in den schwach strukturierten Gebieten. Durch zu hochgespannte Forderungen, die wir zur Zeit weder personell noch finanziell verkraften können, werden wir letztlich auch unglaubwürdig. Es ist ja auch in der Kulturpolitik – so glaube ich – die Aufgabe, den Mut zu haben zuzugeben, daß man immer nur einen Schritt nach dem anderen tun kann.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Dr. Obermüller-Kochs aus Baden-Württemberg.

**Frau Dr. Ingrid Obermüller-Kochs:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen hier zweierlei unterscheiden. Das eine ist die Zielvorstellung, und ich meine, hinsichtlich der Zielvorstellung dürften wohl gar keine Zweifel darüber entstehen, daß die Vorschulerziehung für alle

Kinder wünschenswert ist und daß wir alle Kinder nur erfassen können, wenn wir die obligatorische Vorschule einführen. Zielvorstellung und Realisierung sind aber etwas anderes. Die Realisierung kann erst dann in Angriff genommen werden, wenn gesicherte wissenschaftliche Versuche vorliegen und wenn die notwendige finanzielle Unterbauung dazu da ist. Deswegen meinen wir, daß wir das eine tun, das andere aber nicht lassen dürfen. Die Zielvorstellung heute zu entwickeln, scheint mir unser politischer Auftrag zu sein. Wir sollten aber gleichzeitig mit aller gewünschten Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, daß an die Realisierung erst dann gedacht werden kann, wenn die pädagogischen, wissenschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen dafür gesichert sind. Ich glaube, wenn wir zu einer derartigen Formulierung kommen, treten gar keine Differenzen in diesem Raum mehr auf, und wir könnten zu einem nahezu einstimmigen Ergebnis gelangen. — Ich danke Ihnen.

(Belfall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Als nächste Wortmeldung liegt hier die Wortmeldung von Herrn D. Dietrich Stratmann vom Landesverband Hannover vor.

**D. Dietrich Stratmann**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich heute dagegen aussprechen, daß wir die obligatorische Vorschule einführen. Wir sollten nicht denselben Fehler machen wie die Sozialdemokraten und das Ergebnis von wissenschaftlichen Versuchen vorwegnehmen.

Es ist aber wissenschaftlich erwiesen, daß die Drei- und Vierjährigen bereits gefördert werden müssen und können. Da können wir die Chancengleichheit verbessern. Deswegen sollten wir den Besuch der Kindergärten und Vorschuleinrichtungen auf Kindergartenbasis verbilligen, das heißt, kostenlos machen.

Wir wollen heute Zielvorstellungen entwickeln, so wurde gesagt. Eine Zielvorstellung ist der kostenlose Besuch aller Vorschuleinrichtungen. Deswegen möchte ich den Antrag 249 unterstützen, der dies fordert.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! — Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Es liegt eine Wortmeldung von Herrn Ehlert, Rheinland, zur Geschäftsordnung vor.

Bevor ich Herrn Ehlert das Wort erteile und wir zur Abstimmung kommen, möchte ich noch einmal bekanntgeben, daß die Landesgeschäftsführer von Bremen und Schleswig-Holstein dringend gebeten werden, die Stimmkarten und Stimmblocks abzuholen. Ich hoffe, das ist inzwischen erledigt. — Jetzt hat Herr Ehlert das Wort zur Geschäftsordnung.

**Heinrich Ehlert**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben in der Diskussion nun zwei wichtige Punkte als Abänderungswünsche gegenüber

dem von der Antragskommission vorgelegten Antrag gehört. Ich möchte meinen, wenn wir zu einer wirklich klaren Übersicht kommen wollen, die der Parteitag bei diesen Abänderungen tatsächlich wünscht, müßten über diese Abänderungen zuvor Abstimmungen stattfinden und nicht erst der Antrag der Antragskommission hier zur Abstimmung vorgelegt werden. Denn sowohl in der Frage, ob ein obligatorisches Vorschuljahr eingeführt werden soll, wie auch in der Frage, ob wir den kostenlosen Besuch der Kindergärten anstreben, kann doch nur eine klare Übersicht gewonnen werden, wenn wir zunächst diese beiden einzelnen Fragen zur Abstimmung stellen.

(Beifall)

Ich bitte daher den Parteitag, mir zuzustimmen, zunächst über diese Abänderungsvorstellungen abzustimmen und dann erst den Antrag der Antragskommission vorzulegen.

**Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium:** Zunächst möchte dazu die Antragskommission das Wort nehmen.

**Dr. Bernhard Vogel:** Ich darf noch einmal wiederholen, daß es auch unser Vorschlag war, zunächst über die Frage des Wortes „obligatorisch“ zu entscheiden, erst also darüber abzustimmen, ob die Vorschulklasse obligatorisch werden soll: ja oder nein, und dann erst über die Neuformulierung der Ziffer 31 abzustimmen, wo dann je nach dem Ausgang der Abstimmung das Wort „obligatorisch“ einzufügen wäre oder nicht.

Ebenso muß, bevor über die Neuformulierung von Ziffer 31 abgestimmt wird, über die Frage abgestimmt werden: kostenloser Besuch oder nicht? Für den Fall, daß „kostenlos“ eine Mehrheit bekommt, müßte Ziffer 31 im letzten Satz des ersten Absatzes entsprechend geändert werden.

Ich bitte also, Herr Präsident, daß man erst über die Frage, ob die Vorschule obligatorisch sein soll oder nicht, abstimmt und dann die Frage entscheidet, ob der Besuch von Kindergarten und Vorschule – so lauten die Anträge – kostenlos sein soll oder nicht. Ich bitte darum, mir dann noch einmal das Wort zu geben, damit ich dann die Formulierung vortragen kann, die daraus für die Ziffer 31 folgt.

**Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium:** Danke schön! – Sie haben Herrn Dr. Vogel gehört, meine Damen und Herren. Die Antragskommission hat zunächst also vorgeschlagen, daß der Parteitag darüber abstimmt, ob das Wort „obligatorisch“ aufgenommen werden soll oder nicht. Ohne Rücksicht auf die Ziffer 31 in der Neuformulierung müßte dazu zunächst das Votum des Plenums eingeholt werden. Sie haben in den Wortmeldungen, meine Damen und Herren, gespürt, daß es Sprecher dafür und dagegen gibt. Wir wollen versuchen, einmal mit der Stimmkarte die Entscheidung jetzt schon zu ermitteln.

Wer für die Aufnahme des Wortes „obligatorisch“ vor dem Wort „Vorschulklassen“ ist, wie die Antragskommission vorgeschlagen hat, den bitte ich jetzt um das Zeichen. — Danke schön! Wer ist dagegen? — Das ist eindeutig die Mehrheit. Damit ist die Einfügung des Wortes abgelehnt.

Wir kommen dann zu der Ziffer 2, die Herr Dr. Vogel mit der Neuformulierung der Ziffer 31 begründet hat, und jetzt soll zunächst geklärt werden, ob das Wort „kostenlos“ für Kindergärten und Vorschulen aufgenommen werden soll. Nachdem wir abgestimmt haben, will Herr Dr. Vogel erneut das Wort nehmen.

Meine Damen und Herren, wer für die Aufnahme des Wortes „kostenlos“ ist, den bitte ich um das Zeichen. — Danke. Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit. Die Mehrheit ist dafür.

(Beifall — Zurufe: Nein!)

Enthaltungen? — Einige Enthaltungen! — Herr Dr. Vogel, dann haben Sie wieder das Wort.

**Dr. Bernhard Vogel:** Meine Damen und Herren, die Abstimmungsergebnisse von eben bedeuten, daß es zunächst bei der von mir vorgetragenen Neufassung der Ziffer 31 bleibt, weil ja die Einfügung des Wortes „obligatorisch“ abgelehnt worden ist, daß wir aber am Ende des Absatzes 1 aus dem Antrag 294 einen neuen Satz anfügen müssen. Es ist heute früh gesagt worden, daß wir nicht druckreif formulieren müßten, sondern daß die Redaktion das tun kann. Die Formulierung müßte etwa folgendermaßen lauten: „Durch Landesgesetz soll die Verpflichtung des Staates zur finanziellen Unterstützung auch der freien Träger gesichert werden. Ebenso wie der Schulbesuch muß auch der Besuch von Kindergärten und Vorschuleinrichtungen kostenlos sein.“ — Vorbehaltlich, daß man das stilistisch noch etwas schöner faßt, ist das die Einfügung des letzten Satzes aus Antrag 294 in die Ziffer 31, wie ich sie vorhin vorgetragen habe.

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben mit der Ergänzung auf Grund der vorhergehenden Abstimmungen gehört, wie jetzt die Ziffer 31 lauten soll. Sie ist zweimal verlesen worden; ich nehme an, daß Sie sie haben. Ich brauche sie nicht zu wiederholen.

Wer für die Annahme der Neufassung der Ziffer 31 ist, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. — Danke. Ist jemand dagegen? — Enthält sich jemand der Stimme? — Gegen einige Gegenstimmen und Stimmenthaltungen mit Mehrheit angenommen!

Ich rufe dann die Ziffer 32 auf. Hier sind die Anträge 276 bis 293 zu behandeln. Das Wort hat die Antragskommission. Es spricht zuerst Kultusminister Dr. Vogel.

**Dr. Bernhard Vogel:** Herr Präsident, darf ich vorschlagen, mein gegenwärtiges politisches Amt bei der Nennung meines Namens wegzulassen; dann geht es

einfacher. — Meine Damen und Herren, zu Ziffer 32 schlägt die Antragskommission vor, den Antrag Nr. 276 anzunehmen, weil in der Tat die Vorstandsvorlage in einem Punkt etwas mißverständlich formuliert ist.

Außerdem schlägt sie vor, aus Antrag 282 eine Aussage über die Betreuung der Kinder von Ausländern aufzunehmen. Das hat zur Folge, daß die Antragskommission insgesamt vorschlägt:

1. Antrag 276 anzunehmen, 2. als Absatz 4 der neuen Ziffer 32 Antrag 282 in folgender Formulierung aufzunehmen: „Der Bildungsanspruch der Kinder von Ausländern muß berücksichtigt werden.“

Mit Annahme der Änderungsvorschläge der Antragskommission wären folgende Anträge inhaltlich erfaßt: die Anträge Nr. 277 der Landesverbände Hannover, Oldenburg und Braunschweig, Nr. 278 des Landesverbandes Westfalen-Lippe, Nr. 279 des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, Nr. 281 des Kreisverbandes Steinfurt, Nr. 284 Berlin-Steglitz, Nr. 285 Oberhausen, Nr. 287 Jülich, Nr. 288 Kassel-Stadt, Nr. 289 Dinslaken, Nr. 290 Konstanz-Land, Nr. 291 Göttingen-Stadt und -Land, Nr. 292 Berlin-Tiergarten und Nr. 293 Bonn.

Die Anträge Nr. 280 — Landesverband Hessen — und Nr. 283 — Kreisverband Rotenburg-Wümme — sollen abgelehnt werden. Der Antrag Nr. 286 ist bereits durch Ziffer 29 in der von Ihnen beschlossenen Fassung erledigt.

Ich fasse noch einmal zusammen: Ersatz der Vorlage des Vorstandes durch Antrag Nr. 276, ergänzt durch einen vierten Absatz aus Antrag Nr. 282.

**Dr. Georg Göbter**, Tagungspräsidium: Vielen Dank! — Es liegt eine Wortmeldung vor, und zwar von Herrn Ludwig, Landesverband Westfalen-Lippe. — Die Wortmeldung wird zurückgezogen, meine Damen und Herren.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, den Antrag Nr. 276 statt der Vorstandsvorlage anzunehmen und zugleich als vierten Absatz den Satz hinzuzufügen: „Der Bildungsanspruch der Kinder von Ausländern muß berücksichtigt werden.“, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr. Bitte die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Vorschlag ist gegen ganz wenige Stimmen angenommen.

Ich rufe nun die **Ziffer 33** auf. Hier sind die Anträge Nr. 294 bis 301 zu behandeln. Das Wort für die Antragskommission hat Herr Dr. Vogel.

**Dr. Bernhard Vogel**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir schlagen vor, das Kernproblem dieser Ziffer hier zu diskutieren; es ist die Frage, ob die Bildungsförderung familienunabhängig sein soll oder nicht.

Zu dieser Frage liegt eine Fülle von Anträgen vor; die Anträge, die ich jetzt nenne, fordern eine familienunabhängige Bildungsförderung. Diese Anträge fordern also, daß in Ziffer 33 vor „Bildungsförderung“ das Wort „familienunabhängige“ eingesetzt wird.

Es handelt sich um die Anträge Nr. 294 des Landesverbandes Hamburg, Nr. 295 der Landesverbände Braunschweig, Oldenburg und Hannover, Nr. 296 Göttingen-Stadt und -Land, Nr. 297 Köln, Nr. 298 Berlin-Steglitz mit einer etwas abweichenden, im Sinne aber gleichen Forderung sowie Nr. 302 – Antrag der Jungen Union –.

Außerdem ist bei dieser Ziffer der Antrag Nr. 300 zu klären. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, den Wunsch des Kreiverbandes Düsseldorf, die Bildungsförderung bereits vom 16. Lebensjahr ab zu gewähren, abzulehnen, und ist der Meinung, daß der Antrag Nr. 299 zu sehr ins einzelne gehende Festlegungen trifft.

Zusammenfassend schlägt die Antragskommission vor, die Frage der familienunabhängigen Bildungsförderung hier im Plenum zu diskutieren und dann zunächst darüber abzustimmen; das würde den größten Teil der vorliegenden Anträge erledigen. Zweitens schlägt die Antragskommission vor, die Anträge Nr. 299, 300 und 301 abzulehnen.

**Dr. Georg Göller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank! – Mir liegen vier Wortmeldungen vor: zunächst von Frau Dr. v. Baeyer, Landesverband Nordbaden, dann Herr Reimers, Landesverband Hamburg, Herr Weiß, Landesverband Nordwürttemberg, und Herr Dr. Graß, Landesverband Rheinland-Pfalz.

Ich erteile Frau Dr. v. Baeyer das Wort und darf die genannten drei Herren bitten, sich bereitzuhalten.

**Frau Dr. Wanda v. Baeyer:** Ich spreche gegen die familienunabhängige Bildungsförderung.

Ich habe mich nach den Summen erkundigt, die die Durchführung einer solchen Bildungsförderung kosten würde. Diese Zahlen sind so eindrucksvoll, daß ich hoffe, sie werden uns noch genauer vorgetragen. Ich nenne nur die Endsumme: 1980 kostet das bereits 13,8 Milliarden DM; danach steigen die Kosten vermutlich noch immer mehr an.

Das bedeutet, daß diese Summe den Universitätsinvestitionen verlorengeht. Wie dringlich die Universität Investitionsgelder braucht, ist wohl allgemein bekannt; das gilt vor allem für die Kliniken. Einer solchen kalten Form der Umstrukturierung der Kulturpolitik können wir meines Erachtens nicht zustimmen. Diese Gelder gehen doch dann unmittelbar in den Konsum!

Damit komme ich zur sozialen Seite des Antrags. Ich finde ihn – gemessen an der sozialen Gesamtsituation – nicht sozial. Er stellt eine eindeutige Bevorzugung der akademischen Berufswahl dar, und auch die kleineren Einkommen müssen über die Steuer dazu beitragen, daß die Kinder der Bezieher höherer Einkommen das Studentengehalt bekommen – abgesehen davon, daß man nur sehr schwer wird feststellen können, wer studiert und wer nur sagt, daß er studiert!

(Beifall)

**Dr. Georg Gölder, Tagungspräsidium:** Nunmehr hat Herr Reimers das Wort.

**Stephan Reimers:** Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst gegen das Argument meiner Vorrednerin, die sich in ihrer Beweisführung ausschließlich auf den finanziellen Aspekt gestützt hat, wenden. Ich bin der Meinung, dies kann nicht das alleinige Kriterium für unsere Entscheidung in dieser Sache sein; denn schließlich verabschieden wir hier nicht ein Regierungsprogramm, das die Haushaltssituation des Jahres 1971 zugrunde legt, sondern wir machen ein Parteiprogramm, das unsere langfristigen politischen Zielsetzungen darlegen soll. Insofern kann der finanzielle Gesichtspunkt hier nicht ausschließliche Bedeutung haben.

Meine Damen und Herren, ich möchte die mißverständliche Formulierung, die in der jetzigen Ziffer 33 steht, wo es heißt: „eigenverantwortliche Wahl der Ausbildung“ auslegungsmäßig durch das Wort „familienunabhängig“ festlegen. Dafür darf ich zwei Argumente nennen.

1. Die familienunabhängige Förderung scheint uns zwingend geboten zu sein, wenn Chancengleichheit – dieses Postulat, zu dem sich unsere Partei doch ausdrücklich bekennt – verwirklicht werden soll. Es gibt einen erheblichen Prozentsatz unserer Bevölkerung, der nicht von den Berechnungsgrenzen des Honnefer Modells erfaßt wird, der sich aber dennoch in einem finanziellen Grenzbereich bewegt, wo die Finanzierung des Studiums durch die Familie nur unter schweren Opfern geleistet werden kann und deshalb häufig genug überhaupt unterbleibt.

2. Nicht minder wichtig ist der Gesichtspunkt der starken Abhängigkeit des in der Ausbildung Stehenden vom Elternhaus. Angesichts der Herabsetzung des Wahlalters, angesichts des Antrags unserer Bundestagsfraktion zur Herabsetzung des Mündigkeitsalters und – zusammenfassend – angesichts der Lebenswirklichkeit eines Jugendlichen, der über 18 Jahre alt ist, erscheint es uns dringend geboten, die finanzielle Abhängigkeit vom Elternhaus bei der Ausbildung so weit wie möglich einzuschränken.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß es häufig zu schweren psychischen Belastungen kommt angesichts der Tatsache, daß junge Menschen einerseits großen Anforderungen in ihrer Ausbildung ausgesetzt sind, andererseits auf Grund der finanziellen Abhängigkeit immer noch in einem Kind-Status im Haus leben und sich nicht entfalten können. Wir sind der Meinung, daß die selbständige und eigenverantwortliche Wahl, wie sie in Ziffer 33 gefordert wird, nur möglich ist, wenn die finanziellen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Wir wissen, daß unsere Forderungen erhebliche finanzielle Auswirkungen nach sich ziehen. Deshalb haben wir ausdrücklich an der Formulierung „stufenweise“ festgehalten, um deutlich zu machen, daß es hier um einen langjährigen Prozeß geht und das nicht von heute auf morgen verwirklicht werden soll.



**Dr. Georg Gölter**, Tagungspräsidium: Danke schön. Herr Weiß aus Baden-Württemberg.

**Eugen Weiß:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe die Ausführungen meines Vorredners sehr sorgfältig gehört; aber – es tut mir leid – ich muß nach wie vor bei meinem Vorsatz bleiben, gegen die Einführung einer familienunabhängigen Studienförderung zu sprechen, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens muß ich aus dem finanziellen Gesichtspunkt dagegen sprechen. Ich möchte im vorhinein sagen: Wenn wir einen Vorschlag machen, dann müssen wir auch sagen, wie wir diesen Vorschlag realisieren wollen. Dazu darf ich Ihnen einfach einige Zahlen nennen. Meine Damen und Herren! Wir hatten im Jahre 1970 5,2 Millionen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren. Davon waren 14 Prozent = 730 000 im Gesamthochschulbereich. Es werden im Jahre 1980 6,3 Millionen sein. Nach dem Vorschlag der Bund-Länder-Kommission sollen dann 26 Prozent im Gesamthochschulbereich sein = 1,6 Millionen. Wenn wir diese 1,6 Millionen mit etwa 600 bis 700 DM pro Monat fördern wollen, dann bedeutet das, daß wir dafür im Jahre 1980 13,8 Milliarden aufwenden müssen. Hier möchte ich behaupten, daß diese Summe alle unsere übrigen Bildungsinvestitionen weitgehend blockiert und unsere übrige Bildungspolitik lahmlegt.

Zweitens: Meine Damen und Herren, auch vom Grundsatz her habe ich einige Bedenken. Ich muß nämlich an Sie die Frage stellen, ob diese Lösung, die hier vorgeschlagen wird, sozial richtig und sozial gerecht ist. Bisher wurden immer nur die wirtschaftlich Schwachen gefördert. In Zukunft würden aber alle, die Steuern zahlen, auch die Ausbildung der Kinder vermögender Eltern mit finanzieren. Das heißt, anders ausgedrückt: Die wirtschaftlich Stärkeren werden noch besser gestellt – um den Preis, daß wir kein Geld mehr haben, mehr zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Ich möchte deshalb bitten, daß diese Anträge abgelehnt werden.

**Dr. Georg Gölter**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Herr Dr. Graß aus Rheinland-Pfalz.

**Dr. Karl Martin Graß:** Meine Damen und Herren! Die Junge Union Deutschlands hat schon 1967 auf ihrem Deutschlandtag die familienunabhängige Ausbildungsförderung gefordert.

Ich darf erstens darauf hinweisen, daß Ausbildungsförderung zwar zu einem beträchtlichen Teil Studienförderung ist, aber nicht nur Studienförderung, sondern daß sie sich auch an eine Reihe anderer Auszubildender richtet, und die sollte man nicht vergessen.

Zweitens meine ich, daß die Zahlen, die eben vorgetragen wurden, nicht ganz zutreffend sein können, weil die genannte Bund-Länder-Kommission überhaupt noch keine Fixierungen vorgenommen hat und weil selbst der Wissen-

schaftsrat nur mit knapp einer Million Studierender im Gesamthochschulbereich rechnet.

Aber es kommt nicht auf diese Zahlen und Fixierungen an. Es kommt ganz einfach darauf an, daß wir an die Familie denken und an die Unterstützung, die die Familie erfahren kann; denn wir wissen ganz genau, daß gerade in mittelständischen Schichten, in denen die Eltern über der Bemessungsgrenze liegen, die Ausbildung der Kinder in Schule und Hochschule eine beträchtliche Belastung für die Familien darstellt. Das sollte man dabei berücksichtigen. Ich glaube außerdem, daß es gerechtfertigt ist, sich, wenn wir die Volljährigkeit auf 18 Jahre herabsetzen, auch Gedanken darüber zu machen, wie lange wir die dann volljährig Gewordenen am Portemonaie der Eltern noch hinterherschleifen lassen wollen.

**Dr. Georg Gölter**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Herr Dr. Rödding aus Westfalen-Lippe.

**Dr. Gerhard Rödding**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich gehöre einer Kommission an, die nichtöffentliche Gelder als Stipendien für Studenten vergibt. Ich möchte nur einen Fall aus meiner Erfahrung nennen. Ein Arzt hat eine sehr gut gehende Praxis. Er möchte gern, daß sein Sohn diese Arztpraxis übernimmt und Medizin studiert. Er hat sich in diesen Gedanken sehr hineingesteigert und sagt seinem Sohn: „Dieses Studium werde ich dir finanzieren; aber kein anderes!“ Dieser Sohn will aber Pädagoge werden. Unterstützung nach dem Honnefer Modell bekommt er nicht, weil der Vater genügend verdient. Dieser Sohn muß Bettelgänge bei anderen Institutionen machen oder auf irgendwelche Weise sein Studiengeld verdienen. Wer diese Fälle, die in unserem Volke weitgehend unbekannt sind und nicht in der Presse stehen, kennt, kann eigentlich nur für die familienunabhängige Förderung eintreten.

**Dr. Georg Gölter**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. — Frau Limbach vom Landesverband Rheinland.

**Frau Editha Limbach**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte mich für die Annahme des Antrages auf Einführung des Wortes „familienunabhängige“ Bildungsförderung aussprechen.

(Beifall)

Ich möchte den Argumenten, die vorher vorgebracht wurden, versuchen noch etwas hinzuzufügen. Um auf meinen Vorredner einzugehen: Diesem ein Beispiel, das er vorgebracht hat und das sicher eins für viele ist, könnte man natürlich entgegenhalten, daß Sohn oder Tochter notfalls den Unterhalt von ihren Eltern einklagen könnten. Ich glaube aber, die CDU kann nicht einen Beschluß fassen, der darauf abzielt, den Zusammenhalt in den Familien durch solche Dinge zu zerstören.

Ich möchte Sie noch auf einen Punkt hinweisen. In Ziffer 87 des Programm-entwurfs, wo über den Familienlastenausgleich gesprochen wird, ist die Rede davon, daß das Nebeneinander von Kindergeld, Kinderzulagen und Kinder-freibeträgen beseitigt werden und durch ein einheitliches System ersetzt werden muß. Jetzt kommt der Punkt, auf den es mir ankommt, wenn die Leistungen in allen Einkommensschichten gleich hoch sind. Solch eine Forderung kann nur darin begründet sein, daß auch der Familienlasten-ausgleich nicht etwas darstellt, was den Eltern von Kindern ein bequemeres Leben ermöglichen soll, sondern etwas, was den Kindern zu ihrer Förderung zugute kommen soll. Analog dazu möchte ich sagen: Eine familienunabhängige Bildungsförderung wird nicht dazu geschaffen, daß die Eltern Vorteile erlangen, sondern dazu, daß diese Beträge den Jugendlichen — denn hier handelt es sich nicht mehr um Kinder, sondern um Jugendliche — zugute kommen und ihnen die Unabhängigkeit auch auf dem Gebiet der Ausbildung garan-tieren, auf die sie Anspruch haben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal auf das hinweisen, was vorhin gesagt wurde. Wenn 18jährige zur Bundeswehr eingezogen werden, wenn 18jährige wählen und wenn unter Umständen angestrebt wird, die Mündigkeit auf 18 Jahre vorzuverlegen, dann halte ich es nicht für verant-wortlich, davon auszugehen, daß solche mündige Staatsbürger nicht das Recht haben, ihre Bildung und Ausbildung frei zu wählen und auch die dazu notwendigen Mittel dazu zu bekommen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Dr. Georg Göller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. — Meine Damen und Herren! Darf ich eine kurze Zwischenbemerkung machen. Ihnen wird mittlerweile auch nicht entgangen sein, daß wir uns beim 7. Punkt des Abschnitts II aufhalten. Sie wissen, was noch auf uns zukommt. Wenn wir den Punkt „Bildung, Wissenschaft und Forschung“ vor Mitternacht beendet haben wollen, dann ist jetzt eine gewisse Straffung der Diskussion notwendig, insbesondere dann, wenn die Argumente einigermaßen ausgetauscht sind. Ich habe jetzt außer Herrn Popkes noch drei Wortmeldungen zum Thema „Familienunabhängige Ausbildungsförderung“. Aber dann, so meine ich, sollten wir darüber abstimmen.

**Lüko Popkes**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sicher ist eine Straffung der Diskussion angezeigt. Andererseits liegt in der Ziffer 33 eine der Grundfragen des Parteiprogramms, nämlich die Frage des Familien-lastenausgleichs. Die Frage des Familienlastenausgleichs steckt an allen möglichen Stellen des Programms. Ich spreche deshalb für den Antrag 295, weil ich es für unbillig halte, daß der Fleißige und Tüchtige in unserer Gesellschaft von einer willkürlich festgesetzten Grenze an für seinen Fleiß bestraft wird: a) durch Fortfall gewisser sozialer Vergünstigungen auf allen

möglichen Gebieten, b) durch die steigende Einkommensteuer, und womöglich kommt noch die Vermögenssteuer dazu.

Wir haben heute in unserer Wirtschaft eine breite Schicht des sogenannten unselbständigen Mittelstandes, leitende Angestellte, Ingenieure usw. Von einer gewissen Einkommensgrenze an entgeht diesen Schichten heute die Förderung aus öffentlichen Mitteln für die Ausbildung ihrer Kinder, während die Kinderfreibeträge, die im Einkommensteuergesetz vorgesehen sind, nicht entfernt dafür reichen, um diesen Nachteil der öffentlichen Förderung wettzumachen. Ich möchte deshalb zur Debatte stellen, die Ziffer 33 dahin zu ändern: eine familienunabhängige Ausbildungsförderung im Rahmen der gesamten Neuregelung des Familienlastenausgleichs.

**Dr. Georg Göltner**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Herr von Danwitz!

**Jürgen von Danwitz**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meines Erachtens kann es in unserer Zeit überhaupt keine andere Lösung als die familienunabhängige Bildungsförderung geben. Man muß sich Gedanken darüber machen, wie sich unsere Zeit und unsere gesellschaftliche Entwicklung überhaupt in 10, 20 und weiteren Jahren darstellen wird. Dann wird es gar nicht mehr möglich sein, den 18jährigen in den Beruf zu entlassen; dann werden wir den 20- und 25jährigen nicht mehr in den Beruf entlassen können. Es wird eine der wesentlichen Aufgaben unserer Gesellschaft sein, den jungen Menschen den Berufsweg auf lange Zeit hin durchstehen zu lassen, die er braucht, um überhaupt die notwendigen Voraussetzungen zu finden, in seinem Beruf noch etwas leisten zu können. Von Jahr zu Jahr werden diejenigen, die eine Ausbildung durchzumachen haben, mehr nachvollziehen müssen. All das, was Sie und ich und unsere Eltern vorher gelernt haben, werden sie als notwendige Voraussetzung brauchen. Alles, was heute geforscht wird, wird in zehn Jahren zum selbstverständlichen Grundwissen gehören.

Wenn Sie das alles nachvollziehen wollen, bleibt überhaupt gar keine andere Möglichkeit, als die Berufsbildung weitgehend unabhängig zu machen von der Familie. Und lassen Sie sich nicht von dem Gedanken tragen, was würde für den Staat zu teuer werden. Das Problem wird gelöst werden müssen, aber nicht auf der Basis, daß man es den etwas wohlhabenderen Eltern überläßt. Wenn man Gleichheit gerecht verteilen will, bleibt gar nichts anderes möglich, als gerade auch dem Kind wohlhabender Eltern die gleiche unabhängige Chance in der Berufsausbildung zu geben.

Mir war es möglich, daß meine Eltern mein Studium bezahlt haben, gut, aber diejenigen, die dort vom Honnefer Modell gefördert waren, standen doch unabhängig da. Und ich meine, all das sollten Sie im Rahmen der Gleichheit mitüberlegen. Es geht darum, jedem die gleiche Bildungschance zu geben. Und die erreichen Sie nicht damit, daß der eine durch den Staat und der andere durch das Elternhaus gefördert wird. Die Abhängigkeit des einzelnen, der vom Elternhaus gefördert wird — bitte, verstehen Sie mich nicht falsch,

ich bin in einem guten Elternhaus groß geworden —, ist doch letztlich überhaupt nicht zu verantworten im Rahmen der großen Aufgaben der Universitäten und der übrigen Berufsausbildungsmaßnahmen. Ich meine also, wir müssen jedem die gleiche Chance geben, indem wir ihm zeigen, daß der Staat bereit ist, für seine nächsten Generationen das zu tun, was im Rahmen der beruflichen Weiterbildung unbedingt notwendig ist.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einen kleinen Gedanken erwähnen. Wenn man nicht weiß, wie das alles finanziert werden soll, muß man sich auch darüber klar sein, daß in dem Augenblick, wo der 18jährige voll gefördert wird durch den Staat, unabhängig von dem Einkommen des Elternhauses, das Elternhaus eben auch höher besteuert wird. Es wird die notwendige Folge sein, daß Kinderfreibeträge nicht bis zu 25 oder 27 Jahren gezahlt werden können. Man muß eben den Ausgleich dort schaffen, wo die Besteuerung in den Grundlagen beginnt und nicht etwa die ganze Berufsausbildung in verschiedenen Bahnen laufend — einmal vom Staat und einmal vom Elternhaus — finanzieren. Ich danke Ihnen.

**Dr. Georg Göltner**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Frau Dr. Obermüller-Kochs, danach Herr Dr. Stoltenberg.

**Frau Dr. Ingrid Obermüller-Kochs**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine familienunabhängige Förderung ist nicht so sehr aus finanziellen Gründen abzulehnen; wir müssen auch andere Dinge finanzieren. Sie ist aber abzulehnen vor allem einmal aus Gründen sozialer Gerechtigkeit. *Es erscheint mir nicht vertretbar, daß aus allgemeinen Steuermitteln die Kinder reicher Eltern finanziert werden.*

(Beifall)

Vor allem aber — dieses Argument ist heute noch gar nicht hier aufgetreten —, meine Damen und Herren, scheint mir eine familienunabhängige Ausbildungsförderung aus Gründen einer wohlverstandenen christlichen Familienpolitik nicht vertretbar.

(Zustimmung)

Es wird hier von den Repressionen gesprochen, die ein junger Mensch zu empfinden hat, wenn er von seinen Eltern gefördert wird. Ich bin von meinen Eltern unter sehr, sehr schwierigen Umständen gefördert worden, und ich möchte diese Dankbarkeitsschuld nicht aus meinem Leben herausstreichen.

(Beifall)

**Dr. Georg Göltner**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Meine Damen und Herren, Herr Dr. Stoltenberg verzichtet. Wir kommen damit zur Abstimmung. Wenn Sie den Text der Vorstandsvorlage zu Ziffer 33 noch einmal anschauen, auch die Abänderungsanträge, werden Sie mir zustimmen, daß es hier in der Tat

zunächst darum geht, über das Wort „familienunabhängig“ zu entscheiden. Wer der Aufnahme des Wortes „familienunabhängig“ zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen. — Bitte die Gegenprobe. — Das letztere war die Mehrheit.

Meine Damen und Herren! Dann müssen wir noch, da Abänderungsanträge vorliegen, die vorhin in der Diskussion aufrechterhalten geblieben sind, abstimmen über den Text der Vorstandsvorlage wegen der Begrenzung des Lebensalters. Wer dem Text der Vorstandsvorlage zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen so angenommen.

Ich rufe auf Ziffer 34. Für die Antragskommission bitte Herr Dr. Vogel.

**Dr. Bernhard Vogel:** Meine Damen und Herren! Es geht um die Anträge 190, 253 und 303 bis 306. Die Antragskommission schlägt vor, es grundsätzlich beim Text der Ziffer 34 Vorstandsvorlage zu belassen, aber aus dem Antrag des Landesverbandes Oldenburg — Nr. 303 — am Ende der Ziffer 34 in der vorletzten Zeile den Gedanken aufzunehmen, hier auch die beschützenden Werkstätten zu erwähnen, das heißt, hinter „Fachsschulen“ „sowie beschützende Werkstätten“ einzufügen.

Die Antragskommission schlägt dann vor, die Anträge 190 und 253 abzulehnen, weil der Antrag 190 als Überschrift nicht die Ziffer 34 und 35 deckt und außerdem 253 keine inhaltliche Ergänzung bringt. Der Antrag Nr. 306 soll ebenfalls nach Vorschlag der Antragskommission abgelehnt werden.

Dagegen sollen die Anträge Nr. 304 und 305 bei den Abschnitten Familie bzw. Gesundheit, nicht aber hier in der Ziffer 34 beraten werden.

Wir schlagen also — wenn ich zusammenfassen darf — vor, die Ziffer 34 mit der Ergänzung aus Antrag Nr. 303, die ich Ihnen vorgetragen habe, zu beschließen.

**Dr. Georg Göller,** Tagungspräsidium: Vielen Dank. — Eine Wortmeldung liegt vor von Herrn Ludwig, Landesverband Westfalen-Lippe.

(Paul Ludwig: Ich verzichte!)

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Vorschlag der Antragskommission, Annahme der Vorstandsvorlage und Ergänzung aus dem Antrag Nr. 303. Wer dem zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Bei einer Gegenstimme angenommen.

Ich rufe auf Ziffer 35. Für die Antragskommission bitte Herr Dr. Vogel.

**Dr. Bernhard Vogel:** Es geht um die Anträge Nr. 307 bis 320. Die Antragskommission schlägt dem Parteitag hierzu vor, die Vorstandsvorlage Ziffer 35 sollte angenommen werden, aber der letzte Satz des Vorstandsvorschlages

sollte unter Hinzuziehung des Antrags Nr. 320 von der Jungen Union folgendermaßen geändert werden, daß es dort heißen sollte: „Die Rechte der Lehrer gegenüber Schulträger und Schulverwaltung sind zu erweitern.“ Es soll also der Schulträger ebenfalls mit einbezogen werden und nicht nur die Schulverwaltung.

In der Antragskommission ist der Antrag Nr. 320 eingehend diskutiert worden. Dennoch ist nicht vorgeschlagen worden, den Antrag Nr. 320 zur Annahme zu empfehlen.

Die Anträge Nr. 311 und 312 sollten nach Meinung der Antragskommission abgelehnt werden, da sie beispielsweise durch das Wort „Schulpflegschaft“ Dinge unter regionaler Terminologie regeln, die in einem bildungspolitischen bzw. gesamten Parteiprogramm für die ganze Bundesrepublik nicht überall verstanden werden können. Es sollen also die Anträge Nr. 311 und 317 abgelehnt werden. Die Vorstandsänderung mit der Änderung aus Antrag Nr. 320 wird zur Annahme empfohlen.

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Danke schön! — Die Wortmeldungen: Herr Dr. Rödding, Westfalen-Lippe, Herr Wissmann, Nordwürttemberg, Frau Dr. von Baeyer, Baden-Württemberg, und Herr Neumann, Bremen.

**Dr. Gerhard Rödding**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wir haben den Antrag Nr. 307 im Kreisverband Bielefeld gestellt. Wir sind für die Mitbestimmung der Schüler in der Schule, soweit sie nach Alter differenziert wird und pädagogisch sinnvoll gestaltet werden kann. Wir meinen aber, daß unter dem Stichwort „Demokratisierung der Schule“ heute weitgehend die Schule, an manchen Stellen jedenfalls, einer Politisierung anheimfällt. Da in der Schule aber zunächst unterrichtet werden muß, darf nicht in Frage gestellt werden, daß in der Schule zunächst zu unterrichten ist. Es hat sich auch gezeigt, daß unter dem Stichwort „Demokratisierung“ sehr starke sozialistische Meinungen in die Schule hineinkommen, sozialistische Tendenzen für die Schulgestaltung. Deshalb meinen wir, es sollte hinzugefügt werden: „Eine einseitig ausgerichtete Politisierung der Schule unter dem Vorwand der Demokratisierung lehnen wir ab.“

(Beifall)

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Herr Wissmann, ich bitte.

**Matthias Wissmann**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu dem Thema Schülermitverantwortung, das in der Ziff. 35 des Bundesvorstandsentwurfs behandelt wird, Stellung nehmen, und zwar deshalb, weil wohl nicht damit zu rechnen ist, daß Gruppen- und Interessenrichtungen in dieser Partei sich hier massiv unterstützend einschalten werden und es deshalb notwendig ist, daß Ihr Sachverstand und Ihre politische Weit-

sicht es für notwendig halten, daß wir zu dieser entscheidenden Frage Stellung beziehen.

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, daß es fast symptomatisch sein könnte für das Verhältnis unserer Partei zur Jugend, daß zwar über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer diese Sätze gesagt sein sollen, und zwar mit Recht, aber nur ein einziger Satz zur entscheidenden Frage der Schülermitverantwortung gesagt wird. Ich bin deshalb der Meinung, daß wir hier ganz klar Stellung beziehen müssen und wir es nicht bei einem Satz bewenden lassen können. Die Frage der Beteiligung der Schüler an der Schule ist gerade auch im Interesse der Schüler eine wichtige Frage, und zwar deshalb, weil es nicht genügt, daß die Schüler im Unterricht darauf hingewiesen werden, wie die Demokratie später aussieht und welche Aufgaben sie als Staatsbürger wahrzunehmen haben, sondern weil es wichtig ist, Demokratie zu üben, Demokratie im kleinen Bereich in der Schule einzustudieren, damit eine echte Demokratieausübung später für die jungen Menschen als Staatsbürger möglich ist. Das kann nur geschehen, wenn in sinnvollem Maße und nach Altersgruppen gestaffelt Schülermitverantwortung, Schülermitsprache und Schülermitbestimmung möglich sind.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, sich dieses Themas mit einer klaren Stellungnahme anzunehmen. Denn gerade in unserer Partei sind die Bemühungen in der Vergangenheit stark gewesen, mit Recht stark gewesen, dieser Partei ein jugendliches Image zu geben. Ein jugendliches Image wird diese Partei aber nicht allein durch Schminke, durch personelle Regeneration und durch Äußerlichkeiten gewinnen, sondern durch ein Eintreten für die Interessen der jungen Menschen in einer sinnvollen Form.

(Beifall)

**Dr. Georg Gölter**, Tagungspräsidium: Frau Dr. von Baeyer!

(Frau Dr. von Baeyer: Verzichtet!)

Dann Herr Neumann, Landesverband Bremen!

**Bernd Neumann:** Meine Damen und Herren! Ich spreche für den Antrag der Jungen Union, Antrag Nr. 320. Ich glaube, materiell ist in diesem Antrag bereits das enthalten, was in der Vorlage des Bundesvorstandes ausgeführt ist. Darüber hinaus geht dieser Antrag aber auf einige konkrete Dinge der Schülermitverantwortung ein und gibt gleichzeitig noch mehrere Vorschläge, so daß die, die für den Bundesvorstandsentwurf sind, auch diesem zustimmen können. Ich glaube, man disqualifiziert sich selbst, wenn man diesen Antrag damit ablehnt, daß man sagt, die Schule sei in erster Linie dazu da, zu lernen, und wir sollten uns doch nicht dem Prinzip der Demokratisierung hingeben. Hier steht ein einziger Satz zum Bereich der Mitwirkung. Er heißt: „Die Schule ist deshalb zugleich für die Schüler das erste Erfahrungsfeld demo-



kratischer Verhaltensweisen im öffentlichen Bereich und soll die Jugendlichen aus dieser unmittelbaren demokratischen Erfahrung zu Kritikfähigkeit und Mitverantwortung im Staate führen.“ Ich glaube, meine Damen und Herren, daß Sie gegen diese zusätzliche Aufgabe, die die Schule mit Sicherheit doch hat, nichts einzuwenden haben.

Im übrigen, wer die Situation, insbesondere an den Gymnasien, kennt, weiß, welches Problem die Schülermitverantwortung im Bereich der Schule für die Lehrer, aber auch für die Schüler darstellt. Ich meine, wir tun gut daran, wenn wir in unserem Programm mehr als einen Satz dazu ausführen. Im übrigen bedenken Sie bitte gerade den schweren Stand, den wir als Junge Union, aber auch als Partei im Rahmen der Schule und bei den Gymnasiasten haben. Vielleicht fällt es Ihnen dann leichter, diesem Ergänzungsvorschlag, so will ich ihn einmal nennen, der Jungen Union zuzustimmen.

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Die Situation ist nun, daß der Antrag der Jungen Union, Antrag Nr. 320, weitergeht als der Antrag der Antragskommission, der für Beibehaltung der Vorstandsvorlage ist, lediglich ergänzt durch den ersten Satz von Absatz 3 des Antrages Nr. 320: „Die Mitwirkungsrechte der Lehrer gegenüber Schulträgern und Schulverwaltung sind zu erweitern.“

Nach Abstimmung mit meinen Kollegen im Präsidium stelle ich den Antrag Nr. 320, den weitergehenden Antrag der Jungen Union, zunächst zur Abstimmung.

Wer diesem Antrag Nr. 320 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das erste war eindeutig die Mehrheit. Damit ist der Antrag Nr. 320 angenommen.

(Belfall)

Bevor wir, meine Damen und Herren, zur Beratung der Ziffern 36 und 37 kommen, gebe ich dem Leiter der Antragskommission das Wort. Herr Dr. Vogel, zur Überschrift!

**Dr. Bernhard Vogel**: Hier ist der Antrag Nr. 191 auf Seite 41 zu berücksichtigen, der wünscht, daß die Überschrift „Berufliche Bildung und Erwachsenenbildung“ heißen soll. Einen ähnlichen Antrag hat der Kreisverband Kiel unter Antrag Nr. 358 auf Seite 65 gestellt.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, nicht die Ziffern ab 36 mit „Berufliche Bildung und Erwachsenenbildung“ zu überschreiben, wohl aber die Ziffer 39 mit der Überschrift „Erwachsenenbildung“ zu versehen. Die Antragskommission ist der Meinung, es sei berechtigt, daß „Erwachsenenbildung“ als eigene Überschrift erscheine, es sei aber nicht günstig, berufliche Bildung und Erwachsenenbildung in einer Überschrift zusammenzufassen, weil dies den Eindruck erwecken könne, die Erwachsenenbildung beziehe sich nur auf

den Bereich der beruflichen Bildung. Wir schlagen Ihnen deswegen vor, es vor Ziffer 36 bei „Beruflicher Bildung“ zu belassen, aber in Übereinstimmung mit dem Antrag Kiel vor Ziffer 39 die Überschrift „Erwachsenenbildung“ zu setzen.

**Dr. Georg Gölter**, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Meine Damen und Herren, sind dazu Wortmeldungen? — Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Ihr Einverständnis voraussetzen, daß das so geändert wird.

Nun zu den Punkten 36 und 37! Meine Herren, da eine ganze Reihe Wortmeldungen vorliegen, die eine Globalaussprache über diese beiden Punkte beantragen, darf ich zunächst der Antragskommission das Wort geben zu den Punkten 36 und 37.

Ich darf Sie um Ihre besondere Aufmerksamkeit bitten, da das jetzt ein etwas längerer Vortrag werden wird. Dann werden wir in die Globalaussprache eintreten und im Anschluß daran über die beiden Punkte getrennt abstimmen. Bitte, Herr Brinkert, für die Antragskommission zu beiden Punkten.

**Bernhard Brinkert**: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich darf mir erlauben, trotzdem die einzelnen Ziffern gesondert zu behandeln, weil wir sonst ob der Vielfältigkeit der verschiedenen Aussagen hierbei die Übersicht verlieren könnten.

Ich wende mich zunächst einmal der Ziff. 36 zu.

Die Antragskommission hat sich nach Aussprache dazu entschieden, Ihnen folgenden Vorschlag zu machen:

Der dritte Satz der Ziff. 36 wird durch folgenden Satz mit einer Ergänzung „in der Regel“ ersetzt. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß großer Wert darauf gelegt wurde, die Firmierung „Duales System“ in die Ziffer hineinzubekommen.

Wir haben uns nach eingehender Aussprache darauf verständigt, daß das „Duale System“, wenn wir es hier ausschließlich formulieren würden, unter anderem jedenfalls die Berufsbildungsgänge ausschließen würde, die insbesondere im Bereich der beruflichen Fortbildung abgewickelt werden. Und es ist sicherlich nicht im Interesse der Antragsteller, daß das geschieht. Insofern schlagen wir Ihnen also vor, folgende Formulierung zu wählen:

„Die berufliche Bildung ist als öffentliche Aufgabe in der Regel im Dualen System durch Zusammenwirken von Schule, Betrieb und den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft und der freien Berufe auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes auszubauen.“

Wenn Sie dieser Überlegung Ihre Zustimmung geben können, wären damit die Anträge 321, 941, 322, 323, 324, 325, 326, 327 inhaltlich erfaßt. Wir bitten Sie darüber hinaus, Antrag 328 abzulehnen.

Ich wende mich der Ziffer 37 zu.

Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, den ersten Absatz unverändert zu beschließen.

Im zweiten Absatz soll der zweite Satz unverändert bleiben.

Die Finanzierung durch eine allgemeine Berufsbildungsabgabe sollte im zweiten Absatz gestrichen werden. Sie soll aus Gründen der Gleichrangigkeit zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung in die Ziffern 48 ff. eingehen. Bei diesen Ziffern handelt es sich bekanntlich um die Bildungsfinanzierung.

Wenn Sie den Überlegungen der Antragskommission zustimmen könnten, wären folgende Anträge erledigt: 290, 335, 346, 331, 334, 340, 342, 344, 348 und 349.

Wenn Sie mit uns der Meinung sind, daß die Berufsbildungsfinanzierung in diesem Bereich nicht behandelt werden soll, dann würden dadurch der Antrag 329 Satz 2, die Anträge 332, 336, 341, 344, zweiter Halbsatz im zweiten Absatz und Antrag 347, dritter Absatz an dieser Stelle nicht zu diskutieren sein.

Die Frage schließlich, ob und inwieweit die Kompetenzen der Bundesanstalt für Arbeit ausgeweitet werden sollten, wird dem Parteitag zur Entscheidung vorgelegt.

Die Antragskommission hat lediglich festgestellt, daß Sie zu diesem Antrag ebenso viele Anträge vorfinden, die gegen eine Ausweitung sprechen, wie Sie auch Anträge vorfinden, die für eine Ausweitung der Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit sprechen.

Wir haben uns im übrigen bei unserer Entscheidung davon leiten lassen, daß ein Trend aus den vorliegenden Anträgen jedenfalls nicht unbedingt erkennbar sein muß, denn immerhin gibt es eine Reihe von Freunden, von Verbänden, von Landesverbänden, von Kreisverbänden usw., die durch die Tatsache, daß sie zu dieser Ziffer keine Anträge gestellt haben, unter anderem auch erkennen lassen können, daß sie im Prinzip für die Beibehaltung dieser Ziffer sind.

Ich darf Sie hiermit bitten, zu diesen Themen entsprechend Stellung zu nehmen.

**Dr. Georg Gölter**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Brinkert.

Meine Damen und Herren! Ich darf dazu noch mit aufrufen die Initiativanträge 941 und 945. Dem Präsidium liegt allerdings im Augenblick nur der Antrag 941 vor.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Hauser, Landesverband Rheinland.

**Hansheinz Hauser:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem Vortrag über das Ergebnis in der Antragskommission können der Antrag 321, den ich für den Landesverband Rheinland zu begründen habe, und der Antrag 341 in seinem wesentlichen Teil als erledigt betrachtet werden, wenn ich davon ausgehen kann, daß sich der Parteitag den Vorschlägen der Antragskommission anschließt. Hier ist das wesentliche Anliegen dann berücksichtigt.

Zum Antrag 349 ist allerdings zu sagen, daß die Streichung des Satzes 3 von der Antragskommission nicht vorgeschlagen worden ist und dieser Antrag insofern seine Erledigung auch nicht gefunden hat.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich zum Kern Ihres Antrags komme, noch ein paar Vorbemerkungen machen.

Ich glaube, daß es außerordentlich wichtig ist, daß im Vorschlag dieses Programmwerfs der beruflichen Bildung eine so große Bedeutung beigegeben wird und daß wir mit diesen Formulierungen einmal sehr nachdrücklich zum Ausdruck bringen, daß die nachrangige Behandlung der beruflichen Bildung endlich überwunden werden muß, wie wir es ja leider gerade in den letzten Jahren immer wieder haben feststellen müssen.

Beim Mittelstandskongreß in Ansbach ist bereits in einem Entschließungsantrag zu diesem Thema Stellung genommen worden, und die Mittelstandsvereinigung hat sich sehr nachdrücklich gegen eine Verschulung der Berufsausbildung gewandt.

In Ziffer 37 ist eine Formulierung, die ein neues, umfassendes Gesetz für die Regelung der Ausbildungsverhältnisse verlangt.

Meine Damen und Herren, ich glaube, man muß sich in Erinnerung rufen, daß unter der politischen Verantwortung der CDU gerade vor noch nicht allzu langer Zeit drei Gesetze verabschiedet worden sind: das Berufsbildungsgesetz, das Arbeitsförderungsgesetz und das Ausbildungsförderungsgesetz, Gesetze, die sehr verschiedenartige Komplexe ansprechen, die aber alle in gleicher Richtung gehen: Förderung der beruflichen Bildung und Förderung der Arbeitnehmer, sofern sie auch vom Berufswechsel betroffen sind.

Meine Damen und Herren, diese Gesetze sind noch nicht erprobt; sie sind noch in der Entwicklung, und wir besitzen noch keine Erfahrungen über das, was sich aus dem Inhalt dieser Gesetze in die Praxis ableiten läßt. Im Augenblick wird sowohl in den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft wie auch in den Betrieben und in den öffentlichen Haushalten die Konsequenz aus diesen Gesetzen gezogen, indem man die Einrichtungen schafft, die dort gewollt und gefordert sind.

Nun, in diesem Stadium bereits ein neues Gesetz zu verlangen, das alle Ausbildungsverhältnisse einheitlich regeln soll, scheint mir nicht der rechte

Weg zu sein. Ich glaube, es ist richtiger, zunächst einmal die Erfahrung mit den soeben von mir erwähnten Gesetzen abzuwarten, ehe man sich daran gibt, wiederum ein neues Gesetz mit gleicher Zielrichtung zu konzipieren.

Ein zweites möchte ich sagen. In Abs. 2 der Ziff. 37 ist die Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung angesprochen. Das Berufsbildungsgesetz hat die Verantwortung für die berufliche Bildung noch einmal nachdrücklich den Kammern zugewiesen sowie dem Bundesinstitut für Berufsbildung, das in Kooperation mit der Bundesanstalt für Arbeit tätig ist. Ich meine, auch hier gebe es keine Veranlassung, jetzt eine neue Institution zu schaffen, die vor allem auch in der Form, wie sie hier dargestellt ist, zu Mißverständnissen Anlaß gibt.

Die Reaktionen der Öffentlichkeit auf diese Programmformulierungen sind sehr mißverständlich, sind sehr unterschiedlich und zum größten Teil negativ, weil hier der Eindruck entstehen kann, daß das, was wir in Ziff. 36 erneut ausdrücklich und nachdrücklich betont haben, daß nämlich die berufliche Bildung in der Verantwortung unter anderem der Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft und der freien Berufe sich vollzieht, nun einer Bundesanstalt zugeordnet werden soll, die weitgehend auch unter staatlicher Einflußnahme in die Gefahr gerät, die Berufsausbildung zu verstaatlichen und zu reglementieren. Ich glaube, das kann nicht der Sinn der Sache sein, und es wäre richtig, wenn wir hier um Klarheit bemüht wären.

Ich wäre Ihnen also dankbar, wenn Sie dem Antrag Nr. 349, der die Streichung der Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung vorsieht, Ihre Zustimmung gäben.

Im übrigen darf ich mich bezüglich der Ziff. 36 dem Vorschlag der Antragskommission anschließen.

(Beifall)

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, damit das noch einmal ganz klar wird, weil sich vorhin ein Mißverständnis eingeschlichen hat: Die Antragskommission hat zur Frage der Bundesanstalt für Arbeit kein Votum abgegeben.

Bitte, Herr Dr. Blüm! Dann Herr Weiß, Baden-Württemberg!

**Dr. Norbert Blüm**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist richtig, klingt gut, ist leicht verständlich, und niemand widerspricht Ihnen, wenn Sie formulieren und feststellen: Allgemeine und berufliche Bildung sind gleichrangige Aufgaben unseres Bildungswesens. Es wäre auch niemand in der Lage, eine isolierte Position der Allgemeinbildung zu begründen und zu verteidigen; denn auch das, was wir unter der Überschrift „Allgemeinbildung“ vornehmen, ist weitgehend berufliche Bildung bis hinein in die Universitätsbildung. Denn was anderes ist das philologische Studium als weitgehend eine Vorbereitung

auf den Lehrerberuf? Was ist das, was wir in den Gymnasien im Sprachunterricht betreiben, weitgehend anderes als Vorbereitung auf den Beruf? Und andererseits — das ist die Kehrseite der Medaille —: auch die berufliche Bildung hat einen allgemeinbildenden Wert. Wer berufliche Bildung nur verstehen würde als die Zubereitung von Arbeitsplätzen, wer berufliche Bildung nur verstehen würde als die Vermittlung spezieller Kenntnisse und Fertigkeiten, einen Arbeitsplatz auszufüllen, der würde berufliche Bildung mit einer Dressur verwechseln, würde berufliche Bildung degenerieren zu einer Produktion von Arbeitskräften.

Allgemeine und berufliche Bildung sind gleichberechtigt! So weit so gut, weil es akademisch bleibt. Aber es kommt gerade für uns und für eine Partei darauf an, aus diesen akademischen Erkenntnissen politische Konsequenzen zu ziehen. Man erhält keinen Widerspruch, wenn man sonntags am Kamin oder in Akademien über den Wert und die Einheit der Bildung spricht; nur werktags wird es dann schwierig, aus diesen Erkenntnissen die Konsequenzen zu ziehen, und, meine Damen und Herren, ich bin dagegen, daß wir sonntags schöne Gedanken verkünden und uns werktags in der Politik vor den Konsequenzen scheuen. Berufliche Bildung und Allgemeinbildung sind eine Einheit, und daraus haben wir heute und hier Konsequenzen zu ziehen.

(Vereinzelter Beifall)

Zunächst einmal käme es darauf an, ebensoviel öffentliche Aufmerksamkeit auf den Sektor der beruflichen Bildung zu lenken, wie sie Gott sei Dank die Allgemeinbildung und die sogenannte höhere Bildung schon auf sich gezogen haben.

Meine Damen und Herren, ich habe es nie verstehen können, und ich kann es bis zum heutigen Tage nicht verstehen, daß wir sehr viel Erregung und sehr viel Protest investieren zur Lösung der Probleme der Allgemeinbildung, und vergleichbare Probleme im Bereich der beruflichen Bildung gar nicht zur Kenntnis genommen werden. Vergleichbare Probleme!

Wir alle erregen uns bei dem Thema „Numerus clausus“; wir glauben, das sei eine Zugangsbeschränkung, glauben, hier sei das Recht der freien Berufswahl behindert, obwohl so etwas in der Lehrlingsausbildung gang und gäbe und alltäglich ist, obwohl Lehrlingsausbildungen nur nach den Bedürfnissen der Wirtschaft angeboten werden, obwohl Lehrlingsplätze nur angeboten werden aus den aktuellen Nachfragen der Wirtschaft heraus.

Order überlegen Sie sich, daß in der Stufenbildung beispielsweise viele Betriebe dazu übergehen, nach der Grundbildung die Spezialkenntnisse einfach zuzuteilen, einfach dem einzelnen Lehrling zuzuteilen. Das halte ich für eine Potenzierung des Numerus clausus, die gar nicht zur Kenntnis genommen wird und die vergleichbar ist den Hochschulproblemen, die wir mit diesem Titel qualifizieren.

Oder denken Sie daran, daß wir alle uns Mühe geben, die Qualifikationen des schulischen Ausbilders festzustellen, daß wir keineswegs nur auf die fachliche Qualifikation achten, sondern auch auf die pädagogische Qualifikation, wogegen es in der betrieblichen Ausbildung weitgehend noch in der Weise betrieben wird: Wer ein guter Fachmann ist, der kann auch Lehrlinge ausbilden – ohne Rücksicht darauf, ob er dazu auch pädagogisch geeignet ist.

(Zuruf)

– Sie können gleich zur Diskussion sprechen, Herr Schulhoff. –

Meine Damen und Herren, wir haben im Berufsbildungsgesetz den ersten Schritt dazu unternommen, Bildungsqualifikationen festzustellen. Nur, Herr Schulhoff, es kommt eben nicht darauf an, nur den toten Buchstaben auf dem weißen Papier zu haben, ein Gesetz zu haben, sondern darauf, dieses Gesetz auch in die Wirklichkeit überzuführen. Zur Wirklichkeit gehört beispielsweise, daß wir Ausbildungsberater einstellen, um das, was wir gesetzlich fixiert haben, auch in der Wirklichkeit vorzufinden. Andernfalls ist ein Gesetz nichts wert. Das alles kostet Geld. Sie werden Ausbildungsberater nicht um eines „Vergelt's Gott“ oder um eines „Danke schön“ willen einstellen können.

Oder denken Sie an folgendes! Was würden wir eigentlich sagen, wenn in der allgemeinen Schule der Lehrer sagen würde: Nun geh' mal heim und klopfe meiner Frau den Teppich! Was würden Sie sagen, wenn der Lehrer den Schüler zum Bierholen schickte, obwohl es in der betrieblichen Ausbildung gang und gäbe ist, daß Lehrlinge mit berufsfremden Arbeiten beschäftigt werden? Ganz gang und gäbe!

(Vereinzelter Widerspruch)

Sie dürfen nicht meinen, weil wir es seit Generationen so betreiben, müßten wir es in der nächsten Generation ebenso betreiben. Nicht alles ist selbstverständlich und deshalb nicht zur Diskussion stehend, weil es althergebracht ist. Jedenfalls langt es nicht, wie Herr Wild gesagt hat, daß, wenn zu viel Bier geholt würde, man eben abwechseln müsse. Das ist jedenfalls nicht die Lösung dieses Problems.

(Zurufe)

Oder denken Sie daran, daß wir es in der beruflichen Ausbildung mit zwei Forderungen zu tun haben, die sich wechselseitig im Wege stehen! Einerseits drängt die Entwicklung sowohl im Handwerk wie in der Industrie auf eine stärkere Spezialisierung; andererseits – und das ist die Kehrseite – verlangen wir eine breite Grundausbildung. Das ist offenbar eine Voraussetzung für die Sicherheit des Arbeitnehmers. Denn eine allzu frühzeitige Spezialisierung führt dazu, daß der Arbeitnehmer über Nacht vor einem Nichts stehen kann, wenn er nur Spezialkenntnisse hat, nämlich dann, wenn diese

Spezialkenntnisse nicht mehr gefragt werden. Deshalb müssen wir die Spezialisierung durch eine breite Grundausbildung kompensieren. Und ich frage Sie, meine Damen und Herren – und das kann ja in der Diskussion geklärt werden –, ob das Handwerk, ob die Industrie dazu in der Lage ist, diese breite Grundausbildung bei zunehmender Spezialisierung zu leisten. Wenn das nicht der Fall ist, führt kein Weg daran vorbei, ergänzende überbetriebliche Lehrwerkstätten einzurichten, die diese breite Grundausbildung vermitteln, die dann mit betrieblicher Spezialisierung kombiniert werden kann.

Niemand will ja den Betrieb einfach aus dem Spiel bringen; nur brauchen wir eine Kompensation für die Spezialisierung, die im Betrieb einfach zwangsläufig wird.

Die Frage läßt sich ganz einfach an Hand von Zahlen hier stellen. Der Deutsche Bildungsrat hat errechnet, daß, wenn man beispielsweise solche sechsmonatigen Lehrgänge für Lehrlinge, die in das Handwerk eintreten, in überbetrieblichen Lehrwerkstätten ermöglichen würde, und zwar nur für einen geringen Teil – 150 000 Lehrlinge treten pro Jahr ein –, wenn man nur für 35 000 Lehrlinge solche überbetriebliche Lehrwerkstätten einrichten würde, dann kostet das 280 Millionen DM an Investitionen. Hinzu kommen die Kosten für die Ausbilder, noch einmal 45 Millionen DM, und die Kosten für die Ausbildungsbeihilfen, die noch einmal 42 Millionen DM ausmachen. Ich frage, ob Sie in der Lage sind, das zu leisten, ob Sie diese Kosten aufbringen können, ob wir nicht nach dem Ausbau bereits bestehender Finanzierungsquellen suchen müssen – heute schon hat die Bundesanstalt für Arbeit hier eine Kompetenz –, ob man das nicht ausweiten muß. Das ist die Frage, der Sie sich zu stellen haben. Das ist eine handfeste, zunächst einmal materielle Frage. Wir brauchen da keinen Ausflug in die hohe Bildungstheorie zu unternehmen.

Ein Weiteres! Wir haben im Arbeitsförderungsgesetz einen ersten Schritt getan, und ich meine, die CDU könnte auf dieses Gesetz stolz sein. Jetzt kommt es darauf an, die Finanzierung überschaubar zu machen, die gesamte Ausbildungsfinanzierung überschaubar zu machen. Denn, meine Damen und Herren, ich glaube, unser System der individuellen und der institutionellen Förderung leidet an einem Fehler: es ist noch zu unübersichtlich, und wer heute alle Möglichkeiten der Förderung erschöpfen will, der tut gut daran, zunächst einmal Stipendiologie zu studieren, bevor er überhaupt berufliche Bildung oder Bildung beginnt.

Das ist doch die Wirklichkeit, und damit sind alle diese Förderungsmaßnahmen um einen Großteil ihres Effekts gebracht.

Meine Damen und Herren, wir wollen nicht Reform am Reißbrett vornehmen. Niemand will das duale System einfach vom Tisch wischen, obwohl Ergänzungen dazu sicherlich notwendig sind; es kann nicht heiliggesprochen werden. Das duale System hat aber seine Verdienste, über die man nicht ein-



fach zur Tagesordnung übergehen kann. Aber wir müssen nach einem Ausbau und nach neuen Möglichkeiten suchen, und die Kernfrage ist: Wie finanzieren wir den Ausbau der beruflichen Bildung? Hier bietet sich die bereits bestehende Bundesanstalt für Arbeit an, die dann ausgebaut werden müßte.

Denn auch das sollten Sie sich hier und heute doch überlegen: Die berufliche Bildung ist keine private Veranstaltung der Arbeitgeber. Wenn das Wort Bildung im Zusammenhang mit Beruf einen Sinn haben soll, dann nur als öffentliche Aufgabe, dann nur, indem wir akzeptieren, daß berufliche Bildung uns alle angeht, und das fängt, wie ich meine, bei der Finanzierung an.

Meine Damen und Herren, wir sollten es mit der Lehrlingsausbildung nicht so halten wie mit der Reform der Hochschule: Erst der Krawall, dann die Reform. Die Politik hat die Aufgabe, der Zeit vor auszuschauen und nicht erst aktiv zu werden, wenn die Fensterscheiben klirren.

(Beifall)

**Dr. Georg Göller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Meine Damen und Herren, Sie haben festgestellt, der Beitrag war etwas länger. Wir hatten uns vor Beginn der Tagung im Präsidium geeinigt, daß einigen Grundsatzbeiträgen ein etwas größerer Spielraum eingeräumt werden muß. Das gilt natürlich auch für die gegensätzlichen Positionen, wenn das gewünscht wird.

Im übrigen darf ich darauf aufmerksam machen, daß ich zu diesem Punkt jetzt neun Wortmeldungen habe. Es werden sicher weitere kommen. Deshalb die Bitte unsererseits, sich in der Diskussion nach Möglichkeit zu straffen.

Bitte, Herr Weiß, Baden-Württemberg, dann Herr Möller, Hessen und Herr Dr. Freiwald, Hessen.

**Eugen Weiß**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Ziff. 37 steht im Abs. 2: „Die berufliche Bildung ist einer Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung zuzuordnen“, und es gibt eine Reihe von Anträgen, die in diese Richtung gehen. Das kann in dieser Weise nicht stehenbleiben, weil zu wenig definiert ist, was man hier unter beruflicher Bildung versteht. Ist hier unter beruflicher Bildung das verstanden, was im Rahmen des dualen Systems in den Betrieben an fachpraktischer Unterweisung gemacht wird? Ist hier unter beruflicher Bildung das verstanden, was an theoretischer Grundlagenvermittlung in den Berufsschulen, in den Fachschulen und in den Berufsfachschulen gemacht wird oder was in der beruflichen Bildung in der Erwachsenenbildung gemacht wird?

Ich nehme an, daß noch einige Diskussionsredner kommen und über die fachpraktische Unterweisung in den Betrieben reden. Ich möchte meinen Beitrag auf die Schulseite beschränken und sagen: Was hier vorgeschlagen

wird, läuft doch darauf hinaus, daß zur theoretischen Berufsausbildung in den Berufsschulen neben die Zuständigkeit der Kultusministerien mit diesem Antrag eine neue Zuständigkeit käme, nämlich die Zuständigkeit der Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung. Damit greifen wir wieder eine Diskussion auf, die zwischen den beiden Weltkriegen überall damals in Deutschland längst beendet wurde, nämlich in der Weise geregelt wurde, daß man berufliche Bildung, soweit sie in den beruflichen Schulen gemacht wurde, nicht in die Kompetenz eines Arbeitsministeriums und nicht in die Kompetenz eines Wirtschaftsministeriums gegeben hat – aus wohlwogenen Gründen –, sondern in die Kompetenz der Kultusministerien. Folgende Gründe sprechen nach meinem Dafürhalten nach wie vor dafür, es dabei zu belassen und berufliche Bildung nicht einer Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung zu übertragen.

1. Die beruflichen Schulen, insbesondere die Berufsschulen, haben einen doppelten Bildungsauftrag, nämlich neben der Vermittlung der für den Beruf erforderlichen Grundkenntnisse auch den der Vertiefung der allgemeinen Bildung einschließlich der politischen Bildung. Diese Aufträge sind nicht zu trennen, weil sie in ihrem Wesen zutiefst miteinander verzahnt sind. Sie können nicht den einen Auftrag einer Bundesanstalt für Arbeit übertragen und die allgemeine Bildung in den Berufsschulen im Bereich der Kultusministerien belassen.

2. Die moderne Bildungsplanung hat erkannt, daß die Unterscheidung zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung weitgehend aufgegeben werden muß, weil die Bildung eines geistig beweglichen, in Gesellschaft und Beruf engagierten Menschen ab einer bestimmten Altersgruppe, etwa der Sekundarstufe 2, ohne die vielfältigen und pädagogisch wertvollen beruflichen Bildungsgüter überhaupt nicht mehr denkbar ist. Sie können diese Bildungsgüter nicht aus den beruflichen Schulen herausnehmen und einer Bundesanstalt für Arbeit zuordnen.

3. In allen Bundesländern sind neben den Schulen im Teilzeitsystem, nämlich den Berufsschulen, zahlreiche berufliche Vollzeitschulen wie Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen, Fachschulen und berufliche Gymnasien entstanden, die Abschlüsse vermitteln, die sowohl allgemeinen Charakter als auch berufsqualifizierenden Charakter haben. Es ist unmöglich, diese Abschlüsse zu trennen und den einen Teil des Abschlusses einer Bundesanstalt für Arbeit und den anderen den Kultusministerien zuzuweisen.

Meine Damen und Herren, die Verabschiedung der Ziff. 37 Abs. 2 hätte zur Folge, daß die Einheit der beruflichen Schulen zum Schaden jeder darin enthaltenen Schulart aufgelöst wird, indem die beruflichen Schulen ihres allgemeinen gesellschaftspolitischen Bezuges beraubt würden, die beruflichen Vollzeitschulen aber dann ihren beruflichen Bezug verlieren würden.

2. Die Auflösung der Einheit der beruflichen Schulen und der allgemeinen Schulen – und darauf gehen wir ja zu – hätte eine soziale Desintegration

zur Folge. Denn 70 % unserer Jugendlichen zwischen 16 und 19 besuchen berufliche Schulen, die dann einer Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung zugeordnet würden, die ausschließlich den Zweck hätte, diese Jugendlichen auf die Wirtschaft abzurichten. 30 % hätten dann die Möglichkeit, andere Schulen wie Gymnasien zu besuchen, die in die Kompetenz der Kultusministerien fallen würden. Diese Trennung ist schlechthin nicht möglich.

Ich möchte deshalb beantragen, daß, solange nicht mehr geklärt ist als hier, was man überhaupt unter beruflicher Bildung versteht, dieser Abs. 2 der Ziff. 37 gestrichen wird und alle entsprechenden Anträge abgelehnt werden, weil sie auf eine vollkommene Auflösung der Sekundarstufe 2 und auf eine – ich möchte sagen – veraltete Konzeption zurückführen würden, nämlich daß Berufsbildung und Allgemeinbildung getrennt werden.

(Beifall)

**Dr. Georg Göller**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Zu einer Zwischenbemerkung hat Herr Brinkert von der Antragskommission das Wort.

**Bernhard Brinkert**: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur darauf hinweisen, daß, wenn hier von Berufsbildung gesprochen wird, nur die Berufsbildung gemeint sein kann, die auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes durchgeführt wird. Von da her ist, glaube ich, klar, daß die schulische Berufsbildung hier zunächst einmal nicht betroffen ist.

**Dr. Georg Göller**, Tagungspräsidium: Herr Freiwald!

**Dr. Friedrich Freiwald**: Meine Damen und Herren, ich spreche mich im Namen meiner mittelständischen Freunde sehr nachdrücklich gegen die Kompetenzerweiterung der Bundesanstalt für Arbeit aus. Ich begrüße sehr, daß wir in der Ziffer 36 nun das duale System ausdrücklich ansprechen und damit die Doppelgleichigkeit der Berufsausbildung unterstreichen.

Wenn man bei der heutigen Berufsausbildung die Schwierigkeiten bewertet, dann liegen die größeren Probleme aber meiner Ansicht nach nicht in der betrieblichen Ausbildung, sondern in der schulischen Ausbildung. Wir wissen, daß in den Berufsschulen allein 15 000 Berufsschullehrer fehlen. Ich frage mich: Wie soll eigentlich eine Bundesanstalt für Arbeit und Berufsbildung, die nun eingeschaltet werden soll, gerade auch um die Grundlagenausbildung, die Herr Blüm eben angesprochen hat, voranzutreiben, unter diesen gegebenen Umständen diese Aufgaben überhaupt lösen können?

Wir haben ganz zu Recht in der Ziffer 36 die Selbstverantwortung aller Kräfte, die mitwirken, angesprochen, und es ist in der Tat so, daß wir hier alle Kräfte der Wirtschaft und alle Kräfte der Gewerkschaft benötigen, um diese schwierige Aufgabe zu bewältigen. Ich halte es für außerordentlich

problematisch, hier nun die Bundesanstalt für Arbeit mit der Verantwortung zu belasten.

Gerade haben wird das Berufsbildungsgesetz verabschiedet; wir haben paritätische Ausschüsse auf Kammerebene, auf Landesebene und auf Bundesebene aufgebaut. Diese Institutionen arbeiten. Sie werden natürlich auch die Ausbildung in den Betrieben und die Ausbilder selbst verschärft überwachen. Jedem Lehrling steht dabei ein Beschwerderecht zu; er kann seine Sorgen an die Ausschüsse herantragen, und es wird überprüft werden, ob sie berechtigt sind.

Wir haben also ein System auf der Grundlage der Selbstverantwortung aufgebaut. Wenn wir das Berufsbildungsgesetz jetzt in dieser Form verwirklichen, dann erfüllen wir auch die uns gestellte Aufgabe. Wenn wir aber die Bundesanstalt in eine Bundesanstalt für Arbeit und Berufsbildung erweitern, dann weisen wir dieser Bundesanstalt entweder völlig neue Kompetenzen zu — das hat mein Vorredner bereits erwähnt —, oder aber es bleibt nur bei einer Leerformel.

Vielleicht denkt man aber auch nur daran, hier die berufsfördernden Maßnahmen, die finanzielle Forderung also, anzusprechen. Das ist auch möglich, aber dann muß man das zum Ausdruck bringen, während die Formulierung „Bundesanstalt für Arbeit und Berufsbildung“ doch den Eindruck erweckt, als wenn wir diese ganze Berufsbildung einer öffentlichen Körperschaft übertragen und mit ihrem Behördenapparat bewältigen wollten. Wenn wir aber nun schon keine Berufsschullehrer finden, meine Damen und Herren, dann ist es für diese Bundesanstalt um so schwerer, überhaupt zusätzliche Kräfte für diese Funktionen in der nötigen Zahl zu finden. Wir wissen doch auch, daß die Bundesanstalt allein mit 60 000 Förderungsanträgen heute wahrlich voll ausgelastet ist und ihre eigene Aufgabe kaum bewältigen kann.

Man hat zwar nun vornehm dieses Wort „Berufsbildungsabgabe“ gestrichen, aber, meine Damen und Herren, es ist doch ganz klar, daß, wenn wir die Aufgabe auf eine öffentliche Körperschaft übertragen, dann die Kosten unvergleichlich viel höher sind.

Heute stellen sich Tausende und Zehntausende von Menschen dieser Berufsausbildung aus freiwilliger Überzeugung, aus Verantwortungsbewußtsein zur Verfügung und arbeiten in der Berufsausbildung mit. Wenn wir das Arbeitsamt einschalten, meine Damen und Herren, hört diese Freiwilligkeit auf, und sicherlich wird dann auch eine finanzielle Gegenleistung von allen diesen Leuten für ihre bisher ehrenamtliche Arbeit verlangt werden. Und dann kommen Entschädigungen und finanzielle Belastungen auf uns zu, deren Ausmaße wir nicht übersehen können. Meine Damen und Herren, auch die Betriebe selbst könnten dann sagen: Das ist ja eine öffentliche Aufgabe. Wie kommen wir dazu, diese Aufgabe zu erfüllen? Und auch aus dieser Sicht können dann noch erhebliche finanzielle Neulasten entstehen.

Meine Damen und Herren, man kann das System natürlich anwenden, es ist möglich, man kann es gesetzlich festlegen. In anderen europäischen Staaten gibt es so etwas. Aber wer die nötigen Erfahrungen dort gesammelt hat, meine Damen und Herren, wird uns wegen der mangelnden Wirkungsfähigkeit dieser Systeme dringend davon abraten.

Ich möchte noch zwei Anmerkungen machen. Ich würde auch den Arbeitsämtern diese Aufgabe der Kontrolle gar nicht aufoktroieren wollen. Sie wissen, daß ihre Funktion im Verhältnis zu den einzelnen Betrieben eine ausgesprochene Vertrauensstellung benötigt. Hier aber wird das Arbeitsamt zur Kontrollbehörde, und das ist meiner Ansicht nach für die anderen und wichtigen grundsätzlichen Aufgaben, die die Arbeitsamtsverwaltung zu erfüllen hat, nicht gut. Sie wird zudem zum Prellbock zwischen den einzelnen Gruppen werden. Auch das scheint mir nicht opportun. Und außerdem, meine Damen und Herren — ich möchte das auch ansprechen —, fürchte ich, daß wir hier dann eine Institution aufbauen, die für weitere dirigistische Maßnahmen geradezu prädestiniert wäre. Diese Anträge gehen also auch mit meinen marktwirtschaftlichen Vorstellungen nicht konform. Ich möchte also dringend bitten, von einer Ausweitung der Funktion der Bundesanstalt abzusehen.

(Beifall)

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Herr Horten.

**Alphons Horten**: Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Brinkert hat im Namen der Antragskommission bereits vorgeschlagen, daß die Berufsbildungsabgabe gestrichen und in den späteren Ziffern 48 bis 51, deren Formulierung nämlich an sich der Ziffer 37 Abs. 2 in dieser Form widersprechen würde, eingebettet wird. Ich möchte deshalb nur ganz kurz diese Stellungnahme der Antragskommission doch einmal unterstützen, da ja bisher von Ihnen noch keine Entscheidung getroffen worden ist.

Die Formulierung des Absatzes 2 hinsichtlich der Berufsbildungsabgabe ist sehr unglücklich. Wenn in einem Parteiprogramm präzise Vorschläge über die Finanzierung einer Maßnahme gemacht werden, dann ist es doch notwendig und entspricht auch dem Rang eines solchen Programms, daß diese Angaben sorgfältig und exakt sind, daß man also weiß, ob es sich hier um eine Sondersteuer, eine Sozialabgabe oder eine Gebühr handelt. Das fehlt alles. Hinzu kommt, daß auch noch gar nicht festgelegt und genauer formuliert ist, wie weit nun die Aufgaben dieser eventuellen Bundesanstalt für Bildung bzw. der Abteilung der Bundesanstalt für Arbeit gehen sollen, wenn sie überhaupt beschlossen werden sollten. Es ist über den Umfang dessen, was hier zu finanzieren ist, auch noch gar keine Klarheit. Deswegen ist es richtig, entsprechend dem Vorschlag der Antragskommission das in die Ziffer 51 einzubetten.

Es kommt dann noch weiter hinzu, daß der Vorschlag auch grundsätzlich unseren ganzen Vorstellungen über die Bildungsfinanzierung widersprechen

würde, daß wir ja nun eine einheitliche Finanzierung ausdrücklich im späteren Paragraphen vorgeschlagen haben. Ich bitte Sie also, dem Antrag der Antragskommission in diesem Punkt zuzustimmen.

**Dr. Georg Göltzer**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Das Wort hat Herr Katzer.

**Hans Katzer**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich befinde mich in der außerordentlich glücklichen Lage, für den Parteivorstand die Vorstandsvorlage zu vertreten. Das passiert mir nicht allzu oft, und deshalb tue ich es bei diesem Punkt mit besonderer Genugtuung und großer Freude.

(Heiterkeit)

Jahrelang habe ich mich, meine Damen und Herren, dagegen gewandt, daß die bildungspolitische Diskussion in Deutschland eine Schlagseite hat: Wenn man bei uns über Bildungspolitik spricht, meint man damit im wesentlichen unsere höheren Schulen, unsere Technischen Hochschulen und Universitäten und hat bisher den gesamten Bereich der beruflichen Bildung in dieser Diskussion zu kurz kommen lassen.

Ich freue mich darüber, daß es in der letzten Legislaturperiode unter der Verantwortung der Union gelungen ist, auf dem Gebiet der beruflichen Bildung deutliche Akzente zu setzen. Meine Damen und Herren, es ist einfach nicht richtig, wenn vorhin einer der Diskussionsredner glaubte sagen zu sollen, diese Gesetze hätten sich noch nicht ausgewirkt. Das Gegenteil ist der Fall! Ich kann nur feststellen, daß diese Gesetze — Arbeitsförderungsgesetz, Berufsbildungsgesetz und Ausbildungsförderungsgesetz — von unserer Bevölkerung mit einem überraschend großen Eifer genutzt werden.

Das Wort vom „lebenslangen Lernprozeß“ — vor einigen Jahren selbst in Unionskreisen auch noch als etwas schockierend empfunden — wird mehr und mehr zur Selbstverständlichkeit in unserer Gesellschaft. Meine Damen und Herren, das gilt — und muß noch stärker gelten! — insbesondere auch für die berufstätige Frau, der wir alle Chancen geben, nicht nur für Hilfsarbeiten mit schlechter Bezahlung, sondern für qualifizierte Tätigkeiten wirksam werden zu können.

Wenn der Etat der Bundesanstalt für Arbeit, die einmal — hieraus mögen Sie die gedankliche Entwicklung ersehen — „Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ geheißen hat, diskutiert wird — jetzt haben wir einen Schritt weiter in die Zukunft getan und haben sie „Bundesanstalt für Arbeit“ genannt —, dann gehen wir jetzt — das tun alle Diskussionsredner — am Kern der Sache vorbei. Hier geht es nicht darum, ein Gesetz zu machen; hier geht es vielmehr darum, daß dieser Parteitag auf diesem Felde der beruflichen Bildung einen Akzent für die nächsten zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahre der Entwicklung in Deutschland setzt und nach

diesem Akzent dann die gesetzliche Ausgestaltung im Bundestag von uns vorgenommen werden kann — nicht heute, sondern erst dann, wenn dieser Akzent zum Tragen gekommen ist!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nun möchte ich Ihnen folgendes sagen: Jeder, der hiervon berührt wird, unsere Freunde aus dem Felde der Wirtschaft, unsere Freunde aus dem Bereich der Berufsschulen haben etwas Sorge vor Unklarheiten, wenn wir hier — das räume ich ein, und deshalb habe ich mich an dieser Stelle gemeldet — bei der Formulierung des Vorstandsbeschlusses bleiben. Ich muß sagen, ich würde es dankbar begrüßen, wenn alle Mitglieder des Vorstandes, die diesen Beschluß mit herbeigeführt haben, hier und heute diesen Beschluß auch vor diesem Parteitag vertreten würden, so wie ich das in anderen Fragen tue, in denen ich unterlegen bin!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben ganz klar gesagt — deshalb habe ich mich bereit erklärt, die Ziffer 36 zu verändern und das duale System ausdrücklich aufzunehmen —, daß niemand daran denkt, daran etwas zu ändern.

Zweitens würde ich sagen, es gibt in Ziffer 37 einen Punkt, Herr Schulhoff, der in der Tat etwas kritisch — Herr Kollege Schmücker! — ausgelegt werden kann; ich meine das Wort „zuzuordnen“. Ich würde dafür plädieren, dem Vorschlag des Vorstandes zu folgen, und könnte mich persönlich mit der Änderung zu Ziffer 36 für die Antragskommission einverstanden erklären, wenn wir statt des Wortes „zuzuordnen“ in Ziffer 37 dann sagen, daß das in einer Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung zu fördern ist, damit diese hier vorgebrachten Bedenken vom Text her ausgeräumt werden können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein letztes sagen! Ich lese draußen in den Zeitungen, wir wären hier mit diesem Modell die Wegbereiter, die Vorläufer einer Entwicklung, die diese berufliche Bildung in eine staatliche Zwangsjacke stecken möchten. Aber, meine Damen und Herren, davon kann überhaupt nicht die Rede sein! Diejenigen, die in der Diskussion gesprochen haben, müßten es doch zumindest wissen, daß die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg eine Selbstverwaltungseinrichtung ist, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichberechtigt vertreten sind. Das ist doch keine staatliche Institution!

(Zustimmung)

Daher möchte ich bei dieser Gelegenheit, meine Damen und Herren, bitten — denn wir behandeln uns personalpolitisch nicht immer in liebevollster Weise, was die Öffentlichkeit angeht —: Wir wollen hier an dieser Stelle unserem Freunde Stingl und den mehr als 30 000 Bediensteten der Bundesanstalt einmal ein herzliches Wort des Dankes dafür sagen, daß sie das Arbeitsförderungsgesetz mit Leben erfüllt haben!

(Beifall)

Das, meine Damen und Herren, ist für mich die stolzeste Zahl und — wenn Sie so wollen — das stolzeste Ergebnis einer vierjährigen Arbeit im Amt des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, daß wir in diesem Jahr beim Etat der Bundesanstalt zum erstenmal mehr Geld für die berufliche Bildung ausgeben als für die Zahlung von Unterstützungsgeldern für Arbeitslosigkeit. Das scheint mir sinnvoll angewandtes Geld zu sein;

(Erneuter Beifall)

Jede Mark, die wir dafür ausgeben, haben wir richtig angesetzt! Deshalb glaube ich, meine Freunde, wir sollten diesen Schritt tun, und zwar mit den zwei Bemerkungen, die ich mir zu machen erlaubt habe, was die Ziffern 36 und 37 betrifft.

Meine Freunde, Norbert Blüm hat vorhin ein richtiges Wort gesagt. Ich weiß noch, mit welchem Elan wir in Mainz auf dem Parteitag herangingen, wenn es galt, reformerische Elemente und reformerische Vorhaben zu projizieren. Ich habe Sorge, daß nach einigen gewonnenen Landtagswahlen wir in diesem unserem Eifer erlahmen könnten. Das wird aber dieser Union nicht gut bekommen.

Deshalb meine sehr herzliche Bitte! Stimmen Sie dem Vorstandsvorschlag mit den zwei Änderungen, die ich Ihnen vorgetragen habe, zu. Wir werden — lassen Sie mich das so sagen! — unserer gesamten Jugend, insbesondere den 1,3 Millionen Lehrlingen, ein faszinierendes Bild dadurch vermitteln, da wir an sie denken, nicht nur für heute und ihre Lehrzeit jetzt, sondern daß wir an ihre künftige Weiterentwicklung denken, an die Folgen des Arbeitsförderungsgesetzes für ein ganzes Leben, für ein ganzes berufslanges Wirken. Dazu bitte ich Sie sehr herzlich um Ihre Zustimmung!

(Lebhafter Beifall)

**Dr. Georg Gölter**, Tagungspräsidium: Schönen Dank! — Es spricht nun Herr Künstler, Baden-Württemberg. Herr Künstler, ich darf bitten, daß Sie die Fünfminutengrenze beachten.

**Max Künstler**: Ich werde mir Mühe geben! — Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gewöhnlich verbergen sich die schwierigsten Probleme hinter den Formulierungen, die so einleuchtend erscheinen, daß sie auch ohne nähere Begründung plausibel sind. Ich meine, das gilt ebenfalls für unsere Aussage in der Ziffer 36: „Allgemeine und berufliche Bildung — gleichrangige Aufgaben — öffentliche Aufgaben“. — Wenn das aber so ist, dann muß das Konsequenzen hinsichtlich der Kompetenz bei der Berufsausbildung für unsere Unternehmer haben. Es muß nämlich von einem Unternehmerinstitut auf eine paritätisch besetzte Einrichtung übergehen.

Ich begreife nicht den Grund für die Unterscheidung: einmal berufliche Erwachsenenbildung und zum zweiten berufliche Jugendbildung. Da ist einmal die



Berufsberatung und dort die Berufsausbildung, und dazwischen gibt es die vielen Möglichkeiten, die Dr. Norbert Blüm hier angeschnitten hat, nämlich aus den verschiedensten Töpfchen Mittel zu bekommen, die nicht aufgezählt werden müssen, weil die Liste zu lang wäre und die Redezeit dadurch überschritten würde.

Wenn es aber sinnvoll ist, daß es so viele Initiativen in dieser Frage gibt, dann scheint es mir persönlich erst recht sinnvoll zu sein, diese Initiativen zusammenzufassen, damit sie für den Benutzer übersichtlicher werden. Wer da sagt, das sei Verstaatlichung, meine Damen und Herren, der hat einfach nicht begriffen, daß „öffentlich“ und „staatlich“ zwei verschiedene Dinge sind.

Wenn man von Verstaatlichung spricht, dann übersieht man — wie Herr Katzer eben gesagt hat —, daß die Bundesanstalt für Arbeit eben eine Institution der Selbstverwaltung ist, was die Kammern nun einmal nicht ohne weiteres sind; hier erhebt man den Anspruch, Wirtschaft zu sein, und übersieht, daß zur Wirtschaft sicher auch Arbeitnehmer gehören.

Und zu der Konsequenz: Wir haben uns im Berliner Programm zur Errichtung von Arbeiterkammern bekannt, und wir bekennen uns auch in der Ziffer 71 des heutigen Programmentwurfs zur Einrichtung solcher Kammern. Ich meine, sie werden ihrerseits auch Ansprüche bezüglich der Berufsausbildung erheben, so daß wir sicher gut beraten sind, dieser paritätisch besetzten Einrichtung Bundesanstalt unsere Zustimmung zu geben.

Ein letztes Wort zur Berufsbildungsabgabe! Ich habe keinen Zweifel daran, daß bei Großbetrieben die Berufsbildung in Ordnung ist. Aber ist sie tatsächlich in Klein- und Mittelbetrieben und im Handwerk mustergültig? Wir wissen alle, daß diese Mittel- und Kleinbetriebe und das Handwerk zahlenmäßig mehr Lehrlinge ausbilden. Deswegen sollte mehr Gewicht auf überbetriebliche Ausbildungsstätten gelegt werden. Diese müßten finanziert werden. Herr Dr. Blüm hat einige Zahlen genannt, die sich mit der Lohnhöhe befassen. Wenn Industrie und Handwerk nicht in der Lage sind, diese Beträge aufzubringen, dann müssen wir eine Möglichkeit suchen, die potentiellen Benutzer, die bisher keine Beiträge gezahlt haben, auch hier zur Kasse zu bitten.

Lassen Sie mich abschließen: Studenten haben eine Universitätsreform durchgesetzt. Extrem linke Gruppen — ich denke an Leninisten und Maoisten, und wenn Sie darüber Zweifel haben: bei meiner Kammer in Reutlingen liegt detailliertes Material darüber vor — haben eindeutig erklärt, daß sie sich auf dem langen Marsch in die Arbeitnehmerschaft befinden, und sie wissen spätestens seit Mao, daß ein solcher Marsch zum Erfolg führt. Man wird bei den Jugendlichen, bei den Lehrlingen ansetzen, und man hat Gründe. Ich erinnere an das unlängst durch die Presse gegangene Beispiel der Berufsschule in Ulm, wo sie in Festungskasematten, zum Teil ohne Tageslicht, ihre Ausbildung erhalten.

Wenn wir uns dieser Gefahr bewußt sind und uns nicht darin erschöpfen wollen, heute Dank und Anerkennung für das bisher in der Berufsausbildung Ge-

leistete auszusprechen, sondern in die Zukunft weisende, notwendige Reformen des beruflichen Bildungswesens verwirklichen wollen, dann gibt es nur die Alternative, der Vorlage unseres Bundesvorstandes in den Ziffern 36, 37 Abs. 1 und 2 heute uneingeschränkt die Zustimmung zu geben.

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Das Wort hat Herr Dr. Barzel.

**Dr. Rainer Barzel**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind hier an einer Stelle, die in der Vordiskussion besonderen Rang einnahm und die auch hinsichtlich der Bundestagsfraktion und Ihrer Politik eine große Rolle spielt. Nach der Erklärung des Kollegen Katzer und seinem Vorschlag, das Wort „zuzuordnen“ durch das Wort „zu fördern“ zu ersetzen, ist hier eine neue Lage entstanden. Nach seiner Erklärung, daß die Selbstverwaltungseinrichtungen in keiner Weise gestört, sondern gefördert werden sollten, könnten wir uns alle helfen, wenn wir Ziffer 37 Abs. 2, Satz 1 so formulierten, daß wir sagen: „ist ergänzend zu fördern“. Damit machen wir deutlich, daß die Befürchtung, daß eine zentralisierte Instanz die freien Kräfte der Gesellschaft zerstört, nicht berechtigt ist. Ich habe hierüber mit einigen Freunden sprechen können und würde es für einen guten Kompromiß halten, sich hier so einzulassen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Das Wort hat Herr Niederbremer.

**Günter Niederbremer**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Barzel hat eben einen weiteren Ergänzungsvorschlag gemacht, wobei ich meine, daß der Ergänzungsvorschlag von Herrn Katzer schon weitestgehend eine Einigung in der Diskussion bringen kann. Ich möchte auf einige Punkte eingehen. Das ist einmal der meiner Ansicht nach wesentliche Punkt, den Herr Dr. Blüm in seiner vorhergehenden Grundsatzerklärung abgegeben hat: die Frage der Finanzierung. Alle Redner, die bisher gegen die Zuordnung der beruflichen Bildung zur Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung gesprochen haben, haben keine Antwort darauf gegeben, wie sie sich die weitere Finanzierung des Ausbaues in der beruflichen Bildung vorstellen. Das heißt: Sowohl vom Mittelstand, der hier sehr engagiert vorgetreten ist, als auch von anderen Rednern wurde kein Gegenargument oder Gegenvorschlag gebracht, wie die berufliche Bildung weiter finanziert werden kann. Meiner Ansicht nach ist zu klären, ob die Finanzierungsfrage zu einem späteren Zeitpunkt geklärt werden sollte. Ich meine, daß hier ganz klar die Finanzierungsfrage angesprochen werden sollte. Hier sollte ganz klar eine Aussage darüber getroffen werden, weil die weiteren Finanzierungsfragen für Bildung meistens in einen anderen Bereich hineinreichen.

Es ist weiter die Frage gestellt, wie weit die berufliche Bildung verstaatlicht wird. Hier ist meiner Ansicht nach in der Diskussion ein großer Mangel aufge-

treten. Lassen Sie mich einmal sagen, daß hier so pauschalisiert wurde, wie vorher nur in einem Punkt, und zwar der Vorschulerziehung, wo auch Pauschalurteile abgegeben wurden, aber keine sachlichen Argumente. Ich möchte mich hier noch einmal ganz eindeutig dafür aussprechen, und — ich darf das ironisch anmerken — Ich bin derjenige, der der beruflichen Ausbildung noch am nächsten steht, weil bei mir von allen bisherigen Rednern die kürzeste Zeit seit der beruflichen Ausbildung verstrichen ist. Ich möchte mich dafür aussprechen, daß wir dem Vorstandsvorschlag in Ziffer 37 Abs. 1 und auch Abs. 2 mit der einzigen Ergänzung, die Herr Katzer vorhin vorgetragen hat, zustimmen, daß nämlich die berufliche Bildung in der Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung zu fördern ist.

**Dr. Georg Göller**, Tagungspräsidium: Herr Zimmer, bitte.

**Rudolf Zimmer**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind jetzt in einem Stadium der Unterredung angelangt, in dem wir uns, nachdem Herr Dr. Barzel einen wesentlichen Vorschlag gemacht hat, dazu durchringen könnten, diesem Vorschlag auch von der Mittelstandsvereinigung zuzustimmen, wenn er lautet: „ist durch die Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung ergänzend zu fördern“. Dieser Vorschlag, meine Damen und Herren, würde auch die Zustimmung der Mittelstandsvereinigung finden, und ich schlage Ihnen vor, diesem Ergänzungsantrag zuzustimmen.

**Dr. Georg Göller**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Vogel.

**Dr. Bernhard Vogel**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist gut, daß wir über diese Frage relativ lange diskutiert haben; denn es ist eine Kernfrage der gesamten Diskussion. Wir sollten uns, so wie es Herr Kollege Katzer gesagt hat, darüber klar sein, daß die berufliche Bildung in den nächsten Jahren in der öffentlichen Diskussion eine Position einnehmen wird wie die Diskussion um die Hochschulreform in den vergangenen Jahren, und wir sollten mit unserer Bereitschaft zur Reform der beruflichen Bildung nicht so lange warten, wie wir mit der Bereitschaft zur Reform der Hochschule gewartet haben.

(Beifall)

Nicht erst dann, wenn dieses Thema auf den Straßen diskutiert wird, darf es von uns angefaßt werden, sondern rechtzeitig, und das heißt jetzt.

Dabei geht es — das muß deutlich gesagt werden — nicht nur um die Qualifikation des Lehrlings, sondern auch um seine gesellschaftspolitische Position in unserem Staat, in den Betrieben und nicht zuletzt in der schulischen Ausbildung. Gerade weil das so ist, suchen wir nach einem Weg, daß die Dualität, von der so oft die Rede ist, auch Realität wird.

Gegenwärtig aber ist der schulische Bereich unterentwickelt und eine vernünftige Partnerschaft zwischen Betrieb und Schule in der tatsächlichen Alltagswirklichkeit sehr häufig nicht gegeben. Wer der Dualität zustimmt, muß auch

für eine Stärkung des Berufschulunterrichts eintreten und dem Ausbau des theoretischen Unterrichts seine Zustimmung geben.

Ich bin der Meinung, daß unsere Lösung die Wirtschaft nicht aus der Verantwortung entlassen darf, wenngleich wir auch stärker auf die Erfüllung der Aufgabe, die der Wirtschaft zugewiesen ist, achten müssen. Das heißt: Wir dürfen nicht durch eine irgendwie geartete Verstaatlichung die Erfüllung dieser Aufgabe noch mehr gefährden, sondern wir müssen alle Verantwortlichen — und das sind nun einmal der Staat, die Schule und die Wirtschaft — an dieser Aufgabe beteiligen.

Ich möchte von meiner Sicht aus an der Formulierung „zuzuordnen ist“ — das ist mehrfach gesagt worden — festhalten und ihr zustimmen. Ich möchte aber darüber hinausgehend noch vorschlagen, daß wir, entsprechend den Anträgen der Jungen Union und des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, die Ziffern 331 und 348 berücksichtigen und auch das Staatliche Forschungsinstitut in Berlin in die Beteiligung, wie dort vorgesehen, mit einbeziehen.

In diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung zur Finanzierung. Wenn ich mich dafür ausspreche, hier die Berufsbildungsabgabe zu streichen, dann nicht, weil ich die Finanzierung etwa gesichert sehe, sondern weil ich verhindern möchte, daß man die Berufsausbildungsfragen auf dieses Nebengleis einer Finanzierung abschiebt. Wir müssen nicht hier, sondern morgen im finanzpolitischen Teil die Prioritäten setzen, und wir dürfen ein so elementar wichtiges Kapitel wie die Berufsbildung nicht über eine Sonderfinanzierung regeln, sondern müssen sie einbinden in unsere gesamte Finanzplanung und in das gesamte Setzen von Prioritäten von der vorschulischen Erziehung bis hin zum Abbau des Numerus clausus. Da darf es für den breiten und wichtigen Bereich der Berufsbildung keine Sonderformulierung und keinen Sonderweg der Finanzierung geben. Hierin liegt die Gefahr einer Diskriminierung, wenn wir hier einen eigenen Weg wählen.

Ich darf zusammenfassen: Die Wichtigkeit dieses Themas muß von diesem Parteitag unterstrichen werden. Die Wichtigkeit dieses Themas erlaubt nicht einen Kompetenzstreit zwischen allen möglicherweise denkbaren Verantwortlichen, sondern verlangt ihre Kooperation. Deswegen in der vorgeschlagenen Form Hinzunahme der Bundesanstalt, aber nicht Alleinverantwortlichkeit; deswegen Hinzunahme auch der Forschungsreinrichtungen, die da etwas zu sagen haben, und deswegen die Debatte über die Finanzierung morgen, wenn insgesamt über die Finanzierung gesprochen wird. Nur so — glaube ich — können wir den über 70 % der Jugendlichen, die heute von diesem Thema betroffen sind, tatsächlich gerecht werden.

(Beifall)

**Dr. Georg Göller**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Herr Hauser, danach Herr Lampersbach, dann Herr Metzger, Baden-Württemberg.

**Hansheinz Hauser**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann vollinhaltlich von den Grundsätzen her das unterstreichen, was hier gerade von

Herrn Dr. Vogel und auch, was von Herrn Katzer gesagt worden ist. Ich bin mit allen Beteiligten und mit allen, die an dem Entwurf dieses Programms tätig gewesen sind, der Meinung, daß wir als Christlich Demokratische Union allen Anlaß haben, mit großem Nachdruck die berufliche Bildung in den Vordergrund zu schieben. Um so mehr muß ich allerdings bedauern, daß Herr Dr. Blüm hier versucht, dieses Thema mit Emotionen zu behandeln. Ich bin der Meinung, daß es einer solchen Diskussion unwürdig ist, mit alten Kamellen von vorgestern wie Bierholen und Teppichklopfen das Problem der beruflichen Bildung diskutieren zu wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Solche Einzelercheinungen, die sicherlich zu bedauern sind, kann man nicht zum Gegenstand einer so grundsätzlichen und wichtigen Diskussion eines solchen Parteitages machen.

Niemand denkt daran, etwa die berufliche Bildung zu einer Privatangelegenheit der Arbeitgeber zu machen. Ich bin vielmehr der Meinung und unterstreiche das hier sehr nachdrücklich, daß berufliche Bildung eine so wichtige Aufgabe für die Existenz unseres Volkes ist, daß alle Beteiligten gleichermaßen darum bemüht sein sollten, hier ihr Bestes zu geben.

Deswegen unterstreiche ich auch das, was hier in den Passagen dieses Programmentwurfs gesagt worden ist. Der Vorschlag, den Herr Dr. Barzel zu der Firmierung der Bundesanstalt gemacht hat, ist sicherlich eine Basis, auf der man sich verständigen kann.

Ich bitte um Verständnis dafür, daß es uns darum geht, deutlich zu machen, daß die Forderung der Berufsausbildung durch die Bundesanstalt für Arbeit in vollem Umfang weiterentwickelt und ausgebaut werden soll, daß aber nicht der Eindruck entstehen kann, als sei mit dieser Formulierung gewollt, daß die *Verantwortung für die Berufsausbildung und die berufliche Bildung etwa der Bundesanstalt für Arbeit zugeordnet wird*. Diese Verantwortung kann den Beteiligten in der Wirtschaft auf Arbeitgeber- und auf Arbeitnehmerseite niemand nehmen. Darum geht es, das noch einmal deutlich und nachdrücklich zu unterstreichen.

Darum wäre ich bereit, das ist eben schon einmal gesagt worden, daß wir uns auf den Kompromißvorschlag in der Firmierung verständigten.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen. Herr Dr. Vogel hat völlig recht, wenn er sagt, daß der theoretische Teil der beruflichen Bildung stärker als in der Vergangenheit unterstrichen werden muß. Der theoretische Teil in der Berufsausbildung, der bisher zu kurz gekommen ist, läßt sich aber nicht durch Programmpunkte unterstreichen, sondern läßt sich dadurch unterstreichen, daß wir endlich darangehen wahrzumachen, was wir immer wieder gefordert haben, nämlich dem Berufsschulunterricht und dem gesamten berufsbildenden Schulwesen eine stärkere Aufmerksamkeit zu widmen, als das leider in der Vergangenheit geschehen ist.

Das gilt auch für die Bereitstellung von Mitteln sowohl in den öffentlichen Haushalten als in den Einrichtungen der Wirtschaft, die für diese Aufgaben die Verantwortung tragen.

(Beifall)

**Dr. Georg Götter**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Herr Lampersbach, dann Herr Reeder vom RCDS und Herr Metzger.

**Egon Lampersbach**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht hier bei dieser Frage ganz schlicht um das Schicksal von 1,4 Millionen Lehrlingen und damit zusammenhängend auch um die Wirtschaft. Wir haben auf dem Ansbacher Kongreß sehr klar und deutlich gesagt, daß wir alle weiteren Entwicklungen im gesamten Ausbildungssystem begrüßen, daß wir dabei aber sicherlich die Ausbildung innerhalb und für die Wirtschaft nicht vernachlässigen dürfen.

Hier geht es im Prinzip doch darum, meine Damen und Herren, daß wir, nachdem wir — von uns getragen, von Herrn Katzer initiiert — ein Gesetz eingebracht haben, das gerade erst anfängt zu laufen, bei dem wir die Berufsbildungsforschung in besonderem Maße einer besonderen Anstalt übertragen haben, hier jetzt nicht erneut hingehen und Unruhe in die Bevölkerung hineintragen.

Meine Damen und Herren! Nach dem Bekanntwerden des ersten Programm-entwurfs ist in beängstigender Weise ein Mißverständnis aufgetaucht, das sich in der Presse niederschlug und wo nachgefragt wurde: Was passiert denn nun? Soll die Zuständigkeit von den bisherigen Trägern völlig losgelöst und weggenommen werden? Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen zur Kenntnis geben, daß wir heute 100 000 ehrenamtliche Helfer aus der Wirtschaft über die Kammern haben, die sich mit der Berufsausbildung und mit dem Prüfungssystem beschäftigen und hier dafür Sorge tragen, daß die Qualifikation für den späteren Berufstätigen auch erbracht wird.

Ich bin mit dem Änderungsvorschlag, den Herr Dr. Barzel gemacht hat, durchaus einverstanden — mein Kollege Zimmer hat ihn vorhin formuliert —, und ich würde sagen: Herr Dr. Barzel, wenn wir hier klar herausstellen, wo die Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg liegen, daß sie nicht erweitert werden sollen auf ein Gebiet, das nun einmal den hervorragend arbeitenden Institutionen vorbehalten bleiben muß und die Formulierung lauten würde „Die berufliche Bildung ist von der Bundesanstalt für Arbeit ergänzend zu fördern“, dann wäre dem Anliegen einer weiteren Ausweitung in den modernen Berufsbildungszweigen durchaus Rechnung getragen, weil wir selbst auch wissen, und auch einsehen und befürworten, daß die Bundesanstalt für Arbeit selbstverständlich auch, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden, in die Bildung mit eingreifen soll, daß aber auf der anderen Seite die Zuständigkeiten der heutigen Träger nicht verwischt werden und hier voll und klar erhalten bleiben.

Ich bitte daher, die Änderung in der Form durchzuführen, wie ich sie gerade vorgetragen habe, daß die Bundesanstalt für Arbeit hier ergänzend fördern soll. Ich danke Ihnen.

**Dr. Georg Gölter**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Herr Reeder, dann Herr Härzschel.

**Wolfgang Reeder:** Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist notwendig, daß an dieser Stelle auch einmal ein Student das Wort ergreift. Wir haben in der CDU immer sehr lange und sehr viel über den Ausbau der Hochschulen, über die Studenten, über die Studentenprobleme, über die Studentenkrawalle gesprochen; wir haben sehr viel über die Gefahren der Radikalisierung an unseren Hochschulen gesprochen, über die sozialistischen Tendenzen, die unsere Hochschulen bedrohen. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir können als Partei, die einen politischen Führungsanspruch in unserer Gesellschaft erhebt, allerdings nicht immer nur auf die eine Ecke starren und hier nach dem Eingreifen des Staates verlangen. Ich glaube, daß auch andere Bereiche von uns nicht einfach sich selbst überlassen werden dürfen. Gerade wir Studenten haben an unseren Hochschulen erlebt, wie die Misere unserer Hochschulen jahrelang verschwiegen wurde, verschleppt wurde, wie man die Augen verschlossen hat, bis eines Tages der Knall kam, bis eines Tages die Studenten an der Fähigkeit des Staates und unserer Parteien zweifelten, die entscheidenden Probleme unserer Gesellschaft überhaupt zu erkennen, geschweige denn zu lösen.

Die berufliche Bildung ist auch Aufgabe des Staates, ist auch Aufgabe unserer Partei, wenn wir glaubwürdig überhaupt noch von Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit sprechen wollen, wenn wir glaubwürdig sozialistischen Tendenzen und sozialistischen Ansätzen in unserer Gesellschaft uns widersetzen wollen. Ich glaube, daß die berufliche Bildung eine Existenzfrage für unsere Gesellschaft und auch für unsere Partei sein wird. Ich glaube, daß der Bundesvorstandsentwurf eine vernünftige Grundlage für eine berufliche Ausbildung bietet, wie sie einfach zum Weiterbestehen unserer Gesellschaft in der Vorstellung notwendig ist.

**Dr. Georg Gölter**, Tagungspräsidium: Ich danke schön. — Herr Härzschel.

**Kurt Härzschel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kultusminister Vogel hat vorhin darauf hingewiesen, daß keine Kompetenzstreitigkeiten die Ursache einer Verschleppung eines fortschrittlichen Berufsbildungsgesetzes und einer fortschrittlichen Berufsausbildung sein dürfen. Allerdings hat man hier bei einigen Diskussionsrednern den Eindruck, daß es doch Kompetenzfragen am Ende sind, die eine fortschrittliche Regelung verhindern. Gerade das sollten wir aber auf keinen Fall zulassen, weil ich nämlich auch glaube, daß zwar die Lehrlinge heute noch nicht demonstrieren, aber wir wissen nicht, wie es in ein paar Jahren sein wird. Es hat so den Anschein, als sei diese Berufsausbildung eine Belastung für die mittelständischen Unternehmen und für die Unternehmen überhaupt. Ich möchte behaupten, der bestausgebildete Lehrling ist auch das beste Kapital für die einzelnen Betriebe. Es muß darum unser alle Bemühen sein, hier wirklich eine vorbildliche Möglichkeit für die Arbeitnehmer, für die Auszubildenden zu schaffen.

Ich will auch noch einmal unterstreichen, daß uns die jungen Menschen daran messen werden, wie wir als CDU ihre Ausbildungsprobleme sehen. Wenn draußen der Eindruck entsteht, daß wir hier etwas zementieren wollen, daß wir aus Kompetenzüberlegungen nicht bereit sind, fortschrittliche Überlegungen zum Tragen zu bringen, dann werden sie uns die Stimmen nicht geben, auf die wir in Zukunft angewiesen sind. Ich erinnere daran, daß die Achtzehnjährigen wählen. Sie wissen heute, was sie wollen. Auch die jungen Arbeitnehmer sind heute nicht mehr so politisch völlig uninteressiert, wie es vielleicht noch vor Jahren war, als man glaubte, mit den Lehrlingen kann man es ja machen. Sie wissen heute, wer für ihre Belange eintritt. Als CDU sollten wir uns nicht dem Eindruck hingeben, wir würden in dieser Frage einem Beharren das Wort reden.

Im übrigen möchte ich noch einmal auf folgendes hinweisen: In dem Antrag Nr. 349 hat die Mittelstandsvereinigung geschrieben: Die Berufsforschung und die Berufsbildungsforschung dienen der Aufgabe, die Berufsbildung an die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung anzupassen. Diese Aufgabe wird von der Bundesanstalt für Arbeit wahrgenommen. Ich frage mich, wenn diese wichtigen Aufgaben der Bundesanstalt auch von daher übertragen werden sollen, warum wehren wir uns dann eigentlich gegen eine solche Regelung, wie sie im Vorschlag des Vorstandes getroffen wurde und wie sie Kollege Katzer hier noch einmal modifiziert hat. Ich möchte Sie deshalb bitten, diesem Vorschlag zuzustimmen, weil ich glaube, daß wir so auch in der Industriearbeiterschaft und bei den Lehrlingen ein neues Image bekommen werden, das wir dringend notwendig haben.

**Dr. Georg Göltter**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Herr Dr. Graß, Landesverband Rheinland-Pfalz. Es ist vorläufig die letzte Wortmeldung, meine Damen und Herren.

**Dr. Karl Martin Graß**: Meine Damen und Herren! Zum Schluß dieser langen Debatte möchte ich beantragen, den Antrag des Landesverbands Rheinland-Pfalz, der identisch ist mit dem Antrag der Jungen Union, als Absatz 3 anzufügen nach jenem Antrag, den Herr Katzer und Herr Barzel formuliert haben, wobei der erste Satz zu übernehmen wäre. Wir würden dadurch eine genauere und eine präzisere Beschreibung sowohl der Berufsforschung als auch der Berufsbildungsforschung erhalten. Wir würden damit auch erreichen, daß die Aussage über die Anpassung der Berufsbildung an die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in diesem Programm bleibt und das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ausdrücklich in dieses Programm aufgenommen wird. Deshalb bitte ich die Absätze der Ziffer 37 so zu ordnen, daß der unumstrittene Absatz 1 bestehenbleibt, daß sodann der von Herrn Katzer und Herrn Dr. Barzel formulierte Satz bestehenbleibt und anschließend der Antrag von Rheinland-Pfalz als dritter Absatz hinzugefügt wird.

**Dr. Georg Göltter**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, meine Damen und Herren. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Dann darf ich Sie bitten, Ihre Auf-



merksamkeit Ziffer 36 zuzuwenden. Ich möchte noch einmal kurz rekapitulieren. Ziffer 36 scheint mir auf Grund der Diskussion unproblematisch zu sein. Die Antragskommission hat vorgeschlagen, daß im dritten Satz der Ziffer 36 ergänzt wird: „Die berufliche Bildung ist als öffentliche Aufgabe in der Regel im dualen System durch Zusammenwirken von Schule, Betrieb und Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft und der freien Berufe als weitere Ergänzung auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes auszubauen.“ Ich bitte, wer diesem Vorschlag der Antragskommission mit den beiden Ergänzungen zustimmt, die Stimmkarte zu erheben. — Ich danke schön. Die Gegenprobe. — Die Stimmenthaltung. Wenn ich recht sehe, ist das bei 2 Gegenstimmen, auf jeden Fall bei ganz wenigen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen so angenommen worden.

Wir kommen dann zu Ziffer 37. Ich darf der Antragskommission, Herrn Dr. Vogel, das Wort geben.

**Dr. Bernhard Vogel:** Meine Damen und Herren! Von Ziffer 37 ist Abs. 1 unbestritten. Es wird vorgeschlagen, ihn in der vorliegenden Fassung anzunehmen. Abs. 2 ist in der Tat umstritten. Wir schlagen folgendes vor: Den Abs. 2 zunächst bestehenzulassen aus dem Satz „Die berufliche Bildung ist durch eine Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung ergänzend zu fördern.“ Dieser Absatz ist hinsichtlich der Frage, ob es heißen soll „Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung“ oder nur „Bundesanstalt für Arbeit“ umstritten. Deswegen bitte ich das Präsidium, vor der Abstimmung über Ziffer 37 Abs. 2 abstimmen zu lassen, ob die Anstalt „für Arbeit“ oder „für Arbeit und berufliche Bildung“ heißen soll. Das ist der erste Punkt.

Zweitens schlägt die Antragskommission vor, einen Absatz drei anzufügen, der den Satz drei des alten Absatzes zwei aufnimmt, also heißt: „Berufsforschung und Berufsbildungsforschung dienen der Aufgabe, die Berufsbildung an die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung anzupassen.“ Hierzu wird vorgeschlagen, aus Antrag Nr. 331 und 348 hinzuzufügen: „Hierzu sind die Forschungsaufgaben des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung einzubeziehen.“

Dann ist weiter über die Frage abzustimmen, ob die Berufsbildungsabgabe erwähnt werden soll oder nicht. Das ist der zweite Punkt, über den vorab abgestimmt werden muß.

Ich bitte also das Präsidium, jetzt zuerst über den Namen der Bundesanstalt abstimmen zu lassen, dann über die Frage, ob „Berufsbildungsabgabe“ in Artikel 37 angesprochen werden soll oder nicht und mir dann das Wort zu geben, um dann die sich daraus ergebende Fassung von Ziffer 37 Ihnen vorzutragen, um dann in der dritten Abstimmung über die Ziffer 37 eine Endabstimmung herbeizuführen.

**Dr. Georg Gölter,** Tagungspräsidium: Vielen Dank. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben der Antragskommission zu danken, wie überhaupt die

Arbeit hier im Plenum durch die vorzügliche Arbeit der Antragskommission sehr erleichtert wird. Das ist ein sehr anstrengender Job, um es so zu sagen.

(Beifall)

Ich glaube, die Kommission hat Beifall verdient.

Meine Damen und Herren, mir liegt noch vor — ich muß das sagen — ein Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg, 945. Dazu ist bis jetzt noch nichts gesagt worden. Der Antrag geht dahin, Abs. 2 generell zu streichen.

Ich bitte, daß mir mitgeteilt wird, ob dieser Antrag aufrechterhalten bleibt!

(Zuruf: Wird zurückgezogen!)

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zur Abstimmung über den unproblematischen ersten Teil der Ziff. 37. Ich stelle jetzt also nur den 1. Absatz der Ziff. 37 zur Abstimmung.

Wer diesem ersten Absatz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! — Danke schön. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum zweiten Absatz. Die erste Entscheidung, die getroffen werden muß, ist die, ob die Bezeichnung „Bundesanstalt für Arbeit“ oder „Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung“ eingesetzt werden soll. Ich gehe von der Vorstandsvorlage aus.

Wer der Formulierung „Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung“ zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte! — Danke schön. Die Gegenprobe! — Das erste war eindeutig die Mehrheit; bei zahlreichen Gegenstimmen ist das so angenommen.

Es kommt nun der zweite Abstimmungspunkt, die Frage, ob eine allgemeine Berufsbildungsabgabe hier erwähnt werden soll oder nicht. Ich gehe auch hier von der Vorstandsvorlage aus. Wer also der Erwähnung — Ich spreche noch nicht über den genauen Satz — einer Berufsbildungsabgabe in diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! Danke schön. Die Gegenprobe! — Danke schön. Stimmenthaltungen? — Das zweite war eindeutig die Mehrheit. Dieser Punkt ist aus der Vorstandsvorlage gestrichen.

Ich darf jetzt Herrn Dr. Vogel für die Antragskommission noch einmal das Wort geben, damit er den endgültigen Wortlaut noch einmal bekanntgibt, bevor wir dann über den Gesamttext abstimmen.

**Dr. Bernhard Vogel:** Darf ich jetzt wegen einer stilistischen Frage um Entschuldigung bitten. Es kommt zweimal das Wort „die Aufgabe“ vor; das muß später stilistisch bereinigt werden, ist aber nicht jetzt unsere Aufgabe hier.

37 Abs. 1 ist eben verabschiedet worden. 37 Abs. 2 steht in folgender Fassung zur Abstimmung:

„Die berufliche Bildung ist durch eine Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung ergänzend zu fördern.“

**37 Abs. 3:**

„Berufsforschung und Berufsbildungsforschung dienen der Aufgabe, die Berufsbildung an die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung anzupassen.

Diese Aufgabe ist auch in die Forschungsaufgaben des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung einzubeziehen.“

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Danke schön. Damit auch hier kein Mißverständnis auftaucht: das, was jetzt vorgelesen worden ist, ist nicht mehr 37 Abs. 3, sondern 37 Abs. 2.

**Dr. Bernhard Vogel**: Entschuldigung, nein, ich muß mich zum Wort melden. Nachdem die Formulierung über Berufsbildungsabgabe gefallen ist, müssen wir zwei Absätze machen, und ich habe bewußt und absichtlich gesagt: 37 Abs. 2 enthält den Satz über die Bundesanstalt und 37 Abs. 3 äußert sich zur Forschung über diese Frage. Das läßt sich nicht in einem Absatz fassen; das müssen zwei Absätze sein.

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Es war ein Mißverständnis in der Zählung der Sätze.

Meine Damen und Herren, wer der vorgetragenen Formulierung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen! — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei 2 Gegenstimmen ist das so beschlossen. Damit ist Punkt 37 abgeschlossen.

(Beifall)

**Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, nachdem wir damit das Kapitel berufliche Bildung wohl in intensiver Auseinandersetzung über die sich anzeihnenden Hürden hinweggebracht haben, ist es mir eine um so größere Freude, Ihnen noch ein Begrüßungstelegramm vorlesen zu können:

„Im Namen des Präsidiums des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks wünsche ich dem 18. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union gutes Gelingen und Erfolg in dem ernsthaften Bemühen um eine gleichermaßen zukunftsweisende und bewahrende Programmatik unseres 2. Berliner Programms. In Vertretung des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks wird Herr Vizepräsident Dipl.-Ing. Schulhoff an dem Parteitag teilnehmen.“

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir wenden uns jetzt Punkt 38 zu. Ich darf zum Bericht über die Ergebnisse der Beratungen in der Antragskommission Herrn Brinkert bitten.

**Bernhard Brinkert**: Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gehe sicherlich mit ihnen, Frau Vorsitzende, einig, wenn ich sage, daß

die Berufsbildung auch ein Teil der Berufsbildung ist. Wir sollten das in diesem Zusammenhang auch sehen

Meine Damen und Herren, es sind zu behandeln die Anträge 350 bis 352. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, den Antrag 350 anzunehmen; damit würde die Ziff. 38 entfallen. Die Anträge 351 und 352 wären damit inhaltlich erfaßt.

**Lieselotte Pleser:** Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Brinkert. Wir haben also davon auszugehen — da keine Wortmeldungen vorliegen —, daß wir an Stelle der vorgeschlagenen Fassung zum Punkt 38 die Fassung des Kreisverbandes Bielefeld, gedruckt unter Antrag 350, zu beschließen hätten.

Wer dieser Formulierung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen mit der Stimmkarte! — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Enthaltungen ist diese Formulierung angenommen.

Wir kommen zu Punkt 39. Zum Bericht der Antragskommission hat Herr Brinkert das Wort.

**Bernhard Brinkert:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf in Ihre Erinnerung zurückrufen, daß wir hier eine neue Überschrift gefunden haben; das haben wir in der Zwischenzeit beschlossen.

Im übrigen schlägt Ihnen die Antragskommission vor, Antrag 360 anzunehmen und ihn an die Stelle der Ziff. 39 der Bundesvorstandsvorlage zu setzen.

Im Antrag 360 sollte sodann das Wort „Fortkommen“ durch „Fortbildung“ ersetzt werden. Damit wären die Anträge 354 und 355 erledigt.

Soweit in den Anträgen zur beruflichen Erwachsenenbildung die Finanzierung angesprochen ist, soll diese Frage bei den Ziffern 48 ff. — sprich Bildungsfinanzierung — mitbehandelt werden.

Wenn Sie dem Vorschlag der Antragskommission folgen könnten, wären die Anträge 353, 356, 368, 357, 359, 358, 361, 362, 364, 365, 366, 367, 369 und 370 erledigt.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen weiter, im Programm keine zeitliche Festlegung für die Dauer des Bildungsurlaubs zu treffen. Damit sollen die Anträge Nr. 356, 361 und 365 abgelehnt werden, soweit sie eine Aussage zur Dauer des Bildungsurlaubs machen.

**Lieselotte Pleser,** Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Brinkert!

Es liegen Wortmeldungen zu einer grundsätzlichen Erklärung zu Ziff. 39 vor. Als erste bitte Frau Dr. Wex!

**Dr. Helga Wex:** Frau Präsidentin! Keine grundsätzliche Erklärung, sondern nur der Versuch einer Korrektur im Antrag des Landesverbandes Rheinland, Antrag Nr. 356.

Ich habe gehört, daß der Antragskommission der verbesserte Vorschlag der Landesverbände Rheinland und Westfalen in der gemeinsamen Delegierten-

versammlung nicht zur Kenntnis gekommen ist. Dieser Vorschlag heißt folgendermaßen:

„Zum Antrag 356! Wir bitten dort in Zeile 4 hinter ‚auf eine Weiterbildung im Interesse der Erziehungsaufgabe in der Familie‘ einzufügen: ‚auch unabhängig von einem Arbeitsverhältnis‘.“

Das war ein gemeinsamer Beschluß der Delegierten von Rheinland und Westfalen; er ist aber nicht bis hierher durchgedrungen.

Wir bitten gleichzeitig, im zweiten Absatz — ‚auch unabhängig von einem Arbeitsverhältnis‘ — zu streichen, weil wir meinen, daß für die Frauen, die sich für Weiterbildung interessieren, nicht Voraussetzung sein dürfte, daß sie sich in einem Arbeitsverhältnis befinden. Wir wollen gerade verhindern, daß man die Möglichkeit, sich weiterzubilden, davon abhängig macht, daß man aus dem Hause herausgeht. Gerade das möchten wir mit diesem Antrag verhindern. Ich bitte den Antrag Nr. 356 des Landesverbandes Rheinland entsprechend zu verbessern.

**Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Wir danken Frau Wex.

Ich darf die Antragskommission fragen, ob sie der Korrektur des hier vorgelegten und irrtümlich in der falschen Fassung ausgedruckten gemeinsamen Antrags der Landesverbände Rheinland und Westfalen in der jetzigen Form, die Frau Dr. Wex vorgetragen hat, zustimmen würde.

Vorab darf ich Herrn Grundmann das Wort zu Antrag Nr. 356 geben.

**Konrad Grundmann**: Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich darf hier für die rheinische Partei doch eine weitergehende Begründung des Antrags Nr. 356 geben, als sie Frau Kollegin Dr. Wex zum ersten Absatz vorgetragen hat.

Wir wollen und wollten eine Formulierung der Erwachsenenbildung, die für den Bildungsurlaub nicht nur die Aufforderung zu einer gesetzlichen Regelung festlegt; wir wollen vielmehr auch eine Festlegung, daß mindestens sieben Tage in regelmäßigen Abständen gewährt werden sollten, und das durch eine gesetzliche Regelung.

Wir haben in diesem Abschnitt noch gesagt, daß wir beim Besuch von Bildungseinrichtungen über einen längeren Zeitraum hinweg den Wunsch haben, daß für den betroffenen Arbeitnehmer der Arbeitsplatz dann gesichert bleibt, auch das muß gesetzlich gesichert werden.

Im dritten Absatz, der nach unserer Meinung eine besondere Bedeutung hat, fanden wir, daß die nachgewiesene Leistung im Arbeitsprozeß eine Qualifizierung für das Studium, die der rein intellektuellen Schulausbildung gleichwertig ist, sein soll. Wir sagen weiter, daß die CDU „deshalb die Einrichtung und den Ausbau eines 2. Bildungsweges in zentralen Orten, der den Erwerb wissenschaftlicher Fähigkeiten und exemplarischen Wissens“ befürwortet. Wir haben diesen Absatz in besonderer Weise aus der Sicht unseres Landes vorgetragen, weil wir meinen, daß hier eine wesentliche Möglichkeit des zwei-

ten Bildungsweges für die Zukunft läge. Wir fordern dann aber gleichzeitig, daß die schematische Übertragung traditionellen Schulwissens dabei nicht die Grundlage dieses zweiten Bildungsweges sein sollte, sondern daß er im Anschluß an die berufliche Qualifikation dann auch mit einem entsprechenden Abschluß berufsnahe beendet werden soll.

Schließlich fordern wir im letzten Absatz ein Bundesfernsehstudienprogramm, das bei seiner Entwicklung in den Anstalten der ARD auch der beruflichen und der allgemeinen Erwachsenenbildung dienen soll.

Mit diesem Antrag wollen wir bewußt mehr zu Ziff. 39 sagen, als in der knappen Formulierung, die jetzt auch wiederum durch die Antragskommission vorgebracht wurde, ausgesagt wird. Wir haben die sehr herzliche Bitte an Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Teilweiser Beifall)

**Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Da uns zu dem anstehenden Antrag Nr. 356 noch keine Entscheidung der Antragskommission vorliegt, darf ich die Diskussion des Antrages Nr. 359 vorwegnehmen. Das Wort hat Herr Dr. Jakob, Landesverband Hannover.

**Dr. Henning Jakob**: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich habe den Antrag Nr. 359 zu begründen, der gleichlautend dem Antrag Nr. 357 des Bezirksverbandes Ostfriesland ist.

Wir meinen, daß im ersten Satz der Ziff. 39 die Worte „und auf eine entsprechende Gestaltung der wachsenden Freizeit“ zu streichen wären. Wird unserem Antrag entsprochen, so lautet der Text: „Die Erwachsenenbildung soll nicht nur dem beruflichen Fortkommen, sondern auch denjenigen dienen, denen es auf ihre persönliche Bildung ankommt. Dafür ist ein gesetzlicher Bildungsurlaub vorzusehen.“ Wir halten es für ein Hypertrophie, daß hier ein Bildungsurlaub gefordert und später normiert werden soll mit dem Zweck, die Freizeitgestaltung zu beleben.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Wir sind der Meinung, daß eine sinnvolle Gestaltung der Erwachsenenfreizeit sicher ein erhebliches Problem darstellt und daß die Erwachsenenbildung sicherlich auch diese Aufgabe hat; aber ich möchte den Standpunkt vertreten, daß eine Weiterbildung mit dem Ziel, zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung zu führen, doch bereits in Begriff, Aufgabe und Zielsetzung der allgemeinen Erwachsenenbildung enthalten ist, die hier ja umschrieben wird mit den Worten: „denen es auf eine allgemeine Bildung ankommt“. Damit würde natürlich nicht ausgeschlossen werden, daß im Rahmen der allgemeinen Erwachsenenbildung auch Dinge gefördert und betrieben werden, die sich auf eine sinnvolle Freizeitgestaltung auswirken. Aber hierfür nun einen Bildungsurlaub zu gewähren, erschien uns als eine zu weit gehende Forderung. — Danke schön!

(Beifall)

**Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Meine Damen und Herren, die Sachlage ist jetzt so, daß wir entgegen dem vorliegenden Antrag der Antragskommission zugeben müssen, eine Reihe von Anträgen einfach als erledigt zu betrachten. Von allen vorliegenden Anträgen enthält der Antrag Nr. 356 wohl die weitestgehende Formulierung, weil er neben dem Gesamtbereich der Möglichkeiten für einen zweiten Bildungsweg auch den Bereich der allgemeinen Erwachsenenbildung ohne berufliche Hintergründe beinhaltet. Ich möchte deshalb vorschlagen, daß wir vorab über den Antrag des Landesverbandes Rheinland, der auch vom Landesverband Westfalen-Lippe gestützt wird — Antrag Nr. 356 — abstimmen. Wer dem Antrag in der von Frau Dr. Wex berichtigten Form zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

(Beifall)

Damit hätten wir unseren Punkt Erwachsenenbildung anstelle des vorgeschlagenen Punktes 39 im Satzungsentwurf nun in der Fassung Antrag Nr. 356. Damit erledigen sich die von einer Reihe von Delegierten abgegebenen Wortmeldungen zu diesem Punkt. Das ist auch Punkt 39. Ich danke Ihnen für die Zusammenfassung in dieser kurzen Zeit.

Wir rufen nun auf die Ziff. 40 des Entwurfs. Sprecher der Antragskommission ist Frau Dr. Walz.

**Dr. Hanna Walz:** Meine Damen und Herren, wir kommen zum Hochschulkapitel, und hierzu sind die Anträge 371 bis 381 zu behandeln. Die Antragskommission schlägt dem Parteitag vor:

1. Antrag 379 sollte in folgender Formulierung in Satz 1 von Ziff. 40, also dem Vorstandsvorschlag, eingefügt werden: „Die Hochschule hat die Aufgabe, der Gesellschaft in Wissenschaft, Kunst usw. zu dienen.“
2. Die Anträge Nr. 371 und 373 sollten in folgender Formulierung Satz 2 von Ziff. 40 ersetzen: „Der Staat muß sicherstellen, daß die Hochschulen in ihren Selbstverwaltungsorganen ihre Aufgaben erfüllen können. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist zu gewährleisten.“
3. Aus dem Antrag 372 sollte angenommen werden, den Text am Ende mit „Mitgliedern“ statt „Gruppen“ zu lesen, also die Gruppen durch Mitglieder zu ersetzen, um hier nicht das Gruppenkonzept unnötig hineinzubringen.
4. Die Anträge 380 zweiter Absatz und Nr. 381 werden als zu detailliert abgelehnt. Ebenso wird der Antrag Nr. 375 abgelehnt. Er gehört nicht zur Ziff. 40. Also die Verbesserungen: „der Gesellschaft in Wissenschaft und Kunst“, „Die Hochschule hat die Aufgabe, der Gesellschaft in Wissenschaft und Kunst usw. zu dienen“ und „In ihren Selbstverwaltungsorganen“ und am Schluß noch statt „Gruppen“ „Mitglieder“. Das ist der Vorschlag der Antragskommission.

**Lieselotte Pieser**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Dr. Walz!  
Zu Antrag 381 zu Ziff. 40 Herr Dr. Jakob, Landesverband Hannover!

**Dr. Henning Jakob:** Frau Präsident, meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie, wenn ich bei dieser Ziffer vielleicht etwas weiter ausholen muß. Ich meine, wenn wir dieses Programm jetzt in der Fassung beschließen, wie der Vorstand es vorgeschlagen und auch die Antragskommission es neu formuliert hat, dann bieten wir hier meines Erachtens doch in etwa das Bild einer Partei, die die Gutachten des Bildungsrates und des Wissenschaftsrates etc. sehr fleißig gelesen und es auch ganz gut geschafft hat, hier Anschluß zu finden, die sich aber meines Erachtens etwas um die kontroversen Themen herumdrückt. Kontrovers auf diesem Gebiet ist doch in erster Linie die Frage der Parität, und ich meine, daß die Schlußformulierung, die hier in der Vorstandsvorlage steht, mit dem Text: „An der Selbstverwaltung der Hochschule sollen alle an ihr arbeitenden Gruppen ihren Aufgaben entsprechend mitwirken“, daß diese Formel derartig dehnbar ist, daß man bei einigem guten Willen und einiger Auslegungskunst, die sicherlich mal vorhanden ist, sowohl eine Alleinherrschaft der Lehrstuhlinhaber wie eine Drittelparität unterbringen kann. Und wenn man vielleicht noch etwas weitergeht, kann man letztlich auch den Grundsatz damit vereinbaren: Ein Mann, eine Stimme. Denn wir müssen uns doch nicht einbilden, daß die Forderung nach der Drittelparität nun das letzte Wort unserer linksgerichteten Bilderstürmer auf diesem Gebiet hier wäre. Denn die Drittelparität ist nach meiner Meinung nur ein erster Schritt auf dem langen Marsch durch die Institutionen. Ich meine deshalb, wir müssen hier ein klares Wort sprechen, und deshalb müssen wir hier nun sagen, ob wir für die Drittelparität oder ob wir dagegen sind.

Ich darf kurz begründen, weshalb wir der Meinung sind, daß wir zur Drittelparität nicht ja sagen können. Die Selbstverwaltung der Hochschulen ist ja letzten Endes kein Selbstzweck, keine heilige Kuh, sondern sie ist doch nur damit zu rechtfertigen, daß damit, durch diese Organisationsform, Freiheit von Forschung und Lehre gewährleistet wird. Freiheit von Forschung und Lehre muß aber auf der anderen Seite auch wieder bedeuten, daß die Entscheidungen letzten Endes von denjenigen getroffen werden, die sich auch für diese Entscheidungen entsprechend qualifiziert haben.

Deswegen haben wir den Antrag gestellt, die Ziff. 40 um den Satz zu ergänzen, daß in den Entscheidungsgremien der Hochschule die Vertreter derjenigen Hochschulangehörigen die Mehrheit haben sollen, die sich für eine selbständige und eigenverantwortliche Tätigkeit in Forschung und Lehre qualifiziert haben.

Ich möchte hier vor einem Mißverständnis warnen. Man könnte nämlich den Eindruck haben, als ob dies hier ein erreaktionärer Antrag wäre, der sicherstellen soll, daß nun die Macht der Ordinarien und was es da für ähnliche Schlagworte gibt, ungebrochen bleibt. Das ist keineswegs so. Wir stehen durchaus hinter den Vorstellungen, wie sie in unserer Ziff. 43, die ja noch



zu beraten sein wird, formuliert sind. Eine Reform der Lehrkörperstruktur der Hochschulen wird ja kommen müssen, und deswegen darf man hier eben nicht unter der Personengruppe, die wir hier angesprochen haben, nun schlicht etwa die Lehrstuhlinhaber verstehen.

Es wäre auch zu eng, wenn man hier sagen würde: Alle diejenigen, die sich habilitiert haben! Auch an der Habilitation wird man nicht als dem letzten Limit festhalten müssen. Ich meine auch, daß man in diese Personengruppe durchaus die Assistenzprofessoren einbeziehen kann, wobei natürlich der Begriff, die Voraussetzung und die beamtenrechtliche Stellung dieser Personengruppe in den meisten Ländern noch in der Schwebe ist.

Ich meine deshalb, daß wir uns hier in dieser Frage nun zusammengefaßt klar entscheiden müssen, damit unser Programm nicht nachher zu Recht den Vorwurf bekommt, es drücke sich vor den echt kontroversen Themen und es verlagere die Aussage auf einen späteren Zeitpunkt.

Ich darf vielleicht noch eines sagen: Der Entwurf des Hochschulrahmengesetzes des Bundes entscheidet sich ja auch nicht in der Frage der Paritäten, sondern überläßt das den Ländern. Das ist eine durchaus begrüßenswerte Idee und Vorstellung für ein Hochschulrahmengesetz. Aber was wir hier machen wollen, ist ja keine Rahmenregelung, sondern wir wollen doch hier wirklich eine materielle Regelung treffen und finden, die auch bundesweit für die CDU verpflichtend sein soll, und deshalb meine ich, wir müßten hier die Dinge zu Ende überlegen.

Man kann ja auch wirklich nicht sagen, daß die Probleme nicht lang genug diskutiert und durchdacht sind. Man überlegt, spricht und diskutiert über diese Probleme seit vielen Jahren, und einmal muß man sich letzten Endes zu einer Entscheidung durchringen. Ich bitte deshalb, dem Antrag 381 zu folgen.

**Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Dr. Walz.

**Dr. Hanna Walz:** Meine Damen und Herren, die Antragskommission hatte sich mit der Nr. 381 aus dem ganz einfachen Grunde nicht befreunden können, weil wir hier eine zu große Festlegung im Detail gesehen haben, und daß die CDU nicht für die Drittelparität ist, ist allmählich, glaube ich, hinreichend bekannt. Wir haben ja gerade einen Hochschulrahmengesetzentwurf vorliegen, wo für die einzelnen Gruppen ganz genau die Paritäten festgelegt werden. Ich glaube aber, daß man in einem Parteiprogramm nicht in diese Einzelheiten gehen sollte, die wir durch das Hochschulgesetz sowieso schon abgedeckt haben.

**Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Dr. Walz. Wir stimmen damit zunächst über den Antrag 381 ab. Wer dem Antrag 381 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen mit der Stimmkarte. — Schönen Dank. Bitte die Gegenprobe! — Das letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Wir stimmen nunmehr über die von der Antragskommission vorgelegte Formulierung ab. Ich darf Sie fragen, ob Sie eine nochmalige Verlesung der endgültigen Fassung wünschen, denn ich weiß nicht, ob Sie das alles beim Mitschreiben schaffen konnten. — Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer dem Antrag in der von der Antragskommission vorgelegten Form zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Bitte die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen angenommen! Ich danke Ihnen.

Zu einer Protokollerklärung zu Punkt 39 hat Herr Köppler das Wort.

**Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren, zu Punkt 39 muß noch eine Unklarheit, die durch den uns vorliegenden Text entstanden ist, aufgeklärt werden. Der rheinische Antrag Nr. 356, der hier mit Mehrheit verabschiedet worden ist, beabsichtigte nicht, den zweiten Satz in der Vorstandsvorlage, das heißt den Satz: „Die öffentlichen und freien Träger der Erwachsenenbildung sind in den Ländern gesetzlich abzusichern. Ihre hauptamtlichen Mitarbeiter sollen einander rechtlich gleichgestellt werden“ zu beseitigen. Dieser Satz muß stehenbleiben, und zwar zu Beginn der Ziffer 39. Ich darf Ihr Einverständnis mit dieser Korrektur annehmen. — Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Dann können wir das so zu Protokoll geben. — Nein, es scheint doch eine Wortmeldung dazu zu kommen.

**Ernst Gerhardt:** Herr Präsident, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie diesen Punkt noch einmal aufgerufen haben, denn bei der sehr rasch vorgenommenen Abstimmung über den Antrag 356 vorhin ist mir aufgefallen, daß hier ein wesentlicher Inhalt der Bundesvorstandsvorlage außer acht gelassen worden ist. Bei dem Vortrag der Antragskommission wurde — —

**Heinrich Köppler:** Entschuldigen Sie, Herr Gerhardt, ich glaube, wir haben nicht die Möglichkeit — —

**Ernst Gerhardt:** Ich komme sofort auf den Kern; Sie brauchen mich nicht zu unterbrechen. Ich komme jetzt zu dem Anliegen: Bei dem Vortrag der Antragskommission ist erwähnt worden, daß der Antrag 360 angenommen werden sollte. Dabei ist das Wort „rechtlich“ gestrichen geblieben. Wenn Sie die Freundlichkeit haben, den letzten Satz des Antrages 360 zu verfolgen: Das entspricht auch der Antragstellung 369! Damit sollte sicherlich zum Ausdruck gebracht werden, daß es nicht nur auf die rechtliche, sondern auch auf die finanzielle Gleichstellung ankommt. Ich wäre also dankbar, wenn wir dieses Anliegen beider Anträge 360 und 369 durch entsprechende Abstimmung berücksichtigen würden.

**Heinrich Köppler:** Also, meine Damen und Herren, Herr Gerhardt hat vorgeschlagen, das Wort „rechtlich“ in der Vorstandsvorlage wegzulassen — wenn ich ihn richtig verstanden habe — und damit sowohl die rechtliche wie die finanzielle Gleichstellung anzusprechen.

Wenn Sie damit einverstanden sind, daß die Korrektur — um deren Zustimmung und Billigung ich Sie gebeten habe — mit dieser zusätzlichen Korrektur so zu Protokoll gegeben werden kann — ich höre keinen Widerspruch —, dann können wir diesen Punkt 39 mit der jetzt verabschiedeten Korrektur verlassen.

**Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe Punkt 41 auf. Das Wort hat zunächst Frau Dr. Walz.

**Dr. Hanna Walz**: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hier sind die Anträge Nrn. 382 bis 387 zu behandeln. Die Antragskommission schlägt dem Parteitag vor: Der zweite Teil des Antrags 385 sollte angenommen werden. Antrag Nr. 382 sollte als zu sehr ins einzelne gehend abgelehnt werden. Antrag Nr. 383 ist inhaltlich durch die Vorstandsvorlage gedeckt bzw. durch Antrag 385 erledigt. Abgelehnt werden sollten die Anträge 384, 386 und 387.

**Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen — —

Bitte, da kommt eine Wortmeldung. Aber ich darf Sie vielleicht ersuchen — jeder weiß, zu welchem Antrag er zu sprechen wünscht — das so rechtzeitig zu beschließen, daß uns die Wortmeldung vorliegt. Denn wir alle wollen ja möglichst zu einer erträglichen Zeit unseren Programmpunkt II verabschieden, um dann den etwas fröhlicheren Stunden in rheinischer Umgebung fern von politischen Grundsatzproblemen noch wenigstens einen Teil der Nacht zukommen zu lassen. Wie lange wir dafür Zeit haben, hängt von Ihnen allen ab. Ich darf Sie bitten, das Präsidium darin zu unterstützen.

Das Wort hat Herr Ehlert, Landesverband Rheinland, zu Punkt 43.

**Heinrich Ehlert**: Ich wollte dem Antrag zustimmen, bitte Sie aber um Streichung von vier Worten. Im ersten Satz heißt es dann: „Die Hochschulen im Gesamthochschulbereich sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und Einrichtungen des Staates.“ Wenn ich die Antragskommission richtig verstanden habe, sollte dieser Satz erhalten bleiben.

Ich bitte Sie, die Worte „und Einrichtungen des Staates“ zu streichen. Es genügt sicherlich, daß wir sagen: „Körperschaften des öffentlichen Rechts“; wir brauchen nicht noch einmal ausdrücklich darauf hinzuweisen, obwohl sie zur Hauptsache Einrichtungen des Staates sind. Es könnte aber durchaus Hochschulen geben, die später in dem Gesamthochschulbereich integriert werden, jedoch durchaus auch in freier Trägerschaft erhalten bleiben, wie wir das ja auch im letzten Satz vorsehen. — Ich bitte Sie, diese Möglichkeit nicht zu verbauen, und meinem Antrag zuzustimmen, die vier Worte: „und Einrichtungen des Staates“ zu streichen.

**Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Das Wort hat dazu Frau Dr. Walz.

**Dr. Hanna Walz**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich warne dringend seitens der Antragskommission davor, die Worte: „und Einrichtungen des

Staates“ zu streichen! Es ist nicht nur so, daß es in sämtlichen bestehenden Hochschulgesetzen steht, sondern es steht auch bei Herrn Leussink und ebenso im Hochschulrahmengesetz der CDU. Wie soll denn dann der Staat noch irgendwelche Einwirkungen auf die Hochschulen haben, die wir ja doch über die Landtage finanzieren müssen! Wie soll er irgendwelche Einwirkungsmöglichkeiten behalten, wenn wir diese Worte streichen! Ich glaube, es ist völlig ausgeschlossen, so zu verfahren.

(Vereinzelte Zustimmung)

**Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir sollten über den Ergänzungsantrag abstimmen. Zweifellos ist in dem Antrag des Landesverbandes Rheinland, wie er von seinem Sprecher hier vorgetragen worden ist, die Meinung zu berücksichtigen, daß Anstalten Öffentlichen Rechts durchaus die Möglichkeiten finanzieller Art haben, um die es uns hier geht und die Frau Dr. Walz bei Streichung des Zusatzes gefährdet zu sehen glaubt.

Wer für den eingebrachten Antrag ist, aus der Formulierung zu Ziffer 41 die Worte: „und Einrichtungen des Staates“ zu streichen, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Bitte die Gegenprobe! — Das letztere war die Mehrheit. Damit bleibt also die Formulierung so bestehen, wie sie hier ausgedruckt ist.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt liegen nicht vor. Ich darf dann den Antrag der Antragskommission zur Abstimmung stellen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Gegen einige Stimmen angenommen! Ich danke Ihnen.

Ich rufe nun Ziffer 42 auf. Das Wort zur Begründung für die Antragskommission hat Frau Dr. Walz.

**Dr. Hanna Walz**: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei Ziffer 42 sind die Anträge Nr. 388 bis 391 zu behandeln. Die Antragskommission schlägt dem Parteitag vor: Antrag Nr. 391 sollte angenommen werden. Antrag Nr. 389 sollte in folgender Formulierung an Ziffer 42 angefügt werden: „Diese Bestimmungen sollen . . .“, statt „Neue und redigierte Bestimmungen . . .“. Schließlich sollten die Anträge Nr. 388, 390 und 392 abgelehnt werden, während der Antrag Nr. 393 mit der Annahme von Antrag Nr. 389 erledigt ist.

**Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Zu Ziffer 42 liegt eine Wortmeldung vor, und zwar zu Antrag Nr. 388; es hat sich Herr Borsche, Hessen, gemeldet.

**Arnulf Borsche**: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Schon früher heute am Tage ist des längeren und breiteren von der Chancengleichheit die Rede gewesen. Ich glaube, auch hier bei der Frage der Hochschulen spielt dieses Wort eine große Rolle.

Diese Chancengleichheit beginnt da, wo wir durch Vereinheitlichung der Zulassungsbestimmungen gleiche Chancen für jeden Studienbewerber herstellen. Das wünschen wir, glaube ich, alle. Und solange wir wünschen, daß man sich in der Bundesrepublik an einer Hochschule seiner Wahl bewerben kann, solange dieser Wunsch aufrechterhalten bleibt, solange darf er nicht dadurch erschwert werden, daß die Zulassungsbestimmungen an den einzelnen Hochschulen möglicherweise ungleich sind und dadurch der Bewerber schon in eine bestimmte Richtung gelenkt wird.

Deshalb stellen wir seitens des Landesverbandes Hessen den Antrag, daß gemäß Antrag Nr. 388 der zweite Satz der Vorstandsfassung mit den Worten beginnt: „Die Zulassungsbestimmungen sowie die Studien- und Prüfungsordnungen sind zu vereinheitlichen.“ Diese Ergänzung sollte erfolgen, um auf diesem Gebiet die früher von uns geforderte Chancengleichheit für die Studienbewerber herzustellen. — Ich danke Ihnen.

**Lieselotte Pieser**, Tagungspräsidium: Bitte sehr, Frau Dr. Walz!

**Dr. Hanna Walz**, Antragskommission: Sosehr wir dem Antrag von Hessen zustimmen, können wir ihn doch an dieser Stelle nicht unterbringen; er gehört praktisch zum übernächsten Paragraphen, nämlich der Ziffer 44. Wenn wir den Antrag hier in Ziffer 42 einfügen würden, dann hieße das, daß die Zulassungsbestimmungen sowie die Studien- und Prüfungsordnungen zu vereinheitlichen sind. Das sähe so aus, meine Damen und Herren, als wollten wir den Numerus clausus verewigen. Wir wollen ihn aber gerade abbauen und nicht in dieser Form regeln, wie dies nach dem hessischen Antrag scheinen könnte.

Sicherlich ist das nicht so gemeint. Wenn man den Satz in dieser Zusammenstellung jedoch aufnehmen würde: „Die Zulassungsbestimmungen sowie Studien- und Prüfungsordnungen sind zu vereinheitlichen.“, dann könnte eine ganze Reihe von Leuten den Schluß ziehen, als wollten wir nicht energisch genug an den Abbau des Numerus clausus herangehen. Sie wissen ja, daß wir gerade im Bundestag immer besonders dringend für dieses Anliegen eingetreten sind.

Ich bitte Sie also, das zu berücksichtigen. Dieser Punkt wird später geregelt; hier paßt der Antrag nicht, und man könnte daraus den Eindruck gewinnen, als verewigten wir den Numerus clausus.

**Lieselotte Pieser**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Dr. Walz! — Vielleicht dürfen wir für die Zukunft darum bitten, daß uns schon vorab angekündigt wird, wenn vorliegende Anträge nicht einfach gestrichen werden sollen, sondern zu einem späteren Punkt wieder aufgerufen werden; das erübrigt dann manchen Diskussionsbeitrag.

Ich darf die nunmehr vorgeschlagene Fassung dieses Punktes zur Abstimmung stellen. Diejenigen, die zuzustimmen wünschen, bitte ich um das Zei-

chen mit der Stimmkartel — Bitte die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist angenommen.

Zu einer Erklärung über den weiteren Ablauf der Tagesordnung hat Herr Köppler das Wort.

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt 19 Uhr, und noch ist eine ganze Reihe von Anträgen aus dem Kapitel II zu beraten und zu verabschieden. Nach dem bisherigen Verlauf der Diskussion ist damit zu rechnen, daß wir mindestens eine, ich hoffe: maximal zwei Stunden brauchen werden, um diese Aufgabe, die wir uns für heute vorgenommen haben, noch zu erledigen.

Damit würde sich der nordrhein-westfälische Abend, zu dem die beiden Landesverbände durch ihr Landespräsidium Sie eingeladen haben, entsprechend verschieben. Wir gehen davon aus, daß wir bis spätestens 21 Uhr so weit sind. Wir dürfen Sie bitten, dann drüben im Restaurant unsere Gäste zu sein.

Ich darf jetzt schon sagen, daß wir uns als eine arme Oppositionspartei natürlich nicht mit dem messen können, was Küche und vor allen Dingen Keller eines in der Regierung befindlichen Ministerpräsidenten als Gastgeber auf dem letzten Parteitag zuwege gebracht haben. Dennoch sei die Gastfreundschaft herzlich gewährt!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte zugleich darauf hinweisen, daß wir entgegen früheren Mitteilungen morgen früh nicht um 9.30 Uhr, sondern um 9 Uhr pünktlich beginnen, und zwar mit dem politischen Bericht des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU. Es wird also gebeten, pünktlich um 9 Uhr morgens hier zu sein.

**Lieselotte Pleser,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe Ziffer 43 auf. Das Wort hat Frau Dr. Walz.

**Dr. Hanna Walz:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hier sind die Anträge Nr. 394 bis 397 zu behandeln. Die Antragskommission schlägt dem Parteitag vor: Der letzte Satz von Antrag Nr. 396, der lautet: „Durch vermehrte Promotions- und Habilitationsstipendien sowie durch Graduiertenprogramme soll der Hochschullehrernachwuchs gefördert werden“, sollte den letzten Satz der Vorstandsvorlage ersetzen. Praktisch ist das Tutorenprogramm als Hochschullehrernachwuchsprogramm damit herausgestrichen.

Antrag Nr. 394 sollte abgelehnt werden, da er inhaltlich von der Vorstandsvorlage erfaßt ist.

Die Anträge Nr. 395 und 397 sollten als zu detailliert für ein Parteiprogramm abgelehnt werden.

**Lieselotte Pleser,** Tagungspräsidium: Zu Ziffer 43, Antrag Nr. 397, hat das Wort Frau Dr. von Baeyer von Baden-Württemberg.

— Wie ich höre, entfällt die Wortmeldung. Meine Damen und Herren! Wir stimmen über den Antrag ab. Wer zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Bitte die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Ich danke und rufe Punkt 44 auf. Zur Begründung bitte Frau Dr. Walz.

**Dr. Hanna Walz:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hier sind die Anträge Nr. 398 bis 405 und Nr. 946 zu behandeln. Die Antragskommission schlägt dem Parteitag vor: Der erste Satz des Vorstandsentwurfes wird durch die Übernahme des ersten Satzes aus Antrag Nr. 402 umformuliert und heißt dann:

„Eine der vordringlichsten Voraussetzungen künftiger Hochschulpolitik ist der Abbau der Zulassungsbeschränkung (Numerus clausus). Deswegen müssen . . .“

Dann geht es weiter wie im Vorschlag.

Antrag Nr. 398 sollte mit der Streichung von „alle“ angenommen werden. Damit sind erledigt und abgedeckt die Anträge Nr. 399, 400, 401, 403 und 404. Die Anträge Nr. 402, 405 und 946 sollten abgelehnt werden, soweit sie nicht durch die neue Ziffer 44 mit den Verbesserungen, die ich vorgeschlagen habe, abgedeckt sind.

**Lieselotte Pleser, Tagungspräsidium:** Zum Antrag Nr. 405 hat das Wort Herr Wolfgang Kirsch vom RCDS.

**Wolfgang Kirsch:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der RCDS wird zu diesem Problem heute noch einmal reden, und zwar, weil wir enttäuscht sind. Wir sind enttäuscht, weil über das Problem des Numerus clausus in den letzten Jahren immer wieder geredet, aber in diesem Bereich auch von dieser Partei nichts unternommen worden ist, um konkrete Lösungsmöglichkeiten aufzuweisen. Ich möchte daran erinnern, daß vom RCDS durchgesetzt worden ist, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu Beginn des letzten Jahres eine Große Anfrage im Bundestag eingebracht hat, um die Materialien zu dem Problem des Numerus clausus zu erfahren und zu wissen, wo konkrete Möglichkeiten liegen, die Mißstände abzuschaffen. Es ist an der Zeit, daß das Material, das man sich auf unsere Initiative hin besorgt hat, von unseren Vertretern im Parlament auch endlich ausgewertet wird. Man sollte endlich damit anfangen. Wenn man es mit dem Problem ernst meint und nicht nur darüber redet, weil es modern ist, gegen den Numerus clausus zu sein, dann sollte man nicht nur solche allgemeinverbindlichen Formulierungen in das Programm schreiben, wie sie im Moment in Ziffer 44 zu lesen sind.

Ich möchte für den RCDS den Vorschlag machen, daß wir den Antrag Nr. 405 der Jungen Union unterstützen, der den Versuch — und ich glaube: erfolgreich — macht, ganz korrekt und ganz genau die Möglichkeiten aufzuzeigen,

mit denen das Problem jetzt und in der Zukunft gelöst werden kann. Allgemeine Formulierungen helfen uns dabei nicht mehr.

Die junge Generation erwartet von Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß nicht immer nur große Worte gemacht werden — auch in diesem Bereich. In anderen Bereichen mag man das nachsehen. Da geht es vielleicht um große historische Aufgaben. Aber in diesem Bereich klappt das nicht mehr. Hier muß konkret gesagt werden, wie die Mißstände abgeschafft werden können.

Ich möchte daran erinnern, welcher Auftrag und welcher Antrag uns in Mainz dazu geführt hat, uns hier in Düsseldorf zu einem Programmparteitag zusammenzufinden. Der Auftrag war, daß die junge Generation stärker innerhalb der CDU repräsentiert sein sollte und für sie die Möglichkeit zur stärkeren Mitwirkung geschaffen werden sollte. Unter diesem Zeichen steht der Parteitag, und Ihre Arbeit muß sich auch daran messen lassen, was Sie auf diesem Parteitag für die junge Generation tun.

Ich möchte deshalb noch einmal sagen: Dieser konkrete Antrag Nr. 405, den die Junge Union eingebracht hat, sollte in das Programm hineingenommen werden anstelle der Ziffer 44, die zu ungenau und zu wenig konkret ist, als daß sie für die nächsten Jahre zukunftsweisend sein könnte. Ich glaube, daß die Konkretisierung des Anspruches auf Chancengleichheit hier wirklich real gemacht und auch ernst genommen werden sollte, damit die Bildungswilligen nicht daran gehindert werden, das zu tun, was sie möchten.

**Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Als nächster hat das Wort Dr. Graß aus Rheinland-Pfalz.

**Dr. Karl Martin Graß:** Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Der Numerus clausus sieht gewöhnlich im Januar anders aus als im Mai. Wenn im Mai die Oberprimaner, die Abiturienten, vor die Kultusministerien und Landtagsfraktionen rücken, dann werden in aller Eile Gesetzentwürfe für den Numerus clausus produziert — nach irgendeinem schnell erfundenen System. Es ist notwendig, gerade in diesem Punkt, der außerordentlich wichtig und außerordentlich aktuell ist und der schnell wieder auftreten kann, eine präzise und konkrete Angabe darüber zu machen, in welchen Maßnahmen wir die wichtigsten Elemente für die Beseitigung des Numerus clausus sehen, auch um klarzumachen, daß wir beim Kampf gegen den Numerus clausus nicht allen radikalen Wünschen und auch nicht allen utopischen finanziellen Forderungen nachzugeben bereit sind, sondern daß wir ganz konkrete realistische und durchführbare Maßnahmen wünschen. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, dem konkreten Antrag der Jungen Union zuzustimmen, der außerdem aus der früheren Fassung der Programmkommission in geraffter Form übernommen worden ist.

(Beifall)

**Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Als nächste spricht Frau Dr. Walz vom Landesverband Hessen.



**Dr. Hanna Walz:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vorwürfe, daß die CDU nicht genug für den Abbau des Numerus clausus getan hätte, sind wohl reichlich unberechtigt; denn die Vorschläge, die die Junge Union hier gemacht hat, sind dieselben, die wir in unserer Großen Anfrage zum Numerus clausus im Bundestag gemacht haben. Sie sind praktisch genau dieselben; sie werden nur durch andere Vorstellungen in demselben Programm abgedeckt. Deshalb haben wir hier darauf verzichtet. Im übrigen sind es doch wir gewesen, die die Regierung dauernd zu Schnellbaumaßnahmen usw. aufgefordert haben. Wir haben uns auch kürzlich in einer Anfrage danach erkundigt, was denn nun eigentlich mit dem Numerus clausus geworden ist, da sich herausgestellt hat, daß sich die Zulassungsbeschränkungen im Laufe der Regierungszeit dieser Regierung nicht etwa vermindert, sondern noch erhöht haben. Aber der Witz bei der Sache war, daß wir zwar von der Regierung ein Papier bekamen und eine Antwort auf unsere Fragen, die aber keine Antwort war, so daß dieser Bericht wegen Unvollständigkeit an die Regierung zurückgegeben werden mußte, zumal uns der gegenwärtige Staatssekretär keine Auskunft geben konnte. Wir können Ihnen also mit genauen Auskünften, was daraus geworden ist, erst später dienen, wenn die Regierung sich entschlossen hat, unsere Anfrage richtig zu beantworten.

**Lieselotte Pieser,** Tagungspräsidium: Schönen Dank. — Als nächster hat das Wort Herr Dr. Vogel.

**Dr. Bernhard Vogel:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier hat eben Herr Kirsch für den RCDS davon gesprochen, daß der RCDS enttäuscht sei. Ich glaube, wir sollten uns auch um 7.00 Uhr abends für eine solche Bemerkung Zeit nehmen und sollten auf einem solchen Parteitag einmal daran denken, daß die Christlich-Demokratische Union die einzige große demokratische Partei der Bundesrepublik ist, die im RCDS als Partner eine Studentenorganisation auf uneingeschränkt demokratischer Grundlage hat.

(Zustimmung)

Wir sollten dafür dem RCDS dankbar sein und vielleicht unsere Unterstützung und Hilfe und die Bereitschaft, auf die Worte ihrer Sprecher entsprechend zu hören, unterstreichen.

Wenn nun hier zum Numerus clausus konkret gesprochen wird, dann möchte auch ich zunächst einmal sagen, die Formulierung, es sei von seiten der CDU/CSU nichts Konkretes getan worden, diese besteht nicht zu Recht. Auch hier in Düsseldorf kann laut und deutlich gesagt werden: Seit 20 Jahren sind alle Neugründungen deutscher Universitäten auf die Initiative dieser Partei zurückzuführen.

(Zustimmung)

Das geht vom Saarland und von den Anfängen nach 1945 bis in das Jahr 1970 hinein. Und der Fehlbestand am Anteil der Studienplätze ist eben nicht

überdurchschnittlich in Ländern wie beispielsweise Bayern, Baden-Württemberg und dem Saarland, sondern ist überdurchschnittlich in einem Lande wie Hessen, das sich seit 20 Jahren seiner Fortschrittlichkeit rühmt und immer wieder auf seine Finanzkräftigkeit hinweist.

Aber ich glaube, daraus folgert nicht, daß man im Überschwang der Gefühle und ungeprüft den Antrag Nr. 405 annehmen kann, sondern man muß die einzelnen Absätze hier prüfen. Der erste Satz, „Eine der vordringlichsten Aufgaben der Hochschulpolitik ist der Abbau des Numerus clausus“, scheint mir in der vorgeschlagenen Fassung „Eine der vordringlichsten Voraussetzungen künftiger Hochschulpolitik ist der Abbau des Numerus clausus“ klarer und präziser ausgedrückt, denn der Numerus clausus muß abgebaut werden, damit wieder erfolgreiche Hochschulpolitik betrieben werden kann, und es darf dieser Abbau nicht schon zu einer Maßnahme der Hochschulpolitik umfunktioniert werden

Ich bin also für den Antrag der Antragskommission, es hier bei der Formulierung zu belassen, daß dies eine der vordringlichsten Voraussetzungen sei. Dann wird im einzelnen unter den Strichen gefordert: Ausbau der Hochschuleinrichtungen — dies steht im ersten Absatz von 44 —. Um die Zulassungsbeschränkungen abzubauen, müssen der Ausbau bestehender, aber eben die Gründung neuer Hochschulen erfolgen, weil der Ausbau allein nicht reicht.

Der nächste Strich — Intensivierung, Rationalisierung und Verkürzung der Studiengänge — ist von Ihnen in Ziffer 42 beschlossen.

Die zentrale Nachweisstelle ist durch den Vorschlag, den Antrag Nr. 398 zu übernehmen, bereits vorgetragen.

Der nächste Strich, die Abstimmung der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist durch den Beschluß zu Ziffer 37 vorhin einmütig gebilligt worden.

Die Ballungsgebiete mit zwei Universitäten zu versehen, steht ebenfalls im Antrag des Vorstandes der Partei — Ziffer 44 Absatz 2 —.

Ich bin also der Meinung, daß in diesem konkreten Fall den Wünschen der Jungen Union entsprochen wird, daß wir uns aber die Wortmeldung des Sprechers des RCDS dazu angelegen sein lassen sollten, hier auf dem Parteitag zu dokumentieren, daß dieser studentische Verband, der nicht in diese Partei integriert ist, sondern auf freie Partnerschaft Wert legt, daß dieser studentische Verband die volle Unterstützung der Christlich-Demokratischen Union hat.

(Zustimmung)

**Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Dr. Pinger, Rheinland, danach Herr Jürgen Rosorius, ebenfalls Rheinland.

**Dr. Winfried Pinger**: Meine Damen und Herren! Ich habe für den Landesverband Rheinland zu erklären, daß auch wir der Meinung waren, daß die For-

derungen zur Beseitigung des Numerus clausus möglichst konkret gefaßt werden sollten. Nun ist in der Bundesvorstandsvorlage ein Großteil der konkreten Forderungen, wie sie aufgeführt worden sind, jedenfalls in der Neufassung, enthalten.

Es blieben aber übrig die konkreten Forderungen nach Verkürzung der Studiengänge, nach Erweiterung des Lehrangebots, nach dem Studium im Medienverbund und nach Schaffung eines zentralen Fonds beim Bund zur Beseitigung unmittelbarer Engpässe. Wir legen also Wert darauf, daß diese konkreten Forderungen noch eingearbeitet werden. Auf eine konkrete Formulierung kann ich allerdings insofern nicht zurückgreifen. Wir wären zufrieden, wenn das noch vom Redaktionskomitee später eingearbeitet würde. Wir würden aber Wert darauf legen, daß diese konkreten Forderungen noch aufgenommen werden. Danke schön.

**Dr. Hanna Walz:** Die Antragskommission, Herr Dr. Pinger, ist dazu der Meinung, daß Sie das genauso zu Protokoll geben sollten für die spätere Verwendung, wie Sie es eben vorgeschlagen haben, aber nicht über das Studium im Medienverbund, weil das durch den nächsten Paragraphen behandelt wird.

**Lieselotte Pleser,** Tagungspräsidium: Schönen Dank für den Hinweis. Als nächster Herr Rosorius, Rheinland.

**Jürgen Rosorius:** Meine Damen und Herren! Ich bin Herrn Kultusminister Dr. Vogel sehr dankbar für das, was er zum RCDS und über seine Aufgaben gesagt hat. Ich selbst bin langjähriges Mitglied und habe konkrete Erfahrungen mit dem Numerus clausus als AStA-Vorsitzender der Universität Bonn machen können.

Ich möchte nur den hier anwesenden bildungspolitischen Sprechern eines noch einmal ganz deutlich sagen, daß es nicht darum geht, daß eine Fraktion eine Analyse, eine Beschreibung eines Tatbestandes und zu ihr Lösungsmöglichkeiten aufzeigt, sondern daß es darum geht, den bildungspolitischen Skandal des Numerus clausus endlich zu beseitigen.

Und hier, meine Damen und Herren, sind die Finanzminister angesprochen. Die Bildungspolitiker haben nämlich längst erkannt, was notwendig ist. Nur die Finanzpolitiker sind nicht bereit, die Konsequenzen aus diesen zu Recht erhobenen Forderungen zu ziehen.

Und, meine Damen und Herren, wir sollten hier einmal ganz deutlich sagen, daß das Bundesverfassungsgericht den Numerus clausus als verfassungsfeindlich bezeichnet hat, da ein Numerus clausus nur zu rechtfertigen ist zur Abwehr einer vorübergehenden Notsituation an den deutschen Universitäten. Eine vorübergehende Notsituation liegt aber nicht vor, weil wir in vielen Fächern bereits seit 10, 12 und 15 Jahren den Numerus clausus als feste Institution und Einrichtung in unserem Bildungssystem kennen. Ich nenne hier nur Fächer wie Pharmazie, Physik, Medizin. Es ist notwendig, daß wir den

Zusammenhang zwischen Wissenschaft und der Entwicklung des technischen Fortschritts anerkennen und dafür sorgen, daß die Wirtschaft, die Industrie und die Wissenschaft über ausgebildete Spezialisten und über gut ausgebildete junge Leute verfügen. Es ist einfach ein Unding, daß gerade heute in den Bereichen, wo die Industrie nach ausgebildeten Naturwissenschaftlern, nach Chemikern und nach Biologen ruft und sie dringend braucht, daß in diesen Fächern seit Jahren der Numerus clausus besteht.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir sollten auch folgendes sagen: Was nützen uns die besten Vorschläge zur Reform des Krankenhauswesens, was nützt uns die Forderung, die wir zu Recht erheben, Vorsorgeuntersuchungen durchzuführen, wenn wir nicht die Mediziner bekommen, die diese Vorsorgeuntersuchungen durchführen?

Meine Damen und Herren! Wenn wir den Numerus clausus in vielen Fächern weiter aufrechterhalten, dann widersprechen wir nicht nur dem Verfassungsauftrag nach Herstellung von Chancengleichheit, sondern wir erweisen unserer Wirtschaftsordnung, unserer Konkurrenzfähigkeit, in die wir gestellt sind, einen Bärendienst. Längst hat sich gezeigt — die Japaner haben uns das vorgemacht —, daß Bildungsinvestitionen Investitionen für die Zukunft sind und daß die Entwicklung eines wirtschaftlichen Systems von den Investitionen abhängig ist, die ich in die Bildung vorher hineingesteckt habe. Ich kann nur feststellen, daß der Anteil des Bruttosozialprodukts bei uns so niedrig ist wie in keinem vergleichbaren Industrieland. Die Japaner haben bereits vor zehn Jahren doppelt so viel in die Bildung investiert, wie wir es getan haben. Deshalb noch einmal der Appell an die Finanzminister und an die Bildungspolitiker, es nicht nur bei einem Programm zu belassen, sondern endlich zu beginnen, aus dem Programm die Konsequenz zu ziehen und dieses Bildungssystem auch zu finanzieren. Ich danke Ihnen.

**Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir haben zahlreiche Begründungen zur Erweiterung der von der Antragskommission vorgeschlagenen Formulierung zu Punkt 44 gehört. Ich glaube, das dürfte zur Meinungsbildung bei allen nun ausreichend beigetragen haben.

Ich darf zunächst abstimmen über die Anträge zur Erweiterung. Ich möchte zunächst den Antrag Nr. 402 des Rheinlandes aufrufen. Wer für eine Erweiterung nach der unter Antrag Nr. 402 vorgeschlagenen Form seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Meine Damen und Herren, ich darf Sie vielleicht bitten, das Ergebnis optisch noch dadurch etwas ersichtlicher zu machen, daß diejenigen, die diesem Antrag zustimmen wünschen, sich von ihrem Platz erheben. Antrag Nr. 402 ist aufgerufen.

(Diejenigen, die dafür sind, erheben sich.)

Schönen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe.

(Diejenigen, die dagegen sind, erheben sich.)

Das ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag Nr. 402 abgelehnt.

Ich rufe den Antrag Nr. 405 auf. Wer dem Antrag Nr. 405 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenstimmen. — Das erste war eindeutig die Mehrheit. Ich darf aber trotzdem noch einmal bitten, daß sich diejenigen, die zustimmen wünschen, vom Platz erheben, damit das Ergebnis allen übersichtlicher wird, also für Antrag Nr. 405.

(Diejenigen, die für den Antrag sind, erheben sich.)

Ich danke Ihnen. Ich darf zur Gegenprobe aufrufen.

(Diejenigen, die dagegen sind, erheben sich.)

Das erste war eindeutig die Mehrheit.

(Beifall)

Damit ist die Formulierung des Antrags Nr. 405 zum Inhalt der Ziffer 44 geworden. — Bitte, Herr Dr. Vogel.

**Dr. Bernhard Vogel:** Darf ich das Präsidium fragen, wie wir das zu verstehen haben, ob Antrag Nr. 405 an die Stelle von Ziffer 44 oder zu 44 tritt. Ich bitte zu klären, was beschlossen worden ist.

**Lieselotte Pieser, Tagungspräsidium:** Ich habe die Antragsteller so verstanden, daß sie anstelle von Ziffer 44 den Antrag Nr. 405 zu übernehmen wünschen. Wenn das die Meinung der Antragsteller deckt, bitte ich um das Handzeichen. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag zugestimmt haben, um Erklärung, daß sie es so verstanden haben. Ich habe es so aufgefaßt.

(Zurufe: Ja! — Nein!)

Was heißt hier nein? Für den Antragsteller hat noch einmal Herr Graß das Wort.

**Dr. Karl Martin Graß:** Ich darf darauf aufmerksam machen, daß ja schon darauf hingewiesen worden ist, daß sich der Antrag Nr. 405 und die Vorstandsvorlage in einigen Punkten decken. Der Antrag Nr. 405 ist nur ausführlicher. Ich sehe zwischen diesen beiden Anträgen keinen ausgesprochenen Widerspruch. Ich habe meinen Antrag vorhin so eingebracht, daß der Antrag Nr. 405 an die Stelle der Vorstandsvorlage treten soll. Ich glaube, so ist es auch von den meisten verstanden worden.

(Zustimmung)

**Lieselotte Pieser, Tagungspräsidium:** Ich glaube, damit können wir diesen Punkt ebenfalls als abgeschlossen betrachten.

Ich rufe auf Ziffer 45. Zur Begründung hat Frau Dr. Walz das Wort.

**Dr. Hanna Walz:** Die Ziffer 45 beschäftigt sich mit der Ausbildung der Lehrer. Hier sind die Anträge 406 bis 414 zu behandeln. Die Antragskommission schlägt dem Parteitag vor, die Anträge Nr. 407 und 408 sollten in folgender Formulierung angenommen werden: „Je nach Stufenschwerpunkt und Tätigkeitsfeld, die ein Lehrer anstrebt, soll . . .“ dann weiter wie im Text.

Antrag Nr. 409 sollte abgelehnt werden.

Der Absatz 1 ist in Zusammenhang mit den Änderungsvorschlägen zu Ziffer 47, wo der Fernstudien-Medienverbund behandelt werden sollte, und Abs. 2 durch die Anträge Nr. 407 und Nr. 408 erledigt.

Die Anträge Nr. 412, 413 und 414 sind durch die Änderungen aus den Anträgen Nr. 406, 407 und 408 erledigt.

Abgelehnt werden sollten schließlich die Anträge Nr. 410 und 411, da wir uns in einem Parteiprogramm nicht auf so feste Jahre festlegen sollten.

**Lieselotte Pieser,** Tagungspräsidium: Schönen Dank, meine Damen und Herren! Wortmeldungen zu diesem Punkt liegen nicht vor. Ich lasse über den Antrag in der Form der Antragskommission abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Enthaltung. — Bei wenigen Gegenstimmen ist der Vorschlag angenommen.

Ich rufe Ziffer 46 auf. Frau Dr. Walz, bitte!

**Dr. Hanna Walz:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei Ziffer 46 werden die Anträge Nr. 415 bis 419 behandelt. Die Antragskommission schlägt dem Parteitag vor, Antrag Nr. 418 sollte den ersten Satz von Ziffer 46, also des Antrags der Vorstandskommission, wie folgt ergänzen: „Der Lehrermangel kann langfristig nur durch Studienreform und Ausbau der Hochschulen sowie durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Schulen behoben werden.“

Zweitens: Die Anträge Nr. 414 und 419 sollten angenommen werden, so daß Satz 2 des Vorstandsentwurfs nunmehr lauten würde: „Kurzfristig muß der Lehrermangel durch die Einstellung von Assistenten, die Teilzeitbeschäftigung etc. gemildert werden.“

Drittens: Die Anträge Nr. 416 und 417 sollten abgelehnt werden, da sie durch die nunmehr geänderte Ziffer 46 erledigt sind.

**Lieselotte Pieser,** Tagungspräsidium: Schönen Dank! Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen zu diesem Punkt vor. Wer den vorgeschlagenen Ergänzungen bzw. Abänderungen gemäß dem Vorschlag der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen. — Bei wenigen Gegenstimmen angenommen! Ich danke Ihnen.

Ziffer 47! Frau Dr. Walz, ich bitte.

**Dr. Hanna Walz:** Meine Damen und Herren, hier sind die Anträge 420 bis 424 zu behandeln. Die Antragskommission schlägt dem Parteitag vor:

1. Antrag 420 Abs. 1 Satz 1 und Satz 5 — Die jeweiligen Programme usw. — sollte angenommen werden. Die Sätze 2 bis 4 sollten ersetzt werden, durch den Spiegelsatz aus Antrag 402 in folgender Fassung:

„Dazu gehört ein sinnvolles Zusammenwirken von Gruppenarbeit mit Lehrern, Fernunterricht, Hörfunk, Fernsehen, Kassettenfernsehen und Lehrprogrammen.“

2. Die Anträge 421, 422 und 424 sind inhaltlich von der neuen Ziffer 49 erfaßt und abgedeckt.

Der Antrag Nr. 420 Abs. 2 und der Antrag 423 sowie die Ziff. 47 der Vorstandsvorlage sind inzwischen erledigt, da hier ein Staatsvertrag der Länder vorliegt und dies also nicht mehr in unserem Parteiprogramm gefordert werden sollte.

**Lieselotte Pleser, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Frau Dr. Walz. Meine Damen und Herren, so sehr ich es begrüße, daß Sie alle zur zügigen Verhandlung aktiv beitragen dadurch, daß Sie uns keine Wortmeldungen mehr heraufgeben, möchte ich doch noch einmal feststellen, daß niemand in der Abgabe einer Wortmeldung auf diesem Parteitag gehindert wird. Daß also hinterher nicht jemand sagt, er habe sich nicht zu Wort melden können.

Es ist niemand interessiert, gegenüber dem Vorschlag Änderungen vorzunehmen. Wir stimmen deshalb über Punkt 47 ab. Wer Punkt 47 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! — Ich bitte um die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Stimmenthaltungen angenommen.

Ich rufe Punkt 48 auf. Zur Begründung hat Herr Prof. Dr. Braun das Wort.

**Prof. Dr. Walter Braun:** Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Die Anträge 425 und 426 haben sich durch die Beschlüsse zur Ziff. 37 erledigt.

Die Antragskommission schlägt vor, Antrag 429 anzunehmen und Antrag 427 abzulehnen, da dieser zu einer Einengung der Vorlage führen würde. Die Antragskommission schlägt weiter vor, Antrag 428 ebenfalls abzulehnen, da sie der Meinung ist, dieser Inhalt werde durch die Vorlage gedeckt, andererseits der Antrag 428 Vorstellungen wecken müßte, als müßten hier Behörden geschaffen werden.

Antrag 430 empfehlen wir ebenfalls abzulehnen; es würde zu der gleichen eben erwähnten Einengung der Vorlage führen.

**Lieselotte Pleser, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Herr Professor. Wir können über diesen Punkt abstimmen, da auch hierfür keine Wortmeldungen vorliegen. Wer der vorgeschlagenen Fassung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! — Ich bitte um die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe Ziff. 49 auf. Das Wort hat Herr Prof. Dr. Braun.

**Prof. Dr. Walter Braun:** Die Antragskommission empfiehlt, Antrag 431 anzunehmen, und zwar hinsichtlich der Aussage über Bedarfsanalysen. Die Vorlage würde dann lauten, Zeilen 5 und 6: „... sie muß durch eine sorgfältige Bildungsforschung beraten, durch Bedarfsanalyse gestützt...“.

Antrag 432 ist hier nicht zu behandeln. Darüber ist in Verbindung mit Ziff. 108 zu entscheiden.

Antrag 433 würde sich durch Annahme des Antrags 431 erledigen.

**Lieselotte Pieser,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, auch hierzu keine Wortmeldungen. Wenn dem Vorschlag der Antragskommission gefolgt werden soll, bitte ich dies durch Heben der Stimmkarte zu erkennen zu geben. Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe Punkt 50 auf. Ich bitte um Begründung durch den Sprecher der Antragskommission.

**Prof. Dr. Walter Braun:** Die Antragskommission empfiehlt, Antrag 434 anzunehmen, und zwar bis einschließlich c), bis zu dem Wort „einzuräumen“. Damit wäre Antrag 435 ebenfalls erledigt; er ist damit identisch.

Antrag 436 würde durch Annahme von Antrag 434 erledigt sein. Wir empfehlen, Antrag 437 abzulehnen, da er eine Verschlechterung der Formulierung der Vorlage bedeuten würde. Wir empfehlen Ihnen, Antrag 438 abzulehnen, da er durch Annahme von Antrag 434 erledigt würde.

Über Antrag 439 braucht in dem Zusammenhang nicht entschieden zu werden, da diese Fragen entschieden sind, und zwar in Verbindung mit Ziff. 29.

**Lieselotte Pieser,** Tagungspräsidium: Schönen Dank, meine Damen und Herren! Wortmeldungen zur Ziff. 50: Herr Horst Schröder, Hamburg.

**Horst Schröder:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal lassen Sie mich, ich glaube auch für den gesamten Bundeskulturausschuß, meine Zufriedenheit darüber zum Ausdruck bringen, daß dieses Kapitel Bildungspolitik durch einen Abschnitt Bildungsfinanzierung angereichert wird und dazu auch einige etwas konkretere Überlegungen angestellt werden.

Wir hätten uns in der Tat in der Öffentlichkeit nicht mehr sehen lassen können, wenn wir lediglich einige programmatische Aussagen gemacht hätten, ohne auch zum Ausdruck zu bringen, wie das alles finanziert werden kann.

Aber, meine Damen und Herren, bei aller allgemeinen und verbalen Zufriedenheit muß ich doch eine ganz wesentliche Einschränkung vornehmen, denn die entscheidende und konkreteste Aussage ist leider von der Antragskommission gestrichen worden. Und die einzige konkrete Aussage, die in den



gesamten Anträgen enthalten war, war die in Ziff. c) des Antrags 434, wo es hieß: „Die Bildungsausgaben sind in den nächsten fünf Jahren mindestens zu verdoppeln.“

Das ist, ausgehend von einer konkreten Zahl, die wir zur Zeit kennen, nämlich 25 Milliarden, die zur Zeit vom Bund, von den Ländern und von den Kommunen aufgebracht werden, die einzige konkrete Aussage, die im gesamten Abschnitt Bildungspolitik zur Bildungsfinanzierung enthalten ist. Ich meine, daß es ein Unding ist, diese einzige konkrete Aussage hier zu streichen. Ich beantrage, daß diese Fassung wiederhergestellt wird.

Lassen Sie mich das noch durch einen politischen Punkt ergänzend begründen.

Sie wissen, daß von den gegenwärtigen Leistungen, den finanziellen Leistungen im Bildungsbereich, lediglich 6 % durch den Bund aufgebracht werden. 94 % bringen die Länder und die Kommunen auf.

Der Bund ist aber derjenige, insbesondere seitdem wir die neue Bundesregierung haben, die am laufenden Band neue Reformvorschläge und neue bildungspolitische Programme propagiert und angeblich realisieren will, ohne daß der Bund dafür überhaupt die entsprechenden finanziellen Mittel bereitstellt.

Ich meine, daß eine solche Aussage, wie wir sie hier vornehmen würden, daß nämlich die Bildungsausgaben in den nächsten 5 Jahren zu verdoppeln sind, insbesondere die jetzige Bundesregierung in einem politischen Zugzwang bringen würde. Ich meine, wir sollten uns diese Chance nicht entgehen lassen. Lassen Sie mich noch ein Letztes hinzufügen. Wir haben im Bundeskulturausschuß der Partei einmal genau ausgerechnet, was die Realisierung unserer eigenen bildungspolitischen Vorstellungen kosten würde. Ich darf Ihnen sagen: wenn wir unsere eigenen bildungspolitischen Vorstellungen realisieren könnten, würden wir noch nicht einmal mit einer Verdoppelung der gegenwärtigen Bildungsausgaben in den nächsten fünf Jahren auskommen.

Um der bildungspolitischen Glaubwürdigkeit halber müssen wir diese einzige konkrete Aussage zur Bildungsfinanzierung hier auch wahrnehmen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn die entsprechende Fassung wiederhergestellt würde.

(Beifall)

**Lieselotte Pieser**, Tagungspräsidium: Das Wort dazu hat Herr Dr. Vogel.

**Dr. Bernhard Vogel:** Meine Damen und Herren, für den Fall, daß Sie dem Antrag des Herrn Schröder und seiner Wortmeldung zustimmen, bitte ich darauf zu achten, daß unter Buchst. c) des Antrags Nr. 434 der letzte Satz „Deren Bildungsausgaben sind in den nächsten fünf Jahren mindestens zu verdoppeln“ ersetzt wird durch die Formulierung: „Die Summe der Bildungsausgaben ist in den nächsten fünf Jahren zu verdoppeln“.

Es war der Sinn des Antrags Schröder, das insbesondere die Leistung des Bundes zunimmt. Wir können bei der völlig unterschiedlichen Belastung von Bund, Ländern und Gemeinden nicht eine Formulierung beschließen, die etwa davon ausgeht, daß jeweils jeder Anteil zu verdoppeln wäre. Vielmehr wird derjenige, der bisher sehr wenig tut, rasch mehr tun müssen als der, der schon sehr viel tut, der sich sehr viel schwerer tun wird, etwas zu verdoppeln. Also ich bitte, wenn man dem Buchst. c) in dieser Formulierung zustimmen möchte — ich glaube, das ist auch in Ihrem Sinne, Herr Schröder —, nicht „Deren Bildungsausgaben“, sondern „Die Summe der Bildungsausgaben“ zu sagen.

(Beifall)

**Frau Lieselotte Pieser**, Tagungspräsidium: Ich bitte um einen Augenblick Geduld. Hier ist noch eine Geschäftsordnungsfrage zu klären.

Meine Damen und Herren, wir bitten um Nachsicht. Hier ist ein kleiner Regiefehler insoweit unterlaufen, als wir einem Vorschlag der Antragskommission folgen sollten, die Beschlußfassung über die Ziffern 50 und 51 bis zum morgigen Tag zurückzustellen und sie dann wieder im Zusammenhang mit denjenigen Ziffern aufzurufen, die sich mit Finanzierungsfragen befassen.

(Zurufe)

Wir sollten es also morgen aufrufen im Zusammenhang mit den Ziffern 64 und 65.

(Widerspruch)

Das alles hängt mit den Haushaltsfragen zusammen, und ich meine, wir sollten hier nicht ein Programm in einen Raum hineinprojizieren, indem wir die Koordinierung mit diesen wichtigen Voraussetzungen zur Durchführung eines Programms übersehen. Es bedeutet ja nicht, daß wir über diesen Punkt auf diesem Parteitag nicht entscheiden, sondern wir rufen ihn morgen erneut auf. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Verfahren.

(Widerspruch)

Wer mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden ist, mit dem Vorschlag auf Zurückstellung bis zur Behandlung der Ziffern 64 und 65 am morgigen Tag, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe: Das ist die Minderheit)

Die Gegenprobe bitte! —

(Zurufe: Das ist eindeutig die Mehrheit)

Ich erteile Herrn Dr. Heck nochmals das Wort zu dieser Frage.

(Lebhafter Widerspruch)

— Es tut mir leid, Herr Dr. Heck, der Parteitag hat beschlossen, daß wir über diesen Punkt jetzt abstimmen sollten.

(Beifall)

Der Antrag auf nochmaligen Aufruf wird vom Parteitag nicht unterstützt. Deshalb stimmen wir über Ziff. 50 ab.

Ich darf nun vorab aufrufen die vorgeschlagene Erweiterung der Ziff. 50 entsprechend dem Antrag Nr. 435; das scheint mir der weitestgehende Antrag von denjenigen zu sein, die hier vorgelegen haben.

(Zurufe: Nr. 434!)

Zu dem Punkt hat noch Herr Simon, RCDS, das Wort. Zu Antrag Nr. 434 vorab!

**Uwe Rainer Simon:** Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß dieser Parteitag eben dadurch, daß wir beschlossen haben, die Diskussion über die Frage der Bildungsfinanzierung jetzt fortzusetzen, eine sehr richtige Entscheidung getroffen hat, nämlich deshalb, weil es sich an diesem Punkt entscheidet, ob die Priorität der Bildungspolitik von uns so ernst genommen wird, wie sie in Zukunft ernst genommen werden muß von dieser Partei, wenn wir die Bildungsmisere endlich beenden oder sie zumindest zu einem besseren Ende führen wollen.

(Teilweiser Beifall)

Genau das nämlich, meine Damen und Herren, ist der entscheidende Unterschied zu den Sozialdemokraten und auch zu den Freien Demokraten, den wir in diesem Programm beweisen müssen und weshalb wir auch klare und konkrete Aussagen über die Finanzierung unserer Bildungsvorstellungen treffen müssen, weil die SPD uns für die übernächste Generation das Himmelreich auf Erden in der Bildungspolitik verspricht. Genau das ist das, was die Bevölkerung nicht haben will und was wir als CDU auch unter keinen Umständen hinnehmen können.

Deshalb bitte ich Sie, den Antrag Nr. 434 mit dem Zusatz von Herrn Minister Vogel anzunehmen, worin nämlich konkrete Aussagen darüber gemacht werden, wie wir unsere Vorstellungen in der Bildungspolitik realisieren wollen. Wir tun damit uns allen auch insofern einen Gefallen, als wir für längere Frist versuchen können, durch die Bildungspolitik eine wirklich soziale Aufgabe für die Bundesrepublik positiv zu lösen.

Hier muß ich der CDU — lassen Sie mich diese kleine kritische Anmerkung, auch wenn ich mich für die freundlichen Argumente von Herrn Minister Vogel für den RCDS ausdrücklich bedanken möchte, doch sagen —: Es ist zwar richtig, daß in den CDU-regierten Ländern die Bildungspolitik im Endergebnis erheblich besser vonstatten gegangen ist als in SPD-regierten Ländern; das entbindet uns aber, so meine ich, nicht, Herr Minister Vogel, davon, unsere

Anstrengungen in der Zukunft, auch im Bereich der CDU, erheblich verstärken zu müssen, an diesem Punkt hier nun endlich Farbe bekennen zu müssen. Deshalb bitte ich auch die Finanzpolitiker, die bei Fragen der Bildungspolitik ja immer Einwände haben, wenn es darum geht, mehr Geld zu bekommen, hier nun an dieser Stelle ihre Bedenken darzulegen, und zwar nicht aus fiskalpolitischen, sondern aus allgemeinpolitischen Gründen, und zu sagen, ob sie bereit sind, mit uns gemeinsam nun diese Bildungspolitik mit der Priorität zu behandeln, die sie unserer Meinung nach politisch verdient.

Um das zu erreichen, bitte ich Sie, den Antrag Nr. 434 anzunehmen, um damit ein deutliches Zeichen der Alternative zur verfehlten Bildungspolitik der Regierungsparteien zu setzen, aber auch um ein deutliches Zeichen für die Bevölkerung und für die jüngere Generation zu setzen, daß wir nun gewillt sind, die Misere der Bildungspolitik endlich konkret anzugehen. — Danke sehr!

(Teilweiser Beifall)

**Frau Lieselotte Pleser, Tagungspräsidium:** Zum gleichen Punkt Herr Vogel!

**Dr. Bernhard Vogel:** Meine Damen und Herren! Nach fünfeinviertel Stunden wundert es niemanden, wenn die Klarheit gelegentlich leidet.

Ich darf jetzt nur berichten, was der Stand dessen ist, worüber abgestimmt werden müßte.

Die Antragskommission hat Ihnen durch Herrn Braun vorgeschlagen, Ziff. 50 der Vorstandsvorlage durch Antrag Nr. 434 zu ersetzen, jedoch ohne den letzten Satz von Buchst. c und ohne Buchst. d. Daraufhin hat Herr Schröder beantragt, es zwar bei der Streichung des Buchst. d zu belassen, aber bei Buchst. c den letzten Satz mit in den Beschluß aufzunehmen, allerdings dahin geändert, daß es nicht heißen soll: „Deren Bildungsausgaben“, sondern: „Die Summe der Bildungsausgaben“.

Frau Präsidentin, ich empfehle abzustimmen erstens über die Frage, ob Ziff. 50 durch Antrag Nr. 434 ersetzt werden soll,

(Zuruf: Ergänzt!)

— ergänzt — ich habe mich versprochen — werden soll, und zweitens, ob der letzte Satz von 434 c mit aufgenommen werden soll oder nicht. Denn 434 d ist einvernehmlich gestrichen, und hier ist auch kein Antrag gestellt worden.

**Frau Lieselotte Pleser, Tagungspräsidium:** Schönen Dank. — Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung zur Ziff. 50. Ich bitte darüber abzustimmen, ob Sie damit einverstanden sind, daß in der Fassung zum Punkt 50 ergänzend eingearbeitet wird der Antrag Nr. 434 unter Streichung des letzten Satzes von Buchstabe c.

(Widerspruch)

Wir stimmen darüber ab, ob in dieser Form dieser Antrag — —

(Unruhe)

Als erstes stimmen wir in dieser Form ab. Wer dieser Form unter Streichung des letzten Satzes von Buchstabe c seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. —

Buchstabe d war einvernehmlich gestrichen; darüber bestanden keine Meinungsverschiedenheiten. Es ist auch kein Antrag gestellt worden. Wir stimmen deshalb ab, ob wir unter Streichung des letzten Satzes von Buchstabe c den Antrag 434 in die Formulierung zu Ziff. 50 einschließen wollen. Ich bitte noch einmal um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenstimmen. — Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns noch nicht voll darüber im klaren, worüber wir abstimmen.

(Heiterkeit)

Wir stimmen zur Zeit ab über Ziff. 50, ergänzt durch Antrag 434 Buchstabe a, b und c ohne den letzten Satz von Buchstabe c

(Unruhe und Widerspruch)

unter Streichung oder Weglassung des Satzes: „Deren Bildungsausgaben sind in den nächsten fünf Jahren mindestens zu verdoppeln“. Dieser Satz ist gestrichen bei der jetzigen Abstimmung.

(Widerspruch)

Meine Damen und Herren, bei der nächsten Abstimmung stimmen wir über die Wiederherstellung des Antrags Nr. 434 Buchstabe a bis c komplett ab. Das ist doch ganz eindeutig.

Meine Damen und Herren, noch einmal bitte — —

(Zurufe)

Wir sind in der Abstimmung; ich kann jetzt Wortmeldungen nicht entgegennehmen.

Wir stimmen noch einmal ab, und ich darf bitten, sich von den Plätzen zu erheben, um es optisch besser abgrenzen zu können: Für Ergänzung von Ziff. 50 durch Antrag 434 Buchstabe a bis c ohne Schlußsatz. Wer dieser Form seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

(Widerspruch — Zuruf rechts: Sie müssen auch nach hier sehen,  
Frau Präsidentin!)

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht ungeklärte Verhältnisse in diesem Punkt im Raum wissen. Ich möchte bitten, daß wir dann über diesen Punkt mit unseren Stimmzettelblocks Nr. 1

(Beifall rechts)

— ja, nein, Enthaltung — — —

(Zurufe)

Doch, ist angefochten worden. — Bitte, Herr Schröder. Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Schröder.

**Horst Schröder:** Frau Präsidentin, es gehört zu den elementarsten Regeln in jedem Parlament, daß über die weitestgehenden Anträge zuerst abgestimmt wird.

(Beifall)

Der weitestgehende Antrag ist der, die Ziff. 434 mit den Buchstaben a, b und c in der von Herrn Kultusminister Vogel vorgetragenen Form herzustellen.

(Beifall)

**Dr. Bernhard Vogel:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, zur Klarstellung darf ich noch einmal wiederholen, daß die Ziff. c mit dem Wort abgeändert worden ist: „Die Summe der Anstrengungen in den nächsten fünf Jahren“. Das war doch wohl der Kernpunkt, daß der Bund zuzahlen soll, mehr als die einzelnen Länder. Das hätte doch in dieser Debatte hier herausgehoben werden müssen.

Also Buchstabe c mit dem letzten Satz wäre die Summe der Anstrengungen. Es geht um die Abstimmung, ob mit c oder ohne c. Aber wenn mit c: die Summe der nächsten fünf Jahre ist zu verdoppeln.

**Frau Lieselotte Pleser,** Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat das Wort Herr Vogel.

**Dr. Bernhard Vogel:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich sehe keinen Grund zur Verwirrung.

(Beifall und Heiterkeit)

Wenn ich recht sehe, besteht hier in diesem Saal über eine Sache Einvernehmen und über eine Sache nicht. Ich bin der Meinung, die Abstimmung muß doch wohl über das erfolgen, worüber kein Einvernehmen erkennbar ist.

(Beifall)

Es hat hier im Saal offensichtlich niemand etwas dagegen, daß in Ziff. 50 der Vorstandsvorlage — wie von Braunschweig und Hannover beantragt — die Vorlage 434, soweit sie a, b und c bis auf den letzten Satz betrifft, eingearbeitet wird. Es ist aber umstritten, ob dieser letzte Satz — die Summe der Bildungsausgaben sind in den nächsten fünf Jahren mindestens zu verdoppeln — auch dazu soll oder nicht. Und über diese Frage ist ganz offensichtlich eine Abstimmung unerläßlich, weil sonst Mehrheiten hier nicht zu erkennen sind.

(Beifall)

Ich meine also, auch wenn manchen dieser Satz sehr apodiktisch formuliert ist, weil er sehr genau ist, muß darüber abgestimmt werden, ob der Parteitag den letzten Satz von Buchst. c im Programm haben möchte oder nicht. Erst dann kann die Antragskommission vorschlagen, wie die gesamte Ziff. 50 aussehen soll, und dann können wir darüber auch noch abstimmen.

(Beifall)

**Frau Lieselotte Pleser**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir stimmen darüber ab, wer Ergänzung der Ziff. 50 durch Antrag Landesverband Braunschweig und Hannover Nr. 434 mit letztem Satz — Umformulierung, wie Antragskommission vorgetragen — —

(Unruhe — Zurufe)

Ich schlage vor, wir machen jetzt, um alles klarzubekommen, eine Abstimmung einzig und allein über Hinzufügung oder Weglassung des Satzes,

(Beifall)

und zwar des letzten, neu formulierten Satzes. Wer diesen Satz dem Buchstaben c als letzten Satz zuzufügen wünscht, der möge seine Zustimmung zu erkennen geben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Meine Damen und Herren, es ist nicht klar zu erkennen.

(Unruhe)

Wer den Satz hinzufügen möchte, erhebe sich bitte von den Plätzen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist die Mehrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall — Widerspruch rechts)

Meine Damen und Herren, es wird wiederum angezweifelt. Ich darf Sie bitten, daß wir nun mit unserem Block — Ja, Nein, Enthaltung —,

und zwar unter Nr. 1 einzig und allein darüber abstimmen, ob der Satz in der geänderten Form beigefügt werden soll, der stimme mit Ja. Wer diesen Satz nicht darin haben will, der stimme mit Nein!

Ich darf in den Wahlgang eintreten und die Wahlhelfer bitten, ihres Amtes zu walten. Die Abstimmung ist selbstverständlich nur gegen Vorzeigen der roten Stimmkarte möglich. Ich wiederhole noch einmal: Wer für Beifügung dieses Satzes in der geänderten Formulierung ist, der gebe sein Votum Ja ab, weißer Zettel Nr. 1 in der rechten oberen Ecke. Wer dagegen ist: Zettel Nein, rosafarben, in der rechten oberen Ecke! Wer gar keine Meinung hat, kann sich der Stimme enthalten.

(Die Stimmkarten werden eingesammelt.)

Meine Damen und Herren! Ist der Wahlgang beendet?

(Zurufe: Nein!)

Solange wir noch im Wahlgang sind, wird die Verhandlung nicht fortgesetzt. Sind nun alle Wahlzettel abgegeben?

(Erneute Zurufe: Nein!)

Ich darf diejenigen, die ihre Stimme noch nicht abgeben konnten, bitten, einmal die Hand zu erheben, damit die Wahlhelfer sehen, an welchen Kanten es noch klemmt.

Meine Damen und Herren, der Wahlgang ist geschlossen.

Ich rufe Ziffer 51 auf und bitte die Antragskommission um Begründung.

**Prof. Dr. Walter Braun:** Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag Nr. 444 anzunehmen. Sie empfiehlt Ihnen weiter, Antrag Nr. 440 in seinem zweiten Teil ebenfalls anzunehmen. Durch Annahme von Antrag 444 würden sich die Anträge 441, 442 und 443 erledigen.

**Lieselotte Pleser,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wortmeldungen zu diesem Punkt liegen nicht vor. Wer der vorgeschlagenen Formulierung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe Ziffer 52 auf.

**Prof. Dr. Walter Braun:** Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrags Nr. 446. Sie empfiehlt Ihnen weiter die Annahme des Antrags Nr. 452, der dann durch Annahme des Antrags 446 abgeändert wird.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, Antrag 447 nicht anzunehmen, da er eine zu starke Präzisierung bedeutet. Die übrigen Anträge würden sich durch Annahme von 445 und 446 erledigen.

**Lieselotte Pleser,** Tagungspräsidium: Danke sehr. — Es liegen folgende Wortmeldungen vor: zunächst Herr Alfons Müller, Rheinland, dann Frau von Enckevort, Rheinland-Pfalz.

**Alfons Müller:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Kreisverband Kreis Köln beantragt die Errichtung einer europäischen Universität. Ich bitte sehr herzlich, dieser Formulierung so, wie sie im Antrag niedergeschrieben ist, zuzustimmen, weil wir davon überzeugt sind, daß eine solche Einrichtung sehr wesentlich für das weitere Zusammenwachsen der europäischen Staaten sein wird.

Meine Damen und Herren, wir wissen sehr wohl um den Wert und die Bedeutung der bestehenden europäischen Einrichtungen. Wir meinen aber, daß hier eine sinnvolle Ergänzung notwendig ist. Wir müssen zu einem Europa kommen, das von den Menschen auch aus Überzeugung getragen wird, und Europa darf nicht nur ein Europa der Politiker und Diplomaten sein. — Ich bitte sehr herzlich um Ihre Zustimmung.



**Freya von Enckevort:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Junge Union bittet Sie, den Antrag 452 zu übernehmen. Erstens ist hier ein wesentlicher Aspekt enthalten, in dem die Lehrlinge ebenfalls berücksichtigt sind. Ich kann mich da zur Begründung sehr kurz fassen. Über dieses Problem ist an anderer Stelle eingehend gesprochen worden.

Auch wir haben den Antrag zur Errichtung einer europäischen Universität in diesem Antrag, obwohl wir nicht verkennen, daß es natürlich der Idealzustand ist, wenn alle Universitäten europäisch sind. Dennoch meinen wir, daß für eine Zeit, bis es so weit ist, als Symbol eine europäische Universität gegründet werden sollte.

Der Antrag auf ein europäisches Jugendwerk unter schrittweiser Einbeziehung auch junger Menschen aus osteuropäischen Staaten mag vielleicht gegenwärtig etwas utopisch anmuten. Jedoch sagt dieser Antrag ja nichts über die Struktur und Funktionsweise eines solchen Jugendwerks. Das Mögliche in dieser Richtung sollte jedenfalls angestrebt und versucht werden, und so ist dieser Antrag aufzunehmen. — Ich bitte daher, diesen Antrag anzunehmen.

(Beifall)

**Frau Lieselotte Pleser,** Tagungspräsidium: Das Wort hat nun der Sprecher der Antragskommission.

**Prof. Dr. Walter Braun,** Antragskommission: Ich darf es noch einmal wiederholen: Die Antragskommission hat Ihnen empfohlen, den Antrag Nr. 452 anzunehmen. Er ist der weitestgehende Antrag; er würde — was wir ebenfalls empfohlen haben — durch Annahme des Antrags Nr. 446 eine einzige Abänderung erhalten, daß es nämlich nicht mehr heißt „europäische Schulen“, sondern „Europaschulen“.

**Frau Lieselotte Pleser,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf, um die Spannung aufzuheben, das Ergebnis unserer Abstimmung bekanntgeben; es ist, wie ich glaube, einmalig! Zur Abstimmung über Ziffer 50 sind 167 Ja-Stimmen und 166 Nein-Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgegeben worden. Der Schlußsatz ist also drin!

(Beifall)

Es war doch gut, daß wir die Auszählung vorgenommen haben, ich danke Ihnen!

Im übrigen liegt mir hier eine Wortmeldung aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz vor. Den Namen kann beim besten Willen kein Mitglied des Präsidiums entziffern!

(Heiterkeit — Zuruf: Es ist Herr Langes!)

**Horst Langes:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte für den Antrag Nr. 447 sprechen und damit indirekt — wenigstens im letzten Absatz —

gegen den Antrag Nr. 452 der Jungen Union und ebenso gegen das, was der Herr Vorredner hier gesagt hat.

Ich komme aus Trier, aus einem Grenzraum; ich bin also sehr für die europäische Frage aufgeschlossen. Jedoch bin ich der Meinung, daß wir einen falschen Weg gehen — meine Vorrednerin hat es schon angedeutet —, wenn wir eine Europa-Universität in unserem Programm fordern. Was wir fordern müssen, steht im Antrag des Landes Rheinland-Pfalz: „Eine wirkungsvolle Abstimmung der Bildungspolitik der europäischen Staaten muß die volle Freizügigkeit für Schüler und Studenten und“ — jetzt kommt es! — „die gegenseitige Anerkennung der Zeugnisse und Examen . . . gewährleisten.“

(Beifall)

Unsere Universitäten müssen europäisiert werden, und zwar alle! Wir wollen weg von den nationalstaatlichen Universitäten; nicht eine einfache, einzelne Europa-Universität sollte gegründet werden!

(Lebhafte Zustimmung)

Meine Damen und Herren, damit würden wir einen falschen Weg einschlagen. Wir würden dann ein Cambridge für Europa-Studenten und Europa-Universitäre schaffen! Wir brauchen aber Universitätsstudenten in Europa, die an allen Universitäten europäisch ausgebildet und gebildet werden können!

Deshalb bitte ich Sie, den Antrag des Landes Rheinland-Pfalz anzunehmen; denn damit wird die Vorbedingung für diese Forderung erfüllt.

(Beifall)

**Frau Lieselotte Pieser, Tagungspräsidium:** Meine Damen und Herren! Es sind zur Ziffer 52 mit der erforderlichen Unterstützung durch mindestens 30 Delegierte noch zwei weitere Anträge gestellt worden. Zunächst ist das unter der Nr. 971 ein Antrag, der dahin geht, die Ziffer 52 solle als Ziffer 30 nach Ziffer 29 — also zu einem wesentlich früheren Punkt — in das Programm eingefügt werden.

Der zweite Antrag unter Antrags-Nr. 976 fordert, in Ziffer 52 solle nach dem zweiten Satz eingefügt werden: „Unser Bildungssystem muß außerdem so orientiert werden, daß es dem fortschreitenden europäischen Integrationsprozeß gerecht wird.“

Wird dazu für die Antragskommission noch eine Stellungnahme abgegeben?

(Die Vertreter der Antragskommission beraten über die beiden Anträge.)

Die beiden Anträge sind noch in letzter Minute hier eingegangen. Da aber unsere Geschäfts- und Verfahrensordnung eine solche Möglichkeit durchaus einräumt, muß sich die Kommission natürlich erst noch kurz mit dem Inhalt vertraut machen.

Ich würde vorschlagen, um die Zeit auszunützen, sollten wir jetzt Ziffer 50 erneut aufrufen; denn wir müssen ja nach der durchgeführten Abstimmung diesen Punkt noch in toto verabschieden.

Hiermit rufe ich also Ziffer 50 zur Abstimmung in der jetzt entsprechend dem Abstimmungsergebnis geänderten Form auf. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Mit Gegenstimmen bei Mehrheit angenommen! Ich danke Ihnen; Ziffer 50 ist damit ebenfalls erledigt.

Nunmehr hat der Vertreter der Antragskommission das Wort.

**Prof. Dr. Walter Braun**, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, die Ziffer 52 an dieser Stelle beizubehalten. Sie empfiehlt die Annahme des Zusatzantrags: „Unser Bildungssystem muß außerdem so orientiert werden, daß es dem fortschreitenden europäischen Integrationsprozeß gerecht wird.“, empfiehlt aber, diese Fassung in der Präambel des bildungspolitischen Teils unterzubringen, weil der Zusatz von allgemeiner Gültigkeit sein soll.

**Frau Lieselotte Pieser**, Tagungspräsidium: Die Antragskommission empfiehlt Beibehaltung der Formulierung zu Ziffer 52. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen wenige Stimmen ist diese Ziffer so beschlossen. Ich danke Ihnen.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf für die letzte Überschrift des Kapitels II — Forschungsförderung — den Vorsitz übernehmen. Hierzu sind die Anträge Nr. 453 und 454 zu behandeln. Zunächst hat der Sprecher der Antragskommission das Wort. Es spricht Herr Dr. Riesenhuber; ich erteile ihm das Wort.

**Dr. Heinz Riesenhuber**, Antragskommission: Meine Damen und Herren, die Antragskommission schlägt Ihnen vor, die Ziffer 53 in der vorgelegten Form zu akzeptieren. Zu dem Antrag Nr. 453 müssen wir feststellen, daß wir ihn inzwischen inhaltlich in Ziffer 40 des Programms verabschiedet haben; er ist insofern konsumiert.

Zu Antrag Nr. 454 ist festzustellen, daß dieser Programmabschnitt inzwischen weiter gekürzt worden ist. Eine darüber hinausgehende Kürzung ist nicht mehr möglich. Wir bitten, auch diesen Antrag abzulehnen.

Somit empfehlen wir die Annahme der Ziffer 53 und die Ablehnung der Anträge Nr. 453 und 454 aus den genannten Gründen.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Sie haben die Stellungnahme der Antragskommission gehört. Wir haben hier keine Wortmeldungen mehr vorliegen; ich sehe auch keine Wortmeldungen.

Wir kommen also zur Abstimmung über den Antrag der Antragskommission. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Bitte die Gegenprobe! — Ich sehe keine Gegenstimmen; Ziffer 53 ist so angenommen.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich rufe Ziffer 54 auf.

(Zuruf von Frau Schwieres)

Ich kann Sie nicht verstehen, gnädige Frau, kommen Sie bitte ans Mikrofon. Frau Schwieres aus dem Landesverband Rheinland wünscht das Wort zur Geschäftsordnung.

**Frau Maria Schwieres**: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es besteht in meiner Nachbarschaft bei den Abstimmungsberechtigten berechtigter Zweifel über die Abstimmung zu Ziffer 52. Wir sind der Meinung, daß der Antrag der Jungen Union in die Abstimmung mit einbegriffen war. Das hat die Präsidentin nicht ausdrücklich gesagt. Ich stelle den Antrag, über diesen Punkt noch abstimmen zu lassen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Jetzt möchte ich gern Frau Pieser entlasten. Wenn wir ganz ehrlich sind, dann verdient Frau Pieser bei der nicht gerade leichten Situation im Grunde genommen einen großen Applaus, weil sie die Dinge meisterhaft geleitet hat.

(Beifall)

Es war keine leichte Sache. Das möchte ich ausdrücklich sagen.

Wenn der Punkt jetzt noch einmal aufgerufen wird, meine Damen und Herren, dann habe ich nichts dagegen. Dürfen wir noch einmal genau hören: Wir sollen die Endabstimmung wiederholen, nachdem das Ergebnis mit einer Stimme Mehrheit zugunsten der Einführung — —

(Widerspruch)

pardon, Frau Maria Schwieres: 52! Ich bitte um Verzeihung, meine Damen und Herren, es wird später. Es geht also um Ziffer 52 und darum, ob der Antrag der Jungen Union in dieser Form voll aufgenommen wurde. Ich möchte die Antragskommission bitten, dazu noch einmal das Wort zu nehmen, damit das ganz klar wird. Herr Professor Braun, bitte.

**Prof. Dr. Walter Braun**: Die Antragskommission hat empfohlen — ich habe es bereits gesagt — Antrag Nr. 452 anzunehmen und Antrag 445 ebenfalls anzunehmen, wodurch der Antrag 452 in einem Punkt abgeändert wird. Es heißt dann im Antrag Nr. 452 nicht mehr „europäische Schulen“, sondern „Europaschulen“.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich glaube, hierüber besteht Klarheit. Müssen wir noch abstimmen? — Das brauchen wir nicht mehr. Es ist in Ordnung. Alle sind befriedigt. Frau Schwieres stimmt auch zu.

Ziffer 53 ist erledigt. Jetzt kommt Ziffer 54. Herr Dr. Riesenhuber spricht zu den Anträgen Nr. 455 bis 458.

**Dr. Heinz Riesenhuber:** Meine Damen und Herren! Zu Ziffer 54 schlägt Ihnen die Antragskommission folgendes vor: Wir empfehlen die Annahme der Vorlage Ziffer 54. Zu den Anträgen 455 und 456 haben wir inzwischen Regelungen getroffen, die inhaltlich in Ziffer 51 festgehalten sind. Die wesentlichen Aussagen von Antrag Nr. 458 sind im jetzt vorliegenden Text in den Ziffern 53 und 54 enthalten. Zu dem Antrag Nr. 457 ist inzwischen festgestellt, daß der Text Vorschläge zum deutschen Forschungsplan nicht mehr enthält. Man kann sich also auf sie nicht mehr beziehen. Im übrigen ist inhaltlich der einzige Unterschied dieses Antrages gegenüber dem vorliegenden Entwurf das Ende von Abs. 1. Außerdem wissen Sie, daß der Wissenschaftsrat einen entsprechenden Forschungsplan in sein Programm aufgenommen hat. Er entspricht in seiner Konstitution dem Vorschlag, der hier gemacht worden ist. Wir schlagen also vor, Ziffer 54 anzunehmen, die anderen Anträge jedoch abzulehnen, weil sie aus den genannten Gründen entweder überholt oder inhaltlich schon verabschiedet worden sind.

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Riesenhuber. Wir wollen offenbar alle bald zur Einladung von Herrn Köppler gehen; es liegen keine Wortmeldungen vor. Deshalb kann ich gleich zur Abstimmung über Ziffer 54, so wie die Antragskommission sie vorgeschlagen hat, schreiten. Ich bitte um Ihr Zeichen. — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? — Auch nicht. Einstimmig angenommen. Ich danke Ihnen sehr.

Inzwischen ist für Frau Pieser in Anerkennung ihrer Verdienste etwas abgegeben worden. Wir bedanken uns von hier aus in ihrem Namen. Es kommt aus dem Plenum.

Ich darf Ziffer 55 aufrufen. Das Wort hat wieder Herr Dr. Riesenhuber.

**Dr. Heinz Riesenhuber:** Meine Damen und Herren! Zu Ziffer 55 und auch zu Ziffer 56 liegen Alternativanträge nicht vor. Wir empfehlen Ihnen, beide Ziffern in der vorgelegten Form zu verabschieden.

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsidium: Da auch keine Wortmeldungen vorliegen, darf ich fragen, wer mit beiden Ziffern einverstanden ist. Das Zeichen, bitte. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? — Auch nicht. Einstimmig angenommen. Ich danke Ihnen.

Ich darf dann Ziffer 57 aufrufen. Zunächst spricht Herr Dr. Riesenhuber zu den Anträgen 459 bis 461. Antrag Nr. 970 ist in letzter Minute neu eingereicht worden und konnte bisher nicht veröffentlicht werden. Dazu nehmen Sie bitte auch gleich Stellung.

**Dr. Heinz Riesenhuber:** Meine Damen und Herren! Hierzu liegen die ausgedruckten Anträge und der neue Antrag 970 vor, den ich gleich verlesen werde. Wir schlagen vor, Ziffer 57 im wesentlichen anzunehmen. Wir schlagen

gemäß Anträgen Nr. 460 und 461 die logisch richtige Einfügung des Wortes „Museum“ hinter dem Wort „Bibliotheken“ am Anfang der zweiten Hälfte des dritten Satzes vor.

Für den Antrag Nr. 459 mit dem wesentlichen Unterschied am Beginn der zweiten Hälfte den Satz, der beginnt mit: „ Um das kulturelle Leben zu intensivieren, sind für die Trägerschaft ...“, konnte sich die Antragskommission nicht aussprechen. Er enthält sehr detaillierte Darstellungen, die wir in anderen Teilen des Programms nicht ausgeführt haben. Trotzdem sind wir der Ansicht, daß über diesen Antrag getrennt abzustimmen ist.

Es liegt uns schließlich noch der Antrag Nr. 970 vor, der soeben eingegangen ist und den ich verlesen möchte.

Folgender neuer Absatz ist nach Ziffer 57 einzufügen:

„Der kulturelle Austausch sollte besonders innerhalb der europäischen Gemeinschaften intensiviert werden. Die Arbeiten der nationalen Kulturinstitute sind im europäischen Rahmen zu koordinieren.“

Dieser Antrag soll als letzter Absatz von Ziffer 57 aufgenommen werden. Hier empfehlen wir Annahme.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke sehr. Zunächst liegt eine Wortmeldung vor, ehe wir zur Abstimmung kommen. Herr Ludwig aus Westfalen-Lippe, bitte.

**Paul Ludwig**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich spreche über den Satz: „Um das kulturelle Leben zu intensivieren, sind für die Trägerschaft und den Unterhalt kultureller Einrichtungen vor allem in zentralen Orten mit größerem Umland neue Organisationsformen auf regionaler Basis zu schaffen.“ Natürlich ist das etwas detailliert. Worum geht es? Jedermann ist aus vielen Presseberichten bekannt, daß in sehr vielen Mittelstädten ernsthaft erwogen wird, das kulturelle Leben einzuschränken, ja, kulturelle Einrichtungen abzuschaffen, weil die Städte nicht mehr in der Lage sind, dafür die Mittel aufzubringen.

Ich darf Ihnen als Beispiel die Stadt Münster nennen, aus der ich komme — eine Stadt von 200 000 Einwohnern, die u. a. ein städtisches Theater unterhält. Mir scheint, daß es nicht vertretbar ist, daß eine solche Stadt, in der es mehr als 20 000 Studierende gibt, ihr Theater — mindestens zwei Zweige des Theaters, das Musikleben mit Orchester, Oper usw. abschafft, was ernsthaft erwogen wird. Das ist nur ein Beispiel von sehr vielen. Ich könnte Ihnen andere nennen. Sie werden aus Ihren Bereichen ebenfalls Beispiele zur Hand haben. Nun setzen sich aber gerade in solchen Städten mit ländlichem Umland die Besucher zu einem sehr großen Prozentsatz aus Menschen zusammen, die nicht in dieser Stadt wohnen, sondern die zum Teil von weit her aus dem ländlichen Umland kommen.

Der Landesverband Westfalen-Lippe meint, daß man hier, um nicht eine Verödung des kulturellen Lebens aufkommen zu lassen, tatsächlich nach neuen

Formen suchen müsse, um diese Städte etwas zu entlasten. Da die CDU gerade eine Intensivierung des kulturellen Lebens und nicht seine Verödung wünscht, sollte man auch solche Punkte, die sehr, sehr vielen Städten helfen könnten, mit in das Programm aufnehmen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Wir haben die Begründung gehört, meine Damen und Herren. Die Antragskommission schlägt uns vor, daß zunächst die Anträge Nr. 460 und 461 angenommen werden sollen mit der Einfügung „Museen“. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir zunächst über diese Einfügung und die Annahme der Anträge Nr. 460 und 461 abstimmen und daß wir dann über den eben begründeten zweiten Satz von Antrag Nr. 459 ebenfalls abstimmen. Dann haben wir das nach dem Vorschlag der Antragskommission beides bedacht.

Meine Damen und Herren, zunächst also die Abstimmung über die Annahme der Anträge Nr. 460 und 461 mit der Einfügung „Museen“. Wer ist dafür, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr. Gegenstimmen? — Keine. Enthaltungen? — Auch nicht. Dann ist das so angenommen.

Nun, meine Damen und Herren, wollen wir über den Antrag Nr. 459 abstimmen. Er liegt in dem Vorschlag der Kommission — wenn ich das richtig verstanden habe, Herr Dr. Riesenhuber — ohne diesen Satz vor und nach der Begründung mit dem Satz, also voll. Wollen wir zunächst noch einmal die Antragskommission hören?

(Zustimmung)

**Dr. Heinz Riesenhuber**: Dieser Satz, um den es geht, über das kulturelle Leben, kann getrennt abgestimmt werden. Danach kann über den Rest entschieden werden, sodann über den Vorschlag zu Nr. 970.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich meine, daß der weitergehende der volle Antrag Nr. 459 ist; er deckt sich sonst. Ich würde vorschlagen: Wer für die Annahme des Antrages Nr. 459 stimmt, zeigt jetzt mit der Stimmkarte sein Votum. — Danke sehr. Darf ich um die Gegenprobe bitten? — Meine Damen und Herren, der Antrag ist gegen wenige Nein-Stimmen angenommen.

Ich meine, daß wir dann nichts mehr zu tun haben.

(Zurufe)

— Pardon, Antrag Nr. 970, der neu eingereichte. Bitte, Herr Dr. Riesenhuber, dazu noch eine Erklärung, weil niemand ihn in der Hand hat.

**Dr. Heinz Riesenhuber**: Wir haben hierzu Annahme empfohlen. Ich darf ihn noch einmal vorlesen. Nach dem letzten Absatz ist einzufügen: „Der kulturelle Austausch sollte besonders innerhalb der europäischen Gemeinschaften Inten-

siviert werden. Die Arbeiten der nationalen Kulturinstitute sind im europäischen Rahmen zu koordinieren." — Dies als neue Zufügung nach Ziffer 57. Wir empfehlen Annahme.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Sie haben es gehört. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe. — Ich sehe einige Neinstimmen. Enthaltungen? — Ich sehe auch einige Enthaltungen. Die Mehrheit ist dafür. Damit ist die Ziffer 57 abgeschlossen.

Ich rufe Ziffer 58 auf. Es geht um die Anträge Nr. 462 bis 465. Das Wort für die Kommission hat Herr Kultusminister Dr. Vogel.

**Dr. Bernhard Vogel**: Wir schlagen vor, meine Damen und Herren, aus dem Antrag Nr. 465 den letzten Absatz an den Vorschlag des Vorstandes anzufügen. Damit ist auch der letzte Abschnitt des Antrages Nr. 463 erfüllt; nur geht Nr. 465 insofern weiter, als die Meeresküsten hier noch mit enthalten sind.

Außerdem schlagen wir vor, Nr. 462 und 464 abzulehnen, da sie genau diametral entgegengesetzt sind und damit offensichtlich durch die Formulierung von Ziffer 58 das Gewollte klarer ausgedrückt wird.

Wir schlagen also vor: Vorstandsvorlage Ziffer 58 ergänzt durch den letzten Absatz von Nr. 465, beginnend mit „Wäldern“ und endend mit „gemacht werden“.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke schön. Es liegen keine Wortmeldungen vor? — Doch. Zu Nr. 462 spricht Herr Borsche aus Hessen.

**Arnulf Borsche**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten mit unserem Antrag Nr. 462 angestrebt, daß auch die freien Träger zur Bereithaltung von Mitteln für Freizeitgestaltung eingeschaltet werden. Wir glauben, daß man gerade diese fehlende Freizeitgestaltung nicht allein dem Staat überlassen darf, und wir sind deshalb dafür, daß wir auch die freien Träger hier ausdrücklich ansprechen, daß sie eingeschaltet werden.

(Vereinzelte Beifall)

Daher diese Formulierung „Neben den freien Trägern soll der Staat Möglichkeiten zur Gestaltung der Freizeit anbieten.“ Ich glaube, es ist gerade auch von unserer Partei her gesehen grundfalsch, alles dem Staat anzudienen und nicht auch die privaten und die Eigeninitiativen aufzurufen und zu aktivieren.

(Zustimmung)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Ich danke Ihnen für dieses Engagement. — Meine Damen und Herren! Der weitergehende Antrag ist Nr. 462. Nach meinem Dafürhalten müssen wir jetzt Nr. 462 abstimmen mit der Änderung nach dem Vorschlag des Landesverbandes Hessen. Wer für den hessischen Antrag, der eben begründet worden ist, stimmt, den bitte ich um das Hand-



zeichnen. — Danke. Die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Mit wenigen Enthaltungen und bei einigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit angenommen.

(Vereinzel Beifall)

Dann darf ich nach der Änderung jetzt über die Gesamtziffer, wie sie dann weiter vorgeschlagen wurde durch die Antragskommission, abstimmen lassen. Wer dem nunmehr geänderten Antrag und der Ziffer 58 insgesamt seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Zeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe. — Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? — Bei einigen Enthaltungen angenommen.

Ich danke Ihnen sehr. Ich rufe Ziffer 59 auf. Es geht um die Anträge Nr. 466 und 467. Das Wort hat Herr Kultusminister Dr. Vogel.

**Dr. Bernhard Vogel:** Die Antragskommission schlägt vor, Nr. 466 abzulehnen, weil sie der Meinung ist, die Fassung des Vorstandes sei detaillierter und präziser, und schlägt vor, den Antrag von Jülich, der allerdings nicht mehr wohlformuliert ist, in der Form zu berücksichtigen, daß in Absatz 2 folgendermaßen formuliert wird: „Sport muß an allen Schulen Pflichtfach sein und ausreichend angeboten werden“. *Denn, wie vorgeschlagen, eine Festlegung auf eine Pflichtstunde Sport pro Schultag halten wir nicht für zweckmäßig. Aber die Forderung, daß ein ausreichendes Angebot gesichert wird, halten wir für eine auch realisierbare Forderung. Daher dieser Vorschlag, Absatz 2 wie formuliert zu ändern.*

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich habe keine Wortmeldungen hier. Dann kann ich gleich zur Abstimmung über den Vorschlag der Antragskommission kommen. Wer ist dafür? — Danke sehr. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Einstimmig angenommen. Ich danke sehr. Ich rufe Ziffer 60 auf, die letzte für den heutigen Tag. Das Wort hat dazu Herr Dr. Vogel.

**Dr. Bernhard Vogel:** Die Antragskommission hatte zu bedenken, ob die verschiedenen Anträge, insbesondere Nr. 470 und 471, aufgenommen werden können. Sie kam zu der Meinung, daß Sportstätten der öffentlichen Hand oder von der öffentlichen Hand errichtete Sportstätten relativ selten sind, daß deswegen nicht auf sie allein die Öffnungsbeschränkung angewendet werden darf, daß andererseits der Antrag Nr. 472 auf völlige Streichung wohl auch zu weit geht und damit eine entsprechende Nutzung der Sportstätten nicht sichert. Die Antragskommission schlägt deshalb vor, in der vorletzten Zeile der Ziffer 470 das „müssen“ in ein „sollen“ umzuändern.

Sie ließ sich dabei davon leiten, daß es neben großen, mit beträchtlichen Mitteln der öffentlichen Hand geförderten Sportstätten auch sehr kleine, mit sehr geringen Beträgen geförderte Sportstätten gibt, für die man die Träger nicht zwingend auffordern kann, diese mietfrei zur Verfügung zu stellen. Deswegen

die Formulierung des letzten Satzes von Ziffer 60: „Alle geförderten Sportstätten sollen mietfrei zur Verfügung gestellt werden.“

Im übrigen wäre die Antragskommission dankbar, wenn nach der Entscheidung über Ziffer 60 ermöglicht würde, daß die Ziffer über Freizeit hier heute abend praktiziert werden könnte.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für die Begründung und vor allem auch für den letzten Satz.

Meine Damen und Herren, ich habe keine Wortmeldungen hier liegen. Sind Sie einverstanden, daß so verfahren wird, wie uns die Antragskommission vorgeschlagen hat, dann darf ich um Ihr Zeichen bitten. — Danke schön. Die Gegenprobe. — Die Enthaltungen. — Bei einer Gegenstimme — ohne Enthaltungen angenommen!

Meine Damen und Herren, der Abschnitt II ist abgeschlossen. Das Präsidium bedankt sich bei Ihnen, daß wir bis nach 20.30 Uhr mit einem so relativ gut besetzten Plenum arbeiten und wirken konnten. Es unterstreicht unser Interesse an diesem Abschnitt unseres Programms.

Ich darf noch einmal erinnern, der Herr Präsident, Herr Köppler, möchte gern, daß wir morgen, weil es auch um die Rede von Herrn Dr. Barzel geht, Punkt 9.00 Uhr hier versammelt sind, um die Fortsetzung beginnen zu können. Im übrigen freut er sich, daß wir heute abend bei ihm seine Gäste sein wollen. Der Tag ist damit abgeschlossen.

(Beifall)

Ende: 20.42 Uhr.

# Dienstag, 26. Januar 1971

**Beginn 9.18 Uhr**

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren, ich eröffne die heutige Sitzung unseres Parteitages. Ich hoffe, daß Sie alle eine gute Nacht verbracht haben.

Wir beginnen entsprechend der Tagesordnung mit dem politischen Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich erteile das Wort unserem Freund Dr. Rainer Barzel.

**Dr. Rainer Barzel** (mit Beifall begrüßt): Lieber Herr Köppler, verehrte Gäste, liebe Freunde! Der schriftliche Bericht Ihrer Bundestagsfraktion zeigt, daß unsere Arbeit dem entspricht, was wir miteinander auf dem letzten Parteitag in Mainz festgelegt hatten. Dieser Parteitag, der ein wichtiges Programm als Basis unserer Alltagsarbeit verabschieden wird, gibt erneut Gelegenheit, Ihnen, den gewählten Delegierten, gegenüber unsere Politik zu verantworten.

Ein Programm-Parteitag verlangt aber von der Fraktion mehr als einen punktuellen Bericht, auch mehr als Kritik an der Koalition. Da in der modernen Politik die einzelnen Bereiche wie z. B. Gesellschafts- und Außenpolitik nicht voneinander getrennt werden können, wird auch das, was ich hier vorzutragen habe, versuchen, diesen Zusammenhängen zu entsprechen. Das ist auch nötig — und ich möchte dies gleich zu Anfang sagen —, weil die Politik unseres Hauptgegners, die Politik der SPD, in allen Bereichen, also auch in der Außenpolitik — und keiner sollte dies übersehen —, von einem ideologisch-gesellschaftspolitischen Ansatz ausgeht und solcherart Ziele, also sozialistische Ziele, verfolgt.

(Beifall)

Die Ergebnisse der Landtagswahlen beweisen, daß uns seit der Bundestagswahl 1969 — das hatten wir früher nie zu verzeichnen — noch mehr Vertrauen zugewachsen ist. Wir freuen uns darüber; denn diese Tatsachen sprechen für sich selbst. Entgegen den Erwartungen der Koalition wie der meisten in- und ausländischen Beobachter noch zu Zeiten unseres Mainzer Parteitags sind wir nicht verzagt oder zerbrochen, seit wir — zum ersten Male in unserer Geschichte — nicht mehr Kanzler und Bundesregierung stellen.

Weder durch die Rolle der Opposition noch durch die Ergebnisse der Landtagswahlen haben wir uns verführen lassen, etwa unseren Kurs zu ändern. Wir sind weder — und dies wird so bleiben — zu Linksüberholern noch zu Rechtsanpassern geworden.

(Beifall)

Wenn wir, meine Freunde, wie es hier geschieht, auf Schönfärberei verzichten, dann können wir aber aus den Landtagswahlen und aus anderen Erkenntnissen noch mehr Einsicht gewinnen.

Zwar greift das berechtigte Gefühl um sich, wir würden in Bonn unter Niveau regiert, Substanz werde verschleudert, vom Geld über die Rechtsordnung bis zur Außenpolitik; wir würden nicht geführt, sondern verführt durch immer neue Versprechungen, die doch keiner einhalten und bezahlen könne, und der liederliche Umgang mit dem Geld der Steuerzahler wird weitgehend als ein Zeichen mangelnder Solidität gewertet. Gerade diese mangelnde Solidität unterscheidet diese Regierung von früheren Regierungen.

Viele, meine Freunde, die so empfinden — wir wollen uns hier nichts vormachen —, zögern gleichwohl, sich voll für uns zu engagieren. Sie erwarten nämlich, daß unsere Alternative insgesamt noch klarer wird. Niemand, meine Freunde, bezweifelt unsere unbestreitbare kämpferische Kraft gegen Falsches, und alle wissen eigentlich, was wir nicht wollen. Vielen aber ist das, wofür wir kämpfen, noch nicht deutlich genug.

Ebenso wird erkennbar — und ich meine, dies alles muß gesagt werden, wenn wir unsere Politik begründen wollen —, daß Radikalismus von den Flügeln zwar gegenwärtig ohne Chance ist, daß aber zugleich — täuschen wir uns nicht! — die Bereitschaft zur Radikalität der Sachlichkeit, der Sauberkeit, der Fairneß, gegen Manipulationen ebenso anwächst wie die Bereitschaft zu Opfern, wenn diese gerecht verteilt und wohlbegründet sind. Und wir müssen hinzufügen, daß immer mehr Mitbürger meinen, überflüssige parteipolitische Polemik und überflüssiger parlamentarischer Streit sei eigentlich Vergeudung von Kraft und Zeit gegenüber den notwendigen Arbeiten.

Unsere Chancen — als Demokraten wie als Opposition — liegen allein — ob es jeweils populär oder nicht populär ist — in solider Arbeit, in Ehrlichkeit und in Radikalität, wenn es um Prinzipien geht,

(Beifall)

und in der geistigen Aufgeschlossenheit, mit der wir die neuen Fragen der sich rasch wandelnden Welt erkennen und vorurteilslos beantworten.

Unsere Chance liegt nicht in Kurzatmigkeit, liegt nicht in der Hoffnung auf diese oder jene Manipulation, sie liegt allein darin, beständig besser, ehrlicher, tatsächertreu und solide zu sein, meine Freunde. Das ist das erste unserer Alternative.

(Beifall)

Ich habe in Mainz gesagt, und es bleibt sicher so: Wer die geistige Führung gewinnt, der wird die politische dazugewinnen. Es gibt keinen anderen Weg zurück in die andere Seite der Verantwortung. Und deswegen setzen wir unsere Hoffnung nicht auf die Fehler von anderen oder auf sogenannte Zwangsläufigkeiten. Zum Erfolg führt nur, was wir selbst wollen und wie wir es gemein-

sam verwirklichen können, und zwar CDU und CSU in einer Bundestagsfraktion.

(Beifall)

Meine Freunde, ich muß diesem Bericht, der auch Rechenschaft gibt, noch ein Wort hinzufügen. Die notwendigen und so erfolgreichen Zwischenspurts der Landtagswahlen haben manchem Betrachter und wohl auch manchem bei uns den Blick auf die Langfristigkeit unserer Konzeption hier und da verstellt. Wir wollten — und ich spreche dies hier aus — über die Juni-Wahlen — die Herbstwahlen hatten aus meiner Sicht eine andere Perspektive — die Bundespolitik verändern, und dazu stehe ich. Es war uns Ende Mai im Bundestag gelungen, die Bundesregierung so in die Ecke zu drängen, daß die Unterschrift unter das Bahr-Papier nicht, wie vorgesehen, vor diesen Wahlen erfolgte. Man verschob sie über den Wahltag hinaus. Und ein geringfügig anderes Ergebnis für unseren Freund Köppler — und dieser Erfolg wäre eingetreten.

Es hat nun keinen Zweck, hier zu klagen, oder zu klagen, daß wir in diesen drei Ländern — wie später in den beiden anderen Ländern, in Hessen und Bayern — gesiegt, aber gleichwohl die Bonner Dinge nicht gewendet und die Moskauer Unterschrift nicht haben verhindern können. Freilich: Dies war dieses Kampfes wert, und immerhin sind geringfügige Verbesserungen, vor allem die Verklammerung mit Berlin, gelungen.

Meine Freunde, machen wir uns auch in einer anderen Sache nichts vor, und ich sage dies ganz ruhig und wohl wissend, wovon ich spreche: Die Politik der gegenwärtigen Koalition ist langfristig angelegt, über 1973 hinaus. Der Innen- und der Außenpolitik dieser Koalition liegt eine Ideologie zugrunde. „So viel Sozialismus wie möglich“ — dieses Leitmotiv Herbert Wehners wird in allen politischen Bereichen spürbar. Und vergessen wir nie, daß das Godesberger SPD-Programm nach dem Wort Herbert Wehners weder Riegel noch Grenzen kennt, wenn man erst Macht hat, meine Damen und Herren. Wir, meine Freunde, dürfen deshalb nicht meinen, es sei an uns, das Schlimmste zu verhindern. Nein, wir dürfen uns nicht damit begnügen, das Rutschen auf der schiefen Bahn zu verlangsamen. Wir müssen die Kraft, die Geschlossenheit und den kämpferischen Willen finden, einen Wechsel zu erwirken — spätestens 1973, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Denn Sozialismus — und was der bedeutet, habe ich 1965 von dieser Stelle aus im einzelnen dargetan, und Wort auf Wort ist eingetreten — darf im freien Teil Deutschlands, wenn es mit dem ganzen Deutschland und mit Europa gutgehen soll, nicht endgültig einziehen, meine Damen und meine Herren!

(Beifall)

Für die Sozialdemokraten ist der Wahlkampf permanent. Schon jetzt bauen sie die Positionen für 1973 auf und aus. Sie wollen dann die absolute Mehrheit,

damit noch mehr Sozialismus möglich wird. Und schon jetzt, meine Freunde, wird sichtbar, daß vieles anders geworden ist und anders zu werden droht. Substanz ist zerstört: Der Geldwert sinkt, der Arbeitsplatz ist weniger sicher, die Mieten steigen, weniger Wohnungen und weniger Straßen werden gebaut, die Kosten explodieren, die öffentlichen Finanzen sind durcheinander, die Bundesbank warnt und mahnt, und unsere Städte, Kreise und Gemeinden rufen nach Hilfe. Und es war mir interessant, daß sich der Düsseldorfer Oberbürgermeister gestern mit seinem Notruf über seine Finanzen an uns wandte, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Und sehen wir uns um, so müssen wir feststellen: Das europäische Gleichgewicht ist bereits verändert.

Internationale Rechtsnormen werden zu unverbindlichen Deklarationen gemacht. Statt Lösungen von Problemen werden zwielichtige Formeln produziert, welche den Keim neuen Streites in sich tragen, und, meine Freunde, wenn es dann um die Auslegung geht, sind die Moskauer sicher stärker als wir.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Nicht der Frieden ist sicherer geworden, sondern die Macht der Sowjetunion.

(Erneute Zurufe: Sehr richtig!)

Die Pax Sowjetica aber wäre die Friedhofsstille in Europa, wie ein Blick nach Prag beweist.

(Zustimmung)

Zur innerpolitischen Landschaft und zu den Voraussetzungen unseres Kampfes als Partei insbesondere gehört, daß wir auch dies sehen und aussprechen. Die Einwirkung ausländischer, kommunistisch regierter Mächte auf unsere Innenpolitik ist kein Gespenst mehr; wir haben sie bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern erlebt, termingerecht! Das, meine Freunde, wird noch zunehmen.

Schon ist psychologischer Druck unverkennbar, und es geht wohl nicht nur mir so, daß ich mitteilen muß, daß ich in öffentlichen Versammlungen die besorgte Frage bekomme, ob wohl die Sowjetunion die Ablehnung des Moskauer Vertrages und einen parlamentarischen Wechsel in Bonn überhaupt noch zulassen werde. Und Wehner schützt das alles noch durch sein fatales Gerede vom „Desaster“.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Unsicherheit ist in die deutsche Politik eingezogen. Was ist das, meine Freunde, für eine Politik, die als Alternative — so Herbert Wehner — das Desaster hat und die — nach dem Eingeständnis Walter Scheels — Verträge schließt, ohne dafür die Mehrheit im Deutschen Bundestag hinter sich zu

wissen? Das ist wiederum nicht solide, das ist abenteuerlich, das ist gefährlich, und das ist fahrlässig, meine Damen und Herren.

(Zustimmung)

Aber wahrscheinlich ist es etwas ganz anderes. Wir wenigstens tun gut daran, rechtzeitig, nüchtern und vollständig zu begreifen, daß der Kampf um die innere Ordnung wie der Kampf um die außenpolitische Zuordnung des freien Deutschland in ein neues, sehr ernstes Stadium eingetreten ist. Moskau will die Amtszeit dieser Bundesregierung ausnutzen — der schwächsten und kurz-sichtigsten, die wir je hatten. Herr Breschnew hat klar erklärt, daß es nun um die Durchführung des Potsdamer Abkommens, wie er es versteht, in der Bundesrepublik Deutschland geht.

Diesen Druck, meine Freunde, müssen wir aufhalten, ohne uns dadurch in extreme Positionen nach links oder rechts drängen zu lassen. Handelten wir anders, etwa durch ängstliche Anpassung, so stünde in Deutschland ein Vakuum dem andauernden Machtwillen der Sowjetunion gegenüber; denn die SPD, wie wir sie aus der Großen Koalition kannten und kennen, gibt es nicht mehr, meine Damen und Herren.

(Zustimmung)

Wenn diese Analyse — kritisch gegen uns wie gegen andere — stimmt, dann stehen wir vor, nein, in einer unvergleichbar ernstesten Lage und tragen ein besonderes Maß an Verantwortung.

Und darum sage ich: Dies ist nicht die Zeit, auch nur einen Bruchteil unserer Kraft gegeneinander zu verschwenden. Wir brauchen alles zum Kampf gegen andere, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Und dies ist auch nicht die Zeit, etwa blindwütig und tollpatschig um sich zu schlagen. Dies ist die Zeit, in der mit Bedacht, mit Umsicht, mit Geduld und — wo nötig — mit aller Härte — zur rechten Zeit am rechten Ort, nicht überall und immer — zu kämpfen ist. Denn nicht der Applaus aller Freunde heute, nicht die Schlagzeile morgen ist das Entscheidende. Entscheidend ist, ob es uns gelingt, die erkennbaren Gefahren abzuwehren. Allein daran wird uns die Geschichte messen.

Und dies ist nicht etwa nur oder ganz zu allererst ein außenpolitisches Problem. Dies ist mindestens ebenso eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Wir müssen den Rang des Menschen und der Arbeit — ich habe in Berlin davon gesprochen und nehme darauf Bezug —, der Bildung, der Leistung, der Familie und der breiten Eigentumsstreuung, der Selbständigen und des unternehmerischen Risikos richtig sehen.

Und, meine Damen und Herren, nur wenn und solange die freiheitliche Sozialordnung, für die Christliche Demokraten eintreten, nach Gesinnung und nach

Erfolg dem Sozialismus überlegen ist, solange und nur so lange hat eine freie politische Außenpolitik, wie wir sie verstehen, Chance und Basis.

Die richtige Gesellschaftspolitik entscheidet über die Zukunft der Demokratie. Auf diesem Gefechtsfeld wird der friedliche Kampf zwischen rechter oder linker Diktatur einerseits und Freiheit andererseits gewonnen oder verloren.

Ob das Eigentum breit gestreut, ob der Bürger für den wirtschaftlichen Wandel beruflich gewappnet, ob die politischen und die ökonomischen Vorgänge für den Bürger durchsichtig und verständlich sind oder ihm verfilzt und unheimlich erscheinen, ob staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Machtapparate Angst einflößen oder ihrer Tätigkeit, ihrer Ziele und ihrer inneren Ordnung wegen als berechtigt angesehen werden, ob eine politische Landschaft der Zufriedenheit und des Respekts gegenüber der gesellschaftlichen Wirklichkeit oder die Geneigtheit zu sozialer Explosion entstehen — dies alles wird gesellschaftspolitisch entschieden. Somit ist dies die Basis der Freiheit und die Basis der äußeren Politik wie des auswärtigen Friedens.

Diese grundsätzliche Auffassung belegen — in der praktischen Politik Ihrer Fraktion — unter anderem die Konsequenzen und die Initiativen zur Vermögensbildung, zur Bildungspolitik einschließlich der beruflichen Bildung, zur Krankenversicherung einschließlich der Vorsorgeuntersuchung, zum Familienlastenausgleich und zum Krankenhauswesen wie auch unser Verzicht darauf, über die finanziellen Möglichkeiten hinaus Vorlagen einzubringen. Ich hoffe, meine Freunde, daß dieser Parteitag grünes Licht für einen Gesetzentwurf zur funktionsgerechten Mitbestimmung, die ich in Berlin begründet und bejaht habe, geben wird. Wir sind bereit, ihn sehr schnell im Bundestag einzubringen. Die Kommission, in der die CSU mitgewirkt hat, hat die Arbeiten abgeschlossen und wartet nur noch auf den Beschluß dieses Parteitages.

Ein anderes! Die Sorgen unserer Bauern und ihrer Familien sind, so denke ich, unser aller Sorgen. Meine Freunde, wir dürfen sie gerade jetzt nicht allein lassen, und als ein Nichtlandwirt halte ich fest: Wenn die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise — und dies ist der Fall — um 10 Prozent gesunken sind, während die Betriebsmittelpreise um 5 Prozent gestiegen sind, dann helfen nicht mehr Worte und Pläne, sondern allein vernünftige Erzeugerpreise, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich weise in dem Zusammenhang auf unsere Anträge zu sozialen und strukturellen Problemen hin und erwähne unser auch agrarpolitisch begründetes Drängen auf die Verwirklichung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Wir dürfen nicht verkennen, daß infolge der inflationären Tendenz der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auch bisher gesunde und durchaus leistungsfähige landwirtschaftliche Betriebe in ernste Bedrängnis kommen.

Und noch etwas, meine Damen und Herren! Anders als in sozialistischen Ländern ist es uns gelungen, Anteil und Leistungsfähigkeit der kleinen und mitt-



leren Unternehmen zu steigern. Hier werden jetzt aber Gefahren erkennbar, und diese Gefahren sind auch deshalb besonders ernst zu nehmen, weil zwei Drittel unserer Arbeitnehmer in mittelständischen Unternehmen tätig sind.

Diese Unternehmen brauchen — wie alle anderen — eine Wirtschaftspolitik der Stetigkeit, eine Finanzpolitik der Solidität und glaubhafte Anhaltspunkte für unternehmerische Dispositionen. Alles dies — also die Voraussetzungen einer gesunden Entwicklung des Mittelstandes und der Gesamtwirtschaft — gefährdet die unstete Politik der Bundesregierung, und so schwindet — und das kann uns nicht mit Freude erfüllen — das wirtschaftspolitische Vertrauen in die Politik der Koalition dahin.

Auch hier greift Unsicherheit um sich. Immer neue Pläne, deren ökonomische Konsequenz im Dunkeln und deren finanzielle Verwirklichung im Ungewissen liegen, werden verkündet und dann wieder verworfen. Die Koalition, die beinahe allen alles versprach, hat sich übernommen.

(Zustimmung)

Und den Sozialisten in der SPD, meine Damen und Herren, paßt die ganze Richtung nicht. Gewinn erscheint ihnen als Sünde und die unternehmerische Freiheit als Übel. Die Jungsozialisten wollen „systemüberwindende“ Reformen, und Herbert Wehner will den „klassenpolitischen“ Durchbruch.

Professor Giersch hält die Wirtschaftsordnung in unserem Lande für gefährdet, und er begründet das mit einer „emotionalen Welle des Sozialismus“. Und die Bundesbank erklärte am 20. Januar, sie sei „in größter Sorge“.

Das solide Fundament, geschaffen von der Regierung vor dieser — das Fundament also, auf dem die Koalition ökonomisch begann, ist bereits vertan. Sie kennen die einzelnen Etappen. Sie alle sind gekennzeichnet durch rechtzeitige, konkrete Vorschläge der Opposition und deren hochnäsige Ablehnung durch die Koalition.

In diesem Zusammenhang darf ich ein — sehr persönliches — Wort an die Adresse des Bundeskanzlers richten, der dieser Tage in Schleswig-Holstein in die Arme des roten Jochen Steffen sank.

(Heiterkeit)

Ich sage dies deshalb, meine Damen und Herren, damit keiner meint, wir hätten es verlernt, auf Münzen mit der entsprechenden Münze zu antworten; denn Brandt hat sich nicht gescheut und es für richtig gehalten, dort in Schleswig-Holstein in rüdem Tone unseren verdienten Kollegen Stoltenberg auch persönlich anzugreifen!

(Pfui-Rufe)

Das, meine Damen und Herren, kriegt er jetzt hier zurück!

(Lebhafter Beifall)

Wenn Brandt in die Arme Steffens fällt, ist dies eine Verbeugung vor dem Marxismus. Wenn er rüde wird, zeigt dies, daß er unsicher ist und daß seine Entschlußkraft weiter abgenommen hat. Wenn er so redet, zeigt das, was wir in den nächsten Wahlkämpfen zu erwarten haben, und es zeigt, daß dieser Kanzler, wenn er durch Deutschland reist, meint, ein Staatsmann außer Diensten sein zu können, meine Damen und Herren!

(Zurufe: Sehr gut! — Lebhafter Beifall)

Dies nur, damit keiner meint, wir könnten nicht mehr die Münzen wechseln oder man könnte uns hier auseinanderdividieren!

Erlauben Sie mir zu diesem Bereich noch eine prinzipielle Aussage! Denn wir haben hier in Düsseldorf am 15. Juli 1949 die Düsseldorfer Leitsätze verabschiedet, und unter uns befindet sich Ludwig Erhard, der Vater dieser sozialen Marktwirtschaft. Dies war das erfolgreichste Programm, das es in der deutschen parlamentarischen Geschichte gegeben hat. Wir wissen inzwischen aus unserer Geschichte, aus unseren Erfahrungen und aus einem Blick um die Welt, daß es kein erfolgreicherer, gerechterer und humaneres System gibt als die soziale Marktwirtschaft. Dies zeigen nicht zuletzt die krampfhaften Versuche in den sozialistischen Ländern, durch immer neue Reformen ihr System lebens- und leistungsfähig zu gestalten. Die linken Kritiker unserer Ordnung haben bisher nirgends Besseres angeboten. Vielleicht fahren sie einmal in sozialistische Länder, um sich zum Beispiel zu erkundigen, welche Rolle Gewinn spielt.

Wir aber, meine Damen und Herren, dürfen auf diesen Lorbeeren nicht ausruhen. Wir müssen bleiben bei der Dynamik dieser sozialen Marktwirtschaft, und dazu gehört, niemals nur das Erreichte zu bewahren, sondern immer ebenso der solide Fortschritt zum Besseren, zu einer gerechteren und humaneren neuen Wirklichkeit. Dazu gehört, daß wir immer den Mut haben müssen zu überprüfen, was heute ist, nicht selbstgerecht zu sagen, dies sei schon die beste aller möglichen Welten. Denn nur so werden wir für morgen das mögliche und notwendige Bessere auch erreichen!

Zu der Alternative, die wir der Koalition entgegenstellen, gehört also die soziale Marktwirtschaft, gehört ebenso soziale Partnerschaft, und hier sind wir, so hoffe ich, heute abend weiter als diese Koalition mit ihrem mageren Entwurf zu diesen Fragen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dazu gehört solider Umgang mit dem Geld, das der Staat den Bürgern abfordert, dazu gehören solide Reformen. Wir brauchen nicht viele Worte, sondern wenige, und an diese wenigen müssen wir uns halten; so wächst Vertrauen, und das ist nötig; denn die Koalition produziert vor allem Unsicherheit.

Und das auch, meine Freunde, bei jungen Menschen. Viele junge Menschen — wir diskutieren mit ihnen in den Wahlkämpfen und auch sonst — und

gerade solche, die „ja“ sagen zu unserer auf Leistung gegründeten Gesellschaft, haben die Sorge, die ich teile, wir würden über Geldentwertung, unterlassene Investitionen und Wohlstandskonsum heute die Mittel verplempern, die wir an sich investieren müßten für Bildung, Infrastruktur, Umweltschutz und künftiges Wachstum.

Es ist wahr, meine Freunde, daß der investive Teil der öffentlichen Ausgaben des Bundes nicht genügend ansteigt. Es ist wahr, daß wir verhältnismäßig viel Menschen und Geld in Bereichen tätig sehen, die zum Teil schon heute, bestimmt aber künftig kaum noch Wachstum versprechen. Es ist wahr, daß wir manche Subventionen haben, welche mehr den Prioritäten der Wiederaufbauphase als denen von heute und morgen entsprechen. Und es ist wahr, daß Japan uns in der Wirtschaftskraft überholt hat und daß internationale Prognosen uns nicht die besten Zukunftserwartungen zuordnen.

Wir müssen deshalb den Mut und die Kenntnis haben und zeigen, die Stärkung der deutschen Wirtschaftskraft — konkret: des produktiven Bereichs — zu wollen und zu erreichen. Nur dann wird es in allen anderen Bereichen, vom Sozialen bis zur Bildung und der Außenpolitik, gut weitergehen können. Dafür gibt es keine bessere Methode als neben den eben genannten den Kampf gegen Inflations- und Gefälligkeitsdenken. Das bedeutet also: Wer „ja“ sagt zur Priorität A, muß „bitte später“ zur Priorität B sagen. Wer alles auf einmal will, will und schafft in Wahrheit nichts, es sei denn, daß er meint, er könnte „everybody's daring“ sein. Und das ist das Gegenteil von Politik. Wir, meine Freunde, die Bundestagsfraktion, nehmen für uns in Anspruch, rechtzeitig vor dem falschen Denkansatz der Bundesregierung gewarnt und in der Aussprache über die erste Regierungserklärung Brandts erklärt zu haben: „Das Programm der Koalition“ — so sagten wir damals — „bleibt hinter den objektiven Notwendigkeiten der deutschen Politik zurück. Die neue Regierung beginnt mit einer Politik der leichten Hand. Ohne ein Programm, das den gestiegenen Finanzbedarf für investive Zwecke, für Bildungs-, Verkehrs- und Strukturpolitik zusammenordnet, ohne den Blick auf die anwachsende Wirtschaftskraft anderer Nationen, welche unsere Stellung im Welthandel in Frage stellt, wurden Haushaltsbelastungen beschlossen. Es hätte Ihnen, Herr Bundeskanzler, und uns allen besser angestanden, nicht einen fröhlichen Einstand zu geben, sondern die Anstrengungen zu fordern, die unser Land machen muß, wenn es modern bleiben will. Ich fürchte, diese Politik, die sich zu Beginn so billig macht, wird uns am Schluß allen zu teuer kommen.“

(Lebhafte Zustimmung)

Wir können heute nur sagen: Leider ist dies alles eingetreten.

Unterlassene Investitionen heute schmälern unsere Wirtschaftskraft morgen. Diese Bundesregierung ist dabei, weil sie allen alles verspricht, unsere Zukunft zu verspielen, unsere Substanz zu schwächen und aus einem wirtschaftlichen Riesen einen Giganten a. D. zu machen.

(Zustimmung)

Man zog aus mit dem Feldgeschrei „Reformen“. Und nun verschhaut die Koalition auf inflationswunden Füßen und wundert sich noch — nachdem das Fundament für Reformen erschüttert ist — warum wohl in entscheidenden Reformbereichen Rückschritt statt Fortschritt zu verzeichnen ist. Das ist für uns gewiß kein Grund zu Triumphgeschrei; denn es geht um das Schicksal dieses Volkes.

Aber, meine Damen und Herren, ich muß hinzufügen: Wer alles und jedes in Frage stellt, was unser Volk zusammen mit seinen Regierungen und seinem Parlament in 20 Jahren harter Arbeit aufgebaut hat, wer dies in Frage stellt, ohne selbst willens und fähig zu sein, wenigstens das Erreichte gut zu bewahren und zu entwickeln, der — so fürchte ich — will etwas ganz anderes. Er will diese Ordnung in den Fundamenten verunsichern und erschüttern. Die Taktik wird deutlich, obwohl man die Strategie noch verschweigt, meine Damen und meine Herren!

(Beifall)

Lassen wir uns nicht täuschen: Es gehört zur sozialistischen Tradition, über Versprechungen für morgen abzulenken von den Wirklichkeiten heute. Politik aber ist zu messen an den Wirklichkeiten heute, meine Damen und meine Herren!

Zur Außenpolitik zunächst dies: Da ich, wie Sie wissen, zu den Initiatoren des Deutschen Entwicklungsdienstes gehöre — wir haben vor fünf Jahren hier davon gesprochen — fühle ich mich in der aktuellen Frage der Aburteilung des deutschen Entwicklungshelfers Marx besonders angesprochen. Ich möchte von hier aus die Bundesregierung auffordern:

1. die Initiative zu ergreifen für eine baldige internationale Konvention, welche den besonderen Schutz dieser Helfer und aller Fachkräfte sichert, und
2. Entwicklungshelfer nur in solche Länder zu entsenden, die dieser Konvention beitreten und sich an sie halten.

(Beifall)

Die Ostpolitik der Bundesregierung bezeichnet sich selber als eine Politik des guten Willens; aber sie ist vielmehr eine Politik der Schwäche. Sie beruht auf offensichtlich falschen Voraussetzungen. Das Ziel der Ostpolitik, Entspannung in Europa zu erreichen und zu einem modus vivendi im geteilten Deutschland zu gelangen, dieses Ziel wird weder von der Opposition noch von den Verbündeten bestritten. Aber die Ostpolitik der Bundesregierung ist ungeeignet, dieses Ziel zu erreichen. Das läßt sich ziemlich leicht beweisen.

Kaum war der deutsch-sowjetische Vertrag unterschrieben, für die Vorherrschaft der Sowjetunion in Europa also eine neue Tür geöffnet, da meldeten sich die ersten Sendboten Moskaus, um nicht nur in Bonn gegen die politische

Vereinigung des freien Europas zu Felde zu ziehen und den angeblich störenden Charakter dieser Politik mit dem Blick auf ganz Europa warnend zu betonen.

Die Sowjetunion erklärt nun — auch im diplomatischen Verkehr — sie wolle ein Europa, und deshalb sollte man im freien Europa alles unterlassen, was zur politischen Vereinigung des freien Teils Europas führen könne.

Daraus ergibt sich: Die Politik der gegenwärtigen Regierung ist im wesentlichen eine Politik der Anerkennung der sowjetischen Hegemonie über Osteuropa bis hin zur Mitte Deutschlands an der Elbe. Dies fordert zugleich die weitergehenden Ziele Moskaus heraus, nämlich Vormacht über ganz Europa zu sein. Wer sich, meine Freunde, vergegenwärtigt, daß für das deutsche Volk — und zwar auch für unsere Landsleute jenseits der Elbe — der Zusammenschluß mit den Völkern des freien Teils Europas die wahre historische, weil in eine gute Zukunft weisende Wende in der Geschichte Deutschlands und Europas gewesen ist, der versteht, wie nun diese Politik zu werten ist, die eben dieses Neue aufs Spiel setzt. Hier droht, meine Freunde, das Werk Konrad Adenauers zerstört zu werden.

(Lebhafte Zustimmung)

Welche Oberflächlichkeit und welche Unbegreiflichkeit, wenn diese Regierung versucht, sich die Schuhe Konrad Adenauers anzuziehen! Sie sind ihr nicht nur zu groß, meine Freunde. Sie passen nicht; denn diese Schuhe Konrad Adenauers gingen in die gute europäische Zukunft mit ihren Schritten. Das kann man von dieser Regierung nicht sagen.

Ein kleines Beispiel zu der zentralen These am Anfang, daß sich die DDR — wie ihre sowjetische Vormacht — auf diese Politik der Schwäche eingestellt hat, nämlich sogleich durch eine Politik der Stärke ihrerseits, ist folgendes: Nachdem die Bundesregierung im innerdeutschen Handel auf die Widerspruchsklausel verzichtet hatte — bekanntlich war die DDR seit Jahren gegen diese angebliche Diskriminierung Sturm gelaufen —, da führte nun die DDR ihrerseits mit Wirkung vom 1. 1. 1971 eine solche Klausel für sich selbst und gegen uns ein.

Die Kommunisten sprechen eben nicht nur in Festreden und nicht nur durch Leitartikler vom „Sieg ihrer Sache durch Konsequenz“. Ihre Taten — auch in Berlin ist es abzusehen — beweisen, daß sie sich bestärkt und ermutigt sehen, einem schlappen Gegner weitere Vorteile für sich abzutrotzen, nicht aber die Erwartungen zu erfüllen, auf welche hin die Bundesregierung nach ihren eigenen Worten die Unterschriften leistete.

Es ist eben, meine Freunde, ein Triumph der Hoffnung über die Erfahrung, kommunistischen Partnern erst in aller Form zu geben, was sie haben wollen, und dann zu hoffen, die erwartete Gegengabe werde schon großzügig gewährt werden. Bei George Kennan oder bei Paasikivi hätte man nachlesen können,

daß dieses Verfahren verschenkter Vorleistungen ebensowenig zum Ergebnis führt wie die folgenschwere Weigerung dieser Bundesregierung, die Härte der sowjetischen Interessenpolitik zur Kenntnis zu nehmen.

Aber was, meine Freunde, ist unsere Position? Unsere Position ist langfristig. Sie ist so, daß unsere Antworten für alle ostpolitischen Aktivitäten einander entsprechen. Sie gilt, und sie ist praktikabel, ob wir nun gerade diese oder eine andere Seite der demokratischen Verantwortung tragen. Ich verweise insbesondere auf unsere Stellungnahmen — sie sind im schriftlichen Bericht enthalten — vom 26. Mai und vom 10. August, und ich möchte hier wie folgt formulieren:

1. Die deutsche Politik — in den außenpolitischen Hauptfragen am besten von allen Fraktionen gemeinsam getragen und deshalb abgesichert gegen östliche Spaltungsversuche — muß sich immer wieder bemühen, durch Gespräche und Verhandlungen mit allen Mitgliedern des Warschauer Paktes konkrete Ergebnisse zu erreichen, welche die Entspannung fördern, die Zusammenarbeit verbessern, den Menschen helfen und so den Weg zur Lösung aller politischen Streitfragen in einer Europäischen Friedensordnung bereiten.
2. Konkrete Bausteine für den Weg zu einer Europäischen Friedensordnung sind vor allem: Gewaltverzicht, Freizügigkeit für Informationen, Meinungen und Menschen, Jugendaustausch, kulturelle, wirtschaftliche, wissenschaftliche Zusammenarbeit.
3. Wo solche Fortschritte in Vertragsform niedergelegt werden, wird unser Urteil dazu zuerst vom Inhalt und erst dann von der Form der Abrede bestimmt.
4. Bei alledem dürfen weder die Verantwortung der vier Mächte für Deutschland als Ganzes — schon im Interesse Berlins — noch der Vorbehalt des Friedensvertrages noch etwa das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beeinträchtigt werden; denn unser Ziel bleibt — so wie es das Grundgesetz bestimmt —, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden.

Das heißt im Blick auf die aktuelle Lage im Klartext: Ich würde der Fraktion empfehlen, Mitverantwortung für Verträge in gehöriger Form mit der Sowjetunion, mit Polen, der Tschechoslowakei wie mit der DDR nur dann zu übernehmen, wenn deren unzweideutiger Inhalt unwiderrufliche Fortschritte für die Menschen und konkrete, substantielle Bauelemente für eine gesamt-europäische Friedensordnung enthielte und die deutsche Frage in der Substanz zumindest offenbliebe. Die Verträge und Ergebnisse, die uns bisher vorliegen, entsprechen diesen Maßstäben nicht.

(Zustimmung)

Die Bundesregierung aber verbindet mit ihren Unterschriften Hoffnungen und Erwartungen, zum Beispiel befriedigende Berlinregelung, innerdeutsche Ent-

spannung, humanitäre Erleichterungen und vieles mehr. Hier geht es um Punkte, die wir bejahen. Auch deshalb darf unsere abschließende Stellungnahme zu dieser Gesamtpolitik noch nicht erfolgen. Wir wollen uns weder heute noch morgen nachsagen lassen, unser Votum zur Unzeit habe die Bundesregierung der Chance beraubt, konkrete Ergebnisse zu erreichen, die auch wir wünschen.

Nur so handeln wir staatspolitisch, nur so behalten wir Einfluß als Opposition, und so — dessen bin ich sicher — allein werden wir die Regierung von morgen. Heute aber, meine Freunde, muß man schon sagen: Die Koalition mißbraucht die Friedenssehnsucht des deutschen Volkes und unserer europäischen Nachbarn. Die Bundesregierung sagt, sie mache den Frieden sicherer. Warum — so ist dann zu fragen — muß dann die NATO ihre und müssen auch wir unsere Verteidigungsanstrengungen verstärken? Die Bundesregierung sagt, sie bewirke Entspannung und Entlastung. Warum — so fragen wir dann — steigert die Sowjetunion ihre militärische Macht in bedrohlichem Ausmaß im Mittelmeer, in der Ostsee, im Nordmeer, in Mitteleuropa?

Die Bundesregierung sagt, ihr sei mit Moskau ein neuer Anfang gelungen, eine historische Wende. Warum übersieht nun Moskau zum Beispiel beharrlich das dritte NATO-Angebot zu wechselseitiger Truppenverdünnung? Warum wird an der Berliner Mauer weiter geschossen? Ist das Gewaltverzicht?

(Beifall)

Die Bundesregierung sagt, ihre Politik hülfte Berlin. Warum gab es nun Drohung und Erpressung gegen unsere letzte Fraktionssitzung im November 1970 dort ebenso wie gegen eine Konferenz der SPD? Zu Zeiten früherer, weniger konzessionsbereiter Regierungen fanden diese Sitzungen regelmäßig und ohne diese Zuspitzungen statt.

(Vereinzelt Zustimmung)

Es tagten, meine Damen und Herren, die Bundestagsausschüsse, die Fraktionen und — seien wir nicht so kurz im Gedächtnis — noch 1969 tagte die Bundesversammlung, ein Verfassungsorgan, in Berlin und wählte dort den Bundespräsidenten.

(Erneut vereinzelt Zustimmung)

Und jetzt, meine Damen und Herren — dies soll ein Fortschritt sein, es ist ein Schritt fort vom rechten Weg —

(Vereinzelt Beifall)

sucht man Schikanen aus Anlässen, die selbst in Zeiten des „kalten Krieges“ selbstverständliche Gewohnheiten, Rechte und Übungen waren. Ist das die neue Realität der Entspannung?

(Lebhafte Zustimmung)

Diese Bundesregierung sagt, ihre Unterschriften in Moskau und in Warschau wie die unter den Sperrvertrag begründeten Hoffnungen, Erwartungen und bessere Zeiten. Warum ist dann die Mauer, wie sie ist, der Todesstreifen, wie er ist? Wo sind wenigstens Passierscheine, wo Freizügigkeit hin und her, wo Zeitungsaustausch? Hat etwa Verständigungswillen in Ost-Berlin Einzug gehalten? Was hat — so frage ich — irgendein Mitbürger in Deutschland bisher davon, daß diese Bundesregierung Vorleistung auf Vorleistung erbrachte?

(Sehr gut!)

Die Antwort heißt: Niemand und nichts, meine Damen und Herren!

(Erneut lebhaftige Zustimmung)

Und so fragen wir uns oft bei unseren internen Beratungen unserer Fraktion, was uns eigentlich mehr beeindruckt: Dieser immer wieder wiederholte Sieg der Träume über die Wirklichkeit oder die Beständigkeit, mit der durch diese Koalition Tatsachen, die un bequem sind, konsequent ignoriert werden. Wir werden übermorgen in der Debatte über die Lage der Nation das Nötige konkret hinzufügen.

Meine Damen und Herren, auch frühere Bundeskanzler — und dies muß heute gesagt werden — hatten zukunftsweisende Vorstellungen über die schwierigen und schicksalhaften Fragen der Ost- und Deutschlandpolitik entwickelt, haben sie aber immer mit Umsicht solide und immer nur für Gegenleistung ins Spiel gebracht.

Der gegenwärtige Bundeskanzler hat ungefragt bestätigt, daß ihm die Kenntnis der vertraulichen Akten großen Respekt vor der Kühnheit und Weitsicht Konrad Adenauers gerade in diesen Fragen eingegeben habe. Er hätte getrost weiterblättern und dann Ludwig Erhard erwähnen können, dem immerhin Chruschtschow Besuch und Gespräch über alle Fragen hier in Deutschland zugesagt hatte, meine Damen und Herren.

(Zustimmung)

Und er hätte ebenso nennen können Kurt Georg Kiesinger, der Stoph zum Gespräch einlud und den Polen das Recht auf gesicherte Grenzen zusprach und zu Gesprächen auch vor einem Friedensvertrag bereit war. Nein, meine Freunde, vernünftige Entspannungspolitik gab es früher; heute gibt es sie nicht!

(Vereinzelt Zustimmung)

Meine Damen und Herren! Da ich viele der Vorgänge damals wie heute kenne, kann ich der gegenwärtigen Ostpolitik weder Weitsicht attestieren noch Respekt bezeugen. Den Sperrvertrag zu unterschreiben, ohne Euratom gesichert zu haben; den Moskauer Vertrag zu unterschreiben, ohne Berlin vorher gesichert und die Lage der Deutschen in Deutschland verbessert



zu haben; den Warschauer Vertrag zu unterschreiben, ohne die Zustimmung der Betroffenen und die nötigen und möglichen Bauelemente einer europäischen Friedensordnung erlangt zu haben; der Linie an Oder und Neiße denselben Charakter zu verleihen wie der, welche Deutsche von Deutschen trennt; und nun, da alles dies weg ist, um ein Gespräch mit Ulbricht bitten zu müssen, der seinerseits kaltschnäuzig seine Maximalforderungen ohne irgendeine Gegenleistung über die Berlinfrage einstreichen will; das, meine Freunde, ist keine staatsmännische Leistung.

(Beifall)

Nachdem sie — diese Koalition — soviel erwartet hatte und soviel gegeben hat — vorweggegeben hat —, steht sie da und sieht ihre Hände leer. Geplatze Erwartungen sind eben nichts.

Und schon, meine Freunde, lenken sie davon ab, daß sie im Worte stehen, im Wort stehen, alle ostpolitischen Aktivitäten seien eine Einheit. Schon verschweigen sie, daß sie im Wort stehen, es käme nichts zustande, wenn nicht alle Deutschen in ganz Deutschland etwas davon hätten. Sie wollen nicht mehr wahrhaben, daß sie versprochen, Entspannung müsse alles, zuerst Deutschland umfassen.

Wir, meine Freunde, werden dieses so oft und so verbindlich gegebene Wort parlamentarisch einklagen. Es wird nichts geben, wenn nicht die Berlinfrage befriedigend geregelt ist und Entspannung in Deutschland spürbar und unwiderrufbar begonnen hat.

(Anhaltender Beifall)

Wir werden im Bundestag kämpfen, kämpfen gegen eine Politik, die den Sowjets und den Polen alles, dem europäischen Frieden und den Deutschen aber nichts gibt.

Wenn der „neue Anfang“, den der Bundeskanzler aus Moskau versprach, im weiteren Nachgeben in Berlin, in neuen kommunistischen Schikanen und etwa im Sitzenlassen unserer Landsleute in der DDR bestehen sollte, dann wird, dessen bin ich sicher, im Bundestag keine Mehrheit für diese Politik zu finden sein.

(Lebhafte Zustimmung)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung und die Verbündeten wissen, was wir unter befriedigender Berlinregelung verstehen. Dieser Bereich sollte — im Interesse der Berliner — aus dem parteipolitischen Streit heraus und weiter vertraulich behandelt bleiben.

Ich danke unseren Berliner Freunden für die wirkungsvolle und vollständige Zusammenarbeit. Wir, die Bundestagsfraktion der CDU/CSU, werden weder sie noch die Berliner enttäuschen. Wir haben Geduld und wir haben Festigkeit, und auf Druck wird alles dies eher noch stärker, meine Freunde.

(Beifall)

Und wenn Herbert Wehner sein Spiel fortsetzt, immer etwas früher als die Regierung zu sagen, was die Regierung denkt, dann die Hälfte zu dementieren, und in einem Monat ist es dann die Wirklichkeit — wenn er dies gefährliche Spiel mit Berlin fortsetzt und die gemeinsam in Sachen Berlin gefundene Position zerstört, dann ist dies nicht zum Nutzen Berlins, nicht zum Nutzen der Entspannung, sondern nur zum Nutzen von Rissen im Westen, die dann dieser Mann verantwortet, meine Damen und Herren!

(Lebhafte Zustimmung)

Und das kann ich Ihnen sagen, es wird eine schreckliche, schreckliche Kontroverse geben, wenn etwa die Gemeinsamkeit in Berlin willkürlich aus parteipolitischem Anlaß wegen gesuchten Schlagabtausches zerbrochen werden sollte.

(Erneuter starker Beifall)

Meine Damen und Herren, deshalb wiederhole ich meine Frage an die Regierung, die eine ganze Regierung ist, wie sie, diese ganze Regierung, steht, und das wollen wir wissen übermorgen im Deutschen Bundestag, zu der gemeinsam gefundenen Berlinposition. Das ist keine Frage von Erklärungen von Regierungssprechern oder von wie immer geachteten oder verachteten Fraktionsvorsitzenden — das ist eine Frage an die ganze Regierung, an die ganze Koalition, an beide Partner dieser Koalition, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Damit sich keiner herausredet, dies sei vertraulich, will ich hier sagen — und das kann man ohne irgend etwas zu gefährden sagen —, wie wir dies meinen:

Der freie Zugang von und nach Berlin ist keine Sache innerdeutscher Regelungen. Das liegt in der Verantwortung der vier Mächte. Die Sowjetunion selbst muß verbindlich den freien Zugang garantieren und anerkennen, ebenso wie die Zusammengehörigkeit des freien Berlins mit dem freien Deutschland.

Wer das in Frage stellt, bestreitet den Geist des Moskauer Vertrages, wie ihn die Bundesregierung darstellt, und wer das tut, führt damit selbst, wer immer es sei, ob einer in Moskau, einer in Bonn oder wo immer, diesen Vertrag ad absurdum.

Und die Position in Sachen Berlin, die ich hier eben formulierte, ist durch den NATO-Beschluß vom 5. Dezember 1970, dem wir zustimmen, wohl abgesichert. Aber, meine Freunde, es geht — ich sage dies noch einmal, um endlich dieses Mißverständnis unmißverständlich auszuräumen — es geht nicht nur um Berlin!

(Bravo-Rufe und lebhafte Zustimmung)

Die Ostpolitik der Koalition hat bisher keineswegs den Kernpunkt, nämlich die Lage der Deutschen in Deutschland, erreicht, und ich wiederhole: Solange

es hier keine unwiderrufflichen Fortschritte gibt, wird es keine Ratifikation von „Fragmenten“ — ein Wort von Walter Scheel —, keine Ratifikation von Fragmenten geben.

Meine Damen und Herren, nun noch ein Wort zu einem anderen Bereich. Sie wissen, daß ich gerade in Polen war. Andere Kollegen, denen ich danke, hatten dort sehr gut vorgearbeitet. Ich habe dort nicht anders gesprochen als hier und werde hier nicht anders sprechen, als ich es in Warschau getan habe.

Versöhnung beginnt mit der Wahl der Worte und mit dem Ton des Umgangs — hin und her.

Konrad Adenauer hatte mehrfach Polen Versöhnung angeboten. Ludwig Erhard hat in seiner Friedensnote die Hand zum Ausgleich ausgestreckt. Kurt Georg Kiesinger hat den Polen Gespräche und gesicherte Grenzen durch Zustimmung der Völker angeboten.

In dieser Tradition liegt der Antrag der CDU/CSU im Deutschen Bundestag vom 4. Dezember 1970. Diesen Antrag habe ich in Warschau begründet und erläutert. Und der Parteitag wäre, auch wegen des Ergebnisses dieser Reise, von dem ich gleich spreche, gut beraten, diese Politik nicht durch neue Aussagen und Anträge zu stören. Nur ein Friedensvertrag kann endgültig Grenzen festlegen, aber Versöhnung und Gemeinsamkeit zwischen Deutschen und Polen brauchen darauf nicht zu warten.

(Lebhafte Zustimmung)

Ich habe dafür — nicht am ersten Tag und nicht überall, und nicht in allem und nicht bei jedem — doch Verständnis gefunden; in anderen Fragen blieben wir kontrovers. Immerhin wird es, so ist mein zuversichtlicher Eindruck, nun in praktischen Bereichen bald und schon vor einer ja völlig ungewissen Ratifizierung besser gehen. Man ist, so sagte man mir, bereit,

1. die Familienzusammenführung durchzuführen und kein Antragsteller soll dafür Nachteile erleiden;
2. eine deutsch-polnische Industrie- und Handelskammer zu gründen;
3. den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Austausch zu fördern;
4. den deutsch-polnischen Jugendaustausch zu entwickeln;
5. den Reiseverkehr zu entwickeln.

Das, meine Freunde, ist ein Anfang, und das ist konkreter und mehr als das, was Brandt mitbrachte.

Die Geschichte und Europa aber verlangen mehr von Polen und Deutschen, nämlich zu zeigen, wie Nachbarn unterschiedlicher politischer Bekenntnisse und Ordnungen zusammenarbeiten, wie europäische Gemeinsamkeiten und Modelle zum Charakter von Grenzen entstehen. Wir müssen, Deutsche und Polen, miteinander nach vorn und auf Europa sehen, dann wird vieles leichter werden!

Wir aber, meine Freunde, dürfen uns durch nichts den Blick verstellen lassen auf die Notwendigkeit, den Bundesstaat der freien Europäer und die Belebung der Atlantischen Allianz zu wollen.

(Beifall)

Auf diesem Bein lahmt die Koalition! Schon haben sich bewährte Freunde, Freunde, die uns in kritischen Tagen nahestanden, schon haben sich bewährte Freunde, nicht nur in den USA, kritisch und öffentlich zu Wort gemeldet. Nach 10 Schritten Ostpolitik sind 20 Schritte Westpolitik dringlich, und wir sind bereit, die Bundesregierung auch und gerade dann und dort zu unterstützen und nicht allein zu lassen, wo sie etwa in Fragen der europäischen Einheit und in Fragen der atlantischen Solidarität mit ihren Vorschlägen vor den westlichen Partnern steht. Da gehört sie hin, aber nicht hinter die Partner mit der Ausrede, da gibt's noch einen, der noch lahmer ist, als ich es ohnehin schon bin, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall)

Wir stimmen, wie jedermann weiß, dem Stufenplan zur Wirtschafts- und Währungsunion ebenso zu wie der Erweiterung der EWG. Aber, meine Damen und Herren, dies alles wird allein nichts nutzen, denn ich kenne keinen Verantwortlichen im freien Europa, der bereit ist, die Verantwortung für das Geld, die Verantwortung für die Wirtschaft abzugeben auf eine internationale Organisation, wenn es dort nicht mindestens den Ansatz einer gemeinsamen Politik gibt, und deshalb sollte diese Bundesregierung einen Stufenplan zur politischen Vereinigung des freien Europa vorlegen, mit den Reihenfolgen:

obligatorische Konsultation,

— was man jetzt verabredet, ist eine freiwillige Konsultation, meine Damen und Herren —

dann eine politische Koordination,  
politische Kooperation und schließlich  
die politische Union.

So darf ich, glaube ich, für Sie alle sprechen, denn so steht es in unserem Berliner Programm.

Ich füge hinzu: Die Vereinigung des freien Europa ist gegen niemanden gerichtet. Sie ist für uns selbst, und wir unterstützen nach wie vor die Angebote auf europäische Zusammenarbeit mit den Ländern Mitteleuropas.

Aber dies muß ganz klar sein: Der Schatten einer von der Sowjetunion propagierten ungewissen europäischen Sicherheitskonferenz oder die noch nicht sichtbaren Umriss einer gesamteuropäischen Friedensordnung dürfen uns weder heute noch morgen davon abhalten, das zu tun, was im freien Europa mit dem Blick auf seine Vereinigung nötig und möglich ist, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Was ist, so frage ich zum Schluß, die Maxime unserer politischen Entscheidung? Zu Beginn der Arbeit des 6. Deutschen Bundestages haben wir in aller Form erklärt:

„Für uns ist Fortschritt, wo Menschenrechte und ihre gesellschaftliche Basis mehr zur Alltagswirklichkeit werden. Für uns ist Rückschritt, wo Menschenrechte nicht gelten, wo Strukturen sich etablieren, welche sie unterdrücken oder ihre wirksame Entfaltung hemmen.“

Diese Maxime gilt für Innenpolitik wie für Außenpolitik. Und wer nun, meine Damen und Herren, in amtlichen Gedenkreden zum 100. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches verschweigt, daß den Deutschen in der DDR und deshalb zum Teil uns allen die Menschenrechte mit Gewalt vorenthalten werden, wer davon schweigt, obwohl es die Pflicht aller Demokraten ist, zu reden, wenn und wo immer Menschenrechte verletzt werden, vor allem, wenn dies im eigenen Land geschieht, wer so schweigt, der stellt das Fundament in Frage, auf dem er steht!

(Lebhafter anhaltender Beifall)

Wir, meine Freunde, dürfen dies sagen, weil eine 20jährige Wirklichkeit, für die wir die Hauptverantwortung in der Politik tragen, unsere europäische Gesinnung ebenso beweist wie die Tatsache, daß die längste Zeit der besten demokratischen Entwicklung in unserem Lande unter unserem Vorzeichen stand. Und wir dürfen und wir müssen dies so sagen, weil wir auch den bösen Teil unserer Geschichte ebenso in den Knochen haben wie die Lage Deutschlands jetzt. Wir dürfen und müssen sagen: Wir lieben unser Land, und niemand übertrifft uns im Streben nach Sicherheit und Frieden; aber Frieden, das ist eine Sache der Menschenrechte, und wenn andere davon schweigen, werden wir davon reden und dafür kämpfen, und auf dieser Basis werden wir siegen!

(Lebhafter anhaltender Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren, wir danken Herrn Dr. Barzel für diesen Bericht, und ich glaube, ich darf ihn zu dieser Rede beglückwünschen.

(Erneuer Beifall)

Meine Damen und Herren, dieser Bericht unseres Fraktionsvorsitzenden im Bundestag sollte uns auch Anlaß sein, der gesamten Bundestagsfraktion und ihrer Führung für die Arbeit in den letzten 15 Monaten zu danken.

(Beifall)

Sie ist die Speerspitze unserer Opposition in der Bundesrepublik geworden. Meine Damen und Herren, der Bericht steht zur Diskussion.

Ich darf eine Empfehlung von gestern wiederholen, das heißt einen Blick auf das Arbeitsprogramm zu werfen und nicht zu vergessen, daß die Fragen

und die Probleme, die Dr. Rainer Barzel angesprochen hat, auch noch Gegenstand unserer Beratungen des Parteiprogramms sein werden.

Ich habe eine Wortmeldung vorliegen. Das Wort hat Herr Friedensburg von der Exil-CDU.

**Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg** (von Beifall begrüßt): Meine lieben Freunde, wenn ich als Senior dieses Parteitages und als einer der letzten noch lebenden Gründer unserer Partei das Wort zu den Ausführungen unseres Freundes Barzel Stellung nehme, so ist es mir zunächst ein Bedürfnis, ihm auch von meiner Seite und auch als alter Berliner Bürgermeister unseren Dank und unsere Hochachtung, unsere Anerkennung auszusprechen für das, was er uns heute geboten und in all den Jahren für uns geleistet hat.

(Beifall)

Wenn ich aber nun einige Worte der Mahnung und der Warnung hinzufüge, so wolle er darin nicht Kritik oder Nörgelei erblicken, sondern wolle darin das Bemühen eines alten Berliners sehen, Dinge klarzustellen, die uns noch nicht ganz klar genügen erscheinen.

Lassen Sie mich mit einer Äußerlichkeit beginnen. Ich hätte gern am Eingang neben den Fahnen der Länder der Bundesrepublik auch die Fahnen der anderen deutschen Länder gesehen.

(Beifall)

Es wäre eine Möglichkeit, gewiß eine schwache Möglichkeit, aber doch eine Möglichkeit, die Menschen drüben daran zu erinnern, daß wir, wenn wir sie nicht hier unter uns haben, sie doch nicht vergessen haben.

(Beifall)

Zu dem Bericht unseres Freundes Barzel meine ich, daß die Stellung zu den Ostverträgen für viele Menschen draußen im Lande nicht deutlich genug ist.

Ich würde es gern sehen, wenn die ausgesprochene Ablehnung des Grundcharakters dieser Verträge auch in den Äußerungen unserer Fraktion schärfer zum Ausdruck käme.

(Beifall)

Ich sehe keinen Grund, weshalb wir — auch wenn noch irgendwelches mehr oder weniger wohlgefällige Beiwerk erreicht werden sollte — diesen Verträgen zustimmen sollten.

Gestern ist von unserem Freund Kiesinger mit Recht darauf hingewiesen worden, daß wir ja nicht unter Zwang handeln. Der Versailler Vertrag ist unter Zwang zustande gekommen, weil die bisherigen Siegermächte drohten, weiteres deutsches Gebiet zu besetzen und weil sie die Hungerblockade fortsetzen wollten, die unsere Frauen und Kinder umzubringen drohte. Aber wir

stehen unter keinem wie immer gearteten Zwang und haben also von dieser Seite her keinerlei Entschuldigung.

(Beifall)

Wir haben aber auch keine wie immer geartete Gegenleistung zu erblicken. Die schönen zehn Telefonleitungen, von denen wir heute in den Zeitungen lesen, sind doch ein wahrer Hohn auf die Tatsachen. Wenn auf der einen Seite in Berlin 2,1 Millionen und auf der anderen Seite 1,1 Millionen Menschen wohnen, so müßten wir 10 000 Telefonleitungen haben. Zehn sind, gemessen am Bedürfnis, tatsächlich eine völlige Nichtigkeit, die uns nur betäuben und irreführen soll.

(Beifall)

Es bleibt also einzig in den erkennbaren Motiven unserer Bundesregierung die moralische Wiedergutmachung, und ich gehe nicht fehl, wenn ich in dem weitverbreiteten Bild des vor den Gräbern des Ghettos in Warschau knienden Bundeskanzlers eine Mahnung zu dieser tätigen Buße erblicke. Mir wäre wohl, wenn ich daneben auch das Bild des Herrn Kossygin erblickte, der von den Gräbern von Katyn kniete.

(Beifall)

Es würde, wenn wir schon von der Pflicht zur moralischen Wiedergutmachung sprechen, überzeugender sein, wenn eine gewisse Gegenseitigkeit auch in dieser moralischen Wiedergutmachung läge.

Und es bringt uns auch die Sorge, daß wir moralische Wiedergutmachung dafür leisten, daß die Sowjetunion den Beuteanteil aus gemeinsamer Gewalttat für sich behält und wir dafür dann den beraubten Polen unsere schönsten Provinzen abtreten sollen.

(Beifall)

Ich führe das an, weil mir die Motivation der moralischen Wiedergutmachung in diesem Zusammenhang in keiner Weise einleuchtet. Ich meine, wir sollten uns dort auch nicht irreführen lassen, sondern sollten zu einer klaren und harten Entschließung auch in dieser Frage kommen.

Das Junktim mit Berlin — von unserem Freunde Barzel vorhin ganz recht mit „Verklammerung“ bezeichnet — erweckt in mir etwas Unruhe und Sorge. Ist es nicht vielleicht so — ich bitte meine Freunde in der Fraktion, der ich so viele Jahre selbst angehört habe, das zu berücksichtigen —, daß wir uns hier unter Umständen eine Fessel anlegen, die uns zu Zustimmungem führen könnte, die wir normalerweise nicht gerne verantworten würden?

(Beifall)

Wird nicht vielleicht doch der eine oder andere schwach genug sein, um zehn Telefonleitungen, eine Zusage über eine bessere Abfertigung in Babels-

berg und in Helmstedt als ein genügendes Zugeständnis anzusehen, um dann den großen Vertrag doch vollziehen zu können? Ich warne davor, Zugeständnisse als wertvoll oder als befriedigend anzusehen, die von der anderen Seite jederzeit und ohne daß völkerrechtlich oder weltpolitisch etwas dagegen getan werden könnte, wieder zurückgenommen werden könnten.

Als alter vielgeprüfter Befahrer der Interzonenstrecke warne ich davor, Zugeständnisse gerade in dieser Frage als bedeutsam anzusehen. Es mag die Sowjetunion, es mag sogar die DDR — die sogenannte — Zugeständnisse machen — sie können jederzeit unter irgendeinem Vorwand wieder nichtig gemacht werden, und wir geben grundsätzliche Positionen auf um flüchtiger und vergänglicher Augenblicksvorteile willen. Davor möchte ich auch als Berliner warnen, und ich glaube, ich kenne die Berliner gut genug, um sagen zu können: Wir halten lieber noch ein wenig länger aus, nachdem wir 25 Jahre das erlebt haben, als daß wir hier einer Regelung zustimmen, die uns auf die Dauer nur schaden könnte.

Da ich an die Einhaltung der Redezeit erinnert werde, lassen Sie noch eine Mahnung eines sehr alten Parteifreundes über sich ergehen! Scheuen wir uns nicht so sehr, den nationalen Gedanken lebendig werden zu lassen!

(Lebhafter Beifall)

Ich habe genug in meinem Leben geopfert im Kampfe gegen einen falschen und übersteigerten Nationalismus, um jetzt wenigstens das Recht zu haben, unseren Freunden zu sagen: Bleiben wir dabei, daß unsere Zukunft ohne die Betonung unserer nationalen Gedanken, unserer nationalen Interessen und unserer nationalen Würde nicht gesichert werden kann! Wir brauchen uns nur umzusehen, um zu wissen, daß ein Deutschland, das auf den nationalen Gedanken verzichtete, einen weißen Fleck auf der Weltkarte bilden würde. Die ganze Welt ist heute genauso national wie immer, und die Behauptung, daß der nationalstaatliche Gedanke im Aussterben sei, ist einfach nicht richtig; sie deckt sich nicht mit der Wirklichkeit draußen.

(Beifall)

Die Zukunft liegt, wenn ich das zum Schluß mahnend sagen darf, darin, daß wir das notwendige Gleichgewicht finden zwischen den internationalen und den nationalen Gedanken. Wir sind auf diese Welt gesetzt worden, um Harmonie zu finden zwischen dem Individuum, der Nation und der Menschheit, und jede Vernachlässigung eines dieser Punkte führt nur zum Unheil. Wir haben das in unserer Geschichte oft genug erlebt. Wenn wir heute das Individuum überbetonen und Wolkenkuckucksheimen nachlaufen, meine Freunde, dann fehlt der Kern, dann fehlt das Bekenntnis zu unserer Nation, und ohne das werden die Probleme der Zukunft nicht gelöst werden.

(Lebhafter Beifall)



**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank, Herr Professor Friedensburg! Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit darf ich diesen Punkt abschließen und jetzt zunächst sehr herzlich in unserer Mitte Herrn Ministerpräsidenten Dr. Filbinger begrüßen, der aus Paris zurück ist

(Beifall)

und der heute zum erstenmal hier unter uns als der neugewählte Vorsitzende des neuen Landesverbandes Baden-Württemberg ist. Dazu herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, ehe wir jetzt mit Tagesordnungspunkt 10 — Beratung des Programmwurfs — fortfahren, darf ich Ihnen noch eine technische, aber, wie ich glaube, erfreuliche Mitteilung machen.

Gestern war, wie Sie wissen, der erste Ausgabetag der neuen Zweimarkstücke mit dem Porträt Konrad Adenauers. Die Bundesgeschäftsstelle hat für den Parteitag 1 500 dieser nagelneuen Zweimarkstücke besorgt, und ab 12 Uhr können Sie im Tagungsbüro — bei der Kassenlage unserer Partei selbstverständlich nicht in Empfang genommen, sondern — umgetauscht werden gegen anderes Geld.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum nächsten Punkt der Tagesordnung, zu Punkt 10, und ich darf Herrn Kollegen Hasselmann bitten, nun das Präsidium zu übernehmen.

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsidium: Meine verehrten Damen und Herren! Mir ist der Vorschlag zugeflüstert worden, daß wir mit Rücksicht darauf, daß wir die ersten sein werden, die das neue Zweimarkstück mit Adenauerkopf in Besitz halten wollen, zweckmäßigerweise zur Unterstützung des Bundeschatzmeisters, unseres Freundes Schmücker, das neue Zweimarkstück gegen ein Fünfmückstück eintauschen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn der Parteitag damit einverstanden ist, dann bitte ich um das Zeichen.

(Zurufe)

Er ist! Vom Parteitag kommt keine Gegenstimme. Das finde ich ganz großartig.

(Zurufe)

Für fünf Mark bekommen wir zwei, aber neu.

Meine Damen und Herren! — Pardon, hier sind einige Glücksbringer.

(Schornsteinfeger treten an den Vorstandstisch)

Meine Damen und Herren, ich rufe im Rahmen des Tagesordnungspunktes 10 Kap. III. unseres Programmwurfes auf: Die Soziale Marktwirtschaft — Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

Zunächst geht es um die Behandlung der Überschrift.

(Beifall)

Aha, die Glücksbringer sind jetzt bei Herrn Dr. Barzel.

(Die Schornsteinfeger haben sich mit einem Blumenstrauß zu Dr. Barzel begeben.)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir können weitermachen. Es geht zunächst um die Überschrift und im Zusammenhang mit ihr um den Antrag 473 zum Verfahren und zweitens um die Empfehlung der Antragskommission.

Zunächst hat für die Antragskommission Herr Dr. Riesenhuber das Wort.

**Dr. Heinz Riesenhuber:** Meine Damen und Herren, die Antragskommission nimmt zur Überschrift in folgender Weise Stellung. Wir schlagen vor, den Antrag 473, der hier als einziger zu behandeln ist, abzulehnen. Wir empfehlen, die vorgelegte Überschrift der Vorstandsvorlage beizubehalten. Sie scheint uns präziser, sie scheint uns politischer und aussagekräftiger. Wir bitten, entsprechend abzustimmen.

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich danke Herrn Dr. Riesenhuber.

Ich habe im Interesse derjenigen Mitglieder und Delegierten des Parteitages, die hinten sitzen, die Bitte, daß hier vorn nur Pressevertreter auftreten und alle anderen auf ihren Plätzen verbleiben. Sonst kann auf den hinteren Bänken gar nicht verfolgt werden, was hier eigentlich geschieht.

(Beifall)

Alle, die Sie also abstimmen und Stimmzettel in der Hand halten, nehmen Sie bitte Ihre Plätze ein und lassen Sie den Pressevertretern das Vorrecht hier. Dann haben auch unsere Teilnehmer auf den hinteren Bänken die Möglichkeit, etwas zu sehen.

Sie haben gehört, daß die Antragskommission die Ablehnung empfohlen hat. Ich glaube, ehe wir zur Abstimmung kommen, sollten wir die Antragskommission auch noch zur Gliederung hören. Herr Dr. Riesenhuber, wollen Sie dazu auch das Wort nehmen?

**Dr. Heinz Riesenhuber:** Meine Damen und Herren, zur Gliederung liegen die Anträge 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482 und 483 vor. Diese Anträge sind hier zu behandeln. Die Antragskommission schlägt folgendes vor:

Zunächst sind zu behandeln die Anträge Nr. 474 und 475. Inhaltlich fordern sie eine besondere Ziffer für Schifffahrt und Werftindustrie einerseits im Antrag

474 und zur Außenhandelspolitik andererseits im Antrag 475. Wir empfehlen in beiden Fällen aus systematischen Gründen die Ablehnung. Einzelne Wirtschaftsbereiche, wie es hier für die Wirtschaftsbereiche Schifffahrt und Werftindustrie gefordert worden ist, sind in dieser Spezialität an keiner Stelle des Programms angesprochen, und wir sollten es auch hier nicht tun.

Der Punkt Außenhandelspolitik ist inhaltlich in zwei Bereichen des Programms abgedeckt. Er ist einerseits im Kapitel Strukturen unter 69 und 70 entsprechend abgehandelt und wäre, wo noch sachliche Differenzen vorhanden sind, dort zu behandeln, andererseits in der Ziff. 66 zur Finanz- und Steuerpolitik. Wir empfehlen also zu diesen beiden Anträgen 474 und 475 Ablehnung.

Danach sind systematisch die Anträge 476 und 481 zu behandeln. Bei diesen Anträgen geht es darum, daß die Ziff. 86 bis 103 systematisch in das Kapitel IV übernommen werden sollen. Sie werden feststellen, daß es sich bei diesen Ziffern um die Abschnitte Familie, Frau, Jugend, soziale Sicherung, Gesundheit und Vermögensbildung handelt. Wir sind hier allerdings der politisch unterschiedlichen Auffassung, daß diese Bereiche in den Bereich der sozialen Marktwirtschaft als Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung gehören. Wenn man diese Bereiche hier herausnehmen würde, würde das nichts anderes bedeuten, als daß man im Bereich der sozialen Marktwirtschaft als Grundlage einer Gesellschaftsordnung schließlich nur noch wirtschaftspolitische Sachbereiche abhandelte. Das würde der Überschrift nicht gerecht, und das wird vor allem dem politischen Anliegen dieses unseres gesellschaftspolitischen Konzepts nicht gerecht. Aus diesem politischen Grund empfehlen wir hier Ablehnung. Wir müssen die Einheit von Sozialpolitik, von Gesellschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft beibehalten und noch einmal herausstellen.

Systematisch ist schließlich der Antrag 480 zu behandeln. Im Antrag 480 geht es ebenso wie in dem vorhergenannten Antrag darum, daß Teilbereiche, hier nämlich die Frage Familie und Jugend, in den Abschnitt IV — Bürger, Staat, Gesellschaft — verwiesen werden. Aus den gleichen politischen Gründen, die wir soeben genannt haben, würden wir auch hier Ablehnung empfehlen.

Es folgt in der systematischen Gliederung die Behandlung des Antrags 477. Er verlangt, daß die Ziff. 101 bis 103 zur Vermögenspolitik hinter die Ziff. 71 zu setzen sind. Hier schlägt die Antragskommission Annahme vor. Es ist offensichtlich, daß ein politischer und auch ein innerer Zusammenhang, der sich auch in der Diskussion zeigen wird, zwischen der Vermögensbildung und zwischen der Mitbestimmung besteht. Diesen Zusammenhang soll man nicht trennen. Wir empfehlen, dem Antrag nachzukommen.

Wir haben mit dieser Empfehlung zu dem Antrag 477 die Anträge 478, 479, 482 und 483 abgedeckt bzw. erledigt. Diese Anträge stehen damit gemäß dem Votum der Antragskommission nicht zur Zustimmung offen.

Ich fasse zusammen: Gemäß den Empfehlungen der Antragskommission schlagen wir vor, bei der Überschrift den Antrag 473 abzulehnen, und im

weiteren abzulehnen die Anträge 474, 475, 476, 480 und 481. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags 477 und lehnt deshalb, weil sie die Annahme des Antrags 477 empfiehlt, die Anträge 478, 479, 482 und 483 ab. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Riesenhuber. — Darf ich, meine Damen und Herren, damit dieses Kapitel — ein uns alle bewegendes — für jeden verständlich diskutiert werden kann, den Parteitag bitten, besonders hier vorn möglichst Ruhe zu bewahren. Sonst ist man hinten — so ist mir berichtet worden — nicht in der Lage, richtig zu verfolgen, um was es hier geht.

(Beifall)

Wir tun uns damit wohl alle einen Gefallen.

Meine Damen und Herren, es liegen Wortmeldungen vor.

Zunächst hat das Wort Herr Dr. Stoltenberg.

**Dr. Gerhard Stoltenberg** (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unabhängig von der Reihenfolge unserer Beratungen und auch der formalen Gliederung unseres Programms wird die programmatische Aussage der Union zur Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik immer ein Kernstück unserer Gesamtpolitik, unseres Selbstverständnisses und unseres Profils für andere sein. Ich glaube, dies liegt in der Sache ebenso begründet wie in der politischen Geschichte der Bundesrepublik und der Union selbst. Unser Programm ist seit 1949 das der Sozialen Marktwirtschaft.

Es ist in dieser Zeit rasch wechselnder Begriffe, Vorstellungen und auch Moden schon fast ein ungewöhnlicher Sachverhalt, daß wir uns klar dazu entschlossen haben, diesen Begriff, der in der Nachkriegszeit geprägt wurde, auch für die siebziger Jahre als Grundlage unseres Wirtschaftskonzepts zu bestätigen.

(Beifall)

Ich glaube, daß sich darin bestimmte Tatbestände widerspiegeln. In den fundamentalen Einsichten — und das macht auch der Entwurf, der uns zur Beratung vorliegt, ganz klar — ist die Soziale Marktwirtschaft unverändert gültig. In ihrer Ausgestaltung allerdings und in der konkreten Anwendung auch zum Teil völlig neuer Erfordernisse der Gegenwart und Zukunft müssen wir sie ständig neu entwickeln und neu bedenken.

Unser Programmentwurf ist gerade in diesem Punkt kritisch von vielen in der politischen und publizistischen Vordiskussion behandelt worden, zum Teil mit ganz entgegengesetzten Wertungen. Die einen haben gemeint, es gebe in dieser Partei gerade auch im Zusammenhang mit der Diskussion über Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik einen gefährlichen Ruck nach links. Die anderen haben geschrieben, hier habe sich in der Fassung des Partei-

vorstandes konservatives Beharren durchgesetzt, die Korrektur kühnerer Konzepte und Forderungen.

Wer sich, meine Freunde, die Mühe macht, den uns vorliegenden Text und auch die ernsthaften Alternativen, über die wir zu entscheiden haben, wirklich zu lesen, der wird feststellen, daß diese Klischees falsch sind, daß sie nicht stimmen.

(Zustimmung)

Das erste Dokument, die erste programmatische Aussage zur Sozialen Marktwirtschaft, waren die Düsseldorfer Leitsätze des Jahres 1949, verbunden mit den Namen Ludwig Erhard, Franz Etzel, Franz Böhm, Theodor Blank und anderen. Von ihnen führt eine Linie über das Berliner Programm des Jahres 1968 bis zu dem neuen Entwurf, über den wir heute beraten. Und ich glaube, daß hier im Vergleich der Texte klar wird, wie jene fundamentalen Einsichten gültige Einsichten geblieben sind, wie aber auch diese Union sich bemüht und sich bemühen muß, sie konkret weiterzuentwickeln auf neue moderne Herausforderungen und Aufgaben hin.

Eines bleibt, wie ich glaube, gültig auch für die siebziger Jahre, was 1949 formuliert wurde: *Jeder Bürger dieses Landes, jeder Betrieb hat im Rahmen der für alle geltenden Gesetze an Stelle einer lenkenden Behörde Herr seiner wirtschaftlichen Entscheidungen und Entschlüsse zu sein. Es bleibt die Einsicht in die produktive Kraft des Wettbewerbs, die Freiheit der Konsumwahl in der engen Verbindung mit der zumutbaren Eigenverantwortung und Freiheit gegenüber der Übermacht des Staates, der Bürokratie oder gesellschaftlicher Großorganisationen. Es bleibt das Prinzip der Machtverteilung auch in der Wirtschaft, die Sicherung des Wettbewerbs, die wir zu verbessern und zu vervollkommen haben, und der große Wert personalen Eigentums neben dem notwendigen System sozialer Sicherung und Reform. Dies sind die bleibenden Grundsätze in allen drei Texten.*

Dieser direkte Zusammenhang ist, glaubé ich, auch zwischen einem funktionierenden Markt und dem Vertrauen der Konsumenten in den Geldwert gegeben. *Schon in den Düsseldorfer Leitsätzen von vor 21 Jahren finden wir jene Aussage, die eine so eminent große aktuelle Bedeutung hat angesichts der finanzpolitischen und währungspolitischen Leichtfertigkeit der jetzigen Bundesregierung. Ich zitiere sie: „Wichtigste Vorbedingung, um diesen Ausgleich zwischen Produzenten und Konsumenten herbeizuführen, ist ein geordnetes Geldwesen.“*

Ich glaube, das sind goldene Worte in einer Zeit, in der nicht nur in praktischer Fahrlässigkeit, sondern auch in gefährlichen theoretischen Begründungen führende Politiker der jetzigen Koalition es mit dem Geldwert nicht mehr ernst nehmen und das deutsche Volk daran gewöhnen wollen, daß es normal sei, mit Entwertungsraten von 3,4 und mehr Prozent zu leben.

Wir müssen, begründet auf die Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft und die ihr zugrunde liegenden Einsichten, klar sagen, daß es eine echte, dem

Konsumenten, dem Bürger dienende Wettbewerbswirtschaft und auch eine produktive marktwirtschaftliche Reform nicht geben kann, wenn nicht in dieser entscheidenden Frage des Geldwertes die Maßstäbe strenger werden und die Praxis überzeugender wird als heute.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Vertrauen in bestimmte Spielregeln und soziale Partnerschaft bei aller Notwendigkeit, sachliche Konflikte offen auszutragen, das sind die Grundlagen einer freiheitlichen Sozialen Marktwirtschaft und einer humanen Gesellschaftsordnung auch in den siebziger Jahren.

Aber zu diesen Grundsätzen kommen notwendigerweise — und ich glaube, daß das in diesem Entwurf seinen klaren Ausdruck findet — neue zukunftsweisende Aufgaben und Elemente. Ich nenne als erstes den zeitgemäßen Ausbau der sozialen Sicherung und des sozialen Ausgleichs. Das ist nicht neu. Wir kennen die großen Leistungen der Kriegsfolgengesetzgebung, der Rentenreform, die ersten Schritte in der Familien- und Eigentumspolitik. Aber sicher haben wir in der größeren Distanz zur Nachkriegszeit einen starken neuen Akzent hier zu setzen in dem Ziel, das unser Programmentwurf ausspricht, mehr Chancengleichheit im System der sozialen Regelung zu finden, in der Ausgestaltung unseres Bildungswesens, über die wir gestern gesprochen haben, etwa in einer umfassenderen Ausbildungsförderung, in der Arbeitsförderung und beruflichen Fortbildung, die schon in den letzten Jahren unter unserem Freund Hans Katzer Kernstücke einer modernen Sozialpolitik und Marktwirtschaft der Union geworden sind.

(Beifall)

Hier weiter voranzugehen in der institutionellen Förderung und in der individuellen Förderung, ist notwendig, wenn wir den Grundsatz der Chancengleichheit in der Sozial-, Wirtschafts- und Bildungspolitik realisieren wollen. Ich möchte als zweites eine neue Phase in der Vermögenspolitik nennen. Unser Berliner Parteitag hat eine große Entscheidung getroffen, indem wir das Konzept des Beteiligungslohns in unser Programm aufgenommen haben. Und, meine Freunde, jetzt liegt seit sieben Monaten dieser unser Antrag im Deutschen Bundestag als eine wirkliche qualitative Veränderung und Weiterentwicklung der Vermögensstruktur im Rahmen eines marktwirtschaftlichen, auf personalem Eigentum beruhenden Konzepts, und wir können auch von hier nur an die Sozialdemokraten appellieren, nicht weiterhin draußen im Lande den Gesellschaftskritiker zu spielen und im Bundestag diese grundlegende Initiative mit Passivität und einer Sabotage in den Ausschußberatungen zu beantworten.

(Beifall)

Das ist ein kühnes und weitreichendes Konzept, das Strukturen verändert, ohne willkürlich bestehendes Eigentum zu zerstören. Es ist ein Konzept,

das klar von der Bildung personalen Eigentums ausgeht und das schließlich auch in einer marktwirtschaftlich sinnvollen Form der Verbreiterung der zu schwachen Kapitalbildungsbasis unserer Wirtschaft dienen soll, insbesondere auch unserer mittelständischen Wirtschaft, wie der soeben eingebrachte Entwurf unserer Fraktion zur Frage der Kapitalbeteiligungsgesellschaften klarmacht.

Hier ist ein Kernstück moderner sozialer Marktwirtschaft gegeben, des notwendigen Fortschritts, der sozialen Integration neben der Weiterentwicklung der Betriebsverfassung und der Mitbestimmung, über die wir im einzelnen sprechen werden.

Und lassen Sie mich kurz als einen weiteren Punkt erwähnen die großen Aufgaben der regionalen und sektoralen Strukturpolitik, der verstärkten Förderung von Wissenschaft und Technik und der planmäßigen Anwendung ihrer Ergebnisse für die öffentlichen Aufgaben.

Meine Damen und Herren, ich kann mir hier die Bemerkung nicht versagen, daß es zu den größten Enttäuschungen im Vergleich zu den Ankündigungen vor der Wahl und zu den Versäumnissen nach der Wahl gehört, daß wir eine wirklich dynamische, neue Konzepte erarbeitende Wissenschafts- und Technologiepolitik der gegenwärtigen Bundesregierung bis heute nicht verzeichnen können.

Was haben wir vor der Wahl etwa von den Exponenten der Wählerinitiative, den Herren Steinbuch, Grass und anderen, an Visionen über die Notwendigkeit der gewaltigen Transformation dieser Gesellschaft, der Wissenschaft und Technik gehört, an demagogischen Angriffen gegen unsere Leistungen und Entwicklungen, und was sehen wir jetzt? Ein konzeptionelles und politisches Vakuum, das wir nicht länger hinnehmen können, sondern das wir zunehmend der öffentlichen und kritischen Diskussion — auch im Deutschen Bundestag — zu unterwerfen haben!

(Beifall)

Ich habe von der Notwendigkeit der Planung gesprochen. Das ist ein Gemeinplatz geworden. Aber ich möchte ganz klar sagen, daß es keinen Gegensatz zwischen der Sozialen Marktwirtschaft auf der Grundlage des privaten Eigentums und Wettbewerbs und der erforderlichen Planung in Staat und Gesellschaft gibt. Wir werden eine Erweiterung der staatlichen Tätigkeit in bestimmten Bereichen vornehmen müssen: Städtebau, Bodenrecht, Umweltschutz und anderes mehr; dazu haben wir im Programmentwurf klare Aussagen gemacht. Aber, meine Freunde, die notwendige Planung im öffentlichen Bereich kann niemals ein Alibi sein, niemals ein Vorwand für willkürliche Eingriffe des Staates in den Markt, für das Außer-Funktion-Setzen des Wettbewerbs und der Chancengleichheit am Markt durch staatlichen Dirigismus. Diese Grenzziehung haben wir auf das sorgfältigste zu beachten.

(Beifall)

Notwendig ist schließlich eine Fortentwicklung des Wettbewerbsrechts. Unser Freund Biedenkopf hat einmal die Formel geprägt: „Wirtschaftsordnung ist

Wirtschaftsrecht.“ — Ich glaube, daß dieser Gedanke richtig ist. In einer Zeit, in der die sogenannte Prozeßpolitik durch Karl Schiller zu sehr im Vordergrund steht, in der zunächst die Möglichkeiten des Staates in der Wirtschaft theoretisch überschätzt und dann in der Praxis im vergangenen Jahr nicht, wie es das Stabilitätsgesetz vorschreibt, ausgeschöpft wurden, müssen wir neben der laufenden Konjunkturdiskussion in der Tat die Fundamente auch der Rechtsordnung und ihre Weiterentwicklung im Wettbewerb, in der Chancengleichheit, in der Leistungssteigerung deutlicher herausarbeiten, als dies manchmal der Fall war.

(Zustimmung)

Insofern sagen wir Ja zu einer Weiterentwicklung des Wettbewerbsrechts, allerdings hier, gerade auch hier, unter Einbeziehung der europäischen Dimension. Denn es ist ganz klar, daß wir diese fundamentalen Fragen nicht mehr autonomnational lösen können, sondern daß wir eine Wirtschafts- und Währungsunion brauchen. Genauso wichtig ist es aber, daß diese neue europäische Wirtschaftsunion vom Geist der Sozialen Marktwirtschaft bestimmt ist und nicht von einem anonymen Dirigismus zentraler Bürokratien!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zur regionalen und sektoralen Strukturpolitik! Hierzu gehört, daß wir jene Bereiche — Kollege Barzel hat von der Landwirtschaft gesprochen; wir werden die Diskussion heute noch vertiefen —, die von der Produktion oder vom geltenden europäischen Recht anderen Gesetzen unterworfen sind als die gewerbliche Wirtschaft, nicht gleichgültig beiseite liegenlassen. Daß wir nicht ökonomische und rechtliche Bedingungen hinnehmen, die ihnen die Existenzgrundlage entziehen, das haben wir im Bereich des Bergbaues gesehen und wir haben es, wie ich glaube, auch zu politischen Lösungen gebracht. Das gilt für die Landwirtschaft und andere mehr.

(Zustimmung)

Lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen! Wir leben in einer Zeit unter politischen Mehrheitsverhältnissen, in denen wir die Herausforderung und Gefahren für die Marktwirtschaft deutlich erkennen. Es ist nicht nur eine Frage der Mehrheitsverhältnisse, es ist auch ein Sachverhalt, der sichtbar wird in einer neuen Grundströmung des Marxismus und Sozialismus über Deutschland hinaus.

Wir sehen dies in dem schwindenden Einfluß der Marktwirtschaftler in der Sozialdemokratischen Partei: Ein Mann wie Schiller, der vor der Bundestagswahl im Zentrum ihrer Aussagen und ihrer Werbung stand, wird zunehmend zu einer Galionsfigur für eine Partei, die in ihren bestimmenden Kräften durch völlig andere, nämlich radikale sozialistische, marxistische und nicht dem Geist der Marktwirtschaft entsprechende Konzeptionen geprägt ist.

(Zustimmung)



Aber, meine Damen und Herren, über diesen Kampf des Tages hinaus müssen wir auch bei aller entschiedenen Auseinandersetzung gewisse Motive in der Kritik an der Marktwirtschaft oder zumindest ihrer Wirklichkeit ernst nehmen und ihnen nachgehen. Ich glaube, daß es hier ein Mißverständnis gibt: Im Denken Ludwig Erhards und im Denken Wilhelm Röpkes und anderer war Marktwirtschaft niemals allein ein Selbstzweck zur Steigerung der Produktion und zur Erhöhung der Konsummöglichkeiten. Röpke hat das Wort: „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ geprägt. Ich begrüße es ausdrücklich, daß in unserem Programmentwurf klarer als bisher neben den notwendigen quantitativen Zielen der Marktwirtschaft auch die qualitativen Fragen gestellt sind, und ich glaube, daß wir diese Fragen nach der Qualität unseres Lebens, nach der Qualität der Ordnung der öffentlichen und sozialen Dinge in der Tat noch deutlicher und transparenter als bisher in die Aussagen über Marktwirtschaft einzubeziehen haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, genauso klar aber muß gesagt werden, auch gegenüber romantischen Verirrungen, daß Leistungssteigerung, Wohlstandsmehrung und Erhöhung der Produktionskraft die Voraussetzungen zugleich für die Lösung der wachsenden qualitativen Probleme sind. Zur Zeit haben wir eine hilflose Regierung, die den zunehmenden Widerspruch zwischen Versprechungen einerseits und ökonomischen und finanziellen Möglichkeiten andererseits nicht mehr zu meistern vermag.

Der Ausweg kann nicht darin liegen, daß wir es als ein neues Ziel formulieren, die Armut oder den Mangel möglichst gleichmäßig und gerecht durch Bürokratie bewirtschaften zu lassen.

(Zustimmung)

Der Ausweg kann nur darin liegen, daß wir die produktiven Kräfte entfesseln und steigern, wie Ludwig Erhard es 1948 in seiner großen historischen Entscheidung getan hat,

(Beifall)

daß wir auf den Menschen vertrauen, aber daß wir den sozial Schwächeren in der Tat durch moderne Lösungen in diesem Wettbewerb und in dieser Lebensgestaltung in ihren Chancen bessere Bedingungen geben, als das bisher der Fall war.

(Erneuter Beifall)

Ich glaube, so können wir das Programm der Sozialen Marktwirtschaft formulieren, nicht als ein Programm der Anpassung! Ich sage hier ausdrücklich noch einmal, auch im Hinblick auf die freundschaftlichen Ermahnungen aus dem Bereich der Christlich-Sozialen Union: Die Christlich Demokratische Union ist in der Lage, selbst in freundschaftlicher Verbindung mit der CSU diese Aufgabe zu meistern, in ihrem Programm und in ihrer Politik die Soziale

Marktwirtschaft so zu definieren, daß wir den guten Traditionen treu bleiben und die Aufgaben der Zukunft erfüllen!

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben sicher ein Wächteramt; davon ist in den letzten Monaten gesprochen worden. Wir haben ein Wächteramt gegenüber sozialistischen Herausforderungen! Aber wir werden dieses Amt nicht in der Defensive erfüllen, sondern dadurch, daß wir vorangehen, die notwendigen Veränderungen bejahen, uns auf die Welt, auf die Gesellschaft von morgen einstellen und so dafür sorgen, daß nicht in einem Programm der Anpassung, sondern in einem profilierten Programm des Kontrastes und der Alternative wir mit der Sozialen Marktwirtschaft die führende politische Kraft in Deutschland bleiben und auch in einer künftigen Regierung wieder werden! — Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Dr. Stoltenberg!

Es haben sich jetzt Herr Dr. Dichgans und Herr Niederbremer zur Geschäftsordnung gemeldet. Zunächst darf ich Herrn Dr. Dichgans das Wort erteilen.

**Dr. Hans Dichgans**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Soeben hat wieder die Verteilung neuer Anträge begonnen. Entsprechend der Berliner Praxis tragen diese Anträge keine Unterschriften.

Ich sehe die Komplikation, die damit verbunden ist, sämtliche Unterschriften abzudrucken. Aber es scheint mir doch zur Information dieses Parteitages zu gehören, daß wenigstens die Namen der Hauptinitiatoren unter diesen Anträgen erscheinen. Ich möchte den Parteitag bitten, das zu beschließen.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Sie haben den Antrag gehört, meine Damen und Herren. Ich würde vorschlagen — und bitte Sie, Herr Dr. Dichgans, damit einverstanden zu sein —, daß die Landesverbände unter den Anträgen aufgeführt werden, aus denen Delegierte einen solchen Initiativantrag unterschrieben haben.

(Zurufe: „Und Vereinigungen!“)

— Oder Vereinigungen, jawohl. — Wir haben festgestellt — und auch mit der Verwaltung darüber gesprochen —, daß zu den Initiativanträgen Unterschriftsleistungen quer durch die Landesverbände erfolgen. Dann stehen da als Unterschriften die Landesverbände. Das heißt dann für uns: Der Antrag kommt aus dem Landesverband — oder aus der Vereinigung. Ich glaube, damit verfahren wir am besten. Sonst kann man schlecht arbeiten; denn die Antragskommissionen, meine Damen und Herren, nehmen Stellung zu den Initiativanträgen.

(Mehrere Zurufe)

Ja, meine Damen und Herren, wir können darüber abstimmen lassen. Ich würde dann vorschlagen: Wer ist für Herrn Dr. Dichgans' Vorschlag mit meiner Ergänzung: Landesverbände oder Vereinigungen?

(Widerspruch)

Meine Damen und Herren! Wie wollen Sie 30 Unterschriften bringen? Uns sagt der Name nichts, wenn nicht dahinter steht, aus welchem Verband er kommt.

(Erneuter Widerspruch)

Entschuldigung, sind Sie wirklich der Ansicht, daß wir hier Namen aufführen sollten?

(Mehrere Rufe: „Ja!“)

Immer einen Namen?

(Zurufe: „Nein!“)

Meine Damen und Herren! Aus dem Plenum wird der Vorschlag gemacht, daß jedenfalls immer ein Name mit der Herkunftsbezeichnung unter dem Initiativantrag stehen soll. Sind Sie damit einverstanden? Dann bitte ich um Ihr Zeichen. — Erheben sich Stimmen dagegen? — Das ist so angenommen.

Dann hat das Wort zur Geschäftsordnung Herr Niederbremer. Oder wollten Sie zum gleichen Thema sprechen?

**Günter Niederbremer:** Nein, Herr Präsident, es geht nicht um das gleiche Thema. Meine Damen und Herren! Herr Stoltenberg möge es mir verzeihen, aber ich halte es nicht für eine gute Gelegenheit, hier nicht ausgedruckte Parteireden zu einem komplexen Thema zu halten, ohne klar zu sagen, um welche Punkte unserer Sachdiskussion es im einzelnen geht. — Herr Präsident! Ich darf das Präsidium auffordern — wir haben gestern —

(Zischen)

Meine Damen und Herren! Sie können ruhig zischen. Zischen Sie auch bei der Sachdiskussion, wenn sich Redner zu gewissen Themen ebenfalls so lange auslassen! Dann tun Sie dem gesamten Parteitag einen Gefallen. — Ich darf noch einmal das Präsidium auffordern, nach der gestern verabschiedeten Geschäftsordnung zu verfahren und die Redezeit gelegentlich über fünf Minuten hinaus auszudehnen, aber nicht in einem Umfang von 400 Prozent und mehr.

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir haben nicht die Prozente errechnet. Aber ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, daß dieser Parteitag den Sprechern im Bundestag die Möglichkeit gibt, zu besonders kritischen, uns alle berührenden Situationen in der Grundsatzörterung zu diesem Kapitel III das Wort länger als vier Minuten zu nehmen.

(Beifall)

Ich glaube, das Votum ist einstimmig, oder es ist die Mehrheit. Ich darf Ihnen herzlich danken.

Ich erteile jetzt das Wort Herrn Professor Dr. Ludwig Erhard.

(Beifall)

**Prof. Dr. Ludwig Erhard:** Wenn ich mich zum Thema „Soziale Marktwirtschaft — Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung“ einige Anmerkungen zu machen berechtigt, ja sogar verpflichtet fühle, dann stütze ich mich nicht so sehr auf Urheberrechte; — vielmehr bewegt mich die Sorge, daß die Soziale Marktwirtschaft, die nach bestandener Bewährungsprobe der Wirtschafts- und Währungsreform hier in Düsseldorf — in eben den „Düsseldorfer Leitsätzen“ — ihre programmatische Definierung gefunden hat, verblasen könnte. Damit möchte ich unterstreichen, daß Geist, Inhalt und Ziel der Sozialen Marktwirtschaft nicht — wie üblich geworden ist — allein und nicht einmal so sehr auf der mechanisch-technischen Funktion des Marktgeschehens bzw. des Marktablaufs, sondern auf der sittlichen Fundierung und der gesellschaftspolitischen Zielsetzung beruht. Daß dabei jede Wirtschaftspolitik auch an dem materiellen Erfolg gemessen wird, ist fast eine banale Selbstverständlichkeit. Wer indessen aus dem sozialistischen Lager die von uns nach dem Zusammenbruch eingeleitete Wirtschaftspolitik, die Deutschland moralisch und materiell vor dem völligen Untergang bewahrte, als naiv charakterisieren zu müssen glaubte, beweist nur seine eigene Naivität. Aber wer demgegenüber für sich die Aufgeklärtheit in Anspruch nehmen wollte, müßte heute eigentlich eingesehen haben, daß in der deutschen Wirtschaft noch nie so viel Unklarheit, Unruhe und Unsicherheit vorherrschten, als das heute der Fall ist.

(Zustimmung)

Wenn der Satz: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“ noch Gültigkeit hat, dann hat die CDU jedenfalls keinen Vergleich zu scheuen.

Wenn auf unserem Parteitag wieder der Wert der Persönlichkeit, die Würde und die Verantwortung freier Menschen erneut stark in den Vordergrund gerückt wurden, dann entspricht das genau dem Geist, der uns vor mehr als 20 Jahren jene Entscheidung treffen ließ, den Menschen aus der Fron staatlicher Bevormundung und Verödung im Kollektiv zu befreien. Diese Rückbesinnung tut heute nach dem Regierungswechsel besonders not, denn es mehren sich die Zeichen, daß im Zuge angeblicher Reformen der private Lebensraum immer stärker eingeengt zu werden droht. Das aber ist das, was wir nicht wollen!

Die Sorge um fruchtbare Lösungen von Gemeinschaftsaufgaben bewegt unsere Welt nicht erst seit gestern. Ich selbst habe dem Parteitag von 1965 den Vorschlag eines „Deutschen Gemeinschaftswerkes“ unterbreitet, der gerade dem Zusammenwirken von Bund, Ländern und Gemeinden zur Erfüllung dieser Verpflichtungen dienen sollte. Die These indessen, daß wer vieles

gibt, manchen etwas geben wird, bedarf heute einer dahingehenden Abwandlung, daß wer allen alles zu geben verspricht, am Ende niemandem etwas zu geben in der Lage sein wird.

So nüchtern das klingen mag, kommen wir doch nicht an der Erkenntnis vorbei, daß nur eine leistungsstarke Wirtschaft in der Lage ist, den vielfältigen und mannigfachen Ansprüchen des Staates und der Gesellschaft zu genügen. Aber das ist nicht alles, wenn wir uns auch nicht dessen bewußt bleiben, daß eine auf die Dauer leistungsfähige Wirtschaft ein höheres Maß an Geldwertstabilität voraussetzt. Das heißt, eine fortdauernde Geldentwertung, die uns heute als schier unabwendbares Schicksal hingestellt werden will, zerstört vielmehr die Grundlagen unserer Wirtschaft und unserer sozialen Ordnung dazu —; sie läßt die Wirtschaft und die sie gestaltenden Menschen blind werden, wenn ihnen die Grundlage fester Wertvorstellungen und Wertvergleiche sowohl rück- als auch vorwärtsblickend entzogen wird.

Wenn wir alle die zunehmende Beengung der Individuen im Kollektivismus beklagen, dann besteht zwischen diesem Phänomen und der Geldentwertung eine unmittelbare Beziehung. Kollege Heck hat gestern gewiß mit Berechtigung darauf hingewiesen, daß dem privaten Eigentum heute nicht mehr das Gewicht des vergangenen Jahrhunderts zukommt —, aber es wäre wohl eine falsche Auslegung, wenn damit der Wert des Eigentums gemeint sein sollte. Ohne die segensreiche Wirkung der Sozialversicherung in Frage zu stellen — denn die dynamische Rente gehört ebenso wie die Privatisierung bundeseigenen Vermögens zum Programm der Sozialen Marktwirtschaft — soll und muß es aus moralischen und materiellen Gründen unser Ziel bleiben, immer mehr Staatsbürgern zu privater Vermögensbildung zu verhelfen. Es ist aber gerade die zunehmende Geldwertschrumpfung, die immer weitere Gruppen unserer Gesellschaft der Eigenverantwortung und Eigenfürsorge zu berauben droht. Das betrifft insbesondere alle Schichten unseres Mittelstandes, die damit indirekt in zunehmende Abhängigkeit geraten und der Selbständigkeit als einem besonderen Wert in sich verlustig gehen.

Gewiß haben sich die Wertvorstellungen gewandelt, wie sich denn auch unverkennbar eine mittelständische Schicht herausgebildet hat, die, ohne im formalen Sinn selbständig zu sein, aufgrund ihrer Leistung immer mehr Selbstbewußtsein und Eigenständigkeit errungen hat. Nicht zu übersehen ist auch, daß die Dienstleistungen mit wachsendem Wohlstand an Bedeutung gewonnen haben. Die Probleme der Landwirtschaft und der bäuerlichen Bevölkerung im besonderen gehen uns alle an.

Im Rahmen einer nicht manipulierten Marktwirtschaft vollziehen sich derartige Strukturwandlungen meist reibungsloser als in einer dem Dirigismus zu neigenden Wirtschaftsverfassung. Wer in freier Entscheidung dem eigenen Interesse folgt, wird besser beraten sein als jemand, der sein Schicksal durch Kollektive verwalten läßt. Es ist doch ein frommes Märchen, annehmen zu wollen, daß immer neue Kollektivgebilde — die angeblich zu unserem Wohle — immer üppiger ins Kraut schießen —, daß diese aber teils

recht aufwendigen Verzehrsgemeinschaften in sich selbst mehr an Wohltat zu vollbringen vermöchten als sie den Beteiligten und dem Steuerzahler an Opfer abverlangen. Wenn ich am Anbeginn der Sozialen Marktwirtschaft gerade trotz ihrer sozialen Erfolge die Warnung aussprach, daß wir keiner Gesellschaftsordnung zuneigen dürfen, in der jeder die Hand in der Tasche des anderen haben darf, dann war das gewiß keine unberechtigte Mahnung. Der stetige Umverteilungsprozeß als modernes gesellschaftspolitisches Unterhaltungsspiel endet zwangsläufig dort, wo die Leistung erschlaft und die Gleichmacherei beginnt. Und das sollte das Rezept sein, um uns in einem immer härter werdenden Wettbewerb in der Welt zu behaupten?

Nein, in meinen Augen ist die Leistung der gerechteste Maßstab für die Entlohnung vollbrachter Arbeit, und ich würde es gerade deshalb nicht als gerecht empfinden, mangelnden Leistungswillen oder auch mangelnde Leistungskraft durch milde soziale Gaben ausgleichen zu wollen. Wenn in dem Programm von Wettbewerb und Solidarität gesprochen wird, dann hoffe ich, daß darunter nicht ein solidarisches Verhalten in der Beschränkung des Wettbewerbs gemeint sein soll. Und was Eigenverantwortung und soziale Sicherung anbelangt, so lege ich diese Formel nicht dahin aus, daß, wo die Eigenverantwortung versagt, automatischer Beistand und Sicherung Platz greifen. Eine anders geartete Interpretation würde dem Geist der Sozialen Marktwirtschaft zuwiderlaufen. Soweit meine Stimme in diesem Kreise Gehör findet, wage ich die Aussage, daß erst eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik die Grenzen der Sozialpolitik bestimmt. Insofern aber eine Sozialpolitik das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft nachgewiesenermaßen steigert, bahnt sich auch eine Versöhnung der Auffassungen an.

Ich beschwor also nochmals — nicht um meines Ruhmes willen oder aus dogmatischen Gründen — den Geist der Sozialen Marktwirtschaft. Sie verstand sich als eine demokratische Verfassung, die Freiheit, Recht und Ordnung in sich zu vereinen suchte. Was indessen erleben wir heute? Freiheit wird bis zu ungebundener Willkür und sogar Zuchtlosigkeit verstanden; Recht ist das, was jeder einzelner darunter versteht und Ordnung wird immer mehr zum Diktat der Straße. So kann kein Gemeinwesen gedeihen, aber auch kein Staat zu jener Autorität hinfinden, die ihn bestehen läßt.

(Zustimmung)

Wie die Sozialdemokratie mit ihren „Jusos“ fertig werden wird, ist zunächst ihre eigene Sache, aber berührt dennoch die staatliche Ordnung in ihrer Gesamtheit. Lauwarme Erklärungen oder sogar Proteste reichen nicht zu der Glaubwürdigkeit aus, daß der Sozialismus in Deutschland aus nur einem Bilde geprägt ist. Wenn uns dazu noch etwa eine Nachahmung der jugoslawischen Wirtschaftsverfassung empfohlen wird, dann steht uns zwar nicht das Recht der Kritik zu; wohl aber ist die Frage berechtigt, bis zu welchem Grad geistiger Verwirrung die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung die Diskussion in unserem Lande treiben darf. Jedenfalls sind wir uns wohl hoffent-

lich alle darüber einig, daß an deutschem Wesen nicht noch einmal die Welt genesen darf.

(Beifall)

Und wenn wir schon zuweilen als Nationalisten verunglimpft werden, dann sollten wir uns nicht dazu noch dem Verdacht aussetzen, unter allen Umständen besser leben zu wollen, als es anderen Kriegsleid tragenden Völkern vergönnt ist.

Die Soziale Marktwirtschaft hat keinen Grund, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen, und ich hoffe deshalb, daß sie auf diesem Parteitag eine Bekräftigung erfährt. Die Politik, eine völlig ausgebrannte deutsche Wirtschaft und Gesellschaft wieder zu neuem Leben erweckt zu haben, in Vergleich zu setzen mit der Aufgabe, eine im Interesse der Erhaltung des Geldwertes notwendig gewordene Konjunktüreindämmung — nicht Rezession — heilen zu wollen, kann nur als Übermut oder Maßlosigkeit empfunden werden. Die Soziale Marktwirtschaft bleibt — und das wollte ich zum Ausdruck bringen — ein in sich geschlossenes System, das — nicht täglich widerrufbar und auswechselbar — dem Bürger tatsächlich jene Orientierungshilfen gibt, die ein sozialdemokratischer Wirtschaftsminister zwar versprach, aber in keiner Weise zu spenden vermochte.

(Zustimmung)

Über die Aktualität des Tages hinaus wollen wir wissen, wohin die Reise geht. Das Gesetz, nach dem die SPD angetreten ist, hat nicht etwa Modellierungen erfahren, sondern wurde — schlicht gesagt — außer Kraft gesetzt. Eine Partei, die nur zögernd an das Problem einer breit gestreuten Vermögensbildung herangegangen ist und in der brennenden Frage einer Neuordnung der Mitbestimmung — aus welchen Gründen wohl? — vornehme Zurückhaltung übt, kann und darf nicht länger als „modern“ gelten wollen. Ich möchte als Vorspruch zur Sozialen Marktwirtschaft diese Themen in diesem Augenblick nicht vertiefen.

Meine Überzeugung geht aber dahin, daß der höchste soziale Rang der Vermögensbildung und breiter Vermögensstreuung zukommt. Wer aber auszog, die Stabilität des Geldwertes zu sichern und dabei kläglich Schiffbruch erlitten hat, der läßt gerade die Vermögensbildung zur Farce werden, ja er zerstört eine große Hoffnung des ganzen deutschen Volkes.

(Beifall)

Wir, die wir für die Soziale Marktwirtschaft eintreten, gefallen uns nicht in eitler Selbstgefälligkeit. Wir sind vielmehr bereit, wie dieser Parteitag beweist, auch Selbstkritik zu üben. Wir blicken — allerdings nicht ohne Sorge — vorwärts. Unter dem Schlagwort „modern“ verstehen wir Aufgeschlossenheit, Verständnis für das Zeitgeschehen und die Bereitschaft, Neues zu denken,

nicht aber eine Hysterie, um jeden Preis und jeden Tag sich „modisch“ zu gerieren. Wir wollen das, was das deutsche Volk ersehnt, in der inneren Ordnung wieder festen Boden unter den Füßen zu gewinnen. Ich meine, daß uns die Soziale Marktwirtschaft in ihrer Fortgestaltung noch immer ein guter Ratgeber und Wegweiser sein kann und hoffentlich auch weiterhin sein wird.

(Anhaltender herzlicher Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Sehr verehrter Herr Prof. Dr. Erhard! Ihnen gilt für das, was Sie gesagt haben, unser ganz besonders herzlicher Dank.

(Lebhafte Zustimmung)

Mit Ihren Ausführungen ist für uns alle noch einmal aufgezeigt, wo Ihre Gedanken liegen und wie Sie uns empfehlen, in diesen Punkten, die hier heute beraten werden, zu verfahren. Herzlichen Dank!

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen jetzt vorschlagen, daß wir zunächst, dem Antrag der Antragskommission folgend, zum Verfahren selbst Stellung nehmen, nämlich zur Überschrift, und dann, meine Damen und Herren, geht es hier um den Antrag Nr. 473. Die Antragskommission hat Ablehnung empfohlen, weil die Überschrift des Vorstandsentwurfs sachlich besser und aussagekräftiger ist. Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor. Wenn Sie für die Ablehnung des Antrags Nr. 473 und damit für den Antrag der Antragskommission stimmen wollen, bitte ich um Ihr Zeichen. — Darf ich um die Gegenprobe bitten! — Ich sehe keine Gegenstimmen; dann ist das so angenommen.

Ich darf dann zur Gliederung kommen. Da liegt eine Wortmeldung zum Antrag Nr. 474 von Herrn Rollmann, Hamburg, vor, dem ich das Wort erteile.

**Dietrich Rollmann**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte hier für den Hamburger Antrag Nr. 474 sprechen und mich gegen die Auffassung der Antragskommission wenden, die diesen Antrag mit der Begründung ablehnen will, daß keine einzelnen Wirtschaftszweige in dem Programm angesprochen worden sind.

Zunächst einmal sind in diesem Programm, und wie ich meine, mit großem Recht, einzelne bedeutende deutsche Wirtschaftszweige teilweise sehr ausführlich angesprochen worden wie beispielsweise die deutsche Landwirtschaft, wie beispielsweise der deutsche Mittelstand. Darüber hinaus aber, meine Damen und Herren, handelt es sich hier bei unserem Antrag zu Schifffahrt und Werften nicht allein um das Ansprechen einzelner Wirtschaftszweige, sondern es handelt sich hier um das Ansprechen einer regionalpolitischen Maßnahme, die nicht nur für Hamburg, sondern für den gesamten küstennahen norddeutschen Raum von einer ganz großen Bedeutung ist.



Meine Damen und Herren! Schifffahrt und Werften in Deutschland, in Hamburg, in Kiel, in Lübeck, in Bremen, in Emden und in den anderen deutschen Hafenstädten sind heute einem ruinösen internationalen Wettbewerb ausgesetzt, einer wahren Dumpingpolitik anderer Staaten, die teilweise mit unmäßig großen Subventionen die Schifffahrt und die Werftindustrie ihrer Länder unterstützen und auf dem besten Wege sind, die deutschen Werften und die deutsche Schifffahrt weiter zurückzudrängen.

Meine Damen und Herren, dieses Zurückdrängen ist nicht das Ergebnis der Untüchtigkeit unserer eigenen Reedereien und Werften, sondern es ist das Ergebnis, daß das Ausland die Wirtschaftszweige in dem jeweiligen Lande unverhältnismäßig groß unterstützt. Und das, meine Damen und Herren, was wir mit unserem Hamburger Antrag zum Ausdruck bringen wollen, ist nur, daß wir der Meinung sind, daß eben der Bund und die Länder auch diese bedeutenden deutschen Wirtschaftszweige in angemessener Weise unterstützen müssen. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, diesem Antrag Hamburgs auf Nr. 474 ihre Zustimmung zu geben.

(Teilweiser Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Rollmann.

Meine Damen und Herren, soeben ist, für mich sichtbar, unser alter Bundestagspräsident, Herr Dr. Gerstenmaier, eingetroffen, den der Parteitag herzlich willkommen heißt.

(Beifall)

Ich übergebe jetzt aus besonderem Anlaß das Präsidium an Herrn Windelen..

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich unterbreche die Beratungen für einen Augenblick. Ich habe die Freude und die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß eine Delegation des polnischen Parlaments bei uns ist.

(Starker anhaltender Beifall)

Ich darf Sie, meine Herren, sehr herzlich hier begrüßen. Ich benutze die Gelegenheit, um Ihnen zu versichern, wie sehr uns an einem guten Verhältnis zu Ihrem Volk und an einer Verständigung auf der Grundlage der Menschenrechte gelegen ist.

(Lebhafte Zustimmung)

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Rainer Barzel, und andere Kollegen hatten Gelegenheit, Gespräche in Ihrem Lande zu führen; andere werden folgen. Wir alle hoffen und wünschen, daß diese Gespräche und Ihr Besuch hier zu einem besseren gegenseitigen Verständnis führen mögen. Herzlich willkommen bei uns!

(Erneuter anhaltender Beifall)

Wir fahren nun in der Beratung der Anträge fort.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Herr Dr. Riesenhuber wird nun für die Antragskommission zu dem Antrag Nr. 474 das Wort nehmen.

**Dr. Heinz Riesenhuber**: Meine Damen und Herren, die Antragskommission hat sich mit den Argumenten, die Herr Rollmann hier noch einmal vorgetragen hat, sehr eingehend befaßt, und wir schätzen die Argumente sehr. Wir müssen nur sagen, den Mittelstand gibt's auch in Hamburg, und selbst in Hamburg gibt's noch Landwirtschaft. Aber in den anderen Regionen ist die Schifffahrt von relativ untergeordneter Bedeutung. Meine Damen und Herren, wir wollen diesen Punkt nicht gering schätzen. Aber wenn wir hier allgemein von den regionalen Unterschieden in der Wirtschaft sprechen, wenn wir fordern, daß die Infrastruktur in den benachteiligten Gebieten besonders verbessert wird, wenn wir die regionale Wirtschaftsförderung des Bundes, der Länder und der Gemeinden besser koordinieren wollen, und wenn wir schließlich über den sektoralen Strukturwandel sprechen, dann haben wir hier die grundsätzlichen Ausführungen gemacht, die inhaltlich das Anliegen des Landesverbandes Hamburg — das wir inhaltlich voll unterstützen — abdeckt.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß noch eine Reihe von anderen Vorschlägen vorgelegen hat zur Erwähnung besonderer Bereiche. Wir haben sie aus den gleichen Gründen zurückweisen müssen.

Wir bitten also — trotz allem Verständnis für die Sache — um der Systematik und der Straffheit des Programms willen und aus den genannten politischen Gründen um Zustimmung zu unserem Vorschlag, bei der vorgelegten Gliederung zu verbleiben.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke sehr. Ich darf dann zunächst den Antrag 475 begründen lassen. Dazu hat Herr Dr. Gündisch, Hamburg, das Wort.

**Dr. Jürgen Gündisch**: Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, liebe Parteifreunde! Ich habe den hamburgischen Antrag 475 zu begründen, der überschrieben ist „Außenhandelspolitik“.

Der Antrag ist von der Antragskommission zur Ablehnung empfohlen worden, und zwar mit der Begründung, einmal sei dieses Thema der außenwirtschaftlichen Verflechtung der Wirtschaft unserer Bundesrepublik schon genügend in anderen Abschnitten abgedeckt, zum anderen solle man auch hier keine spezielle Sparte unserer Wirtschaft nennen.

Zum letzteren darf ich sagen, daß leider der Vorstand und die Programmkommission sowie die Antragskommission nicht konsequent sind, denn es sind ja, wie mein Freund Rollmann schon sagte, mehrere Bereiche der Wirtschaft genannt. Zu denen, die Rollmann nannte, darf ich noch die Energiepolitik hinzufügen.

Die Energiepolitik ist mit einem Extrakapitel versehen worden. Und nun frage ich Sie, meine Damen und Herren: ist der Gesichtspunkt, daß unsere Wirtschaft keine nationale Wirtschaft ist, sondern eine international verflochtene, eine europäisch integrierte und zu integrierende Wirtschaft nicht wichtiger, als ein spezielles Kapitel über Energiepolitik?

(Beifall)

Meine Damen und Herren, unser Antrag enthält im Grunde zweierlei, einmal die grundsätzliche, die programmatische Betonung dessen, daß wir auch in der Wirtschaft nicht in nationaler Verengung verfahren dürfen. Und dieser Abschnitt ist nichts weiter als das Korrelat zu unseren Vorstellungen über Außen- und Europapolitik, und zwar hier auf dem Sektor der Wirtschaftspolitik. Wir dürfen internationale Verflechtung eben nicht isoliert sehen, sondern müssen sie vor allem auch auf dem Gebiet der Wirtschaft sehen, die ja gerade auch ein Vorreiter der internationalen Kooperation ist.

Ich bitte deshalb die Antragskommission, Herr Dr. Riesenhuber, sich zu überlegen, ob nicht zumindest dieser Gedanke, die ersten zwei oder drei Sätze unseres Antrages, in irgendeinem Passus unseres wirtschaftspolitischen Programms Eingang finden kann, wobei wir keineswegs Wert darauf legen, daß es ein besonderer Abschnitt wird.

Das zweite sind dann unsere konkreten Forderungen für den deutschen Außenhandel. Wir meinen eben, daß ein Land, das so sehr auf internationale Kooperation angelegt ist, der Wirtschaftsgruppe, die diese internationale Kooperation vermittelt, dem Außenhandel, besondere Aufmerksamkeit schenken muß.

(Einzelner Beifall)

Das ist bislang in unserem Programm leider nicht geschehen. Das, was Herr Dr. Riesenhuber aus dem Abschnitt Finanzpolitik und aus dem Abschnitt Strukturpolitik genannt hat, genügt nicht.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie primär um Unterstützung des Hamburger Antrags; sekundär stelle ich einen Hilfsantrag, wobei ich auf das Präjudiz verweisen darf, daß in Berlin zur Europapolitik solche Hilfsanträge zugelassen wurden. Wir stellen den Hilfsantrag, diesen Hamburger Antrag an die Antragskommission mit der Bitte zurückzuverweisen, die grundsätzlichen Passagen irgendwo in unsere wirtschaftspolitischen Leitsätze einzubauen.

Also: Stimmen Sie dem Hamburger Antrag zu, sekundär verweisen Sie den Antrag an die Antragskommission zurück.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium:** Dazu direkt Herr Dr. Riesenhuber.

**Dr. Heinz Riesenhuber:** Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal besonders auf die Textziffer 62 hinweisen.

Dies ist doch ein wesentlicher Punkt unseres gesamten Konzepts.

Das Wesen unseres wirtschaftspolitischen Konzepts und der gesamten modernen Wirtschaftspolitik ist, daß sie alle Bereiche koordiniert und zu einem einzigen gesamtwirtschaftlichen System integriert. Das heißt also: das Prinzip ist geradezu, daß man nicht nebeneinander und gegeneinander konkurrierend einzelne Bereiche wie die Außenhandelspolitik, etwa die Eigentumspolitik, etwa die Industriepolitik behandelt, sondern das Prinzip ist, daß man sie alle in ein überlappendes, übergreifendes System integriert hat.

Das war unser Konzept in den Stabilitätsgesetzen, und diese sind dadurch gerechtfertigt. Und das ist das Konzept im gesamten Programm, das Ihnen vorliegt.

Wir sprechen also wiederum hier nur für dieses geschlossene Konzept einer umfassenden und modernen Wirtschaftspolitik, wir sprechen nicht gegen ein spezielles Anliegen. Wir müssen allerdings festhalten, daß, wenn wir dieses klare und einheitliche Konzept der Koordination und Integration aller Bereiche der Wirtschaftspolitik in ein umfassendes gesellschaftspolitisches und wirtschaftspolitisches Konzept halten wollen, wir diesen Antrag nicht annehmen können.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Es hat sich weiter zum Antrag 478 Herr Pieroth aus Rheinland-Pfalz gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Elmar Pieroth**: Meine Damen und Herren, Antrag 478 soll bezwecken, daß die Vermögensbildung nach vorne gestellt wird. Durch die Annahme des Antrags 477 ist man uns auf halbem Wege bis zur Mitbestimmung entgegengekommen.

In diesem Antrag von Rheinland-Pfalz ist jedoch eine Extraziffer enthalten, die eine grundsätzliche Aussage zum Eigentum machen soll. Und wir meinen, diese zusätzliche Ziffer zum Eigentum als grundsätzliche Aussage muß dahin, wo die grundsätzlichen Aussagen auch zu finden sind, also unmittelbar nach 62.

Eine grundsätzliche Aussage zum Eigentum ist auch notwendig. In unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird heute von vielen Seiten das Eigentum in Frage gestellt. Das ist in solchem Ausmaße neu, aber es ist gut so. Denn in dieser Auseinandersetzung kann jeder zeigen, ob er wirklich ein besseres System anzubieten hat.

Zentrales Thema dieser Auseinandersetzung ist die Frage unserer Eigentumsordnung.

Das haben nämlich die Gegner der Sozialen Marktwirtschaft erkannt: Hauptmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft ist das Privateigentum, Eigentum, das dem Menschen persönlich gehört, und nicht angeblich dem ganzen Volke, während in Wahrheit niemand außer einer kleinen Funktionärsclique darüber verfügen kann.

Deshalb lautet unsere Ziffer, die erst im Antrag 745 erscheint, aber an dieser Stelle behandelt werden muß, weil wir sie als Ziffer 63 eingereicht wissen möchten:

„Wir bejahen das private Eigentum als grundlegenden Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft und als wesentliches Unterscheidungsmerkmal gegenüber anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Das Privateigentum muß allen Bürgern dienen. Unsere Politik der Vermögensbildung will deshalb jedem gleiche Zugangschancen zum privaten Eigentum eröffnen.“

Wenn unser erster Satz im Antrag das private Eigentum bejaht, so bedeutet das leider noch nicht, daß unsere gegenwärtige Eigentumsordnung schon ideal ausgeformt wäre; im Gegenteil, die heutige Eigentumsverteilung, meine Damen und Herren, in unserem Lande ist sozial ungerecht.

(Beifall)

Wenn wir unser oberstes politisches Ziel, einen optimalen Freiheitsspielraum für die Person erreichen wollen, so bleibt dieses Ziel eine leere Formel ohne materielle Freiheit auf der Grundlage persönlichen Eigentums.

Welche Freiheit zur persönlichen Lebensgestaltung kann denn derjenige haben, der ohne Vermögen, auf das Einkommen zu seinem täglichen Bedarf angewiesen ist, wenn die Konjunktur einmal schlechter ist oder wenn er in einem strukturschwachen Gebiet unseres Landes zu Hause ist?

Welche Freiheit hat denn die kinderreiche Familie, wenn es um eine Wohnung geht? Wieviel mehr Freiheit haben vermögende Eltern, wenn sie ihren Kindern die beste Ausbildung angedeihen lassen wollen, im Vergleich zu Eltern mit weniger Vermögen?

Man hat bei uns viel mehr Freiheit als dort, wo es keine Unternehmen in der Hand von Privateignern gibt, wo man nicht einmal die Freiheit hat, seine Kritik anzubringen oder seinen Arbeitsplatz zu wechseln, wenn einem das Klima nicht paßt. Das sollten wir schon nicht unterschätzen.

Trotzdem, in der materiellen Freiheitsgrundlage, dem Eigentum, gibt es bei uns noch Privilegien, keine formalen, aber reale, und darauf kommt es an. Diese Eigentumsprivilegien wollen wir abschaffen. Das Privateigentum soll allen Menschen dienen, und deshalb fordern wir gleiche Chancen für alle, was Privateigentum angeht.

(Vereinzelter Beifall)

Es ist besonders wichtig, dabei das Produktiveigentum, das Kapital, zu berücksichtigen. Zum einen, weil es ja in unserer Wirtschaft eine Schlüsselposition einnimmt, zum andern aber, weil es durch unsere Arbeit in seinem Wert wächst, schneller wächst und zuverlässiger wächst als alle anderen Vermögensarten, wie wissenschaftliche Untersuchungen ja klar zum Ausdruck bringen.

Sacheigentum ist reaktiv wertbeständig. Was es heißt, wertbeständiges Sacheigentum zu besitzen, das lehrt uns ja gerade die Wirtschaftspolitik dieser SPD-Regierung schmerzlich durch das Gegenteil von Vermögensbildung, durch die Geldentwertung.

Besonders verantwortungslos war es im letzten Jahr, die Chance in dieser konjunkturellen Situation nicht genutzt zu haben. Aber noch schlimmer: Diese Regierung tut nicht nur nichts für die Vermögensbildung in breitesten Schichten; ja, sie nimmt den deutschen Sparern Milliarden und Milliarden durch diese Inflationspolitik. Eine solche Wirtschaftspolitik kann nur in höchstem Maße mit „unsozial“ bezeichnet werden. Statt das zu verbessern, redet die SPD von öffentlicher Armut. Sie will öffentliches Vermögen bilden, wie das der Gewinnbeteiligungsplan der vier Staatssekretäre — zumindest für 24 Stunden — zum Ausdruck gebracht hat.

Dazu können wir nur folgendes sagen:

1. Wir lehnen diesen kollektivistischen Ansatz, diesen Pferdefuß, ab;
2. wir denken nicht daran zuzustimmen, wenn man auf diese Weise dem kleinen Mann persönliches Vermögen vorenthalten will, um die Staatskasse zu unterstützen, die durch eine verfehlte Politik vor dem Zusammenbruch steht.

(Beifall)

Unsere Fraktion als Opposition im Bundestag hat deshalb die Vermögenspolitik ganz nach vorn auf die innenpolitische Rangliste gesetzt. So sollten wir jetzt auch unseren Antrag vorn hinsetzen.

Wir haben in Bonn ein Gesamtkonzept der Vermögensbildung in Arbeit; Teile sind schon in das Parlament eingebracht. An erster Stelle nenne ich das Beteiligungslohngesetz nach dem Plan von Professor Burgbacher. Ich nenne die Mitarbeiterbeteiligung im Betrieb, die Kapitalbeteiligungsgesellschaften für den Mittelstand; ich nenne Anteilseigentum an Haus und Boden und die steuerlichen flankierenden Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, Genscher sagt immer: Die FDP ist die Partei des Eigentums. Wehner könnte sagen: Die SPD ist die Partei des Kollektiveigentums. Und ich meine, wir sagen: Die CDU ist die Partei des Eigentums für alle. Das sollten wir durch diesen Antrag vorne zum Ausdruck bringen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich möchte wie folgt verfahren. Der letzte Redner hat zu einem Antrag gesprochen, der nicht im Zusammenhang zu den beiden Hamburger Anträgen Nr. 474 und 475 steht. Der weitestgehende Antrag ist der der Antragskommission, die die Ablehnung der beiden Anträge Nr. 474 und 475 empfiehlt.

Ich lasse zuerst über den Antrag der Antragskommission abstimmen. Wer ihr folgen will, den bitte ich, die Stimmkarte deutlich hochzuheben. Also so,

wie es die Antragskommission vorgeschlagen hat! — Darf ich um die Gegenprobe bitten! — Das erste ist die klare Mehrheit. Enthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen ist der Antrag der Antragskommission angenommen.

Meine Damen und Herren, wir wollen dann die Anträge Nr. 476 bis 481 behandeln. Begründet wurde Antrag Nr. 478. Die Antragskommission hat Ablehnung empfohlen, weil der Inhalt der Ziffern 86 bis 103 systematisch zu Kapitel III gehört. Ich darf Sie um Ihr Zeichen bitten, wenn Sie bereit sind, dem Antrag der Antragskommission zu folgen. — Danke schön! Die Gegenprobe! Das erste ist die klare Mehrheit. Enthaltungen? — Danke!

Wir behandeln den Antrag Nr. 480. Auch hier hat die Antragskommission Ablehnung empfohlen. Darf ich fragen, ob jemand dagegen ist? — Enthält sich jemand der Stimme? — Dann wird so verfahren.

Wir müßten dann den Antrag Nr. 477 behandeln, die Ziffern 101 bis 103 — Vermögenspolitik — hinter Ziff. 71 zu setzen. Die Antragskommission hat die Annahme empfohlen. Wenn wir so verfahren wollen, wären damit die Anträge Nr. 478, 479, 482 und 483 abgedeckt und erledigt. Dazu liegt eine Wortmeldung vor. Wie war ihr Name? — Herr Schmid-Burgk.

**Dr. Klaus Schmid-Burgk:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf kurz an die Ausführungen des Kollegen Pieroth anknüpfen.

Ich würde Ihnen vorschlagen, den Antrag Nr. 745, und zwar den ersten Absatz, der allgemeine Gedanken zur Eigentumspolitik enthält, vorzuziehen hinter Ziff. 62, im übrigen aber dann die Ziffern 101 bis 103 dort im Programm so zu plazieren, wie es das Rheinland hier vorschlägt. Ich glaube, daß es notwendig ist, in Anbetracht der Bedeutung der Eigentumspolitik für die Christlich Demokratische Union und für die Eröffnung der Chancengleichheit auf diesem Gebiet, den ersten Teil des Antrags von Rheinland-Pfalz im Programm weiter vorn zu plazieren.

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsidium: Nein, wir behandeln noch nicht die Sache, meine Damen und Herren.

Aber dazu zunächst für die Antragskommission Herr Dr. Riesenhuber!

**Dr. Heinz Riesenhuber:** Meine Damen und Herren, ich darf nochmals hinweisen auf den Aufbau, der hier vorgesehen ist, und den wir vorgeschlagen haben.

Der Aufbau ist folgender. Nach der Präambel zur Sozialen Marktwirtschaft in den Ziffern 61 und 62 werden systematisch abgehandelt die Voraussetzungen, die wirtschaftlichen Voraussetzungen, für die soziale und die gesellschaftspolitische Komponente, nämlich die Konjunkturpolitik, die Finanz- und Steuerpolitik und das Kapitel über Wettbewerb und Verbraucher. Nach den Abschnitten „Mittelstand“ und „Strukturpolitik“ folgt die Mitbestimmung, und zwischen Mitbestimmung und dem Sozialkapitel schlagen wir das ganze Ver-

mögenskapitel vor. Das scheint — und hier sind wir nicht der Auffassung des Bundesvorstands gewesen — vom ganzen Aufbau her am Platze zu sein. Die Vermögensbildung gehört hierher, einerseits als eine Fortführung der Integration der Arbeitnehmer, andererseits als eine Voraussetzung für eine tatsächlich soziale Gesellschaft. Hier soll sie systematisch stehen. Es ist insofern ein politischer und nicht nur ein organisatorischer Antrag.

Wir möchten deshalb vorschlagen, es hier zu belassen. Im übrigen muß ich darauf hinweisen, daß wir in dieser Phase der Debatte inhaltlich über die einzelnen Vorschläge zur Vermögenspolitik noch nicht diskutieren können. Wir können hier nur über die Organisation, über die Aufteilung und über die Gliederung sprechen.

Insofern schlagen wir also vor, hier nur abzustimmen darüber, wohin der Abschnitt Vermögensbildung gehört, nicht aber über irgendwelche inhaltlichen Formulierungen zu diskutieren. Dazu bleiben wir bei unserem Vorschlag, ihn einzufügen nach Ziff. 71. — Danke schön!

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten sofort abstimmen.

Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Zeichen. — Darf ich um die Gegenprobe bitten? — Enthaltungen? — Mit wenigen Gegenstimmen angenommen!

Es ist dann zweitens empfohlen — von der Antragskommission —, die Anträge Nr. 473, 474, 475, 476, 480 und 481 abzulehnen.

Es wird empfohlen, den Antrag 477 anzunehmen. Das haben wir gemacht, ja wohl, und die Ablehnung der Anträge 478, 479, 482 und 483 ergibt sich daraus. Wer auch hier der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Darf ich auch um die Gegenprobe bitten! — Keine Gegenstimme! Danke, dann sind wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, zu Ziff. 61 liegen zum Verfahren selbst zunächst Wortmeldungen der Antragskommission vor. Ich erteile dazu das Wort Herrn Prof. Burgbacher. Danach haben wir einige Wortmeldungen zum Verfahren.

**Prof. Dr. Fritz Burgbacher**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Bei der Ziff. 61 sind die Anträge 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490 und 951 zu behandeln.

Zunächst Antrag 484! Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung des ersten Absatzes des Antrags, da die Vorstandsvorlage knapper und präziser ist. Dagegen empfiehlt die Antragskommission die Annahme des zweiten Absatzes des Antrages, weil dadurch die Zusammenhänge logischer ausgedrückt werden.

Zum Antrag 485 ist zu sagen, daß danach der erste Absatz umzuformulieren ist. Wir empfehlen aber ansonsten die Ablehnung, da die Vorstandsvorlage prägnanter ist.



Es folgt Antrag 486. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, da der Gedanke der wirtschaftlichen Mitverantwortung bereits im zweiten Absatz der Vorstandsvorlage enthalten ist.

Zum Antrag 487 ist zu sagen, daß die Antragskommission Ablehnung empfiehlt, da das Eigentum im dritten Absatz der Vorstandsvorlage bereits erwähnt wird. Damit erledigt sich der zweite Teil des Antrags 487.

Zum Antrag 488 empfehlen wir Ablehnung, weil der Antrag durch die Vorstandsvorlage abgedeckt ist.

Beim Antrag 489 müssen wir Ablehnung empfehlen, da der Begriff, der dort gestrichen werden soll, „Gleichheit der Chancen“, unverzichtbares Ziel der Sozialen Marktwirtschaft ist.

Zum Antrag 490! Wir halten die Vorstandsvorlage für prägnanter und beantragen, den Antrag abzulehnen.

Nachgereicht ist gestern der Antrag 951. Hier empfiehlt die Antragskommission Ablehnung, da sie der Meinung ist, daß der dort vorgetragene Änderungswunsch, den sie nicht sachlich bestreitet, durch „Bekanntnis zur Sozialen Marktwirtschaft“ bereits abgedeckt ist.

Ich fasse zusammen. Die Kommission lehnt den Antrag 484 erster Absatz ab, sie empfiehlt Annahme des Antrags 484 zweiter Absatz. Sie empfiehlt die Ablehnung der Anträge 485, 486, 487, 488, 489, 490 und 951 und hält insofern an der Vorstandsvorlage fest. Vielen Dank!

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Es hat sich zu Ziff. 61 Herr Reeder vom RCDS gemeldet. Die nächste Wortmeldung liegt dann von Herrn Rosorius, Landesverband Rheinland, zum Antrag 951 vor. Herr Reeder!

**Wolfgang Reeder**: Meine Damen und Herren! Ludwig Erhard und Gerhard Stoltenberg haben vor kurzem hier einige grundsätzliche Bemerkungen zur Sozialen Marktwirtschaft gemacht, und ich glaube, daß diese grundsätzlichen Bemerkungen zur Sozialen Marktwirtschaft noch um eine Bemerkung ergänzt werden sollten. Wir haben nach dem Krieg in beiden Teilen Deutschlands einen beispiellosen Wiederaufbau erlebt — nur mit einem wesentlichen Unterschied: In dem einen Teil Deutschlands ist dieser Aufbau geschehen durch Zwang von oben, durch Terror der Bevölkerung, und die Bevölkerung drüben im anderen Teil Deutschlands hat trotzdem ihre Wirtschaft aufgebaut. Ich glaube, diese Leistung sollten wir auch einmal hier bei einem CDU-Parteitag berücksichtigen.

(Beifall)

*Bei uns ist diese beispiellose Leistung des Wiederaufbaus von allen Bevölkerungsgruppen und von allen Bevölkerungsschichten gemeinsam und partnerschaftlich erreicht worden, sie ist gemeinsam und partnerschaftlich getragen worden, und das ist durch die Politik der CDU, durch die Politik der Sozialen Marktwirtschaft möglich geworden.*

Soziale Marktwirtschaft — das hieß damals: weder sozialistischer Zwang und Terror und Rechtlosigkeit des einzelnen noch schrankenloser Liberalismus. Das hieß nicht die unumschränkte Freiheit der wenigen, bei der die vielen nur die Freiheit hatten, sich den wenigen anzupassen. Schrankenloser Liberalismus — das bedeutete Macht der wenigen und Ohnmacht der vielen. Zwischen diesen beiden Extremen hat die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards, die Soziale Marktwirtschaft unserer Düsseldorfer Leitsätze, unserer Partei und unserem Volk den klaren Weg der Mitte gewiesen. Politik der Mitte: Dazu hat sich gestern Bruno Heck bekannt, dazu hat sich gestern Franz-Josef Strauß bekannt. Mit Worten haben sie sich dazu bekannt. Allerdings: Franz-Josef Strauß hat gestern das Wort „Marktwirtschaft“ immer ohne das Wort „sozial“ gebraucht.

Und das zweite: Im Programmwurf ist nur noch die Rede von der Abgrenzung gegenüber dem Sozialismus, nicht mehr von der Abgrenzung gegenüber der Unterordnung des Menschen unter Produktion und Gewinn in einem liberalistischen System.

Dieses ständige Abweichen von der Politik der Mitte zieht sich durch den gesamten Abschnitt über unsere Wirtschaft in diesem Programmwurf, meine Damen und Herren, abweichend von der Politik der Mitte, wenn das konkrete Steuerreformprogramm, das in dem Entwurf der Programmkommission noch enthalten war, hier in der Vorlage des Bundesvorstands gestrichen worden ist. Es ist doch keine Politik der Sozialen Marktwirtschaft mehr, wenn Wettbewerb nur noch als Instrument behandelt wird, nur noch Mittel zum Zweck ist. *Meine Damen und Herren, eben das ist einer der wesentlichen Unterschiede zu den liberalistischen und zu den sich modern gebenden Sozialisten, daß für uns die Wirtschaft nicht Instrument ist, sondern Teil der Lebensordnung von uns allen.* Es entspricht wohl nicht mehr einem modernen Konzept Sozialer Marktwirtschaft, wenn zur Stellung des Verbrauchers ein wenig aussagender Satz gebraucht wird in einer Zeit, in der von einer sozialdemokratischen Regierung ständig über die Köpfe der Verbraucher hinweg und gegen die Verbraucher Wirtschaftspolitik gemacht wird,

(Beifall)

nicht nur in der Konzertierte Aktion.

Es entspricht nicht sozialer Marktwirtschaft, wenn zu der für uns entscheidenden Frage der Vermögensbildung neben dem Beteiligungslohn die große eigentumspolitische Bedeutung der betrieblichen Beteiligungen nicht erwähnt wird. Meine Damen und Herren, die CDU befindet sich in der Opposition, sie kann das Beteiligungslohngesetz nicht durchsetzen. Doch können und sollen CDU-Mitglieder etwas tun. Die Glaubwürdigkeit der Eigentums politik der CDU wird auch gemessen werden an der Bereitschaft der Unternehmer in unseren Reihen, in ihren Betrieben Formen der Partnerschaft einzuführen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in diesen Punkten, die ich genannt habe, wird sich erweisen müssen, ob wir die von uns begonnene und nur von uns durchgeführte Politik der Mitte auch in Zukunft, auch im Bereich der Wirtschaft, vertreten wollen und können.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Rosorius (Rheinland). Ihm folgt Herr Berger, ebenfalls Rheinland.

**Jürgen Rosorius**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Anknüpfend an das, was Herr Reeder vom RCDS gesagt hat, habe ich die Aufgabe, den Initiativantrag 951 im Namen von 29 weiteren Delegierten zu vertreten. Ich möchte betonen, daß dieser Antrag unter anderem von Herrn Professor Burgbacher, von Herrn Dr. Lenz, von Herrn Grundmann und von Herrn Mick unterstützt wurde — um nur einige Namen zu nennen. Sie haben die Begründung der Antragskommission gehört, warum dieser Antrag abgelehnt werden soll. Ich möchte Sie bitten, sich diese Begründung hier noch einmal ganz genau anzuhören.

Die Begründung lautete: Wir bestreiten nicht die Richtigkeit des festgestellten Sachverhalts; aber die Erwähnung der Sozialen Marktwirtschaft an und für sich macht eine Abgrenzung nicht mehr notwendig.

Hier, glaube ich, sind wir an einem ganz entscheidenden Punkt angelangt, nämlich, wie wir Soziale Marktwirtschaft heute noch verstehen. Da muß ich leider sagen, Herr Professor Erhard, daß es nicht ausreicht, nur zu sagen: Wir müssen zurück bzw. wir müssen uns wieder auf das besinnen, was wir 1949 in Düsseldorf einmal formuliert haben, sondern wir müssen auch erklären, wie es zu dem Programm von 1949 gekommen ist, was die Vorläufer dieses Programms gewesen sind.

Wir müssen doch die grundsätzliche Idee der Sozialen Marktwirtschaft hier ganz deutlich aussprechen, nämlich, daß Soziale Marktwirtschaft eine Synthese zwischen einem ungezügelter Kapitalismus und einem kollektivistischen Sozialismus ist. Das ist, glaube ich, damals von Herrn Dr. Müller-Armack und auch von Ihnen, Herr Professor Erhard, doch auch so interpretiert worden. Das war doch gerade so attraktiv für die Arbeitnehmer und für alle Schichten unserer Bevölkerung, daß es uns gelungen ist, von der freien ungezügelter Wirtschaft liberalistischer Prägung und von der Planwirtschaft wegzukommen, die den Menschen in seinen Bedürfnissen durch die Herrschaft einer Klasse oder einer Partei fremdbestimmt. Und ich glaube, daß wir diese Idee retten sollten, daß die Soziale Marktwirtschaft eine Konzeption der Mitte ist, daß sie sich nach beiden Seiten abgrenzt.

Hier lassen Sie mich doch einmal die Düsseldorfer Leitsätze, die von so prominenten Delegierten hier angesprochen wurden, in diesem Punkt zitieren, und dann wird die ganze Unhaltbarkeit der Begründung der Antragskommission nämlich offenbar.

Es heißt in den Düsseldorfer Leitsätzen: „Die Soziale Marktwirtschaft steht im Gegensatz zum System der Planwirtschaft, die wir ablehnen, ganz gleich, ob in ihr die Lenkungsfunktionen zentral, dezentral, durch Selbstverwaltungsorgane oder staatlich organisiert sind.“

Und es heißt dann wenig später — und jetzt kommt die andere Abgrenzung —: „Die Soziale Marktwirtschaft steht auch im Gegensatz zur sogenannten freien Wirtschaft liberalistischer Prägung. Um einen Rückfall in die freie Wirtschaft zu vermeiden, ist zur Sicherung des Leistungswettbewerbs die unabhängige Monopolkontrolle notwendig.“

Und es heißt dann weiter — und auch das müssen wir noch einmal erwähnen, wenn wir die Düsseldorfer Leitsätze zitieren —: „Wenn wir die unsozialen Auswüchse einer solchen freien Wirtschaft vermeiden wollen, weil wir in ihr eine verfälschte Marktwirtschaft sehen, fordern wir die unabhängige Monopolkontrolle.“

Weiter unten heißt es dann — und das ist überhaupt einer der entscheidenden Sätze —: „Dadurch führt die von uns geforderte Wirtschaftsordnung neben den im Ahlener Programm genannten Mitteln zu wahren Wirtschaftsdemokratie.“ Meine Damen und Herren, wenn in den Düsseldorfer Leitsätzen, dem grundlegenden Dokument zur Sozialen Marktwirtschaft, dies doppelte Abgrenzung — wie ich meine hervorragend — vorgenommen wurde und wenn das wirklich eine hervorragende Konzeption ist, mit der wir uns der Auseinandersetzung mit jenen stellen können, die heute unter dem Vorwand einer neuen Ostpolitik bzw. durch eine neue Ostpolitik auch eine Anpassung an kommunistische Gesellschaftsverfassung wollen, dann müssen wir diese doppelte Abgrenzung vornehmen.

Zum Schluß möchte ich also folgendes sagen: Ich bin gern bereit, auf eine Abgrenzung im Programm gegenüber dem kollektivistischen Sozialismus zu verzichten, wenn die Antragskommission der Meinung ist, daß die Erwähnung des Wortes der Sozialen Marktwirtschaft das beinhaltet. Wenn wir aber die Soziale Marktwirtschaft nach einer Seite hin abgrenzen, wie es im Programm geschehen ist, dann können uns unsere politischen Gegner daraus einen Strick drehen, indem sie nämlich sagen: In den Düsseldorfer Leitsätzen, auf die sich hier laufend berufen wurde, ist die Abgrenzung nach beiden Seiten vorgenommen worden und hier in dem neuen Programm nur noch nach einer Seite.

(Zustimmung)

Also — und das möchte ich den Herren der Antragskommission sagen — entweder halten wir die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft aufrecht, uns sowohl gegenüber dem individualistischen Wirtschaftsliberalismus als auch gegenüber dem kollektivistischen Sozialismus abzugrenzen, oder wir lassen eine Abgrenzung im Programm überhaupt fallen, weil wir der Meinung sind, daß sich das aus der Erwähnung des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft ergibt.

(Beifall)

Ich darf Sie sehr herzlich bitten: Wenn die Antragskommission nicht bereit ist, diese Abgrenzung zur anderen Seite hin vorzunehmen, die ich — und das möchte ich ausdrücklich sagen — für richtig halte, dem Antrag 951 zuzustimmen und damit die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie in den Düsseldorfer Leitsätzen formuliert wurde, zu retten und auch der Öffentlichkeit noch einmal vor Augen zu führen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Herr Professor Burgbacher für die Antragskommission!

**Professor Dr. Fritz Burgbacher**: Meine lieben Freunde, daß ich Sympathien für diesen Antrag habe, ergibt sich aus der Tatsache, daß ich ihn mit unterzeichnet habe. Das hindert mich aber nicht — und das darf mich nicht hindern —, als Vertreter der Antragskommission den auf Grund der Debatte in der Antragskommission gefaßten Beschluß hier zu vertreten.

Wir sind der Meinung, daß der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft die Abgrenzung zum liberalen Kapitalismus eindeutig inkludiert. Nun sagt Rosorius: Das gilt aber dann auch für die Abgrenzung nach links! — Das ist an sich richtig. Wir machen aber ein Programm im Jahre 1971, und im Jahre 1971 ist für die Soziale Marktwirtschaft die Gefahr nicht der liberale Kapitalismus, sondern der Sozialismus. Deshalb haben wir den erwähnt, und deshalb glaubten wir, auf die Erwähnung der anderen Abgrenzungen in dieser Zeit verzichten zu können, und bitten Sie, unserer Stellungnahme zuzustimmen.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Danke. — Ruth Reinhard zur Geschäftsordnung!

**Ruth Reinhard**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind uns alle über die Wichtigkeit der hier zur Diskussion stehenden Probleme einig, und ich möchte an die noch zu erwartenden Diskussionsredner einen dringenden Appell richten: Konzentrieren Sie Ihre Ausführungen bitte im Interesse der Sache! — Ich danke Ihnen.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Der Präsident möchte das nachdrücklich unterstreichen.

Wir fahren in der Reihenfolge der Wortmeldungen fort: Herr Berger, Rheinland-Pfalz.

**Markus Berger**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte so verfahren, wie es die Vorrednerin erbeten hat. Ich bitte deshalb um Ihre Aufmerksamkeit vom ersten Satz an.

Der Antrag des Landes Rheinland-Pfalz, 484, ist von der Antragskommission — mindestens im ersten Absatz — mit der Begründung verworfen worden, daß die Ziffer 61 prägnanter wäre. Ich darf aber darauf hinweisen, daß es sich hier nicht um irgendwelche Formulierungen handelt, die mit der Ziffer 61

identisch wären. Der große Unterschied ist in einem Wort zu finden. In der Ziffer 61 ist die Rede von mehr Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt, das heißt von der Quantität.

Im Antrag Rheinland-Pfalz ist die Rede davon, daß alle Bürger gerechter als bisher am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben sollen. Das ist zweifellos auch im Blick auf die Qualität gesprochen und im Blick auf alle Bürger, das heißt, das Anliegen von Herrn Pieroth von heute morgen, eine Aussage zur Eigentumsbildung möglichst schon vorne in die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft hineinzubringen, steckt hier mit drin. Ich möchte Sie deshalb bitten, gerade weil wir glauben, daß dieses die Position der Mitte ist, dem Antrag von Rheinland-Pfalz zuzustimmen. Ich danke Ihnen.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Es spricht Herr Mick.

**Josef Mick**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag Nr. 951, den ich mitunterschrieben habe.

Ich stimme Herrn Professor Burgbacher ausdrücklich darin zu, daß die größere Gefahr vom Sozialismus ausgeht. Jedoch darf ich Sie, sehr verehrter Herr Professor Burgbacher, darauf aufmerksam machen, daß weiteste Kreise unseres Volkes und aller Völker dem Sozialismus nicht anheimgefallen wären, wenn wir nicht einen schrankenlosen Liberalismus gehabt hätten.

(Zustimmung)

Ich möchte auch uns — und wenn ich sage: uns, dann meine ich vor allem die breiten Schichten unseres Volkes — davor bewahren, dem Sozialismus anheimzufallen, weil wir uns nicht klar und eindeutig gegenüber dem Liberalismus abgrenzen.

Ich bitte Sie, diesen Antrag Nr. 951, den ich von unserer geistigen Substanz her als selbstverständlich ansehe, anzunehmen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Es spricht Herr Kollege Wörner zum gleichen Thema.

**Dr. Manfred Wörner**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich möchte nachdrücklich darum bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Es geht hier um die Glaubwürdigkeit unserer Position!

Die intellektuelle Diskussion unserer Tage gerade in der jungen Generation muß uns doch zwingen, wenn wir — mit gutem Grund! — auf der einen Seite die sozialistischen Vorstellungen ablehnen, uns auf der anderen Seite auch abzugrenzen gegenüber jenen, die unter den kaschierten Vorstellungen des Liberalismus alte Zustände wieder einführen wollen. Wir werden doch nur dann

glaubwürdig sein, wenn wir klarmachen, daß wir uns sowohl nach links wie nach rechts eindeutig abzugrenzen wissen!

(Zustimmung)

Ich persönlich, der ich häufig gerade mit Jungsozialisten über dieses Thema vor jungen Menschen diskutieren muß, vermag erst dann für die jungen Leute überzeugend zu argumentieren, wenn ich klarmache, daß die CDU es war, die weggekommen ist vom Liberalismus schrankenloser Prägung und hingefunden hat zu einem Weg der Mitte, der auf der einen Seite der Marktwirtschaft zu ihrem Recht verhilft, aber auf der anderen Seite auch dem Mißbrauch insbesondere der wirtschaftlichen Macht dort Schranken setzt, wo es um des Wohles des einzelnen und des Wohles des Ganzen willen nötig ist.

(Hans Katzer: Das war sehr gut, Herr Wörner! — Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Wortmeldungen dazu liegen nicht mehr vor. Wird von der Antragskommission noch das Wort dazu gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen damit zur Abstimmung über Ziffer 61. Hier sind abweichende bzw. ergänzende Anträge gestellt worden; das betrifft vor allem den Antrag Nr. 951. Über ihn müssen wir, glaube ich, zuerst abstimmen.

(Zustimmung)

Wer dem Antrag Nr. 951 zustimmt, den bitte ich um das Zeichen! — Ich danke Ihnen und bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Stimmenthaltungen angenommen.

(Lebhafter Beifall)

Wir kommen danach zur Abstimmung über den so veränderten Antrag der Antragskommission. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. — Ich danke Ihnen. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Damit ist mit großer Mehrheit der durch die Annahme des Antrags Nr. 951 ergänzte Antrag der Antragskommission angenommen.

Zur Geschäftsordnung spricht Herr Berger.

**Markus Berger**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Landesverband Rheinland-Pfalz hatte einen Antrag gestellt, der lediglich die Änderung eines einzigen Satzes beinhaltete und ansonsten mit dem Gesamtkonzept der Antragskommission völlig übereinstimmte.

Deshalb wäre es richtiger gewesen, meine ich, zunächst über diesen Änderungsantrag von Rheinland-Pfalz hier abzustimmen;

(Zustimmung)

dann wäre das Gesamtkonzept keinesfalls gefährdet gewesen. — Ich bitte, nachträglich doch noch einmal feststellen zu wollen, ob nicht die Mehrheit des Parteitages diesem Antrag von Rheinland-Pfalz zu folgen bereit ist.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Hier ist wie bisher verfahren worden. Die Antragskommission hat die Ablehnung des ersten Absatzes des Antrags Nr. 484 begründet, weil sie der Auffassung war, daß die Vorstandsvorlage knapper und präziser gewesen sei. Wir sind auch bei den anderen Anträgen, in denen ebenfalls Änderungsvorschläge gemacht wurden, so verfahren, und ich glaube, wir können auch in Zukunft nicht anders vorgehen.

Wir fahren in der Beratung fort und kommen zu Ziffer 62. Zum Verfahren: Hier wären die Anträge Nr. 491 und 492 zu behandeln. Zunächst ist der Antrag Nr. 492 zu erörtern, auf Grund dessen das Wort „Preisstabilität“ durch „Geldwertstabilität“ ersetzt werden soll. Die Antragskommission empfiehlt Annahme, da der Begriff „Geldwertstabilität“ sicher richtiger ist.

Danach wäre Antrag Nr. 491 zu behandeln, nach dem der Begriff „Wachstum“ durch „stetiges Wachstum“ ersetzt werden soll. Die Antragskommission empfiehlt Annahme, da die Formulierung der des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes entspricht.

Die Antragskommission empfiehlt also die Annahme der beiden Anträge Nr. 491 und 492. Mir liegt hier die Wortmeldung des Herrn Dr. Luda von Westfalen-Lippe vor. Ich stelle die Frage, ob die Wortmeldung aufrechterhalten werden soll, nachdem Herr Dr. Luda ja sicherlich für den Antrag sprechen soll, den die Antragskommission ohnehin zur Annahme empfohlen hat.

(Dr. Manfred Luda: Ich verzichte!)

Wir können dann also zur Abstimmung über den Antrag der Antragskommission kommen; wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. — Ich danke. Bitte die Gegenprobe! Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Gegenstimmen ist der Antrag ohne Stimmenthaltungen angenommen.

Nummehr kommen wir zu Ziffer 63. Hier sind die Anträge Nr. 493, 494, 495, 496, 497 und 469 zu behandeln.

Zunächst sind die Anträge Nr. 495 und 496 zu erörtern. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung des Antrags Nr. 495, da er auf einen Teil des Konzepts regelgebundenen Verhaltens verzichtet und im übrigen sachlich weniger klar ist als der Vorstandsentswurf. Außerdem ist die Forderung, ein währungspolitisches Instrumentarium zur außenwirtschaftlichen Absicherung zu entwickeln, nicht aussagekräftig.

Zu diesem Punkt spricht Herr Dr. Schäfer von der Antragskommission.

**Dr. Manfred Schäfer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie Sie ausgeführt haben, Herr Präsident, empfiehlt die Antragskommission die Ableh-



nung des Antrags Nr. 495 und auch die Ablehnung des Antrags Nr. 496, und zwar mit der Begründung, daß die Vorstandsvorlage aussagefähiger ist.

Das bedarf, glaube ich, einer Erläuterung, weil in der Antragskommission bekanntgeworden ist, daß bei den einzelnen Aussagen, die in Ziffer 63 gemacht worden sind, mißverständliche Interpretationen stattgefunden haben.

Meine Damen und Herren, Ziffer 63 ist ein Bekenntnis zur aktiven Konjunkturpolitik. Sie differenziert sehr deutlich zwischen dem, was derzeit an Konjunkturpolitik betrieben wird, nämlich zwischen dem abrupten Eingriff der fallweisen Regelung und einer Konjunkturpolitik, die nach Meinung der CDU eine kalkulierbare Politik bleiben muß, weil das eine wesentliche Voraussetzung für einen konjunkturellen Erfolg ist und ein gleichgerichtetes Verhalten der gesellschaftlichen Kräfte möglich macht.

Deswegen enthält Ziffer 63 die Anlehnung an bestimmte Regeln und stabilisierende Elemente, wie zum Beispiel einen konjunkturgerechten Haushalt, wie zum Beispiel den Ansatz für eine aktive Geldmengenpolitik. An dieser Stelle ist die Erläuterung erforderlich, daß es im Rahmen einer aktiven Geldmengenpolitik derzeit kein fertiges Modell gibt, das auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik ohne weiteres anwendbar wäre. Dies ist also keine dogmatische Aussage. Dies ist keine Anlehnung an eine bestimmte konkrete Lehrmeinung, sondern dies ist der Versuch, einen Ansatz für eine generell aktive Geldmengenpolitik zu formulieren.

Ähnlich verhält es sich mit der Einkommenspolitik, die in Ziffer 63 bejaht wird und die nach Meinung der Verfasser mittelfristig ausgerichtet werden soll. In einigen Abänderungsanträgen — auch in den genannten — wird die außenwirtschaftliche Absicherung deutlich wiedergegeben und unterstrichen. Über die Möglichkeiten dazu ist man unterschiedlicher Meinung.

Was den Antrag Nr. 495 betrifft, so ist die Antragskommission der Auffassung, daß, wenn man die Notwendigkeit einer außenwirtschaftlichen Absicherung vertritt, man auch präzise sagen sollte, worum es sich dabei handelt. Die Formulierung, es müsse ein neues Instrumentarium gebildet werden, ist natürlich immer richtig. Die Antragskommission verweist darauf, daß dieses Instrumentarium praktisch in den Wechselkursen bereits gegeben ist.

Soweit die Begründung der Antragskommission für die Ablehnung der Anträge Nr. 495 und 496.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Herr Dr. Schäfer, würden Sie, da es sich um eine einheitliche Ziffer handelt, gleich fortfahren und die anderen Punkte begründen.

**Dr. Manfred Schäfer**: Vielen Dank, Herr Präsident. Danach sind die Anträge 495 und 969 zu behandeln. Auch hier empfiehlt die Antragskommission die Ablehnung, da die Vorstandsvorlage präziser ist und die Forderungen nach Harmo-

nisierung der EWG-Konjunktur- und -Währungspolitik bereits in Ziffer 12 enthalten sind, wo die Europapolitik angesprochen wird.

Zu Antrag Nr. 494 empfiehlt die Antragskommission Ablehnung, da die Forderung nach marktkonformen Eingriffen durch das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft abgedeckt ist. In der Sozialen Marktwirtschaft gibt es nur markt-konforme Eingriffe.

Schließlich ist der Antrag Nr. 497 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, da diese Aussage sachlich zu Ziffer 70 — Strukturpolitik — gehört.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Hier liegen Wortmeldungen zu Nr. 495 von Herrn Dr. Freiwald, Hessen, zu 497 von Herrn Böhm aus Hessen und zu 493 von Herrn Dr. Luda aus Westfalen-Lippe vor. Herr Dr. Freiwald hat das Wort.

**Dr. Friedrich Freiwald**: Meine Damen und Herren! Der Kreisverband Frankfurt hat sich sehr eingehend mit diesem Problem befaßt und ist mit den ersten Sätzen der Ziffer 63 durchaus einverstanden. Wir haben nur unsere deutlichen Bedenken zu dem Satz angemeldet, der aussagt, die Steuerung der Geldmenge solle sich am voraussichtlichen Wachstum des Sozialproduktes orientieren. Wir sind der Auffassung, daß sich dieser Hinweis sehr stark an die Geldmengentheorie des Professors Friedman anlehnt — eine sehr interessante und auch sehr wichtige, in den Vereinigten Staaten sehr viel diskutierte Theorie, der wir Respekt entgegenbringen können, die aber doch nicht unumstritten ist und die man daher meiner Ansicht nach in dieser präzisen Form nicht in ein Parteiprogramm übernehmen sollte.

Zur Sache selbst muß ich ausführen: Wenn wir die Aussage machen, daß sich die Steuerung der Geldmenge am voraussichtlichen Wachstum des Sozialprodukts orientieren soll, dann gibt man auch der Notenbank eine Bindung an die Hand. Dies muß unseres Erachtens unter allen Umständen vermieden werden. Denn wer setzt dieses voraussichtliche Wachstum eigentlich fest? Das ist doch im Zweifelsfall, meine Damen und Herren, die Regierung, und sie nimmt damit auf direktem oder indirektem Weg die Notenbank an die kurze oder lange Leine. Das muß unter allen Umständen vermieden werden.

Wir sind, meine Damen und Herren, der Auffassung, daß wir hier sehr deutlich die geldwertverpflichtete Politik der Notenbank ansprechen wollen und in diesem Zusammenhang gerade angesichts der augenblicklichen gesamt-politischen Entwicklung die Unabhängigkeit der Notenbank erneut deutlich unterstreichen sollten.

Wir sind schließlich der Auffassung, daß wir auch zur Einkommenspolitik eine kurze Aussage machen und auf eine Verstetigung der Einkommenspolitik drängen sollten, damit wir die starken Ausschläge nach oben und nach unten, die unsere Konjunkturpolitik so schwer gefährden, in Zukunft vermeiden. Der nächste Absatz, der sich mit den außenwirtschaftlichen Störungen befaßt,

scheint mir auch in dem Frankfurter Vorschlag präziser formuliert zu sein. Ich muß da meinem Vorredner widersprechen. Was sind denn funktionsfähige Wechselkurse? Sind es nun flexible Wechselkurse, oder sind sie es nicht? Daß diese Frage umstritten ist und umstritten bleibt, meine Damen und Herren, ist bekannt. Ich würde sagen, wir sollten uns hier nicht auf diese einseitige Festlegung einigen, sondern sollten herausstellen, daß wir hierfür — zur Abdeckung solcher Entwicklungen — ein währungspolitisches Instrumentarium besonderer Art bereitstellen.

*Wenn wir zum Schluß gesagt haben, daß die Informationen über die Konjunkturentwicklung verstärkt und die Statistiken verbessert werden müssen, dann nützt uns das alles nichts, wenn diese Unterlagen nicht schnellstens — insbesondere auch für die Parlamente — zur Verfügung stehen. Ich beantrage daher, diesen Antrag des Kreisverbandes Frankfurt zu akzeptieren.*

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Zu diesem Beitrag bitte Herr Dr. Schäfer für die Antragskommission.

**Dr. Manfred Schäfer**: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zur Klärstellung folgende Anmerkung: Ich habe bereits bei der Begründung des Antrags der Antragskommission ausgeführt, daß hinsichtlich der aktiven Geldmengenpolitik klargestellt werden muß, daß es derzeit kein fertiges Modell gibt, das auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik Anwendung finden kann. Damit kann also auch nicht das Friedman-Modell gemeint sein. Es geht um den Ansatz zu einer aktiven Geldmengenpolitik, die zunächst nichts damit zu tun hat, daß sich jemand darauf versteift, dies beinhalte eine Prognose über das künftige Wachstum. Meine Damen und Herren! Jede Wirtschaftspolitik ist eine *in die Zukunft gerichtete Handlung. Jede Wirtschaftspolitik erfordert deswegen eine Prognose. Es kommt nur darauf an, auf welchen Zeitraum sie sich erstreckt und mit welcher Verbindlichkeit eine solche Prognose zur Grundlage der Politik gemacht wird. Aber eine Zukunftsbetrachtung erfordert jede wirtschaftspolitische Handlung. Ich wäre deswegen der Meinung, daß Sie in diesem Punkte dem Antrag der Antragskommission folgen sollten.*

Was das übrige in dem Antrag der Hessen angeführte währungspolitische Instrumentarium angeht, so wird es uns sicher ganz gut anstehen, das näher zu präzisieren. Ich kenne keines, das besser funktioniert als funktionsfähige Wechselkurse. Wenn Sie mich fragen, was funktionsfähige Wechselkurse sind, dann sind es für mich Wechselkurse mit größerer Flexibilität als die derzeitigen. Ich kann aber durchaus auch jemanden verstehen, der den Wechselkursen eine andere Funktion gibt. Deshalb dieses Bekenntnis: Für mich sind es Wechselkurse mit größerer Flexibilität.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. — Herr Böhm aus Hessen, bitte.

**Wilfried Böhm**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für den Bericht der Antragskommission. Ich bin mit dem Vorschlag einverstanden, unseren Antrag bei Ziffer 70 aufzunehmen.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. — Herr Dr. Luda aus Westfalen-Lippe.

**Dr. Manfred Luda:** Ich spreche zum Antrag Nr. 493. — Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion ist eine der ganz großen Aufgaben, die in den nächsten Jahren von uns gelöst werden müssen.

Es ist deshalb erforderlich, daß in unserem Programm darüber etwas Konkretes gesagt wird. Im Entwurf dieser Ziffer wird die Wirtschafts- und Währungsunion nur sehr pauschal erwähnt. Deshalb hat der Landesverband Rheinland im Zusammenhang mit der Frage der außenwirtschaftlichen Absicherung hier eine Konkretisierung beantragt, eine Konkretisierung in dem Sinne, daß wir in unserem Programm wenigstens zum Ausdruck bringen, daß Zuständigkeiten, die bisher auf der Ebene der Partnerstaaten allein bestehen, übertragen werden auf die Organe der Gemeinschaft. Zumindest diese konkrete Aussage muß ins Programm hinein.

Der Berichterstatter der Antragskommission, Herr Dr. Schäfer, hat vorhin gemeint, das könne im Zusammenhang mit der Ziffer 12 gesagt werden. Nun, wir müssen heute, da die Ziffer 12 noch nicht verabschiedet ist, sondern erst morgen beraten werden soll, von dem bisherigen Entwurf ausgehen, und da steht in der Ziffer 12 lediglich: „Die angestrebte Wirtschafts- und Währungsunion soll wirtschaftliche Stabilität als Basis für stetiges Wachstum gewährleisten.“

Auch das ist eine sehr pauschale, eine zu pauschale, eine überhaupt nicht konkrete Aussage. Wenn wir, Herr Präsident, davon ausgehen können, daß der Grundgedanke des Antrages Rheinland Nr. 493 morgen in der Ziffer 12 — dazu liegen ja zahlreiche Ergänzungs- und Änderungsanträge vor — verankert wird, dann könnte nach meiner Ansicht hier auf die Beschlußfassung über diesen Antrag verzichtet werden. Kann das aber heute noch nicht positiv gesagt werden, muß ich darauf bestehen, daß darüber heute hier befunden wird.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. — Damit ist die Zahl der Wortmeldungen erschöpft.

(Zuruf: Nein!)

Herr Müller-Hermann!

**Dr. Ernst Müller-Hermann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem Antrag Nr. 495 einen Vermittlungsvorschlag unterbreiten: Bei dem zweiten Absatz scheint mir die Formulierung „ein geeignetes währungs-politisches Instrumentarium“ nahezu ebenso unpräzise zu sein wie „funktionsfähige Wechselkurse“; beides ist vielschichtig auslegbar.

Was mir aber an dem Antrag des Kreisverbandes Frankfurt-Stadt gefällt und was wichtig ist, ist, daß einmal in unserem Programm die Unabhängigkeit der Notenbank verankert wird.

Ich möchte daher vorschlagen, zu Ziffer 63 in der dort enthaltenen Formulierung folgenden Zusatz einzubauen: „Die Steuerung der Geldmenge durch eine unabhängige Notenbank soll sich am voraussichtlichen Wachstum des Sozialprodukts orientieren.“

(Vereinzelt Zustimmung)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Die Antragskommission signalisiert Einverständnis. — Wir sollten darüber hinaus auch entsprechend dem Vorschlag der Antragskommission den Antrag Nr. 493 bei der Ziffer 12 behandeln. Dazu liegt ohnehin eine Reihe von Anträgen vor. Es würde sich also anbieten, die Frage dort mitzuberaten.

Ich würde danach jetzt zur Abstimmung stellen den durch den Antrag von Dr. Müller-Hermann ergänzten Antrag der Antragskommission. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. — Danke. Die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Gegenstimmen ohne Stimmenthaltung angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 64. Hier ist lediglich der Antrag Nr. 498 zu behandeln. Herr Lampersbach begründet die Empfehlung der Antragskommission.

**Egon Lampersbach**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Verfahren ist hier festzustellen, daß nur ein Antrag vorliegt, als Antrag Nr. 498 ausgedruckt, vom Kreisverband Rheingau eingebracht.

Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages, da die Grundsätze der Steuerreform in Ziffer 66 bereits angeschnitten werden und Fragen der Steuerprogression erst im Rahmen des umfassenden Steuerreformkonzepts behandelt werden können. Die Kommission empfiehlt Ihnen daher Ablehnung.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Sie haben das Votum gehört. Wortmeldungen zu Ziffer 64 liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich stelle den Antrag der Antragskommission — Ablehnung des Änderungsantrages — zur Abstimmung. — Ich lasse abstimmen über die Vorstandsvorlage. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. — Danke. Die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Gegenstimmen ohne Enthaltung angenommen.

Wir kommen damit zu Ziffer 65. Hier liegen eine Menge Anträge vor, Nr. 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506 und 507. Zunächst die Anträge Nr. 501, 502, 505, und 506. Ich darf den Sprecher der Antragskommission, Herrn Lampersbach, bitten.

**Egon Lampersbach**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die soeben vom Herrn Präsidenten aufgerufenen Anträge — zu ergänzen um Nr. 507 — sind hier zu behandeln. Zunächst sind die Anträge Nr. 501, 502, 505 und 506 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt hier Ablehnung, da die Streichung des zweiten Absatzes die Glaubwürdigkeit des gesamten Programms gefährden würde.

Danach sind die Anträge Nr. 499 und 504 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages 504, und zwar in der Form, einen neuen zweiten Absatz einzufügen und ansonsten an der Vorstandsvorlage festzuhalten.

Die in Antrag Nr. 499 vorgeschlagene Umformulierung des zweiten Absatzes der Vorstandsvorlage wird von der Antragskommission abgelehnt, da die Vorstandsvorlage flexibler ist. Es geht hier um die Worte „kann“ bzw. „ist“.

Danach ist der Antrag Nr. 500 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, da durch Annahme des Antrags Nr. 504 hier weitestgehend dem Petitem nachgekommen ist. Für die Ablehnung der Umformulierung des zweiten Absatzes gelten die gleichen Gründe wie für die Ablehnung des Antrages Nr. 499, zweiter Absatz.

Danach wäre Antrag Nr. 503 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, da die Kannvorschrift der Vorstandsvorlage flexibler ist.

Schließlich Antrag Nr. 507. Die Antragskommission empfiehlt hier ebenfalls Ablehnung, da der Änderungswunsch „... der Leistungswille aller Bürger darf dadurch nicht gehemmt werden...“ durch die Vorstandsvorlage abgedeckt ist. In der Vorstandsvorlage heißt es „gesamtwirtschaftlich vertretbaren“.

Wird der Antrag Nr. 504 nicht angenommen, so wäre Antrag Nr. 499, zweiter Absatz, zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung und hält an der Vorstandsvorlage fest. — Danach wäre Antrag Nr. 500 zu behandeln und ebenfalls Ablehnung zu empfehlen.

Die Empfehlungen der Antragskommission lauten also: Die Kommission empfiehlt Annahme des Antrages Nr. 504. Sie lehnt die Anträge Nr. 499, 500, 501, 502, 503, 505, 506 und 507 ab.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Ich danke dem Berichterstatter. Ich habe Wortmeldungen zu dieser Ziffer vorliegen von Herrn Dr. Luda, Westfalen-Lippe; Ingrid Sibbecke, Landesverband Rheinland, von Herrn Dr. Dieter Fuchs, Landesverband Rheinland, Herrn Popkes, Landesverband Hannover, Herrn Milde, Landesverband Hessen. Ich bitte die, die hier sprechen wollen, schon nach vorn zu kommen. Ich gebe Herrn Dr. Luda das Wort.

**Dr. Manfred Luda**: Herr Präsident, meine Damen und Herren, zum Antrag Nr. 499! Der erste Gedanke, daß nämlich die Aufwendungen für Zukunftsinvestitionen künftig wesentlich zu steigern sind, ist in dem Antrag Nr. 504, Oberhausen, zum Ausdruck gebracht, und dem hat die Antragskommission schon zugestimmt.

Ich glaube, aber auch dem weiteren Grundgedanken des Antrags Nr. 499 sollte der Parteitag zustimmen. Soweit es in dem Vorstandsentwurf heißt, „Soweit die Einnahmen des Staates für die Finanzierung vorrangiger Aufgaben nicht ausreichen...“ ist das sehr farblos, um nicht zu sagen inhaltlos, denn wenn die Zukunftsinvestitionen künftig stärker berücksichtigt werden müssen, liegt es

*auf der Hand, daß das nicht nur aus den bisherigen Einnahmen des Staates finanziert werden kann. Es ist deshalb sinnvoll zu sagen: „Soweit die wachsenden Einnahmen des Staates nicht . . . ausreichen.“*

Zu der zweiten Frage „ist“ oder „kann“ — ich vertrete den Antrag des Landesverbands Rheinland —: Das sollte man obligatorisch machen, denn wenn man es nicht tut, verzichtet man auf die zahlreichen inneren Reformen, die ja Hauptgegenstand dieses neuen Programms der CDU sind. Es ist also zwangsläufig, hier „ist“ statt nur „kann“ zu sagen. — Ich danke Ihnen.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. — Das Wort hat Ingrid Sibbecke, Landesverband Rheinland.

**Ingrid Sibbecke**: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich spreche nicht für den Landesverband Rheinland, sondern für den Kreisverband Düsseldorf-Mettmann. Auch der Kreisverband Düsseldorf-Mettmann wünscht die inneren Reformen und weiß, daß diese inneren Reformen finanziert werden müssen. Wir hätten Sie niemals gebeten, den Abs. 2 des Abschnitts 65 zu streichen, wenn dort nicht zwei Vorbehalte gemacht würden, nämlich der gesamtwirtschaftliche und der soziale. Das sind zwei Vorbehalte, die die Wirtschaftskraft und — wenn Sie so wollen — den Bürger betreffen, der aber nicht die öffentliche Hand auffordert zu bedenken, ob nicht durch Umverteilung, durch Setzen neuer Prioritäten, durch Rationalisierung und durch Sparmaßnahmen das Finanzvolumen besser im Sinne der Reformen genutzt sein könnte.

Wir sind also der Überzeugung, daß dieser Absatz anders hätte lauten müssen. In ihm hätte ernsthaft zum Ausdruck kommen müssen, daß der Staat zuerst bemüht ist, aus dem ihm zukommenden Anteil des Bruttosozialprodukts die inneren Reformen zu bestreiten und erst dann auf die Steuerkraft der Wirtschaft und der privaten Haushalte zurückzugreifen. Wir glauben, daß in dieser versteckten Formulierung ganz klar Steuererhöhungen angesagt sind, und wir halten es nicht für opportun, zu einem Zeitpunkt, da der Finanzminister der SPD/FDP-Koalition — jedenfalls für dieses Jahr — auf Steuererhöhungen verzichten muß, in einem Programm zu schreiben, daß die CDU innere Reformen nur mittels Steuererhöhungen durchführen will.

Ich bin der ehrlichen Auffassung, daß man dem Ochsen, der da drischt, zwar das Maul mal zubinden kann, daß man ihn aber nicht abschlachten sollte. Dann werden Sie die inneren Reformen nicht bezahlt bekommen. Wenn Sie dennoch der Meinung sind, unseren Antrag ablehnen zu müssen, dann bitte ich Sie, dem Antrag des Landesverbands Rheinland zuzustimmen, da hier nicht notwendigerweise herausgelesen werden muß, daß die öffentliche Hand ihre Finanzen durch den Rückgriff auf die Steuerkraft befriedigen will. Ich würde nur bitten, daß Sie vielleicht das Wort „ist“ durch „kann“ ersetzen. — Ich danke Ihnen.

(Teilweiser Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Ich danke auch. — Herr Fuchs, Landesverband Rheinland.

**Dr. Dieter Fuchs:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich spreche für den Antrag Nr. 505, der ebenso wie meine Vorrednerin sagte, darauf abzielt, die Streichung des Abs. 2 in Ziffer 65 herbeizuführen.

Wir sind der Meinung, daß es eine Aussage über Steuererhöhungen in einem Parteiprogramm nicht zu geben braucht. In einem Programm soll man Zielsetzungen finden, bei deren konkreter Inangriffnahme erwogen werden muß, wie sie finanziert werden sollen. Aber eine Aussage, wie sie hier getroffen wird, bei der global eine Art Blankovollmacht erteilt wird, daß nämlich auf jeden Fall auch das Mittel der Steuererhöhungen eingeführt werden muß, wollen wir nicht machen, und eine solche Blankovollmacht wollen wir nicht unterschreiben.

Gerade die CDU als eine Partei, die bisher beim Bürger mit Erfolg versucht hat, den Eindruck aufrechtzuerhalten, eine Partei der Stabilität, eine Partei der sorgsamsten Haushalts- und Finanzgebarung zu sein, gerade die CDU sollte es sich nicht leicht machen. Meine Vorrednerin hat angedeutet, welche Aussagen wir dann eher hier erwartet hätten bezüglich der Rationalisierung der öffentlichen Haushalte, des gesamten Verwaltungsablaufs sowie der Umschichtung von Aufgaben und Finanzierungsmöglichkeiten.

Wir glauben — und das sollte Ihnen die Annahme unseres Antrags erleichtern —, daß wir es der Bundesregierung der inneren Reformen — wie man so schön hört — nicht unnötig leicht machen sollten, eine Politik des leichten Geldes zu treiben und sich dabei auf unser Programm zu berufen.

(Teilweiser Beifall)

**Heinrich Windelen,** Tagungspräsidium: Schönen Dank! — Darf ich wenige Worte zum weiteren Verfahren sagen. Ich habe noch zwei Wortmeldungen vorliegen, und von der Antragskommission haben sich noch zwei Redner gemeldet. Ich würde folgenden Vorschlag machen: Wir würden nach Abstimmung über die Ziffer 65 für eineinhalb Stunden bis 14.30 Uhr unterbrechen und dann mit der nächsten Ziffer fortfahren. — Ich setze Ihr Einverständnis voraus, und wir fahren in der Beratung fort. Das Wort hat Herr Schwarz-Schilling.

**Dr. Christian Schwarz-Schilling:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist richtig, daß sich die Bundesregierung die Dinge nicht so leicht machen darf. Aber es ist auch richtig, daß wir, die CDU, uns in diesen Fragen die Dinge nicht so leicht machen dürfen.

(Teilweiser Beifall)

Wenn wir die Meinung vertreten, daß es vorrangige Aufgaben zu lösen gilt — und ich glaube, diese Meinung vertreten wir; ich brauche nur zu erinnern an die Fragen der Kulturpolitik oder an die Fragen des Umweltschutzes —, dann können wir nur glaubwürdig bleiben, wenn wir die Frage, wie hoch die Steuerquote am Sozialprodukt ist, nicht wie eine blinde Kuh antasten, son-



dern wenn wir auch darüber sachlich und nüchtern beraten. Und hier steht nichts von einer Blankovollmacht, daß wir hier dem Staat irgendeine Vollmacht geben, sondern hier steht ganz deutlich, daß man dann, wenn die Fragen der Umstrukturierung im Haushalt nicht mehr ausreichen sollten, den Anteil der öffentlichen Hand am Bruttosozialprodukt in sozial- und gesamtwirtschaftlich vertretbaren Grenzen erhöhen kann. Ich glaube, das ist das Mindeste, was wir zu diesen Fragen zu sagen haben, denn sonst ist die Glaubwürdigkeit der Union überhaupt nicht mehr da.

(Teilweiser Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Schönen Dank! — Als nächster hat das Wort Herr Popkes, Hannover.

**Lüko Popkes**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was Herr Dr. Schwarz-Schilling soeben gesagt hat, möchte ich voll unterstreichen, zugleich aber das wiederholen, was Herr Dr. Barzel heute von Herbert Wehner zitiert hat: soviel Sozialismus wie möglich. „Soviel Sozialismus wie möglich“ heißt im finanziellen Bereich: Soviel Staatsanteil am Einkommen, am Bruttosozialprodukt wie möglich. Die CDU sollte hier eine Grenze setzen.

Sicher werden, wenn wir in der Regierung sind, die im Programm enthaltenen Reformen viel Geld kosten. Aber die CDU sollte dem Bürger ganz klar die Alternative sagen. Entweder geht es langsam weiter, Schritt für Schritt, mit Prioritäten, oder wir erhöhen drastisch die Steuerlast und die Abgabenquote für jeden arbeitenden Bürger.

Wenn heute schon einschließlich der Sozialabgaben die Arbeitseinkommen — ich spreche nicht von Unternehmergewinnen — zwischen 25 und 30 % belastet sind, dann ist das weiß Gott genug.

Ich plädiere deshalb für Antrag 507, die Vorstandsfassung mindestens in einer Grenzziehung abzumildern, daß die Steuerlast und die Abgabenquote dort ihre Grenze finden, wo der Leistungswille jedes arbeitenden Bürgers gehemmt wird.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Zum Schluß Herr Lampersbach für die Antragskommission.

**Egon Lampersbach**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann in den dargebrachten Beiträgen keine Argumente finden, die das Petikum der Antragskommission erschüttern könnten. Insbesondere erscheint es mir außerordentlich zweifelhaft, dem Beitrag der Kollegin aus dem Rheinland zu folgen, falls der Antrag 501 abgelehnt werden sollte, auf den Antrag Rheinland, Antrag 499, zweiter Absatz, zurückzugehen und diesen zur Annahme zu empfehlen. Darin liegt überhaupt keinerlei Logik.

Das Zweite, was hierzu zu bemerken ist: die Vorstandsvorlage ist in der ganzen Diktion als außerordentlich ausgewogen zu bezeichnen. Es muß auch festgehalten werden, daß das wachsende Bruttosozialprodukt, wie es vom Rheinland gefordert wird, selbstverständlich in die Überlegung und in die Eingriffnahme des Staates mit einbezogen wird. Insofern ist hier keine Diskrepanz festzustellen.

Ein Weiteres habe ich schon eingangs erwähnt. Wir halten es für richtiger, statt der sehr festen Formulierung „ist“ bei der Kannformulierung zu bleiben, weil wir da insgesamt mehr Freiheit haben. Das was Herr Schwarz-Schilling vorhin dazu ausgeführt hat, brauche ich hier nicht zu wiederholen.

Ich darf also noch einmal wiederholen: Die Kommission empfiehlt die Annahme von 504; sie lehnt dagegen die Anträge 499, 501, 502, 503, 505, 506 und 507 ab. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Sie haben den Antrag der Antragskommission gehört. Ich habe versehentlich eine Wortmeldung von Herrn Milde, Hessen, übersehen. Herr Milde hat seine Wortmeldung aber zurückgezogen. Wir kommen damit zur Abstimmung. Wir stimmen über die Vorlage der Antragskommission ab; der Inhalt ist Ihnen bekannt. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einer starken Minderheit aber eindeutig angenommen.

Wir sind damit am Ende der Beratungen des Vormittags. Ich unterbreche die Beratungen bis 14.30 Uhr. Wir setzen 14.30 Uhr die Beratungen mit Ziff. 66 fort.

Pause von 13.04 bis 14.32 Uhr

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne den zweiten Tagesabschnitt für heute, den 26. 1., und heiße Sie willkommen. Es ist halb drei Uhr, und wir tun, glaube ich, etwas Gutes, wenn wir exakt fortfahren ohne Rücksicht auf diejenigen, die noch fehlen.

Ich rufe auf Ziff. 66

Das Wort für die Antragskommission hat Herr Dr. Schäfer.

**Dr. Manfred Schäfer**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird Ihnen aufgefallen sein, daß die Vorstandsvorlage zu Ziff. 66 und überall dort, wo Steuern und Finanzpolitik angesprochen sind, keine konkreten Vorschläge zu steuerlichen Einzelfragen enthält. Das geht darauf zurück, daß sich im Verlauf der Beratungen herausgestellt hat, daß es schier unmöglich ist, in einem Parteiprogramm halbwegs vollständige, verständliche und konsistente Aussagen zu machen über ein Steuer- oder Steuerreformprogramm, so wichtig einzelne Steuerfragen, die hier angesprochen sind, auch sein mögen. Die starke Interdependenz aller Fragen des geltenden Steuerrechts macht es einfach unmöglich, zu einzelnen Steuerfragen Stellung zu nehmen, ohne das

System zu sehen und für dieses System Konsequenzen zu ziehen. Insofern verweist Sie die Programmkommission auf die Arbeiten, die in einzelnen Parteitgremien an einer umfassenden Steuerreform derzeit laufen.

So gesehen bitte ich um Verständnis für die Antragskommission, die sich gezwungen sieht, alle Anträge, die konkrete Aussagen zu einzelnen Steuerfragen enthalten, abzulehnen.

Unter Ziff. 66 sind die Anträge Nr. 508, 509, 510 bis 528 und Antrag Nr. 968 zu behandeln.

Zunächst zu den Anträgen 508 und 509, die identisch sind. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung der Anträge aus dem vorhin dargelegten Grunde, da eben eine Konkretisierung des Steuerreformprogramms bisher noch nicht möglich ist.

Nach diesen Ziffern sind die Anträge 510 und 516 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt, als letzten Spiegelsatz in Abs. 2 der Ziff. 66 aufzunehmen: „Steuerhinterziehungen stärker erfassen; der Steuerflucht entgegenwirken“. Das ist eine Ergänzung, die aus den Anträgen Nr. 510 und 516 resultiert, Ergänzung also der Textziffer 66 zweiter Abschnitt um diesen Spiegelsatz. Damit wären die Anträge 510 und 516 der Sache nach erledigt.

Anschließend wäre Antrag Nr. 512 erster Absatz zu behandeln, d. h. in Abs. 2 im ersten Spiegelsatz der Vorstandsvorlage soll es heißen: „eine ausgewogenere Einkommensverteilung und gerechtere Vermögensbildung“. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme.

Damit wären die Anträge 510 zweiter Absatz, 518, 522 erster Absatz, 523, 525, 528 abgedeckt und der Sache nach erledigt.

Zu den Anträgen 511 und 520, die identisch sind und die Streichung des zweiten Spiegelsatzes vorsehen, empfiehlt die Antragskommission Annahme, da es sachlich bereits in Ziff. 65 zweiter Absatz angesprochen ist.

Die Anträge 512 zweiter Absatz und 524 zu behandeln, wäre nunmehr am Platze, und zwar die Einfügung: „regelmäßige Überprüfung von Steuererleichterungen“ usw. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen eine Ablehnung, da sie davon ausgeht, daß unter Überprüfung eine regelmäßige Überprüfung zu verstehen sei.

Es folgt dann die Behandlung der Anträge 513 und 968. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, da das Anliegen der Anträge selbstverständlich sei.

Zum Antrag Nr. 514 empfiehlt die Antragskommission Ablehnung, da die Abschaffung der Grunderwerbsteuer eine Detailaussage ist und außerdem in Ziff. 121 der Vorstandsvorlage angesprochen wird.

Zum Antrag Nr. 515 empfiehlt die Antragskommission Ablehnung, da die Beseitigung der Doppelbesteuerung von Gewinnen juristischer Personen in

Ziff. 101 bereits gefordert wird und die Reform der Erbschaftssteuer wieder eine Detailaussage wäre, die nicht in den Rahmen des Programms paßt. Mit der Ablehnung des Antrags Nr. 515 wäre auch der Antrag Nr. 527 abgelehnt.

Auch bei Antrag Nr. 517 empfiehlt die Antragskommission Ablehnung, da eine Verzinsung von Steuervorauszahlungen usw. kein grundsätzliches Problem, sondern eine Detailaussage darstellt, die im übrigen eine Reihe anderer Detailaussagen zum gleichen Thema notwendig machen würde.

Zum Antrag Nr. 519: Die Antragskommission empfiehlt aus dem gleichen Grunde — nämlich Detailaussage in einer Steuerfrage — Ablehnung.

Bei der Behandlung des Antrags Nr. 521 empfiehlt die Antragskommission Ablehnung, da das Anliegen des Antrags durch die Vorstandsvorlage der Sache nach abgedeckt ist.

Bei der Behandlung des Antrags Nr. 522 zweiter Absatz — „Die Überprüfung von Finanzhilfen soll sich auf die räumliche Strukturpolitik erstrecken“ —, empfiehlt die Antragskommission Ablehnung, da zum Abschnitt „Strukturpolitik“ gehörend.

Schließlich folgt die Behandlung des Antrags Nr. 526, Fortfall der Gewerbesteuer. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, da auch hier eine Detailaussage zu einer einzelnen Steuer vorliegt.

Soweit der Vorschlag der Antragskommission!

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Schäfer!

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir werden also so verfahren, daß wir zunächst den Empfehlungen der Antragskommission folgend zu Abstimmungen kommen.

Beantragt ist die Ablehnung der Anträge 508 und 509. Ich bitte um Ihr Zeichen, wenn Sie so prozedieren möchten. — Gegenstimmen! — Einige Gegenstimmen! Enthaltungen? — Angenommen mit einigen Gegenstimmen!

Ich rufe auf die Anträge 510 und 516. Die Antragskommission empfiehlt, als letzten Spiegelsatz in Abs. 2 der Ziff. 66 anzufügen: „Steuerhinterziehung stärker“ — wenn ich mir einen Vorschlag erlauben darf, Herr Dr. Schäfer, Ihr Einverständnis voraussetzend, streichen wir das „zu“ und sagen: „Steuerhinterziehungen stärker erfassen, der Steuerflucht entgegenwirken“. Einverstanden? — Wenn wir hier so verfahren, sind die Anträge 510 und 516 der Sache nach erledigt. Ich bitte um Ihr Zeichen, wenn Sie einverstanden sind. — Danke sehr. Gegenstimmen? — Einige Gegenstimmen! Enthaltungen? — Keine Enthaltung.

Jetzt wird Antrag 512 erster Absatz behandelt. In Abs. 2 erster Spiegelsatz der Vorstandsvorlage soll es heißen: „ausgewogenere Einkommensverteilung

und gerechtere Vermögensbildung“. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wenn wir so verfahren, wären die Anträge 510 zweiter Absatz, 518, 522 erster Absatz, 523, 525 und 528 abgedeckt und erledigt. Ich bitte um Ihr Zeichen. — Danke. Gegenstimmen? — Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? — Keine!

Dann behandeln wir die Anträge 511 und 520, die identisch sind und die Streichung des zweiten Spiegelsatzes vorsehen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme, da sachlich bereits in Ziff. 65 zweiter Absatz angesprochen. Wenn einverstanden, bitte ich um Ihr Zeichen. — Danke sehr. Gegenstimmen? — Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? — Keine!

Dann kommt der Antrag 512 zweiter Absatz und der Antrag 524. Es geht um die Einfügung: „regelmäßige Überprüfung von Steuererleichterungen“ etc. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, da das selbstverständlich ist. Sind Sie damit einverstanden? Ich bitte um Ihre Zustimmung, wenn Sie einverstanden sind. — Wer ist dagegen? — Einige Stimmen dagegen. Enthaltungen? — Die Mehrheit nimmt an.

Es folgt dann die Behandlung der Anträge 513 und 968. Die Kommission empfiehlt Ablehnung. Wer so verfahren will, den bitte ich wieder um das Zeichen. — Danke schön. Und die Gegenprobe! — Wieder gegen einige Stimmen mit Mehrheit angenommen!

Wir behandeln dann den Antrag 514. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, da Abschaffung der Gewerbesteuer Detailaussage und außerdem in Ziff. 121 der Vorstandsvorlage angesprochen worden ist. Wer so verfahren will wie die Antragskommission, den bitte ich um das Zeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe wieder? — Gegen einige Stimmen angenommen! Enthaltungen? — Keine!

Wir behandeln dann den Antrag 515. Hier wird auch Ablehnung empfohlen, da Beseitigung der Doppelbesteuerung von Gewinnen juristischer Personen bereits in Ziff. 101 gefordert wird und die Reform der Erbschaftssteuer Detailaussage wäre, die nicht in den Rahmen des Programms paßt. Mit der Ablehnung — wenn wir so verfahren, wie die Kommission vorschlägt — des Antrags 515 ist auch Antrag 527 abgelehnt. Ich bitte um Abstimmung über den Antrag der Kommission. — Danke schön. Dazu Gegenstimmen? — Ich sehe eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? — Gegen eine Gegenstimme abgelehnt.

Wir behandeln dann den Antrag 517. Die Kommission empfiehlt Ablehnung, da Verzinsung von Steuervorauszahlungen etc. kein grundsätzliches Problem, sondern Detailaussage ist. Wollen wir so verfahren? — Ich bitte wieder um Ihr Zeichen. — Danke. Und die Gegenprobe! — Gegen eine Stimme. Enthaltungen? — Keine!

Wir behandeln dann den Antrag 519. Auch hier wird die Ablehnung vorgeschlagen, da Detailaussage. Ich bitte um Ihre Abstimmung für den Kommissionsvorschlag. — Danke. Die Gegenprobe? — Gegen einige Stimmen.

Es erfolgt die Behandlung des Antrags 521. Auch hier wird Ablehnung empfohlen, da das Anliegen des Antrags durch Vorstandsvorlage abgedeckt ist. Wer der Antragskommission die Zustimmung geben will, zeigt bitte wieder seine Karte. — Danke schön. Auch hier die Gegenprobe! — Ich sehe eine Gegenstimme. Enthaltungen? — Keine! So verfahren!

Es folgt die Behandlung des Antrags 522 zweiter Absatz: Überprüfung von Finanzhilfen soll sich auch auf räumliche Strukturpolitik erstrecken. Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung, da das Problem im Abschnitt Strukturpolitik behandelt wird. Wer der Kommission zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. — Danke. Die Gegenprobe? — Gegen eine Stimme! — Enthaltungen? — Auch Enthaltungen!

Dann wollen wir uns mit dem Antrag 526 — Fortfall der Gewerbesteuer — beschäftigen. Auch hier ist die Ablehnung empfohlen, da es sich um eine Detailaussage handelt. Ich darf fragen, ob Sie der Kommission Ihre Zustimmung geben und bitte um das Handzeichen. — Danke. Und Gegenprobe! — Ich sehe einige Gegenstimmen. Es ist so beschlossen, wie die Kommission vorgeschlagen hat.

Ich habe hier noch Empfehlungen der Antragskommission zu stellen. Ich frage Herrn Dr. Schäfer, ob sie noch begründet werden sollen.

(Zuruf: Es ist alles erledigt!)

Es ist alles erledigt. Danke schön!

Ich rufe auf die Ziff. 67 und erteile dazu zunächst Herrn Vogt das Wort, der für die Antragskommission spricht.

**Wolfgang Vogt:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Anträge 529 bis 537 sind zu behandeln. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, nicht vom Text der Vorlage des Bundesvorstandes auszugehen, sondern zunächst einmal die Anträge 530, 534 und 537 zu behandeln, wobei ich darauf hinweisen muß, daß 530 und 537 sich im Inhalt und Wortlaut decken.

Die Antragskommission schlägt vor, vom Antrag 534 auszugehen und die Vorstandsvorlage durch ihn bei Streichung des zweiten Satzes im dritten Absatz zu ersetzen. Es handelt sich um den Satz auf Seite 90: „Die Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Mittelunternehmen muß durch den Abbau von wettbewerbsverzerrenden Faktoren und die Möglichkeit zur leistungssteigernden Kooperation gefördert werden“. Wir schlagen die Streichung deshalb vor, weil dieser Satz in der Ziff. 68 wieder enthalten ist. Es ist eine neue Mittelstandsziffer in das Programm eingebaut worden. Alternativ zu 534 bzw. als Ergänzung zu 534 schlägt die Antragskommission vor, aus dem Antrag 530 letzter Absatz folgenden Satz zu übernehmen: „Ein an Weisungen nicht gebundenes Kartellamt muß ein Widerspruchsrecht gegen wettbewerbs-

beschränkende Konzentrationen und Preisabsprachen haben.“ In dieser Frage, ob dieser Satz in Antrag 534 übernommen werden soll, muß nach Ansicht der Antragskommission eine Entscheidung getroffen werden.

Wird die Übernahme des vierten Absatzes vom Antrag 530 angenommen, so sind wir der Meinung, sind die Anträge 533 dritter Absatz, 536 (Frankfurt-Stadt) und 537 abgedeckt. Wird der vierte Absatz aus Antrag 530 abgelehnt, dann sind auch die Anträge 533 Absatz 3, 536 und 537 abgelehnt.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen außerdem, an den dritten Absatz des Antrags 534 folgenden Satz anzufügen: „Die öffentlichen Mittel, die zur Verbraucheraufklärung zur Verfügung gestellt werden, sind zu koordinieren.“ Die Antragskommission meint, daß, wenn dieser ergänzende Satz angenommen ist, dann der Antrag 529 vom Landesverband Hamburg erledigt ist. Wird der von uns vorgeschlagene Satz abgelehnt, dann ist auch der Antrag 529 abgelehnt. Meine Damen und Herren, wird der Antrag 534 mit bzw. ohne vorgeschlagene Einfügung angenommen, so sind der Sache nach die Anträge 530, 532, 533, 536 und 537 erledigt.

Es steht also noch an die Behandlung des Antrags 531.

Wir empfehlen Ablehnung, da nach unserer Ansicht in diesem Antrag keine Verbesserung des Vorstandsentwurfs enthalten ist.

Schließlich ist der Antrag 535 zu behandeln. Auch hier empfiehlt die Antragskommission Ablehnung.

Ich darf also sagen: Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, vom Antrag 534 auszugehen und in diesem Antrag den vorhin bezeichneten Satz auf Seite 90 oben: „Die Wettbewerbsfähigkeit . . .“ zu streichen.

Sie schlägt Ihnen vor, darüber zu entscheiden, ob aus Antrag 530 der Satz: „Ein an Weisungen nicht gebundene Kartellamt . . .“ in diesen Antrag 534 aufgenommen werden soll, außerdem ist der ergänzende Satz über die Mittel zur Verbraucheraufklärung in den Antrag 534 zu übernehmen — Vielen Dank.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Vogt. Wir haben mehrere Wortmeldungen. Ich erteile das Wort Herrn Lampersbach, Westfalen.

**Egon Lampersbach**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich spreche gegen den Vorschlag der Antragskommission, aus dem Antrag 530 den Satz im letzten Absatz: „Ein an Weisungen nicht gebundenes Kartellamt muß ein Widerspruchsrecht gegen wettbewerbsbeschränkende Konzentrationen und Preisabsprachen haben“ zu übernehmen, und zwar aus folgender Überlegung. Wir sind seit mehr als zwei Jahren in einer sehr detaillierten Beratung über die Neuordnung des GWB und hier insbesondere auch in den Fragen einer Neufestsetzung von möglichen Institutionen. Wir sind zwar der Auffassung, daß das Kartellamt in der heutigen Konzeption nicht voll und ganz den Erfordernissen und Wünschen entspricht, die man daran knüpft. Wir

halten aber eine so detaillierte Aussage im Programm zum Zeitpunkt der Beratung, in der die Meinungen über die zukünftigen Konzeptionen bei weitem noch nicht abgeklärt sind, für nicht zweckmäßig.

Wir werden uns insbesondere sehr eingehend über die Frage unterhalten müssen, ob es zweckmäßig ist, in der Zukunft ein an Weisungen nicht gebundenes Kartellamt zu haben, oder ob wir das Kartellamt heute als Teil des Wirtschaftsministeriums belassen, aber mit neuen Rechten ausstatten.

Ich würde die Übernahme dieses Absatzes als den Versuch werten, eine Präjudizierung hinsichtlich der Entscheidungen, die im Parlament darüber zu fällen sind, vorzunehmen.

Wegen der sehr diffizilen Vorgänge im gesamten Wettbewerbsrecht und der Schwierigkeiten, die sich aus einer Formulierung zu dem gesamten Wettbewerbsrecht ergeben könnten, halten wir es für zweckmäßiger, wenn diese Passage nicht aufgenommen wird. Ich bitte daher, meinem Antrag stattzugeben.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke. — Das Wort hat Herr Gerhard Orgaß, Hamburg.

**Gerhard Orgaß**: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag 529 des Landesverbandes Hamburg, der die Schaffung des Amtes eines Verbraucherbeauftragten zum Inhalt hat. Leider hat dieser Antrag offensichtlich nicht das Wohlwollen der Antragskommission gefunden, und deswegen möchte ich von Hamburg aus den Parteitag bitten, diesem Antrag doch seine Zustimmung zu geben.

Meine Damen und Herren, wir sprechen häufig von einer Konsumgesellschaft und stellen fest, daß der Konsument in dieser Produzentengesellschaft eine außerordentlich schwache Stellung hat, weil nämlich seine Auswahlmöglichkeit durch die kaum vorhandene Markttransparenz für ihn praktisch nicht gegeben ist. Auch Werbung und Reklame sind arm an Informationen und bieten lediglich neue Kaufimpulse. Die Selbsthilfeeinrichtungen der Verbraucher sind hier einfach zu schwach, denn die Verbraucherinteressen in dieser Gesellschaft sind atomisiert, und sie stehen einem konzentrierten Markt in Produktion und Handel bei den Arbeitgebern und auch bei den organisierten Gewerkschaften gegenüber.

Ich glaube, nicht zuletzt aus diesen Gründen hat auch in einer so freiheitsliebenden Gesellschaft wie der amerikanischen seinerzeit Präsident Kennedy ein solches Amt eines Verbraucherbeauftragten geschaffen und sehr nahe an sich gezogen.

Die Aufgabe eines solchen Verbraucherbeauftragten liegt darin, daß all die Entscheidungen, die in den Ressorts der Ministerien getroffen werden und die zum Teil verbraucherrelevante Entscheidungen mit beinhalten, harmonisiert und konzentriert werden.



Eine weitere vorrangige Funktion liegt in einer Koordinierung all der Maßnahmen der öffentlichen Hände im Rahmen der Verbraucheraufklärung.

Dieser Sonderbeauftragte hat positiv Vorschläge zu unterbreiten und für eine bessere Berücksichtigung der Verbraucherinteressen in Legislative und Exekutive Sorge zu tragen. Er wäre damit zugleich die Kontaktperson und die Kontaktinstitution zwischen den Verbrauchern, zwischen ihren Institutionen, zwischen der Bundesregierung und dem Bundeskartellamt. Ich glaube, meine Damen und Herren, das ist eine so wichtige Funktion, daß wir uns zum Schutze der Verbraucher für ein solches Amt einsetzen sollten, und ich bitte deswegen sehr herzlich um die Unterstützung dieses Antrags 529 vom Landesverband Hamburg.

**Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium:** Ich rufe Herrn Dr. Spethmann, Rheinland, auf.

**Dr. Dieter Spethmann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, im Namen der Delegierten des Landes Nordrhein-Westfalen die Auffassung zu vertreten und zu erläutern, daß die Textziffer 67 erweitert und konkretisiert werden sollte. Diesem Zweck dient der Ihnen vorliegende Antrag 530. Wir wissen, daß der Wettbewerb das leistungsfähigste ökonomische Lenkungsinstrument ist, das die Politik jemals entwickelt hat. Aber wir meinen, daß wir an dieser Stelle unseres Programms auch zum Ausdruck bringen sollten, daß die Wirkungen des Wettbewerbs weit über den ökonomischen Bereich hinausgehen.

Wenn wir von Wettbewerb sprechen, so sprechen wir eben nicht nur von der zentralen Frage unserer Wirtschaftspolitik, sondern wenn wir von Wettbewerb sprechen, dann meinen wir die Zukunft. Denn Wettbewerb ist nichts anderes als die Gestaltung der Zukunft.

Obwohl, meine Damen und Herren, unsere frühere Wirtschaftspolitik noch heute in vieler Hinsicht als Vorbild gelten kann, richten wir heute den Blick nach vorn. Wir wollen sicherstellen, daß einem jeden Bürger dieses Landes seine eigene Leistung auch tatsächlich zugute kommt.

Dazu gehört in der Struktur unseres Wettbewerbs, daß wir die Bedingungen seines Funktionierens ständig überprüfen. Die Situation des Jahres 1971 ist nicht dieselbe wie die von vor 10 Jahren, und die Situation von 1981 wird wieder anders sein.

Dazu gehört vor allem, daß jedes Unternehmen jederzeit seine Chancen hat, und deshalb muß unsere Wettbewerbsordnung sicherstellen, daß Unternehmen jeder Größenordnung mit ihrer wettbewerbsfähigen Leistung auch an den Markt kommen. Denn, meine Damen und Herren, ein jeder Teilnehmer am Wettbewerb hat seine Stärke, und die Gesellschaft insgesamt hat den vollen Nutzen des Wettbewerbs nur dann, wenn diese individuelle Stärke auch tat-

sächlich wirksam wird. Nur so auch erreichen wir das Maß an Flexibilität, das eine Leistungsgesellschaft für ihr Wachstum braucht.

All dies ist aber nur erreichbar mit einer aktiven Wettbewerbspolitik, und diesem Zweck dient unser Antrag, den anzunehmen ich Sie bitte. — Ich danke Ihnen.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Das Wort hat jetzt Herr Roth.

Meine Damen und Herren, ich möchte, ehe Sie, Herr Roth, das Wort nehmen, noch folgendes sagen: Uns liegen hier für die Ziffer 71 bis jetzt 32 Wortmeldungen vor. Spricht jeder Redner fünf Minuten, dann ergibt das 160 Minuten Redezeit, meine Damen und Herren. Jetzt haben wir 15 Uhr. Ich bitte zu überprüfen, ob in den einzelnen Landesverbänden noch einmal überlegt werden kann, ob alle, die sich zu Wort gemeldet haben, auch wirklich sprechen müssen oder ob eine Zusammenfassung in einer Weise möglich ist, daß wir diese Zahl mit Rücksicht auf die vielen Punkte, die wir noch zu erledigen haben, etwas reduzieren — ohne daß dabei etwas verschwiegen werden soll! Ich empfehle also, dies zu überprüfen, weil ich glaube, jetzt ist es noch früh genug dazu. Ich wiederhole es, meine Damen und Herren: Uns liegen 32 Wortmeldungen vor!

Jetzt hat Herr Roth das Wort.

**Adolf Roth**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich bemühen, Ihrer Anregung, Herr Präsident, zu entsprechen und mich kurz zu fassen. Allerdings wäre es in einem solchen Falle sicherlich wünschenswert, wenn die Vorschläge, die uns von der Antragskommission in dieser Form vorgelegt werden, auch in einer schriftlichen Vorlage allen Delegierten zugänglich gemacht werden könnten, weil es nämlich sehr schwierig ist, aus dieser Erörterung hier noch die einzelnen Passagen zu erkennen, die bleiben sollen oder die strittig sind.

Ich bin der Auffassung, daß wir gerade bei dieser Ziffer die Konsequenz aus dem ziehen müssen, was am heutigen Vormittag in diesem Saal diskutiert wurde und daß wir folgerichtig im Hinblick auf den Antrag des Rheinlandes zu entscheiden haben, der heute morgen unter Nr. 951 angenommen wurde. Es ist gut, daß die Antragskommission von der ursprünglichen Vorstandsvorlage abgewichen ist und daß es jetzt darum geht, außer der Beschränkung auf die ökonomischen Funktionen, die den gesamten Sachverhalt immer nur verkürzt darstellen können, hier auch die gesellschaftspolitischen Formen festzulegen.

Wenn wir diesem gesellschaftspolitischen Gesamtziel der Sozialen Marktwirtschaft gerecht werden wollen, müssen wir uns jetzt zu einer präzisen Formulierung durchringen. Das ist keine Einschränkung gegenüber dem Gesetzgeber,

sondern unsere Willenserklärung. Denn wir müssen sicherstellen, daß nicht die Freiheit einiger zu einer Beschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten anderer führt und daß damit die Glaubwürdigkeit und die Anziehungskraft dieser Sozialen Marktwirtschaft als der demokratischen Form — eben weil sie die nichtsozialistische Gesellschaftsform ist — verringert wird.

Wir müssen uns aus diesem Grunde im Sinne der Vorlage der Antragskommission unter Beibehaltung der Passage über die weisungsungebundene Kartellbehörde meiner Ansicht nach entscheiden. Es hat mich immer nachdenklich gestimmt, wenn auch manche unserer Freunde in sicher ungewolltem Einklang mit Marxisten der ökonomisch unbegründeten und in ihren Konsequenzen letztlich auch gefährlichen Konzentrationsideologie anhängen.

Zwar begründet Größe in der Wirtschaft allein noch keine Macht. Aber worauf es für uns ankommt, gerade im Sinne des Antrags Nr. 951, ist, daß wir auch Verflechtungen verhindern müssen, die wegen ihrer wettbewerbsbeschränkenden Wirkung Macht in der Wirtschaft begründen können. Dies haben meiner Ansicht nach heute Herr Dr. Stoltenberg und Herr Professor Erhard deutlich gemacht. Sie haben mit Recht auf die Düsseldorfer Leitsätze von 1949 verwiesen, in denen damals schon die Forderung nach einer unabhängigen Monopolkontrolle mit enthalten war.

Ich persönlich bin fest davon überzeugt, daß eine Realisierung dieses unseres Wettbewerbsanliegens in der jetzigen, von der Antragskommission vorgeschlagenen Form uns die Härte der Auseinandersetzung über manche anderen Fragen — ebenfalls über die Frage, über die nachher hier gestritten wird — in der Vergangenheit hätte erleichtern können. Ich begrüße es, daß zur Formulierung der Ziffer 67 wesentliche Impulse gerade von unseren Freunden aus den Sozialausschüssen gekommen sind; denn letztlich ist die Antragsvorlage auf dieser Grundlage gefunden worden.

Meine Damen und Herren, wir können an einer genauen Umschreibung des wettbewerbspolitischen Willens unserer Partei nicht länger vorbeigehen. Wir müssen es heute tun; denn nur so können wir in der geistigen Auseinandersetzung um diese freiheitliche Wirtschaftsverfassung in der Zukunft bestehen.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Ich darf Herrn Professor Biedenkopf, der zu den Anträgen Nr. 530 und 537 sprechen will, fragen, ob er jetzt das Wort nehmen möchte. — Das ist der Fall. Bitte sehr, Herr Professor Biedenkopf.

**Prof. Dr. Kurt Biedenkopf**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich für die Annahme des Antrags Nr. 530 aussprechen, und zwar namens des Landesverbandes Westfalen-Lippe, unter Berücksichtigung der von der Antragskommission vorgeschlagenen Streichung des Satzes: „Die Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Mittelunternehmen muß . . .“.

Mit scheint die Formulierung des Antrags Nr. 530 der vom Vorstand empfohlenen Fassung der Ziffer 67 weit überlegen zu sein.

(Zustimmung)

Der Hauptgrund dafür ist der Umstand, daß in dem Vorschlag des Vorstandes der Wettbewerb ausschließlich unter rein ökonomischen Leistungseffizienzgesichtspunkten beschrieben wird, und der eigentliche Grund dafür, daß sich die CDU für eine Wettbewerbswirtschaft einsetzt, nämlich die die Freiheit gewährleistende und sie garantierende Kraft des Wettbewerbs, nicht erwähnt wird.

Diese Erwähnung findet in Antrag Nr. 530 statt. Ich will gestehen, wenn ich die Formulierung verfaßt hätte, wäre sie noch sehr viel weitergehend gewesen; ich hätte die beiden Sätze umgestellt und zunächst die überragende gesellschaftspolitische Funktion des Wettbewerbs erwähnt.

(Erneute Zustimmung)

Aber das ist jetzt wohl nicht mehr möglich.

(Zuruf: Doch!)

Entscheidend scheint mir aber, daß die CDU mit einem wirtschaftspolitischen Konzept nicht antreten kann, in dem nicht mehr darauf hingewiesen wird, daß wir uns für die Erhaltung offener Märkte, für eine Wettbewerbswirtschaft und für die Chance aller im wirtschaftlichen Bereich einsetzen, weil wir glauben, daß das ein wesentlicher Ausdruck wirtschaftlicher Freiheit ist.

(Beifall)

Diese wirtschaftliche Freiheit ist in den letzten Jahren zunehmend hinter pragmatische, ökonomische Gesichtspunkte, die die Organisation der Wirtschaft zum Gegenstand haben, zurückgetreten. Ich bin mit meinen Vorrednern, die eben zur Abgrenzung der Marktwirtschaft gegenüber einem unbeschränkten Liberalismus gesprochen haben, der Auffassung, daß allein die Wertgebundenheit unserer Wettbewerbswirtschaft es verdient, daß man sich für sie einsetzt

(Zustimmung)

und daß eine Wettbewerbswirtschaft, die sich nur noch durch ihre ökonomische Effizienz legitimiert, zur Zeit die beste Wirtschaftsform sein kann, aber nicht immer sein müßte, wenn andere ökonomische Steuerinstrumente gefunden werden, die auf die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen verzichten könnten. Wir können aber nicht auf diese Freiheit verzichten, und ich bitte Sie deshalb, um dies zum Ausdruck zu bringen, dem Antrag Nr. 530 zuzustimmen.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke sehr, Herr Professor Biedenkopf. — Das Wort hat nun Herr Wachtendonk, Landesverband Rheinland, und zwar zum Antrag Nr. 533 — verzeihen Sie bitte, es ist Herr Masuch.

**Anton Masuch**: Ich spreche für den Antrag Nr. 534 des Kreisverbandes Oberhausen, den Sie zur Annahme empfohlen haben, und zwar mit der Streichung der mittelständischen Betriebe, die in Ziffer 68 aufgeführt werden.

Zur Vereinfachung und zur Beschleunigung des Verfahrens sowie in Anbetracht der 32 Wortmeldungen zu Ziffer 71 möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir diesen Antrag in den Antrag des Landesverbandes Rheinland integrieren; denn er stimmt mit ihm weitgehend, bis auf die Bestimmung des Kartellamtes, überein. Wir empfehlen auch die Annahme dieser Bestimmung des Kartellamtes, um hier eine klare, deutliche Aussage zu machen. Wie Sie das technisch tun wollen — ob Sie etwa die Anträge zusammenlegen —, das überlasse ich der Fähigkeit unserer Antragskommission. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Nunmehr hat der Sprecher der Antragskommission das Wort.

**Wolfgang Vogt**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Erklärung des Vorredners zu Antrag Nr. 534 darf ich auf folgendes hinweisen: Der Antrag Nr. 534 ist im Wortlaut identisch mit dem Antrag Nr. 530. In 530 muß der Satz „Die Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe muß...“ gestrichen werden, weil das in Ziffer 68 enthalten ist.

Nachdem der Vorredner zu Antrag Nr. 534 gesagt hat, daß er 530 mit dem weisungungebundenen Kartellamt akzeptiert, empfiehlt die Antragskommission, nur noch von 530 auszugehen.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke. — Das Wort hat Herr Wachtendonk, Rheinland.

**Wilhelm Wachtendonk**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle hiermit den Antrag, über Antrag Nr. 533, letzter Satz „Die Wirtschaftskriminalität muß wirksam bekämpft werden“ besonders abzustimmen.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Darf ich dazu die Antragskommission hören.

**Wolfgang Vogt**: Der Vorschlag ist, so glaube ich, durch den Antrag 530 abgedeckt. Ich glaube nicht, daß wir gesondert abzustimmen brauchen.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Das Wort hat Herr Dr. Freiwald aus Hessen.

**Dr. Friedrich Freiwald**: Meine Damen und Herren! Im Namen meiner Frankfurter Freunde ziehe ich den Antrag Nr. 536 zurück, falls tatsächlich der Antrag Nr. 530 mit einem an Weisungen nicht gebundenem Kartellamt zum Zuge

kommt. Uns kommt es entscheidend darauf an, daß das Kartellamt nicht an die Weisungen des Wirtschaftsministeriums gebunden bleibt und gebunden wird und unter Umständen gewissermaßen als eine Preisbehörde wirkt. Uns liegt daran, daß das Kartellamt völlig unabhängig von allen Interessengruppen nach wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten seine Entscheidungen fällen kann.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Freiwald. — Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen hierzu nicht mehr vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Es ist zu fragen, ob wir global über das, was die Antragskommission vorgeschlagen hat, abstimmen wollen oder ob wir die einzelnen Passagen zum besseren Verständnis noch einmal durchgehen wollen. Wollen wir sie noch einmal durchgehen?

(Widerspruch)

Nicht mehr? Wollen wir über den ganzen Antrag der Antragskommission abstimmen?

(Zustimmung)

Dann bitte ich um Ihr Zeichen. Wer ist für diese Ziffer mit den Vorstellungen der Antragskommission, wie hier vorgetragen und nachher diskutiert? — Danke. Darf ich um die Gegenprobe bitten? — Einstimmig. Herzlichen Dank der Antragskommission für die gute Arbeit.

(Einige Zurufe: Herr Präsident! Enthaltungen!)

Enthaltungen? Entschuldigung, ich muß auch danach fragen. — Bei einigen Enthaltungen angenommen.

Ich rufe dann die Ziffer 68 auf. Dazu hat zuerst die Antragskommission das Wort. Es spricht Herr Lampersbach zu Ihnen.

**Egon Lampersbach**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Zum Verfahren bei Ziffer 68 lassen Sie mich sagen: Hier sind die Anträge Nr. 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546 und 967 zu behandeln.

Zunächst zu Antrag 538: Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, da die Aussage zur Rentenversicherung sachlich in Ziffer 94 gehört. Danach wären die Anträge 541, 545 und 546 zu behandeln, weil diese drei identisch sind. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des wie folgt umformulierten Antrages:

„Wir betrachten eine breite Schicht von Selbständigen mit vergleichbaren Führungskräften in der Wirtschaft und freiberuflich Tätigen als wesentliches Element unserer marktwirtschaftlichen Ordnung.“

Die Antragskommission schlägt jedoch vor, den ersten Satz der Ziffer 68 nicht zu streichen, sondern als zweiten Absatz **belzubehalten**.

Danach sind die Anträge Nr. 539 und 540 zu behandeln. Nach Antrag 539 soll der erste Satz im bisherigen zweiten Absatz der Ziffer 68 umformuliert

werden (zusätzlich: freie Berufe und Dienstleistungsgewerbe). Die Antragskommission schlägt Annahme vor. Damit ist Antrag Nr. 540 abgedeckt und als erledigt zu betrachten.

Es folgt die Behandlung des Antrages Nr. 542. Die Antragskommission schlägt hier Ablehnung vor, da in Ziffer 67 nach Neuformulierung bereits enthalten.

Es folgt die Behandlung des Antrages Nr. 543. Die Antragskommission schlägt Ihnen hier Ablehnung vor, da der Hinweis auf marktkonforme Beteiligung überflüssig ist. Schließlich haben wir noch den Antrag Nr. 544 zu behandeln. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor, da die Forderungen dieses Antrages bereits verwirklicht sind.

Dann wäre noch der Antrag Nr. 967 zu behandeln, der Ziffer 68 durch Aussagen zur Einkommens- und Erbschaftssteuer ergänzen will. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, da es sich hier um eine Detailaussage handelt.

Ich darf die Empfehlungen der Antragskommission noch einmal zusammenfassen: Die Antragskommission schlägt Ablehnung des Antrages 538 vor. Sie empfiehlt Annahme der Anträge 541, 545, 546 unter Berücksichtigung der redaktionellen Änderungen. Anträge 541, 545 und 546 sollen jedoch als Absatz eins Ziffer 68 nicht ersetzen, sondern vorangestellt werden. Die Antragskommission empfiehlt weiter die Annahme des Antrages 539, womit auch der Antrag 540 erledigt ist. Ferner empfiehlt Ihnen die Antragskommission, die Anträge 542, 543, 544 und 967 abzulehnen. — Ich danke Ihnen.

**Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium:** Danke, Herr Lampersbach. Sie haben sich außerdem zu Antrag Nr. 539 gemeldet. Hat sich das erledigt?

(Egon Lampersbach: Nein)

Dann erteile ich Ihnen wieder das Wort.

**Egon Lampersbach:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich darf jetzt als Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung zu dem soeben vorgetragenen Komplex einige Ausführungen machen. Die Dynamik unserer Wirtschaft ist die wesentliche Ursache für den steigenden Lebensstandard unserer Bevölkerung und beruht auf der Elastizität der Wettbewerbswirtschaft. Sie ermöglicht es, der Richtung und dem Ausmaß der Nachfrage zu folgen und dadurch den Lebensstandard der Bevölkerung zu garantieren und zu verbessern. Diese bewährte Elastizität unserer Volkswirtschaft beruht auf der Ausgeglichenheit zwischen Klein-, Mittel- und Großbetrieben. Klein- und Mittelbetriebe sind auf Grund ihrer Struktur eher in der Lage, sich den Veränderungen eines wirtschaftlichen Ablaufs anzupassen, als das bei Großbetrieben der Fall ist. Man kann daher geradezu von einer besonderen Funktion des selbständigen Mittelstandes als Elastizitätsfaktor der Volkswirtschaft sprechen. Er hat die Funktion, zur wirtschaftlichen Machtkontrolle beizutragen. Der selbständige Mittelstand kann diese Funktion auf lange Sicht jedoch nur

erfüllen, wenn er am wirtschaftlichen und technischen Fortschritt teilnimmt und ihn zur Verbesserung seiner Unternehmen verwendet. Dabei bin ich mir darüber im klaren, daß sich der mittelständische Betrieb moderner Produktivitätsfaktoren nur bedienen kann, wenn er ausreichend Kapital besitzt. Ich weiß aber auch, daß die überwiegende Mehrheit der kleinen und mittleren Unternehmen, meine Damen und Herren, keinen Anschluß an den Kapitalmarkt hat und somit auch nicht ausreichend mit langfristigen oder mittelfristigen Krediten versorgt werden kann. Dies ist ein echtes Problem der gesamten mittelständischen Wirtschaft.

Wir begrüßen daher sehr dankbar die Aufnahme dieser Ziffer 68 in das Parteiprogramm, die wir im Berliner Programm leider vermißt haben. Die Rationalisierung und die Eigenkapitalbildung der mittelständischen Unternehmer wird durch diese programmatische Aussage in der Zukunft sicherlich erleichtert und verbessert. Hierdurch werden Ansätze gegeben, um dem Mittelstand in Zukunft eine echte Chance einzuräumen. Aus den gleichen Gründen scheint mir die Feststellung, durch zinsbegünstigte Kredite für die Gründung selbständiger Existenzen die Startchancen verbessern zu wollen, ebenfalls eine begrüßenswerte Neuerung im Votum des Bundesvorstandes der CDU zum Berliner Programm — zweite Fassung — zu sein.

Die Gründe für diese Forderung kommen in der kurzgefaßten Mittelstandspassage nicht alle voll zum Ausdruck. Auch hier ist wiederum der Elastizitätsfaktor der Wirtschaft anzufügen. Hinzu kommt aber noch, daß das Funktionieren einer ertragreichen, gesunden und kräftigen Volkswirtschaft das Vorhandensein eines stark ausgeprägten mittelständischen Unternehmertums erforderlich macht. Dadurch allein wird eine Vielfalt im Wirtschaftsleben, in der Produktion, im Absatz, im Vertrieb, im Dienstleistungsgewerbe und auf anderen Sektoren erst ermöglicht. Aus diesen allgemeinen staatspolitischen Erwägungen heraus kann die Rechtfertigung für die Entfaltung des Mittelstandes gefunden werden.

Wir glauben, meine Damen und Herren, daß wir mit dieser Aussage nicht nur materiell, sondern gerade — und das ist wichtig — auch politisch eine bedeutsame Aussage machen. Wir haben festgestellt, daß die Entwicklung in den letzten Jahren einen nicht unerheblichen Teil der Wähler aus dem mittelständischen Bereich veranlaßt hat, ihre Wahlentscheidung gegenüber früher zu überdenken. Wir bemühen uns, hier dem gesamten Mittelstand in all seinen Darstellungs- und Erscheinungsformen eine politische Heimat zu geben, in die er eingebettet ist und von der er überzeugt sein kann, daß seine Anliegen verwirklicht werden.

Wir sind Ihnen dankbar für das Entgegenkommen, das Programm um diesen sehr wesentlichen politischen und wirtschaftspolitischen Punkt zu erweitern. Ich darf mich herzlich bedanken.

(Beifall)



**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Lampersbach. — Es liegt noch eine Wortmeldung vor zu den Anträgen Nr. 545 und 546. Herr Popkes, Hannover.

**Lüko Popkes**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die von der Antragskommission entsprechend den Anträgen Nr. 541, 545 und 546 geänderte Fassung zeigt, daß die bisherige Fassung der Ziffer 68 unzureichend war. Eine ausgewogene Struktur von Klein-, Mittel- und Großunternehmen kann man am Schluß endlich auch in einer sozialistischen Ordnung verwirklichen. Die CDU aber sollte im Programm klar zum Ausdruck bringen, daß sie eine breite Schicht von Selbständigen in Handwerk, Gewerbe und Unternehmen aller Art und freien Berufen wünscht und daß sie diese breite Schicht als wesentliches Element unserer freiheitlichen Ordnung betrachtet.

(Vereinzelt Zustimmung)

Wer in unserer Gesellschaft den Mut hat, beruflich selbständig zu sein — gleich auf welchem Gebiet —, muß wissen, daß die CDU die Partei ist, die ihm die Entfaltung seiner Persönlichkeit ermöglicht. Für Selbständigkeit hat der Sozialismus a priori keinen Platz. Ich bitte deshalb, der geänderten Fassung Ihre Zustimmung zu geben.

(Zustimmung)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke sehr, Herr Popkes. — Es liegen keine Wortmeldungen vor, ich komme zur Abstimmung. Meine Damen und Herren, wollen wir einzeln durchgehen oder darf ich wieder — wie beim vorhergehenden Punkt — en bloc fragen, ob das Plenum einverstanden ist mit einer Generalabstimmung über die Vorstellungen der Antragskommission? — Ich höre keinen Widerspruch. Ich bitte um Ihr Zeichen für die Antragskommission. — Danke sehr. Die Gegenprobe bitte. — Ich kann von mir aus gesehen rechts nicht alles erkennen, ich sehe aber keine Gegenstimmen. — Doch, da sind einige. — Gegen einige Stimmen angenommen. Die Ziffer 68 ist erledigt.

Ich rufe auf die Ziffer 69. Dazu hat das Wort Herr Dr. Ritz.

**Dr. Burkhard Ritz**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Ziffer 69 liegen die Änderungsanträge Nr. 547, 548, 549 und 979 — neu ausgedruckt — vor. Die Kommission schlägt vor, zunächst den Antrag Nr. 979 zu behandeln und empfiehlt, diesen Antrag anzunehmen, weil damit auch gleichzeitig die Anträge Nr. 547, 549 und 548, 1. Absatz, abgedeckt und inhaltlich eingeschlossen sind.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den 2. Absatz des Antrags Nr. 548 abzulehnen, da dieser Absatz zu Ziffer 102 gehört und dort auch bereits aufgeführt ist.

Zusammenfassend: Vorschlag der Antragskommission auf Annahme des Antrags 979 mit Abdeckung der Anträge Nr. 547, 549 und 548, 1. Absatz, während

der 2. Absatz Nr. 548 durch die Ziffer 102 abgedeckt wäre. Soweit der Vorschlag der Kommission.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke für die Berichterstattung. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Sind Sie einverstanden, wenn ich so abstimmen lasse, wie die Kommission vorgeschlagen hat? Ich bitte um Ihr Zeichen. — Danke sehr. Darf ich die Gegenprobe machen? — Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? — Einstimmig angenommen. Ich danke Ihnen.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Behandlung der Ziffer 70. Hier sind die Anträge Nr. 550, 551, 552, 553, 554 und 555 zu behandeln. Zunächst die Nr. 550, 552 und 554. Das Wort zu diesen Anträgen hat für die Antragskommission Herr Dr. Ritz.

Darf ich vorab die Wortmeldungen, die zu Ziffer 70 vorliegen, bekanntgeben, damit sich die Redner schon vorn versammeln? — Herr Böhm, Hessen; Herr Dr. Artzinger, Nordbaden; Herr Stanitzek, Hessen.

**Dr. Burkhard Ritz**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie der Präsident bereits ausgeführt hat, liegen hier die Anträge Nr. 550, 551, 552, 553, 554 und 555 vor. Außerdem ist hier zurückzugreifen auf den Antrag Nr. 497 vom Kreisverband Melsungen.

Zunächst wären die Anträge Nr. 550, 552 und 554 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt in diesem Falle Ablehnung, da durch Annahme von Antrag Nr. 979 eben unter Ziffer 69 bereits behandelt.

Danach wäre der Antrag Nr. 555 zu behandeln. Hier empfiehlt die Antragskommission ebenfalls Ablehnung, da durch Nr. 979 abgedeckt.

Schließlich wären noch die Anträge Nr. 551 und 553 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt in diesem Falle Ablehnung, da die Vorstandsvorlage diese Forderung einerseits abdeckt, andererseits es sich nicht empfiehlt, jetzt besondere Gebiete in einem Programm hier anzufügen.

Die Antragskommission empfiehlt darüber hinaus die Ablehnung des Antrags Nr. 497, da durch den Inhalt der Ziffer 70 bereits abgedeckt. Soweit die Empfehlung der Antragskommission.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. — Herr Böhm, Hessen!

**Wilfried Böhm**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich spreche für die Anträge Nr. 551 und 553, die vorsehen, eine besondere, auf gesetzlicher Grundlage stehende Förderung des Zonenrandgebietes in unser Programm aufzunehmen.

Ich begrüße ausdrücklich die im Mai von der Bundestagsfraktion ergriffene Initiative, eine gesetzliche Regelung der Zonenrandförderung herbeizuführen..

Dabei wird den berechtigten Anliegen der Menschen des Zonenrandgebietes Rechnung getragen. Bisher haben sich die Förderungen im gesetzefreien Raum der Verwaltung abgespielt. Durch Gerichtsentscheidung ist es nunmehr notwendig geworden, gesetzliche Regelungen vorzusehen.

Es besteht im allgemeinen kein Zweifel an der Notwendigkeit, diese Zonenrandförderung konsequent wie bisher fortzuführen. Was mich aber zwingt, hier im Gegensatz zu den Ausführungen der Antragskommission auf eine Aufnahme dieser Anträge zu bestehen, ist der politische Charakter der Zonenrandförderung. Wir wollen diese Zonenrandförderung als eine politische Aufgabe verstanden wissen.

(Beifall)

Zu unserem Erschrecken wächst bei den Sozialdemokraten zur Zeit die Neigung, den besonderen Charakter der Zonenrandförderung zu beseitigen. Ich erinnere hier an Äußerungen des schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden der SPD, Steffen, und an die Äußerungen des bisherigen hessischen Finanzministers, daß mit Rücksicht auf negative Reaktionen in der DDR eine Erweiterung der Zonenrandförderung nicht in Frage komme. Wenn der ehemalige sozialdemokratische hessische Finanzminister Lang sagte, man dürfe das zarte Pflänzchen der ostpolitischen Verständigung durch eine Erweiterung der Zonenrandförderung nicht in seinem Wachstum behindern, dann wird deutlich, welche Rücksichtnahmen hier bei den Sozialdemokraten eine Rolle spielen. Ich meine, meine Damen und Herren, es ist unerträglich, innenpolitische Maßnahmen innerhalb der Bundesrepublik davon abhängig zu machen, was wohl Ost-Berlin dazu sagt.

(Starker Beifall)

Wenn die Frage der Zonenrandförderung schon vielleicht nur besonders die Menschen im Zonenrandgebiet interessiert, dann dürfte doch diese besondere politische Bedeutung der Zonenrandförderung auch die Parteifreunde zur Annahme unseres Antrages bewegen, die selber nicht im Zonenrandgebiet beheimatet sind.

Meine Damen und Herren, ich bitte daher unter Würdigung dieser von mir vorgetragenen Umstände dem Antrag Nr. 553 des Kreisverbandes Melsungen zuzustimmen. Der Kreisverband Kassel hat den Antrag Nr. 551 mit unserem Antrag verbunden; er schließt sich unserer Fassung an. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. — Als nächster hat das Wort Herr Stanitzek, Landesverband Hessen.

**Reinhold Stanitzek**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Strukturpolitisch das Zonenrandgebiet nicht zu erwähnen, wäre nach meiner Ansicht eine Fehlentscheidung dieses Parteitags! Wer erlebt, daß ein großer Teil dieses Gebietes

langsam aber sicher menschenleer wird, wer weiter feststellt, daß junge Menschen immer mehr den Zonenrand verlassen — die Altersstruktur dort gleicht der Altersstruktur Berlins —, wer außerdem den wirtschaftlichen Rückstand dieses Gebietes feststellen muß, der muß die Notwendigkeit der Zonenrandförderung befürworten. Natürlich ist mir auch die Unterschiedlichkeit der Wirtschaftsentwicklung im Zonenrand bewußt, aber dies sind Einzelheiten, die zu regeln in Form eines Gesetzes der Fraktion vorbehalten bleiben können. Entscheidend ist, daß der Grundsatz der Zonenrandförderung als besondere Aufgabe der allgemeinen Strukturpolitik gesehen wird.

Es stellt eine absolute Rückwärtsentwicklung dar, wenn die Zonenrandförderung in den allgemeinen Bereich der Gemeinschaftsaufgaben aufgenommen werden soll, wie es von der SPD insbesondere in der Diskussion ist. Die Ausklammerung dieses Problems aus der Ziffer 70 könnte eine bewußte Schlußfolgerung solcher Gedanken auch in der CDU nahelegen. Obwohl dieses Problem, meine Damen und Herren, zwanzig Jahre alt ist, ist in dieser Frage nicht entscheidend vorangekommen worden. Die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Gebiet hat dazu geführt, daß insbesondere in den Ballungsräumen der Abstand immer größer geworden ist. Es besteht die Gefahr, daß die Nichtverankerung in diesem Programm eine klare Entscheidung zuungunsten der Menschen sein würde, die durch die Teilung Deutschlands in der Bundesrepublik benachteiligt sind. Können wir uns eine solche negative Entscheidung leisten? Für die Rechte der Menschen in Mitteldeutschland sind wir verbal sehr gern bereit einzutreten.

Hier ist ein konkreter Fall, daß ein nach wie vor ungelöstes Problem der deutschen Teilung von uns zu regeln wäre. An der Aufnahme der Förderung des Zonenrandgebietes kann man die praktische Glaubwürdigkeit des Parteitages messen, indem Sie für die Menschen, die benachteiligt sind, eintreten. Es geht bei diesem Antrag — um das nochmal zu sagen — nicht um die Einzelheiten, sondern um den Grundsatz der Programmaufnahme. Ich bitte, dem Antrag Nr. 553 zuzustimmen.

(Lebhafter Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Zum gleichen Punkt noch Herr Narjes, Schleswig-Holstein!

**Karl-Heinz Narjes**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich bitte, den Antrag Nr. 553 zu unterstützen. Es ist undenkbar, daß das Parteiprogramm der CDU die Zonengrenze außer acht läßt. Die Gründe, die von der Antragskommission zu diesem Thema vorgebracht worden sind, überzeugen insoweit nicht. Ich glaube, die Niedersachsen werden mir ebenfalls zustimmen.

(Jawohl-Rufe — Lebhaftige Zustimmung)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Herr Dr. von Bismarck!

**Philipp von Bismarck**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob sich alle unsere Parteifreunde darüber klar sind, daß unsere Fraktion durch Ihr Bohren und durch einen Gesetzesantrag im Parlament die Regierung gezwungen hat, ein Gesetz für die Zonenrandförderung vorzulegen. Wir würden uns selber Hände und Füße abschneiden, wenn wir jetzt diesen Antrag nicht annehmen würden. Er gehört in unser Programm!

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Danke. Wird das Wort von der Antragskommission noch gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Die Antragskommission hat empfohlen — und diese Empfehlungen waren nicht umstritten —, die Anträge Nr. 550, 552, 554 und 555 durch die Annahme von Antrag Nr. 979 als abgedeckt und erledigt zu betrachten. Wer diesem Antrag folgt, den bitte ich um das Zeichen. — Danke. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen ablehnenden Stimmen und einigen Stimmenthaltungen angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge 551 und 553. Sie sind nicht gleichlautend, decken aber, glaube ich, das gleiche Anliegen. Ich würde vorschlagen, über den Antrag Nr. 553 — er ist weitergehend und deckt den Antrag Nr. 551 mit ab — abzustimmen. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, die Sprecher vorhin haben Zustimmung empfohlen. Wer dem Antrag Nr. 553, das heißt also: Ablehnung des Vorschlages der Antragskommission, folgen will, der gebe bitte das Zeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das war ein klares Votum für den Antrag Nr. 553.

(Lebhafter Beifall)

Er ist damit angenommen. Ich muß jetzt über die so veränderte Ziffer 70 insgesamt abstimmen lassen. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen sonst einstimmig angenommen.

Wir haben damit die Ziffer 70 abgeschlossen und kommen zur Ziffer 71.

Ich werde soeben darauf hingewiesen, daß die Antragskommission vorgeschlagen hatte — und die Versammlung war dem gefolgt —, den Antrag Nr. 497 auf Seite 84 systematisch mit der Ziffer 70 zu behandeln. Das Wort hat Herr Böhm, Landesverband Hessen.

**Wilfried Böhm**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte vorhin Grund, mich bei der Antragskommission dafür zu bedanken, daß sie den Antrag 497 auf die Ziff. 70 verweisen wollte und nicht bei Ziff. 63 behandeln wollte.

Ich schlage vor, Antrag 497 als Absatz 2 in Ziff. 70 einzuführen.

Zur sachlichen Begründung folgendes: Nach den Erfahrungen der letzten Jahre zeigt sich, daß in der Praxis die unterschiedlichen regionalen Folgen konjunkturpolitischer Maßnahmen in den öffentlichen Haushalten zu wenig bedacht werden. Schematische Haushaltssperren und Kürzungen in Zeiten der Überbeschäftigung führen in strukturschwachen und von den Ballungszentren entfernten Gebieten zu Benachteiligungen, die das vorhandene wirtschaftliche Gefälle noch weiter verstärken. So kam es zum Beispiel durch Kürzung oder Sperrung von Straßenbaumitteln bei einem großen Teil der in strukturschwachen Gebieten damit befaßten Unternehmen, die auch dort ihren Standort haben, in denen bei weitem noch keine Überbeschäftigung vorhanden war, zu erheblichen Nachteilen bis zur Gefährdung der Existenz.

Auf der anderen Seite wurden in Zeiten schwächerer Wirtschaftstätigkeit die zu ihrer Überwindung notwendigerweise zusätzlich bereitgestellten öffentlichen Investitionsmittel leider nicht dazu benutzt, gleichzeitig dem Abbau des Gefälles von den Ballungszentren zu den strukturschwachen Gebieten zu dienen, also gleichzeitig strukturpolitische Ziele zu verfolgen.

Insgesamt gesehen ist bei der konjunkturgerechten Gestaltung öffentlicher Haushalte die Möglichkeit nicht genutzt worden, die Schere in der Entwicklung von Ballungszentren und strukturschwachen Gebieten zu schließen; im Gegenteil, sie ist weiter geöffnet worden. Das liegt jedoch weder im Interesse der Bevölkerung in den Ballungszentren noch derer in den strukturschwachen Gebieten.

Wenn unser Antrag 497 angenommen wird, und zwar als Absatz 2 in Ziff. 70 — ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages —, dann käme in unserem Programm der klare Wille zum Ausdruck, bei der Anwendung des konjunkturpolitischen Instrumentariums innerhalb der öffentlichen Haushalte die strukturpolitischen Ziele mit zu bedenken.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Die Antragskommission war zwar der Auffassung, daß dieser Antrag durch die Ziffer 70 mit abgedeckt sei. Sie erhebt aber keine Einwendungen, wenn er zusätzlich aufgenommen wird.

(Einzelner Beifall)

Ich lasse über die Ergänzung der bereits verabschiedeten Ziff. 70 abstimmen. Wer der Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! — Ich danke und bitte um die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen angenommen. Damit ist Ziff. 70 definitiv verabschiedet.

Wir kommen zur Beratung der Ziff. 71, Mitbestimmung.

Hier ist ein von der bisherigen Praxis abweichendes Verfahren vorgeschlagen. Im Gegensatz zu der bisherigen Beratung hat die Antragskommission keinen Vorschlag in der Sache, sondern lediglich Vorschläge im Verfahren unterbreitet. Darüber hinaus gibt es bei Ziff. 71 über den Vorschlag des Bundesvorstandes hinaus ein Minderheitsvotum, das mit vorgelegt wurde. Es ist auf Seite 132 abgedruckt.

Ich bitte zunächst die Antragskommission, ihre Beschlüsse zum Verfahren vorzutragen. Herr Hornung spricht für die Antragskommission.

**Siegfried Hornung:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zum Verfahren schlägt Ihnen die Antragskommission folgendes vor:

Zunächst soll die Vorlage des Bundesvorstandes begründet werden.

Dann soll Antrag 567 begründet werden. Das ist der Antrag 725 des Landesverbandes Hessen, der identisch ist mit den Anträgen 556, 558, 578, 942 und 950. Im Anschluß daran soll der Antrag der Jungen Union begründet werden, der sich mit der Kooperation befaßt. Im Anschluß daran wiederum soll das Minderheitenvotum der Sozialausschüsse behandelt werden. Dieses Minderheitenvotum im Antrag 559 ist identisch mit dem Antrag in Ziff. 563, 564, 565, 568 bis 574.

Im wesentlichen handelt es sich um vier Gruppen von Anträgen, die sich inhaltlich — was den Betriebsverfassungsteil angeht — im wesentlichen decken, sich aber bezüglich der Mitbestimmung im Unternehmen unterscheiden.

**Heinrich Windelen,** Tagungspräsidium: Schönen Dank. — Ich darf zum Verfahren noch ergänzend folgendes mitteilen:

In Übereinstimmung der Beteiligten wird zunächst nach der Begründung der Vorstandsvorlage die Begründung des Antrags 560, Junge Union, durch Herrn Echternach, dann anschließend die Begründung des Antrags 556 durch Herrn Dregger erfolgen. Die Beteiligten haben sich darüber verständigt.

Ich möchte zunächst Ihre Zustimmung zu diesem Verfahren erbitten. Wer mit dem Verfahren einverstanden ist, den bitte ich um das Zeichen! — Danke, Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei 1 Stimmenthaltung angenommen. Wenige Einzelheiten noch vorab.

Wir werden also zunächst die Begründung der vier vorliegenden Anträge in der genannten Reihenfolge bekommen. Ich habe nach dem derzeitigen Stand 40 weitere Wortmeldungen vorliegen.

(Unruhe)

Ich darf die Wortmeldungen, damit innerhalb der Landesverbände Überlegungen in Richtung auf eine Konzentration der Debatte angestellt werden können, vorlesen.

Es hat eine gewisse Abstimmung hinsichtlich der Mischung stattgefunden, keine Manipulation. Aber wir wollten die gegensätzlichen Standpunkte ein wenig

gegenüberstellen und nicht mehrere Beiträge zur selben Sache und dann das Umgekehrte. Unter diesem Gesichtspunkt wird folgende Reihenfolge — vorläufig unverbindlich — vorgeschlagen.

#### Nach der Begründung

Hasselmann, Niedersachsen,  
Blüm, Rheinland-Pfalz,  
Schwarz-Schilling, Hessen,  
Breidbach, Rheinland,  
Narjes, Schleswig-Holstein,  
Grundmann, Rheinland,  
Freiwald, Hessen,  
Adolf Müller, Rheinland,  
Schmöle, Westfalen-Lippe,  
Lampersbach, Westfalen,  
Vogt, Rheinland,  
Dichgans, Rheinland,  
Mick, Rheinland,  
Neuhaus, Baden-Württemberg,  
Etzbach, Rheinland,  
Artzinger, Baden-Württemberg,  
Milde, Hessen,  
Weyel, Hessen,  
Niederbremer, Braunschweig,  
von Bronk, Westfalen,  
Biedenkopf, Westfalen,  
Tübler, Schleswig-Holstein,  
Milde, Hessen,  
Weyel, Hessen,  
Roth, Hessen,  
Horten, Rheinland,  
van Hooven, Hessen,  
Mahler, Baden-Württemberg,  
Bremer, Schleswig-Holstein,  
Peltzer, Nordbaden,  
Stehle, Baden-Württemberg,  
Meier, Exil-CDU,  
Scheufelen, Baden-Württemberg,  
Franke, Hannover,  
Stronk, RCDS,  
Serafim, Rheinland,  
Ehlert, Rheinland,  
Degel, Saar,  
Rudolf Müller, Rheinland-Pfalz,



Jäger, Baden-Württemberg, und  
Kuhn, Hamburg.

Das ist der derzeitige Stand. Ich würde es sehr begrüßen, wenn innerhalb der Landesverbände und auch der Gruppen Abstimmungen darüber erfolgen könnten, wie wir diese Debatte ein wenig konzentrieren könnten. Sonst wäre wahrscheinlich das Präsidium genötigt, Ihnen Vorschläge zur Straffung des Verfahrens im Verlauf der Diskussion zu unterbreiten.

Ich erinnere noch einmal an die Vereinbarungen über die Redezeit. Ich bitte um Verständnis, daß ich bei der Geschäftslage, wie sie sich jetzt bietet, ein wenig strenger als bisher auf die Einhaltung der Redezeit werde drängen müssen.

(Beifall)

Darüber hinaus würde ich es sehr begrüßen, wenn die Nebentätigkeiten hier vor dem Podium in der Weise reduziert werden, wie sie im Augenblick gerade reduziert worden sind.

(Beifall)

Ich glaube, auch das würde allen Beteiligten dienen. Ich brauche nicht besonders darauf hinzuweisen, daß vereinbart ist, daß auch akzeptiert wurde, daß für die Begründungen eine längere Redezeit zur Verfügung steht.

Wir treten in die Begründungen ein. Das Wort hat als erster Herr Ruf zur Vorlage des Bundesvorstandes.

**Thomas Ruf:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begründe den Antrag des Bundesvorstandes zu Ziff. 71.

Der Berliner Parteitag der CDU hat, wie Sie alle wissen, zum Thema Mitbestimmung erklärt: „Die weitere Gestaltung der Mitbestimmung muß auf der Grundlage des Berichtes der von der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenkommission geprüft werden.“ Gleichzeitig ist seinerzeit vom Berliner Parteitag die Errichtung einer Partelkommission beschlossen worden, die zum Thema Mitbestimmung dem Bundesvorstand Vorschläge zu unterbreiten hatte, über die der Parteitag Beschluß fassen muß.

Nun, meine Damen und Herren, der Bericht der Sachverständigenkommission liegt vor. Die Mitbestimmungskommission hat getagt. Sie hat gemeinsam mit der Mitbestimmungskommission der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits am 24. Juni vorigen Jahres der Programmkommission bzw. dem Bundesvorstand eine Absichtserklärung vorgelegt, eine Absichtserklärung, die Sie heute in der Vorstandsvorlage bis auf den Teil, der die Mitbestimmung auf Unternehmens-ebene behandelt, Wort für Wort vor sich haben.

Der letzte Absatz der Ziff. 71 der Vorstandsvorlage — Arbeitnehmerkammern — entspricht dem vollen Wortlaut des Berliner Programms, braucht also heute nicht noch einmal begründet und behandelt zu werden.

Nun lassen Sie mich zuerst auf die Präambel der Vorstandsvorlage und auf die Aussagen zur betrieblichen Mitbestimmung eingehen und anschließend das Notwendige zur Unternehmensmitbestimmung sagen.

Die Absätze der Ziff. 71, meine Damen und Herren, die sich mit der betrieblichen Mitbestimmung, also mit der Betriebsverfassung, beschäftigen, stimmen materiell, inhaltlich im wesentlichen mit den Anträgen aus Hessen, Nordwürttemberg usw. wie auch mit dem Votum der Sozialausschüsse — das muß gesagt werden — überein. Insofern, meine Damen und Herren, besteht also unter allen Antragstellern keine oder kaum eine Meinungsverschiedenheit. Der Streit beginnt erst bei der Unternehmensmitbestimmung. Darüber hat der Parteitag hier und heute zu entscheiden.

Der Vorschlag des Bundesvorstandes enthält im ersten Satz ein Bekenntnis zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer als einem Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen damit in Übereinstimmung mit Biedenkopf sagen, daß Mitbestimmung nicht nur historisch gegeben und politisch gefordert, sondern daß sie sachlich notwendig ist. Wir schließen uns insofern den Ausführungen des Sachverständigenberichts an, als es dort heißt — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren —; es heißt wörtlich im Biedenkopf-Bericht: „Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die Marktwirtschaft auf die Dauer nur bestehen wird, wenn sie von der Mehrzahl der Bürger, insbesondere von den Arbeitnehmern, mitgetragen und nicht nur als ein zur Zeit unabänderliches, aber vorübergehendes Übel betrachtet wird. Die institutionelle Mitbestimmung der Arbeitnehmer trägt dazu bei, daß die Wirtschaft nicht als fremde Institution, sondern als Teil des eigenen Verantwortungsbereichs erfahren und verstanden wird.“

Im übrigen, meine Damen und Herren, war innerhalb der CDU die Frage des „Ob“ nie umstritten, war es doch im wesentlichen die CDU, die seinerzeit, im Jahre 1952, im Widerstand gegen die SPD das Betriebsverfassungsgesetz durchgesetzt hat, und dieses Betriebsverfassungsgesetz enthält ja, wie Sie alle wissen, eine ganze Reihe von Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechten der Arbeitnehmer, und zwar nicht nur auf Betriebs-, sondern auch auf Unternehmensebene.

Der Bundesvorstand spricht in seiner Vorlage, meine Damen und Herren, dann von der funktionsgerechten Mitbestimmung. Das Wort von der funktionsgerechten Mitbestimmung hat unser Fraktionsvorsitzender Dr. Barzel auf dem Berliner Parteitag in die Debatte geworfen. Damals konnten viele mit diesem Wort wenig anfangen. In der Zwischenzeit hat sich in der Mitbestimmungsdiskussion dieser Begriff „funktionsgerechte Mitbestimmung“ längst eingebürgert, und Dr. Barzel hat wieder einmal den Nagel auf den Kopf —

(Heiterkeit)

den Nagel auf den Kopf getroffen, indem er so kurz und prägnant herausstellte, auf was es bei der Mitbestimmungsdiskussion ankommt.

Funktionsgerechte Mitbestimmung, meine Damen und Herren, beinhaltet, daß die unterschiedlichen Aufgaben- und Verantwortungsbereiche im Betrieb und im Unternehmen von Arbeitnehmer und Unternehmer nicht miteinander vermischt werden dürfen. Das heißt: Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist überall dort zu verwirklichen, wo es sich um Angelegenheiten handelt, die den einzelnen Arbeitnehmer oder die Belegschaften unmittelbar berühren. Die eigentlichen unternehmerischen Entscheidungen, meine Damen und Herren, müssen jedoch beim Unternehmer bleiben; denn er trägt die Verantwortung, und er haftet gegebenenfalls mit seinem Eigentum.

(Teilweiser Beifall)

Wohin falsch verstandene Mitbestimmung, wohin die Vermischung von Verantwortung und Kompetenzen führt, meine Damen und Herren, das zeigt die Situation an manchen deutschen Universitäten.

(Beifall)

Dort beobachten wir bereits eine Zerstörung der Leistungsfähigkeit der Institutionen und der Funktionstüchtigkeit dieser Institutionen. Dort wird Freiheit vernichtet, und dort werden — nicht nur bei den Studenten, auch bei den Professoren — neue Abhängigkeiten begründet. Etwas Ähnliches, meine Damen und Herren, dürfen wir im weiten Bereich unserer Wirtschaft nicht erleben.

(Beifall)

Und schließlich bedeutet funktionsgerechte Mitbestimmung, daß sie übereinstimmen muß mit den Grundprinzipien unserer Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft darf nicht durch eine sozialistisch verstandene Mitbestimmung umfunktioniert werden in ein System des demokratischen Sozialismus, so wie die SPD es versteht.

(Beifall)

Der Vorstand sagt dann ferner: Wir werden ein einheitliches Gesetz vorlegen, d. h. wir werden uns nicht wie die sozialistisch-liberale Koalition auf eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes beschränken, sondern — das haben wir uns vorgenommen — das heiße Eisen „Mitbestimmung in Unternehmen“ mitanpacken und entscheiden. Wir werden nicht, wie die Regierung, dieses Problem ausklammern und uns um eine Entscheidung drücken. — Damit folgt der Vorstand, meine Damen und Herren, den Empfehlungen von Biedenkopf, der immer wieder, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, auf den inneren Zusammenhang von betriebsbezogener und unternehmensbezogener Mitbestimmung hingewiesen hat.

Die Bundesregierung ist übrigens in diesem Punkte ausgesprochen schizophren. Sie sagt in ihrer Stellungnahme zum Biedenkopf-Bericht folgendes — wörtlich! —: „Die überzeugende Entwicklung dieser Zusammenhänge durch die

Kommission ist nach Ansicht der Bundesregierung deshalb von so großer Bedeutung, weil die Kommission herausstellt, daß unternehmensbezogene Mitbestimmung und betriebsbezogene Mitbestimmung in ihrer großen Bedeutung für die Integration der Arbeitnehmerschaft zwar selbständig sind, aber einander notwendig bedingen und das Problem der unternehmensbezogenen Mitbestimmung deshalb nicht durch eine Ausweitung der betriebsbezogenen Mitbestimmung allein gelöst werden kann." — So weit die Bundesregierung! Meine Damen und Herren, die Bundesregierung weiß aber ganz genau, daß die Dinge zusammengehören. Sie trennt sie dennoch. Dies, meine Damen und Herren, machen wir, die CDU/CSU, nicht mit. Deshalb werden wir, wenn Sie heute entschieden haben, ein einheitliches Gesetz vorlegen.

Der Vorstand spricht dann von der Zusammenarbeit aller in Betrieb und Unternehmen. Das ist der Gedanke der Partnerschaft, der grundlegende Gedanke des Betriebsverfassungsgesetzes. Daran werden wir selbstverständlich festhalten und werden nicht zulassen, daß an die Stelle des Gedankens der Partnerschaft der Gegensatz und der Klassenkampf im Betrieb und im Betriebsverfassungsgesetz treten sollen.

(Beifall)

Die Partnerschaft, meine Damen und Herren, im Betrieb, das heißt die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, hat wesentlich zu den Erfolgen des Wiederaufbaus beigetragen. Partnerschaft bedeutet nicht, daß es keine Konflikte gibt oder geben wird. Konflikte werden im betrieblichen Geschehen immer wieder auftauchen, fast täglich, aber sie sollen im Geiste der Zusammenarbeit und nicht des Klassenkampfes gelöst werden.

(Beifall)

Im nächsten Absatz der Vorlage des Bundesvorstandes — ich kann hier nur das Wichtigste herausgreifen — ist von der Stärkung der Rechte des einzelnen Arbeitnehmers die Rede. Meine Damen und Herren, das ist ein ganz wichtiger Punkt, der uns besonders am Herzen liegt. Wir sind der Meinung, daß in dem angekündigten Gesetz die Rechte des mündig gewordenen einzelnen Arbeitnehmers ausgeweitet und fixiert werden müssen. Sie müssen als Grundrechte des einzelnen analog dem Grundgesetz an die Spitze des Gesetzes der Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen gestellt werden.

(Beifall)

Es kommt darauf an, den Verantwortungs- und Entscheidungsbereich des einzelnen am Arbeitsplatz und im Betrieb so weit wie möglich zu erweitern, die Unterordnung dort, wo es möglich ist, einzuschränken und an Ihre Stelle die gegenseitige Zusammenarbeit selbständig denkender und selbständig handelnder Menschen im Betrieb zu setzen. Prof. Willgerodt, einer der Mitglieder der Sachverständigenkommission, hat dazu in einem Aufsatz im letzten Band von Ordo geschrieben: „Soweit Subordination unvermeidlich ist, soll sie durch

Mitsprache, Einwirkung und Zustimmung der sich Unterordnenden aufge-  
lockert werden, allerdings ohne den Sachzweck der Subordination zu ge-  
fährden."

Und hier muß ich jetzt wiederum das Biedenkopf-Gutachten zitieren. Dort  
heißt es in der Ziff. IV/26: „Die Kommission ist sich darüber im klaren, daß  
eines der Hauptprobleme der Mitbestimmung in der sachgerechten Lösung der  
Autoritätsbeziehungen am Arbeitsplatz selbst besteht.“ Diesen Satz sollten wir  
uns alle besonders merken. Denn für diese Form der Mitbestimmung, meine  
Damen und Herren, interessiert sich der einzelne im Betrieb am allermeisten.  
Er interessiert sich für die Mitbestimmung am Arbeitsplatz — das ist unsere  
Erfahrung — weit mehr als für die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der  
Unternehmen.

(Beifall)

Für uns, meine Damen und Herren, steht bei all diesen Dingen die Person im  
Mittelpunkt und nicht die Institution. Wir wollen personalisieren und nicht  
institutionalisieren, was aber nicht bedeutet, daß man auf eine kollektive Ver-  
tretung der Arbeitnehmerinteressen im Betrieb und Unternehmen verzichten  
könnte. Das bedeutet dies selbstverständlich nicht, und deswegen macht ja  
auch der Bundesvorstand der CDU im nächsten Abschnitt darauf aufmerksam,  
daß er haben will, daß die Rechte der Vertretungsorgane der Arbeitnehmer ge-  
stärkt werden, und er macht dazu eine ganze Reihe von Vorschlägen. Ich kann  
auf diese weiteren Vorschläge im einzelnen nicht eingehen.

Aber lassen Sie mich zum betrieblichen Teil abschließend folgendes sagen! All  
das, was Sie hier vom Bundesvorstand zur betrieblichen Mitbestimmung vor-  
finden, das hat die gemeinsame Kommission der Partei und der Fraktion be-  
reits in Gesetzesform gegossen und beschlossen. Es bleibt also nicht bei  
diesen Thesen und nicht bei Ankündigungen und nicht bei Deklamationen. Wir  
sind in der Lage — Gott sei Dank sind wir dazu in der Lage —, in der nächsten  
Woche unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktion darüber einen konkreten Ge-  
setzentwurf vorzulegen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie mich die Gelegenheit be-  
nutzen, den Mitgliedern meiner Mitbestimmungskommission hier an dieser  
Stelle ausdrücklich zu danken, auch Ihnen, Herr Dr. Blüm.

(Beifall)

Es gab auch zur Mitbestimmung im Betrieb sehr unterschiedliche Auffassun-  
gen unter uns, aber wir haben uns im gegenseitigen Ringen gefunden, indem  
jede Seite da und dort der anderen entgegenkam, so daß wir ein Ergebnis  
haben, das von der gesamten Kommission, auch von den CSU-Mitgliedern der  
Kommission, getragen wird. Hier, meine Damen und Herren, hat sich die  
Integrationskraft der CDU wieder einmal hervorragend bewährt. Wir können  
darauf stolz sein.

Meine Damen und Herren, nun komme ich zur Mitbestimmung im Unternehmen. Hier hat die Mitbestimmungskommission der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 24. Juni in ihrer Absichtserklärung lediglich gesagt: „Wir sind für eine relative Vermehrung der Arbeitnehmersitze in den Aufsichtsräten bei Wahrung eines, wenn auch geringfügigen Übergewichts der Anteilseigner“ — das entspricht wörtlich Biedenkopf —, und haben dann hinzugefügt: „Dabei werden wir die Empfehlungen der Biedenkopf-Kommission berücksichtigen.“ Ich persönlich hatte mich seinerzeit über diesen Beschluß gefreut; denn diese Formulierung gab einen gewissen Spielraum bei der Gestaltung im einzelnen. Und ich sagte mir persönlich: Wo steht denn eigentlich geschrieben, daß eine Partei ein Gutachten sklavisch abschreiben muß? Wo hat es dies Je gegeben? Und wer kann mich eigentlich dazu zwingen — so sagte ich mir damals —, den Biedenkopf mit Haut und Haaren zu schlucken?

(Heiterkeit und Beifall)

Schließlich mußte ich ja als Vorsitzender der Kommission immer noch einen Blick auf die Kollegen der CSU werfen, die ja in ihrem Entwurf einen modifizierten, einen frisierten Biedenkopf stehen haben. Nun, meine Damen und Herren, das Kapitel ist erledigt. Wir kamen dann in die Programmkommission. Die Programmkommission hat diese Formulierung nicht akzeptiert. Die Programmkommission hat gesagt: Wir wollen klipp und klar wissen, was ihr darunter versteht: „wir wollen die Biedenkopf-Empfehlung berücksichtigen“, wollt ihr mehr oder weniger, bitte, bekennt Farbe! Und es wurde dann Farbe bekannt, und so kam es dann zu der Empfehlung, die sich niedergeschlagen hat in der Vorstandsvorlage, die beginnt: „Auf Unternehmensebene“.

Dieser Passus, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist — das kann man sagen — im großen und ganzen der volle Biedenkopf. Das heißt: In Unternehmen mit Zwölferaufsichtsräten werden von der Anteilseignerseite 6 Vertreter bestellt, von der Arbeitnehmerseite 4, und 2 weitere Mitglieder sollen gemeinsam von beiden Gruppen kooptiert werden. Bezüglich der zu Kooptierenden soll der Vorstand ein Vorschlagsrecht haben, und die im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften sollen bezüglich 1 bis 2 der Sitze der Arbeitnehmer ein Vorschlagsrecht besitzen.

Der Vorstand sagte ferner: Leitende Angestellte sollen ein aktives und passives Wahlrecht zum Aufsichtsrat erhalten.

In dieser Vorlage des Bundesvorstandes ist eine Ziffer enthalten, die in der Programmkommission besonders umstritten war. Ich darf sie vorlesen: „Beim Verfahren für die Bestellung und Abberufung des Vorstandes muß eine Beteiligung der Arbeitnehmervertreter gewährleistet sein. Dies werden wir auf der Grundlage der Vorschläge des Biedenkopf-Gutachtens verwirklichen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit hat sich der Bundesvorstand auf den Boden des Biedenkopf-Gutachtens gestellt. Damit ist der Bundesvor-

stand der Meinung, daß Mitbestimmung im Unternehmen auf dem bestehenden Gesellschaftsrecht aufgebaut werden soll.

Damit ist der Bundesvorstand der Auffassung, daß Mitbestimmung am besten im Kontrollorgan des Aufsichtsrates angesiedelt werden kann, und daß am dualistischen System, das heißt an der Trennung Aufsichtsrat und Vorstand usw., festgehalten werden muß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Vorstand empfiehlt Ihnen die Annahme seiner Vorlage. An Ihnen liegt es jetzt, eine gute und fachgerechte Entscheidung zu treffen.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Ruf für seinen Bericht, darf aber zugleich auch ihm und seiner Kommission für die sehr mühsame Arbeit meinen Dank aussprechen.

(Beifall)

Das Wort zur Begründung hat nun Herr Echternach.

**Jürgen Echternach**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der erste Teil unseres Antrags 560 befaßt sich mit der Stärkung der Jugendvertretung im Betrieb. Ich möchte mich auf die Begründung des zweiten Teils unseres Antrags beschränken, der die Neugestaltung des Unternehmensrechts zum Inhalt hat. Wir gehen dabei von den Empfehlungen der Biedenkopf-Kommission aus und weichen von ihr nur in zwei Punkten ab. Wir lehnen einmal spezielle Delegationsrechte für die Wahl der Arbeitnehmersvertreter im Aufsichtsrat von irgendwelchen Gruppen außerhalb des Betriebes ab. Wir wollen, daß die Angehörigen des Betriebes frei entscheiden, wer jeweils ihre Interessen im Aufsichtsrat zu vertreten hat.

(Beifall)

Unsere zweite Abweichung betrifft die Aufsichtsratsmitglieder, die nach den Vorschlägen der Biedenkopf-Kommission kooptiert werden sollen. Wir wollen, daß verbindlich vorgeschrieben wird, daß diese beiden Mitglieder aus dem Kreis der leitenden Angestellten des Unternehmens kooptiert werden.

Meine Damen und Herren, die verschiedenen Vorschläge, die hier zur Debatte stehen, differieren in erster Linie in der Frage der Zusammensetzung des Aufsichtsrats, und hier stellt sich die Frage: Was soll der Aufsichtsrat? — Nun, der Aufsichtsrat soll den Vorstand überwachen, soll ihn kontrollieren und wenn nötig in die Wüste schicken. Wie aber ist das möglich?

Sie alle, die Sie irgendwo parlamentarisch tätig sind, wissen, daß das nur auf der Basis der Information möglich ist, daß das die erste und wichtigste Voraussetzung überhaupt ist, um kontrollierend tätig werden zu können.

Aber, meine Damen und Herren, wie sieht es heute mit der Information

aus? — Heute leben die Aufsichtsratsmitglieder von den Informationen, die ihnen der Vorstand jeweils zukommen läßt, eben derselbe Vorstand, der doch durch diese Informationen erst kontrolliert werden soll.

Was also tut dem Aufsichtsrat in erster Linie nötig? — Wir meinen: Mitglieder, die unabhängig sind von den Informationen, die ihnen der Vorstand freundlicherweise zukommen läßt oder eben nicht zukommen läßt, also Mitglieder im Aufsichtsrat, die auch aus eigener Kenntnis der Dinge das Unternehmen und seine Probleme kennen und wissen, worauf es in erster Linie im Aufsichtsrat ankommt.

Diese Voraussetzungen erfüllt aber nun niemand besser als eben die leitenden Angestellten im Unternehmen. Es kommt hinzu, daß niemand innerhalb des Aufsichtsrates von den in Frage kommenden Gruppen über so viel Sachverstand verfügt, wie eben die leitenden Angestellten des Unternehmens selbst.

Bis heute sind die leitenden Angestellten von der Mitwirkung im Aufsichtsrat des Unternehmens ausgeschlossen. Ihnen ist weder das aktive noch das passive Wahlrecht zuerkannt worden. Selbst wenn ihnen aber nunmehr dieses Wahlrecht zuerkannt werden sollte, wie es ja nach dem Vorschlag des Bundesvorstandes vorgesehen ist, dann würde es so lange nur auf dem Papier stehen, wie nicht zwingend vorgeschrieben wird, daß eben Aufsichtsratsmitglieder aus dem Kreis der leitenden Angestellten kommen müssen. Denn die leitenden Angestellten bilden nur eine kleine Minderheitsgruppe unter den Arbeitnehmern, hätten also bei der Wahl der Arbeitnehmervertreter keinerlei Chance, berücksichtigt zu werden, und auf der anderen Seite ist es nicht anzunehmen, daß die Kapitalvertreter leitende Angestellte als ihre Vertreter benennen werden. Nur dann also, wenn auf dem von uns vorgeschlagenen Wege vorgeschrieben wird, daß leitende Angestellte in den Aufsichtsrat kooptiert werden, ist sichergestellt, daß die leitenden Angestellten nicht wie bisher zwischen den Stühlen sitzen.

Dieses unser Modell, meine Damen und Herren, führt schließlich dazu, daß zwei Zielwerte gleichzeitig erreicht werden, die — bisher jedenfalls — so gegensätzlich zu sein schienen, daß sie nicht vereinbart werden konnten: auf der einen Seite die ethisch motivierte Forderung nach Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit und auf der anderen Seite die praktische Erfahrung, daß schnelle Entscheidungen im Unternehmen getroffen werden müssen und nur getroffen werden können, wenn im Entscheidungsprozeß eine Seite die Möglichkeit hat, sich gegenüber der anderen Seite durchzusetzen; nur dann ist diese schnelle Entscheidung auch gewährleistet.

Diese beiden scheinbar gegensätzlichen Forderungen erfüllt der Vorschlag der Jungen Union; denn niemand wird bestreiten können, daß auch die leitenden Angestellten Angestellte sind, daß sie also zu den Arbeitnehmern gehören, daß sie dem Faktor Arbeit zugerechnet werden können und müssen.



Auf der anderen Seite sind die leitenden Angestellten nach den Grundregeln der Empfehlungen der Biedenkopf-Kommission von den 6 Vertretern der Kapitalseite und von den 4 Vertretern der allgemeinen Belegschaft zu kooptieren, das heißt also, in der Praxis wird bei Kontroversen zwischen den beiden Gruppen sichergestellt sein, daß die Seite der Anteilseigner ein faktisches Übergewicht haben wird.

Leider hat sich in der Diskussion bisher eine Frontstellung, ein Grabenkampf zwischen den beiden Modellen ergeben, die wir eben seit Monaten vorliegen haben, dem Vorschlag des Bundesvorstandes auf der einen Seite und dem Vorschlag der Sozialausschüsse auf der anderen Seite. Wir bieten Ihnen eine dritte Alternative, deren wesentlichen Inhalt ich wie folgt zusammenfassen kann: Unser Vorschlag trägt der Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit Rechnung, die letzten Endes auf der Würde des Menschen begründet ist, ohne aber dabei gleichzeitig in die Pattstellung der Parität einzumünden, das heißt insoweit denken wir konsequent die Gedanken des Biedenkopf-Gutachtens zu Ende, das eben ausdrücklich sagt, daß Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit noch nicht Parität zu heißen braucht.

Unser Vorschlag ist zweitens, daß jederzeit im Konfliktfall zwischen den Gruppen Mehrheitsentscheidungen getroffen werden können, damit die Wettbewerbsfähigkeit und die Rentabilität der Unternehmen gewährleistet bleiben. Unser Vorschlag stärkt schließlich die Kontrollmöglichkeiten und damit die Funktionsfähigkeit der Aufsichtsräte, indem zwei Vertreter der Gruppe kooptiert werden, die, wie keine andere, in der Lage ist, den Vorstand auch wirksam zu kontrollieren.

Meine Damen und Herren, noch ein politischer Gesichtspunkt: Ich meine, es stünde unserer Partei gut an, wenn sie sich gerade um diesen Kreis der leitenden Angestellten besonders kümmern würde, die wie keine anderen meinungsbildend im Unternehmen sind, die wie keine anderen auch für die Gestaltung in der Wirtschaft nicht nur heute sondern auch in Zukunft von allergrößter Bedeutung sind.

Wir bitten Sie aus diesem Grunde, unserem Antrag — natürlich vorbehaltlich der Zustimmung von Herrn Stücklen — zuzustimmen. Vielen Dank.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Herr Echternach, ich danke Ihnen für Ihren Bericht. — Das Wort hat nun Herr Dr. Dregger zu den Anträgen 556 ff.

**Dr. Alfred Dregger**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu Ziffer 71 hat der Parteitag eine Entscheidung zu treffen, die für die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und zugleich für das Selbstverständnis und die Zukunft der Union von grundlegender Bedeutung ist.

Diese Entscheidung kann nicht allein denen überlassen bleiben, die die Auseinandersetzung in den hinter uns liegenden Monaten und Jahren geführt haben. Sie muß vielmehr auch von der bisher schweigenden Mehrheit — von uns allen! — getroffen werden.

(Zustimmung)

Ich selbst, meine Freunde, gehöre weder dem Wirtschaftsrat noch den Sozialausschüssen an. Ich bin nicht Exponent eines Flügels der Partei. Ich habe — wie die allermeisten von uns — in dieser Frage keine persönlichen Interessen zu vertreten — ich spreche als Mitglied der Union! Nur aus der Sicht der gesamten Partei kann diese Frage beantwortet werden. Daher bitte ich für die Diskussion, die linke und die rechte Schublade geschlossen zu halten, in die unsere Gegner Politiker der Union so gerne einzuordnen pflegen.

(Lebhafter Beifall)

Wer, meine Freunde, die paritätische Mitbestimmung ablehnt, präjudiziert damit nicht seine Haltung zu anderen gesellschaftspolitischen Fragen. Wer für die paritätische Mitbestimmung ficht, ist nicht schon deshalb ein Gegner unserer freiheitlichen Ordnung. Wir alle stehen auf dem Boden der Christlich Demokratischen Union, wir alle hier lehnen den Sozialismus ab,

(Zustimmung)

die Sozialausschüsse sicherlich nicht weniger als irgendeine andere Gruppe der Partei; denn ihre Mitglieder sind es ja vor allem, die in der täglichen betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis die Auseinandersetzung mit den Sozialisten zu führen haben. Nein, die Sozialausschüsse gehören zu uns, und wir stehen hinter ihnen auch dann, wenn wir ihrem Votum in einer wichtigen Frage nicht folgen können.

(Beifall)

Noch eine Vorbemerkung, meine Freunde! Wir alle werden die Entscheidung dieses Parteitages akzeptieren, wie immer sie auch ausfällt, und jeder von uns wird die Gewissensentscheidung des anderen respektieren! Diese Gewissensentscheidung ist für jeden von uns frei; das gilt auch für die antragstellenden Landesverbände, für die ich hier zu sprechen habe.

Meine Damen und Herren, der heute zu treffenden Entscheidung ist eine lange, gründliche und häufig sehr heftig geführte Diskussion vorausgegangen. Diese Diskussion hat vieles geklärt und hat viele Übereinstimmungen ergeben. Eine Frage ist streitig geblieben: die Frage nach der Parität, und diese Frage muß, da jede Diskussion einmal ein Ende hat, heute entschieden werden, sie muß klar und unzweideutig entschieden werden!

(Erneuter Beifall)

Die Vorlage des Bundesvorstandes bringt diese Klarheit nicht. Sie enthält viele Details in Form einer Gesetzesvorlage oder jedenfalls beinahe in einer solchen Form. Dafür gibt es zwar Gründe; dies kann aber nicht Aufgabe eines Programms sein.

Zu der grundlegenden Frage der Parität sieht die Vorlage des Bundesvorstandes ein Kooptationsverfahren vor, das das Problem nicht löst. Dieses Kooptationsverfahren führt zu Unklarheiten in der Zuständigkeit und Verantwortlichkeit, es ist zeitraubend und kompliziert, es ermöglicht Pressionen, indem es der Mehrheit jeder Gruppe ein Veto zuerkennt; im Hintergrund steht als letzte Instanz der Registerrichter für eine wichtige unternehmenspolitische Entscheidung. Ich meine, dies ist ein Modell, das wir nicht akzeptieren können.

(Zustimmung)

Klare Entscheidungsgrundlagen bieten dagegen sowohl der Vorschlag der Sozialausschüsse als auch der Vorschlag der Landesverbände Hessen, Schleswig-Holstein und Nordwürttemberg sowie einiger Kreisverbände. Beide Vorschläge beschränken sich auf das Grundsätzliche, beide Vorschläge vermeiden das ungute Kooptationsverfahren, beide Vorschläge lösen klar den Paritätskonflikt, wenn auch in entgegengesetzter Weise.

Worum geht es nun in diesem Paritätskonflikt? Wir sind uns mit unseren Freunden von den Sozialausschüssen darin einig, daß sich die bisherige Mitbestimmung bewährt hat und daß sie ausgeweitet werden soll. Mit den Sozialausschüssen bejahen wir die Mitbestimmung als Überwindung des Manchester-Liberalismus ebenso wie als Gegenposition zur Klassenkampfideologie der Sozialisten.

Wir meinen jedoch — und darin unterscheiden wir uns von den Sozialausschüssen — daß die Mitbestimmung mit der Parität eine neue, eine systemverändernde Dimension erhält, eine Dimension, die es unseren politischen Gegnern sogar erlaubt, dieser Mitbestimmung eine systemüberwindende, eine die Soziale Marktwirtschaft zerstörende Dimension zu geben.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, daß die Mitbestimmung mit der Parität eine neue, systemverändernde Dimension erhält, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nach dem Horn-Modell, das übrigens die Sozialausschüsse von einem Unternehmer übernommen haben,

(Zwischenruf, Hans Katzer: Das ist ja schrecklich, Herr Dregger!)

der damit ebenso gute Absichten verbunden hat wie sie selbst, die Anteilseigner — also die Eigentümer des Unternehmens — das Verfügungsrecht über dieses Unternehmen weitgehend verlieren, weil sie im entscheidenden Organ, dem zum Verwaltungsrat ausgebauten Aufsichtsrat, in die Minderheit geraten.

— Meine Freunde, daß unsere gemeinsamen politischen Gegner, die Sozialisten, gewillt sind, mit Hilfe der Parität die Mitbestimmung aus einer Gegenposition zu einer Durchgangsstation zum Sozialismus umzufunktionieren, darüber kann es heute keinen Zweifel mehr geben.

(Lebhafte Zustimmung)

So heißt es in dem Beitrag eines nordhessischen Delegierten auf dem Saarbrücker Parteitag der SPD — ich zitiere wörtlich —: „Wir wollen Mitbestimmung eben nicht unter dem Stichwort Sozialpartnerschaft als die Integration der Arbeiterschaft in die bestehende Gesellschaftsordnung“, — Zwischenbemerkung: Das ist ja unsere Position. — „sondern Mitbestimmung als Schritt zur Selbstbestimmung, zur Durchsetzung des Prinzips der Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft.“

Und Karsten Voigt, der Führer der Jungsozialisten aus Frankfurt, der von unserer Frankfurter Kollegin Ruth Beckmann — nebenbei bemerkt — in seinem Wahlkreis geschlagen wurde, meine Damen und Herren —

(Lebhafter Beifall)

dieser Jungsozialistenführer bestätigte auf dem Parteitag der SPD am 14. Mai 1970 in Saarbrücken — ich zitiere wörtlich —: „Daß die Mitbestimmung, wie der Genosse Hoffmann es angedeutet hat, nur ein Zwischenschritt sein kann auf dem Wege zur Selbstbestimmung der Arbeitnehmer. Die Mitbestimmung ist Übergangsstadium, in welchem nach unserer Auffassung Arbeiter und Angestellte die Leitung des Betriebes erlernen, damit sie sie, Genossinnen und Genossen, in einer späteren Phase ganz übernehmen können.“

Die Vertreter der Gewerkschaften selbst, meine Damen und Herren, argumentieren — soweit sie der SPD angehören — in dieser Hinsicht nicht wesentlich anders. So hat Friedhelm Farthmann, der Mitbestimmungsexperte des DGB, auf dem Saarbrücker Parteitag der SPD die paritätische Mitbestimmung ausdrücklich als ersten möglichen Schritt zur Arbeiterselbstverwaltung nach jugoslawischem Vorbild oder zur Sozialisierung bezeichnet. — Und Otto Brenner erklärt auf der letzten Seite des Biedenkopf-Gutachtens — ich zitiere wörtlich —: „Über die Mitverantwortung, die nun tatsächlich mit der Mitbestimmung untrennbar verkoppelt ist, werden die Arbeitnehmer keineswegs auf das bestehende Wirtschaftssystem eingeschworen. Wenn wir heute eine Ausweitung der Mitbestimmung fordern, so bedeutet das nicht, daß wir mit den bestehenden Verhältnissen unseren Frieden gemacht hätten. Mitbestimmung ist vielmehr ein erfolversprechender Ansatz für die Änderung dieser Verhältnisse.“

Meine Freunde! Ich hatte eingangs von der systemverändernden Dimension der paritätischen Mitbestimmung gesprochen und das mit dem Hinweis illustriert, daß die Anteilseigner — die Eigentümer der Unternehmen — im wichtigsten Unternehmensorgan in die Minderheit geraten. Ich will jetzt nicht

die Frage untersuchen, ob das verfassungsrechtlich möglich ist oder ob das ein enteignungsgleicher Tatbestand wäre, der zur Entschädigung verpflichten würde. Ich will auch nicht die Frage beantworten, ob das ideologisch, theologisch oder vielleicht im Hinblick auf den Charakter der großen Publikums-gesellschaften begründet werden kann, in denen der einzelne Aktionär auf die Unternehmensleitung keinen unmittelbaren Einfluß mehr ausüben kann.

Mich interessiert als Politiker angesichts der Ziele, die unsere politischen Gegner mit der paritätischen Mitbestimmung verfolgen, die Frage, ob es denn schwerwiegende Gründe gibt, die es rechtfertigen, alle diese Gefahren und Nachteile in Kauf zu nehmen. Ich frage daher:

1. Erhöht dieser systemverändernde Eingriff unsere wirtschaftliche Leistung?
2. Erhöht dieser Eingriff die innere Stabilität unserer freiheitlichen Ordnung?
3. Dient dieser Eingriff unseren europäischen Zielen?
4. Entspricht dieser Eingriff dem Willen unserer Wähler?

Meine Damen und Herren! Nach sorgfältiger Prüfung muß ich gestehen, daß ich keine dieser Fragen bejahen kann. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall)

Was die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft angeht, so haben wir eigentlich keinen Anlaß, mit ihr unzufrieden zu sein. Die Auswahl der Vorstände durch Aufsichtsräte, in denen die Vertreter der Arbeitnehmer ein wichtiges Wort mitzureden haben, in denen aber die Mehrheit und damit auch die Verantwortung bei den Anteilseignern verbleibt, hat uns in der Regel tüchtige, in einigen Fällen hervorragende Vorstände gegeben, die mit den Vertretern der Arbeitnehmer gut zusammenarbeiten und die von ihnen respektiert werden. Wir wissen ja, daß nicht selten ein Gegensatz zwischen Betriebsräten auf der einen Seite und Gewerkschaften auf der anderen Seite in der Praxis besteht. Meine Damen und Herren! Ob ein ähnliches Ergebnis zu erwarten wäre, wenn diese Vorstandsmitglieder auch noch von den Gewerkschaften abhängig würden, sich also nach allen Seiten absichern müßten, das scheint mir zumindest zweifelhaft zu sein.

Es ist auch nicht anzunehmen, daß ein solcher Eingriff die innere Stabilität unserer freiheitlichen Ordnung erhöhen würde. Zu ihr gehören freie und starke Unternehmen ebenso wie freie und starke Gewerkschaften. Diese Ordnung beruht auf dem Gleichgewicht der Kräfte, nicht auf der permanenten Dominanz der einen Gruppe über die andere. Es kann meines Erachtens dieser freiheitlichen Ordnung nicht gut bekommen, wenn zum Beispiel bei Tarifverhandlungen die eine Seite auch auf der Bank der anderen sitzt und gleichsam mit sich selbst kontrahiert. Das wäre doch ganz offensichtlich der Fall; denn aus einem paritätischen Aufsichtsrat müßte auch ein paritätischer Vorstand hervorgehen — eine Linie, die sich schließlich durch die ganze Betriebs-

hierarchie fortsetzen würde. Wir würden auf diese Weise innerbetrieblich eine dualistische Struktur bekommen — eine Struktur, die im beruflichen Aufstieg den Proporz an die Stelle der beruflichen Leistung stellen würde und überbetrieblich im Verhältnis der Sozialpartner zueinander eine Situation permanenter Dominanz der einen über die andere Seite. Das wäre meiner Überzeugung nach keine Stabilisierung, sondern eine Verfälschung unserer freiheitlichen Ordnung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Auch das muß offen ausgesprochen werden: Hinzu kommt, daß wir damit solchen Personen ein beispielloses Machtkartell in die Hand spielen würden, die sich — Gott sei es geklagt — zum großen Teil als unsere politischen Gegner betrachten. Würde die Mehrheit der Gewerkschaftsführer von uns — von der CDU/CSU — gestellt, stünden sie wenigstens wie die amerikanischen Gewerkschaftsführer fest auf dem Boden der marktwirtschaftlichen Ordnung, dann fiel es vielleicht leichter, sich über die vorgenannten Bedenken hinwegzusetzen. Aber wir wissen doch, daß das ganz anders ist. Die jetzigen Führer des DGB — das darf in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden — sind ganz überwiegend engagierte SPD-Politiker, die unserer marktwirtschaftlichen Ordnung mit einigen Vorbehalten gegenüberstehen. In dieser Beurteilung, meine Freunde, stimmen wir wohl alle überein. So hat die letzte Konferenz der Sozialsekretäre am 23./24. November 1970 — ich zitiere wörtlich aus der „Sozialen Ordnung“ — „massive Maßnahmen gegen die parteiliche Einseitigkeit des DGB“ gefordert und gerügt, daß die Gewerkschaftszeitungen — wieder wörtliches Zitat — „in nicht mehr zu überbietender Weise SPD- statt Arbeitnehmerstandpunkte vertreten“. — Wie kommen wir eigentlich dazu, diesen Leuten eine derartige Machtposition zu verschaffen, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Das hat nichts mit der legitimen und unverzichtbaren Rolle der Gewerkschaften als Mitträger unserer freiheitlichen Ordnung zu tun, die sie spielen müssen, gleichgültig, welcher Partei Ihre Führer in erster Linie angehören, wohl aber mit der Frage, ob man den Gewerkschaften eine Machtposition einräumt, die den Rahmen dieser freiheitlichen Ordnung zu sprengen vermag.

Meine Freunde! Auch die dritte Frage „Dient dieser Eingriff unseren europäischen Zielen“ wird man verneinen müssen. Wir alle wissen, daß die anderen EWG-Länder die deutsche Mitbestimmung nicht kennen, daß wir bereits heute die weitestgehende Mitbestimmungsregelung der Welt haben. Dieser Unterschied hemmt sicherlich die wirtschaftliche Integration, was wir aber in Kauf nehmen, weil wir aus anderen Gründen auf keinen Fall auf die Mitbestimmung verzichten wollen und weil wir hoffen, daß sich die anderen einmal unserem guten Beispiel anschließen werden. Aber daß es möglich wäre, die anderen zu einer paritätischen, zu einer systemverändernden Lösung

zu gewinnen — ich glaube, jeder wird zustimmen, daß das nicht zu erwarten ist. Deshalb müßte diese Lösung auch die wirtschaftliche Integration blockieren, und ich meine, daß wir das nicht hinnehmen können.

Was schließlich die Bürger unseres Landes, die Wähler also, angeht — und als demokratische Partei werden wir danach fragen müssen — so besteht kein Zweifel, daß sie in ihrer übergroßen Mehrheit die paritätische Mitbestimmung entweder ablehnen oder ihr zumindest völlig desinteressiert gegenüberstehen. Das trifft nicht zuletzt auf die Arbeitnehmer selbst zu. Nach neueren Untersuchungen des DGB stehen bei den Arbeitnehmern an der Spitze der Erwartungen — vernünftigerweise, so meine ich — die Sicherung der Arbeitsplätze, die Alterssicherung sowie höhere Löhne und Gehälter und — ich möchte hinzufügen — sicherlich die Preisstabilität. Erst danach folgt der Wunsch nach besserer Vermögensverteilung und mehr Mitbestimmung, aber keineswegs nach paritätischer Mitbestimmung.

Nach den Feststellungen des DGB wird die paritätische Mitbestimmung auf der Unternehmensebene nur von 22 Prozent der Bevölkerung und von 27 Prozent der berufstätigen Arbeitnehmer gewünscht. Selbst von den DGB-Mitgliedern treten nur weniger als zwei Fünftel für die Mitbestimmung in den Unternehmensleitungen ein, bei den Nichtmitgliedern sind es sogar weniger als ein Fünftel.

Meine Freunde! Unter welchem Aspekt wir es auch betrachten — politisch spricht nichts dafür, der Mitbestimmung eine neue, eine systemverändernde Dimension zu geben. Es sind keine Vorteile erkennbar, die die voraussehbaren Gefahren und Nachteile aufwiegen würden. Es gibt auch keine ethischen oder moralischen Gründe, die uns zwingen würden, gegen unsere politische Einsicht zu handeln. Wäre die paritätische Mitbestimmung ein Gebot der Menschenwürde, dann wäre nicht einzusehen, warum das nur für Großbetriebe gelten sollte. Wer im Namen der Moral die Gleichwertigkeit der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital behauptet, der argumentiert meines Erachtens wenig moralisch. Vorausgesetzt, eine solche Rangordnung griffe hier Platz, so bin ich jedenfalls der Überzeugung, daß der Faktor Arbeit als der personenbezogene den Vorrang einnehmen müßte vor dem Faktor Kapital.

(Beifall)

Wer das zugibt, kann aber nicht bei der Parität haltmachen. Er muß über kurz oder lang zu dem Ergebnis kommen, daß die Unternehmensleitung allein oder überwiegend durch den Faktor Arbeit gestellt werden muß, womit das Argument geliefert wäre für ein System der Arbeiterselbstverwaltung nach jugoslawischem Vorbild oder eine ähnliche Konstruktion.

Ich wende mich gegen diese falschen Betrachtungsweisen. Ich bin der Meinung, Arbeit und Kapital sind zwar beide notwendige Funktionsfaktoren, aber sie sind im Verhältnis zueinander keine moralischen Kategorien, aus

deren Wertgleichheit oder Wertgefälle sich Folgerungen für die Unternehmensverfassung ableiten ließen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Dafür zu sorgen, meine Freunde, daß die Früchte unseres so außerordentlich produktiven Wirtschaftssystems allen zugute kommen, daß sowohl die Arbeitnehmer wie die Gemeinschaft des ganzen Volkes daran angemessen partizipieren, daß die Freiheitssphäre des einzelnen, und zwar jedes einzelnen gestärkt und verbreitert wird, dafür gibt es auch ohne paritätische Mitbestimmung Mittel und Wege genug. In der Stärkung der Stellung des einzelnen Arbeitnehmers am Arbeitsplatz, seiner Vertrauensleute und seines Betriebsrats, in seiner Beteiligung auch am Produktivvermögen, in der Ausgestaltung der allgemeinen Kranken- und Rentenversicherung, in der Verbesserung der Chancengleichheit im Bildungssystem — um nur einiges zu nennen — hat die Union die Möglichkeit und — wie ich meine — die Pflicht, weiterhin Schrittmacherin des gesellschaftspolitischen Fortschritts zu sein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Das sind die Überlegungen, die zum hessischen Vorschlag geführt haben. So beurteilen wir mehrheitlich die grundsätzlichen und praktischen Fragen der Mitbestimmung. Ich habe — wie Sie feststellten — eine offene Sprache geführt. Ich halte Schweigen in Grundsatzfragen und Zurückweichen vor unangenehmen Entscheidungen weder für einen Führungsgrundsatz noch für ein Qualitätsmerkmal . . .

(Bravo-Rufe — Lebhafter Beifall)

Ich meine weiter, die Union kann es sich nicht leisten, jedem Modernismus mit hängender Zunge nachzulaufen.

(Zustimmung)

Das sage ich nicht den überzeugten Anhängern des Horn-Modells, deren Gewissensentscheidung ich voll respektiere. Das sage ich denen — wenn es solche unter uns geben sollte —, die den „Progressisten-Look“ tragen, weil es modisch ist,

(Beifall)

und denen, die sich vielleicht fürchten vor einer gewissen Publizistik, die flink bei der Hand ist, wenn es gilt, die Union in eine rückschrittliche Position zu verteuflern. Ich meine: Hüten wir uns, die Furcht zum Ratgeber zu machen.

(Bravo-Rufe)

Wir müssen unsere Überzeugung, unsere Überlegungen nach eigenen Maßstäben zur Grundlage der Entscheidungen machen und nicht das, was uns andere als Forderung der Zeit proklamieren.

(Erneuter Beifall)



Eine Partei, die ihre Kontur verliert, meine Freunde, gewinnt niemanden. Deshalb bitte ich Sie, heute eine klare und unzweideutige Entscheidung zu treffen. Dafür gibt es eigentlich nur zwei Möglichkeiten: entweder das Paritätsmodell der Sozialausschüsse oder das andere Modell der Landesverbände Hessen, Schleswig-Holstein und Württemberg sowie einiger Kreisverbände. Ich als Landesvorsitzender der hessischen CDU fordere Sie selbstverständlich auf, für diese Vorlage der Landesverbände zu votieren. Ich danke Ihnen.

(Langanhaltender stürmischer Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Das Wort zur Begründung des Antrages Nr. 559 hat nun unser Freund Katzer.

(Beifall)

**Hans Katzer**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, jetzt ein Korreferat zu geben zu dem, was Herr Kollege Dregger gesagt hat; denn meine Aufgabe ist es, eine Begründung zu geben.

(Beifall)

Dafür haben wir mehr Zeit bekommen. Aber zwei Bemerkungen, Herr Dregger, kann ich mir nicht verkneifen; dazu bin ich zuviel Politiker, ich bitte um Entschuldigung.

Das erste: Ich bin ganz einig mit Ihnen, wenn Sie sagen: Wenn ich abzuwägen habe zwischen Kapital und Arbeit, hat aus moralischen Gründen der Faktor Arbeit das Übergewicht. Dann nehmen wir Ihr Modell mit 7 : 5 für die Arbeitsposition, und der Parteitag ist in bestem Einvernehmen miteinander.

(Erneuter Beifall)

Dann haben wir diese Frage — glaube ich — glänzend gelöst.

Und ich bin in einem zweiten Punkte vollkommen einverstanden: Ich glaube, es hat gar keinen Sinn, uns hier um irgendeine Entscheidung herummogeln zu wollen. Hier und heute muß entschieden werden! Eine klare Entscheidung!

(Bravo-Rufe)

Nun, meine Damen und Herren, die meisten der Delegierten werden sich gerade an diesen Tagesordnungspunkt unserer Diskussion auf dem Berliner Parteitag erinnern. Vor diesem Parteitag hatte man der Union eine große Zerreißprobe versprochen. In Wirklichkeit war die Debatte über die Mitbestimmungsfrage in Berlin ein Höhepunkt fairer Sachauseinandersetzung.

Und, meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind es uns gegenseitig schuldig, auch heute in dieser Frage kontrovers, aber fair miteinander zu verfahren.

(Lebhafte Zustimmung)

In Berlin, meine Damen und Herren, lautete die Forderung auf der einen Seite, die Mitbestimmungsfrage müsse weg vom Tisch, so hieß es damals. Ich gehörte zur anderen Position, zu jenen, die sagten: Nein, wir müssen in dieser Frage offenbleiben, wir müssen in dieser Frage bei dem raschen Tempo fortschreitender Rationalisierung in der modernen industriellen Arbeitswelt offenbleiben, zumal damals das Gutachten Biedenkopf noch nicht vorlag.

Der Berliner Parteitag hat sich für die offene Position entschieden. Und ich glaube, meine Damen und Herren, auch die Parteifreunde, die ursprünglich sehr hart dagegen votierten, sind doch heute wohl mit uns der Meinung, daß die Entscheidung von Berlin in der Sache richtig war und der Union gut bekommen ist.

(Zustimmung)

Die Sozialausschüsse haben Ihnen damals einen —

(Zurufe)

— ich spreche für die Sozialausschüsse, wie Herr Dregger für den Wirtschaftsrat gesprochen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Ich könnte auch — entschuldigen Sie! — Ich könnte auch zehn Kreisverbände, die dieses Votum unterstützt haben, hier aufzählen. Aber ich sage offen und klar, für wen ich spreche und für welches Votum ich stimme. Wir haben die Union damals gut beraten, und wir beraten sie auch heute — das ist meine Überzeugung — gut.

Die Vordiskussion zu dieser Frage war sehr lebhaft. Es gab Anregungen — (zu den um das Rednerpult stehenden zahlreichen Fotografen gewandt: Kann man das Problem, das Sie untereinander haben, mitbestimmungsmäßig lösen?). Die Vordiskussion zu dieser Frage war sehr lebhaft. Es gab Anregungen von innen und außen. Das alles haben wir dankbar registriert. Mir scheint bemerkenswert zu sein — und da darf ich das, was Herr Dregger gesagt hat, aufgreifen —, daß der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes — ich glaube, es ist das erstmal — sich in einem Brief an die Delegierten des Parteitages gewandt hat, insbesondere auch zu dieser Frage. Durch sorgfältiges Studium habe ich den Eindruck, daß der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes seine Sorgen bei der Opposition anbringt und dort Forderungen anmeldet, um wenigstens auf diesem Wege die SPD an das zu erinnern, was sie vor den Wahlen ihren Wählern versprochen hat.

Meine Damen und Herren, die direkte Ansprache des DGB an SPD und Regierung, so wie wir das als Regierungspartei zwanzig Jahre lang erlebt haben, versagt man sich offenbar, um dieser Regierung die ohnehin schwache Basis nicht zu gefährden; aber, meine Damen und Herren, das wird nichts nutzen. Doch dürfen wir vielleicht umgekehrt von diesem Parteitag aus den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes bitten, sich wenigstens an die Haltung des DGB und seine eigene vor den Wahlen zu erinnern und sie mit den Aussagen von jetzt zu vergleichen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich will das jetzt nicht vertiefen, ich will nur mit allem Nachdruck und bewußt bei diesem Thema sagen: Wir müssen von einer Einheitsgewerkschaft erwarten, daß sie bei der Vertretung ihrer Vorstellungen nicht zur Einseitigewerkschaft wird und damit vielleicht ins Abseits gerät.

(Beifall)

Wir haben ein Recht darauf zu verlangen, daß auch in dieser Frage alle Parteien mit gleichem Maße gemessen werden.

(Erneuter Beifall)

Nach diesen Bemerkungen zur Sache!

1949 — wir haben das heute und gestern hier gesagt — setzte die Union dem Klassendenken und den Klassenkampfparolen der SPD die Idee der Partnerschaft in der Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber. Zu dieser Idee der Partnerschaft gehört — Herr Dregger, und da unterscheiden wir uns —, so meine ich, die Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit. Partnerschaft ist nur denkbar unter Gleichberechtigten; sonst ist der eine von vornherein unterlegen.

(Lebhafte Zustimmung)

Dies war der Ausgangspunkt, und die Sozialausschüsse haben sich bemüht, im Verlauf der letzten zwanzig Jahre ihren geistigen Beitrag zu dieser Idee zu liefern. Wir haben es uns nicht, wie der eine oder andere Kritiker uns weismachen will, leicht gemacht, und wenn unsere Freunde von der CSU uns empfehlen, die Düsseldorfer Leitsätze von 1949 zur Grundlage unserer Arbeit zu machen, damit wir auch im Bundestag einig sein können — nun, dann kann ich mich über diese Einladung nur freuen, wenn das als Basis für die gemeinsame Arbeit der CDU/CSU-Fraktion gesehen wird. Alldieweil diese Empfehlungen vor dem Parteitag kamen, hatte ich die Möglichkeit, mir die Düsseldorfer Leitsätze noch einmal anzusehen. Und, meine Damen und Herren, da steht drüber: „Christlich Demokratische Union“, „Christlich-Soziale Union“. Wenn wir das wieder einmal erreicht haben für einen gemeinsamen Pro-

grammparteitag, ich glaube, dann haben wir einige Sorgen weniger, die gestern und vorgestern hier angesprochen wurden.

(Lebhafter Beifall)

Auf diese Düsseldorfer Leitsätze, meine Freunde, die hier beschworen werden, gehe ich gerne ein, wirklich gern. Da heißt es in der Zusammenfassung — Franz Etzel, der das nachdrücklich mitformuliert hat, weißt leider nicht mehr unter uns —: „Wer frei sein will, muß sich dem Wettbewerb unterwerfen und darauf verzichten, Macht auf dem Markt zu erstreben. Wer Macht auf dem Markt besitzt, das heißt, wer nicht durch Wettbewerb kontrolliert ist, darf nicht frei sein.“ Und weiter: „Die vorwiegend eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms werden anerkannt, jedoch nach der marktwirtschaftlichen Seite hin ergänzt und fortentwickelt.“ Meine Damen und Herren, wenn man uns empfiehlt, das als Basis unserer Auffassungen zu machen — ich habe nicht das Geringste dagegen einzuwenden.

Und wenn ich sage, die Sozialausschüsse haben es sich nicht leicht gemacht, dann können Sie das an unserem Weg verfolgen: von der Offenburger Erklärung 1967, in der wir die Gleichgewichtigkeit von Arbeit und Kapital ausgesprochen haben, von unserem Diskussionsentwurf, in dem wir das öffentliche Interesse hinzugenommen haben, damit — darüber sind wir uns einig — keine Pattstellung entstehen kann. Und, meine Damen und Herren, das Biedenkopf-Gutachten, für das ich mich damals in der Regierung nachdrücklich eingesetzt habe, hat doch zumindest eines klargemacht, daß wir erfreulicherweise diese Diskussion auf diesem Parteitag nicht mehr mit den Vokabeln führen und führen können, wie das noch auf dem Berliner Parteitag möglich war. Es ist doch einfach unmöglich zu glauben oder zu behaupten, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft mit der Mitbestimmung nichts anderes im Sinn hätte, als die Unternehmen zu ruinieren, von denen sie doch selber alle wissen, daß ihre und ihrer Familien Existenz von dem glücklichen Gedeihen dieser Unternehmen abhängt.

(Lebhafte Zustimmung)

Diese Diskussion muß doch ausgestanden sein! Und sie ist ausgestanden — das ist das große Verdienst, das Biedenkopf sich erworben hat —, sie ist ausgestanden mit diesem Gutachten.

Nun, meine Damen und Herren, haben wir weiter mit Professor Biedenkopf diskutiert. Wir haben ihn dreimal im Hauptvorstand gehabt, und wir sind zu einem neuen Modell gekommen. In der Tat — das verschweige ich nicht, das sage ich klar: Die Entscheidung, die wir Ihnen abverlangen, ist eine Entscheidung für etwas Neues. Meine Damen und Herren, das hat mit „modernistisch“ überhaupt nicht das geringste zu tun, sondern es hat damit etwas zu tun, daß diese Christlich Demokratische Union — heute morgen haben wir

es bei einer Abstimmung bewiesen — die innere und geistige Kraft hat, Probleme von morgen heute zu sehen und anzupacken. Das ist die Aufgabe einer politischen Partei, die Führungskraft besitzt!

(Lebhafte Zustimmung)

Das ist unser Punkt, Herr Dregger, und nicht modernistische Politik.

Wenn man uns zum Vorwurf macht, daß ein Generaldirektor das im Modell entworfen hat, dann finde ich das gut. Da kann ich nur sagen, sind Sie doch glücklich über die *Unvoreingenommenheit, mit der die Sozialausschüsse Vorschläge gegenüberstehen, von welcher Seite auch immer sie kommen*; wir kategorisieren sie doch nicht nach dieser oder jener Seite, sondern nach dem Inhalt dessen, was sie enthalten.

Nun, meine Freunde, was waren die Beweggründe?

1. Die veränderten Eigentumsverhältnisse und der wachsende Kapitalbedarf, der von einzelnen gar nicht mehr aufzubringen ist. Herr Dr. Dregger, wo sind denn die Eigentümerpositionen, die Sie beschworen haben? Denn der Bereich, der hier in Frage steht, ist ja nicht die deutsche Wirtschaft, sondern das sind doch die 200 oder 300 Größtunternehmen, von denen wir sprechen — damit wir alle wissen, worüber wir miteinander diskutieren. In diesem Bereich, Herr Dr. Dregger, können die unternehmerischen Entscheidungen nicht mehr von den Eigentümern selbst getroffen werden, denn es handelt sich hier doch, meine Damen und Herren, um Industriegiganten, die im Eigentum von 20 000, 30 000 und mehr Aktionären stehen. Da handeln andere im Namen der Eigentümer, und da besteht natürlich die Gefahr autonomer Machtkonstellationen; da besteht das, was wir in Düsseldorf 1949 angesprochen haben und was wir verhindern wollten. Ich denke hier konkret und genauso klar wie Sie an den Einfluß der Banken. Trotz aller Verbesserungen beim Depotstimmrecht sind die Banken ein eigenständiger Machtfaktor im deutschen Wirtschaftsleben. Das liegt einfach an der Vielzahl der Eigentümer einer Publikums-gesellschaft. Das kann man auch nicht ändern, und würde man etwa die Vertretung der Kapitalinteressen ausschließlich Aktionärsvereinigungen übertragen, so würden deren Funktionäre ebenfalls ein Element der Fremdsteuerung sein.

Wir wollen mit den Arbeitnehmern und dem Management unternehmensbezogene Faktoren zur Geltung bringen. Damit sollen die Möglichkeiten der Banken nicht ausgeschaltet werden; das ist weder Absicht, noch geht das. Aber wir wollen ein sinnvolles System der Machtverteilung. Durch unseren Vorschlag wird keinerlei unternehmerische Energie vergeudet — im Gegenteil: Wir stärken die unternehmerische Initiative in einem Bereich, in dem sie durch die Eigentümer selbst nicht mehr ausgeübt wird oder ausgeübt werden kann.

Wenn unser Vorschlag Fremdeinflüsse abbaut, so bedeutet er einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Systems der Marktwirtschaft, denn wir sind gegen jede zentrale Steuerung im Bereich der Großunternehmen — gleichgültig, ob sie von staatlichen Planungen, durch öffentlich kontrollierte Fonds, durch Organisationen oder Verbände oder durch das Management der Banken ausgeübt wird. Wir wollen und müssen die Entscheidungsfreiheit des Unternehmens selbst stärken, wenn wir den Wettbewerb im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft fördern wollen.

Ich bin etwas traurig darüber, daß wir nicht mehr Zeit hatten, darüber zu diskutieren. Wir hatten Zeit genug, aber für dieses Modell war es noch zu wenig, um die Aussprache zu führen.

Ich glaube, und das sage ich aus letzter und innerster Überzeugung: Dieses unser Konzept ist im Vergleich mit allen anderen und dem, was Herr Dregger vorgetragen hat, das marktwirtschaftlichste aller entwickelten Modelle. Aus dieser geänderten Situation haben wir die Konsequenz gezogen und schlagen folgende Regelung vor:

Eine Abkehrung vom bisherigen Aktienrecht, klipp und klar. Ich werde nicht alle Gründe noch einmal aufzählen; ich habe sie in der Ihnen vorliegenden Broschüre in sieben Punkten zusammengefaßt und werde während der Diskussion noch den einen oder den anderen Schwerpunkt vertiefen können. Eine klare Abkehr vom bisherigen Aktienrecht. Statt dessen eine Kombination des im angelsächsischen Recht geltenden Boardsystems mit Mitbestimmungsrechten.

Das bedeutet: Statt des bisherigen Aufsichtsrates, der jährlich dreimal oder viermal zusammenkommt, wird ein Verwaltungsrat, ein Unternehmensrat gebildet, der von Kapital und Arbeit gleichberechtigt, etwa 4:4, gebildet und — um eine Pattstellung zu verhindern — mit zwei bzw. drei Mitgliedern des Vorstandes ergänzt wird.

Es wird also eine effektive Mitbestimmung dort möglich sein, wo die Unternehmenspolitik bestimmt wird. Es gibt eine Fülle von Einwendungen; wir haben sie zum Teil widerlegt, zum Teil wird das gleich noch geschehen.

Politisch, meine Damen und Herren: Herrn Biedenkopf können wir für sein Gutachten nicht genug danken, ein Gutachten, mit dessen Diktion ich weitgehend übereinstimme, nur in einem Punkte nicht, und der hat mich dann zum anderen Modell hingeführt.

Das Übergewicht der Kapitalseite wird in dem Gutachten vorwiegend mit dem Rentabilitätsinteresse des Kapitals begründet. Und dies bringt meines Erachtens keine Lösung auf Dauer.

Und das ist meine politische Meinung: Solange die Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit nicht hergestellt ist, wird es in dieser Frage keine Ruhe

geben, und wir werden uns auf jedem Parteitag erneut mit dieser Frage auseinandersetzen, bis dieses Kernproblem einer Lösung zugeführt worden ist.

(Beifall)

Ich vermag nicht einzusehen, daß der Rentabilitätsgedanke beim Aktionär größer sein kann als das elementare Interesse der Arbeitnehmer an einer nachhaltigen Rentabilität im Interesse der Sicherheit der Arbeitsplätze für sie selbst und für ihre Familien, denn davon hängt das Schicksal ihrer Familien letztlich entscheidend ab. Wir haben das an Rhein und Ruhr 1967 klar sehen können.

Das, was hier zur Entscheidung steht, ist die Spitze eines geschlossenen Systems, das aufbaut auf der Betriebsverfassung, die die Ruf-Kommission nach monatelangen Beratungen — Kollege Ruf hat das vorhin dankenswerterweise vorgetragen — jetzt abgeschlossen hat.

Bei zunehmender Automatisierung muß es unser Ziel sein, daß der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz die Möglichkeit findet, selbst Verantwortung zu tragen und persönliche Initiative zu entfalten. Der einzelne darf nicht das Gefühl haben, Objekt des Arbeitsprozesses zu sein. Meine Damen und Herren, und dieses Modell gibt dazu die Chance. Wir sollten — und unterschätzen Sie das bitte nicht — das unternehmerische Denken der Arbeitnehmer fördern, um sie zu Partnern des betrieblichen Geschehens zu machen. Darauf läuft unser Vorschlag hinaus!

(Beifall)

Darauf aufbauend wird die Unternehmensverfassung in der vorgetragenen Art — und damit komme ich zum Schluß, meine Freunde —, eine faszinierende Kraft der Zukunft sein. Wir haben gestern in der beruflichen Bildung eine Reihe von Zielen gesetzt, auf die wir uns im Laufe der Zeit hinbewegen können.

Ich glaube, dies ist ein Modell, das jene faszinierende Leuchtkraft hat, die die Soziale Marktwirtschaft, 1949 beginnend, gehabt hat. Es ist die Leuchtkraft, meine Damen und Herren, die wir brauchen, wenn wir auch in Zukunft als Christlich Demokratische Union dem treu bleiben, was wir von der ersten Stunde an, als unsere Väter aus den Konzentrationslagern und wir aus den Kriegsgefangenenlagern kamen, taten, um eine Ordnung aufzubauen, eine Gesellschaft, die sich auf das gründet, was unsere Landsleute in Mitteldeutschland sich zutiefst ersehnen, die sich gründet auf Freiheit und auf Gerechtigkeit!

(Lebhafter Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Ich darf auch für diesen Bericht danken.

Ehe wir in die Diskussion eintreten, gestatten Sie mir einige kleine geschäftsleitende Bemerkungen.

Die Zahl der jetzt vorliegenden Wortmeldungen beträgt 49.

(Unruhe und Heiterkeit)

Bei je fünf Minuten, die wir als Redezeit festgelegt hatten, wäre das eine Gesamtzeit von mehr als vier Stunden. Wir haben jetzt 17 Uhr. Das würde bedeuten, daß die Debatte bei Einhaltung der Redezeit bis 21 Uhr ginge. Daran würde sich eventuell noch eine Diskussion über das Abstimmungsverfahren anschließen.

Ich habe darauf hinzuweisen, daß nach den Vorschlägen zur Abwicklung der Tagesordnung noch 31 Ziffern des Abschnitts III und 23 Ziffern des Abschnitts IV heute zu verabschieden sind.

Ich gehe davon aus, daß Sie mit folgendem einverstanden sind:

1. daß das Präsidium über die Einhaltung der Redezeitbegrenzung von fünf Minuten ein wenig strenger wacht als bisher;

(Beifall)

2. daß — ich würde sagen — nach Ablauf von 1½ bis 2 Stunden das Präsidium sich darüber einigt, welche Vorschläge es zur Begrenzung der Debatte Ihnen zur Beschlußfassung unterbreitet.

Wir treten in die Debatte ein. Ich darf die ersten fünf bis sechs Wortmeldungen noch einmal verlesen. Ich bitte die Aufgerufenen, sich möglichst in die Nähe des Mikrofons zu begeben.

Es beginnt die Aussprache Herr Hasselmann; es folgen die Herren Blüm, Schwarz-Schilling, Breidbach, Frau Tübler.

Herr Hasselmann hat das Wort.

**Wilfried Hasselmann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn ein Landesvorsitzender nach dem Gehörten ein Werturteil sagen darf: Der Parteitag kann auf die zu diesem Punkt bis jetzt gehaltenen Reden stolz sein!

(Beifall)

Es ist gar kein Zweifel. Ich halte für großartig, was gesagt wurde, und zwar von beiden Seiten, wenn man überhaupt von zwei Seiten sprechen darf.

Wenn diese Anträge ausführlich begründet wurden, möchte ich eine weitere Begründung geben, und zwar eine Begründung, weshalb eine große Zahl von Delegierten aus den Landesverbänden Braunschweig, Hannover und Oldenburg sich zu der Initiative bereitgefunden haben, die Sie als Antrag 942 vor sich haben. Sowohl vom materiellen Gehalt her wie vom formalen Aufbau her ist dieser Initiativantrag identisch mit dem der Landesverbände Hessen, Schleswig-Holstein und dem des Bezirksverbandes Nordwürttemberg.

Wir sind der Überzeugung, daß diesem Parteitag eine klare und unmißverständliche Entscheidung in der Frage der Mitbestimmung nicht nur gut anstehen würde, sondern vielmehr als Verpflichtung auf der Grundlage der Ziff. 64 des Berliner Programms obliegt.



Die Öffentlichkeit erwartet das von uns, und wir sind überzeugt, daß sich jeder an uns wenden kann, an uns als Opposition in Bonn, daß die Opposition unter Führung von Rainer Barzel aber bestimmt nicht die Hand reichen wird, um Versprechen der Brandt/Scheel-Regierung zu erfüllen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sind weiterhin der Überzeugung, daß die Überparität des Horn-Boardmodells — so nennen wir das — der Sozialausschüsse zwar gut gemeint sein mag, aber aus verfassungsrechtlichen und allgemein rechtspolitischen Gründen abzulehnen ist. Diese Überparität wäre unseres Erachtens ein Nachteil für die Soziale Marktwirtschaft. Meine verehrten Parteifreunde, wir sind auch der festen Überzeugung, daß der faktischen Parität nach dem Vorschlag der Jungen Union vom Grundgehalt her der gleiche Mangel anhaftet wie dem Modell der Sozialausschüsse.

Wir dürfen nicht, so meine ich, in den Fehler verfallen, Aussagen und Beschlüsse optisch zu tarnen oder sie zu verstecken.

Wir sind der ehrlichen Überzeugung, daß auch die Vorstandsvorlage keine akzeptable Lösung darstellt. Sie könnte als geschickt formulierter Kompromiß für Paritätstendenzen angesehen werden. Der Vorstand allerdings — das darf ich als ein Mitglied des Vorstandes sagen — wollte von vornherein eine Entscheidung dieses Parteitags haben.

Ich möchte hier nicht die juristischen und sonstigen sachlichen Gründe nennen, die gegen die vorgetragenen Modelle sprechen. Ich möchte Sie aber auf zwei Momente hinweisen, die sowohl gesamtpolitisch wie auch unionspolitisch von höchster Bedeutung für jeden Delegierten sein sollten.

1. Wenn die CDU die Parität als Ordnungsprinzip im ökonomischen Bereich zuläßt, gefährdet sie nicht nur die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, sondern sie gibt sie auf Dauer sogar auf. Also kann die Alternative, meine Damen und Herren, nur in einer klaren Regelung liegen, mit der der Parität eine eindeutige Absage erteilt wird. Im Sinne einer funktionsgerechten Weiterentwicklung der bisherigen Drittelregelung kann das nur die Relation 7 : 5 zwischen Anteilseignern und Arbeitnehmervertretern sein.

2. Die CDU, meine Damen und Herren, darf nicht — möglicherweise gutwillig oder gutgläubig — auf die Parität im wirtschaftlichen Bereich setzen angesichts der offensichtlichen Mißbrauchsgefahr durch die Sozialdemokraten und weiter Teile der Gewerkschaften.

(Zustimmung und Beifall)

Deshalb, meine verehrten, lieben Parteifreunde, haben wir uns und habe auch ich persönlich mich zu einer eindeutigen Regelung bekannt und damit zu einem Votum für die Soziale Marktwirtschaft.

Ich darf Sie bitten, für unseren Vorschlag zu stimmen. Das ist kein Biedenkopf-Minus oder, meine Damen und Herren, ein Biedenkopf-Minus-Minus, sondern das ist ein Mitbestimmungsplus oder — noch besser, meine Damen und Herren — eine moderne, beiden Sozialpartnern gerecht werdende Lösung, eine Lösung, die vor allem dem einzelnen Arbeitnehmer mehr Mitbestimmung bringt. Und darum, meine Damen und Herren, geht es uns. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, vor allem für die Einhaltung der Redezeit!

Jetzt bitte Herr Blüm, Rheinland-Pfalz!

**Dr. Norbert Blüm**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Mitbestimmung hat vier Ebenen. Sie alle wissen das, und wir sollten nicht übersehen, daß wir in der CDU auf drei dieser Ebenen weitgehende Übereinstimmung feststellen können: auf den Ebenen der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und in der sogenannten überbetrieblichen Mitbestimmung.

Der Konflikt entsteht auf der Unternehmensebene, und diesen Konflikt sollten wir hier und heute austragen.

Lassen Sie mich aber unter dem Eindruck der Rede unseres Parteifreundes Dregger meinen Ausführungen drei Bemerkungen voranstellen!

Herr Dregger hat hier betont, daß er keine persönlichen Interessen habe. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, die ich nicht Herrn Dregger unterstelle, möchte ich mich ausdrücklich dazu bekennen, ein persönliches Interesse an der Mitbestimmung zu haben. Wir alle sind davon betroffen, wir alle, die wir an der Gesellschaftsordnung interessiert sind.

Und die zweite Bemerkung! Ich meine, wir sollten heute nachmittag in der Diskussion den Hinweis auf Meinungsumfragen unterlassen. Diese sind kein Indiz für die Aufgaben der Reform. Es gibt eine Reihe notwendiger und wichtiger Reformen, die nie auf den Wunschlisten der Meinungsumfrageinstitute auftauchen und die dennoch wichtig sind. Steuersenkung wird immer höher rangieren als beispielsweise die Reform des Wahlrechts, und dennoch erklären wir die Reform des Wahlrechts zu einer vordringlichen Aufgabe unserer Gesellschaftspolitik.

(Beifall)

Und eine dritte Vorbemerkung! Herr Vogt hat die Mitbestimmung zur Durchgangsstation erklärt. Das halte ich nun auch nicht für ein Argument zur Qualifizierung der Mitbestimmung; denn Herr Vogt hat auch diese freiheitliche Gesellschaft zu einer Durchgangsstation seiner Ideen erklärt, ohne daß wir deshalb diese freiheitliche Gesellschaft abzuqualifizieren einen Grund haben. Ich möchte hinzufügen, meine Damen und Herren, ich glaube, daß die Mit-

bestimmung nur in einem System konkurrierender Kräfte funktionieren kann, daß eine Mitbestimmung in Utopia, einer totalen Harmonie, einer Gesellschaft, die keine Gegensätze kennt, überhaupt sinnlos ist und deshalb Mitbestimmung nur in einer freien Gesellschaft ihren Platz hat.

Meine Damen und Herren, wir haben uns zur Partnerschaft bekannt, und wenn wir diese Partnerschaft nicht zu einem betriebsklimatischen Regulativ verniedlichen wollen, dann muß sie strukturelle Konsequenzen tragen; dann muß sie das Gleichgewicht der Kräfte bewirken. Nun meine ich, dieses Gleichgewicht der Kräfte müsse natürlich unterschiedlich geregelt werden, je nach den Bedingungen. Das Gleichgewicht der Kräfte im Kleinbetrieb sieht anders aus als das Gleichgewicht der Kräfte bei der Firma Mercedes-Benz. Das scheint mit einer Selbstverständlichkeit zu sein, daß man Prinzipien entsprechend den Bedingungen anwendet. Insofern, Herr Dregger, kann ich keinen logischen Bruch darin erkennen, daß wir einen Unterschied machen in der Regelung für Kleinbetriebe und der für Großbetriebe. Das Gleichgewicht in den Großbetrieben verlangt nach einer anderen institutionellen Ausprägung.

Meine Damen und Herren, das Rentabilitätsinteresse scheint die bevorzugte Abwehrmauer für unser Modell zu sein. Einmal verstehe ich das deshalb nicht, weil die Biedenkopf-Kommission ausdrücklich festgestellt hat, daß dieses Rentabilitätsinteresse von den Arbeitnehmern in der Montanindustrie in keiner Weise in Frage gestellt wurde; zum anderen glaube ich, daß man dieses Rentabilitätsinteresse keineswegs einseitig für die Anteilseigner reservieren kann. Die Biedenkopf-Kommission sagt, daß tendentiell die Anteilseigner hier einen Vorsprung haben, ganz besonders dann, wenn es zu einem Konflikt zwischen kurzfristigen Arbeitnehmerinteressen und diesem Rentabilitätsinteresse kommt.

Das Interesse an der Gewinnmaximierung, meine Damen und Herren, muß nicht identisch sein mit den Rentabilitätsinteressen der Anteilseigner. Eine langfristige Sicherung des Gewinnes kann ebenso mit einem kurzfristigen Rentabilitätsinteresse der Anteilseigner in Konflikt kommen, ebenso wie mit einem kurzfristigen Interesse der Arbeitnehmer. Ich wehre mich dagegen, kurzfristige, einer langfristigen Sicherung des Unternehmens im Wege stehende Interessen allein der Arbeitnehmerseite vorzubehalten. Die Gegenbeispiele sind hier aufführbar, meine Damen und Herren.

Zum anderen glaube ich, daß in den Großbetrieben, die hier zur Diskussion stehen, die Unternehmensführung sich weitgehend vom Eigentümer emanzipiert hat. Ich glaube, daß die Eigentümer in der Mitbestimmungsdiskussion nur eine vorgeschobene Position haben; denn diese Eigentümer sind weitgehend vom Management überspielt worden. Ich glaube deshalb, daß die Eigentümer durch unser Modell mit an Einfluß gewinnen, indem wir das Management durch eine stärkere Kommunikation in unserem Modell stärker kontrollieren können.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Herr Schwarz-Schilling, Landesverband Hessen!

Ich darf gleichzeitig die dann folgenden Redner aufrufen: Konrad Grundmann, Rheinland, Dr. Freiwald, Hessen, Adolf Müller (Remscheid), Rheinland. Nun bitte Herr Schwarz-Schilling!

**Dr. Schwarz-Schilling:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Landesverband Hessen hat in Berlin, beim Berliner Parteitag, sehr eindeutig die offene und unvoreingenommene Entscheidung, die wir dort getroffen haben, unterstützt. Wir waren auch nicht unwesentlich daran beteiligt.

Wir sollten uns auch einmal erinnern an das, was wir dort eigentlich beschlossen haben. Wir haben dort beschlossen: Das Betriebsverfassungsgesetz muß voll ausgenutzt und weiter ausgebaut werden, ein Gesetz, von dem in der gesamten Frage der Mitbestimmung viel zu wenig gesprochen wird, ein Gesetz, das die Union Anfang der 50er Jahre als das weitestgehende Mitbestimmungsgesetz in der Welt geschaffen hat und das wir heute entsprechend novellieren.

Wir haben weiter in Berlin bestimmt, daß, wer in Betrieben oder Unternehmen Arbeitnehmerinteressen wahrnimmt, von dem Vertrauen der Belegschaft getragen werden muß. Das ist eine Norm gewesen, die wir damals gesetzt haben. Und wenn wir uns jetzt fragen, nach welchen Entscheidungskriterien wir heute Beschlüsse fassen sollen, dann müssen wir auch diesen Berliner Parteitag und seine Entschlüsse respektieren.

Meine lieben Freunde, wenn wir das Modell der Sozialausschüsse betrachten, dann muß ich eins sagen: Ich bin verwundert. Die Sozialausschüsse haben bis dato, bis zum Horn-Modell, die Meinung vertreten, daß es vor allen Dingen um die Machtkontrolle der Unternehmungen geht. Und jetzt ist es genau umgekehrt. Jetzt werden in diesem neuen Aufsichtsrat die Arbeitnehmer und das Management, die beide das Unternehmen repräsentieren, in die absolute Überlegenheit gebracht und von niemanden mehr kontrolliert. Das ist ein logischer Bruch, der bisher noch nirgendwo erklärt worden ist.

(Beifall)

Und ich muß sagen: Wenn wir weiterhin feststellen, daß gesagt wurde, es muß auf die Homogenität der Unternehmensleitung achtgegeben werden, dann ist auch dieser Grundsatz verletzt worden. Denn Kollege Katzer hat selbst gesagt, daß dort die Unternehmenspolitik bestimmt werden soll, und Sie können nicht dort, wo alle drei Faktoren zusammensitzen, die Unternehmenspolitik bestimmen.

(Beifall)

Meine Freunde, wenn von Partnerschaft gesprochen wird, dann muß die Partnerschaft so sein, daß beide Partner auch leben können und nicht der

eine Partner versucht, sich mit Macht in die Institutionen des anderen hinein-zugeben, so daß es den zweiten dann bald nicht mehr gibt.

(Beifall)

Das, meine Damen und Herren, muß gesagt werden. Wenn wir Wettbewerb sagen — und Herr Katzer hat das beschworen —, dann hat das Biedenkopf-Gutachten klar darauf hingewiesen, daß die Entscheidungsfreiheit des Unternehmens gegen den Wettbewerb nur durch Wettbewerbskontrollen und niemals durch Mitbestimmung im Unternehmen gesichert werden kann. Auch das ist hier eindeutig.

Es ist im Biedenkopf-Gutachten ganz klar gesagt worden, daß die ökonomische Zielsetzung des Unternehmens zu gewährleisten ist. Und das kann nur durch ein leichtes Übergewicht der Anteilseigner geschehen, wie im Biedenkopf-Gutachten ausgeführt wird. Es wurde hier gefragt: Ja, wieso denn? Ja, deswegen, meine Damen und Herren, weil die Anteilseigner diejenigen sind, die, wenn ein Unternehmen nicht ökonomisch geführt wird, am unmittelbarsten von den Auswirkungen betroffen sind. Denn die Anteilseigner haben hier das volle Risiko zu tragen, während die Faktoren Arbeit und Unternehmer auch bei einer Unternehmensleitung mit unrentablem, d. h. ökonomisch negativem Ergebnis, über Einkommenssicherung verfügen.

Wenn Sie die Vorlage des Bundesvorstandes nehmen, dann ist hier der Einklang mit dem Biedenkopf-Gutachten schon größer. Aber auch hier ist ein entscheidender Punkt gegen Berlin, gegen unsere Berliner Entschlüsse entschieden worden, und zwar, daß hier durch das Kooptationsverfahren Personen in den Aufsichtsrat kommen, die auch Arbeitnehmerinteressen vertreten sollen, ohne von der Belegschaft gewählt worden zu sein. Da treten wir für eine klare Lösung ein, meine Damen und Herren. In einer Zeit, in der wir in unserer Partei bei der Besetzung unserer Beschlußorgane vom Kooptationsverfahren Abstand nehmen, damit die Entscheidungen transparenter, übersichtlicher und klarer werden, da sollten wir nicht jetzt beginnen, in der Wirtschaft Kooptationsverfahren einzuführen.

(Beifall)

Ich darf zum Schluß kommen. Meine Damen und Herren, der Antrag des Landesverbandes Hessen hat diese Gesichtspunkte berücksichtigt. Wir haben auf eine klare 7:5-Lösung, auf die auch Biedenkopf hinzielt, von vornherein abgestellt. Wir haben in diesem Antrag weder eine Position links oder rechts noch plus oder minus Biedenkopf eingenommen. Wir haben uns bemüht, eine fortschrittliche Regelung zu finden, welche im Einklang steht mit unserer Wirtschaftsordnung, in der alle drei Partner — Kapital, Arbeit und Unternehmer — ihrer Funktion entsprechend ihre gleichgewichtigen Aufgaben erfüllen können. Und ich darf Sie sehr, sehr herzlich bitten, daß Sie die

Leistungsfähigkeit unserer Unternehmungen erhalten; denn sie ist die Grundlage für den Fortschritt unserer Gesellschaft auf allen Bereichen.

(Beifall)

Deshalb stimmen Sie für unseren Antrag!

(Beifall)

**Herrich Windelen**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Breidbach, Landesverband Rheinland.

**Ferd. Breidbach**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir auch einige kurze Vorbemerkungen! Ich hätte es gerne gesehen, wenn die Vorstandsvorlage auch von den Herren vertreten worden wäre, die der Vorgänger dieses Parteitags in den Vorstand gewählt bzw. zum Vorsitzenden gemacht hat. Ich schicke diese Vorbemerkung vorweg, weil ich trotzdem noch davon ausgehe, daß der Vorstand hinter seiner eigenen Mehrheitsentscheidung steht. Aber ich glaube, daß dies aus Stilgründen einmal gesagt werden mußte.

(Beifall)

Mein verehrter Vorredner, Herr Schwarz-Schilling, hat gerade hier die Frage gestellt, warum sich denn die Sozialausschüsse nicht mehr über die Machtkontrolle auslassen. Ich darf hier erklären, daß es immer Auffassung der Sozialausschüsse war, daß die Macht nicht ausschließlich kontrolliert werden muß im Management, sondern auch in den Bereichen, die in den Organen des Vorstandes, zum Beispiel über das Pro-Stimmrecht, über Verflechtungen doch zweifellos Macht haben, und das ist nach unserem Modell nach wie vor gewährleistet.

Gestatten Sie mir eine zweite Vorbemerkung! Hier ist gesagt worden, die Mitbestimmung würde von den Sozialisten als Durchgangsstation zur Selbstbestimmung aufgefaßt. Ob dies gelingt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine Frage der parlamentarischen Mehrheit, die wir in Bonn haben, und die Mehrheit in Bonn hat nur derjenige, der im letzten die Zukunft anbietet und Wahlen gewinnt. Die Mehrheit der Bevölkerung weiß: Sozialismus ist genauso reaktionär wie Liberalismus. Wer so argumentiert wie Herr Dregger — und ich sage es —, hat ganz offensichtlich doch den Glauben an die Kraft der Union und an die Kraft des dritten Weges verloren. Und wer dann gleichzeitig sagt: Wer so argumentiere wie die Sozialausschüsse, bezogen auf die moralisch-ethische Position der Mitbestimmung, der argumentiere mit der Furcht. Ich kann nur sagen, Herr Dregger: Wer die Mitbestimmung als Durchgangsstation des Sozialismus deklariert und auch noch vermutet, daß sich dies durchsetzt, hat sich permanent auf den Boden der Argumentation der Furcht begeben und damit in der Tat die Furcht zur Entscheidung seiner Überlegungen gemacht.

Eine nächste Bemerkung. Es ist sehr schön zu sagen: Die Gewerkschaften haben Macht, und die Mehrheit der Macht in den Gewerkschaften befindet sich in Händen der Sozialdemokraten. Man sollte daraus die Konsequenz ziehen und sich einmal überlegen, was wir 20 Jahre lang in dieser Partei getan haben, um den einen oder anderen Arbeitnehmer, der unser Wähler ist, davon abzuhalten, in die Gewerkschaften zu gehen, damit wir dort die Mehrheiten ändern können. Ich habe hier vor mir eine Broschüre liegen, die ja die Grundlage der Argumentation der paritätischen Mitbestimmung ist. Darin steht ein fettgedruckter Satz, und dieser Satz ist auch hier wiedergekehrt: Paritätische Mitbestimmung und marktwirtschaftliche Ordnung sind nach unserer Auffassung nicht miteinander vereinbar. Meine sehr verehrten Damen und Herren, und dabei wird sich dann auch noch auf Biedenkopf berufen! Ich darf nur sagen: Diese Behauptung ist bis heute noch nicht widerlegt worden, ebensowenig wie die Behauptung, daß die Rentabilität nur auf der einen Seite des Faktors liegt, der dieses Unternehmen bestimmt. Paritätische Mitbestimmung und marktwirtschaftliche Ordnung sind nicht vereinbar, ist die Behauptung, die ich als unlogisch und inkonsequent brandmarken möchte, weil ich glaube, daß diese Aussage der CDU, die die Soziale Marktwirtschaft plus Mitbestimmung als ein Merkmal dieser Marktwirtschaft, zu der Partnerschaft, Machtkontrolle, Gleichberechtigung, breite Vermögensbildung gehören, neben der sozialen Sicherheit geschaffen hat. Wir sollten doch nicht so tun, als hätten wir 1951 die Mitbestimmung in der Montanindustrie nicht eingeführt. Aus der Logik und auch aus dem Gesetz, das wir gefunden haben, um diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu gestalten, ergibt sich dann auch meines Erachtens konsequenterweise, daß diejenigen, die die These vom Widerspruch hier und heute in den Vordergrund stellen, meines Erachtens das, was wir in den letzten 20 Jahren praktiziert haben, nämlich ein Weg vom Kollektivismus und ein Weg vom Liberalismus bis zum heutigen Tage nicht mehr als ihre eigene Grundlage sehen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, auf eine weitere Position im Zusammenhang mit dem Horn-Katzer-Modell einzugehen. Wir sind hier in dieser Partei auch als Arbeitnehmer angetreten, die Interessen vertreten, um die Zukunft zu gestalten, und nicht etwa, um die Gegenwart zu verwalten, weil wir glauben, daß aus der Verwaltung heraus diese Zukunftsgestaltung nicht möglich ist.

Wenn wir uns die Gesellschaft einmal anschauen, wie sie etwa auf dem Unternehmensbereich skizziert wird — in einem Aufsatz von Professor Gutenberg in Köln, den er im Dezember 1970 in der Zeitschrift für Betriebswirtschaft dargelegt hat —, dann stellen wir sehr deutlich fest, daß diese Trennung, die wir uns nach dem Aktienrecht vorstellen, im Aufsichtsrat heute gar nicht mehr vorhanden ist, daß der Aufsichtsrat in der Tat schon die Funktion des Boardsystems und die Funktion eines Verwaltungsrates übernommen hat.

Damit dürfte klar sein, daß mit den Vorstellungen, die die Sozialausschüsse vorgetragen haben, der Versuch unternommen wird, einen schon faßbaren

Tatbestand, den wir heute in den Aufsichtsräten vorfinden, in ein vernünftiges rechtliches Kleid hineinzubringen — und das in Zusammenhang mit der Partnerschaft. Ich glaube, daß die Partnerschaft einfach als qualifizierte Mitbestimmung in den Unternehmen dazu angetan ist, daß wir in dieser Frage weiterkommen, daß wir uns die Frage offenhalten und nicht in einer politischen Ecke stehen, aus der wir nicht mehr herauskommen, wenn für andere, die die Mitbestimmung auch auf ihre Fahnen geschrieben haben, politisch wieder schöneres Wetter ist.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Frau Tübler, Schleswig-Holstein.

**Irma Tübler**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich heute den Mut habe, hier zu Ihnen zu sprechen, und zwar gegen den Antrag 559 in meiner Person als Arbeitnehmerin, dann, glaube ich, ist die Breite dieses Parteitages gegeben. Meine Damen und Herren, es ist nicht die Aufgabe eines Parteitages, alle Einzelheiten einer Mitbestimmungsregelung festzulegen — so heißt es in einer Broschüre, die mit einem Vorwort des Kollegen Katzer versehen für den Mitbestimmungsvorschlag der Sozialausschüsse wirbt. Diese Feststellung halte ich durchaus für richtig. Es kann aber keinesfalls Aufgabe des Parteitages sein, alle Einzelheiten einer Mitbestimmungsregelung offenzulassen. Das hielte ich nicht nur mit dem von uns von der Partei erteilten Auftrag für unvereinbar; ich hielte es auch im höchsten Maße für gefährlich.

Damals in Berlin, meine Damen und Herren, sprachen gute Gründe dafür, eine Entscheidung bis zur Vorlage des von der Bundesregierung Kiesinger in Auftrag gegebenen Sachverständigengutachtens zurückzustellen, um so unsere Entscheidungsgründe zu erweitern. Heute in Düsseldorf wollen und müssen wir die Frage entscheiden, um endlich nach innen und nach außen über unseren Standpunkt in der Mitbestimmungsfrage Klarheit zu schaffen.

Doch diese notwendige Klarheit wird nach meiner Meinung durch den Antrag der Sozialausschüsse nicht gebracht. Im Gegenteil, meine Damen und Herren, sie wird sorgsam vermieden. Die Sozialausschüsse fordern — an den Beschluß des Berliner Parteitags anknüpfend — ein modernes und fortschrittliches Unternehmensrecht, und zwar auf der Grundlage des Berichtes der Biedenkopf-Kommission. Als Prinzipien eines solchen Unternehmensrechts behaupten sie in jener eingangs erwähnten Begründungsbroschüre die gleichgewichtige Vertretung von Kapital und Arbeit in den Führungsorganen und die funktionsgerechte Verbindung dieser Faktoren mit dem Management als drittem Faktor.

Genau das aber hat, wie wir alle wissen, die Sachverständigenkommission nicht empfohlen. Diese unzulängliche Inanspruchnahme sowohl des Berliner



Parteitagsbeschlusses als auch des Sachverständigenberichtes erscheint mir nur dazu geeignet, die wahre Bedeutung und die tatsächlichen Konsequenzen jener von den Sozialausschüssen aufgestellten Prinzipien zu verdunkeln. Diese Prinzipien wollen sie nämlich durch ihre weitere Forderung nach einer neuen Unternehmensverfassung bei Unternehmen von erheblicher gesellschaftspolitischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung verwirklicht sehen, in deren Führungsorganen gleichgewichtig Kapital und Arbeit vertreten und funktionsgerecht mit dem Management eingeordnet sein sollen — auch hier wieder ein bewußtes Offenlassen der näheren Gestaltung, und zwar ganz eindeutig über das für einen Parteibesluß unvermeidbare Maß hinaus.

Die Abgrenzung ist völlig verschwommen. Was bedeutet, meine Damen und Herren, „erhebliche volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitische Bedeutung“? Was bedeutet „funktionsgerechte Einordnung des Managements“? — All das ist viel zu interpretationsbedürftig, als daß man die Partei darauf festlegen dürfte. Gewiß, es werden auch hier in diesem Saal manche Erläuterungen dazu gegeben, doch solche beruhigenden Erklärungen binden niemanden. Später kann man immer wieder leicht davon abrücken, notfalls mit der Begründung, man habe inzwischen einen Lernprozeß durchgemacht; und auf dem Scheck, den heute der Parteitag blanko unterschreiben soll, können dann später schnell noch ein paar Nullen angehängt werden.

Warum scheut man sich, meine Damen und Herren, klar und präzise — ich möchte sagen: unverblümt — im Antrag zu sagen, was man wirklich will?

(Beifall)

Das einzige, was an diesem Antrag unzweifelhaft und offensichtlich ist, ist die Minorisierung der Eigentümervertreter, und all das, was im dunkeln gelassen wird, dürfte dieses Ergebnis wohl kaum ändern, sondern nur besiegeln. Der Antrag der Sozialausschüsse unternimmt noch nicht einmal den Versuch, endlich Klarheit in die Mitbestimmung zu bringen, und schon deshalb, meine Damen und Herren, darf er nicht so in dieses Parteiprogramm übernommen werden.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Konrad Grundmann, Rheinland.

**Konrad Grundmann**: Meine Damen und Herren, liebe Freundel Sie wissen, daß ich in Berlin — damals noch als Vorsitzender der rheinischen Landespartei — mit Leidenschaft für das Ergebnis des Beschlusses gestritten habe, der ja dann auch in der Zwischenzeit die Diskussion über die Mitbestimmung für die Zukunft ausgefüllt hat. Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß ich damals mit derselben Leidenschaft die Meinung vertreten habe — und später dann auch im Gefolge dieses Parteitages gegen sozialdemokratische

Gewerkschaftskollegen —, daß man, wenn man ein wissenschaftliches Gutachten anfordert, zunächst ein Ergebnis abwarten muß, bevor man weitermacht und daraus politische Folgen zieht.

Prof. Biedenkopf hat dann mit seiner Kommission ein Ergebnis vorgelegt. Meine Damen und Herren, da die Diskussion auch jeweils den Beitrag des einzelnen bestimmt, glaube ich, daß es aus Gründen der Redlichkeit in Düsseldorf, der Landeshauptstadt Nordrhein-Westfalens, richtig ist, wenn ich darauf eingehe, daß Prof. Biedenkopf als Grundlage seine Beurteilung der Mitbestimmung im Ergebnis der Kommission vorgelegt hat, nämlich die paritätische Mitbestimmung von Kohle und Stahl. Manchesmal wird so getan, als ob die in diesem Lande vorwiegend praktizierte Mitbestimmung im Bereich bei Kohle und Stahl etwas sei, das von irgendeiner Seite, nämlich vom Sozialismus, aufgezwungen worden wäre.

In diesem Land, meine Damen und Herren, hat für die Mitbestimmung in Parität in diesen beiden Bereichen am meisten ein Mann wie Karl Arnold gestritten, der Ministerpräsident dieses Landes war. Er tat das, weil die Grundlage seiner Landesverfassung die Vergesellschaftung dieser beiden Bereiche beinhaltete, die dann später durch die Mitbestimmung überholt wurde.

Wenn also hier gesagt wird, daß das Prinzip der Mitbestimmung die Gefahr des Weges zum Sozialismus beinhalte, glaube ich, daß damals er und seine Freunde eigentlich bei der Bestimmung der Mitbestimmung für Kohle und Stahl eine gültige Antwort dahin gegeben haben, daß im Gegenteil Mitbestimmung eine Überwindung dessen ist, was Sozialismus und Verstaatlichung heißt.

(Beifall)

Das muß man sagen, wenn man hier vor diesem Parteitag eine solche Diskussion führt über die Parität in der Mitbestimmung.

Ich will auf ein Zweites zu sprechen kommen. Es wird gesagt: Wenn die Parität kommt, wenn also die Gleichheit der Partner — ich will nicht vom Überhang des einen Partners sprechen — hergestellt ist, dann bedeutet das ein Verfahren, das für den Betrieb in dieser oder jener Richtung bedrohlich ist. Dafür, meine Damen und Herren, gibt es Erfahrungssätze in diesem Lande im Bereich der von mir zitierten Mitbestimmung von Kohle und Stahl. Dazu hat aber auch die Biedenkopf-Kommission deutlich gesprochen.

Man muß wiederum um der Redlichkeit willen sagen, daß in diesen Mitbestimmungsträgern — das ist im Ergebnis des Berichts der Mitbestimmungskommission unbestritten — das betriebliche Interesse die Grundlage des Handelns in all den Jahren war, in denen diese Mitbestimmung — auch paritätisch — bestand. Auch bei den Gewerkschaftsvertretern.

Wenn darum meine Freunde vom Sozialausschuß bei unserem Modell, auf das ich nicht im einzelnen eingehen will, das Prinzip dieser Parität, der Gleich-

heit von Kapital und Arbeit, wollen, dann sollten sie diese Erfahrungen für den Vorschlag gegenüber der eigenen Partei als Begründung gelten lassen, daß sich nämlich das Prinzip der Partnerschaft auch oder gerade und in besonderer Weise dort bewährt hat, wo die Parität als Aufgabe der Mitverantwortung in Partnerschaft für das gleiche Unternehmen besteht.

Nun ist im Laufe der Diskussion, meine Damen und Herren, liebe Freunde, auch ein Wort über die Position der Gewerkschaften gesagt worden. Es hat keinen Sinn, aus der geschichtlichen Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland zu beklagen, daß sie diese oder jene politische Mehrheitskonstruktion haben. Eins aber muß festgestellt werden — und das sage ich auch mit der Beweiskraft dessen, der acht Jahre lang Arbeitsminister in diesem Lande Nordrhein-Westfalen war, wo die Konfrontation der großen Gruppen der Gesellschaft sich vielleicht noch stärker als anderswo vollzieht —, daß man den Gewerkschaften attestieren muß, und zwar bei aller Unverbindlichkeitsbeurteilung mancher ihrer politischen Wege, daß sie auch das Prinzip der sozialen Partnerschaft vertreten haben, was im übrigen beweisfähig dadurch ist, daß in keinem Lande mehr als in diesem der Bereich des sozialen Friedens so ausgeprägt wurde, wie es bei uns der Fall ist. Nirgendwo gibt es weniger Arbeitskämpfe.

Meine Damen und Herren, ich trage das deshalb in dieser Diskussion vor, weil wir alle wissen, daß wir spätestens am Donnerstag wieder in Verantwortungsbereichen stehen werden, wo wir jedes Wort der Diskussion durchzustehen haben, das heute hier gesagt wird, und weil wir genau wissen, daß wir — in der Opposition oder in der Regierung — die Zusammenarbeit mit den großen gesellschaftlichen Kräften brauchen. Dazu gehören die Gewerkschaften als anerkannter Partner auch der Union!

(Beifall)

Lassen Sie mich ein Letztes sagen! Ich muß bestätigen, was vor mir ein anderer Diskussionsredner gesagt hat: Wir können uns nicht aussuchen, wohin wir gestellt werden und zu welcher Gruppierung wir gehören mögen! Ich habe mir das nicht aussuchen können; jedermann weiß, ich habe zu keiner Sekunde in dieser Partei darüber einen Zweifel gelassen, woher ich komme, ich bin der Sohn eines Arbeiters und bin Gewerkschaftler.

Ich bin der festen Überzeugung, daß wir eine Zwischenstation der Aussprache und der Beschlußfassung über die Mitbestimmung heute auf diesem Parteitag vollziehen werden, daß die Diskussion aber weitergehen wird. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß der Vorschlag der Sozialausschüsse für die weitere Diskussion — ich darf Sie vielleicht eines Tages daran erinnern! — eine große Hilfe sein kann, damit wir zu neuen und weiteren Konzeptionen kommen können in der Frage der Mitbestimmung in der Wirtschaft.

Ungeachtet dessen aber erkläre ich, daß auch ich der Meinung bin: Wie die Entscheidung auch fallen mag, sie ist eine Entscheidung unserer Partei. Wir werden sie miteinander tragen und ertragen müssen. Weil jedoch das die Konsequenz ist, muß in der Diskussion Deutliches gesagt werden, auch zu den Gewerkschaften, zu ihrer Position, auch zur Mitbestimmung in Parität, die sich nach meiner Meinung bewährt hat, zumindest in diesem Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Als nächste Redner waren aufgerufen Herr Dr. Freiwald und Herr Adolf Müller. Ich gebe bereits die danach folgenden Redner in der Reihenfolge, in der sie aufgerufen werden, bekannt: Herr Schmöle, Westfalen-Lippe, Professor Biedenkopf, Westfalen-Lippe, Herr Lampersbach, Westfalen-Lippe; Herr Vogt, Rheinland, Herr Dichgans, Rheinland, Herr Mick, Rheinland.

Das Wort hat nun Herr Dr. Freiwald, Hessen.

**Dr. Friedrich Freiwald**: Meine Damen und Herren, ich spreche mich für den hessischen Vorschlag aus.

Ich frage mich, ob die Konfrontation Kapital und Arbeit heute noch ihre Berechtigung hat und ob nicht eigentlich die Soziale Marktwirtschaft diesen Gegensatz überwinden konnte.

Woraus setzt sich denn dieses „anonyme“ Kapital der großen Aktiengesellschaften, das hier zitiert wurde, zusammen? Doch im wesentlichen aus den Ersparnissen zahlloser Mitbürger! Dieses Kapital ist in Wirklichkeit umgemünzte Arbeit vieler Arbeitnehmer und selbständiger Existenzen, die auf diese Weise ihre Alterssicherung aufbauen.

Gerade wenn wir eine breite Eigentumsstreuung anstreben, meine Damen und Herren, dann sollten wir auch darauf achten, daß wir diesen neuen Eigentümern echte Eigentumsrechte an die Hand geben, nicht eingeschränkte Eigentumsrechte!

(Zustimmung)

Dabei ist natürlich festzustellen, daß es sich für diese Anteilseigner um Risikokapital handelt; das darf doch in dieser ganzen Diskussion nicht immer wieder übersehen werden! Auch unsere doch ziemlich abgesicherten Volksaktionäre haben erlebt, welches Auf und Ab sich in der Konjunktur vollzog. In der letzten Zeit haben wir erneut feststellen müssen, welches ständige Risiko die Anteilseigner tragen.

Der Arbeitnehmer, meine Damen und Herren, der Angestellte, möchte natürlich im Betrieb einen gesicherten Lohn, einen fixierten Lohn, einen erkämpften Lohn erhalten, aber er möchte keinen risikobeladenen Lohn. Deshalb haben sich auch all diese verschiedenen Partnerschaftsideen oder Ge-

nossenschaftsbetriebe nie durchzusetzen vermocht. Denn eine solche risiko-beladene Entlohnung will der Arbeiter, will der Angestellte eben nicht.

Meine Damen und Herren, dann gibt es natürlich eine Konfrontation zwischen dem Anteilseigner, der das entscheidende Interesse an dem langfristigen Bestand des Unternehmens hat, schon weil der Substanzwert, der Aktienkurs und die Dividende davon abhängen und dem Arbeitnehmer, der jetzt und hier einen anständigen Lohn, ein hohes Gehalt erreichen will. Das ist dieser Gegensatz, von dem das Sachverständigengutachten im einzelnen gesprochen hat.

Es ist sicher zu Recht ausgeführt worden, daß in diesem wechselseitigen Spiel der Kräfte das langfristige Rentabilitätsinteresse den Vorrang haben muß. Denn sonst wird auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, die soziale Komponente in dem Betrieb bei einer vollen Parität den Vorrang erhalten. Das ist dann, meine Damen und Herren, eine Entwicklung, die doch sehr stark dahin drängt, daß der Betrieb eher als eine soziale Einrichtung angesehen wird als ein Instrument in unserer Wettbewerbswirtschaft.

Es ist ja so — und auch das müssen wir festhalten: Im Grunde genommen gibt es eine Alleinbestimmung des Eigentümers überhaupt nicht. Die Marktwirtschaft hat allein dem Verbraucher die Entscheidung darüber in die Hand gegeben, ob ein Unternehmen am Markt eine Position erhält oder ob es vom Markt verschwindet. Diese Position des Verbrauchers darf einfach nicht geschwächt werden!

Ich habe aber den Eindruck: Wenn wir die paritätische Mitbestimmung einführen, wird diese Entwicklung zwangsläufig letztlich den Verbraucher schädigen. Vielleicht räumt sie dem Arbeitnehmer im Betrieb eine stärkere Position ein, wird ihm aber als Verbraucher wiederum seine machtvolle Position am Markt nehmen. Das ist eine Konfliktsituation, die wir deutlich in dieser Diskussion erkennen müssen. Der Verbraucher darf einfach nicht letztlich der Verlierer sein!

Meine Damen und Herren, fortschrittlich und progressiv ist nur derjenige, der die Funktionen der Marktwirtschaft für die Zukunft absichert. Denn keine andere Wirtschaftsordnung hat in der Tat Leistung und Erfolg so eng miteinander verbunden und unberechtigte, leistungswidrige Machtpositionen abgebaut wie gerade die Marktwirtschaft. Keine andere Wirtschaftsordnung hat die Aufstiegschancen des sogenannten kleinen Mannes mehr erhöht als die Marktwirtschaft und seine persönlichen Anstrengungen mehr belohnt als diese Wirtschaftsordnung.

Das ist der Beitrag, meine Damen und Herren, den die Soziale Marktwirtschaft zur Humanisierung der Arbeitswelt geleistet hat. Deswegen müssen wir ihre Prinzipien aufrechterhalten, und deswegen müssen wir im Interesse

der breiten Schichten der Verbraucherschaft auch der vorgeschlagenen Lösung bei der Mandatsverteilung im Aufsichtsrat mit 7:5 zustimmen.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Müller aus Remscheid.

**Adolf Müller** (Remscheid): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Parteitag von Berlin hat über den Grundsatz der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Betrieb und Unternehmen entschieden, und heute geht der Streit um das Ausmaß dieser Mitbestimmung. Ich vertrete hier den Standpunkt des Minderheitsvotums und spreche mich nachdrücklich für die Gleichgewichtigkeit, die Gleichwertigkeit und gleiche Stärke von Kapital und Arbeit aus.

Gestern ist zu Beginn dieses Parteitages insbesondere der Männer der ersten Stunde gedacht worden, und ich darf einen der Männer der ersten Stunde — selbst wenn es auf meine Redezeit geht — zitieren: „Der Sozialismus ist eine Auffassung, eine Konstruktion der Wirtschaft, wie es der Kapitalismus gewesen ist. Ich sage ausdrücklich: gewesen ist! Wir in der CDU stehen auf dem Standpunkt, daß die kapitalistische Wirtschaftsform der Vergangenheit angehört. Wir haben eine ganz andere Weltanschauung, die uns trägt und die uns befähigt, auch das wirtschaftliche Leben unseres Volkes so zu gestalten, wie es nötig ist im Hinblick auf den Menschen, der der Mittelpunkt der Wirtschaft ist und bleiben muß.“ So Konrad Adenauer am 21. Februar 1947. — Meine Damen und Herren! Wir, die Arbeitnehmer in dieser CDU, halten uns an die damalige Aussage. So haben wir in Offenburg gesagt, daß der Mensch über der Sache steht und daß wir dann zumindest die Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit in der Mitbestimmung wollen.

Das Biedenkopf-Gutachten liegt seit einem Jahr vor. Herr Professor Biedenkopf wird sicher gleich selbst dazu Stellung nehmen. Professor Biedenkopf und die Kommission befürchten die Pattstellung bei der Parität. Ich persönlich teile zwar diese Befürchtung nicht, weil ich sie als einen heilsamen Zwang zur Zusammenarbeit ansehe. Diese befürchtete Pattstellung ist im Montanmitbestimmungsgesetz durch den neutralen Mann verhindert. Diese Basis ist zu schmal. Die Folge ist: Es müßte eine dritte Bank her. Wir haben lange Zeit auf dem Standpunkt gestanden, diese dritte Bank sollte die öffentliche Hand sein. Wir haben uns von Professor Biedenkopf überzeugen lassen, daß das nicht möglich ist, daß wir grundsätzliche Zweifel haben müssen. Der Ausbau des neutralen Mannes zu einer Bank scheint mir auch nicht das Richtige zu sein. Bei der Suche nach einer Lösung, um diese Pattstellung zu verhindern, funktionsgerecht zu bleiben und das Gleichgewicht von Kapital und Arbeit herzustellen, sind wir dann zu den Überlegungen von Herrn Horn gekommen und vertreten sie heute hier.

Eines möchte ich aber noch sagen, das, wie mir scheint, in der Diskussion nicht deutlich geworden ist. Auch die Sozialausschüsse befürworten das Bie-

denkopf-Modell, und nur für die Größtunternehmen schlagen wir das Horn-Modell vor. Herr Professor Biedenkopf geht mit seiner Kommission den Weg des Übergewichts von Kapitalvertretern. Das wird nach meiner Auffassung der Bedeutung der Menschen und Ihrer Arbeitsleistung im Vergleich zum Kapitel nicht gerecht.

Der Antrag einiger Landesverbände und der Wirtschaft aber bedeutet eindeutig Biedenkopf minus, weil er nicht das volle Biedenkopf-Gutachten für sich in Anspruch nimmt. Ich glaube, Herr Professor Biedenkopf, der Parteitag wäre Ihnen dankbar, wenn Sie gerade hierzu einiges sagen würden.

Das Minderheitsvotum vermeidet die Pattstellung, sichert die Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit und dient einer funktionsgerechten Mitbestimmung. — Herr Dregger, wenn Sie vorhin den Saarbrücker Parteitag der SPD beschworen haben und wenn Sie einige Tendenzen draußen in der Öffentlichkeit sehen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Wenn wir den Ideen der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft nicht gebührend Rechnung tragen, dann wird man sich später einmal mit Wehmut dieser guten Ideen der christlich-sozialen Arbeitnehmer erinnern, die Arbeit und Kapital gleichwertig einordnen wollten. Hoffentlich ist es dann nicht zu spät.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Schmöle vom Landesverband Westfalen das Wort.

**Mans Werner Schmöle**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zum und für das Modell sprechen, das Ihnen von der Jungen Union Deutschlands vorgelegt worden ist. Gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen. Hier ist heute verschiedentlich gesagt worden, daß das Modell, das die Junge Union vorgelegt hat, faktisch eine Parität bedeute und daß man doch, wenn man einen Antrag vorlegt, eine klare Entscheidung verlangen und auch seine Vorlagen so gestalten solle, daß die Entscheidungsmöglichkeit klar gegeben ist. Ich darf Ihnen dazu sagen, meine Damen und Herren, daß die Intention des Deutschlandtages der Jungen Union, der dieses Papier beschlossen hat, ganz eindeutig davon ausging, daß nach der Praktizierung der Biedenkopf-Grundlage eine Mehrheit der Anteilseigner auch bei dem von uns vorgeschlagenen Modell vorhanden sein würde.

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Warum sind wir zu dem Modell gekommen? Ich möchte Ihnen insbesondere drei Gründe vortragen. Das erste, was Sie in der Vorlage von uns finden werden, ist unsere Entscheidung dafür, daß wir irgendwie geartete Delegations- oder Nominationsrechte völlig ausschließen möchten. Meine Damen und Herren! Das ist etwas, was aus dem Biedenkopf-Modell nicht ersichtlich ist. Wir meinen aber, daß dann, wenn man eine funktionsgerechte Mitbestimmung durchführen will, auch erreicht werden muß, daß einmal der Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens optimal gesichert ist und zum anderen — darum geht es bei der Mitbestimmung — die Entscheidungs- und Verantwortungsmöglichkeit des einzelnen Arbeitnehmers im Betrieb voll und umfassend gesichert ist. Da hat kein Delegationsrecht und keine Listenwahlmöglichkeit für

irgendeine Gruppe, die die freie Entscheidungsmöglichkeit des Arbeitnehmers im Betrieb ausschalten kann, Platz. Aus diesem Grunde ist das der erste Kernpunkt. Der zweite, liebe Freunde, war eine besondere Überlegung, welche Funktion und welche Stellung den leitenden Angestellten in einem Betrieb zukommen. Ich glaube, daß niemand hier bestreiten wird, daß die leitenden Angestellten in einem Unternehmen ein besonderes Verhältnis zum und eine besondere Stellung im Unternehmen haben. Sie sind erstens mit den Erfordernissen der unternehmerischen Entscheidung bekannt, und sie wissen zweitens auch sehr wohl um die Probleme, Sorgen und Nöte des einzelnen Arbeitnehmers am Arbeitsplatz. Wir meinen, daß aus dieser besonderen Sachkenntnis auch eine gute Vertretungsmöglichkeit im Aufsichtsrat einer Gesellschaft gegeben wäre, weil die Aufgabe des Aufsichtsrates eine funktionsgerechte Kontrolle eines Unternehmens sein soll. Das sind die Motivationen für unsere Entscheidung gewesen.

Ich darf ein letztes anfügen: Die Gruppe der leitenden Angestellten ist sicherlich auch für uns eine politisch nicht uninteressante Gruppe. Es hat darüber in der letzten Zeit die verschiedensten Ermittlungen, Erhebungen und Analysen gegeben. Ich glaube, daß man den Wert dieses Personenstandes auch dadurch deutlich machen sollte, daß man ihm innerhalb einer Wirtschaftsordnung einen seiner Vorbildung und seiner Arbeit gemäßen Anteil in einem Unternehmen zubilligen sollte. Aus diesem Grunde sind wir zu unserer Entscheidung gekommen. — Ich danke Ihnen.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Professor Biedenkopf. Das Präsidium hat ihm die in der Verfahrensordnung vorgesehene verlängerte Redezeit konzediert.

**Professor Dr. Kurt Biedenkopf**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Der Parteitag beschließt mit der Mitbestimmungsfrage nicht über den Grundsatz der Mitbestimmung, sondern er beschließt über die politischen Richtlinien, die die Grundlage einer fortschrittlichen Gesetzgebung abgeben sollen. Die Grundlage dieser Gesetzgebung und ihr Gegenstand ist das Unternehmen. Dieses Unternehmen ist eine wirtschaftliche, rechtliche und soziologische Einheit. Deshalb ist eine einheitliche Regelung der Frage der Mitwirkung der Arbeitnehmer in Unternehmen erforderlich.

Die Bundesregierung hat sich in ihren bisherigen Initiativen als unfähig erwiesen, eine solche einheitliche Regelung anzustreben — aus den Gründen, die Sie kennen. Die Einheitlichkeit der Regelung der Mitbestimmungsfrage bedeutet, daß die Gesetzgebung ebenso wie die ihr vorausgehende politische Willensbildung den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes im engeren Sinne, der Reform der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Unternehmen und der Tarifautonomie zur Kenntnis nehmen muß.

Nur eine politische Initiative und eine gesetzliche Regelung, die von dieser Einheit ausgeht, der Einheit, die durch die Einheitlichkeit des Unternehmens definiert wird, hat Aussicht, langfristig funktionsfähig zu sein.

In dieser Einheitlichkeit vollzieht sich zugleich die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit, von der hier immer wieder die Rede war. Die Reduktion des Gleichbe-



rechti gungsproblems auf den Aufsichtsrat ist unzulässig. Der Aufsichtsrat ist eines von mehreren Mitbestimmungsvehikeln, und nur das Zusammenspiel der verschiedenen institutionellen Regelungen, die den verschiedenen institutionellen und wirtschaftlichen Äußerungen des Unternehmens Rechnung tragen, kann als Gesamtheit gewertet werden.

(Vereinzelt Beifall)

Der Parteitag sollte eindeutig von dieser Einheitlichkeit der Konzeption ausgehen. Ihre Auflösung, die Herauslösung einzelner Probleme, wie die Neuregelung der Rechtstellung des Wirtschaftsausschusses oder anderer Fragen, wie sie jetzt durch den Regierungsentwurf anvisiert werden, bedeuten sowohl politisch wie rechtlich die Auflösung der institutionellen Einheit der Unternehmung und damit die Auflösung der wirtschaftlichen Einheiten, deren funktionsfähige, autonome Handlungsfähigkeit die Voraussetzung für eine freiheitliche Soziale Marktwirtschaft ist. Wir sollten uns in unserer Diskussion über die Mitbestimmung trotz aller Meinungsverschiedenheiten darüber im klaren sein, daß wir uns in sehr weiten Gebieten auf gemeinsamem Boden bewegen und daß wir eigentlich unsere politische Auseinandersetzung in erster Linie um die Frage führen, wie die großen und größten Unternehmen in unserer Rechtsordnung eingegliedert werden sollen, soweit die Mitbestimmung zur Diskussion steht.

Dazu sind Ihnen verschiedene Vorschläge vorgelegt worden. Ohne der Diskussion vorgreifen zu wollen, glaube ich doch, daß es zulässig wäre, eine ganz kurze Zwischenbilanz zu ziehen, welche Bemerkungen jedenfalls ich zu diesen Vorschlägen machen möchte.

Ich möchte zunächst eine Bemerkung zum Vorschlag der Jungen Union machen. Herr Echternach hat mich deshalb besonders dazu gereizt, weil er gesagt hat, daß er die Kommissionsvorschläge wirklich zu Ende gedacht hätte. Und Sie werden kaum einen Professor finden, der so etwas unwidersprochen auf sich sitzen läßt.

(Beifall und Heiterkeit)

Die Überlegung, in die Unternehmensleitung, und zwar in das Aufsichtsorgan Vertreter derjenigen einzubeziehen, die als Angestellte unter dem zu kontrollierenden Management arbeiten, hat unter dem Gesichtspunkt der Verselbständigung der leitenden Angestellten als neue Gruppe innerhalb des Unternehmens sicher sehr viel Verführerisches. Aber sie ist schlicht unpraktikabel. Sie ist deshalb unpraktikabel, weil die soziologischen Bedingungen dieser leitenden Angestellten unterhalb der Führungsspitze sie in einen kontinuierlichen Gewissenskonflikt zwischen der Verwendung ihrer Information zur Kontrolle

(Beifall)

und der Verwendung ihrer Information zum weiteren Aufstieg im Management bringen.

Es ist keinesfalls sicher, daß die Information der leitenden Angestellten in einer solchen Konstellation zum Wohle der Arbeitnehmer und der Aktionäre als Kontroll-

mechanismus eingesetzt wird. Es ist zumindest genauso naheliegend, daß die Präsenz dieser Information durch den zu kontrollierenden Vorstand vorweggenommen wird durch Inaussichtstellung weiterer Chancen im Unternehmen.

Ich möchte vor allen Dingen aber, meine Damen und Herren, meine Aufmerksamkeit dem Vorschlag der Sozialausschüsse und den beiden weiteren Vorschlägen widmen und dazu einige Bemerkungen machen. Ich möchte meine Bemerkungen zu dem Vorschlag der Sozialausschüsse nicht machen, ohne vorher etwas festgestellt zu haben, was — glaube ich — festgestellt werden sollte.

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, daß die intensive, tiefgreifende und bis zu den Wurzeln gehende Mitbestimmungsdiskussion in der CDU nicht stattgefunden hätte, wenn es nicht die Sozialausschüsse erzwungen hätten.

(Lebhafte Zustimmung)

Ich möchte darauf hinweisen, daß auch — ganz gleich, aus welchen Gründen — die Weiterführung der Diskussion zu einem ganz wesentlichen Teil Hans Katzer zu verdanken ist.

(Vereinzelt Zustimmung)

Das schließt nicht aus, daß man mit dem, was die Sozialausschüsse vorschlagen, nicht übereinstimmt.

Ich kann, um es vorwegzunehmen, dem Parteitag nicht empfehlen, diesen Vorschlag anzunehmen, und ich will versuchen, das kurz zu begründen. Das Horn-Modell ist zunächst — das ist für unsere Diskussion sehr wichtig — nicht gedacht als Neuregelung des Unternehmens generell, sondern nur als Neuregelung solcher Unternehmen, die besondere gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung haben. Diese Absetzung ist eine Absetzung, die sich nicht durch eine andersartige Stellung der Arbeitnehmer im Unternehmen definiert, sondern durch die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens nach außen. Das heißt, die Definierung wird eingeführt, weil man sich von ihr eine bessere Kontrolle des Unternehmens als gesellschaftlich relevantes Gebilde verspricht. Deshalb ist es folgerichtig, daß das Management gewissermaßen an die Stelle der Vertretung des öffentlichen Interesses getreten ist.

Genau das ist aber das Problem. Sie können meines Erachtens die gesellschaftspolitischen Schwierigkeiten, die mit der Kontrolle von Groß- und Größtunternehmen verbunden sind, nicht dadurch lösen, daß Sie das Management an eben dieser Kontrolle beteiligen.

Die Folge dieser Beteiligung ist umgekehrt eine Unkontrollierbarkeit dieser gesellschaftlichen Gebilde. Denn es ist ganz offensichtlich, daß angesichts des Informationsvorsprungs und des unmittelbaren Zugangs des Managements zur Unternehmensführung sowohl die Anteilseigner wie die Arbeitnehmervertreter keine Chance haben, ein solches Management wirklich zu kontrollieren.

(Vereinzelt Beifall)

Die weitere Schwierigkeit ist, daß in dem Vorschlag der Sozialausschüsse bisher ungeklärt ist, wer dieses Management bestellen soll und nach welchem Verfahren. Eine der wichtigsten Fragen der Mitbestimmung ist aber genau diese. Das überhaupt wichtigste Kontrollinstrument des Aufsichtsrates gegenüber dem Management ist seine Personalhoheit gegenüber dem Management. Ohne die Klärung dieser Frage kann ich mir jedenfalls ein abschließendes Urteil zu dem Vorschlag der Sozialausschüsse nicht bilden, von allen anderen Einwendungen abgesehen.

Zum dritten ändert der Vorschlag der Sozialausschüsse die Rechtsstellung der Aktionäre nicht nur quantitativ — wie Herr Blüm meint —, sondern qualitativ. Die Aktie kann nicht länger — davon bin ich überzeugt — als eine haftende Beteiligung angesehen werden, sondern sie müßte ähnlich wie im Konzernrecht jedenfalls die Chance haben, sich in eine Obligation umzuwandeln.

Die Konsequenzen einer solchen Regelung für den Kapitalmarkt sind noch nicht durchdacht. Vor allen Dingen ist aber nicht durchdacht, welche Folgen dieses Board-System für die Tarifautonomie hat. Im Unterschied zu dem immer wieder berufenen amerikanischen Board-System wird dieses Board nämlich nicht von den Anteilseignern allein bestellt, sondern es wird paritätisch bestellt

(Sehr richtig!)

oder jedenfalls paritätisch konzipiert mit dem Management in der Mitte. Da das Management zugleich der Vertragspartner der Gewerkschaft im Rahmen der Tarifautonomie ist, bedeutet das im Ergebnis, daß die beiden am Board beteiligten Kräfte den Lohnkonflikt ohne Inanspruchnahme außerhalb des Unternehmens stehender Gruppen im Unternehmen lösen können.

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich darüber im klaren sein, daß das meines Erachtens der Hauptgrund ist, warum die Gewerkschaften das Horn-Modell abgelehnt haben; es macht sie überflüssig. Ich bin nicht der Meinung, daß es politisch, gesellschaftspolitisch und marktwirtschaftlich richtig wäre, die Gewerkschaften überflüssig zu machen. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das Votum der Sozialausschüsse bei allem Ideenreichtum, den es aufweist, nicht entscheidungsreif ist, weil es einfach noch nicht ausdiskutiert ist. Hans Katzer hat in seiner Begründung selbst auf die Zeitknappheit hingewiesen.

Lassen Sie mich nun in den verbleibenden Minuten — wie ich hoffe, noch zwei — einige Bemerkungen zu dem Antrag Hessen und zu dem Antrag des Bundesvorstands machen. Die beiden Anträge unterscheiden sich im Grunde in zwei Punkten, oder zwei Dinge sind die Konfliktlage. Das eine ist die Vorstandswahl und das andere die Kooptation weiterer Aufsichtsratsmitglieder durch den Aufsichtsrat. In beiden Fällen wird eine Differenzierung durch die 7:5-Regelung angestrebt.

Was zunächst die Vorstandswahl anbetrifft, so möchte ich bemerken, daß der Rückgriff des Vorschlages des Bundesvorstandes — Ziffer 71 — auf die Empfehlung der Kommission bedeutet, daß die Intentionen der Kommission in dieser Frage Gesetz werden sollen oder die Vorstellungen irgendwie im Gesetz Niederschlag finden sollen.

Ich möchte feststellen, daß die Kommission nie davon ausgegangen ist, daß der Vorstand eines Unternehmens paritätisch bestellt werden soll. Entscheidend für die Empfehlungen der Kommission war vielmehr der Umstand, daß unter dem bisher geltenden Betriebsverfassungsgesetz die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle an der Personalpolitik nicht beteiligt waren. Die Kommission war der Meinung, daß eine solche Beteiligung unerlässlich ist, um die volle Wirksamkeit der Aufsichtsratsmitgliedschaft der Arbeitnehmer festzustellen und zu sichern. Sie hat dazu institutionelle Anregungen gegeben.

Aber wenn Sie den Bericht genau lesen, dann steht dort der entscheidende Satz, daß für die Kommission unbeschadet der konkreten Regelung, ob durch Satzung, Gesetz oder Praxis, die Beteiligung der Arbeitnehmer von Anfang an an dem Willensbildungsprozeß entscheidend ist. Die Kommission hat zu keinem Zeitpunkt ihre prinzipielle Aussage über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats und damit ihre Absage an die Parität in Frage gestellt. Ich bin deshalb der Meinung, daß die Übernahme der Vorschläge der Kommission insoweit nicht bedeutet, was verschiedentlich angeklungen ist und was auch Herr Dregger gesagt hat: daß eine Parität hergestellt wird.

Was die Kooptation der weiteren Aufsichtsratsmitglieder anbetrifft — um zum Ende zu kommen —, so war die Vorstellung der Kommission, daß eine gewisse Beteiligung des Vorstandes an der Zusammensetzung des Aufsichtsrats erwünscht sei. Die Kommission hat in ihrem Bericht gesagt — und das halte ich auch persönlich für entscheidend —, daß diese Beteiligung durch ein Vorschlagsrecht realisiert werden soll, und zwar in der Weise, daß die zwei weiteren Mitglieder, also das 11. und das 12., auf Vorschlag des Vorstandes bestellt werden.

Jetzt ist die Sorge aufgetaucht — und diese Sorge hat zu dem 7:5-Vorschlag geführt —, daß die Bestellung der beiden weiteren Mitglieder durch die Mehrheiten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Aufsichtsrat Schwierigkeiten bereiten können, und daß das auch von der Kommission ausdrücklich anvisierte Ziel einer im Ergebnis erfolgreichen Zurechnung eines weiteren Mitgliedes zur Anteilseignerseite und eines zur Arbeitnehmerseite, durch eine solche Blockade verfälscht werden könnte. Die Frage des Registerrichters ist verschiedentlich in diesem Zusammenhang aufgetaucht.

Meine Damen und Herren, dieses Problem ist selbstverständlich lösbar. Kein Mensch hat bei diesem Vorschlag daran gedacht, gewissermaßen eine Einladung zur Obstruktion anzusprechen. Das Problem war ausschließlich, sicherzustellen, daß die Anteilseignerseite im Aufsichtsrat ihre Mehrheit nicht benutzt, um beide Mitglieder nach ihren eigenen Wünschen zu kooptieren. Dieses Ziel kann man, davon bin ich überzeugt, im Gesetzgebungswege auch realisieren. Ich hätte keine Bedenken, zum Beispiel in eine gesetzliche Regelung eine Anweisung an den Registerrichter aufzunehmen, daß er für den Fall, daß keine freiwillige Kooptation zustande kommt, je ein Mitglied auf Vorschlag je einer der beiden Seiten zu kooptieren hat oder die Entscheidung der jeweiligen anderen Seite zu ersetzen.

Ich glaube, das Entscheidende ist hier — und das ist in der wirklich ausgezeichneten Rede von Herrn Dregger herausgekommen — die Sorge, daß nicht genug Kooperationssubstanz vorhanden sein könne, um so etwas funktionsfähig zu machen.

Es ist nicht richtig, daß die Kommission keine eindeutige Absage an die Parität erteilt hat, und wenn Herr Dregger sagt, die Aussagen der Kommission und damit insoweit auch die Aussagen des Bundesvorstandes seien unklar, so bitte ich um Verständnis, wenn ich dieser Analyse nicht zustimmen kann. Die Absage an die Parität ist eindeutig. Wenn die Pattgefahr wirklich für so relevant gehalten wird — ich tue es nicht —, kann man sie gesetzlich lösen und damit aus der Welt schaffen. Aber die Sorge vor der sozialistischen Kooptation der Mitbestimmung, die in der Rede von Herrn Dregger immer wieder aufgeklungen ist, ist ein Problem, meine Damen und Herren, das Sie nicht durch institutionelle Regelungen lösen können.

(Lebhafte Zustimmung)

Diese Sorge ist berechtigt. Aber die Überwindung der Angriffe gegen unsere freiheitliche Rechts- und Wirtschaftsordnung ist nur durch eine Auseinandersetzung mit diesen Ideologien in allen Bereichen möglich. Ich möchte darauf hinweisen — ich habe es vorhin schon einmal gesagt —, daß Anfang der 60er Jahre diese Auseinandersetzung in den Universitäten begonnen hat. Damals war die Unternehmerschaft der Meinung, daß es zu den selbständigen Aufgaben der Professoren gehört, diese Auseinandersetzung zu führen. Der Wunsch der Professoren, davor institutionell geschützt zu sein, wurde unter anderem von den Unternehmern und der Öffentlichkeit mißverstanden als ein Schutz zur Bewahrung von Althergebrachtem.

Diese Diskussion hat stattgefunden, wir sind mitten in ihr, und ich bin bezüglich des Ausgangs weit optimistischer als viele meiner Freunde. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß diese selbe Auseinandersetzung in den 70er Jahren auch in der Wirtschaft stattfinden wird, und weder der Vorschlag Hessens, noch der Vorschlag des Bundesvorstandes, noch der Vorschlag der Sozialausschüsse können uns vor dieser Auseinandersetzung schützen. Wir müssen uns zu ihr bekennen. Der Schutz liegt in der wertbezogenen Politik unserer Partei. Es sind die Werte des Ahlener Programms und der Marktwirtschaft, die vorhin bezogen worden sind. Die Kommission hat auf diesen Werten aufgebaut. Wir haben ein einstimmiges Urteil erwirkt, weil wir diese Werte für so stark halten, daß sie jede Obstruktion und jede gesellschaftlich feindliche Haltung überwinden können. Der Vorstand hat diese Empfehlungen übernommen; ich möchte Ihnen empfehlen, ihnen zuzustimmen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Ich glaube, daß die Verlängerung der Redezeit der Verkürzung der Debatte gedient hat. Das Präsidium darf Ihnen danken, daß Sie die etwas weitherzige Auslegung der Geschäftsführung toleriert haben. Darf ich eine kleine Zwischenbilanz machen. Wir diskutieren jetzt eine gute Stunde. Wir haben zehn Wortmeldungen erledigt, 38 noch unerledigt. Nach dem Zeitplan sollten wir jetzt die Beratung des gesamten Kapitels 3 abgeschlossen haben. Ich gebe Ihnen diesen Stand zur Kenntnis.

Als nächster hat das Wort Herr Lampersbach, Westfalen.

**Egon Lampersbach**: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und meine Herren! Ich bin Herrn Prof. Biedenkopf sehr dankbar, daß er durch seine sachbe-

zogenen Ausführungen hier wieder eine Ruhe hereingebracht hat, die bei der Bedeutung der Entscheidung sicherlich notwendig ist. Gewiß, die politische Entscheidung, meine Freunde, ist gefallen: Mitbestimmung oder nicht. Es geht jetzt im Prinzip um die materielle Ausgestaltung dieser politischen Grundsatzentscheidung. Sie sollte eigentlich frei von allen Emotionen hier diskutiert werden. Ich bin allerdings der Auffassung, daß das Thema so brisant ist, daß wir hier sicherlich nicht ganz frei und gelöst von Emotionen zu diesen Dingen sprechen können. Ich wehre mich allerdings immer wieder dagegen, so wie es Kollege Katzer getan hat, daß hier Faktoren genannt werden, die sicherlich sehr publikumswirksam, nach meiner Auffassung aber einfach nicht vergleichbar sind.

(Teilweiser Beifall)

Das sind die Fragen von Kapital und Arbeit. Meine Freunde, ich darf daran erinnern, daß wir vor der Währungsreform eine Zeit gehabt haben, in der ausreichend Arbeitskräfte vorhanden waren, in der aber diese Arbeitskräfte einfach nicht zum Einsatz kommen konnten, weil das notwendige Kapital nicht vorhanden war.

Das Zweite, was mir unangenehm aufgefallen ist, Herr Kollege Katzer: Sie stellen die Frage der Lösung der Mitbestimmung so dar, als wenn das soziale Denken und Handeln nur bei den Arbeitnehmervertretern vorhanden wäre. Ich glaube, daß wir in der Vergangenheit ausreichend Gelegenheit gehabt haben, festzustellen, daß die Masse der Unternehmer sicherlich in ihrer sozialen Verpflichtung genauso engagiert ist und genauso weit geht, wie das bei Arbeitnehmern der Fall ist.

(Teilweiser Beifall)

Ich will nicht die Problematik in den Raum stellen, die sich aus der Fragestellung ergeben würde, wie weit fünf, sechs oder zehn Vertreter der Arbeitnehmerschaft die Interessen der mehreren tausend Belegschaftsmitglieder nun nachhaltig auch vertreten können; sie können es sicherlich auch nur weitgehend gelöst von dem täglichen Umgang mit diesen Arbeitnehmern machen.

Der dritte Punkt, den ich bei der Kürze der Zeit hier ansprechen will, ist die Frage: Welches Interesse kann bei der mittelständischen Wirtschaft an diesem Komplex vorliegen? Nun, meine Damen und Herren, wir haben die große Sorge in der Vergangenheit gehabt, daß die Lösung der Mitbestimmungsfrage sich nicht nur auf die zitierten rund 400 Großunternehmen beschränken wird, sondern daß die Auswirkungen in wirtschaftlicher Hinsicht auch auf die mittleren Unternehmen übergreifen. Wir haben zumindest bei der Vorlage des neuen Entwurfs zum Betriebsverfassungsgesetz aber gesehen, daß bis in die Kleinbetriebe hinein diese Mitbestimmung im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes praktiziert werden soll. Wir müssen fragen: Wie weit soll das gehen? Bis zu welchen Betriebsgrößen wollen wir letzten Endes kommen?

Wir haben an der Lösung dieser Frage auch ein Interesse, meine Damen und Herren, weil unsere Freunde innerhalb des Mittelstandes sich auch auf die Gruppe der leitenden Angestellten bezieht. Und hier lehnen wir jeden Versuch ab, der dazu führen könnte, daß die Gruppe der leitenden Angestellten sich nach der einen oder

nach der anderen Seite solidarisieren müßte. Das würden wir für unerträglich halten, und wir glauben daher, daß die Zuordnung der leitenden Angestellten in der Frage der Mitbestimmung so gestaltet werden muß, daß sie eigenständig entschieden werden kann.

Letztlich möchte ich zu diesem Komplex sagen, was wir dazu in Ansbach ausgeführt und in einer Resolution mitgeteilt haben. Wir vertreten die Auffassung, daß in der Frage der Verantwortung keine Vernebelung erfolgen darf, daß die Verantwortung klar und deutlich herausgestellt wird, damit diese Verantwortung nicht in diesem Nebelkreis herumgereicht werden kann, ohne daß noch einer weiß, wer dafür zuständig ist.

Wir sehen in der Folge einer paritätischen Mitbestimmung ganz zwangsläufig, so wie es Kollege Dr. Dregger gesagt hat, den Weg zur Planwirtschaft. Das müssen wir insbesondere nach den Erfahrungen, die wir vor einigen Tagen aus Jugoslawien heraus machen konnten, erneut ablehnen.

Die Abwertung um 20% der jugoslawischen Währung ist wohl Beweis genug dafür, daß das Rätssystem schon sehr lange nicht mehr die wirtschaftlichen Interessen des ganzen Volkes vertreten kann.

Wir ziehen unseren Antrag Nr. 561 zurück und befürworten die Annahme des Antrags 557, Antrag des Landesverbandes Hessen.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Vogt, Landesverband Rheinland. — Ich teile Ihnen mit, daß ich mehrere Anträge bzw. Ankündigungen der Absicht von Anträgen auf Schluß der Debatte vorliegen habe.

(Beifall)

Ich habe die Absicht, Sie nach diesen Wortmeldungen zur Abstimmung zu stellen.

**Wolfgang Vogt**: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Neuregelung des Unternehmensrechts, das wir als Christliche Demokraten vertreten können, muß meines Erachtens drei Grundsätzen gerecht werden.

Sie muß einmal ordnungspolitisch konform sein, sie muß zweitens an einem Gremium ansetzen, in einem Unternehmensorgan, in dem wirklich effektiv entschieden wird, und diese Neuordnung muß unseren partnerschaftlichen Vorstellungen gerecht werden.

Lassen Sie mich zum ersten Erfordernis etwas sagen.

Die Mitbestimmung, so wie sie im Minderheitengutachten vorgeschlagen ist, bezieht sich auf die innere Ordnung des Unternehmens; sie berührt nicht die Außenbeziehungen des Unternehmens, also die Orientierung des Unternehmens am Markt. Und deshalb ist meines Erachtens dieser Vorschlag ordnungspolitisch mit unserer Marktwirtschaft vereinbar; dieser Vorschlag ist ordnungspolitisch gesehen konform. Zweitens, meine Damen und Herren: Die Mitbestimmung muß an einem effektiven Gremium ansetzen, an einem Unternehmensorgan, in dem Entscheidungen gefällt werden. Und hier teile ich die Absicht von Herrn Prof. Biedenkopf nicht.

Aus den Diskussionen mit ihm ist uns bewußt geworden, daß ein Aufsichtsrat, der vielleicht dreimal oder viermal im Jahr tagt, eine echte Kontrollfunktion in den Großunternehmen nicht übernehmen kann. Zwar kann der Aufsichtsrat nach der gesetzlichen Bestimmung in kleineren Unternehmen, die überschaubar sind, im Nachhinein die Unternehmensentscheidungen kontrollieren und überwachen, in den Großkomplexen aber, für die unser Vorschlag gilt, ist das nicht möglich.

Die Zeit verbietet es mir, hier eine Textstelle aus einem Artikel von Prof. Gutenberg vorzulesen, der genau diesen Tatbestand feststellt. Er sagt sinngemäß:

Konkret ist heute der Aufsichtsrat in den Großunternehmen, die unüberschaubar sind, kein Überwachungsorgan, wie das das Aktienrecht vorsieht. Er erfüllt im Grunde genommen heute schon die Funktion, die ein Verwaltungsrat ausübt, indem er nämlich von vornherein in die unternehmenspolitischen Entscheidungsprozesse einbezogen wird und so eine Kontrollfunktion ausübt.

Ich meine deshalb, daß der Vorschlag der Sozialausschüsse auch unter diesem Gesichtspunkt gesehen effektiv ist und unseren Grundsätzen entspricht.

Lassen Sie mich zum Dritten noch sagen: Ein Mitbestimmungsvorschlag muß unseren partnerschaftlichen Vorstellungen gerecht werden.

Meine Damen und Herren, hier ist verschiedentlich schon darauf hingewiesen worden, daß die Mitbestimmungsidee keine genuin sozialistische Idee ist; sie ist eine genuin christlich-soziale Idee. Und wenn heute von Partnerschaft und Mitbestimmung auf der anderen Seite gesprochen wird, dann deshalb, weil sich der Klassenkampf und die Klassenkampfidée in diesem Lande nicht durchgesetzt haben.

Die Diskussion um die Mitbestimmung wird so lange weitergehen, bis diese gleichgewichtige Repräsentanz gesichert ist. Eine historische Perspektive zum Schluß: Die Arbeitnehmerschaft hat im vorigen Jahrhundert und zu Beginn dieses Jahrhunderts so lange für politische Gleichberechtigung in Preußen gekämpft, bis das Drei-Klassen-Wahlrecht verschwunden war, und sie wird auch für die Mitbestimmung kämpfen, bis die Gleichgewichtigkeit der Vertreter der Anteilseigner und der Vertreter der Belegschaft im neuen Unternehmensrecht gesichert ist.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Als nächster spricht Herr Dichgans, Landesverband Rheinland.

**Dr. Hans Dichgans**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Erlauben Sie mir aus 15jähriger Berufserfahrung mit paritätischer Mitbestimmung, mit Montanmitbestimmung, Sie auf einige Konsequenzen hinzuweisen, die das Horn/Katzer-Modell, wie man es genannt hat, in der Praxis notwendigerweise haben müßte.

Dieses Modell würde zwangsläufig nicht nur zu einer vollen Parität in den Aufsichtsräten, sondern auch zu einer vollen Parität in den Vorständen führen.



Die Gewerkschaften haben ja die Forderung nach Parität nicht aufgegeben. In dem vorgeschlagenen System müßten sie dann zwangsmäßig um eine paritätische Besetzung auch der Vorstände kämpfen.

Erste Ansätze erleben wir ja bereits, etwa in der Ruhrkohle AG.

Ich lebe im Lande der Montanmitbestimmung. Ich habe die Verdienste unserer Gewerkschaften oft öffentlich hervorgehoben. Aber ich habe auch die Macht der Gewerkschaften kennengelernt. Sie haben eine gut entwickelte Technik, ihre Zustimmung zu Maßnahmen, deren sachliche Zweckmäßigkeit sie nicht bestreiten, sich durch sachgerechte Gegenleistungen abkaufen zu lassen.

(Einzelner Beifall)

Und Sie können sicher sein: Wenn dieses Modell eingeführt wird, würde die Gegenforderung stets lauten: Dann der nächste freiwerdende Vorstandsposten für einen Mann unseres Vertrauens!

Das mögen im Einzelfall tüchtige Leute sein: aber gesamtwirtschaftlich hätte das folgende Konsequenz: Der junge Ingenieur, der junge Kaufmann muß sich dann sehr frühzeitig entscheiden, ob er bei seiner Karriere auf die Karte der Gewerkschaften oder die Karte der Anteilseigner setzen will.

Wir wissen das aus Österreich: Das wären in den meisten Fällen Entscheidungen auf Lebenszeit. Wer nicht in diesen Proporz hineinpaßt, kann die Stelle nicht bekommen, auch wenn er noch so gut qualifiziert wäre.

Aber auch der Maßstab der Eignung verschöbe sich. Die Anteilseigner würden dann vielleicht die Kandidaten für die ihnen zustehenden Vorstandsposten in erster Linie unter dem Gesichtspunkt auswählen, ob sie auch energische Kämpfer für die Interessen der Anteilseigner sind. Das sind nicht notwendigerweise die tüchtigsten Unternehmensführer. Parität im Vorstand bedeutet deshalb notwendig Verschlechterung der Qualität des Vorstandes.

Wer diese Parität aus grundsätzlichen, aus moralischen Erwägungen fordert, sollte wissen: Parität im Aufsichtsrat ist Übergewicht der Gewerkschaften. Die Vertreter der Arbeitnehmer sind von ihren Interessen her einheitlich ausgerichtet. Die Vertreter der sogenannten Anteilseigner — darunter gibt es aber auch, wie Sie wissen, Vertreter der Gläubiger, Vertreter der Lieferanten, die unter Umständen ganz andere Interessen haben.

In den Tarifverhandlungen der Stahlindustrie sitzt den Gewerkschaften ein Arbeitgeberverband gegenüber, der seinerseits in seinem Vorstand zu einem Drittel aus Arbeitsdirektoren, also Vertrauensleuten der Gewerkschaften, besteht. Das ist ein Verhältnis 2:1 für die Gewerkschaften.

Am Ende kommen wir dann zu Unternehmensformen wie der bereits erwähnten Ruhrkohle AG, die sich unter allen praktischen Gesichtspunkten so verhält, als wäre sie eine mehrheitlich beherrschte Tochtergesellschaft der IG-Bergbau, mit einem völligen Immobilismus. Ein paritätisch besetzter Aufsichtsrat wird sich genauso

verhalten, wie sich der Bundestag verhalten würde, wäre er aus zwei Fraktionen von je 259 Mitgliedern zusammengesetzt. Glauben Sie, daß man von einem solchen Bundestag gute Leistungen erwarten könnte?

Nur am Rande will ich auf die Rechtsprobleme hinweisen, die ein umfassender Umbau unseres Aktienrechts auslösen würde.

Ich bin also gegen den Antrag Nr. 559, bin aber für den Antrag Nr. 560. Die übrigen Anträge — sämtlich auf 7:5 ausgerichtet — haben verschiedene Methoden der Kooperation. Sie haben das hier gehört, ich bin den Eindruck nicht losgeworden, daß alle diese Vorschläge, so begründet sie im einzelnen sein mögen, einen krampfhaften Charakter haben.

Es gibt nur eine vernünftige Lösung: Das ist die Wahl, die Wahl 7:5, und diesen Kompromiß möchte ich Ihnen empfehlen.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Als nächster Herr Mick, Landesverband Rheinland!

**Josef Mick**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich als alten Parteitagshasen einige, und ich hoffe, ironische Feststellungen treffen: Denn das schützt mich vor Emotionen in dieser Debatte.

In Berlin habe ich folgendes gesagt: Als mein Großvater, der von Hause aus Weber war, in Aachen gegen die Abschaffung der Kinderarbeit agitierte und deshalb von den Unternehmern auf die schwarze Liste gesetzt und arbeitslos wurde, agitierte im Preußischen Herrenhaus der Abgeordnete des Zentrums für Aachen für Beibehaltung der Kinderarbeit, weil sonst die Textilindustrie des Aachener Reviers pleite ginge und eine ordnungsmäßige Bekleidung der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet wäre.

Warum setze ich das an den Anfang, meine sehr verehrten Damen und Herren? Um Ihnen zunächst einmal aufzuzeigen, daß die Arbeitnehmer einen sehr langen Marsch hinter sich haben, einen sehr langen Marsch, und daß sie auf diesem langen Marsch wenig Hilfestellung gehabt haben, vor allem wenig Hilfestellung von denen, die auf Grund ihrer Bildung, ihrer Ausbildung und ihrer gesellschaftlichen Stellung dazu in der Lage gewesen wären. Den wenigen, die uns geholfen haben auf diesem langen Marsch, sind wir in Dankbarkeit verbunden.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, einige, wie ich meine — ich bitte sie wenigstens so aufzufassen — ironische Bemerkungen!

Herr Dregger sprach von der schweigenden Mehrheit in Sachen Mitbestimmung. Nun, ich muß schon sagen: Das hat etwas für sich; denn zu dieser schweigenden Mehrheit scheint mir zweifellos der Bundesvorstand zu gehören,

(Heiterkeit und Beifall)

der sich bisher mit keinem Wort zu dieser Frage geäußert hat.

(Erneuter anhaltender Beifall)

Im Gegenteil, er ließ sogar seinen Vorschlag von dem von mir hochverehrten Kollegen Ruf vertreten, der aber nicht Mitglied des Bundesvorstandes ist.

(Zurufe: Hört, hört!)

Ich glaube, daß dieser Parteitag nun doch langsam ein Recht darauf hat, die Meinung des Bundesvorstandes zu hören.

(Beifall)

Ich muß aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herrn Dregger etwas ins Stammbuch schreiben, und er wird mir das nicht übelnehmen. Ich habe nicht den Eindruck, als hätte der Parteivorsitzende von Hessen seine Chance wahrgenommen, aus der schweigenden Mehrheit des hessischen Parteivolks eine Meinung über die Mitbestimmung herauszuhören.

(Beifall)

Ich sage das deshalb, weil hier der Vorschlag des Wirtschaftsrates in einer einzigen Vorstandssitzung mit Mehrheit als Vorschlag der hessischen CDU beschlossen worden ist.

(Beifall)

Hier scheint mir in der Tat das Wort von der schweigenden Mehrheit berechtigt zu sein.

(Zurufe)

Uns allen ist das Thema zu ernst. Ich sage nur eines: Ich spreche so, wie ich denke und gebe mir gar keine Mühe, hier Ihnen etwas mit schönen Worten vorzumachen, was ich innerlich nicht denke oder etwas zu verschleiern, was ich innerlich denke. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sozialausschüsse sind seit langem der Meinung, daß die Wirtschaft, insbesondere die Großwirtschaft, nicht nur eine Veranstaltung von Anteilseignern oder Arbeitgebern oder wie Sie das nennen wollen und eine Veranstaltung von Arbeitnehmern ist. Hier werden vielmehr wesentliche andere Interessen mitberührt, und wenn die Gegner unserer Vorlage hier dauernd von der Parität, der 50:50-Parität reden, dann ist das der beste Beweis dafür, daß sie entweder unsere Vorlage nicht gelesen haben oder auf diese nicht eingehen wollen.

Noch eine abschließende Bemerkung zu diesem Thema! Was Herr Dregger heute hier gebracht hat, war die beste Parteireden, die ich je gehört habe.

(Bravo-Rufe und Beifall)

Wirklich, meine Anerkennung! — Der Inhalt, meine sehr verehrten Damen und Herren, kommt von einer Seite her, die nicht diese geistige Kapazität hatte, um hier für ihre Sache einzutreten.

(Beifall)

Verehrter Herr Kollege Dichgans, mit Ihnen möchte ich mich abschließend befassen. Das geschieht — ich sehe Sie gar nicht —, verehrter Herr Kollege Dichgans,

aus Respekt vor Ihrer Person und aus Respekt vor Ihrer sonst gradlinigen Haltung. Wenn Sie am Schluß gesagt haben, daß sich ein junger Mann früh entscheiden muß, was er will, dieser kaufmännische Angestellte, dann wissen Sie so gut wie ich, daß der junge Mann, der sich heute etwa für die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Großwirtschaft entscheidet, ausgespielt hat für ewig und drei Tage und keinerlei Chance mehr besitzt. Das zu beseitigen ist unser Ziel, und wir werden dieses Ziel erreichen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsident: Wenige Worte zum weiteren Fortgang des Verfahrens! Ich hatte Ihnen vorhin mitgeteilt, daß ich beabsichtige, nach einer weiteren Wortmeldung Anträge zur Geschäftsordnung des Inhalts, daß Schluß der Debatte beantragt wird, zur Abstimmung zu stellen. In der Zwischenzeit ist die Frage an das Präsidium und an Ministerpräsident Kohl gestellt worden nach seiner Stellungnahme. Ministerpräsident Kohl hatte mir schon vor einiger Zeit mitgeteilt, daß er zur Sache sprechen wolle. Ich habe ihn auf den Stand der Sache aufmerksam gemacht. Ich habe ihn darauf hingewiesen, daß ich der Versammlung mitgeteilt habe, daß ich nach vier weiteren Wortmeldungen Antrag auf Schluß der Debatte zulassen würde. Ich habe Ministerpräsident Kohl gebeten, in der dann anschließenden Debatte zum Verfahren auch zur Sache Stellung zu nehmen.

(Zischen)

Nach dem jetzigen Stand der Angelegenheit halte ich es für zweckmäßiger, Herrn Dr. Kohl vor Zulassung des Geschäftsordnungsantrages das Wort zu erteilen. Ich werde so verfahren.

(Beifall)

Ein Weiteres! Ich werde darauf hingewiesen, daß der Antrag 582 des Kreisverbandes Moers bisher hier nicht behandelt worden ist. Ich halte es für sinnvoller, dazu einen Sprecher zuzulassen, als darüber eine Geschäftsordnungsdebatte zu führen. Ich bitte, auch das zu genehmigen.

Wir hätten also als jetzt noch vorliegende Wortmeldungen bis zur Geschäftsordnungsdebatte Herrn Neuhaus (Baden-Württemberg), Herrn Serafim (Rheinland) zum Antrag 582 und Ministerpräsident Kohl.

Das Wort hat Herr Neuhaus (Baden-Württemberg).

**Alfred Hubertus Neuhaus**: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Namens der Mitunterzeichner des süddeutschen Initiativantrags Nr. 950, der sich mit dem von Herrn Dregger begründeten Anträgen Hessen, Schleswig-Holstein und Nord-Württemberg deckt, möchte ich Ihnen noch eine ganz kurze Zusatzbegründung geben.

1. Die entscheidende Frage dieses Parteitags ist: Parität, ja oder nein? Es scheint Übereinstimmung zu bestehen, daß es hier zu einer klaren Entscheidung kommen muß und ein Kompromiß in dieser Kernfrage wohl kaum möglich ist. Die auf dem Sachverständigenbericht beruhende Vorstandsvorlage trägt jedoch meiner Mei-

nung nach sehr starke Züge eines Kompromisses, der in der Praxis und auf Zeit, eben durch den Zwang gemeinsamer Kooptation, die Parität bedeutet. Und hier kann ich Ihnen, verehrter Herr Prof. Biedenkopf, nicht ganz folgen. Denn anstatt bei einer Nichteinigung den Registerrichter zu bemühen, scheint mir unser Vorschlag klarer und einfacher zu sein.

(Beifall)

2. Natürlich kann man sagen, ob — wie bisher im Betriebsverfassungsgesetz — zwei Drittel zu ein Drittel oder — wie wir vorschlagen — klar 7:5, sei Spiegelfechterei. Es ist aber tatsächlich, wie ich meine, Ausdruck unserer Bereitschaft, bis zum äußersten zu gehen, was sich mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft noch vereinbaren läßt.
3. Die Parität wäre nach unserer Auffassung und natürlich auch die Überparität — die ja wohl eben Herr Mick meinte als er sagte, es sei falsch, von Parität zu sprechen — ein Bruch mit unserer auf dem Eigentum, der Risikobereitschaft, der unternehmerischen Entscheidung, der Tarifautonomie und dem individuellen Arbeitsverhältnis beruhenden Wirtschaftsordnung.
4. Wir sehen den tatsächlichen Interessen aller Mitarbeiter durch eine Stärkung der individuellen Mitspracherechte zum Arbeitsplatz und über den Betriebsrat als dem kooperativen Gegenüber des Vorstandes — der eine getragen vom Vertrauen der Arbeitnehmer, der andere vom Vertrauen der Anteilseigner — weit besser gedient.

Lassen Sie mich dazu kurz Prof. Fritz Rippner, Freiburg, zitieren, mit Zustimmung des Herrn Präsidenten: „Die vom Bericht“ — gemeint ist der Biedenkopf-Bericht — „als hervorragend bewährt beurteilte unmittelbare Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Betriebsrat drängt doch zu der Frage, ob ein kräftiger Ausbau dieser Kooperation der Mitbestimmung der Arbeitnehmer nicht wirksamer dienen würde“.

5. Die paritätische Mitbestimmung auch in der Form einer gemeinsamen Kooptation bedeutet letztlich eine Vermischung ökonomischer mit politischer Verantwortung. Dies wird deutlich in dem Satz von Bundeskanzler Brandt am 7. März 1970 in Duisburg: „Mitbestimmung in diesem Sinne bedeutet eine Demokratisierung aller Bereiche unseres öffentlichen Lebens, wobei natürlich der Wirtschaft eine besondere Bedeutung zukommt.“

Dies scheint mir nicht das Konzept unserer Union zu sein.

Um aber in einem Punkt nicht mißverstanden zu werden: Es ist hier und heute viel von Rentabilität gesprochen worden. Ich meine, es geht in erster Linie um die Produktivität. Eine optimale Produktivität ist aber die Voraussetzung für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit. Erst diese kann auch zu einer angemessenen Rentabilität für alle Beteiligten, Mitarbeiter und Kapitalgeber, letztlich aber auch für Staat und Gesellschaft, führen.

Ich darf Sie deshalb bitten, den Abänderungsanträgen Hessen, Schleswig-Holstein, dem Initiativantrag Niedersachsen und Süddeutschland Ihre Zustimmung geben zu wollen.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Herr Serafim, Landesverband Rheinland, zum Antrag 582 I

**Eugen Serafim**: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, wenn dieser Parteitag in einer so wichtigen Frage wie der Mitbestimmung, die ohne jeden Zweifel einer der wichtigsten Punkte dieser Tagesordnung war, auseinandergeht, dann sollte er nicht auseinandergehen, ohne eine Entscheidung gefällt zu haben, die zunächst einmal eine Weiterentwicklung darstellt und zweitens eine Entscheidung, die von breiten Kreisen getragen werden kann.

Ich meine, das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, und hier, Herr Dregger, glaube ich, irren Sie. Mit der Entscheidung 7:5 ist die Mitbestimmung für die CDU noch nicht abgeschlossen. Ich bin der festen Überzeugung, daß auf einem der nächsten Parteitage ähnliche Anträge wieder auftauchen, so daß wir uns heute mit einem vielleicht schnellen Ergebnis durchaus in der weiteren Debatte nicht weiterentwickelt haben. Ich meine auch, daß der Vorschlag der Sozialausschüsse in dieser Form nicht annehmbar ist.

Der Kreisverband Moers hat einen eigenen Antrag eingebracht, den ich aber auf Grund der Ausführungen von Herrn Prof. Biedenkopf zurückziehe und dafür votieren möchte, den Vorschlag des Vorstandes anzunehmen.

(Beifall)

Mir scheint er ein Mehr an Mitbestimmung und eine Weiterentwicklung ganz klar offenzulassen und einzuleiten. Und wir sollten, wenn sich die Partei Gutachten bestellen läßt oder Gutachten der Fraktionen bestellen läßt, wie das von Prof. Biedenkopf und seinen Leuten, nicht einfach über diese Argumente so hinweggehen. Mir scheinen seine Ausführungen auch heute wieder gezeigt zu haben, daß sie sehr bedenklich sind und wir sie sehr bedenken müssen.

Ich bitte nochmals, den Vorschlag des Vorstandes anzunehmen. Das ist die Mehrheitsstellungnahme.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Ministerpräsident Kohl.

**Dr. Helmut Kohl**: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie erlauben mir nach der Bemerkung des Kollegen Mick wenigstens einen kurzen Hinweis sozusagen auf den historischen Ablauf dieser Beratung!

Lieber Herr Mick, daraus werden Sie unschwer erkennen, daß es nicht ganz so war, wie Sie es hier darzustellen beliebten. Ausgangspunkt unserer Überlegungen zu diesem Thema nach dem Berliner Parteitag war — nachdem die Programmkommission vom Bundesausschuß der Partei berufen war —, daß wir zu diesem speziellen Sachgebiet in einer sehr engen und, wie ich glaube, verständlichen Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe der Fraktion der CDU/CSU eine eigene Arbeitsgruppe eingesetzt hatten.

Diese Gruppe stand unter dem Vorsitz unseres Freundes Thomas Ruf. Er hat diese Arbeit in diesen Monaten geleitet, und was lag näher, als daß er auch das Recht hatte, auf diesem Parteitag diesen Entwurf, der dann Entwurf des Vorstandes wurde, zu präsentieren ?

(Beifall)

Ich finde also, das hat nichts mit Kneifen zu tun, sondern einfach damit, daß dem Mann auch die Chance gegeben wird, der die Hauptarbeit geleistet hat, hier die Arbeit vorzutragen. Aber auch aus einem anderen Grund — und das sollte man doch offen aussprechen —: Die CDU wird im Deutschen Bundestag nur einen Mitbestimmungsentwurf vorlegen können, der ein Entwurf der CDU/CSU ist. Und ich sage das nicht ohne Grund: Daran müssen unsere Freunde der CSU genauso wie die Freunde aus den Sozialausschüssen in der Fraktion mitwirken.

Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, ging es deshalb von vornherein — und das möchte ich auch für den heutigen späten Nachmittag sagen — nicht darum, eine Regelung zu finden, daß an diesem Wegrand sozusagen Sieger und Besiegte liegen, sondern es ging darum, klare Entscheidungen zu treffen, die dann — und das sage ich auch — von allen Beteiligten respektiert werden müssen.

(Beifall)

Es ist sicher unbestreitbar, daß jeder von uns, der in einer Abstimmung über eine Sache unterliegt, das Recht hat, für seine Sache zu werben, um mehr Einsicht bei späteren Treffen der Partei, um womöglich eine Mehrheit zu erzielen. Ich glaube aber dennoch, daß hier klipp und klar gesagt werden muß: Wenn wir heute eine Entscheidung treffen, ist dies die Entscheidung der CDU, und wir können nicht eine fortlaufende Diskussion zur Mitbestimmung haben. Wir sprechen heute hier für die CDU.

(Beifall)

Und sehen Sie, wir hatten dann eine intensive Zusammenarbeit mit der Programmkommission, und es gab einen Mehrheitsentwurf, der im wesentlichen dem entspricht, was heute den Entwurf des Bundesvorstandes ausmacht, und den Entwurf der Minderheit; das waren vor allem die Freunde aus den Sozialausschüssen.

Wir hatten von vornherein gesagt: Wir wünschen nicht, daß diese Diskussion in einer Personalisierung geführt wird, wie sie zu meinem Bedauern hier auch heute gelegentlich in dieser Debatte anklang, sondern daß wir versuchen, uns auseinanderzusetzen, daß aber auch die Minderheit deutlich wird. Und so kam der Vorschlag zustande — erstmals in der Geschichte der CDU —, daß nicht nur das Votum der Mehrheit, sondern auch das Votum der Minderheit jedem Delegierten mit vorgelegt wird.

Im Bundesvorstand gab es — und es ist einfach ein Akt der Fairneß, das hier zu sagen — drei Vorschläge. Es gab den Vorschlag des Kollegen Katzer, es gab den Vorschlag der Kommission, der heute im wesentlichen Gegenstand der Vorstandsvorlage ist, und es gab einen Vorschlag, der in etwa dem entspricht, was die Freunde aus Schleswig-Holstein und anderen Landesverbänden eben hier vorgelegt haben-

In der Abstimmung erging dann ein Votum mit Mehrheit — und keineswegs mit sonderlich großer Mehrheit — für den Entwurf, der jetzt Vorstandsentwurf ist. Und, meine Damen und Herren, ich möchte deutlich machen, daß bei dieser Abstimmung ganz klar von den verschiedensten Positionen der Vorbehalt gemacht wurde, daß jedes Mitglied des Präsidiums wie auch des Bundesparteivorstandes natürlich das Recht hat, für seine Meinung auf diesem Parteitag als einer von 500 Delegierten zu werben und einzutreten. Ich glaube, das entspricht dem Geist und der Struktur einer modernen freiheitlich verfaßten Partei wie eben der CDU.

(Beifall)

Ich meine aber auch, meine Damen und Herren, daß ein Teil der Argumente — wenn Sie mir diesen Einwand hier erlauben —, die hier gesprochen wurden, mir und anderen nicht ganz verständlich sind. Ich folge unserem Freund Biedenkopf, der mit Recht — wie ich finde — hier gesagt hat, daß im wesentlichen die Substanz der Einwände, die gegen den Vorschlag des Bundesvorstandes erhoben werden, ohne Schwierigkeiten im Verlauf der Gesetzgebung ausgeräumt werden können und daß dieser Vorstandsentwurf von denen, die für ihn waren und sind — ich gehöre dazu — und die also nicht überzeugte Anhänger der paritätischen Mitbestimmung, sondern im Gegenteil gegen die paritätische Mitbestimmung eingestellt waren und sind, auch so gesehen wird, daß de facto die Lösung 5:7 herauskommt. Man kann durchaus im Sinne von dem, was Biedenkopf hier vorgetragen hat, sich Lösungen vorstellen, bei denen der Registerrichter gar nicht vonnöten ist, die aber sicherstellen, daß nicht sozusagen der eine Teil den anderen blockiert.

Es bleibt zum letzten doch darauf hinzuweisen, meine Damen und Herren, daß ich jedenfalls glaube, daß auch das Problem des sogenannten Präsidiums des Aufsichtsrates ohne weiteres einer vernünftigen Lösung zugeführt werden kann.

Mir geht es darum — und damit möchte ich schließen —, daß wir bei unserer Abstimmung wohl bedenken — und, Herr Präsident, wir werden wahrscheinlich dann noch einmal über das Verfahren zu sprechen haben —, auch im Verfahren der Abstimmung wohl bedenken, daß heute klare Entscheidungen fallen müssen, daß aber auch, meine Damen und Herren, diese Entscheidungen so fallen, daß die Bundestagsfraktion der CDU/CSU — und ich sage das nicht ohne Grund nach beiden Seiten hin — in die Lage versetzt wird, tatsächlich eine Alternativgesetzgebung zur jetzt nicht sehr überzeugenden Gesetzgebung der gegenwärtig amtierenden Bundesregierung vorzulegen. Deswegen werbe ich hier vor Ihnen für den Entwurf des Bundesvorstandes.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zur Behandlung des Geschäftsordnungsantrages auf Schluß der Debatte. Er wird vertreten durch Herrn Pürsten, Landesverband Westfalen. Gegen den Antrag wird Herr Benda, Berlin, Stellung nehmen. — Herr Pürsten hat das Wort.

**Albert Pürsten**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Auftrag einer Reihe von Delegierten möchte ich hier den Antrag auf Schluß der



Debatte stellen, weil wir der Meinung sind, daß das Problem jetzt und hier entscheidungsreif geworden ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir stehen am Ende einer langen Debatte, die ja längst vor Berlin begonnen hat und in den letzten Monaten permanent weitergeführt worden ist und sich heute noch einmal in einer hervorragenden Diskussion komprimiert hat. Ich meine, daß alle Anträge ausführlich und gut begründet worden sind. Ich meine, daß die kontroversen Standpunkte hier deutlich sichtbar geworden sind, und ich glaube, daß die klärenden Aussagen unseres Freundes Biedenkopf nun wirklich alle Unklarheiten — soweit sie überhaupt noch vorhanden waren — beseitigt haben.

Und es kommt ein letztes hinzu: Der Parteitag hat, wie ich meine, außergewöhnlich diszipliniert und aufmerksam zugehört, so daß jetzt eigentlich jeder in der Lage sein soll, sich ein Urteil zu bilden und die Entscheidung herbeizuführen. Deshalb Antrag auf Schluß der Debatte!

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Gegen den Antrag spricht Herr Kollege Benda, Berlin.

**Ernst Benda**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf zunächst sagen, daß ich die Absicht hatte, zur Sache zu reden. Ich werde dann, wenn der eben gestellte Antrag meiner Empfehlung entsprechend abgelehnt und die Debatte fortgesetzt würde, selbstverständlich auf einen Beitrag zur Sache verzichten, um nicht in den Verdacht zu geraten, daß ich im wesentlichen deswegen die Fortsetzung der Debatte empfehle, um selbst hier noch zur Sache sprechen zu können. — Dies vorab! Meine Damen und Herren, daß diese Debatte ihre Mühen und auch ihre Tücken hat, ist sicherlich deutlich geworden. Wir alle haben eigentlich gewußt, daß dies eine schwierige, eine langwierige, eine bis in den Kern vieler Sachprobleme gehende Debatte sein würde und sein müßte.

Wir haben hervorragende Begründungen gehört. Wir haben zu den einzelnen Anträgen eine Reihe von Stellungnahmen gehört. Aber ich habe, offen gesagt, nicht den Eindruck, daß wir in allen Sachpunkten dieser zentralen verfassungspolitischen Frage, um die es hier geht, wirklich zu einem Punkt gekommen sind, wo wir zu einer Entscheidung in der Lage sind.

(Vereinzelter Beifall)

Wir haben eben einen Sachbeitrag von unserem Freunde Dr. Kohl bekommen; er hat — ganz korrekt, wie ich als Mitglied der Mitbestimmungskommission bestätigen kann — den Gang der Diskussion dort dargestellt.

Ich will nicht im Detail auf das zurückkommen, was Kollege Mick einige Wortmeldungen vorher gesagt hat. Ich möchte aber unserem Freunde Dr. Kohl sagen: Es ist für mein Empfinden ganz selbstverständlich, daß jedes der Mitglieder des Bundesvorstandes und des Bundesparteipräsidiums das Recht hat und haben muß, hier seine persönliche Überzeugung in der Sache zum Ausdruck zu bringen. Nur ist

mein Argument, Herr Dr. Kohl und meine Damen und Herren: er soll es auch zum Ausdruck bringen, ich will es hören!

(Zustimmung)

Diese Diskussion muß doch, wenn sie in guter demokratischer Weise zu einer Entscheidung führen soll, wie wir es tun, eine Willensbildung von unten nach oben sein. Aber der Parteitag hat doch ein Recht darauf, im Detail zu erfahren, welche Überlegungen der Vorstand bei seinem Beschluß mit der dargestellten Mehrheit angestellt hat.

Herr Professor Biedenkopf hat in einer für mein Empfinden vorzüglichen und — hier kann ich übrigens zur Sache sprechen — für mich überzeugenden Weise gesprochen. Ich wäre dankbar, wenn die Freunde des Landesverbandes Hessen und der anderen Landesverbände, die hier einen Antrag gestellt haben, auf seine Argumente eingehen würden. Ich glaube, daß dieser Sachbeitrag es wert ist, hier behandelt zu werden und nicht einfach unberührt vorbeizugehen.

(Erneute Zustimmung)

Ein letzter Punkt: In den vorzüglichen Ausführungen unseres Freundes Katzer hat mir eines nicht gefallen, und das will ich ihm in aller Offenheit sagen: Ich habe gehört — oder glaubte, es so verstehen zu müssen —, daß dann, wenn der Parteitag entsprechend den Empfehlungen der Sozialausschüsse beschließen würde, die Entscheidung des Parteitages stehen würde, daß aber dann, wenn der Parteitag mit Mehrheit anderweitig entscheiden würde, die Diskussion weitergehen würde. — Meine Damen und Herren, dies kann nicht das Ergebnis des Parteitages sein!

(Lebhafte Zustimmung)

Das Ergebnis des Parteitages muß doch eine mit demokratischer Mehrheit nach einer zugegebenermaßen mühsamen und schwierigen Debatte getroffene Entscheidung sein, an die wir uns alle halten wollen. Daß diejenigen von uns, die etwa in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion besondere Verantwortung tragen, dort in dieser Funktion aus diesem Beschluß das Notwendige machen müssen, ist selbstverständlich. Aber der Parteitag und damit die CDU sollte heute eine Entscheidung treffen, die es erreicht, nach dieser schwierigen und kontroversen Debatte zur Einigkeit vorzustoßen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, daß wir uns diese Mühe weiter machen. Jedem steht es frei, wenn er meint, daß sein Beitrag schon durch andere Wortmeldungen gekommen ist, darauf zu verzichten; daran kann man appellieren. Wenn jedoch jemand von uns meint, etwas zur Sache noch nicht Gesagtes sagen zu müssen, dann soll er die Chance haben, dies hier zu tun. — Ich bitte Sie also, diese Debatte noch fortzusetzen!

(Lebhafter Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Herr Kollege Benda, Sie sind sachver­ständig genug, so daß ich Ihnen nicht zu sagen brauche, daß dies kein Beitrag zur Geschäftsordnung, sondern ein Beitrag zur Sache gewesen ist.

(Zustimmung — Widerspruch — Zurufe — Zischen)

Ich glaube aber doch, es ist im Präsidium unzweifelhaft, daß dies kein Beitrag zur Geschäftsordnung, sondern ein Beitrag zur Sache war.

(Erneuter Widerspruch — Mißfallensäußerungen)

Es besteht kein Anlaß zur Kritik. Der Präsident hat den Beitrag nicht unterbrochen, weil auch er ihn als für die Sache förderlich erachtet hat.

Zu einer persönlichen Erklärung hat Herr Kollege Katzer das Wort.

**Hans Katzer**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Benda hat mich persönlich angesprochen, und es hat offenbar ein Mißverständnis gegeben: Entweder habe ich mich nicht klar ausgedrückt, oder er hat an dieser Stelle nicht zuhören können.

Ich hatte gesagt und will es hier verdeutlichen, weil der Parteitag das wissen muß: Es ist ganz selbstverständlich, daß erstens dieser Parteitag heute hier entscheiden muß.

Zweitens: Es ist ganz klar, daß diese Entscheidung gilt, gleichgültig, nach welcher Seite sie ausfällt, und daß sie bis zum nächsten Parteitag Gültigkeit hat und schließlich auch für das parlamentarische Verfahren, für die Haltung unserer Freunde entscheidend sein muß. Das ist klar!

Ich habe ein Drittes gesagt; ich habe erklärt: Aber die Idee ist damit nicht tot, die wir hier lanciert haben, und die werden wir, wenn wir hier unterliegen sollten, am nächsten Parteitag — wie ich glaube, mit Recht und Überzeugung — wiederum vortragen! — Das waren meine drei Aussagen zur Sache.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Schönen Dank! — Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag des Landesverbandes Westfalen, der allerdings auch von anderen Landesverbänden angekündigt bzw. eingebracht worden war. Wer dem Antrag auf Schluß der Debatte zustimmt, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. — Danke. Bitte die Gegenprobe! — Das Präsidium ist der einstimmigen Meinung, daß ersteres eindeutig die Mehrheit war. Wer enthält sich der Stimme? — Damit ist der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Wir treten nunmehr in die Erörterung des Verfahrens der Abstimmung ein. Die An­tragskommission hat dafür Vorschläge vorgelegt; ich bitte, sie vorzutragen und zu begründen. — Bitte, Herr Ruf.

**Thomas Ruf**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die An­tragskommission macht Ihnen zum Abstimmungsverfahren folgende Vorschläge:

1. Über den letzten Absatz der Ziff. 71 der Vorstandsvorlage sollte gesondert abgestimmt werden. Dieser Absatz hat die überbetriebliche Mitbestimmung zum Gegenstand, ein Thema für sich.
2. Zunächst sollte über die Anträge der Sozialausschüsse Nr. 559, 563, 564, 565, 568, 569, 570, 571, 572, 573 und 574 — alles Minderheitsvoten — abgestimmt werden. Werden diese Anträge angenommen, meine Damen und Herren, sind alle anderen Anträge — mit Ausnahme der Anträge zur überbetrieblichen Mitbestimmung — hinfällig.
3. Im Falle der Ablehnung der Minderheitsvoten sollten die Anträge Nr. 556, 557, 558, 578, 942 und 950 — das sind die Anträge, die die Besetzung des Aufsichtsrats 7:5 zum Gegenstand haben — zur Abstimmung gestellt werden.

Hier sollte nach Auffassung der Antragskommission folgende Alternative aufgezeigt werden: Während die Anträge Nr. 556 bis 558 — also Hessen usw. —, 942 und 950 lediglich die Besetzung des Aufsichtsrates im Verhältnis 7:5 vorschlagen und nichts über die paritätische Besetzung des Aufsichtsrats bei der Bestellung und der Abberufung des Vorstandes aussagen, enthalten der Antrag Nr. 560 — das ist der Antrag der Jungen Union — und die Bundesvorstandsvorlage zur Ziffer 71 dieses paritätisch besetzte Gremium und Vorschriften über die Kooptation zusätzlicher Aufsichtsratsmitglieder. — Dies war die Auffassung von gestern abend, wonach die Antragskommission so beschlossen hat. Werden diese Anträge angenommen, so sind die entsprechenden Passagen der Anträge Nr. 561, 562, 575 und 578 erledigt.

4. Falls diese Anträge abgelehnt werden, muß dann über die Form der Kooptation zwischen dem Vorschlag der Vorstandsvorlage und dem entsprechenden Vorschlag des Antrags Nr. 560 — Junge Union — entschieden werden.

Die Antragskommission ist der Meinung, daß durch diese vier Gruppen von Anträgen im wesentlichen alle anderen Anträge abgedeckt sind.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Schönen Dank! — Sie haben den Vorschlag der Antragskommission zum Abstimmungsverfahren gehört. Dazu hat sich Herr Köppler gemeldet. Bitte sehr!

**Heinrich Köppler**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte einen anderen Vorschlag für das Verfahren bei der Abstimmung machen. Der Vorschlag unserer Antragskommission bedeutet, daß die Vorlage des Vorstandes, das Ergebnis mühsamer Arbeit, wie wir in der Diskussion gehört haben, und langer Diskussionen in der Programmkommission, an den Schluß einer ganzen Reihe von Einzelabstimmungen gerückt wird. Das verschiebt das Bild, das für alle Delegierten, ehe sie hierher nach Düsseldorf kamen, die Ausgangslage für die wohl eigentliche Grundentscheidung dieses Parteitages war.

(Beifall)

Ich beantrage deshalb, zunächst über den Antrag der Sozialausschüsse, das Minderheitsvotum der Vorlage an den Parteitag abzustimmen, weil das wohl mit Recht von der Antragskommission als der am weitesten außerhalb der Spur, die das Mehrheitsvotum gewiesen hat, liegende Antrag bezeichnet wurde. Ich schlage aber vor, als zweites über das Mehrheitsvotum der Programmkommission und damit die Vorlage des Bundesvorstandes abzustimmen.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Zum Verfahren Herr Stoltenberg, bitte.

**Dr. Gerhard Stoltenberg**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Möglicherweise waren die sehr sorgfältigen und etwas komplizierten Darlegungen des Kollegen Ruf über alle Anträge für den einen oder anderen sehr verwirrend. Aber sie beruhen auf einer richtigen Überlegung, die der bisherigen Praxis dieses Parteitages entspricht. Ich glaube, daß es richtig ist, dem Vorschlag zu folgen. Er wurde einvernehmlich ausgesprochen, und er entspricht, wie ich glaube, auch dem Wunsch der Antragsteller, zunächst das Minderheitsvotum, das der Kollege Katzer begründet hat, zur Abstimmung zu stellen. Aber es würde unserem bisherigen Verfahren widersprechen — und ich möchte Bedenken dagegen anmelden —, einen in Unterschriften und in der Debatte so stark gestützten weiteren Abänderungsantrag zu übergehen und auf die Vorstandsvorlage zurückzugehen. Ich möchte deshalb den Vorschlag der Antragskommission unterstützen.

(Beifall)

Er entspricht der bisherigen Praxis des Parteitages — auch in Fällen, in denen Änderungsanträge zur Vorstandsvorlage nicht so stark unterstützt waren, wie das hier der Fall ist. Ich glaube, wir sollten uns an diesen bewährten Grundsatz halten.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Jetzt liegen zwei Anträge vor. Beide sind begründet worden; gegen beide ist Stellung genommen worden. Diese Anträge wären abstimmungsreif.

Wollen Sie zum Verfahren oder zum Abstimmungsverfahren sprechen? (Zustimmung.) Herr Jäger aus Baden-Württemberg.

**Klaus Jäger**: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Zur Frage des Verfahrens in dieser Sache hat dieser Parteitag bei anderen Abstimmungen bereits eine klare und, wie ich glaube, aus den Gepflogenheiten vieler Jahre abgeleitete richtige Entscheidung gefunden, die Entscheidung nämlich, daß über Anträge in der Reihenfolge des Umstandes abzustimmen ist, inwieweit sie die weitergehenden sind. Das heißt im vorliegenden Fall, daß der weitestgehende Antrag, wie schon gesagt worden ist, der Antrag der Sozialausschüsse ist, daß der diesem nächstkommende wohl der Antrag der Jungen Union ist; denn er geht in einigen Fragen über die anderen hinaus; daß der nächstweitgehende der des Bundesvorstandes ist; denn er sieht über das Kooptationsverfahren Möglichkeiten vor, die im Antrag Hessen nicht enthalten sind; und daß erst dann der Antrag der Landesverbände Schleswig-Holstein,

Hessen u. a. zur Abstimmung gestellt werden müßte. Nur diese Reihenfolge, die von der Veränderung der jetzigen rechtlichen Situation auf dem Gebiet der Mitbestimmung ausgeht, gibt allen Antragstellern und allen Beteiligten die faire Chance in der Abstimmung.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Zu diesem Antrag Herr Ruf, bitte.

**Thomas Ruf**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission vertritt die Auffassung, daß es richtig ist, entsprechend der bisherigen Gepflogenheit zu verfahren und zuerst über die weitergehenden Anträge abzustimmen. Ohne Zweifel und unbestritten ist der weitestgehende Vorschlag der der Sozialausschüsse. Deswegen haben wir beantragt, darüber zuerst abzustimmen. Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, folgt als nächstweitgehender Antrag der des Landesverbandes Hessen. Darf ich erläutern — — —

(Widerspruch)

Ja, ich begründe das. Das ist meine Gewohnheit, Herr Kollege Blüm. In dem Antrag der Landesverbände Hessen, Nordwürttemberg usw. ist nämlich der nicht unwichtige Satz aus der Vorstandsvorlage nicht enthalten: „Dies werden wir auf der Grundlage der Vorschläge des Biedenkopf-Gutachtens verwirklichen.“ Insofern weicht die Vorlage Hessens und der anderen Landesverbände nicht nur bezüglich 7:5, sondern auch bezüglich dieses Satzes ab. Der Satz, den ich eben vorgelesen habe, ist nämlich im Vorschlag der Jungen Union, übereinstimmend mit der Vorstandsvorlage, enthalten. Deshalb ist es richtig, meine Damen und Herren, zuerst über das Minderheitenvotum, dann den Vorschlag Hessens und der übrigen Landesverbände, dann den der Jungen Union und dann die Vorstandsvorlage abzustimmen.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren!

(Mehrere Wortmeldungen)

Jetzt liegen drei Anträge zur Geschäftsordnung vor. Es ist dafür und dagegen gesprochen worden. Ich glaube, damit ist die Möglichkeit der Diskussion von Geschäftsordnungsanträgen ausgeschöpft.

(Beifall)

Es ist bisher im Präsidium jedenfalls unstrittig, daß zunächst über das Minderheitenvotum abzustimmen ist. Dann bleibt allenfalls die Frage strittig, ob wir zunächst entsprechend dem Vorschlag der Antragskommission zu verfahren haben oder im weiteren Fortgang der Abstimmung entsprechend dem Antrag des Kollegen Köppler. Das Präsidium ist sich darüber einig, daß nach dem Stand der Diskussion das die Alternative ist.

(Mehrere Zurufe: Jäger!)

Ich werde zunächst darüber abstimmen lassen, ob die Versammlung dieser Alternative zustimmt. Ich lasse darüber abstimmen, ob darüber abgestimmt werden kann: entweder Vorschlag Antragskommission oder Vorschlag Köppler. Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimm-

karte. — Die Gegenprobe! — Das Präsidium ist übereinstimmend der Meinung, da das erstere die Mehrheit war. Ich lasse noch die Stimmhaltungen feststellen. Wer enthält sich der Stimme? — Keine Stimmhaltungen. Das erstere war die Mehrheit. Es wird nach dem Vorschlag der Antragskommission verfahren.

Wir hätten danach zunächst über die Anträge 559, 563, 564, 565, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574 — Minderheitsvotum — abzustimmen.

Ich werde darauf hingewiesen, daß zum Abstimmungsverfahren noch Geschäftsordnungsanträge vorliegen. Vom Landesverband Hamburg hat Herr Rollmann das Wort. Es geht nur um den Modus. Die erste Frage ist entschieden.

**Dietrich Rollmann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß diese Entscheidung zu den Fragen der Mitbestimmung, die wir jetzt zu treffen haben, eine der wichtigsten Entscheidungen ist, die dieser Parteitag mit großer Wirkung für die deutsche Öffentlichkeit und mit großer Wirkung für die Zukunft der deutschen Wirtschaft zu treffen hat. Es wird der Bedeutung der Entscheidung und ihrer Tragweite gerecht, wenn wir Stimmzettelabstimmungen vornehmen, und ich möchte mir erlauben, jetzt bei den Abstimmungen zur Sache diese Stimmzettelabstimmung zu beantragen.

**Heinrich Windelen,** Tagungspräsidium: Nach unserem Statut kann eine solche Abstimmung durch ein Viertel der Stimmberechtigten beantragt werden. Die Feststellung kann durch Erheben der Stimmkarte getroffen werden. Ich muß zunächst fragen: Wird das Wort gegen diesen Antrag gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wer den Antrag, der von Herrn Rollman vorgetragen wurde, unterstützt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. — Das Präsidium ist übereinstimmend der Meinung, daß das mindestens ein Viertel der Antragsberechtigten war.

(Vereinzelter Beifall)

Es wird also durch Stimmzettel abzustimmen sein.

Die Stimmzettel sind zusammengefaßt in dem Stimmblock mit den verschiedenfarbigen Stimmzetteln. Die Stimme Nr. 1 ist konsumiert. Die Abstimmung erfolgt mit der Stimme Nr. 2.

Wir haben zunächst nach dem angenommenen Verfahrensvorschlag abzustimmen über das Minderheitenvotum, das heißt, über den Antrag der Bundesvereinigung der Sozialausschüsse, der auf Seite 132 als Minderheitenvotum abgedruckt ist. Die Abstimmung erfolgt in der Weise, daß der, der dem Minderheitenvotum zustimmen will, den weißen Ja-Zettel Nr. 2 abgibt. Der, der das Minderheitenvotum ablehnen will, stimmt mit Nein mit dem roten Stimmzettel Nr. 2; Stimmhaltungen durch den gelben Stimmzettel Nr. 2.

Bei der Abgabe der Stimmzettel werden Sie gebeten, den Stimmausweis vorzulegen. Die Stimmzähler werden gebeten, darauf zu achten.

Die Abstimmung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren! Wir haben nicht ausdrücklich Stimmzähler gewählt. Ich bitte um Ihr Einverständnis, daß die gewählten Mitglieder der Mandatsprüfungs-

kommission die Funktion der Stimmzähler ausüben. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. — Danke. Die Gegenprobe. — Stimmenthaltung? — Das war eine einstimmige Annahme. Danke.

Darf ich die Zwischenzeit benutzen, um Sie zu bitten, die überzähligen Stimmzettel der Nr. 2, um Irrtümern vorzubeugen, aus Ihrem Block jetzt schon zu entfernen.

Darf ich darüber hinaus die Zeit benutzen, um jetzt zu klären, welche Alternative sich bei der nächsten Abstimmung stellt. Das Wort hat dazu Herr Vogt.

**Wolfgang Vogt:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antragskommission hat ihre Empfehlung über das Abstimmungsverfahren mit der Bitte verbunden, daß vor einer möglichen zweiten Abstimmung noch einmal gesagt wird, wo die Alternative liegt.

Im zweiten Abstimmungsgang geht es um die Anträge Hessens und anderer Landesverbände. In diesen Anträgen ist keine Aussage darüber enthalten, wie die Vorstandsmitglieder berufen werden, über das Auswahl- und Bestellungsverfahren der Vorstandsmitglieder; außerdem ist in diesen Anträgen die Kooptation, wie sie bei der Bundesvorstandsvorlage und bei der Vorlage der Jungen Union vorgesehen ist, nicht enthalten. Die Alternative liegt also hier auf der Hand, da die Vorschläge des Bundesvorstandes und der Jungen Union inhaltlich übereinstimmen in ihrer Art der Kooptation und in einem besonderen Wahlverfahren für die Bestellung der Vorstandsmitglieder.

**Heinrich Windelen,** Tagungspräsidium: Schönen Dank. — Darf ich fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben sind? — Ich höre keinen Widerspruch.

Die Abstimmung ist geschlossen. —

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Stimmberechtigt waren 555 Delegierte. Abgegeben wurden 530 Stimmen. Mit Ja haben gestimmt 111, mit Nein 411, enthalten haben sich 8. Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir fahren nunmehr in der Abstimmung entsprechend dem Vorschlag der Antragskommission fort. Zur Abstimmung stehen jetzt die Anträge Nrn. 556, 557, 558, 578 sowie 942 und 950 — der sogenannte 7:5-Vorschlag der Landesverbände Hessen und anderer sowie einiger Einzelanträge.

Wer diesem Antrag zustimmen will, der tue das auf dem Stimmzettel Nr. 3: Wer mit Ja stimmen will, stimmt mit dem weißen, wer dagegen ist, mit dem roten Zettel; Stimmenthaltung auf dem gelben Zettel. Bei Abgabe der Zettel bitte den Stimmausweis vorzuzeigen. Die Abstimmung ist eröffnet.

Ich wiederhole der Klarheit wegen: Es geht um die Entscheidung der Anträge Hessen, Schleswig-Holstein und anderer, wie von Herrn Kollegen Dräger eingebracht und begründet. Wer diesem Antrag zustimmen will, stimmt mit Ja, wer ihn ablehnen will, stimme mit Nein; Enthaltung mit dem gelben Zettel. Nr. 3 ist der alleingültige Abstimmblock für diese Abstimmung. Bei Abgabe der Stimmzettel ist der Abstimmungsausweis vorzulegen.

Die Abstimmung ist im Gange.



Darf ich fragen, ob alle Stimmkarten abgegeben sind? — Hier ist noch eine Stimmkarte einzusammeln! — Die Abstimmung ist geschlossen. —

Ich darf Ihnen das Ergebnis der Abstimmung bekanntgeben. Stimmberechtigt: 555, unverändert; abgegebene Stimme: 531; es haben mit Ja gestimmt: 259; mit Nein: 253; 6 Enthaltungen, 13 ungültige Stimmen.

Damit ist der Antrag Dregger, 556, 557, 558, 559 ff. mit Mehrheit angenommen.

(Beifall — Ein Pfiff)

Damit ist Ziff. 71 verabschiedet.

*Wir haben jetzt noch über Antrag 566 abzustimmen, ferner die letzte Ziffer der Vorstandsvorlage. Der Antrag 566 bezieht sich auf die letzte Ziffer der Vorstandsvorlage, er soll sie ergänzen. Zur Begründung hat Herr Arnold, Landesverband Rheinland, das Wort.*

**Dr. Gottfried Arnold:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Vorschlag, einen Bundeswirtschafts- und -sozialrat einzurichten, steht im Aktionsprogramm der CDU Nordrhein-Westfalen. Der Kreisverband Düsseldorf hält es für zweckmäßig, ihn auch zum Gegenstand des Parteiprogramms zu machen. Lassen Sie mich das ganz kurz begründen.

Ich verstehe diesen Vorschlag als einen Beitrag zur Parlamentsreform.

Alle Abgeordneten werden mit Informationsmaterial in einer so riesigen Menge überschüttet, daß sie es kaum bewältigen können. Die Stellungnahmen der verschiedenen Verbände widersprechen einander, verwenden ganz unterschiedliche Argumente, gehen auch oft von ganz verschiedenen Zahlen aus, die im einzelnen schwer nachzuprüfen sind.

Es wäre eine sehr große Erleichterung, wenn an Stelle der einseitigen Darstellung eine umfassende Aufbereitung des Stoffs träte, ein Wirtschafts- und Sozialrat der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und unabhängige Sachverständige hohen Ranges zusammenfaßt, diese Argumente in Rede und Gegenrede vorklären und dann dem Bundestag eine zusammenfassende Darstellung vorlegen würde, eine Darstellung die ihm eine eigene Aufbereitung erspart.

Neben dieser Funktion aber hätte der Wirtschafts- und Sozialrat die bedeutsame Aufgabe, die maßgebenden Sprecher der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, die sich sonst nur in Tarifverhandlungen in verschiedenen Gegenpositionen begegnen, zu einem längerfristigen Gespräch über die Grundlagen der auch bei ihnen notwendigen Zusammenarbeit zusammenzuführen.

Unsere politischen Freunde, meine Damen und Herren, die in internationalen Gremien dieser Art, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialrat in Brüssel, dem Beratenden Ausschuß der Montanunion in Luxemburg, gearbeitet haben, berichten übereinstimmend von günstigen Wirkungen, die diese Kooperation gehabt hat. In vielen anderen Ländern wie in Frankreich und in Belgien bestehen seit langem solche Einrichtungen, die mit Erfolg arbeiten.

Ich halte es daher für zweckmäßig, daß wir diesen Gedanken in unser Programm aufnehmen und bitte Sie, ihn zu unterstützen.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Zum gleichen Antrag Herr Eberhard Pohlmann, Hameln!

**Eberhard Pohlmann**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Das Minderheitsvotum zu Ziff. 71 der Programmvorlage glaubt für die Verwirklichung der überbetrieblichen Mitbestimmung die Errichtung eines Bundeswirtschafts- und -sozialrates vorschlagen zu müssen.

Liebe Parteifreunde! Die Absage an die paritätische Mitbestimmung soll hier nicht wiederholt werden. Die Argumente sind Ihnen hinreichend bekannt. Erwähnt sei nur, daß dieser Vorschlag die ganze Mitbestimmungsdiskussion weiter erschwert und eine neue Nebelwand zwischen unsere Reihen legt.

Abgesehen davon, daß wir uns dagegen wehren müssen, daß immer neue Hintertüren und Treibriemen für die paritätische Mitbestimmung auf überbetrieblicher Ebene erfunden werden, wehre ich mich ganz entschieden dagegen, daß diese für uns so entscheidende Frage kopflastig gemacht wird. Dies vorweg!

Nun lassen Sie mich den Vorschlag der Sozialausschüsse ganz ernst nehmen. Gegen den Bundeswirtschafts- und -sozialrat spricht eigentlich alles. Politisch besteht schon gar kein Bedürfnis. Die Arbeitnehmerorganisationen sind in allen in Frage kommenden Spitzenorganisationen und -institutionen ausreichend repräsentiert. Ideologisch muß gesagt werden, daß ein derartiger Rat ein schwer überlasteter Aufguß aus dem Ständestaat ist. Derartige Schatten sollten wir erst gar nicht aufkommen lassen.

(Vereinzelter Beifall)

Bei aller Pflicht zur Differenzierung sollte es uns eine Lehre sein, daß schon der Reichswirtschaftsrat von 1920 nicht funktioniert hat. Ein großer Teil der damaligen Einwände gilt auch heute noch, und zwar ebenso. Das Ordnungssystem unseres Grundgesetzes hat gerade auf Institutionen wirtschaftsverfassungsrechtlicher Art verzichtet. Die Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber haben ihren legitimen Platz im freien gesellschaftlichen Raum und nicht im Raum des verfaßten Staatsgefüges. Je mehr auf eine Institutionalisierung verzichtet wird, um so mehr bleibt die notwendige Freiheit und Unabhängigkeit der Interessenverbände erhalten.

Der Bundeswirtschaftsrat wird sich, gleichgültig wie er organisiert ist, aus sich heraus in die Staatswillensbildung drängen, und damit wird die Einheitlichkeit der Staatswillensbildung zerstört, die allein dem Parlament zugeordnet ist. Das Parlament muß das einzige Repräsentativorgan des gesamten Volkes, gerade für die sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen, bleiben.

(Beifall)

Wir wollen kein neues Mit- oder Nebenparlament, und wir wollen auch keinen Honoratiorensenat, in dem notwendige Konflikte eben nicht entschieden, sondern

nur verwässert werden. Wir wollen keine weiteren Kostengänger der sowieso schon übermäßig eingeengten Bundesfinanzen mit Diäten, Sachaufwendungen, Assistenten, Sekretären, Büros und Dienstwagen.

(Beifall)

Meines Erachtens: Das, was der Bundeswirtschaftsrat leisten könnte, ist heute durch das Stabilitätsgesetz und durch den Sachverständigenrat bereits vorhanden.

(Widerspruch)

Wir müssen es vermeiden, daß die entscheidenden Sachfragen einer totalen Politisierung ausgesetzt werden. Eine neue Lobby darf erst gar nicht entstehen. Unsere pluralistische Gesellschaft und die verschiedenen Gruppen müssen im Parlament repräsentiert werden.

Deswegen stelle ich den Antrag, und ich bitte Sie, nachträglich diesen Antrag zu unterstützen, den Antrag der Sozialausschüsse im Minderheitsvotum und alle angeschlossenen Anträge abzulehnen.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Herr Kollege Ruf!

**Thomas Ruf**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Ablehnung des Antrags Nr. 566. Dagegen soll der letzte Absatz der Vorstandsvorlage zu Ziff. 71 angenommen werden.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag Nr. 566 zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. — Danke! Die Gegenprobe! — Letzteres war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Damit ist Ziff. 71 — —

(Zurufe)

— Nein? — Ich werde darauf hingewiesen, daß noch abzustimmen ist. — Entsprechend dem Vorschlag der Antragskommission — über den letzten Satz der Vorlage des Bundesvorstandes zu Ziff. 71, betreffend die überbetriebliche Mitbestimmung. Die Antragskommission hat Annahme empfohlen.

Wer dem Antrag der Antragskommission folgen, also zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. — Danke! Die Gegenprobe bitte! — Stimmenthaltungen? — Ersteres war die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Damit, meine Damen und Herren, hoffe ich jetzt unwidersprochen feststellen zu können, daß über Ziff. 71 abschließend beschlossen ist.

Ich werde darauf hingewiesen, daß, obschon ursprünglich auch nach Auffassung der Antragskommission davon ausgegangen war, der Antrag 560 — das ist der Antrag der Jungen Union — durch die Annahme des Antrags zu 556 und andere erledigt gewesen sei. Dagegen werden nunmehr Einwendungen erhoben. Ich halte es für zweckmäßiger, ehe wir in eine Geschäftsordnungsdebatte eintreten, darüber abstimmen zu lassen. Das heißt also: Es steht noch zur Abstimmung der Antrag 560, Vorlage der Jungen Union. Das Wort hat dazu Herr Riesenhuber!

**Dr. Heinz Riesenhuber:** Meine Damen und Herren, ich darf den Antrag 560 Abs. 1 der Jungen Union hier sehr kurz begründen. Es handelt sich darum, daß wir die Stärkung der Vertretung der Jugend in den Betrieben, in den Betriebsräten, verlangen. Das ist eine alte Forderung, die wir als Junge Union auf verschiedenen Kongressen einschließlich unserer jugendpolitischen Kongresse mit großen Mehrheiten verabschiedet haben, eine Forderung, die wir in den Auseinandersetzungen und in der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften als außerordentlich notwendig erkannt haben, eine Forderung, die für die weitere Arbeit unserer Jungen Union in den Gruppen der Jugend, die wir besonders brauchen, entscheidend sein wird. Wir haben unsere Arbeit in der Vergangenheit zu sehr auf die Zusammenarbeit mit den Studenten und vielleicht auch noch den Schülern abgestellt. Wir müssen mit aller Entschiedenheit in die Gruppen der Lehrlinge kommen, und wir müssen in diesen Gruppen eine politische Macht werden, an der man nicht mehr vorbeigehen kann. Wir sind der Ansicht, daß dieser Antrag, den wir hier stellen, auf die Stärkung der Jugendvertretung in den Betrieben, sachlich gerechtfertigt ist, politisch tunlich ist, taktisch außerordentlich wichtig ist und daß dieser Antrag unsere Zusammenarbeit als Junge Union mit den Gewerkschaften und unsere Arbeit als Junge Union in den Betrieben ganz wesentlich stärken kann.

Ich möchte Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

**Heinrich Windelen,** Tagungspräsidium: Herr Ruf für die Antragskommission!

**Thomas Ruf:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung des Antrags 560 der Bundesvereinigung Junge Union. Der Antrag ist dadurch erledigt, daß der Antrag des Landesverbandes Hessen angenommen worden ist. Dort heißt es wörtlich: „Deshalb setzen wir uns ein für bessere Vertretungsrechte für die jugendlichen Arbeitnehmer.“

Darüber hinaus kann ich Ihnen mitteilen, daß wir in den Gesetzentwurf der Mitbestimmungskommission der CDU sowieso einen Kündigungsschutz für die Mitglieder der Jugendvertretung gleich dem Kündigungsschutz der Betriebsräte vorgesehen haben. Außerdem haben wir eine Jugendvertretung mit besonderen Aufgaben und Befugnissen vorgesehen.

Ich bitte Sie, aus diesen Gründen den Antrag abzulehnen.

**Heinrich Windelen,** Tagungspräsidium: Sie haben das Votum gehört. Wer dem Antrag 560 zustimmen will, das heißt also gegen das Votum der Antragskommission,

für das Votum, das von Herrn Kollegen Riesenhuber vertreten wurde, der möge das Zeichen mit der Stimmkarte geben. — Danke. Die Gegenprobe. — Das war unklar.

(Zuruf: Weil alle davorstehen!)

Ich muß noch einmal präzisieren: Die Antragskommission hat aus sachlichen und systematischen Gründen Ablehnung empfohlen. Ich habe aber, wie das üblich ist, positiv über den Antrag abstimmen lassen. Wer also dem Votum der Antragskommission folgen will, muß mit Nein stimmen, wer dem Votum des Antragstellers folgen will, muß mit Ja stimmen.

Ich wiederhole, weil Zweifel über das Ergebnis aufgekommen waren, die Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die mit Ja stimmen wollen, sich zu erheben. — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Das Präsidium ist sich darüber einig, daß das letzte die Mehrheit war.

(Widerspruch)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Widerspruch)

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie von dort den gleichen Überblick haben, wie wir von hier oben. Ich habe Übereinstimmung des Präsidiums festgestellt.

Ich darf mich, meine Damen und Herren, dennoch sehr herzlich bedanken, daß Sie diesen sehr schwierigen Punkt so sachlich und in so guter Form über die Bühne gebracht haben. Sie haben dem Präsidium die Arbeit sehr leicht gemacht. Herzlichen Dank.

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium (den Vorsitz übernehmend): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zur Beratung des weiteren Programms. Ich darf aber zur Erleichterung der Arbeit des Präsidiums sehr herzlich darum bitten, daß insbesondere hier vorn die Parteitags Teilnehmer etwas mehr Raum geben, daß man tatsächlich auch nach rechts und nach links sehen kann

(Beifall)

wie abgestimmt wird. Wenn Zweifel in den Abstimmungen sind, dann ist das nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß hier vorn etwas Unordnung ist.

(Zustimmung)

Zur Geschäftsordnung Herr Stanitzek!

**Reinhold Stanitzek**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will beileibe nicht die Beschlußfassung des Hauses aufhalten, bin aber der Auffassung, daß die zuletzt vorgenommene Abstimmung so unklar war,

(Beifall)

daß die Wichtigkeit der Frage gerade für die Arbeit in den Betrieben und gerade in der Frage der Stellung zu den jungen Arbeitnehmern so wichtig ist, daß wir darüber auch schriftlich abstimmen, um hier Klarheit zu haben. Ich kann mich erinnern, daß

gestern in einer gleich wichtigen Frage das Präsidium zunächst entschieden hatte, daß der Antrag abgelehnt worden sei, nach der schriftlichen Abstimmung aber eine genau andersartige Entscheidung verkündet wurde.

Deshalb bin ich der Ansicht, daß das Urteil des Präsidiums, auch dann, wenn es übereinstimmend ist, nicht ausreicht und deshalb die Abstimmung wiederholt werden müßte.

(Beifall)

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, es tut mir leid, daß ich meine erste Amtshandlung hier als amtierender Präsident damit beginnen muß, festzustellen, daß der amtierende Präsident, Herr Windelen, eindeutig festgestellt hat: Die Mehrheit des Präsidiums ist der Meinung, daß der Antrag abgelehnt ist. Ich kann jetzt nicht Weiteres dabei tun.

(Zischen)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Ziff. 72. Das Wort für die Antragskommission hat Herr Dr. Geissler.

**Dr. Heinrich Geissler**: Meine Damen und Herren, es geht um die Ziffer 72 des Programms. Die Antragskommission schlägt Ihnen die Annahme der Vorstandsvorlage vor. Anträge zu diesem Punkt sind nicht vorhanden.

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Danke sehr. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich komme zur Abstimmung über die Ziffer 72.

Wer die Ziffer 72 in der Fassung der Vorstandsvorlage seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Ich rufe die Ziffer 73 auf. Bitte, Herr Dr. Geissler.

**Dr. Heinrich Geissler**: Zur Ziffer 73 sind die Anträge 584 und 585 zu behandeln. Die Antragskommission schlägt Ihnen eine Ergänzung vor, und zwar inhaltlich einen Gedanken aus dem Antrag Nr. 584, daß nämlich die sozialen Dienste nicht nur den Bürgern in gleicher Weise zur Verfügung stehen sollen, sondern den Bürgern auch erreichbar sein sollen. Die Fassung würde dann in der Formulierung der Antragskommission lauten: „Allen Bürgern in diesem Land sollen die sozialen Einrichtungen und öffentlichen Dienstleistungen in gleicher Weise erreichbar sein und zur Verfügung stehen.“

Der Antrag 584 ist durch die so abgeänderte Formulierung inhaltlich erfaßt, und der Antrag 585 sollte nach Auffassung der Antragskommission abgelehnt werden.

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Danke sehr. Ich habe keine Wortmeldungen. Ich möchte gern über die Empfehlung der Antragskommission insgesamt abstimmen lassen. — Ich höre keinen Widerspruch.

Wer den Antrag der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Bei zwei Gegenstimmen ist dem so entsprochen.

Ich rufe die Ziffer 74 auf. — Herr Dr. Geissler!

**Dr. Heinrich Geissler:** Zur Ziffer 74 liegen die Anträge 586 und 587 vor. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag 586 abzulehnen, da ein Ziel der Arbeitsmarktpolitik — ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot an Arbeitsplätzen — in der Vorstandsvorlage ausdrücklich genannt wird.

Der Antrag 587 sollte unter der Ziffer 99 verbleiben und dort behandelt werden, also jetzt noch nicht entschieden werden.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Vorstandsvorlage.

**Adolf Müller,** Tagungspräsidium: Danke sehr. — Ich habe hierzu zwei Wortmeldungen vorliegen: Dr. Meier, Exil-CDU, und Dr. Schäfer. Ich wäre Ihnen dankbar, meine Damen und Herren, wenn Sie versuchen könnten, die Redezeit möglichst auf 3 Minuten zu beschränken.

**Dr. Hellmut Meier:** Ich will es gern noch kürzer machen! — Meine Damen und Herren, wenn es hier heißt „ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot an Arbeitskräften“ soll durch eine Arbeitsmarktpolitik geschaffen werden, dann ist das doch nur eine Seite. Es ist doch viel wichtiger, das Gleichgewicht zwischen der Zahl der Arbeitsplätze und der Zahl der Arbeitskräfte anzustreben.

Wenn wir das Angebot an Arbeitsplätzen ausreichend und bedarfsgerecht machen wollen, müssen wir es ja zwangsläufig an der Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte messen, und das kann doch nicht der Sinn unserer Bemühungen sein, denn auf die heutige Zeit übertragen müßte das logischerweise heißen: Die Zahl der Arbeitsplätze ist viel größer als die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte, also ist das Verhältnis nicht richtig. Wir müßten dann die Zahl der Arbeitsplätze einschränken, und das kann doch niemals der Sinn der Sache sein.

Es kommt auf das Gleichgewicht an, und deswegen stimme ich für den Antrag des Landesverbandes Westfalen-Lippe, in dem es heißt, einen ausgewogenen Arbeitsmarkt anzustreben.

**Adolf Müller:** Danke sehr. — Herr Dr. Schäfer.

**Dr. Schäfer:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich kann mich kurz fassen. Mein Herr Vorredner hat schon im wesentlichen das gesagt, was ich sagen wollte. Wir beantragen, den ersten Halbsatz im ersten Satz: „die ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot an Arbeitsplätzen schafft“, durch eine neue Formulierung zu ersetzen, die wie folgt lautet: „die einen ausgewogenen Arbeitsmarkt schafft“.

Meine Damen und Herren, im Vorstandsentwurf werden nicht beide Seiten der einen Medaille Arbeitsmarkt berücksichtigt. Es ist klar, daß auch wir die Vollbeschäftigung durch ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot von Arbeitsplätzen als ein vorrangiges Ziel ansehen.

Die Arbeitsmarktpolitik hat andererseits aber auch die Aufgabe, dem Bedarf an Arbeitskräften zu entsprechen oder ihn zu befriedigen. Dieser zweifachen Ziel-

setzung wird ein ausgewogener Arbeitsmarkt gerecht. Ausgewogenheit des Arbeitsmarktes heißt, daß Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sich möglichst die Waage halten sollten. Mit diesem obersten arbeitsmarktpolitischen Ziel soll einerseits die Vollbeschäftigung gewährleistet und andererseits die Nachfrage nach Arbeitskräften befriedigt werden. — Ich bitte um Ihre Zustimmung.

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Danke sehr. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Meine Damen und Herren, darf ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen. Die Antragskommission empfiehlt den Antrag 586 abzulehnen und die Vorstandsvorlage Ziffer 74 anzunehmen.

Wer dieser Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Das erstere war die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 75 auf. Herr Dr. Geissler bitte.

**Dr. Heinrich Geissler**: Meine Damen und Herren! Zur Ziffer 75 liegen keine Anträge vor. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Vorstandsvorlage.

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Ich habe keine Wortmeldungen. Darf ich die Delegierten bitten, das Stimmzeichen zu geben, wenn sie der Ziffer 75 der Vorstandsvorlage folgen. — Danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Bei ein oder zwei Gegenstimmen angenommen!

Ich rufe Ziffer 76 auf.

**Dr. Heinrich Geissler**: Zur Ziffer 76 sind die Anträge 588 bis 590 und 962 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag 589 anzunehmen, da in diesem Antrag ausdrücklich der Bildungsanspruch der Kinder ausländischer Arbeitnehmer betont wird und dieser Passus in der Vorstandsvorlage fehlt. Die Antragskommission ist der Auffassung, daß die Vorstandsvorlage insoweit ergänzungsbedürftig ist, und zu diesem Zweck dient die Annahme des Antrags 589, der im übrigen inhaltlich mit der Vorstandsvorlage identisch ist.

Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung der Anträge 588, 590 sowie 962. Den Antrag 590 sieht sie ausreichend im ersten Satz des Antrags 589 abgedeckt. Im Antrag 962 sieht sie keinen schwerwiegenden Unterschied zum Antrag 589.

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Danke sehr. Ich habe zwei Wortmeldungen vorliegen: Dr. Ingrid Obermüller-Kochs, Südbaden, und Editha Limbach, Rheinland.

**Dr. Ingrid Obermüller-Kochs**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrag 962 Ihre Zustimmung zu geben. Ich glaube, wir sollten uns in diesem Raum darüber einig sein, daß wir aus Gründen sozialer Gerechtigkeit, aus wirtschaftlichen Interessen, aber auch aus allgemeinen politischen Interessen darum besorgt sein müssen, für die Integration der Gastarbeiter in unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen.



Einer solchen Integration werden wir aber nicht durch einen Ausdruck wie „soziale Betreuung“ der Gastarbeiter gerecht. Wir sollten recht deutlich sagen, was wir meinen. Und ich glaube, das bringt der Vorschlag der Frauenvereinigung deutlich zum Ausdruck, der diese soziale Betreuung, die einer Diffamierung doch recht nahekommt, durch die Worte „sowie auf Eingliederung in die Gesellschaft“ ersetzt haben möchte.

Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß ich persönlich mir den Sprachunterricht für Gastarbeiterkinder etwas präzisierter wünsche. Es wird nämlich schon heute Unterricht für Gastarbeiterkinder gegeben; allerdings ist er nur in den wenigsten Fällen auch nur einigermaßen zureichend.

Es ist recht schwer verständlich, warum wir die Möglichkeiten, die wir hierfür hätten, nicht zu Hilfe nehmen: Jahr für Jahr kommen aus dem Ausland deutsche Auslandslehrer zurück, die auf Grund ihrer Kenntnis der Mentalität und ihres dort erteilten Unterrichts vorzüglich geeignet sind, den Kindern der Gastarbeiter wirkliche Hilfeleistung zu leisten. Wir aber stellen Lehrer an diese Aufgabe, die im allgemeinen dafür unzureichend vorbereitet sind.

Deswegen plädiere ich für den präziseren Ausdruck in unserem Programm, der lautet: „... durch Maßnahmen entgegenzutreten, die geeignet sind, bestehende Sprachbarrieren zu beseitigen.“ Meine Damen und Herren, sorgen Sie — wenn nicht aus anderen Gründen, dann aus eigenem Interesse — dafür, daß wir nicht eine neue Schicht von Analphabeten und sozial Entrechteten in unserem Gemeinwesen entstehen lassen!

(Beifall)

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Es spricht Frau Limbach, Landesverband Rheinland.

**Frau Editha Limbach**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte Sie um Annahme des Antrags Nr. 962 bitten.

Im Gegensatz zur Antragskommission sind wir der Meinung, daß zwischen den Worten „soziale Betreuung“ und „Eingliederung in die Gesellschaft“ nicht nur ein vielleicht redaktioneller Unterschied, sondern auch ein inhaltlicher besteht. „Soziale Betreuung“ klingt — jedenfalls für einen Menschen, der die moderne Sprache benutzt, ein wenig von oben herab, ein wenig abseits von Partnerschaft und Gleichberechtigung.

Ich finde, wir sollten auch den Wünschen der ausländischen Arbeiter selbst, die diese in den Betreuungsstellen, die eingerichtet sind — soweit sie sie überhaupt besuchen —, zum Ausdruck gebracht haben, Rechnung tragen und den Ausdruck, den sie selbst für diskriminierend und wenig partnerschaftlich halten, durch einen Ausdruck ersetzen, der akzeptabel ist und der das besagt, was wir wollen: gleiche Rechte und Pflichten für die ausländischen Arbeiter innerhalb der bestehenden Gesetze! — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Vielen Dank! — Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihr Einverständnis, wenn ich hier wieder über die Vorlage

der Antragskommission insgesamt abstimmen lasse. — Ich höre keinen Widerspruch. Dann möchte ich diejenigen bitten, die der Empfehlung der Antragskommission folgen, das Handzeichen zu geben. — Ich danke. Bitte die Gegenprobe! —

Darf ich die Abstimmung noch einmal wiederholen? Ich bitte die Damen und Herren des Präsidiums, einmal mit zu beobachten. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke Ihnen sehr. — Bitte die Gegenprobe! —

Ich habe Zweifel. Darf ich jetzt einmal versuchen, die Abstimmung durch Aufstehen herbeizuführen? — Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Danke sehr. Wer ist gegen die Empfehlung der Antragskommission? — Ich habe den Eindruck, daß Letzteres die Mehrheit war. Der Antrag ist abgelehnt.

(Beifall)

Nun müssen wir insgesamt über die Anträge beschließen. Ist der Parteitag mit mir einverstanden, wenn ich jetzt zunächst über den Antrag Nr. 962 abstimmen lasse, weil dieser Antrag die Ziffer 76 verändern will, während der Antrag Nr. 589 einen Zusatz zur Ziffer 76 enthält? — Ich höre keinen Widerspruch.

Ich lasse jetzt über den Antrag Nr. 962 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke sehr. Bitte die Gegenprobe! — Das letztere war eindeutig die Mehrheit; dieser Antrag ist angenommen.

Ich bitte jetzt den Sprecher der Antragskommission, dazu Stellung zu nehmen, was die Antragskommission nunmehr zur Abstimmung stellen will.

**Dr. Heinrich Geissler:** Meine Damen und Herren, ich nehme an, daß die negative Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission nicht bedeutet, daß der Zusatzantrag, der von der Antragskommission zu Ziffer 76 gestellt worden ist, in dem nämlich der Bildungsanspruch der Gastarbeiterkinder hervorgehoben werden sollte, damit inhaltlich abgelehnt worden ist. Vielmehr gehe ich bei der Formulierung davon aus, daß dieser Zusatz ebenfalls mit eingebaut werden soll.

**Adolf Müller,** Remscheid, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Ich lasse jetzt über den Antrag Nr. 589 abstimmen. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Das erstere war die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? — Der Antrag ist damit angenommen.

Jetzt kommen noch die Anträge Nr. 588 und 590; das sind wohl die beiden, von denen die Antragskommission meint, sie seien durch die jetzt entschiedenen Anträge erledigt.

(Dr. Heinrich Geissler: Jawohl.)

Ist das auch die Meinung des Parteitages? — Es erhebt sich kein Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Nummehr komme ich zur Abstimmung über die Ziffer 76 in der geänderten Fassung. Wer dieser Ziffer, nunmehr so geändert durch den Antrag Nr. 962, die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke sehr. Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

**Dr. Heinrich Geissler:** Herr Vorsitzender, ich darf darauf aufmerksam machen, daß die Ziffer 76 jetzt nicht nur durch die Zusatzanträge des Antrags Nr. 962 geändert worden ist, sondern auch durch den verabschiedeten Zusatzantrag Nr. 589.

**Adolf Müller,** Remscheid, Tagungspräsidium: Herr Dr. Geissler, darin bin ich mit Ihnen einig; das ist selbstverständlich.

Jetzt rufe ich die Ziffer 77 auf; der Sprecher der Antragskommission dazu ist Herr Dr. Ritz. Bitte sehr, Herr Dr. Ritz!

**Dr. Burkhard Ritz:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Noch eine Bemerkung, ehe wir zur Ziffer 77 kommen: Es liegt ein Änderungsantrag Nr. 591 vor, der die Überschrift betrifft. Darin wird vorgeschlagen, statt „Agrarpolitik“ den Ausdruck: „Land- und Forstwirtschaftspolitik“ zu wählen. — Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Ablehnung, da der Ausdruck „Agrarpolitik“ umfassender ist und sich zum Beispiel auch auf die Weinbaupolitik und die Fischereipolitik bezieht. Hiermit würde eine unzulässige Einengung vorgenommen. — Das zu Antrag Nr. 591!

**Adolf Müller,** Remscheid, Tagungspräsidium: Wir dürfen zunächst über diesen Antrag abstimmen, weil hier die Überschrift gemeint ist. Dazu liegen mir keine Wortmeldungen vor; die Wortmeldungen beziehen sich nur auf die Ziffer 77, nicht aber auf die Überschrift.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen, diesen Antrag abzulehnen. Wer der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. Ich danke. Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Es ist so beschlossen.

Nun kommen wir zur Ziffer 77. Bitte, Herr Dr. Ritz.

**Dr. Burkhard Ritz:** Zur Ziffer 77 liegen Ihnen, meine Damen und Herren, Änderungsanträge von Nr. 592 bis einschließlich Nr. 600 und noch zusätzlich der Änderungsantrag Nr. 956 sowie ein Änderungsantrag der Antragskommission in Nr. 964 vor. Wir sollten den Änderungsantrag der Antragskommission zum Inhalt der Beratung hier machen, weil er dann viele andere Anträge abdeckt. Das würde bedeuten, daß der Antrag Nr. 592 damit angenommen ist; er ist in diesem Antrag der Kommission enthalten.

Der Antrag Nr. 593 wäre abzulehnen, weil die Vorlage in der Darstellung umfassender ist; sie erstreckt sich auf die Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe. — Der Antrag Nr. 594 sollte ebenfalls abgelehnt werden, weil er durch die allgemeinen Formulierungen abgedeckt ist und in seinem Inhalt der tatsächlichen derzeitigen Strukturpolitik entspricht.

Der Antrag Nr. 595 wäre mit derselben Argumentation abzulehnen wie Antrag Nr. 593.

Antrag Nr. 596: Hier wäre der erste Satz anzunehmen; er bezieht sich auf das Verhältnis der Land- und Forstwirtschaft zur Landschaftspflege. Satz 2 wäre mit den obigen Argumenten abzulehnen.

Antrag Nr. 597 wird auch abgelehnt, weil wir der Meinung sind, daß die Streichung des ersten Satzes nicht sinnvoll wäre. Antrag Nr. 598 wird abgelehnt, weil die Vorlage selbst umfassender ist. Antrag Nr. 599 wird abgelehnt, weil es sich um keine sinnvolle Änderung handelt. Antrag Nr. 600 soll ebenfalls abgelehnt werden, weil der erste Absatz bereits durch andere Formulierungen abgedeckt ist und der zweite Satz ebenfalls der Ablehnung unterliegt. Das wäre die Ziffer 77 in der von der Antragskommission durch die Übernahme einiger Anträge geänderten Form.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke sehr, Herr Dr. Ritz. — Es liegen zwei Wortmeldungen von Herrn Dr. Stoltenberg und Herrn Helmut Tietje, Landesverband Niedersachsen, vor.

**Dr. Gerhard Stoltenberg**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte — auch für andere Delegierte — die von dem Kollegen Ritz vorgetragene Änderungsvorschläge nachdrücklich unterstützen. Wir alle wissen, daß die agrarpolitische Situation durch eine bedrohliche Verschlechterung der Lage der Landwirtschaft in diesen Monaten bestimmt ist, die sich auch in zunehmender Unruhe äußert. Der Kollege Barzel hat heute morgen, wie andere, bereits kurz darauf hingewiesen. Nun sind natürlich die Probleme und Sorgen der Agrarpolitik nicht neu, und sie sind auch unter der Regierung der CDU/CSU Thema vieler Auseinandersetzungen und Diskussionen gewesen. Sie beruhen in der strukturellen Problematik der Stellung der Landwirtschaft in der Industriegesellschaft und konkret auch in den unterschiedlichen Stufen, die wir in der europäischen Integration erreicht haben. Aber nach dem letzten Regierungswechsel in Bonn in den vergangenen 14 Monaten haben wir gerade auch hier eine gefährliche Zuspitzung zu verzeichnen. Sie äußert sich in zwei Daten, einer Verminderung der agrarischen Erzeugerpreise nach dem statistischen Index um 12,6 Prozent in Jahresfrist und Kostensteigerungen um fünf bis zehn Prozent auf der anderen Seite. Das, meine Damen und Herren, ist, wie jedermann erkennen wird, volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich ein völlig unerträglicher Sachverhalt, der verstärkte politische Initiativen verlangt.

(Zustimmung)

Die neue Lage, wie sie sich in den Diskussionen draußen im Lande überall widerspiegelt, ist folgende: Nicht nur die Randgebiete, nicht nur die strukturell etwas zurückgebliebenen oder nicht ganz modernisierten Betriebe sind betroffen, sondern jetzt gibt es begründete Sorgen auch um die Existenzfähigkeit der modernen, strukturell gesunden und gut geführten Betriebe. Damit ist dies nicht nur eine Frage der Landwirtschaft, sondern der gesamten Volkswirtschaft und bei den engen wirtschaftlichen Verflechtungen, aber auch den großen öffentlichen Aufgaben, die die Landwirtschaft in Bereichen wie Umweltschutz und Landschaftspflege für alle wahrnimmt, aber auch der gesamten Nation.

Ich möchte wenige Sätze zu dem sagen, was sich nach meiner Auffassung daraus an Folgerungen ergibt und was zur Bekräftigung der vorgelegten Anträge dient. Es ist hier mit Recht auf die Notwendigkeit einer dynamischen Markt- und Preispolitik hingewiesen worden — auch, und das haben wir bereits in der Vorlage des Vorstandes gesagt, durch eine Anhebung der Erzeugerpreise. Die Kostenentwicklung — nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern — spricht klar dafür. Insofern haben wir einen fundamental anderen Sachverhalt gegenüber den Preisdiskussionen vor fünf oder sechs Jahren. Es ist immerhin festzustellen, daß jetzt auch einzelne Ressortminister der Bundesregierung, Herr Ertl und Herr Schiller, in vorsichtiger Form dieses Erfordernis anzuerkennen beginnen. Aber es genügt nicht, meine Damen und Herren, daß das die Aussagen Einzelner für den Hausgebrauch werden. Was wir erwarten müssen, ist eine wirklich energische und zielstrebige Initiative der Bundesregierung in Brüssel, die alle Möglichkeiten, die es hier gibt, vom Markt her und von der Sache her auch in Verbindung mit anderen europäischen Fragen ausschöpft.

(Beifall)

Zweitens ist, wie ich glaube, nun durch das große Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion ein Abbau der Wettbewerbsverzerrungen notwendig — notwendig vor allem dann, wenn das System der Marktordnung erhalten werden soll. Deshalb ist es, wie in den vorliegenden Anträgen in Übereinstimmung mit dem wissenschaftlichen Gutachten des Beirates beim Bundesministerium für Landwirtschaft gesagt wird, erforderlich, wenn dies nicht in Kürze zu erreichen ist, zu einer Lockerung bzw. Aufhebung der starren Bindung der Agrarpreise an die Rechnungseinheit zu kommen.

(Vereinzelter Beifall)

Bis dieses Ziel erreicht ist, muß die nationale Agrarpolitik für einen verstärkten Ausgleich sorgen. Dies ist ein Kernpunkt neben der Frage der Preispolitik. Ich glaube, daß es wichtig ist, daß wir auch mit einer Diskussion übereinstimmen, die in unabhängigen Kreisen geführt wird und die auf Grund der eingangs genannten Zahlen zunehmend auch in der deutschen Wirtschaftspublizistik Verständnis findet.

Das dritte, was von dem Landesverband Oldenburg in einem Antrag angesprochen wurde, ist die Beseitigung der Wettbewerbsverzerrung im nationalen Steuerrecht, d. h. die Einschränkung und — soweit wie möglich — die völlige Beseitigung der Besserstellung gewerblicher Betriebe in der Veredlungswirtschaft. Jahre hindurch ist der Landwirtschaft gesagt worden, daß Chancen für moderne Betriebe in diesem Bereich liegen. Nachdem die Agrarpolitik und die moderne Betriebswirtschaft sie nun betreten hat, glaube ich, daß es eine Pflicht des nationalen Gesetzgebers ist, bestehende Ungleichheiten im Steuerrecht zu eliminieren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Zu diesen großen Aufgaben, die ich aus Zeitgründen nur kurz umreißen möchte, kommen die vielfältigen Formen einer verbesserten nationalen Agrarpolitik, die Aufgaben im Bereich der sozialen Sicherung, von denen in den Anträgen gesprochen wird, der Bildungsarbeit, der beruflichen Fortbildung und der

Ausschöpfung der Instrumente, die auf Kostensenkungen hinwirken. Aber wir alle haben erkannt, daß die Kernfragen in den erwähnten anderen Bereichen liegen, und wir sollten als eine Partei, die in ihren Wählern Stadt und Land in ausgewogener Weise vereinigt, erkennen, daß das Ganze nicht gesund bleiben kann, wenn durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik und wachsende Spannungen in europäischen Strukturen ein wesentlicher Zweig unserer Volkswirtschaft in seiner Existenzgrundlage bedroht ist. Deshalb möchte ich den Parteitag bitten, die vorgelegten Anträge zu unterstützen und sie sich zu eigen zu machen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Wird nach diesen Ausführungen die Wortmeldung von Herrn Tietje aufrechterhalten? — Bitte sehr, Herr Tietje.

**Helmut Tietje**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wenn ich als Gewerkschaftler und als Mitglied der Sozialausschüsse zu diesem für uns alle wichtigen Punkt drei Minuten sprechen möchte, dann aus dem einzigen Grunde, daß die Protestbewegung in unseren Agrargebieten keinen Bürger dieses Staates mehr frei von Sorgen lassen kann.

(Zustimmung)

Wir alle, die wir in Kontakt mit unserer Landbevölkerung treten, wissen, daß das Vertrauen dieses Bevölkerungsteils in unsere Bundesregierung in keiner Weise mehr gegeben ist.

(Zustimmung)

Stellen wir fest, Herr Präsident, meine Damen und Herren, daß die gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt und Land nicht mehr vorhanden sind, daß die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit ebenfalls nicht mehr gegeben ist — Herr Stoltenberg hat es bereits mit Deutlichkeit ausgeführt —, daß die Kosten-Erlös-Spanne per Saldo so aussieht, daß die meisten Landwirte mehr und mehr mit rot ihre Jahresbilanz abschließen müssen. Das aber sollte uns zu dem Schluß führen, daß das Eigentum dieses Bevölkerungsteils mehr als in Gefahr ist.

Wir alle können heute feststellen, daß durch eine 20jährige Regierung Adenauers, Erhards und Kiesingers ein großes, fast an Wunder grenzendes Ergebnis erzielt wurde, in dem der Arbeitnehmer den Weg vom Proletarier zum gleichberechtigten Wirtschaftsbürger gegangen ist, daß wir aber heute vor der Sorge stehen, daß der freie Bauer und Bürger den Weg in das Agrarproletariat geht. Das dürfen wir nicht mitmachen.

(Beifall)

Das dürfen wir um so weniger mitmachen als die Eigentumsgesellschaft dieser 70er Jahre das beste Bollwerk gegen den Sozialismus und gegen den Kommunismus ist in der Erkenntnis, daß durch eine verfehlte Agrarpolitik schon heute der Weg in der Landwirtschaft in den schleichenden Sozialismus hineinläuft.

Nehmen wir die Unruhe — ob wir Städter sind oder vom Lande sind —, nehmen wir die Unruhe ernst! Wir als CDU sollten uns dieser Bevölkerung in den kommenden Jahren als Anwalt stellen, damit unsere Bauern freie Bürger in diesem Staat bleiben.

Wir, meinen liebe Freunde, müssen nicht nur auf diesem Gebiet wissen, was wir können; die CDU muß wissen, was sie will. Herzlichen Dank.

(Bravo-Rufe und Beifall)

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Meine Damen und Herren! Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Darf ich Sie damit einverstanden wissen, daß ich über die Gesamtempfehlung der Antragskommission abstimmen lasse? — Ich höre keinen Widerspruch. Wer der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Bei ein oder zwei Gegenstimmen ist so beschlossen.

Ich rufe auf die Ziffer 78. Bitte, Herr Dr. Ritz!

**Dr. Burkhard Ritz**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zur Ziffer 78 liegen zwei Änderungsanträge vor, einmal der Antrag Nr. 601; hier können wir es uns leicht machen, er ist in jedem Falle abzulehnen, weil der dort verwandte Begriff in der Vorlage gar nicht vorkommt.

Die Antragskommission hat Ihnen einen eigenen Antrag zu dieser Ziffer vorgelegt, der beinhaltet, daß die Sätze umgestellt werden. Der in der Ziffer 78 enthaltene Satz 2 wird Satz 1 und ergänzt durch den Begriff „dynamisch“ — „Wir wollen eine dynamische Markt- und Preispolitik . . .“ —; und der bisherige Satz 1 wird Satz 2 mit der Änderung, daß statt „dieser“ „unserer“ — „. . . unserer Agrarpolitik . . .“ — verwandt wird.

Soweit die vorliegenden Änderungsanträge, die Ihrer Annahme empfohlen werden.

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Danke. — Ich habe keine Wortmeldungen. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Bei wenigen Gegenstimmen ist so beschlossen.

Ich rufe auf die Ziffer 79.

**Dr. Burkhard Ritz**: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! In diesen hier vorliegenden Anträgen geht es vor allem um ein Problem, das der Kollege Stoltenberg bereits angesprochen hat, nämlich die Frage der EWG-Rechnungseinheit. Es liegt Ihnen da zunächst ein Änderungsantrag der Kommission auf Umdruck Nr. 966 vor. Darauf bezieht sich ebenfalls der Umdruck Nr. 986. Dann kommt hinzu der Umdruck Nr. 957.

Alle diese drei Anträge einschließlich des der Kommission befassen sich mit dem Problem „Grüner Dollar“. Die Kommission empfiehlt Ihnen, den Antrag Nr. 986 einzuarbeiten in die Nr. 966. Es würde dann heißen: „Andernfalls muß die starre Bindung der Agrarpreise an die in Vorgriff auf eine gemeinsame Währungspolitik geschaffene EWG-Rechnungseinheit zunächst aufgehoben oder doch gelockert werden.“

Das ist also die Einarbeitung des einen in den anderen Antrag. Damit würde sich der Antrag auf Umdruck Nr. 957 nach Meinung der Kommission erübrigen.

Die Kommission empfiehlt Ihnen darüber hinaus, die Anträge Nr. 603, 604 und 605 abzulehnen. — Soweit, Herr Präsident, die Empfehlung.

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Ich habe eine Wortmeldung; Herr Niermann, Landesverband Westfalen.

(Gustav Niermann: Ich verzichte!)

— Herr Niermann verzichtet, weil das Anliegen mit berücksichtigt worden ist.

Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Es ist so bei ein oder zwei Gegenstimmen beschlossen.

Ich rufe auf die Ziffer 80.

**Dr. Burkhard Ritz**: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Zu Ziffer 80 liegt ein Änderungsantrag des Landesverbandes Oldenburg vor. Er hat ebenfalls zum Inhalt eines der Probleme, die der Kollege Stoltenberg angesprochen hat, nämlich die Frage der Wettbewerbsneutralität im Bereich der tierischen Veredelung.

Die Antragskommission war allerdings der Auffassung, daß es sich hier um ein steuerrechtliches Problem handelt, daß es nicht ausgesprochen eingebaut werden soll in die Ziffer 80, sondern abgedeckt ist durch die Ziffer 66, in der Bezug genommen ist auf ein wettbewerbsneutrales Steuerrecht. Soweit der Antrag der Kommission.

Ich muß nur ergänzen, daß auch unsere Kommission den Inhalt dieses Antrages voll bejaht hat aber eben der Überzeugung war, daß aus Präjudizgründen hier nicht ein steuerrechtliches Problem eingebaut werden soll. — Soweit, Herr Vorsitzender, der Vorschlag.

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Ich habe zwei Wortmeldungen: Herr Reinke, Oldenburg, und Herr Dr. Kraemer, Rheinland. — Bitte, Herr Reinke!

**Leo Reinke**: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir glauben nicht, daß unser Antrag Nr. 606 damit abgetan werden kann, in den Antrag der Kommission Ziffer 66 oder gar in den Antrag Ziffer 80 unterzugehen. Wir sind der Meinung, daß dieser Antrag hier heute entschieden werden muß.

(Vereinzelt Beifall)

Unser Antrag beinhaltet die Beseitigung von Wettbewerbsverfälschungen im Bereich der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft. Er beinhaltet die Beseitigung der steuerlichen Möglichkeiten, Gewinne aus nichtlandwirtschaftlichen Erwerbsquellen mit Verlusten aus der tierischen Veredelung zu kompensieren. Es müssen gesetzliche Regelungen getroffen werden, die zumindest denen in anderen EWG-Ländern entsprechen. In Frankreich dürfen beispielsweise Gewinne anderer Einkunftsarten nicht mit Verlusten aus der landwirtschaftlichen Nutzung kompensiert werden.



Es ist schade, meine Damen und Herren, daß man gerade für diesen Punkt nicht Zeit hat, ihn gründlich zu diskutieren. Aber es ist uns unverständlich, daß man den Begriff „geringwertiges Wirtschaftsgut“ nicht schon längst aufgegriffen hat. Das möchten wir mit unserem Antrag erreichen.

Meine Damen und Herren! Viele bäuerliche Betriebe haben bereits aufgegeben, und viele werden durch die weitere Möglichkeit solcher Wettbewerbsverfälschungen ihre Höfe aufgeben müssen. Dem Parteitag der CDU 1971 würde es gut zu Gesicht stehen, der bäuerlichen Bevölkerung hier einen Dienst der Gerechtigkeit zu erweisen.

(Beifall)

Dieser unser Antrag Nr. 606 gehört in unser Parteiprogramm, und ich stelle den Antrag, hier über ihn abzustimmen und ihm in starkem Maße die Zustimmung des Delegiertentages zu geben.

(Zustimmung)

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Danke. — Für die Antragskommission Herr Dr. Lampersbach.

Ich darf sagen, daß inzwischen Herr Dr. Kraemer auf seine Wortmeldung verzichtet hat.

(Frau Schwieres meldet sich zur Geschäftsordnung)

Ich habe das Wort erteilt; Sie können das Wort zur Geschäftsordnung nach der Antragskommission haben.

**Dr. Egon Lampersbach**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gestern in der Antragskommission gerade bei diesem Punkt uns sehr lange und eingehend unterhalten. Wir haben die sachliche Notwendigkeit auch gestern schon anerkannt. Insbesondere heute nach den sehr sachverständigen Ausführungen glaube ich, daß wir entgegen dem Votum der Antragskommission hier doch dafür stimmen sollten.

(Beifall)

Ich bin mir über die Problematik, die materiell auch gerade vom Gesetzgeber her darin liegt, durchaus im klaren; aber ich persönlich befürworte die Abstimmung zu diesem Antrag.

(Erneuter Beifall)

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Das Wort zur Geschäftsordnung (zu Frau Schwieres gewandt); ich würde Sie bitten, da keine schriftliche Wortmeldung vorliegt, daß Sie Namen und Landesverband für das Protokoll zu Beginn sagen.

**Frau Maria Schwieres**: Herr Präsident! Ich zweifle die Beschlußfähigkeit an und bitte, die Beschlußfähigkeit festzustellen.

(Zurufe)

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Darf ich zur Geschäftslage Folgendes sagen: Sie wissen, daß der Parteitag natürlich auch in seinem Ablauf vorgeplant ist, daß wir morgen die Außenpolitik behandeln und daß wir heute, wie lange es auch dauert — und die Delegierten werden nachher zweifellos wieder hereinkommen, wenn sie sich gestärkt haben —, sicher über diese Vorlage noch abstimmen müssen.

(Zustimmung)

Ich darf Sie also sehr herzlich bitten, auf die Verfolgung dieses Antrags zu verzichten. Einverstanden?

(Frau Maria Schwieres: Ja!)

Meine Damen und Herren, wir fahren dann in der Beratung der Ziffer 80 fort. Ich würde nun doch der Einfachheit halber, weil wir uns dann wahrscheinlich einen Abstimmungsgang ersparen, zunächst über den Antrag Nr. 606 abstimmen lassen. Ich möchte jetzt positiv abstimmen lassen: Wer dem Antrag Nr. 606 die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Das erste war eindeutig die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

(Beifall)

Der Antrag Nr. 607 ist wohl erledigt. Dann lasse ich über die Ziffer 80 in der geänderten Fassung der Antragskommission und den Zusatz des Antrags Nr. 606 abstimmen. Wer dieser neuen Ziffer 80 die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Das ist eindeutig die Mehrheit.

Ich darf die Damen und Herren, die da drüben so sehr lustig sind, bitten, wenn sie Witze zu erzählen haben, das möglichst außerhalb des Plenarsaals zu machen, weil das die Beratungen stört.

Ich rufe nunmehr die Verkehrspolitik auf, und zwar Ziffer 81. Das Wort für die Antragskommission hat Herr Dr. Müller-Hermann.

**Dr. Ernst Müller-Hermann**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Abschnitt Verkehrspolitik liegen die Anträge Nr. 608 bis einschließlich Nr. 617 vor sowie neu die Anträge Nr. 958 und Nr. 985. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag Nr. 608 zu übernehmen, der die ganze Vorlage des Vorstandes zum Abschnitt Verkehrspolitik ersetzt. Der Antrag Nr. 608 formuliert unsere Anliegen in der Verkehrspolitik umfassender und präziser. Ich darf mir auch erlauben anzumerken, daß eine recht starke Arbeitsgruppe von Parteifreunden aus dem Bundesverkehrsministerium an diesen Formulierungen mitgewirkt hat. Ich glaube, es ist wichtig, daß wir auch das wissen.

Bei den anderen Anträgen empfiehlt die Kommission Ablehnung, weil sie mit dem Antrag Nr. 608 abgedeckt sind — mit einer Ausnahme: Sie empfiehlt, den dritten Absatz der Anträge Nrn. 609, 612 und 617 als vierten Absatz bei Ziffer 82 des Antrages Nr. 608 einzubauen. Die anderen Anträge, die zu Ziffer 81 gestellt sind, sind alle in den Formulierungen 608 enthalten.

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Danke sehr. Ich habe zwei Wortmeldungen. Zunächst Herr Lampersbach, Westfalen-Lippe, und dann Herr Rawe, Westfalen-Lippe.

**Egon Lampersbach**: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe erhebliche Bedenken, daß mit der Übernahme des dritten Absatzes aus Antrag Nr. 609 die Frage der Verkehrsbedienug so geregelt werden könnte, wie wir uns das vorstellen, und wie die Antragsteller das sicherlich auch wollen, wenn hier nicht dabei klar ist, daß der private Verkehrsunternehmer weiterhin die Chance haben muß, sich an dieser Verkehrsbedienug mit zu beteiligen, das heißt also, daß die Frage der Lizenzen überprüft wird, und daß hier nicht neue großregionale Gesellschaften geschaffen werden sollen, über deren Rentabilität, Wirtschaftlichkeit oder Unwirtschaftlichkeit wir ja sicherlich hier keinen Zweifel haben, nämlich nach der Seite hin, daß sie aus allgemeiner Erfahrung heraus nicht so rentabel sind.

Wenn diese Bedenken, die ich hier habe, insbesondere für unsere mittelständischen selbständigen Verkehrsunternehmer ausgeräumt sind, könnte ich diesem Antrag zustimmen; sonst müßte ich um Ablehnung bitten.

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Danke sehr. Jetzt hat Herr Rawe das Wort.

**Wilhelm Rawe**: Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Antrag Nr. 610 des Landesverbandes Westfalen-Lippe hatte zum Gegenstand, die Neuordnung des Flächenverkehrs auf der Basis der Flächenkonzession zu ordnen. Wir sehen ein, daß durch die Übernahme des Antrags Hamburg diese Angelegenheit mit abgedeckt ist, und wir verzichten auf die Verfolgung unseres Antrages Nr. 610 und unterstützen den Antrag der Antragskommission.

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Danke sehr. Darf ich zunächst Herrn Müller-Hermann bitten, den Antrag Nr. 985 noch einmal zu begründen und dann zu der Wortmeldung von Herrn Lampersbach als Vertreter der Antragskommission Stellung zu nehmen.

**Dr. Ernst Müller-Hermann**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag Nr. 985 ist heute aus dem Kreis der Delegierten gestellt worden. Der Grund liegt darin, daß das Thema Bundespost in dem ganzen Programmwurf überhaupt nicht enthalten ist. Deswegen ist es, glaube ich, auch im Sinne der Antragskommission, daß dieser Antrag Nr. 985 als Ergänzung zur Ziffer 81 mit eingebaut wird.

**Adolf Müller**, Tagungskommission: Danke sehr. Ich habe noch eine Wortmeldung: Herr Soenius, Landesverband Rheinland.

**Heinz Soenius**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Darf ich Ihnen ein Wort der Begründung für den Antrag der Sozialausschüsse sagen, den Antrag, der sich inhaltlich mit dem Antrag Nr. 609 deckt.

Dieser Antrag bezweckt, die Aussage über die Verkehrspolitik einzubinden in die allgemeinen gesellschaftspolitischen Ziele, die vorweg ja zum erheblichen Teil schon in diesem Programm postuliert worden sind. Wenn in einem solchen Programm Aussagen zum Vorrang gemacht werden, etwa des Nahverkehrs in den Städten, dann

genügt, glaube ich, eine solche allgemeine Aussage nicht, sondern man muß sie auch präzisieren, vor allem im Hinblick darauf, was die Betriebskosten heute angeht — sonst sind das allgemeine und unverbindliche Formulierungen.

Nun steht in dem Antrag des Landesverbandes Bremen, den Herr Müller-Hermann vorgelegt hat, ebenso etwas über die freie Wahl der Transportmittel, welcher Passus unserem Antrag fehlt. Ich glaube, daß in dem Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg schon Einschränkungen gemacht worden sind, daß man diese Einschränkungen auch gar nicht verschweigen kann, daß die Fragen des Umweltschutzes dabei zu berücksichtigen sind: eine solche globale Aussage, daß die freie Wahl der Betriebsmittel vorrangig ist, ist nicht ausreichend für uns.

Was schließlich die Frage der sogenannten Flächenbedienung oder der Regionalkonzessionen angeht, die Herr Lampersbach angeschnitten hat: Im Aktionsprogramm der CDU Nordrhein-Westfalen, Herr Lampersbach, ist eine solche Formulierung noch sehr viel präziser enthalten. Das war die Aussage der CDU in Nordrhein-Westfalen. Deshalb möchte ich bitten, daß Sie hier dem Antrag, der gesellschaftspolitisch mehr aussagt, der in den Forderungen auch präziser ist, Ihre Zustimmung geben.

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Ich habe keine Wortmeldungen mehr zu dieser Ziffer 81. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags Nr. 608; außerdem soll der dritte Absatz der Anträge Nrn. 609, 612 und 617 angenommen werden. Der Rest dieser Anträge ist durch die Annahme des Antrages Nr. 608 erledigt. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung der übrigen Anträge und bei Antrag Nr. 985 müßte man eine gesonderte Abstimmung durchführen.

Ich lasse jetzt über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Gegenprobe! — Enthaltungen? — Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag Nr. 985, den Herr Müller-Hermann begründet hat. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Eine Gegenstimme. — Enthaltungen? — Bei einer Gegenstimme ist es so beschlossen.

Dann kommen wir zu Ziffer 82. Bitte, Herr Dr. Müller-Hermann.

**Dr. Müller-Hermann**: Hier liegen 3 Anträge vor, und zwar 618, 619 und 620. Der Inhalt dieser Anträge ist in Ziffer 83 des eben verabschiedeten und angenommenen Antrages enthalten.

Die Antragskommission empfiehlt daher Ablehnung dieser drei Anträge.

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Danke sehr. Ich habe keine Wortmeldungen. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — 2 Gegenstimmen. Enthaltungen? — Keine Enthaltungen. Die Ziffer ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffern 83 und 84 auf.

**Dr. Müller-Hermann:** Hier können wir ähnlich verfahren, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Es liegen vier Anträge vor, deren Inhalt mit der Annahme des Antrags 608 in den neuen Ziffern 84 und 84 a abgedeckt ist.

Die Antragskommission empfiehlt daher Ablehnung der Anträge 621, 622, 623, 624.

**Adolf Müller,** Tagungspräsidium: Ich habe keine Wortmeldungen. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu den Ziffern 83 und 84 abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! — Danke. Die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Soweit ich das von hier aus übersehen kann, war das einstimmig.

Damit hätten wir die Verkehrspolitik erledigt.

Wir kommen zur Ziffer 85, Energiepolitik. Hier liegen keine Anträge vor.

Die Antragskommission empfiehlt über die Vorstandsvorlage abzustimmen. Wer Ziffer 85 in der Fassung der Vorstandsvorlage zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! — Danke. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Das ist einstimmig so beschlossen.

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring,** Tagungspräsidium: Wir kommen nunmehr zum Kapitel Familienpolitik. Ich rufe Ziffer 86 auf. Sprecher der Antragskommission ist *Frau Griesinger*.

**Annemarie Griesinger:** Frau Vorsitzende, meine Herren und Damen! Hier sind die Änderungsanträge 625 bis 630 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Änderungsantrages 626, und zwar mit der Begründung, daß in diesem Antrag die Punkte, die in verschiedenen Anträgen vorgesehen waren, hier eingebaut sind: nämlich das Leitbild unserer Familienpolitik als die partnerschaftliche Familie zu sehen, und das Zweite, daß alle gesetzlichen Bestimmungen, die diesem Leitbild widersprechen, zu ändern sind. Auch der zweite Satz der Vorstandsvorlage ist enthalten, daß den Alleinstehenden Schutz und Förderung wie den Familien zukommen soll.

(Beifall)

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring,** Tagungspräsidium: Es liegt eine Wortmeldung vor; Herr Breidbach aus Rheinland.

**Ferdi Breidbach:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem wir in der einen Partnerschaftsfrage je nach Standort nicht so klargekommen sind, wie es wünschenswert wäre, glaube ich, daß man die Antragskommission unterstützen sollte, und zwar speziell in dem Punkt der Hereinnahme des Begriffs partnerschaftliche Familie.

Die Christlich Demokratische Union macht erstmalig, wenn sie diesen Punkt herinnimmt, in einem CDU-Programm auch eine Aussage darüber, was innerhalb der Familie geschieht. Mir scheint dies wichtig zu sein, insbesondere in bezug auf die Erziehung der Kinder in der Familie.

Das steckt nämlich dahinter: Wir wünschen, daß in der Familie ein Zusammenleben und der Prozeß der Erziehung zur Toleranz zum wichtigsten Bestandteil wird, das heißt, die Achtung vor den Eigenarten, dem Willen, der wachsenden Persönlichkeit.

Was wir nicht darunter verstehen, ist etwa das, was andere in diesem Lande unter antiautoritäre Erziehung im Sinne einer Apo-Linkspädagogik verkünden.

Zum Zweiten. — Hinter diesem Begriff der partnerschaftlichen Familie steckt auch das, was die Vertreterin der Antragskommission vorgetragen hat, daß wir endlich ernst machen mit der Gleichstellung der Frau in dieser Gesellschaft, daß wir ernst machen mit der Abschaffung ganz bestimmter Paragraphen in unseren Gesetzen, die bis zum heutigen Zeitpunkt formalrechtlich die Gleichstellung der Ehefrau und der Frau insgesamt nicht hergestellt haben.

(Beifall)

Wirtäten uns, der Partei, der Familie, aber auch den insbesondere hier angesprochenen Frauen einen guten Dienst, wenn wir uns zur Annahme des Antrages der Sozialausschüsse, der von der Antragskommission unterstützt worden ist, entschließen könnten.

(Beifall)

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Breidbach, für die Worte, die Sie für die Frauen gebraucht haben.

Da die Antragskommission Ihren Antrag übernommen hat, kommen wir nun zur Abstimmung. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wer dem Antrag 626 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen! Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Einstimmig so angenommen.

(Beifall — Bravo-Rufe)

Wir kommen zu Ziffer 87. Bitte schön, Frau Griesinger.

**Annemarie Griesinger**: Frau Vorsitzende, meine Herren und Damen! Hier liegen die Änderungsanträge 631 bis 643 vor. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Änderungsantrages 631, Landesverband Rheinland-Pfalz, mit einer Ergänzung im zweiten Satz des zweiten Absatzes.

Hier steht, wenn Sie es bitte nachlesen wollen, daß das Nebeneinander von Kindergeld und Kinderfreibeträgen beseitigt werden müsse.

Wir haben aber in der Vorstandsvorlage außer Kindergeld und Kinderfreibeträgen auch die Kinderzulagen stehen, die hier unbedingt mit hineingehören.

Wir bitten deshalb, in Antrag 631 das Wort „Kinderzulagen“ mit aufzunehmen und diesem Antrag die Zustimmung zu geben, weil darin zugleich auch ein wichtiger neuer Punkt aufgegriffen ist, der in keinem anderen Antrag so präzise ausgedrückt ist. Das ist auch mir persönlich ein ganz großes Anliegen. Daß nämlich ein Ausgleich von finanziellen Belastungen durch körperliche oder geistige Behinderung von Fa-

milienangehörigen unabhängig von der Höhe des Familieneinkommens stattfinden soll.

Ich glaube, daß wir in dieser Beziehung in Zukunft eine verstärkte Verantwortung haben, weil die Zahl der Familien mit körperbehinderten Angehörigen wächst und sie nach dem Grundgesetz auch den besonderen Schutz der Gemeinschaft beanspruchen können.

Würde der Antrag angenommen, dann wären damit die Anträge 632, 634, 639, 642 und 643 als erledigt zu betrachten.

Ich muß jedoch noch auf eins aufmerksam machen. Wir müßten in dem Antrag 631 den letzten Satz der Vorstandsvorlage mit aufnehmen, der in verschiedenen anderen Anträgen berechtigterweise auch gefordert wird, nämlich, daß wir den Einsatz von Familienhelferinnen stärker fördern wollen. Der Zusatz wäre in Antrag 631 einzubauen nach den Worten „Familienferien sind verstärkt zu fördern“.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Annahme des hier noch berichtigten Änderungsantrags Nr. 631.

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Ich darf zunächst sagen, daß der Antrag Nr. 633 zurückgezogen ist.

Liegen Wortmeldungen vor? — Wir kämen dann zur Abstimmung über den erweiterten Antrag der Antragskommission. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich die Hand bzw. die Karte zu heben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Einstimmig so angenommen!

Wir kommen nunmehr zu dem Kapitel „Die Frau in Familie und Beruf“. Bitte schön, Frau Griesinger!

**Annemarie Griesinger**: Nachdem sich alle Landesverbände so viel Mühe mit ihren eigenen Anträgen gemacht haben, möchte ich auch gerne, daß sie voll und ganz ernst genommen werden.

Ich habe vorhin leider eines zu sagen versäumt: In den Anträgen Nr. 638 und vor allem 640 ist der Wunsch geäußert, die jungen Familien stärker im Sozialen Wohnungsbau zu berücksichtigen.

Wir haben dem in Ziffer 121 — Sie finden es auf Seite 157 unter Antrag Nr. 915 — Rechnung getragen und die jungen Familien mit hineingenommen in die verstärkte Wohnungsbauförderung. Das wollte ich hier Ihnen noch sagen, die Sie sich besondere Mühe gemacht haben, um der jungen Familie zu helfen.

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Wir kommen jetzt nochmals — ich rufe es auf — zur Überschrift „Die Frau in Familie und Beruf“. Es ist dabei nicht nur die Überschrift zu behandeln; es liegen drei Anträge vor. Bitte schön, Frau Griesinger!

**Annemarie Griesinger**: Frau Vorsitzende, wir waren der Meinung, daß es erfreulicher sei, auch für Sie alle, die Gleichberechtigung auch dahin zu praktizieren,

daß wir Herrn Dr. Riesenhuber als Vertreter der jungen Männergeneration gebeten haben, das Kapitel „Die Frau in der Gesellschaft“ als Sprecher der Antragskommission hier zu behandeln.

(Bravo-Rufe — Zuruf: Partnerschaftlich! — Beifall)

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Bitte schön, Herr Dr. Riesenhuber!

**Dr. Heinz Riesenhuber**: Vielen Dank! Meine Damen und Herren! Ich vertrete sehr gern das Kapitel „Die Frau in Familie und Beruf“. Wir als Junge Union haben immer ein besonders herzliches Verhältnis zu den Frauen gepflegt,

(Heiterkeit und Beifall)

und wir möchten es auch in diesem Rahmen hier sehr gern tun.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen die Vorschläge der Antragskommission vortragen.

Die Überschrift! Hier liegen drei Anträge vor: 644, 645 und 646. Antrag Nr. 644 schlägt vor, die Überschrift neu zu formulieren: „Die Frau in der Gesellschaft.“ Wir schlagen vor, diesen sehr umfassenden Titel nicht anzunehmen, da er in den folgenden zwei Abschnitten nicht ausgefüllt werden kann.

Die weiteren beiden Forderungen beziehen sich auf Streichung. Hierzu empfehlen wir Ablehnung. Das Kapitel ist von der Sache her so gewichtig, daß man es mit einer eigenen Überschrift versehen lassen soll. Das Votum der Antragskommission geht damit auf Beibehaltung der Überschrift „Die Frau in Familie und Beruf“, die hernach in den folgenden Abschnitten im einzelnen aufgefaltet ist.

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Zur Überschrift selbst liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen also zunächst zur Abstimmung. Die Antragskommission hat Ablehnung der Anträge empfohlen. Ich bitte abzustimmen darüber, ob die Überschrift so, wie sie hier vorgedruckt ist, beibehalten werden soll. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich, die Hand zu heben.

(Zurufe: Wortmeldungen!)

— Wir sind in der Abstimmung. — Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu heben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Einstimmig bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

(Heiterkeit)

— Entschuldigen Sie! Mit Mehrheit beschlossen!

Wir kommen nunmehr zu den Ziffern 88 und 89. Dazu hat das Wort Herr Dr. Riesenhuber. Bitte sehr!



**Dr. Heinz Riesenhuber:** Meine Damen und Herren! Wir schlagen vor, die Ziffern 88 und 89, da sie sachlich zusammenhängen, gemeinsam zu behandeln. Grundlage für die weitere Behandlung ist der neu ausgedruckte Antrag Nr. 988, den Sie in den blauen Papieren vorfinden.

Dieser Antrag Nr. 988 soll die verschiedenen Anträge umfassen, die hier gestellt worden sind. Wir argumentieren wie folgt:

Antrag Nr. 988 erledigt Nr. 647, der einige neue Formulierungen anbietet. Er erledigt ebenso Nrn. 649, 650, 651 und schließlich 653.

Bei dem Antrag Nr. 648, der in einer detaillierten und weiter ausgefächerten Form die Postulate von Ziffer 88 darstellt, möchten wir im Sinne des Stils des Gesamtprogramms Ablehnung empfehlen. Dieser Antrag geht zu sehr ins Detail, und wir können uns an dieser einen Stelle eine so differenzierte und ins einzelne gehende Darstellung nicht erlauben.

Wir möchten weiterhin aus ähnlichen Gründen, aber auch wegen der nicht ganz einfachen Sachanliegen um Ablehnung des Antrags Nr. 652 bitten.

Ihnen liegt bei Ihren Unterlagen weiterhin der Antrag Nr. 963 vor. Diesen Antrag hat die Antragskommission ebenfalls in ihren Antrag Nr. 988 eingearbeitet und integriert. Wir glauben, daß der Antrag Nr. 988, geteilt in die beiden Ziffern 88 neu und 89 neu, eine korrekte Zusammenfassung der vorliegenden Vorschläge, soweit wir als Antragskommission uns dafür entscheiden konnten, enthält. Wir bitten um Annahme des Antrags Nr. 988.

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring, Tagungspräsidium:** Schönen Dank! Das Wort hat nunmehr Frau Dr. Wex.

**Dr. Helga Wex:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Riesenhuber, uns lag der Antrag Nr. 988 vor mit der Überschrift „Die Frau in der Gesellschaft“ als Empfehlung der Antragskommission. Ich bitte festzustellen, ob damit die Abstimmung über die Überschrift nicht wiederholt werden müßte, weil wir uns zu Wort gemeldet hätten, wenn wir nicht gemeint hätten, daß die Antragskommission diese Überschrift empfohlen hat. Ich bitte darüber nochmals zu verhandeln, wenn das möglich ist.

(Beifall)

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring, Tagungspräsidium:** Bitte schön, Herr Dr. Riesenhuber!

**Dr. Heinz Riesenhuber:** Also, meine Damen und Herren, von der Sache her ist es natürlich eindeutig. Von der Sache her haben wir die Überschrift hier beschlossen. Daß sich dieser Antrag Nr. 988 auch auf die Überschrift bezieht, ist für die Antragskommission, die ich hier in aller Bescheidenheit darstelle, eine Überraschung. Vielleicht können wir in diesem Falle doch Frau Griesinger noch dazu bitten.

**Annemarie Griesinger:** Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Ich will ganz kurz erklären, warum es so gekommen ist.

Wir haben zuerst die beiden Abschnitte so, wie Sie sie in Ihrer Vorlage vorfinden, in der Antragskommission beraten und waren der Meinung, daß logischerweise dann nur eine Überschrift „Die Frau in Familie und Beruf“ möglich wäre. Nachdem nun der Antrag Nr. 988 eingegangen ist, der auch die Aufgaben der Frau in der Gesellschaft noch präzisiert, wäre es logisch richtiger, die Überschrift „Die Frau in Familie und Beruf“ zu ergänzen bzw. zu berichtigen und in die Überschrift „Die Frau in der Gesellschaft“ zu fassen.

(Beifall)

Wenn wir bereit sind, diesen Antrag anzunehmen, bitte ich Sie herzlich, dann insgesamt auch die neue Überschrift zu übernehmen, weil sie richtiger ist und wir damit dann auch eine logischere Folge dieses gesamten Passus haben können.

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring, Tagungspräsidium:** Das Präsidium ist der Ansicht, daß hier mißverständliche Vorlagen gegeben worden sind. Wir blenden also noch einmal zurück. Wir kommen noch einmal zur Abstimmung über die Überschrift.

(Zuruf)

**Dr. Heinz Riesenhuber:** Meine Damen und Herren! Ich muß sagen: Von dem Inhalt umfaßt für mein Urteil 88 und 89 neu, wie es in 988 jetzt ausgedruckt ist, im Grunde nichts, was nicht auch schon in den ursprünglichen Anträgen thematisch angeschlagen ist. Aber ich würde sagen: An dem Punkt würde ich nicht streiten. Die Argumente stehen nach wie vor. Die „Frau in der Gesellschaft“ ist etwas sehr verschwommen, die „Frau in Familie und Beruf“ sagt genau, was kommt. Im übrigen: Wenn das Plenum hier anders beschließt, ist das Plenum frei.

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Herr Berger.

**Markus Berger:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da wir vorhin beschlossen haben, diese Ziffer unter der Überschrift „Die Frau in Familie und Beruf“ weiter gelten zu lassen, haben wir sicher auch damit eine gewisse Vorentscheidung darüber gefällt, daß wir die Frau in diesen beiden Rollen auch noch anschließend beschreiben wollen. Wenn wir nun aber diesen Antrag, wie er von der Antragskommission zur Vorlage gegeben wurde, verabschieden, dann sagen wir kaum noch etwas über die Rolle der Frau in der Familie.

Aus diesem Grunde möchte ich noch einmal Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag Rheinland-Pfalz lenken, der sicher etwas detailliert hier die Dinge beschreibt, aber letztlich auch eine Aussage über die Rolle der Frau in der Familie macht, und zwar eine positive Aussage. Es wäre schade, wenn in unserem Programm diese Aussage nicht getroffen würde und wir uns einfach mit den negativen Abgrenzungen dieser Formulierungen in der Ziffer 88 begnügten.

Ich bitte Sie herzlich: Stellen Sie es noch einmal gegenüber, und kommen Sie zu dem Entschluß, daß der Antrag Rheinland-Pfalz unter der alten Überschrift „Die Frau in Familie und Beruf“ übernommen wird.

(Beifall)

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Das Wort hat nunmehr Herr Dr. Geissler.

(Eine weibliche Delegierte begibt sich zum Rednerpult.)

Bitte sagen Sie Ihren Namen.

**Dr. Monika Christians:** Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ich möchte mich doch noch zu Wort melden zu der Frage der Überschrift. Ich halte das doch für sehr wichtig. Diese Überschrift „Familie und Beruf“ umfaßt im Grunde nur die privaten Aspekte der Frau, während wir als Frauen Wert darauf legen,

(Beifall)

auch die öffentlichen Aufgaben der Frau einzubeziehen, und die sind meiner Meinung nach durchaus in diesem neuen Kapitel gedeckt. Ich bitte darum, das hier zur Abstimmung zu stellen, und wir möchten bei dieser Überschrift „Die Frau in der Gesellschaft“ bleiben.

(Beifall)

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Das Wort hat nunmehr Herr Büttner, Landesverband Rheinland-Pfalz.

**Gisela Büttner:** Meine Herren, meine Damen, ich muß Sie enttäuschen, ich erscheine als Frau und nicht als Herr hier oben.

Es ist nun bedauerlicherweise ein Mißverständnis dadurch aufgetreten, daß übersehen wurde, daß in diesem Antrag 988 die Überschrift „Die Frau in der Gesellschaft“ verzeichnet ist. Ich bin persönlich der Auffassung, wir haben heute und seit gestern ein sehr umfangreiches Parteiprogramm beraten. Wenn wir uns nunmehr zu der Überschrift entschließen „Die Frau in der Gesellschaft“ und wir handeln mit so wenigen Absätzen die so wichtige Stellung der Frau in unserer Gesellschaft ab, dann ist das nach meiner Auffassung einfach ein Unding.

Ich möchte mich dafür aussprechen, daß es bei der Überschrift „Die Frau in Familie und Beruf“ verbleibt und man in dem Antrag 988 die Überschrift „Die Frau in der Gesellschaft“ vielleicht dahin abändert, daß wir schreiben: „Die Stellung der Frau in Familie und Beruf“.

Ich muß mich ganz entschieden dagegen wehren, daß wir — wir sind doch an sich für unsere Gesellschaft doch recht wichtig geworden nach der Gleichberechtigung, die man uns zugestanden hat —

(Beifall)

daß wir also dann auch in wesentlich umfassenderen Bestimmungen in unserem Programm eine Aussage geben, mit der wir draußen in der Öffentlichkeit vor unsere Frauen und nicht nur vor die Frauen, sondern auch vor die Männer treten können, damit wir nämlich einmal eine Emanzipation der Männer erreichen, um eine tatsächliche Gleichberechtigung der Frau in unserer Gesellschaft durchzu-

setzen. Wir sind nämlich weder im Beruf noch in der Partei — auch das werden Sie uns zugestehen müssen — schon gleichberechtigt.

(Beifall)

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Riesenhuber.

**Dr. Heinz Riesenhuber**: Meine Damen und Herren, wir sind hier offensichtlich in einer sehr schwierigen Debatte. Ich will hier versuchen, den Sachstand zu klären.

Geschehen ist, daß die Antragskommission verabschiedet hat, „Die Frau in Familie und Beruf“ zu belassen. Geschehen ist weiterhin, daß irrtümlich durch ein redaktionelles Versehen, das die sonst perfekte Technik halt einmal hinnehmen muß, ausgedruckt worden ist: „Die Frau in der Gesellschaft“. Als neuen Antrag haben wir jetzt noch: „Die Stellung der Frau in Familie und Beruf“.

Ich würde folgendes Vorgehen vorschlagen. Es war in der Tat durch diesen falsch ausgedruckten Antrag einige Verwirrung aufgekommen. Dadurch halten wir es für sachlich gerechtfertigt, nochmals in die Abstimmung einzutreten. Dieser Abstimmung sollte der Vorschlag der Antragskommission „Die Frau in Familie und Beruf“ zugrunde gelegt werden. Demgegenüber ist der weitestgehend abweichende „Die Frau in der Gesellschaft“. Das heißt: Wir haben in der ersten Abstimmung zwischen diesen beiden zu entscheiden. Wenn „Die Frau in der Gesellschaft“ beschlossen worden sein sollte, dann ist „Die Frau in der Gesellschaft“ beschlossen.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist genau der Sachstand. Wenn „Die Frau in der Gesellschaft“ nicht beschlossen worden sein sollte, dann steht noch der weniger weitgehende Abänderungsantrag „Die Stellung der Frau in Familie und Beruf“ zur Abstimmung.

Ich bitte, in dieser Reihenfolge ohne weitere Debatten abzustimmen. Dann haben wir es jetzt mit einem Zug hinter uns und haben klar, was wir wollen.

(Beifall)

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kämen also zur Abstimmung, zunächst: Wer die Überschrift in der Form wünscht, nämlich „Die Frau in der Gesellschaft“. — Das ist auch nach meiner Ansicht die weitestgehende Formulierung. — Wer dieser Überschrift seine Zustimmung gibt, den bitte ich, die Karte zu erheben.

(Zuruf: Die große Mehrheit!)

Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Mit Mehrheit ist beschlossen worden: „Die Frau in der Gesellschaft“.

(Beifall)

Wir kommen nunmehr zu den Ziffern 88 und 89. Die Antragskommission hat bereits vorgetragen. Ich bitte nunmehr, die Diskussion eröffnen zu dürfen, und erteile Frau Dr. Wex das Wort.

**Dr. Helga Wex:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn es noch eines Anschauungsunterrichtes für die Stellung der Frau in der Gesellschaft bedurfte, daß die hier noch nicht ganz selbstverständlich ist, dann dieses Verfahren. Aber jetzt wollen wir zur Sache kommen. Im Berliner Programm fehlt noch ein ausdrücklicher Hinweis auf die Rolle der Frau in Staat und Gesellschaft. Wir haben in dem vorliegenden Entwurf ein eigenes Kapitel jetzt: „Die Frau in der Gesellschaft“. Die Antragskommission hat zu diesem Kapitel durch Annahme einiger Vorschläge aus Landes- und Kreisparteien und aus Vereinigungen wesentliche Ergänzungen vorgenommen, und auch die Junge Union hat sich nachdrücklich dafür eingesetzt, die Stellung der Frau zu konkretisieren und ihr in unserem Parteiprogramm Rechnung zu tragen. Im Laufe der Beratungen war diese Frage des eigenen Kapitels nicht mehr kontrovers.

Wenn der Gesellschaftspolitik einer Partei die Aufgabe zukommt, zukunftsbezogene Zielvorstellungen zu entwickeln — und das haben wir hier ja die ganze Zeit gehört —, dann ist die veränderte Rolle der Frau ein solcher Punkt und sie muß definiert und akzeptiert werden. Das bedarf keiner näheren Begründung mehr.

Aber eines möchte ich doch noch sagen. Es könnte der Verdacht aufkommen, daß hier in diesem eigenen Kapitel für die Frauen etwa eine rückschrittliche Tendenz angezeigt sein könnte, und das Argument könnte aufkommen, spezielle gesellschaftspolitische Probleme für die Frauen gäbe es nicht und dürfte es nicht geben, genauso wenig wie für die Männer.

Schön wäre das ja, ist das aber schon so? — Ich meine, es ist keineswegs schon so. Wir befinden uns in dieser Frage in einer Übergangsphase, und das Grundgesetz mit seiner rechtlichen Gleichberechtigung hat noch nicht die Konsequenzen daraus gezogen bzw. die Gesetze, die sich daraus ergeben, haben noch nicht die Konsequenzen gezogen, daß es auch eine faktische Gleichberechtigung gibt. Nicht zuletzt die Diskussion über das Ehescheidungsrecht hat den Beweis geliefert, und es ist ja auch gar kein Wunder, daß zum Beispiel bei der Diskussion über den Bildungsurlaub nicht von vornherein die Frauen mit einbezogen worden sind. Wir haben versucht, das in Ziffer 39 unseres Programms nachzuholen.

Ich meine, das eigene Kapitel bedeutet, den nächsten Schritt zu tun, nach der formalen Gleichberechtigung die Zusammenfassung dessen, was zur Verwirklichung noch übriggeblieben ist.

Die Umfragen haben ergeben, daß Wähler mit größerer Mobilität und aus beruflich aufstrebenden Schichten am wenigsten auf eine bestimmte Partei festgelegt sind. Sie sehen sich sehr genau an, was die Partei in den sie betreffenden Fragen an konkreten Aussagen machen. Zu dieser Schicht, die man gewinnen oder verlieren kann, gehören die Frauen in steigendem Maße. Sie fragen bei ihrem besonderen Kontakt zur nächsten Generation, welche Entwicklung wir in Zukunft unterstützen werden und welcher Entwicklung wir entgegenreten.

Wir sprechen immer von einer mündigen Gesellschaft. Es ist festzustellen: Diese Gesellschaft wird mündig mit den Frauen, oder wie wird es gar nicht. — Ich bitte um Annahme des Vorschlages der Antragskommission.

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Das Wort hat nunmehr Frau Richers, Landesverband Westfalen-Lippe.

**Elsbeth Richers**: Meine Damen und Herren! Ich spreche für den Antrag 647 des Landesverbandes Westfalen-Lippe.

Wir sind nicht der Meinung, daß dieser Antrag durch den neuen Antrag als erledigt anzusehen ist. Es scheint sich zunächst nur um einen redaktionellen Änderungsvorschlag zu handeln. Aber der Landesverband Westfalen-Lippe möchte die gleichen Aufstiegschancen für die Frau nicht nur auf die Tarifpartner bezogen wissen. Wir möchten klarer zum Ausdruck gebracht haben, daß die gleichen Aufstiegschancen für die Frau in allen Bereichen der Gesellschaft zu verwirklichen sind.

Das ist in der Vorlage des Bundesvorstandes nicht klar genug formuliert. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag 647 Ihre Zustimmung zu geben. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Das Wort hat nunmehr Frau Licht, Landesverband Hannover.

**Erna Licht**: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe hier den Antrag 963 vor mir liegen. Da heißt es im zweiten Abschnitt: Die Frau muß frei entscheiden können, ob sie sich ausschließlich der Aufgabe in Familie und Haushalt zuwendet.

Ich möchte darum bitten, daß man diesem Abschnitt folgenden Satz anfügt: Daß, wenn die Frau sich ausschließlich der Aufgabe in Familie und Haushalt zuwendet, dann ihre Tätigkeit als Lebensarbeitseinkommen bewertet wird und daraus das Recht auf eine Hausfrauenrente abgeleitet und endlich eine Möglichkeit der Verwirklichung gesucht wird.

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Wir behandeln zur Zeit noch immer im wesentlichen Ziffer 88. Die Anträge, die hier gestellt worden sind, betreffen Ziffer 88. — Herr Dr. Riesenhuber!

**Dr. Heinz Riesenhuber**: Meine Damen und Herren, der Antrag zur Hausfrauenrente, der hier angesprochen ist, wird inhaltlich — und darauf sollte hingewiesen werden — unter Ziffer 94, und zwar in der Form, wie sie Ihnen neu in dem Antrag 990 vorliegt, behandelt. Das heißt, die inhaltliche Diskussion findet bei 990 statt, und der entsprechende Antrag wäre systematisch dort unterzubringen.

Ich darf aber noch zu den Ausführungen meiner Vorrednerin eine Bemerkung machen, und zwar zum Antrag 647 von Westfalen-Lippe. Gnädige Frau, wenn ich hier die Formulierung vergleiche, dann bleibt mir als Unterschied nur folgendes: Unser Antrag 988 bringt in Absatz 2 — und um den Vergleich des Absatzes 2 mit

Ihrem Antrag handelt es sich — zwischen Bildung und Ausbildung bei uns „Fortbildung“. Das sollten wir doch wohl drinlassen. Der Rest dieses Satzes ist identisch. Die weitere Frage bezieht sich auf den Passus „und auf gleiche Aufstiegschancen“. Aber die gleichen Aufstiegschancen sehen Sie im nächsten Satz, wenn Sie den genau durchlesen. Da formulieren wir nämlich, daß Frauen gleichen Lohn und gleiche Aufstiegschancen bei gleicher Leistung erhalten sollen. Ich sehe also in der Tat den wesentlichen Unterschied zwischen beiden nicht. Unser Antrag gilt weiterhin, sofern er das Wort „Fortbildung“ enthält, dem wir sicher alle zustimmen können. Ich bitte, insofern dem Antrag 988 zuzustimmen.

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Darf ich versuchen zusammenzufassen: Ich bin der Ansicht, daß der Antrag vom Landesverband Westfalen-Lippe „und auf gleiche Aufstiegschancen“ ein erweiterter Antrag ist, der nicht ganz in der Formulierung, die im Antrag 988 enthalten ist, zum Ausdruck kommt, weil er sich nur auf die Tarifpartner spezialisiert. Ich bin also der Ansicht, daß dieser Antrag der weitergehende ist.

Bezüglich der weiteren Wortmeldungen von Frau Licht aus Hannover bin ich der Ansicht, daß hier nicht die erforderliche Anzahl der Unterschriften für die Neustellung eines Antrags vorliegt. Es muß nämlich nach der von uns beschlossenen Geschäftsordnung die Unterschrift von 30 Delegierten gegeben sein. Insofern ist also der Antrag von Frau Licht nach meiner Ansicht unzulässig. Ich frage das Präsidium, ob es der gleichen Ansicht ist. — Das Präsidium ist der gleichen Ansicht!

Ich bin also nunmehr der Meinung, daß wir über den Antrag Ziffer 88 der Antragskommission mit der Erweiterung vom Landesverband Westfalen-Lippe abstimmen, nämlich die Aufnahme: „und auf gleiche Aufstiegschancen“. Das ist das einzige, was sich insoweit erweitert. — Bitte schön, Herr Dr. Riesenhuber.

**Dr. Heinz Riesenhuber**: Meine Damen und Herren! Es liegt sicher an meiner etwas unklaren Ausdrucksweise. Ich habe versucht, darauf hinzuweisen, daß in Absatz 2 von Ziffer 88 wörtlich steht: „und gleiche Aufstiegschancen bei gleicher Leistung“. Insofern ist überhaupt keine Differenz mehr zwischen Antrag 647 und Ziffer 88, Seite 2 aus 988.

(Zurufe und Widerspruch)

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Ich bin der Ansicht, daß die Eingruppierung hinter „Berufsausbildung“ im ersten Satz des Absatz 2 das ist, was vom Landesverband Westfalen-Lippe gemeint ist. Insofern ist das eine etwas weitergehende Auslegung.

(Zustimmung)

Ich bin also der Auffassung, daß über diesen Antrag, da er der weitergehende ist, zu entscheiden ist.

**Dr. Heinz Riesenhuber**: Gnädige Frau, Sie haben recht, ich habe unrecht. Ich bitte um Entschuldigung.

(Beifall — Heiterkeit — Zurufe)

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Mit der Gelassenheit, die uns Frauen zu eigen ist, nehmen wir das zur Kenntnis!

(Beifall — Heiterkeit)

Darf ich nunmehr bitten, über den Antrag Ziffer 88 mit den von mir genannten Erweiterungen abzustimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Bei drei Stimmenthaltungen einstimmig angenommen.

(Beifall)

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Ziffer 89. Hier liegen keine Wortmeldungen vor; wir haben nur die Vorlage der Antragskommission. — Wer dieser Ziffer seine Zustimmung gibt, den bitte ich, das Kartenzeichen zu geben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Mit Mehrheit bei einigen Nein-Stimmen und einer Enthaltung so verabschiedet.

Ich rufe nunmehr das Kapitel „Jugend“ auf, und zwar Ziffer 90. Ich bitte die Antragskommission, sich dazu zu äußern. Das Wort hat Herr Dr. Riesenhuber.

**Dr. Heinz Riesenhuber**: Zu Ziffer 90 sind die Anträge Nrn. 656 und 659 zu behandeln. Wir empfehlen die Annahme der Vorstandsvorlage Ziffer 90.

Wir argumentieren wie folgt: Die Formulierung des Kreisverbandes Friedberg in Nr. 656 bringt Unterschiede, die wir nicht für so entscheidend halten, daß man sie aufnehmen sollte. Im wesentlichen ist es der Absatz 2, wo „freiheitlich-demokratisch“ ersetzt wird durch „verfassungsmäßig verankert“. „Freiheitlich“ wird „demokratisch“. — Bei Antrag Nr. 657 besteht der Unterschied gegenüber der Vorlage des Bundesvorstandes darin, daß das Wort „muß“ im zweiten Satz durch das Wort „soll“ ersetzt wird. Auch in diesem Falle würden wir empfehlen, bei der Vorstandsvorlage zu verbleiben.

Wir haben noch den Antrag Nr. 658 zu behandeln. Dieser Antrag ist wiederum außerordentlich detailliert; er geht sehr in die Ausführungsverordnungen. Wir würden vorschlagen, daß er nicht angenommen wird.

Als letzter Antrag steht der Antrag Nr. 659 des Kreisverbandes Oberhausen zur Debatte. Nach diesem Antrag will man die bilateralen Vereinbarungen mit allen Staaten ausbauen. — Das scheint uns ein sehr weitgehender Antrag zu sein, wenn wir daran denken, daß wir heute schon eine große Anzahl von Staaten in dieser Welt haben.

Wir schlagen demnach insgesamt vor, die Vorstandsvorlage zu Ziffer 90 in der vorgelegten Form zu akzeptieren.

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen somit zur Abstimmung. Wer der Antragskommission folgen will, den bitte ich, die Hand mit der Stimmkarte zu erheben.

(Zurufe: Die Stimmkarte ohne Hand! — Heiterkeit)



Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Es ist mit Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen so beschlossen.

Wir kommen nun zu Ziffer 91. Als Sprecher der Antragskommission hat Herr Dr. Geissler das Wort.

**Dr. Heinrich Geissler:** Meine Damen und Herren, bei Ziffer 91 sind die Anträge Nr. 660 bis 664 zu behandeln.

Zunächst einmal empfiehlt die Antragskommission die Annahme der Vorstandsvorlage, bittet aber darum, diese Vorlage um den Antrag Nr. 660 zu ergänzen, der lautet: „Wir wollen den Arbeits- und Gesundheitsschutz der arbeitenden Jugend in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten effektiver gestalten und weiter ausbauen.“ Es handelt sich um einen Antrag der Sozialausschüsse.

Falls dem Votum der Antragskommission hier so gefolgt wird, wäre der Antrag Nr. 662 des Kreisverbandes Frankfurt Stadt erledigt. — Der Antrag Nr. 661 soll nach Auffassung der Antragskommission abgelehnt werden, da der erste Absatz mit Aussagen zum Handel mit Rauschgift und anderen Dingen ganz allgemeiner Art sich befaßt. Er hat also nicht mehr Bezug zur Jugend, und das ist im Moment das entscheidende Kapitel. Der zweite Absatz macht zum Thema Rauschgift etc. zu detaillierte Darlegungen. — Ebenso sollte der Antrag Nr. 663 abgelehnt werden, da hier die Aussagen nach Auffassung der Antragskommission von der Vorstandsvorlage miteinfaßt werden. — Der Antrag Nr. 664 sollte ebenfalls abgelehnt werden, da er weitgehend durch die Vorstandsvorlage, außerdem auch durch die Ziffer 31 im Kapitel „Bildung“ bei den Kindergärten und durch den Antrag Nr. 631, falls er so angenommen wird, abgedeckt ist.

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring,** Tagungspräsidium: Schönen Dank! — Wir kommen nunmehr zur Diskussion. Es liegt eine Wortmeldung des Herrn Popkes, Landesverband Hannover, vor. Bitte sehr.

**Lüko Popkes:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich komme nicht aus dem Kreisverband Grevenbroich, sondern aus dem Landesverband Hannover.

(Zuruf: „Das hat auch niemand behauptet!“)

Ich bin der Meinung, daß die Formulierung des Vorstandes in Absatz 2 zu sachte ist. In einer Zeit, wo landauf, landab Unterschriften gegen gewisse Tendenzen des Herrn Minister Jahn gesammelt werden, meine ich, daß die CDU zur Frage jugendgefährdender Schriften — um mich vorsichtig auszudrücken — ein klares Votum abgeben sollte.

Ich bin nicht derjenige, der hier einer falsch verstandenen Prüderie das Wort redet. Aber ich bin der Meinung, die CDU sollte es nicht dulden, daß in diesem Lande eine hemmungslose geschäftliche Freiheit besteht, und Literatur, Film und Fernsehen à la Dänemark und Schweden — um zwei Stichworte zu nennen — bei uns mit Billigung der CDU produziert werden dürfen. — Ich stelle deshalb den Antrag und bitte um Zustimmung, daß der Antrag Nr. 663 von Grevenbroich als Zusatz zu Ziffer 91 gebracht wird, damit die CDU ein klares Votum hierzu abgibt.

(Beifall)

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Bitte schön, Herr Dr. Geissler.

**Dr. Heinrich Geissler**: Die Antragskommission hat sich mit dieser Frage eingehend befaßt. Wir waren der Auffassung, daß sich die Vorstandsvorlage im zweiten Absatz mit diesem Problem auseinandersetzt und auch eine klare Meinung äußert, aber sowohl von der Länge als auch von der Formulierung her eine dem Sachgegenstand angemessene Fassung hat. Der Antrag Nr. 663 zieht — gemessen an dem ersten Absatz und der gleichwertigen Bedeutung — diese Frage doch zu sehr in die Länge. Aus diesem Grunde waren wir der Meinung, man sollte es bei der Vorstandsvorlage belassen.

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. — Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bin der Ansicht, daß wir über die Vorlage der Antragskommission mit der dort vorgeschlagenen Ergänzung abstimmen müßten sowie als Absatz 3 über den Antrag des Kreisverbandes, weil dies nach meiner Ansicht der weitestgehende Antrag ist. — Nach Rücksprache mit dem Präsidium sind wir der Auffassung, daß getrennt abgestimmt werden soll. Ich würde vorschlagen, daß wir zunächst über Absatz 3 abstimmen, und zwar darüber, ob der Antrag von Grevenbroich mit aufgenommen werden soll, weil dies dann der weitestgehende Antrag ist. — Ich bitte also zunächst nur über die Aufnahme des Antrags Grevenbroich Nr. 663 als Absatz 3 im Anschluß an die Vorstandsvorlage abzustimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich die Karte zu erheben.

**Dr. Heinrich Geissler**: Verehrte gnädige Frau, darf ich Ihren Antrag so interpretieren, daß Sie zur Abstimmung empfehlen, daß der Antrag 663 an die Stelle des jetzigen Absatzes 2 der Ziffer 91 kommen soll?

**Frau Dr. Ilse Becker-Döring**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Es ist richtig. Ich bitte aber trotzdem, die Abstimmung über den Antrag von Grevenbroich vorzunehmen, weil es der weitergehende Antrag ist. Wer diesem Antrag Nr. 663 seine Zustimmung gibt, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich! — Nach Ansicht des Präsidiums war das zweite die Mehrheit.

(Beifall)

Der Antrag Nr. 663 ist damit abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der Antragskommission mit der von ihr selbst vorgeschlagenen Ergänzung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Einstimmig — —

(Widerspruch beim Präsidium)

mit großer Mehrheit so angenommen.

**Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium:** Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Abschnitt „Soziale Sicherheit“. Ich rufe zunächst die Überschrift auf. Sprecher der Antragskommission ist Herr Dr. Geißler.

**Dr. Heinrich Geißler:** Zur Überschrift liegt Antrag 665 des Kreisverbandes Büdingen vor, außerdem Antrag 984, der Ihnen zusätzlich als Unterlage vorgelegt wurde. Antrag 665 will eine neue Ziffer mit einer Forderung nach einem Ausgleich zwischen den gesetzlichen Krankenkassen, wenn Wohnsitz und Arbeitsplatz der Rentner nicht identisch sind, einführen. Nach Auffassung der Antragskommission sollte dieser Antrag abgelehnt werden, da das Anliegen inzwischen erledigt ist.

Der Antrag 984 will eine neue Ziffer zwischen den Ziffern 95 und 96 mit einer Aussage zur Sozialhilfe einfügen. Ich unterstelle, daß Ihnen dieser Antrag vorliegt. Nach Auffassung der Antragskommission sollte dem Antrag 984 stattgegeben werden.

**Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium:** Danke sehr. — Wortmeldungen zur Überschrift liegen nicht vor. Ich komme zur Abstimmung über den Antrag der Antragskommission. Wer ihr folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Dann ist so beschlossen. — Ich möchte zur Geschäftsordnung Herrn Dr. Blüm das Wort geben.

**Dr. Norbert Blüm:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die Aufmerksamkeit dieses Parteitages auf die Tatsache lenken, wie das Präsidium unseren Verhandlungen folgt und welche Achtung das Präsidium unseren Verhandlungen durch seine Anwesenheit bekundet. Das sollten wir zu dieser Stunde zur Kenntnis nehmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Nachdem dieses Präsidium und dieser Bundesvorstand es offensichtlich geschafft haben, ihre eigene Vorlage zur Mitbestimmung mit ihrer tatkräftigen Unterstützung unter den Tisch zu stimmen, sieht man offensichtlich jetzt keine Veranlassung mehr, den weiteren Beratungen des Parteitages zu folgen. Das sollten wir hier feststellen, meine Damen und Herren!

(Zustimmung, ein Pfui-Ruf)

Ich will auch hinzusetzen, daß ich unter diesen Umständen für die Presseerklärung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten sehr viel Verständnis aufbringe.

(Beifall)

**Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium:** Meine Damen und Herren! Wenn ich Herrn Dr. Blüm richtig verstanden habe, meint er nicht das Parteitagspräsidium.

(Dr. Blüm: Nein)

Sicherlich hat er auch die anwesenden Mitglieder des Präsidiums und des Bundesvorstandes ausgenommen. Es ist kein Antrag gestellt. Wir haben

diese geschäftsordnungsmäßige Erklärung des Herrn Dr. Blüm zur Kenntnis genommen. Der Bundesvorstand wird sicher durch den Herrn Generalsekretär davon unterrichtet werden.

Ich rufe Ziffer 92 auf. Herr Dr. Geißler bitte.

**Dr. Heinrich Geißler:** Meine Damen und Herren! Nach diesem Intermezzo sind die Anträge 666 und 669 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt hier die Annahme der Vorstandsvorlage. Der Antrag 666 von der Jungen Union wird zur Ablehnung empfohlen.

Antrag 667 und Antrag 669 wollen dem Inhalt nach die Streichung des zweiten Satzes. Wegen der Bedeutung der Aussage in der Vorstandsfassung ist nach Auffassung der Antragskommission dieser Antrag abzulehnen.

Antrag 668 betont Eigenverantwortung und Selbstbeteiligung. Der Antrag sollte abgelehnt werden, da er durch Ziffer 92 und Ziffer 61 abgedeckt ist.

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsidium: Danke sehr. — Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmt, gebe bitte das Kartenzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Soweit ich das von hier übersehen kann, war das einstimmig.

Ich rufe Ziffer 93 auf. Sprecher der Antragskommission ist Herr Ruf.

**Thomas Ruf:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier geht es um die betriebliche Altersversorgung, und zwar um die Anträge 670 bis 681 und 977. Die Antragskommission empfiehlt die Vorstandsvorlage — also die Ziffer 93 — und als Alternative dazu den Antrag 671. Hier geht es um die Einfügung „nach längerer Betriebszugehörigkeit“.

Da der nachgereichte Antrag 977 von der Antragskommission nicht behandelt werden konnte, muß der Parteitag entscheiden.

Die Kommission empfiehlt, den Antrag 672 — das ist der Antrag des Landesverbandes Rheinland — anzunehmen und als zweiten Absatz an die Vorstandsvorlage bzw. den Antrag 671 anzufügen.

**Wilfried Hasselmann,** Tagungspräsidium: Danke sehr. — Ich habe dazu eine Wortmeldung. Herr Härzschel aus Baden-Württemberg.

**Kurt Härzschel:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die betriebliche Altersversorgung als Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung ist anerkannt. Aber zunehmend erhebt sich Kritik an der Tatsache, daß mit dem Ausscheiden von Kollegen aus einem Betrieb, die längere Zeit in diesem Betrieb gearbeitet haben, alle Ansprüche erlöschen. Das wird heute zunehmend durch Strukturveränderungen in vielen Betrieben eintreten, daß Arbeitnehmer, die 20 und 30 Jahre in einem Betrieb gearbeitet haben, plötzlich vor der Tatsache stehen, daß sie keinen Anspruch auf ihre einmal zugesagte betriebliche Altersversorgung geltend machen können. Hier sollten wir der Mobilität, die wir in unserer Industriegesellschaft heute fordern, folgen und eine solche Regelung für die Zukunft ausschließen.

Die Sozialenquôte hat in ihrer wissenschaftlichen Begründung ebenfalls darauf hingewiesen und zu dieser betrieblichen Altersversorgung ausgeführt, daß sie nur solche Leistungen anerkennen kann, die die Mobilität nicht behindern. Sie sehe aber in einer Bindung allein an den Betrieb eine Behinderung der Mobilität und lehne sie deshalb ab.

Ich glaube, daß wir gut daran täten, wenn wir den Antrag Nr. 674 der Sozialausschüsse annähmen, die deutlich zum Ausdruck bringen, daß die Ansprüche, die einer erworben hat, auch bei einem Wechsel mitgenommen werden können. Es kommt hinzu, daß bei Liquiditätsfällen die Betroffenen ebenfalls leer ausgehen. Das kann nicht der Sinn einer betrieblichen Altersversorgung sein. Ich begrüße außerdem, daß der Antrag Nr. 672 hier zur Annahme empfohlen wurde, weil ich glaube, daß wir auch in Mittel- und Kleinbetrieben stärker eine Altersversorgung fördern sollten, damit nicht das soziale Gefälle noch größer wird, als es jetzt schon zum Teil ist, weil nämlich die Maßstäbe in strukturstarken Industriezweigen — die Leistung vom Lohn her — schon höher sind als in Klein- und Mittelbetrieben. Dazu kommt noch einmal die betriebliche Alterssicherung.

Das alles ist bei den Handwerks-, Mittel- und Kleinbetrieben sehr oft nicht der Fall. Die Schere im sozialen Stand geht immer weiter auseinander. Wir sollten alles unternehmen, um hier die Gleichbehandlung der Arbeitnehmer auch in Klein- und Mittelbetrieben zu erreichen. Deshalb unterstütze ich eine Förderung solcher Einrichtungen, die auf überbetrieblicher Ebene diese Forderung der Arbeitnehmer verwirklichen können.

Ich glaube, daß auch für das Handwerk und für die Kleinindustrie hier zusätzlich Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht wird, weil hier dann gleiche Angebote gemacht werden können, wie sie jetzt in den Großbetrieben gang und gäbe sind.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Anträge Nr. 674 und 672 anzunehmen.

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Eine weitere Wortmeldung: Herr Lampersbach, Westfalen.

**Egon Lampersbach**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dieser Frage besteht eigentlich grundsätzlich eine Übereinstimmung in den Auffassungen. Ich möchte zum Antrag Nr. 671 aber doch sprechen und Sie darauf hinweisen, daß dies der Antrag meines Landesverbandes ist, zu dessen Gunsten die Bundesmittelstandsvereinigung ihren Antrag Nr. 673 zurückgezogen hat. Wir möchten ihn aufgenommen wissen: Die Ansprüche aus betrieblicher Altersversorgung sollen bei längerer Betriebszugehörigkeit bei Wechsel des Arbeitsplatzes erhalten bleiben.

Mit den Verrechnungsstellen erklären wir uns ebenfalls einverstanden. Wir möchten nicht, daß die Frage der Betriebszugehörigkeit dabei völlig außerhalb der Debatte bleibt, sondern daß hier zumindest eine präzise Formulierung in den späteren Gesetzentwurf aufgenommen werden soll.

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Danke. — Darf ich den Sprecher der Antragskommission bitten, einmal zu folgender Frage Stellung zu nehmen: Er hat gesagt, der Antrag Nr. 977 sei von der Kommission nicht behandelt worden. Trotzdem möchte ich den Sprecher der Antragskommission bitten anzugeben, inwieweit dieser Antrag, wenn er angenommen würde, die übrigen gestellten Anträge decken würde.

(Der Sprecher der Antragskommission spricht am Präsidiumstisch mit Herrn Müller)

Der Sprecher sieht sich außerstande; er sagt, es sei sehr schwierig zu entscheiden. Wir müssen versuchen, uns hier . . .

Noch eine Wortmeldung: Herr Vogt, Rheinland!

**Wolfgang Vogt**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der betrieblichen Altersversorgung geht es darum, daß wir, wenn wir daran denken, eine Mindestbetriebszugehörigkeit in die Ziffer 93 einzufügen, daß wir dann den Anspruch auch sichern, wenn der Betrieb in Liquiditätsschwierigkeiten gerät. Außerdem soll ausgeschlossen werden, daß eine Erhöhung der Sozialrenten zu einer Verminderung der gezahlten Betriebspension führt.

Ich glaube, daß in diesen beiden Positionen die Vorlage des Bundesvorstandes verbessert werden muß. Im übrigen weise ich darauf hin, daß der Antrag des Rheinlandes Nr. 672 eine besondere Förderung der Einrichtungen fordert, durch die auch die Arbeitnehmer in der mittelständischen Wirtschaft in den Genuß einer betrieblichen Altersversorgung kommen.

Ich darf Sie also bitten, den Anträgen Nr. 672 und 673 als Ergänzung der Vorstandsvorlage zuzustimmen.

(Zuruf: 674!)

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Herr Ruf, ich sehe gerade in der Vorlage, die Herr Dr. Ritz gemacht hat, daß der letzte Satz lautet: „Wird der Antrag Nr. 977 angenommen, so sind damit im wesentlichen alle anderen Anträge erledigt mit Ausnahme des Antrages Nr. 672.“ Mir scheint, daß das dann wohl für das Verfahren der weitergehende Antrag ist. Sie haben den Antrag Nr. 977 vorliegen — Antrag der Delegierten Grundmann, Josef Müller, Richert, Rheinland, und weiterer 29 Delegierten —. Ich lasse also über diesen Antrag Nr. 977 . . .

Herr Lampersbach noch einmahl

**Egon Lampersbach**: Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung, meine Damen und Herren, aber die fortschreitende Zeit erschwert das doch etwas. Ich bin noch eine Erklärung zu meiner vorhergehenden Ausführung schuldig.

Wir möchten mit der Fixierung einer gewissen Betriebszugehörigkeit vor allen Dingen vermeiden, daß neben der bestehenden gesetzlichen Rentenversicherung hier eine zweite öffentliche oder halböffentliche Einrichtung aufgebaut werden muß, weil das dem Sinn der Rentenversicherung, die wir heute haben, sicherlich entsprechen würde.

Darüber hinaus habe ich die Bitte, dem Antrag Nr. 672 des Rheinlandes ebenfalls zuzustimmen, weil er schwerpunktmäßig auch das Anliegen der Klein- und Mittelbetriebe beinhaltet. Ich danke Ihnen.

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Ich lasse also jetzt über den Initiativantrag Nr. 977 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, gebe bitte das Kartenzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Das ist so beschlossen.

Wir müssen noch den Antrag Nr. 672 abstimmen lassen — Landesverband Rheinland —. Wer zustimmt, gebe bitte das Zeichen. — Danke. Die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich gebe das Wort zur Geschäftsordnung Herrn Dr. Stoltenberg.

**Dr. Gerhard Stoltenberg**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Blüm hat eben Kritik an der mangelnden Präsenz des Präsidiums geübt.

(Beifall)

Da ich auch nicht hier war, möchte ich für mich und die anderen Mitglieder folgendes erklären: Ich habe von 3.00 bis 9.00 Uhr ununterbrochen an der Debatte teilgenommen und dann

(Zurufe)

wie andere Delegierte auch und wie Kollege Blüm selbst, wie ich im Restaurant gesehen habe, kurz zu Abend gegessen, um jetzt wieder hier zu sein.

(Lebhafte Zustimmung)

Ich glaube, daß es das gute Recht des Kollegen Blüm als Mitglied des Bundesvorstandes und als Delegierter war, diese Unterbrechung vorzunehmen. Ich nehme das für mich und andere Mitglieder auch in Anspruch.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir sollten sachliche Differenzen, die wir durch eine Abstimmung ausgetragen haben, und auch Enttäuschung und Verstimmung, die ich verstehe — wie ich glaube —, nicht dadurch austragen, daß wir jetzt in dieser Form die Dinge behandeln.

(Bravo! — Völlig richtig!)

Es ist hier vom Kollegen Kohl, als Mitglied des Präsidiums, nachdem ja der Vorstand ausdrücklich aufgefordert war, noch einmal Stellung zu nehmen, gesagt worden — darf ich das mal mit der gebotenen Ruhe sagen? —, daß es in diesem kontroversen Punkt der Fassung der Ziffer 71 im Bundesvorstand verschiedene Meinungen gegeben hat und daß die gefundene Fassung mit einer sehr knappen Mehrheit verabschiedet wurde.

Ich glaube, daß deshalb diejenigen, die überstimmt wurden, zumindest nicht dafür haftbar werden konnten, daß sie hier nicht eine Vorlage vertreten haben,

in der sie überstimmt wurden. Ich glaube, daß es das Recht derer war, zu schweigen. In der Sachdebatte haben diese Mitglieder sich auch auf Wunsch anderer bewußt nicht exponiert. Ich nehme das für mich in Anspruch in einer Frage, in der ich überstimmt wurde.

Ich wollte das nur zur Klarstellung sagen, ohne jede Schärfe, die wir vielleicht im Augenblick miteinander vermeiden sollten. Im übrigen darf ich darauf verweisen, meine Damen und Herren, daß auch in der ersten Abstimmung dieses Parteitages — in der Abstimmung über die Präambel — sich Mitglieder des Präsidiums und des Vorstandes unter dem Eindruck der Argumente hier für eine andere Fassung ausgesprochen haben als die des Vorstandes, unter großem Beifall der Mehrheit des Parteitages, und daß diese Fassung dann kraft der Argumente einstimmig verabschiedet wurde.

Ich sage das nicht, um andere Meinungen und auch Empfindungen der Enttäuschung und Verstimmung, die es gibt, zu bagatellisieren — das ist, glaube ich, das Recht eines jeden —, sondern nur mit der Bitte an alle, bei Respekt vor anderen Auffassungen, daß wir die Dinge so miteinander austragen, daß wir doch als politische Freunde miteinander weiter diesen Parteitag und unsere Weiterarbeit zu einem guten Ende bringen können. — Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir eine geschäftsleitende Bemerkung. Ich glaube, wir haben alle noch eine längere Arbeit hier vor uns, und ich möchte Ihnen vorschlagen, Debatten darüber, was vor geraumer Zeit in anderer Sache abgeschlossen worden ist, so wie es die Geschäftsordnung vorsieht, unter der Rubrik „persönliche Bemerkung“ an das Ende der Sachdebatte zu setzen, wobei ich mir aber den Appell nicht verkneifen möchte, solche Bemerkungen zur Person und persönliche Bemerkungen nur dann zu machen, wenn sie unausweichlich notwendig sind. Herr Katzer besteht darauf, jetzt das Wort zu haben. Er hat das Wort.

**Hans Katzer** (von Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren, ich möchte nur einen Satz sagen: Dasselbe, was Herr Kollege Stoltenberg für sich in Anspruch genommen hat, werde ich für mich in Anspruch nehmen.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten jetzt in der Sachberatung fortfahren.

(Beifall)

**Adolf Müller,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich würde im Interesse des Parteitagspräsidiums, dem die sehr unangenehme Aufgabe zufällt, diese Vorlage einschließlich IV durchzubekommen, damit wir im Zeitplan bleiben können, sehr herzlich bitten, daß wir jetzt sehr zügig weiterberaten.

Ich rufe auf Ziffer 94. Sprecher der Antragskommission ist Thomas Ruf.



**Thomas Ruf:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hier müssen jetzt die Anträge Nrn. 538, 655, 682 bis 696 und 990 behandelt werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag Nr. 990 anzunehmen. Sollte der Antrag Nr. 990 angenommen werden, so wären die Anträge Nrn. 538, 655, 685, 686, 690 und 695 im wesentlichen erledigt.

**Adolf Müller,** Tagungspräsidium: Danke sehr. Zur Ziffer 94 habe ich zwei Wortmeldungen, und zwar Herr Rollmann, Hamburg, und Herr Dr. Gamillscheg, Kreisverband Göttingen. Herr Rollmann wird zum Antrag Nr. 684 sprechen.

**Dietrich Rollmann:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Frage der Klein- und Kleinstrentner beschäftigt auch die Bundestagsfraktion der CDU/CSU seit geraumer Zeit. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß es in unserem Lande sehr viele Klein- und Kleinstrentner gibt, die am Rande des Existenzminimums leben, obwohl sie ein Leben lang gearbeitet und ihre Beiträge bezahlt haben — allerdings gearbeitet und ihre Beiträge zur Rentenversicherung bezahlt haben in einer Zeit, in der infolge der wirtschaftlichen und der gesellschaftlichen Verhältnisse und in bestimmten Teilen unseres Landes und in gewissen Berufen unverhältnismäßig wenig verdient wurde und aus diesem Grunde eben unverhältnismäßig wenig Leistungen zur Rentenversicherung erbracht worden sind, so daß es hier jetzt einen Personenkreis in unserem Lande gibt, der nicht mehr hat als eine Kümmerrente.

Die Hamburger CDU ist der Meinung, meine Damen und Herren, daß wir hier dazu kommen müssen, im Rahmen der allgemeinen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten eine Mindestrente zu schaffen, die über dem Regelsatz der Sozialhilfe liegt, um diesem Kreis der Klein- und Kleinstrentner in unserem Lande ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe zu einem Leben mit etwas mehr Würde und etwas geringeren sozialen Notlagen verhelfen zu können, als es gegenwärtig der Fall ist.

Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, bitte ich namens der Hamburger CDU und entgegen dem Votum der Antragskommission — das allerdings hier von Herrn Ruf eben nicht begründet worden ist — darum, daß dieser Hamburgische Antrag angenommen wird.

Wenn möglicherweise darauf verwiesen werden sollte, daß in dieser Frage Überlegungen in der Bundestagsfraktion, und zwar sehr konkrete Überlegungen vorhanden sind, die insbesondere von unserem Freunde Varelmann ausgehen, dann bin ich der Meinung, daß hier diese konkreten Überlegungen in der Bundestagsfraktion durch ein eindeutiges Votum des Bundesparteitags der CDU eine wirksame Unterstützung erfahren sollten vor der gesamten deutschen Öffentlichkeit, und in diesem Sinne bitte ich Sie um die Annahme des Hamburger Antrages.

(Teilweiser Beifall)

**Adolf Müller,** Tagungspräsidium: Danke sehr. Das Wort hat jetzt Herr Dr. Gamillscheg; dann folgt Herr Masuch, Rheinland.

**Thomas Ruf:** Darf ich dazu etwas sagen, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Rollmann irrt sich. Ich habe bisher als Mitglied der Antragskommission den Antrag Nr. 684 noch nicht abgelehnt. Aber das tue ich jetzt, Herr Kollege Rollmann, und zwar unter Hinweis darauf, daß in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht nur Überlegungen angestellt werden, sondern daß bereits die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen entsprechenden Antrag im Bundestag eingebracht hat, der in der ersten Lesung behandelt worden ist. Der Antrag sieht vor, daß Empfänger von Kleinstrenten eine Art von gehobener Fürsorge erhalten sollen, die über den Regelsätzen der Fürsorge liegt.

**Adolf Müller, Tagungspräsidium:** Jetzt hat das Wort Herr Dr. Gamillscheg.

**Prof. Dr. Franz Gamillscheg:** Meine Damen und Herren, der Antrag Nr. 692 bezweckt, die Sozialrenten unmittelbar an die Lohnentwicklung anzupassen. Es ist uns wohl bewußt, daß die heutige Regelung, nach der die Anpassung mit einer zeitlichen Verzögerung von zwei Jahren — ich vereinfache etwas — erfolgt, aus Sorge um die Stabilität der Währung getroffen worden ist. Wir nehmen das durchaus ernst. Allerdings hat man seinerzeit auch bei der Einführung der dynamischen Rente insgesamt diese Sorge um die Währung geäußert. Aber wir meinen, daß man die Inflation nicht auf dem Rücken der Rentner bekämpfen soll. Das wäre ja auch ein nicht sehr taugliches Mittel.

Wir glauben im Gegenteil, daß es die Verantwortung der Tarifpartner hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen ihrer Verträge eher stärken wird, wenn sie wissen, daß mit der Lohnerhöhung auch die Erhöhung der Rentner unmittelbar gekoppelt ist.

Meine Damen und Herren, heute sind einige harte Worte über die Gewerkschaften gefallen, vielleicht nicht ganz ohne jeden Anlaß. Aber es schadet nicht, wenn deshalb auch darauf hingewiesen wird, daß die Gewerkschaften in ihrer Arbeit ihre Verantwortung nicht nur für ihre Mitglieder, sondern für alle Arbeitnehmer und die Gesamtheit sehr wohl kennen und ihr gerecht werden. Wir wissen auch, daß die heutige Regelung eine antizyklische Wirkung hat. Auch das ist indessen nicht wirklich erheblich. Denn wenn der Zyklus — wenn ich das einmal so ausdrücken darf — auf Lohnauftrieb und damit auf Preiserhöhung gerichtet ist, dann ist es eben ungerecht, nur die Rentner den Preiserhöhungen gewissermaßen preiszugeben.

Ist dagegen ein Konsumstoß erwünscht, aus gesamtwirtschaftlichen Gründen, dann wird es nicht schwerfallen, andere Mittel zu finden, um den Rentnern etwas zuzuwenden.

(Beifall)

**Adolf Müller, Tagungspräsidium:** Es hat das Wort der Sprecher der Antragskommission Herr Ruf.

**Thomas Ruf:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt, auch diesen Antrag abzulehnen. Zu diesem Antrag kann man nur sagen: wer soll das bezahlen?

Wir alle miteinander tragen die Verantwortung dafür, daß die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Dauer gesichert sind und auf die Dauer durchgehalten werden können. Lassen wir uns doch nicht über die wahre Situation der gesetzlichen Rentenversicherungen dadurch täuschen, daß in den letzten Monaten durch die Lohnentwicklung und durch andere Dinge gewisse Beitragseinnahmeüberschüsse entstanden sind.

Sie wissen doch alle, daß wir einiges vorhaben. Es gibt einen Antrag auf Einführung der flexiblen Altersgrenze, es gibt einen Antrag auf Hausfrauenrente usw. Das kostet alles Geld. Die Aktualisierung der Bemessungsgrundlage ist finanziell einfach nicht zu verkraften. Darüber sind sich alle Experten im klaren. Darum bitte ich, den Antrag abzulehnen.

**Adolf Müller, Tagungspräsidium:** Danke sehr, Herr Masuch hat das Wort.

**Anton Masuch:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich spreche zu Antrag 687, Antrag des Kreisverbandes Oberhausen, und bitte um Anfügung eines Satzes:

Die Pensionsbezüge der Hinterbliebenen sind dem allgemeinen Rentenrecht anzupassen.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit nicht zu sehr strapazieren. Im Rentenrecht wie in der allgemeinen Versicherung wissen wir, daß sie den Bezügen angepaßt werden, wie sie da sind.

Kommt ein junger Beamter — und wir sprechen nachher in den Ziffern 109 folgende über die Neuregelung des öffentlichen Dienstes — durch einen Unfall ums Leben, erhält die Witwe nur 60 % der Dienstbezüge, die der junge Beamte erhält. Ich glaube, daß dies nur ein Hinweis ist. Wenn hier von Mindestrenten gesprochen wird, sollte man auch den Hinterbliebenen die Möglichkeit geben, daß sie zumindest dem allgemeinen Rentenrecht angepaßt werden. — Ich bitte Sie recht herzlich, sich diesem Antrag anzuschließen.

**Adolf Müller, Tagungspräsidium:** Danke sehr. Das Wort hat Herr Ruf.

**Thomas Ruf:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß bitten, auch diesen Antrag abzulehnen. Zunächst einmal ist er nicht am richtigen Platz, denn hier handelt es sich nicht um ein Problem der Rentenversicherung, sondern um ein Problem der Beamtenbesoldung und der Versorgung von deren Hinterbliebenen. Im übrigen haben wir ja umgekehrt die Forderung von Angestellten und Arbeitern, wir möchten ihre Versorgung der Versorgung von Beamten anpassen. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

**Adolf Müller, Tagungspräsidium:** Meine Damen und Herren. Sie haben die Empfehlungen der Antragskommission gehört. Ich würde Ihnen gern vorschlagen, daß wir über die Gesamtempfehlung der Antragskommission abstimmen lassen. Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission, Antrag 990 anzunehmen und alle übrigen Anträge für erledigt zu erklären oder abzulehnen, abstimmen. Wer der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen! — Danke sehr. Gegenprobe! — Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen ist das so beschlossen.

Ich rufe Ziff. 95 auf. Das Wort hat Frau Griesinger für die Antragskommission.

**Annetta Griesinger:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Hier sind die Änderungsanträge 697 und 699 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Änderungsantrags 697, gestellt vom Landesverband Rheinland-Pfalz, da er nach unserer Meinung die Notwendigkeit der Sorge für alte Menschen deutlicher zum Ausdruck bringt, als die Vorstandsvorlage.

Der Antrag 698 sollte abgelehnt werden, da er zum Teil durch 697, sofern dieser von Ihnen angenommen wird, abgedeckt wäre und auch Altenpläne fordert, obwohl die CDU 1969 einen Altenplan vorgelegt hat.

Die Antragskommission schlägt weiter vor, Antrag 699 abzulehnen. Wir haben ja darüber gerade diskutiert, weil die CDU/CSU-Fraktion inzwischen bereits initiativ geworden ist und im Bundestag einen Antrag eingebracht hat, Kleinstrentner im Rahmen der Sozialhilfe besserzustellen. Ich bitte also um Annahme des Antrags 697.

**Adolf Müller, Tagungspräsident:** Danke sehr, Frau Griesinger. Ich habe keine Wortmeldungen. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen, Antrag 697 an Stelle der Vorstandsvorlage anzunehmen, im übrigen die Anträge für erledigt zu erklären oder abzulehnen.

Wer der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen! — Danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 96 auf. Bitte, Herr Ruf.

**Thomas Ruf:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, zur Ziffer 96 der Vorstandsvorlage gibt es die Anträge 700 bis 704 und 961.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags 702, also des Antrages der Bundesvereinigung Mittelstand: für den privaten Bereich soll eine allgemeine private Haftpflichtversicherung auf privater Basis eingeführt werden, aber mit der Maßgabe, daß das Wort Haftpflichtversicherung durch „Haftpflichtversicherungspflicht“ ersetzt wird.

Die Formulierung in der Vorstandsvorlage ist äußerst mißverständlich, denn es ist ja so, daß die Unfallversicherung der Berufsgenossenschaften zwar die Haftpflicht der Unternehmer für Unfälle ihrer Arbeitnehmer abzudecken hat; aber sie ist im allgemeinen Sprachgebrauch nicht die Haftpflichtversicherung. Der Antrag würde dann also lauten:

Für den privaten Bereich soll eine allgemeine private Haftpflichtversicherungspflicht auf privater Basis eingeführt werden.

Wenn der Antrag vom Parteitag angenommen wird, sind die Anträge 701, 703 und 704 inhaltlich erfaßt und erledigt.

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Wir müssen bei dieser Ziffer 96 auch Initiativantrag 984 behandeln, der vorsieht, zwischen 95 und 96 eine neue Ziffer „Sozialhilfe“ einzufügen.

Ich habe zwei Wortmeldungen. Zunächst Herr Dr. Luda, Westfalen-Lippe.  
(Dr. Luda: Ich verzichte!)

— Dr. Luda verzichtet. — Herr Burger, Baden-Württemberg.

**Albert Burger**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Sozialhilfe ist die bedeutende dritte Säule im System der sozialen Sicherheit. Das Bundessozialhilfegesetz war ein großer Wurf der CDU. Es hat heute eine sehr große Bedeutung, insbesondere in seinen Leistungen, Hilfe für besondere Lebenslagen zu geben.

Hier müssen weitere Entwicklungen, insbesondere auch im Bereich der Eingliederungshilfe für Behinderte in der Zukunft ins Auge gefaßt werden. Es ist daher konsequent, wenn wir diesen bedeutenden Bereich in unserem Programm nicht übergehen. Ich bitte Sie daher, dem Antrag zuzustimmen.

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Danke sehr. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst über Antrag 984 abstimmen lassen, weil er den Inhalt hat, daß zwischen den Ziffern 95 und 96 eine neue Ziffer aufgenommen werden soll. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen! — Danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Bei 1 Gegenstimme so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Ziff. 96, Vorschlag der Antragskommission, mit der Ergänzung des Antrags 702. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Wir kämen dann zu Ziff. 97. Sprecherin der Antragskommission ist Frau Blohm.

**Irma Blohm**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, die Anträge Nrn. 705 und 707 gleichzeitig zu behandeln, da sie identisch sind.

Wir schlagen vor, die Ziff. 97 zu ersetzen durch den Antrag Nr. 705 mit der Streichung „die deutsche Sozialpolitik“ im ersten Satz. Wir bitten den Parteitag, diesen Antrag anzunehmen.

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Danke sehr! Auch hierzu eine Wortmeldung: Herr Burger!

**Albert Burger**: Meine Damen und Herren! Ich begrüße die Übernahme einer qualifizierten Aussage zur Versorgung der Kriegsopter. 2,6 Millionen Kriegsopter wollen und sollen auch teilhaben an den Fortschritten der 70er Jahre. Eine sinnvolle Weiterentwicklung der Kriegsopterversorgung gehört zu den wesentlichen Aufgaben einer humanen Gesellschaftspolitik.

Das Bundesversorgungsgesetz war das erste Sozialgesetz der Bundesrepublik; es wurde mehrfach ausgebaut und reformiert. Neben der Anpassung der Lei-

stungen bleibt vor allem die Aufgabe einer Neuordnung mit dem Ziel, Härten für Witwen abzubauen, das Schicksal der Eltern zu verbessern und Probleme der Beschädigten infolge zunehmenden Alters zu beseitigen und zu lösen. Ich darf daher um Annahme des Vorschlags der Antragskommission herzlich bitten.

**Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium:** Danke sehr! Weitere Wortmeldungen liegen zu dieser Ziffer nicht vor.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmen will, der gebe bitte das Zeichen. — Dankel Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Wenn ich das recht gesehen habe, war das eine Gegenstimme. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu Ziff. 98: Gesundheit. Dazu bitte Frau Blohm!

**Irma Blohm:** Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag Nr. 993 anstatt der Ziff. 98 zu beschließen, mit der Einfügung hinter dem Satz „Arzneimittel müssen strenger geprüft werden“ soll außerdem der zweite Satz des Antrags Nr. 716 in der Fassung „Werbungen für gesundheitsschädigende Produkte müssen eingeschränkt werden“, eingefügt werden. Wenn der Antrag Nr. 993 angenommen wird, sind die Anträge Nrn. 710, 712, 713, 716, 718, 719, 720 und 722 abgedeckt und damit erledigt.

Der Antrag Nr. 708 ist durch die Annahme von Antrag Nr. 993 zuzüglich der Ergänzung des Antrags Nr. 716 zweiter Satz erledigt.

Die Anträge Nrn. 709, 711, 714 und 715 sollen abgelehnt werden, da sie zum Teil durch den Antrag Nr. 993 abgedeckt werden.

Der Antrag Nr. 717 soll abgelehnt werden, da er mißverständlich ist: „Selbstbeteiligung ist zu fördern“.

Der Antrag Nr. 721 soll abgelehnt werden, da er zu sehr ins Detail geht.

Wir bitten also um die Annahme des Antrags der Antragskommission Nr. 993 mit dem Zusatz von Antrag Nr. 716.

**Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium:** Danke sehr! Ich habe hier einige Wortmeldungen: Herr Dr. Hammanns, Herr Enneking und Herr Lampersbach.

**Dr. Hugo Hammanns:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Unabhängigkeit der Heilberufe und die freie Arztwahl wie auch die Freiheit medizinischer Lehre und Forschung müssen erhalten bleiben. Das war in den letzten 20 Jahren unsere Stärke im Gesundheitswesen. Wir haben trotz gegenteiliger Äußerungen der Sozialisten Grund, und wir haben auch neue konkrete Anlässe, anzunehmen, daß die Sozialisten einen staatlichen Gesundheitsdienst wollen.

Zwar trifft der Vorschlag in Antrag Nr. 709 des Landesverbandes Westfalen-Lippe den Kern der Sache; aber dies positiv auszudrücken, ist viel besser. Es ist gut, daß die Antragskommission die beste Formulierung, nämlich die des Antrags der Jungen Union in Antrag Nr. 712 herausgegriffen und Ihnen

zur Annahme vorgeschlagen hat. Ich möchte Ihnen ebenfalls vorschlagen, diesem Antrag der Antragskommission zu folgen.

Es ist sehr zu begrüßen, daß die Werbung für gesundheitsschädigende Produkte eingeschränkt werden soll. Auch hier, so meine ich, sollten wir der Antragskommission folgen und zugleich die Bundestagsfraktion bitten, möglichst schnell mit einem Antrag im Bundestag aufzuwarten.

(Beifall)

**Adolf Müller** (Remscheid), Tagungspräsidium: Danke sehr! Enneking, Oldenburg! Ob Herr oder Frau, kann ich nicht feststellen.

(Zuruf: Wird zurückgenommen!)

— Ist zurückgenommen!

Herr Lampersbach!

**Egon Lampersbach:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben uns gestern in der Antragskommission sehr eingehend über diesen Punkt unterhalten, insbesondere den, der die Reform der Krankenversicherung betrifft.

Mit den Aussagen zur Krankenversicherung in Ziff. 98 des Programm-entwurfs kann sich die CDU meines Erachtens in der Öffentlichkeit nicht sehen lassen. Was in Ziff. 98 bislang steht, ist zwar gut und richtig, wird aber keineswegs dem Ziel einer Reform der Krankenversicherung gerecht, das die CDU seit Jahren für sich in Anspruch genommen hat.

Das wird vor allem deutlich bei einem Vergleich zwischen dem Berliner Programm und dem uns heute vorliegenden Entwurf für eine Fortschreibung. Geblieben ist lediglich die Forderung nach mehr Transparenz, nach besserer Überschaubarkeit der Ansprüche und Leistungen in der gesetzlichen Versicherung. Schon die Absichtserklärung des Entwurfs, daß sich Ansprüche und Leistungen in wirtschaftlich vertretbaren Grenzen halten müßten, ist in dieser Form nicht mehr als ein Allgemeinplatz.

Erfreulicherweise bemühen sich die verschiedenen Änderungsanträge, die Aussagen zur Krankenversicherung um wesentliche Gesichtspunkte zu ergänzen. Ich beziehe mich hier insbesondere auf den Änderungsantrag von Westfalen-Lippe und den der Mittelstandsvereinigung.

Am Beginn der Aussagen der CDU zur Krankenversicherung sollte die Begründung des Willens zur Reform stehen. Im Berliner Programm, Ziff. 98, wurde diese Reform im Zusammenhang mit der Einführung der Lohnfortzahlung für die Arbeit im Krankheitsfall angekündigt.

Als bei der Einführung der Lohnfortzahlung im Jahre 1969 nur eine geringe Reform der Krankenversicherung erfolgte, bekannte sich die CDU immerhin dazu, daß es sich dabei um einen ersten Einstieg in die weiterhin mit Nachdruck anzustrebende Gesamtreform handeln solle.

Ich meine, programmatische und politische Festlegungen unserer Partei soll-

ten beachtet werden, zumal dann, wenn sie einem dringenden Bedürfnis Rechnung tragen.

Die Reform sollte nach unserer Vorstellung vor allem drei Ziele anstreben:

1. die Anpassung der Leistungsgestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung an den Fortschritt der medizinischen Wissenschaft. Die CDU und mit ihr die CSU waren es, die in das Zweite Krankenversicherungsänderungsgesetz im letzten Jahr die Vorsorgeuntersuchungen eingeführt haben. Wir sollten uns auch künftig in diesem Bereich an Fortschrittlichkeit von niemandem übertreffen lassen.
2. Wir sollten endlich Schluß machen mit den Resten der unterschiedlichen Behandlung von Arbeitern und Angestellten in der gesetzlichen Krankenversicherung. Es ist erstaunlich, meine Damen und Herren, daß kaum ein Jahr nach der Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten im Krankheitsfälle durch Einführung der Lohnfortzahlung durch das Krankenversicherungsänderungsgesetz die Sonderstellung der Angestellten wieder betont wurde. Es ist nicht einzusehen, warum trotz aller sozialen Gleichstellung auch künftig nur die Angestellten das Recht haben sollten, bei Überschreiten der Versicherungspflichtgrenze ihren Krankenversicherungsschutz selbst zu wählen. Die CDU würde sicherlich ein großes Echo finden, wenn sie sich durch dieses Programm für die Wahlfreiheit aller Arbeitnehmer bei Überschreiten der Versicherungspflichtgrenze aussprechen würde. Nach Einführung der Dynamisierung der Versicherungspflichtgrenze würde durch diesen weiteren Schritt endlich auch Klarheit in das Verhältnis von gesetzlicher und privater Versicherung gebracht werden.
3. Wir müssen uns etwas einfallen lassen, um das Kostenbewußtsein in der Bevölkerung im Gesundheitsbereich zu heben.

(Vereinzelter Beifall)

Hier liegt der schwache Punkt des bestehenden Sachleistungssystems, das den Versicherten alle Kosten abnimmt, auch die Bagatelkosten. Das Berliner Programm hat in dieser Hinsicht den Weg gewiesen, indem es sich neben der Verbesserung der Transparenz auch für eine geringe Selbstbeteiligung der Versicherten ausgesprochen hat. Diese Forderung, meine Damen und Herren, sollten wir auf jeden Fall aufrechterhalten. Ihre Verwirklichung, für die sich eine Menge von Gestaltungsmöglichkeiten anbieten, sollten wir dem Gesetzgeber überlassen. Wir sollten nicht so lange in Unbeweglichkeit verharran, bis wir eines Tages durch absehbare ähnliche Entwicklungen wie im nationalen Gesundheitsdienst Englands zum Handeln gezwungen werden.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, daß wir zu diesem wichtigen Thema der Krankenversicherungsreform, das für alle Versicherten in wirtschaftlich stabilen Verhältnissen bleiben muß, eine klare Aussage machen.

(Beifall)



**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bin davon unterrichtet worden, daß der Antrag der Antragskommission Nr. 993 nicht überall ausliegt. Ich trage ihn vor: Ziff. 98 soll lauten:

„Wir wollen, daß der medizinische Fortschritt allen Bürgern zugute kommt und in Stadt und Land gleiche Voraussetzungen für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit geschaffen werden. Wir wollen, daß die Ansprüche und Leistungen aller Beteiligten in der gesetzlichen Krankenversicherung offengelegt werden und sich in wirtschaftlich vertretbaren Grenzen halten. Arzneimittel müssen strenger geprüft werden.“

Hier soll dann ein Satz aus dem Antrag 716 eingefügt werden:

„Werbung für gesundheitsschädigende Produkte muß eingeschränkt werden.“

Dann geht es weiter:

„Wir werden dafür eintreten, daß die freie Arztwahl sowie die Unabhängigkeit und Freiberuflichkeit der Heilberufe erhalten bleibt und zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung die Bildung von Praxisgemeinschaften besonders auf dem Lande gefördert wird.“

Ich habe nun noch eine Wortmeldung: Herr Ludwig (Westfalen-Lippe).

**Paul Ludwig**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben gerade den Antrag 993 gehört, und Sie werden festgestellt haben, daß in diesem Antrag der Kern des Antrages 709 — Westfalen-Lippe — nicht enthalten ist, wie vorhin gesagt worden ist, daß damit der Antrag erledigt wäre. Die Zeit ist fortgeschritten, ich möchte nichts wiederholen, was schon gesagt worden ist.

Ich darf darauf hinweisen, daß der Landesverband Westfalen-Lippe und auch der Landesverband Rheinland den ersten Absatz des Antrages 711 der Mittelstandsvereinigung unterstützt. Die Begründung hat Herr Lampersbach gegeben; ich kann mich da nur hinter das stellen, was Herr Lampersbach gesagt hat.

Der Landesverband Westfalen-Lippe ist aber darüber hinaus der Meinung, daß es eine Aufgabe der CDU wäre, in einem Programm, das sich mit Gesundheitsfragen beschäftigt, auch eine ganz klare Absage an einen staatlichen Gesundheitsdienst und an einen totalen Versicherungszwang in der gesetzlichen Krankenversicherung zu erteilen. Meine Damen und Herren, zum Jahresende werden sehr oft in Zeitungen und sonstwie Umfragen gemacht, und die überwiegende Zahl der Befragten erklärt immer, das Wichtigste für sie sei, daß sie im neuen Jahr und in der Zukunft gesund bleiben. Vernachlässigen wir diesen Punkt nicht, tun wir alles, was getan werden kann, um die beste Versorgung der Bevölkerung auf dem Gebiet der Gesundheit zu erreichen. Und ich meine, dazu gehört auch der Punkt — und auch dazu sollten wir den Mut haben —, daß wir für die Einrichtung von Diagnosezentren eintreten. Denn wer mit Ärzten zu tun hat, weiß, daß heute ein praktischer Arzt nicht mehr in der Lage ist, in schwierigen Fällen Diagnosen zu stellen, sondern man es dem Patienten zumutet, von Facharzt zu Facharzt geschickt

zu werden und immer wieder lange Wege und lange Wartezeiten in Kauf zu nehmen. Diagnosezentren haben sich überall bewährt, und der Landesverband Westfalen-Lippe ist der Meinung, man sollte auch dazu eine klare Aussage machen.

Deswegen bitten wir Sie sehr herzlich, unserem Antrag 709 zuzustimmen.

(Beifall)

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Ich habe keine Wortmeldungen mehr. — Frau Blohm für die Antragskommission!

**Irma Blohm**: Zu dem Antrag Westfalen-Lippe, zum letzten Absatz: „Ein allgemeiner staatlicher Gesundheitsdienst wird von uns ebenso wie ein totaler Versicherungszwang in der gesetzlichen Krankenversicherung abgelehnt!“ Meine Damen und Herren, ich weiß gar nicht, warum man das so negativ ausdrücken muß. Wir haben das in unserem Antrag 993 positiv formuliert, in dem wir die freie Arztwahl und die Freiberuflichkeit aller Heilberufe fordern. Ich glaube, damit ist doch diesem Genüge getan. Außerdem: Wenn Sie Diagnosezentren verlangen, kann ich nur sagen, daß Sie damit den ersten Satz in ihrem zweiten Absatz wieder aufheben; denn das ist der erste Schritt zu einem staatlichen Gesundheitsdienst.

(Beifall)

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Bestehen Bedenken, wenn ich über die gesamte Vorlage der Antragskommission abstimmen lasse? — Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen, das heißt also: Annahme von 993, alles übrige damit erledigt.

Wer dem zustimmt, bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Das erste war die Mehrheit.

(Widerspruch)

Damit ist dem so entsprochen. Ich habe das Präsidium gefragt; das Präsidium ist dieser Meinung, auch der Präsident des Parteitages, wenn das die Rheinländer und die Westfalen beruhigt!

Wir kommen zur Ziff. 99. Sprecherin der Antragskommission ist Frau Blohm.

**Irma Blohm**: Zu Ziff. 99 sind die Anträge 723 bis 734 und 987 und 994 zu behandeln.

Der Antrag 987 wird ohne Empfehlung der Antragskommission zur Diskussion gestellt, da keine Beratungsmöglichkeit mehr bestand. Dasselbe gilt für den Antrag 994.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Vorstandsvorlage mit einer Ergänzung nach dem fünften Satz des ersten Absatzes: „Zusammen mit einer Neuordnung der Finanzierung muß eine Verbesserung der inneren Struktur und der Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser erreicht werden“, ähnlich wie in Satz 1 des dritten Absatzes des Antrages 726.

Wird die Vorstandsvorlage mit den Ergänzungen angenommen, so sind weitgehend die Anträge 726, 730 und 734 abgedeckt. Die Anträge 723, 725, 728, 730, 732 und 733 sind mit der Annahme der Vorstandsvorlage mit den Ergänzungen erledigt. Sie sollten auch andernfalls abgelehnt werden, da keine Forderung nach der Notwendigkeit der Reform der inneren Struktur erhoben wird. Sie bleiben insoweit hinter dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion vom Dezember 1970 zurück.

Der Antrag 727 sollte abgelehnt werden, da er das klassenlose Krankenhaus fordert, ebenso der Antrag 731, der zu sehr ins Detail geht.

Der Antrag 729 sollte abgelehnt werden, weil das Schleswig-Holstein-Programm kein Papier wie das Berliner Programm ist, auf das auf dem Parteitag verwiesen werden kann.

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Meine Damen und Herren, da der Initiativantrag 994 in der Antragskommission nicht beraten wurde, gebe ich das Wort zur Begründung zunächst Herrn Grundmann, Landesverband Rheinland.

**Konrad Grundmann**: Meine Damen und Herren, ich darf für die Antragsteller den Antrag 994 in aller Kürze begründen. Wir sind der Meinung, daß unsere Formulierung umfassender ist als das, was bisher vorliegt. Wir stellen im ersten Absatz den Anspruch auf bestmögliche Krankenhausversorgung ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des jeweiligen Anspruchserhebenden fest, und wir sagen im ersten Absatz, daß wir der Meinung sind, das hat nichts mit der Feststellung einer Gemeinschaftsaufgabe zu tun —, daß Bund und Länder gemeinschaftlich hierfür Gewähr leisten, ein Verfahren im übrigen, das beim konkurrierenden Verfahren der Krankenhausförderung bisher bereits zwischen Bund und Ländern üblich war.

Im zweiten Absatz sagen wir dann in mehreren Unterabschnitten einiges über die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser aus.

Im dritten Abschnitt — und darauf habe ich hingewiesen, als ich sagte, daß wir eine weitergehende Erläuterung in diesem Antrag vornehmen — erläutern wir die Festlegung, daß Überschneidungen und Fehlinvestitionen vermeidbar sind. Da müssen die Länder nach bundeseinheitlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung überregionaler Gesichtspunkte Krankenhauspläne errichten. Dazu führen wir dann auf, was wir meinen, was in diesen Krankenhausplänen erfaßt werden sollte.

Ein ganz besonderes Anliegen ist uns allerdings der letzte Absatz, in dem wir sagen, daß freie gemeinnützige, kommunale und staatliche Krankenhäuser gleichrangig behandelt und die Freiheit und Selbstverantwortung der Krankenhäuser gewährleistet bleiben.

Meine Damen und Herren, ich sage sehr offen, daß diese Antragsteller, die alle aus Nordrhein-Westfalen kommen, gerade bei dem letzten Absatz die besondere Situation unserer Krankenhausstruktur mit über 70 % freien gemeinnützigen Krankenhausträgern im Lande gesehen haben, und daß uns

von da her die Erhaltung ihrer Autonomie, die Sicherung ihrer Wirtschaftlichkeit, ein ganz besonderes Anliegen unserer Politik zu sein scheint.

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Ich darf zunächst der Sprecherin der Antragskommission das Wort zu diesem Antrag geben.

**Irma Blohm**: Der Antrag, der eben von Herrn Grundmann begründet wurde, geht in keiner Form weiter als der Antrag, der von der Antragskommission gestellt worden ist.

(Zurufe — Widerspruch)

Wir bitten deshalb um Ablehnung dieses Antrags.

(Erneute Zurufe)

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Ich habe weitere Wortmeldungen vorliegen. Zunächst Herr Ludwig, Westfalen-Lippe, dann Herr Schnipkoweit, Hannover, Herr Drape, Hannover, Herr Dr. Geissler, Rheinland-Pfalz, und Herr Gerhardt, Hessen.

**Paul Ludwig**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch hier muß ich feststellen, daß gerade etwas gesagt worden ist, was einfach nicht so hingenommen werden kann. Der Antrag geht wesentlich weiter, meine Damen und Herren,

(Beifall)

wenn Sie ihn vergleichen, und es kommt, selbst wenn er inhaltlich vielleicht durch den Antrag der Antragskommission gedeckt wäre, gerade in solchen Punkten, so meine ich und so meint der Landesverband Westfalen-Lippe, etwas auf die Formulierung an.

(Beifall)

Ich möchte nur den ersten Satz nehmen: Wenn es sich um Krankenhäuser handelt, so sollte man bedenken, daß in Krankenhäusern Menschen behandelt werden sollen, und da sollte auch im ersten Satz der Mensch, der im Krankenhaus behandelt wird, angesprochen werden und nicht als erstes der Krankenhausbau erwähnt werden.

Bei uns, so meinen wir, ist es viel präziser ausgesprochen. Vor allen Dingen sind auch die Forderungen, die Herr Grundmann vorgetragen hat, wesentlich konkreter als die, die in dem Antrag der Antragskommission enthalten sind. Deswegen bitten wir um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall)

**Hermann Schnipkoweit**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da die Antragskommission den Vorschlag gemacht hat, dem Vorstandsbeschluß zu folgen, würde ich Sie doch bitten, den Antrag 726 der Sozialausschüsse einmal zur Hand zu nehmen, um mit dem zu vergleichen, was ich jetzt sagen möchte. Die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages hat vor fünf Wochen einen Antrag eingebracht, der die Bundesregierung ersucht, im Zusammenwirken mit den Ländern und den am Krankenhauswesen Beteiligten die dringenden Finanzierungsschwierigkeiten der Krankenhäuser zu beseitigen

und einen Prozeß einzuleiten, an dessen Ende ein System von Krankenhäusern als Bestandteil der sozialen Infrastruktur steht, in dessen Mittelpunkt der einzelne Patient steht, das allen Bürgern die bestmögliche medizinische Versorgung und eine angemessene Betreuung zu einem vertretbaren Preis in einer zumutbaren Entfernung bietet, das wirtschaftlich leistungsfähige, das kommunale, freie gemeinnützige und vergleichbare private Krankenhäuser gleichermaßen umfaßt, in denen kein Bürger nur deshalb mehr für allgemeine Leistungen im Krankenhaus zahlen muß, weil er privat zudem leistungsfrei gesichert ist, in denen Leistungen, die gesondert vergütet werden, vom Patienten ohne Rücksicht auf die bisherige Klassenteilung in Anspruch genommen werden, in denen alle im Krankenhaus Tätigen funktionsgerecht aus- und fortgebildet werden, korporativ zusammenarbeiten und leistungsgerecht bezahlt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie die Leitsätze der Bundestagsfraktion zum Ausbau und zur Sicherung eines bedarfsgerecht gegliederten Systems leistungsfähiger Krankenhäuser mit den einzelnen Anträgen zu Ziffer 99 vergleichen, so kommt der Antrag 726 der Sozialausschüsse dem Anliegen der Bundestagsfraktion am nächsten, und aus diesem Grunde bitte ich, dem Antrag 726 zuzustimmen.

(Beifall)

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Herr Drape, ihm folgt Herr Dr. Geissler.

**Heinz-Detleff Drape**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche für den Antrag 730. Wir unterstützen das eben von meinem Kollegen Schnipkoweit Vorgetragene — inhaltlich Antrag 726 —, bitten jedoch, wenn dieser Antrag durchgeht, den zweiten Absatz wie folgt aus unserem Antrag mit zu ergänzen: Die Investitionskosten der Krankenhäuser nun nicht auf die freien gemeinnützigen zu beschränken, sondern aus unserem Antrag bei einer Gleichbehandlung in die Förderung auch die gemeinnützigen und privaten Krankenhäuser einzufügen. Uns kommt es auf die Gleichbehandlung an. Wir stehen auf dem Subsidiaritätsprinzip, und ich glaube, wir sollten hier die Gleichbehandlung der privaten und gemeinnützigen Krankenhäuser auch wirklich zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

**Adolf Müller**, Tagungspräsidium: Herr Dr. Geissler, dann Herr Gerhardt, Hessen.

**Dr. Heinrich Geissler**: Meine Damen und Herren! Es wird jetzt wahrscheinlich schwierig sein, aus der Fülle der vorliegenden Anträge ein Krankenhauskonzept in dieser Ziffer 99 zu entwickeln, das überzeugend ist. Ich möchte dennoch den Versuch wagen und möchte zum Zwecke der Erleichterung des gesamten Vorgangs sagen, daß ich den Antrag 724 des Landesverbandes Rheinland-Pfalz zugunsten des Antrags der Bundesvereinigung der Sozialausschüsse zurückstellen möchte, allerdings mit einigen zusätzlichen Änderungsanträgen.

Lieber Kollege Grundmann, darf ich zum Antrag 994 kurz etwas sagen. Wir haben uns vorher schon einmal kurz darüber unterhalten. Ich habe gegen diesen Antrag in der Zielrichtung nichts einzuwenden, glaube aber, daß er in der Formulierung überprüft und mit dem Antrag der Sozialausschüsse verglichen werden müßte, und ich glaube, daß wir dann zu der Überzeugung kommen könnten, daß der Antrag der Sozialausschüsse inhaltlich dasselbe wiedergibt mit Ausnahme der sehr detaillierten Ausführungen, wer nun Investitions- und Benutzerkosten zu finanzieren hat.

Ich habe gegenüber dem Antrag 994 folgende sachliche Bedenken: zunächst einmal der Satz 2! Da heißt es, dieser Anspruch muß durch Bund und Länder gemeinschaftlich gewährleistet werden. Sollte damit gemeint sein, daß die Krankenhausfinanzierung und die Krankenhausplanung in Zukunft Gemeinschaftsaufgabe zwischen Bund und Ländern werden sollte, dann müßte ich dem nachdrücklich widersprechen. Das kann aus den verschiedensten politischen Gründen, die ich jetzt hier gar nicht weiter darlegen möchte, für die Zukunft nicht so geregelt werden.

Die weitere Passage beinhaltet im wesentlichen die grundsätzliche Regelung, die jetzt schon im Entwurf der Bundesregierung, aber auch im Entwurf der Bundestagsfraktion der CDU/CSU enthalten ist, daß nämlich die Investitionskosten von der öffentlichen Hand — also Bund, Länder und Gemeinden — und die Benutzerkosten durch die Pflegesätze finanziert werden sollen. Insofern weiß ich nicht, ob diese Passage im Aktionsprogramm selber jetzt heute noch aufgenommen werden sollte.

Und dann möchte ich beim dritten Absatz doch auf folgendes aufmerksam machen. Es heißt hier: Es müssen Krankenhauspläne errichtet werden. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten unser eigenes Licht nicht allzusehr unter den Scheffel stellen.

Wir haben besonders in den von der CDU regierten Ländern eine Reihe von vorzüglichen Krankenhausplänen, und zwar nicht erst seit heute, sondern bereits seit vielen Jahren. Ich darf an den Krankenhausplan in Schleswig-Holstein, ich darf bescheidenerweise auch an den von Rheinland-Pfalz erinnern,

(Beifall)

und aus diesem Grunde meine ich, es gibt eine ganze Reihe von Ländern, zu denen auch Baden-Württemberg gehört, die über sehr detaillierte, wissenschaftlich begründete Krankenhauspläne verfügen.

Auch hier, glaube ich, ist die Formulierung, wie sie in dem Antrag der Sozialausschüsse vorgesehen ist, besser. Allerdings müßte auch hier die Formulierung geändert werden, wie sie jetzt dasteht: „Hier sind Krankenhauspläne auf Länderebene zu erstellen.“ Ich würde stattdessen sagen: „Es müssen Krankenhauspläne auf Länderebene vorhanden sein.“ Denn es gibt in der Tat noch das eine oder andere Land, das hinsichtlich der Krankenhausplanung bestimmte Defizite aufweist. Dies sind aber Länder, die nicht uns politisch zugeordnet werden müssen.

Außerdem noch zu Antrag Nr. 994! Es ist natürlich sehr schwierig, beides unter eine Kappe zu bringen. Wenn verlangt wird, daß die Pläne auch die innere Struktur beinhalten sollen — im letzten Satz wird verlangt, daß die Freiheit und die Selbstverantwortung der Krankenhäuser gewährleistet bleiben sollen —, dann muß man dazu sagen: Wenn wir die innere Struktur der Krankenhäuser reformieren wollen, dann müssen wir selbstverständlich den Krankenhäusern unabhängig davon, ob sie sich in freier gemeinnütziger oder in kommunaler Trägerschaft befinden, ganz bestimmte Auflagen machen, die sie dazu zwingen, diese inneren Strukturreformen auch zu realisieren.

Ich würde deshalb vorschlagen, meine Damen und Herren, den ersten Absatz in der Fassung der Bundesvereinigung der Sozialausschüsse anzunehmen. Zum zweiten Absatz: „Die Investitionskosten der Krankenhäuser, auch der freien gemeinnützigen, müssen von der öffentlichen Hand getragen werden.“ Mit der öffentlichen Hand sind Bund, Länder und Gemeinden abgedeckt. — Den nächsten Satz würde ich streichen, weil er eine Selbstverständlichkeit beinhaltet. Dort, wo ein Plan vorhanden ist, muß dies natürlich berücksichtigt werden.

Dann würde ich vorschlagen: „Es müssen Krankenhauspläne auf Länderebene vorhanden sein.“ Danach sollten wir einen Punkt machen und fortfahren: „Insbesondere die dazu notwendigen bundeseinheitlichen Grundsätze sind im Zusammenwirken von Bund und Ländern zu konzipieren.“ — In der Fassung der Sozialausschüsse, Herr Kollege Katzer, wird das Mißverständnis hervorgerufen, als ob die Krankenhauspläne selber durch das Zusammenwirken von Bund und Ländern erstellt werden müßten. Auch das ist doch offenbar — und hoffentlich — nicht von uns beabsichtigt.

Der dritte Absatz kann meines Erachtens so bleiben. Ich würde allerdings empfehlen, den dritten Satz zu streichen. Es muß sichergestellt werden, daß Krankenhausbetten einem Patienten nur so lange zur Verfügung stehen, wie dies medizinisch notwendig ist. Warum Streichung? Weil damit nur ein einziger Punkt der Krankenhausbedarfsplanung angesprochen ist. Die Krankenhausbedarfsplanung richtet sich nach der Krankenhausfrequenz, nach der Verweildauer und nach dem Belegungsgrad. Wenn wir nur einen Gesichtspunkt hier herausheben, ist diese Konzeption unvollständig. Aus diesem Grunde würde ich vorschlagen, den dritten Satz zu streichen und im übrigen der Vorlage der Sozialausschüsse zuzustimmen.

(Beifall — Zuruf: Das sollten Sie uns mal schriftlich vorlegen!)

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Danke schön. Es hat nun das Wort Herr Gerhardt vom Landesverband Hessen.

**Ernst Gerhardt**: Meine Damen und Herren, ich wollte zu dem Antrag Nr. 734 des Kreisverbandes Frankfurt-Stadt sprechen. — Die Frau Berichterstatterin hat hier zwar angegeben, daß dieser Antrag in dem Antrag der Antragskommission aufgegangen sei. Ich bin jedoch etwas im Zweifel darüber, ob die Kerninhalte des Antrags Nr. 734 tatsächlich ihren Niederschlag ge-

funden haben. Sollte allerdings die Anregung von Herrn Dr. Geissler befolgt werden, dann wäre mein Anliegen weitgehend berücksichtigt. Ich darf aber trotzdem noch einmal auf zwei Punkte besonders eingehen:

Erstens: Es ist in dem Antrag Nr. 734 gesagt, daß für alle Patienten ohne Rücksicht auf ihr Einkommen die bestmögliche ärztliche und pflegerische Versorgung zu sichern ist. Wenn auch in den Anträgen sowohl von den Sozialausschüssen wie von anderen Antragstellern von „allen Patienten“ die Rede ist, so glaube ich, ist es in der gegenwärtigen politischen Situation notwendig, daß damit noch einmal deutlich unterstrichen wird, daß ohne Rücksicht auf das jeweilige Einkommen diese ärztliche und pflegerische Versorgung zu gewährleisten ist.

In den Anträgen ist zum Teil nur von der ärztlichen Versorgung die Rede, ein anderer Antrag spricht von der medizinischen Versorgung. Um das hier klarzustellen, würde ich aufzunehmen empfehlen: „ärztliche, pflegerische und“ — wenn man noch etwas detaillierter werden wollte — „medikamentöse Versorgung“.

Die Anliegen hinsichtlich der inneren Struktur sind hier angesprochen worden. Ich habe den Eindruck, daß dies aufgenommen wird. Mit allem Nachdruck möchte ich darauf hinweisen, daß wir an diesen inneren Strukturfragen unserer Krankenhäuser nicht vorbeigehen dürfen. Oftmals hat es den Eindruck — da müssen wir unseren Freunden draußen im Lande und in den Städten helfen —, als ob wir diejenigen wären, die die seitherigen Strukturen unter allen Umständen beibehalten wollten. Machen wir den Sprung nach vorn, geben wir unseren Freunden eine Hilfe und geben wir auch der Öffentlichkeit eine klare Aussage darüber, daß wir an die Reform dieser Strukturen herangehen wollen und herangehen müssen, weil dies die Versorgung der Patienten erforderlich macht.

Im Antrag Nr. 734 ist im letzten Satz darüber gesprochen, daß die Einrichtung von Intensivpflegestationen als dringlich angesehen wird, Stationen für Patienten mit langer Krankheitsdauer, sowie für psychisch Kranke und Alterskranke. Das ist in Anlehnung an die Vorlage des Bundesvorstandes hier aufgenommen, aber mit einem deutlichen Zusatz. Diesen Zusatz habe ich bei keinem anderen Antrag bisher feststellen können und auch von der Berichterstatterin nicht gehört, nämlich soweit es sich um die Versorgung von psychisch Kranken handelt.

Meine Damen und Herren, hier liegt in unserem Vaterland ein ausgesprochener Notstand vor, den wir sehen, den wir erkennen sollten. Daher sollten wir mit allem Nachdruck dafür sorgen, daß die Versorgungssituation für psychisch Kranke in den kommenden Jahren wesentlich verbessert wird.

(Lebhafter Beifall)

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. — Wir müssen uns über das Abstimmungsverfahren einigen. Ich schlage Ihnen vor, daß wir zunächst



über den Antrag der Antragskommission abstimmen. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, dann würde ich gern den vorliegenden Antrag Nr. 994 zur Abstimmung stellen. Sollte dieser abgelehnt werden, dann müssen wir versuchen, über Antrag Nr. 726 zu einer Einigung zu kommen. Sind Sie damit einverstanden? — Das ist der Fall.

Es hat noch einmal Frau Blohm für die Antragskommission das Wort.

**Irma Blohm**, Antragskommission: Es liegt noch der Antrag Nr. 987 vor, der von der Antragskommission nicht mehr beraten werden konnte. Die Antragsteller haben mich gebeten, diesen Antrag hier zu vertreten.

Hinter dem Satz 1 unseres Antrages wird der folgende Satz eingefügt: „Zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung in den Krankenhäusern sind durch Strukturveränderungen Bedingungen zu schaffen, die es mehr Fachärzten ermöglichen, in den Krankenhäusern zu verbleiben.“ — Wir meinen, daß diesem Antrag stattgegeben werden sollte.

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Zur Geschäftsordnung hat Herr Rosorius das Wort.

**Jürgen Rosorius**: Meine Damen und Herren! Herr Präsident, ich würde folgenden Vorschlag machen: Sie sollten zuerst über Antrag Nr. 734 abstimmen lassen, worin es heißt: bestmögliche Versorgung unabhängig von der Einkommenshöhe. — Das ist ein Antrag, der vorab entschieden werden kann und der dann in die anderen eingebaut werden kann. Das scheint mir eine Forderung zu sein, die in den anderen Anträgen nicht enthalten ist. Insofern sollte hierüber vorab eine Entscheidung herbeigeführt werden. So sind wir im Verlauf der letzten beiden Tage auch bei anderen Anträgen verfahren.

(Beifall)

**Adolf Müller**, Remscheid, Tagungspräsidium: Ist der Parteitag mit diesem Vorschlag einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch. Dann lasse ich zunächst über den Antrag Nr. 734 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke sehr. Bitte die Gegenprobe. — Das erstere war eindeutig die Mehrheit; dieser Antrag ist angenommen. Ich lasse jetzt über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen, wobei ich unterstelle, daß der Antrag 734 in diese Ziffer 99 der Vorstandsvorlage eingearbeitet wird. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Die Gegenprobe! — Das letztere ist eindeutig die Mehrheit. Der Antrag der Antragskommission ist damit abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag 994 abstimmen, und zwar wiederum unter dem Vorbehalt, daß Antrag 734 hierin eingearbeitet wird, weil er schon angenommen ist. Wer dem Antrag 994 mit diesem Vorbehalt die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Das erste war eindeutig die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

(Beifall)

Wir haben jetzt noch über Antrag 987 abzustimmen. Hier empfiehlt die Antragskommission Annahme. Wer der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Das erste war eindeutig die Mehrheit. Es ist so beschlossen. Damit ist Ziffer 99 erledigt. Wir kommen zu Ziffer 100. Bitte sehr, Frau Blohm.

**Irma Blohm:** Hier sind die Anträge 735 bis 740 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Vorstandsvorlage mit der Einfügung nach dem ersten Absatz:

„Eine Reform des Rehabilitationswesens verlangt den Aufbau einer Rehabilitationsstatistik“ (siehe 736) und Ergänzung nach dem dritten Absatz: „die Arbeits- und Sozialmedizin (siehe Antrag 737) ist insbesondere durch Einrichtung entsprechender Lehrstühle an Universitäten in ausreichender Zahl stärker zu fördern und die werksärztliche Betreuung gesetzlich sicherzustellen.“ Antrag 735 erster Absatz ist durch Ziffer 98 abgedeckt, der zweite Absatz durch den Vorschlag der Antragskommission. Wird der Empfehlung der Antragskommission gefolgt, so sind die Anträge 736, 737, 738 und 740 in den wichtigsten Punkten erledigt. — Der Antrag 739 ist anzunehmen.

**Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium:** Danke sehr. Ich habe eine Wortmeldung. Herr Burger aus Baden-Württemberg.

**Albert Burger:** Meine Damen und Herren! Es ist ein bißchen schwierig, das alles so schnell aufzufassen. Ich darf aber davon ausgehen, daß die wesentlichen Inhalte des Antrags der Sozialausschüsse Nr. 736 von der Fassung des Vorstandes gedeckt sind. Die umfassende Definition, daß eine moderne Rehabilitation aller gesundheitlich Geschädigten umfassende Maßnahmen und Einrichtungen medizinischer und berufsfördernder Art erfordert, ersetzt selbstverständlich die Aufzählung und man kann dem zustimmen.

Sehr wichtig erscheint mir auch die Forderung nach einer einheitlichen Statistik; denn es ist unmöglich, meine Damen und Herren, mit den bisherigen Methoden weiterzuarbeiten. Die Schätzungen über die Zahlen der Behinderten schwanken zwischen einer und fünf Millionen. Wenn man diese Milliardeninvestitionen realisieren will, muß man ganz klare Zahlen haben. Man muß die Größenordnung des Problems erkennen.

Was in einer umfassenden und modernen Aussage zur Rehabilitation, meine Damen und Herren, noch fehlt, ist die Forderung nach Koordinierung. Ich möchte deshalb den Herrn Präsidenten und die Antragskommission bitten, ihrem Vorschlag folgenden Satz hinzuzufügen: „Innerhalb des gegliederten Systems der Rehabilitationsträger fordern wir die sinnvolle Koordinierung.“ Meine Damen und Herren! Hier sind zwei Dinge ausgesagt, einmal ein Bekenntnis zum gegliederten System und zweitens die Forderung nach Koordinierung. Sie muß meines Erachtens unbedingt in das Programm aufgenommen werden. Mit dieser Ergänzung könnte ich dem Vorschlag der Antragskommission zustimmen. Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, empfehlen, diesem Vorschlag mit meiner Ergänzung zuzustimmen. Ich meine, daß damit

das Anliegen der Antragsteller und auch der anderen Anträge im materiellen Bereich erschöpfend berücksichtigt ist.

**Wilfried Hasselmann**, Tagungspräsidium: Herr Burger, ich glaube, der Parteitag ist überfordert, wenn er jetzt mündliche Anträge entgegennehmen soll. — Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission in seiner Gesamtheit abstimmen. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Wie ich sehe, ist das einstimmig. Damit hätten wir die Frage der Gesundheitssicherung behandelt.

Ich darf zur weiteren Behandlung — es kommen jetzt noch in diesem Kapitel die Ziffern 101, 102 und 103 — Vermögensbildung — zur Beratung — Herrn Windelen das Präsidium übergeben.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Wir fahren mit Ziffer 101 — neuer Abschnitt: Vermögensbildung — fort. Hier sind die Anträge 741 bis 754 zu behandeln. Für die Antragskommission spricht Herr Professor Burgbacher zunächst über Antrag 741.

**Professor Dr. Fritz Burgbacher**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst darf ich höflich darauf aufmerksam machen, daß auf Grund des beschlossenen Antrages 474 von heute morgen diese Ziffern 101 ff. auf Position 72 ff. im Programm übertragen worden sind. Wir behandeln sie in der alten Reihenfolge; aber sie sind im Programm laut Beschluß über 474 zu Ziffer 72, 73 und 74 geworden.

Lassen Sie mich zunächst zu der alten Ziffer 101 sprechen. Hier sind, wie eben gesagt, die Anträge 741 bis 754 eingebracht worden. Zu 741 empfiehlt die Antragskommission Ablehnung, da der Abschnitt Vermögensbildung durch isoliertes Vorziehen der Ziffer 101 zerrissen würde. Außerdem wird der Intention der Antragsteller durch Annahme des Antrages auf Neueingliederung, die ich eben erwähnt habe, entsprochen.

Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung des Antrages 742, weil die vorgeschlagene Quantifizierung des Beteiligungslohnes der Anlage des Programms widersprechen würde und außerdem im Gesetzentwurf über den Beteiligungslohn abgedeckt ist. Sie können sich davon überzeugen. In Ihren Unterlagenmappen ist eine Vorlage des Gesetzentwurfes über den Beteiligungslohn.

Nach Antrag 743 sollte der dritte Absatz der Ziffer 101 durch eine Aussage zur betrieblichen Ergebnisbeteiligung und zur Beseitigung der Doppelbelastung von Gewinnen juristischer Personen ersetzt werden. Die Antragskommission empfiehlt zunächst Ablehnung des Antrages, da der gesetzliche Beteiligungslohn bereits im Berliner Programm erwähnt wird und seit April 1970 der Initiativantrag der CDU/CSU-Fraktion dem Bundestag vorliegt. Wenn die Streichung des dritten Absatzes der Ziffer 101 abgelehnt wird, ist damit auch Antrag 748 erledigt.

Nun sind die Anträge 743 dritter Absatz, 744 dritter Satz, 745 zweiter Absatz und 754 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages 754 und damit die Erwähnung der Förderung der betrieblichen Ertragsbeteiligung in der Vorlage sowie die Ablehnung von 743, 744 und 745. Antrag 752 ist durch Annahme des Antrages 754 gedeckt.

Nunmehr ist Antrag Nr. 743, dritter Absatz, zweiter Satz, zu behandeln. Hier wird Ablehnung empfohlen, da die Aussage der Vorstandsvorlage ausreicht. Zu Nr. 747: Die Sachaussage in der Vorstandsvorlage reicht aus, und es wird ebenfalls Ablehnung empfohlen.

Die Forderungen der Anträge Nr. 744 und 751 sind zu behandeln, die die Gleichstellung der Beteiligung am Unternehmen des Arbeitgebers besonders berücksichtigen sollen. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung der Anträge, da diese Forderungen bereits im Beteiligungslohngesetzentwurf — § 3e — enthalten sind.

Schließlich ist der Antrag Nr. 745, erster Absatz, zu behandeln, den wir zur Ablehnung empfehlen. Aber da hat ja heute früh schon unser Freund Pieroth eine Intervention angekündigt, die er sicher heute abend machen wird. Wir sind zwar der Meinung, daß diese Inhalte in Ziffer 61 bereits enthalten sind, aber das werden wir ja vielleicht noch sehen.

Zu Nr. 746 wird Ablehnung empfohlen, da die Forderung durch Beteiligungslohngesetz abgedeckt ist. — Nr. 749 und 753, wonach die besonders lohnintensiven Unternehmen bei Beteiligung besonders berücksichtigt werden sollen, hier wird Ablehnung empfohlen, da dieser Forderung im Entwurf des Beteiligungslohngesetzes Rechnung getragen ist.

Schließlich folgt Nr. 750, die Forderung, den Beteiligungslohn zu erläutern; da empfehlen wir Ablehnung, da die Erläuterung in der Öffentlichkeit durch die Vorlegung des Beteiligungslohngesetzes bekannt ist.

Ich fasse zusammen: Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung der Anträge Nr. 741, 742 und 743. — —

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium (den Redner unterbrechend): Herr Kollege, können wir die Zusammenfassung bis zur Abstimmung zurückstellen?

(Dr. Burgbacher: Die Zusammenfassung ja, bitte!)

Schönen Dank. — Sie haben die Anträge der Antragskommission gehört. Wir haben sechs Wortmeldungen vorliegen. Ich bitte die Redner, sich in die Nähe des Mikrofons zu begeben: Herr Stehle, Baden-Württemberg, Herr Dr. Pinger, Rheinland, Herr Pieroth, Rheinland-Pfalz, Herr Roth, Hessen, Herr Dr. Freiwald, Hessen, Herr Brasse, Bremen. — Herr Stehle, Baden-Württemberg, hat das Wort.

**German Stehle**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist heute schon durch diesen Parteitag beschlossen worden, die Vermögensbildung an einer bedeutenderen Stelle unmittelbar hinter dem Problem der Mit-

bestimmung einzureihen. Es ist schade, daß heute in dieser späten Stunde noch dieses so wichtige Teilgebiet unserer Gesellschaftspolitik behandelt wird.

Es kann sich heute nicht darum handeln, große Änderungen an dem bestehenden Vorschlag der Programmkommission, wie er uns in den Anträgen Ziffer 101 ff. vorliegt, zu machen. Was getan werden kann, ist die Setzung einiger Merkmale für die weitere Entwicklung unserer Vermögenspolitik. Was heute hier Ihnen vorliegt, ist eine Etappe und keineswegs das Endziel.

Ich hatte mich gemeldet zu dem Punkt der Teilhabersteuer, zu dem Punkt der Doppelbesteuerung der Kapitalgewinne von Körperschaften, also Aktiengesellschaften und GmbH's. Seit langer Zeit wird hier, wenn Gewinne im Mantel einer Körperschaft anfallen, der Gewinn zweimal versteuert, einmal als Körperschaftsteuer und ein zweites Mal noch einmal beim Empfänger bei der Einkommensteuer.

In früheren Zeiten war dagegen kein besonderer Einwand zu erheben; denn die Körperschaftsteuer war für den Finanzmann eine sichere und ohne großen Aufwand fließende Steuerquelle.

Nun, in der Zwischenzeit rücken in die Reihe der Kapitalbeteiligten auch die Arbeitnehmer ein. Das Beteiligungslohngesetz, das Ihnen vorliegt, wird ja bedeuten, daß jährlich 22 Millionen Arbeitnehmer 240 DM Beteiligungslohn erhalten sollen, was mit 30 % Sparzulage etwa 312 DM entspricht. Das bedeutet — Sie können ruhig addieren —, daß jedes Jahr 6 1/2 Milliarden DM neues Kapitalvermögen in Arbeitnehmerhand anfallen werden. — Jedes Jahr! — Das bedeutet, daß in 10 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland die Arbeitnehmer über einen Kapitalbesitz in der Wirtschaft verfügen, wenn dieses Gesetz straff durchgezogen werden kann, in Höhe von 100 bis 120 Milliarden DM. Und Ende der 80er Jahre wird die deutsche Arbeitnehmerschaft über einen Kapitalanteil-Besitzblock in der Größenordnung von bis zu 200 Milliarden DM verfügen.

Es ist klar, daß wir die Kapitalgewinne aus diesem Arbeitnehmervermögen nicht doppelt besteuern lassen wollen. Deswegen legen wir Wert darauf, daß das Problem dieser Doppelbesteuerung energisch angegriffen wird. Es liegt bereits von Herrn Professor Engels ein Vorschlag vor über die Beseitigung dieser Doppelbesteuerung und ihre Überführung in eine Teilhabersteuer.

Es ist allen Finanzkundigen klar, daß hier eine äußerst vielschichtige Materie angesprochen wird. Aber es ist nicht mehr so wie früher, daß man das auf sich beruhen lassen könne, da es sich ja nur um Großkapital-Einkommensbezieher handele, sondern nachdem jetzt die breiten Arbeitnehmerschichten in diese Kapitalbeteiligungsfunktion einrücken werden, ist es nicht mehr gleichgültig, ob sie für denselben Beginn zweimal Steuern bezahlen müssen.

Wir haben ein weiteres Problem schon damals gehabt — 1957 —, als wir das Investmentgesetz gemacht haben. Damals wurden, bevor in diesem Gesetz die Änderung vorgenommen wurde, derartige Gewinne sogar dreimal be-

steuert: bei der Aktiengesellschaft, bei der Investmentgesellschaft und beim Empfänger noch einmal.

(Glocke des Präsidenten)

Hier ist wiederum jetzt ein Schritt fällig: die Kapitalgewinne für den kleinen Mann, wenn sie anfallen, müssen so versteuert werden, wie die anderen Einkünfte auch, also nicht mehr doppelt. Das wäre — glaube ich — unlogisch und würde unserem gesellschaftspolitischen Ziel glatt widersprechen. Ich glaube, hier bedarf es gar keiner besonderen Auseinandersetzung.

(Beifall)

Die Probleme selber sind schwierig.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Darf ich den Redner unterbrechen? — Wir hatten uns auf eine Redezeit von drei Minuten geeinigt, die 5 Minuten sind überschritten!

**German Stehle**: Das war mein Anliegen, das ich vorbringen wollte. Gestatten Sie mir noch zwei abschließende Sätze.

(Heinrich Windelen: Nein!)

— Nicht mehr? Ich glaube, man hätte etwas früher bremsen sollen, nicht erst beim letzten. Gestatten Sie mir also doch noch zwei Sätze?

(Beifall)

Ich will sie sagen und mich ganz kurz fassen.

Es hängt damit auch noch das Problem der Stimmrechtsausübung zusammen. Heute früh haben wir in der Mitbestimmungsdiskussion diesen großen Stimmrechtsblock, der jetzt für die Arbeitnehmerschaft kommt — 100 bis 120 Milliarden DM im nächsten und übernächsten Jahrzehnt — glatt unter den Teppich gekehrt. Das kann natürlich auf diese Weise nicht geregelt werden. Wenn die Arbeitnehmerschaft künftig in diesem Umfang beteiligt wird, ist es selbstverständlich, daß sie auch Stimmrecht aus dieser Eigentumsbeteiligung beansprucht wie jeder andere auch. Und das muß hinein in das System der Gesamtmitbestimmung. Hier lassen wir nicht mit uns handeln. Das ist heute früh nicht zum Zuge gekommen. Ich habe mir erlaubt, das heute nachzutragen, und ich hoffe, daß Sie es mir nicht nachtragen werden.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich glaube, es würde dem Anliegen der Antragsteller mehr dienen, wenn Sie sich kurz fassen würden.

Zu einem Antrag zur Geschäftsordnung hat Herr Popkes, Hannover, das Wort.

**Lüko Popkes**: Herr Präsident, ich beantrage, die Redezeit für jeden Redner von jetzt ab auf eine Minute festzusetzen und diese Klausel energisch zu handhaben.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, der Präsident schlägt Ihnen vor, einverstanden zu sein, daß ich nach zwei Minuten abläute und nach drei Minuten schließe. — Besteht der Antragsteller auf Abstimmung? — Ich gehe davon aus, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir so verfahren. — Schönen Dank.

Als nächster hat das Wort Herr Pinger, Rheinland.

**Dr. Winfried Pinger**: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte ganz kurz den Antrag Nr. 745 von Rheinland-Pfalz begründen. Wir sind der Meinung, daß den Bestimmungen dieses Programms zur Vermögensstreuung ein grundsätzliches Bekenntnis zum Eigentum in allen Formen vorangestellt werden sollte, auch an Produktionsmitteln, Kapital, und deshalb sollte unserer Auffassung nach der Antrag Nr. 745 angenommen und der Ziffer 101 vorangestellt werden. — Ich danke Ihnen.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Freiwald, Landesverband Hessen.

**Dr. Friedrich Freiwald**: Meine Damen und Herren, Herr Stehle hat sich soeben sehr energisch für die Teilhabersteuer eingesetzt. Gerade aus diesem Grunde möchte ich doch bitten, den Antrag Nr. 747 anzunehmen, in dem ausdrücklich diese Teilhabersteuer angesprochen wird. Es genügt uns nicht, daß wir hier allein von der Abschaffung der Doppelbelastung sprechen, sondern wir müssen auch ausdrücklich die Teilhabersteuer erwähnen und sie als politisches Ziel in unserem Programm zum Ausdruck bringen.

(Zuruf: Wer bezahlt das?)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Roth, Hessen.

**Adolf Roth**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch mir ist es außerordentlich unverständlich geblieben, warum die Antragskommission den Antrag Nr. 747 hier zur Ablehnung vorgeschlagen hat. Ich bin der Auffassung, wenn wir in dieser Frage hier nicht endlich zu einer politischen Grundsatzentscheidung kommen, werden wir der großen Forderung, einen Durchbruch in der Vermögenspolitik zu schaffen, in absehbarer Zeit jedenfalls nicht entsprechen können. Es geht doch in erster Linie darum, eine Fehlkonstruktion in unserem gesamten Steuersystem durch die Einführung der Teilhabersteuer zu beseitigen, und zwar den Tatbestand, daß die einbehaltenen Gewinne, die ja doch immerhin einen sehr erheblichen Anteil der Gesamtgewinne ausmachen, steuerrechtlich so behandelt werden, daß der Kleine zur Steuerleistung herangezogen wird, als wäre er ein Großverdiener. Das soll durch die Einführung der Teilhabersteuer beseitigt werden.

So lange das nicht beseitigt wird, meine Damen und Herren, wird es kaum möglich sein, den Anteil der Arbeitnehmer am Produktivkapital entscheidend zu erhöhen. Es wird oftmals eingewandt, hierdurch würde ein unvertretbarer

Druck zur Ausschüttung von Gewinnen geschaffen. Ich teile diese Ansicht nicht. In jedem Fall können wir davon ausgehen, daß durch die Teilhabersteuer Kapitalfehlleitungen in jedem Falle vermieden werden und daß gerade unter wettbewerbspolitischen Aspekten eine Erleichterung der Finanzierungsbedingungen geschaffen wird und damit die Zutrittsmöglichkeiten neuer Wettbewerber am Markt verbessert werden.

Meine Damen und Herren, entscheiden wir uns, auch wenn die Kürze der Zeit einer ausführlichen Diskussion hier im Wege steht, für diesen Antrag Nr. 747, für die Einführung der Teilhabersteuer.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Brasse, Bremen.

**Wilhelm Brasse**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat unseren Antrag leider abgelehnt mit dem Bemerkung, daß unser Antrag in einer anderen Formulierung impliziert sei. Ich vermag das leider nicht zu sehen. Ich sehe keinen Antrag, in dem von einem Beteiligungslohn die Rede ist und wo wir festlegen, was wir überhaupt unter Vermögen verstehen. Im Landesausschuß Bremen sind wir zu der einheitlichen Auffassung gekommen, daß wir dem Wähler endlich einmal sagen sollten, was wir unter Vermögen verstehen und wo Vermögen anfängt.

Ich will mich ganz kurz fassen und beziehe mich auf Herrn Pieroth, der heute morgen ein glänzendes Referat gehalten hat, und ich meine, alle diejenigen, die im Wahlkampf gestanden haben, sind bestimmt schon gefragt worden: Was versteht ihr eigentlich unter Vermögen? Ich glaube, wir sollten jedem selbständig und unselbständig Tätigen zur Sicherung seines Lebens, für Unbilden, die aufkommen können, ein bestimmtes Jahreseinkommen in den nächsten zehn Jahren einräumen und dies verwirklichen. Ich glaube, unser Beteiligungslohn-Geszentwurf ist eine gute Grundlage, und wir sollten endlich Farbe bekennen, was wir unter Vermögen verstehen.

Ich bitte deshalb, daß Sie unserem Antrag die Zustimmung geben.

(Teilweiser Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Als letzter hat das Wort Herr Pieroth, Rheinland-Pfalz.

**Elmar Pieroth**: Herr Präsident, meine Damen und Herren, nur einen Satz, weil es halb zwölf ist. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag Nr. 747 des Stadtverbandes Frankfurt, der erst eine aktive Vermögenspolitik ermöglichen kann, und ich bitte gerade nach einigen Abstimmungen des heutigen Nachmittags um breite Zustimmung für den Antrag Nr. 745 des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, weil durch eine solche zusätzliche Ziffer die Attraktivität unseres hier zu verabschiedenden Programms sicherlich gewinnen wird, wenn durch diese Ziffer eine klare Aussage für gleiche Zugangschancen für Eigentum für alle geschaffen wird und wenn wir dieses Eigentum für alle damit auch anstreben.

(Teilweiser Beifall)



**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Das war die vorletzte Wortmeldung zu diesem Punkt. Inzwischen hat sich noch gemeldet Herr Rosorius, Rheinland.

**Jürgen Rosorius**: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie auch bitten, dem Antrag von Rheinland-Pfalz und dem Antrag von Frankfurt-Stadt zuzustimmen, und zwar aus folgenden Gründen.

Es reicht nicht, sich für Sparförderung und Vermögensbildung auszusprechen, wenn wir festgestellt haben, daß zumindest das Sparförderungsprogramm, das Prämiensparen, nicht jenen Schichten bisher zugute gekommen ist, an die wir eigentlich hätten denken sollen, sondern daß es möglich gewesen ist, daß sich nur dort das Vermögen weiter gebildet hat, wo ohnehin schon Vermögen oder Einkommen derart hoch war, daß man davon auch Gebrauch machen konnte.

Meine Damen und Herren, deshalb bitte ich Sie, da der Zusammenhang auch von Mitbestimmung und Vermögensbildung ein sehr enger ist, unbedingt dem Antrag Nr. 447 von Frankfurt-Stadt und dem von Rheinland-Pfalz zuzustimmen. Nur dann ist das überhaupt verständlich und auch den Arbeitnehmern verständlich zu machen. Wir müssen auch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß unsere programmatischen Aussagen realisiert werden können. — Ich danke Ihnen.

(Teilweiser Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Keine weiteren Wortmeldungen. Eine schriftliche Wortmeldung von Herrn Lampersbach zu Antrag Nr. 753 wird zu Protokoll gegeben.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Die Antragskommission wird ihre Empfehlungen noch einmal vortragen. Herr Prof. Burgbacher!

**Prof. Dr. Fritz Burgbacher**: Die Antragskommission empfiehlt also die Ablehnung der Anträge Nrn. 741, 742, 743 und empfiehlt die Annahme von Nr. 754 und die Ablehnung aller anderen Anträge.

Nun sind eben mit einer mich persönlich außergewöhnlich erfreuenden Leidenschaft eigentumsfreundliche Interventionen gemacht worden. In der Sache 747 sind wir völlig mit den Antragstellern überein. Wir haben in dem Text der Vorstandsvorlage die Beseitigung der Doppelbesteuerung als Bedingung stehen. Es ist der letzte Satz des dritten Abschnitts. Wir haben das Wort „Teilhabersteuer“ da nicht stehen, weil die sogenannte Teilhabersteuer einer der möglichen Wege zur Beseitigung der Doppelbesteuerung ist, aber nicht der einzige Weg, und weil wir zu wissen glauben, daß in der Steuerreformkommission das, was bisher unter Teilhabersteuer bekannt wurde, schon als nicht durchführbar sich erwiesen hat. Deshalb bleibt als Essentiale die Beseitigung der Doppelbesteuerung, und das ist ja wohl auch das Anliegen des Antrags Nr. 747. Wir bitten, es deshalb bei der Vorstandsfassung zu belassen. Was den Antrag Nr. 745, erster Abschnitt, betrifft, der vorangestellt werden soll, so hat das die Antragskommission abgelehnt, und ich darf eigentlich nur im Namen der Antragskommission sprechen. Ich fühle aber — und ich

bitte den Herrn Präsidenten um Erlaubnis, persönliche Bemerkungen zu ...

(Unterbrechung)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Sie sprechen für die Antragskommission, Sie hätten sich zum Wort melden müssen. Es tut mir leid. Sie haben sich vorhin zur Sache nicht zum Wort gemeldet. Ich habe die Zahl der Wortmeldungen abgeschlossen und ich habe Ihnen das Wort als Berichterstatter der Antragskommission erteilt und bitte um Verständnis.

Herr Professor Burgbacher, ich glaube, daß das noch nicht das ganze Votum war? — Die anderen waren erledigt? — Dann können wir jetzt abstimmen? — Schönen Dank.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über die Anträge 741, 742, 743. Die Antragskommission hat Ablehnung empfohlen. Ich bitte um das Zeichen mit der Stimmkarte. Wer dem Antrag der Antragskommission auf Ablehnung zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte! — Danke. Die Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit. Stimmenthaltungen? —

(Widerspruch)

— Das Präsidium hat dieses Abstimmungsergebnis einstimmig festgestellt. Stimmenthaltungen? — Mit Mehrheit Antrag der Antragskommission.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages 754. Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das war eindeutig die Mehrheit für Annahme 754.

Dadurch hat sich entsprechend der Berichterstattung des Berichterstatters der Antragskommission der Antrag 743 dritter Absatz, 744 dritter Satz, 745 zweiter Absatz und 752 erledigt.

Darüber hinaus empfahl die Antragskommission Ablehnung des Antrags 745 erster Satz. Wer diesem Votum zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das zweite war die Mehrheit.

(Beifall)

Der Antrag ist also angenommen.

Ich frage Professor Burgbacher, ob sich daraus Folgerungen für die nächsten Abstimmungen ergeben.

(Prof. Dr. Burgbacher: Nein!)

— Nein, wir können weiter abstimmen, wie vorgesehen.

Die Antragskommission hat darüber hinaus empfohlen, die Anträge 743 dritter Absatz zweiter Satz und 747 abzulehnen. Wer diesem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Zeichen! — Danke, die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Ein Teil des Präsidiums hat nicht mitgeguckt, der Präsident möchte nicht allein entscheiden. Ich bitte, die Abstimmung wiederholen zu dürfen. Wer der Empfehlung der Antragskommission,

die Anträge 743 dritter Absatz zweiter Satz und 747 abzulehnen, folgt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte! — Ich bitte um die Gegenprobe! — Das letzte ist die Mehrheit. Die Anträge sind damit angenommen.

Herr Prof. Burgbacher, eine Frage, sind sie redaktionell vereinbar? — Augenblick, die Antragskommission überlegt, ob die soeben angenommenen Anträge oder Antragsteile miteinander vereinbar sind.

(Heiterkeit)

Es dürften sich aus der Annahme dieses Antrages einige nicht leicht zu lösende Konsequenzen ergeben, meine Damen und Herren. Die Antragskommission wird Ihnen darüber gleich berichten.

Herr Prof. Burgbacher hat das Wort für die Antragskommission.

**Prof. Dr. Fritz Burgbacher:** Wenn Antrag 743 dritter Absatz abgelehnt wird, dann wird der Beteiligungsmodus abgelehnt. Das kann ja wohl nicht Sinn des Antrags sein.

(Heiterkeit — Unruhe)

Es ist ja unmöglich, daß der Parteitag den Beteiligungsmodus ablehnt.

(Erneute Heiterkeit — Zurufe: Je später der Abend, desto toller die Entscheidungen! Alles ist möglich! Das kommt davon! — Beginnendes Klatschkonzert im Saal)

**Heinrich Windelen,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Es wird mit dem Antragsteller ein Formulierungsvorschlag ausgearbeitet werden, der Ihnen zur erneuten Abstimmung vorgelegt wird.

Ich schlage vor, daß wir mit der nächsten Ziffer weitermachen. Ich rufe die Endabstimmung von 101 noch einmal auf. Erhebt sich gegen das Verfahren Widerspruch? —

(Zurufe: Nein!)

Nein. — Ich rufe 102 auf.

Hier ist über Antrag 755 zu verhandeln, wonach die Privatisierung öffentlichen Vermögens besonders zu erwähnen ist. Die Antragskommission empfiehlt Zustimmung, lehnt jedoch den zweiten Absatz von 755 ab, da der Sachinhalt in Ziff. 102 gehört.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des ersten Absatzes des Antrags 755. Wird zu 755 gesprochen? — Herr Dr. Luda? — Einverstanden? —

(Dr. Luda: Einverstanden!)

Die Antragsteller sind mit der Empfehlung der Antragskommission einverstanden. Weitere Anträge sind nicht gestellt, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über Antrag — in Übereinstimmung mit dem Antragsteller — 755. Wer zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der

Stimmkarte! — Ich danke und bitte um die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen?

(Zuruf: Kein Delegierter wird schlaue, was hier gespielt wird!)

— Ich habe den Eindruck, daß sich die Antragsteller über den Inhalt durchaus klar waren, auch über den Inhalt des Antrags der Antragskommission. Die Abstimmung ist abgeschlossen. Gegen 3 Stimmen ohne Stimmenthaltungen angenommen.

(Zuruf: Unerhört!)

Wir kommen zur Behandlung der Ziffer 103, letzte Ziffer im Abschnitt III.

(Zurufe)

— Ich glaube, das wollen wir alle, und ich glaube, wir hätten etwas weiter sein können, wenn wir uns die ganze Zeit daran gehalten hätten.

Zu Ziffer 103 hat Herr Prof. Burgbacher für die Antragskommission das Wort.

**Prof. Dr. Fritz Burgbacher:** Hier sind die Anträge Nrn. 736, 737, 758, 759, 760 und 761 zu behandeln.

Zunächst der Antrag Nr. 756, der die Ziff. 103 streichen will! Wir empfehlen Ablehnung, da die Ziff. 103 vom vermögenspolitischen Konzept der CDU nicht wegzudenken ist.

(Vereinzelte Zustimmung und Beifall)

Danach die Anträge Nrn. 757 und 759, die den Freibetrag für Kapitaleinkünfte aktualisieren wollen. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, da entsprechend ihren Grundsätzen es eine Detailaussage ist, die in allen übrigen Fällen abgelehnt wurde.

Es folgt die Behandlung von Antrag Nr. 758. Es wird ebenfalls die Ablehnung empfohlen, da die Forderung der Begrenzung des Bausparens, auch die Steuerbegünstigung der Lebensversicherung noch nicht genügend ausdiskutiert ist.

Zum Antrag Nr. 760 wird Ablehnung empfohlen, da die Forderung durch die Gesetzgebung weitgehend berücksichtigt ist.

Bei Antrag Nr. 761 wird empfohlen, den letzten Satz der Ziffer zu streichen.

Also die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung der Anträge Nrn. 756, 757, 758, 759, 760 und 761.

**Heinrich Windelen, Tagungspräsidium:** Ich habe fünf Wortmeldungen vorliegen: Herr Artzinger, Baden-Württemberg, Herr Freiwald, Hessen, Herr Dr. Luda, Westfalen, Frau Griesinger, Baden-Württemberg, und Herr Pieroth, Rheinland-Pfalz.

(Zurufe)

— Entschuldigung! Die Wortmeldung Pieroth, Rheinland-Pfalz, war zu 101. Bitte, Herr Artzinger!

**Dr. Helmut Artzinger:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich spreche

zum Antrag Nr. 758 des Kreisverbandes Bruchsal. Es geht darum, ob die Förderungen der verschiedenen Sparziele egalisiert werden, gleichförmig gestaltet werden sollen, d. h. ob wir den bisherigen Vorsprung der Förderung des Bausparens abbauen wollen.

Sie haben von Herrn Professor Burgbacher gehört, daß die Frage, die hier angesprochen ist, ob man wegen der Langfristigkeit des Sparvorgangs beim Bausparen die Präferenz ebenso wie bei der Steuerbegünstigung in der Lebensversicherung beibehalten will, noch nicht ausdiskutiert sei. Das ist mir nicht ganz verständlich; denn die Gleichstellung der steuerlichen Förderung des Bausparens mit der Lebensversicherung haben wir seit 1934 im Einkommensteuergesetz. Das ist also eine alteingefahrene Sache, und ich möchte doch bitten, es bei der bisherigen Präferenz für das Bausparen zu lassen. Wenn wir vom personenbezogenen Eigentum, Vermögen sprechen, dann ist sicherlich das eigene Haus, die eigene Wohnung ein ganz wesentlicher Teil dieses personenbezogenen Vermögens, und wir sollten uns daher überlegen, ob wir die Präferenz dafür abbauen wollen.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Herr Freiwald!

**Dr. Friedrich Freiwald:** Meine Damen und Herren! Das ist genau der Grund, weshalb der Landesverband Hessen empfiehlt, diese Ziff. 103 zu streichen. Es wird hier von einer Vereinheitlichung der Spar- und Bausparprozesse gesprochen. Wir fürchten, daß bei einer völligen Gleichstellung des Bausparens durch Anpassung an die übrigen Sparformen eine Austrocknung der Bausparkassen eintreten könnte und würde. Unserer Initiative ist ja eine ungeheure Leistung durch Bausparkassen zu verdanken wie auch des Wohnungsbaues insgesamt. Wir meinen, der Wohnungsbau solle auf diese Weise weiterhin gefördert werden, und gerade angesichts der Entwicklung auf dem Gebiet der Eigentumswohnungen sind wir der Auffassung, daß wir hier den Bausparern eine gewisse Präferenz einräumen müssen. Selbstverständlich sind wir für eine gewisse Vereinheitlichung all dieser Formen, aber wir müssen dem Bausparen einen gewissen Vorrang einräumen.

(Vereinzelter Beifall)

Deshalb der Antrag, Ziff. 103 zu streichen!

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Herr Dr. Luda, bitte!

**Dr. Manfred Luda:** Der Landesverband Westfalen-Lippe hat mit Antrag Nr. 757 den Zusatz beantragt: „Der Freibetrag für Kapitaleinkünfte ist entsprechend der wachsenden Vermögensbildung zu aktualisieren“.

Herr Professor Burgbacher hat für die Antragskommission diesem Antrag nicht sachlich widersprochen, und ich glaube annehmen zu dürfen, daß der Parteitag sachlich diesem Antrag zuzustimmen bereit wäre. Das Argument, daß wir generell spezielle Aussagen zum Steuerrecht aus dem Programm herausgelassen haben, überzeugt. Deshalb ziehe ich diesen Antrag zurück.

**Heinrich Windelen, Tagungspräsidium:** Schönen Dank! Frau Griesinger, Baden-Württemberg!

**Annamarie Griesinger:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn es jetzt auch schon Mitternacht ist, möchte ich doch ganz kurz auch dem beipflichtigen, was Herr Freiwald gesagt hat. Wir sollten in einem Augenblick, in dem wir als CDU/CSU uns da gegenüber der SPD abheben wollen, dadurch, daß wir eine breite Eigentumsstreuung befürworten und gerade im Wohnungsbau das Eigentum weiter ausbauen wollen, jetzt nicht eine solche ausführliche präzisierte Formulierung wie in Ziff. 103 finden, vor allem nicht in einem Moment, da das Bauen allerorts teurer wird und gerade jetzt hier ein Abbruch angekündigt werden würde in der Prämienbegünstigung.

Darum bitte ich, wenn es möglich wäre, den Kreisverband Bruchsal, diesem Antrag zuzustimmen, wenn es der Mehrheit der Delegierten hier nicht möglich sein sollte, dann dem Antrag des Landesverbandes Hessen die Zustimmung zu geben und den gesamten Absatz zu streichen. Das ist immer noch besser als eine Festlegung zu treffen, die uns wirklich viele Schwierigkeiten in der politischen Arbeit bringen könnte.

(Beifall)

**Heinrich Windelen, Tagungspräsidium:** Herr Vogt!

**Wolfgang Vogt:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß den Anträgen Nrn. 756, 758 widersprechen, die darauf hinauslaufen — bei Hessen —, die Ziff. 103 ganz zu streichen, bei dem Antrag Bruchsal die Ziff. 103 in einem ganz wesentlichen Punkte zu verändern.

Ich darf Sie, verehrte Frau Griesinger, darauf hinweisen, daß im Vorstandsentwurf nicht steht, daß Bausparen und Sparen nach dem Sparprämiengesetz einen einheitlichen Prämienhöchstbetrag haben sollen. Es steht in 103 nichts von einem solchen einheitlichen Prämienhöchstbetrag, sondern von einem Förderungshöchstbetrag, d. h. der Betrag, den ich auf Grund eines Bausparvertrages oder eines Sparvertrages einzahlen kann und der dann prämienbegünstigt ist, soll gleich sein. Es steht hier aber nichts von einer gleichen Prämienhöhe. Es ist selbstverständlich, daß wir das Sparen auf Grund eines Sparvertrages prämienmäßig anders gestalten müssen als das Sparen auf einen Bausparvertrag. Wegen der Langfristigkeit der letzteren Sparform ist durchaus daran zu denken, daß in diesem Fall, also für Sparbeiträge auf Grund eines Bausparvertrages, eine höhere Prämie gewährt wird. Die Anträge 756 und 758 wollen die derzeitige Regelung erhalten, daß im Rahmen der Sonderausgaben die Beiträge zu Bausparkassen steuerlich geltend gemacht werden können, mit der Folge, daß je höher das Einkommen desjenigen ist, der einen Bausparvertrag hat, die steuerliche Entlastung höher ist. Sie wissen, daß die Prämienvergünstigung beim Wohnungsbauprämiengesetz 400 DM beträgt, und Sie wissen, daß ein Einkommensbezieher mit etwa 100 000 DM, der einen gleichen Betrag im Rahmen eines Bausparvertrages bei einer Bausparkasse einzahlt und diesen Betrag als Sonderausgabe steuerlich geltend

macht, eine steuerliche Vergünstigung von etwa 850 DM erhält. Das ist meines Erachtens nicht sinnvoll. Ich plädiere deshalb ganz energisch dafür, Ziffer 103 in der Fassung des Vorstandes aufrechtzuerhalten und die Anträge 756 und 758 abzulehnen.

(Beifall)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Antragskommission hatte die Ablehnung der Anträge empfohlen. Der Antrag 757 war von den Antragstellern ohnehin zurückgezogen worden. Die Anträge liefen von völliger Streichung bis hin zu einer Erweiterung. Antragskommission und der letzte Redner haben Beibehaltung der Fassung des Bundesvorstands vorgeschlagen.

Wir stimmen ab über den Antrag der Antragskommission. Er läuft auf Beibehaltung des Vorschlags des Vorstandes hinaus. Ich lasse darüber abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das erste war die eindeutige Mehrheit.

(Beifall)

Damit ist so verabschiedet.

Wir kommen zurück zu Ziff. 101. Hier liegt inzwischen ein mit den Berichterstattern des betroffenen Antrags gefaßte Neuformulierung vor. Für die Antragskommission trägt vor Herr Dr. Schwarz-Schilling.

**Dr. Christian Schwarz-Schilling**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag 743, der der Ablehnung verfallen ist — bis auf den dritten Absatz — ist abgedeckt durch die Annahme des Antrages 754 der Bundesvereinigung der Sozialausschüsse. Aus diesem Grunde haben die Antragsteller zu 743 ihren Antrag zurückgezogen. Damit ist die Ziff. 101 so, wie sie hier in der Vorlage ist, genehmigt plus 754 plus 747 vom Kreisverband Frankfurt-Stadt. Alle anderen Anträge sind auf diese Weise berücksichtigt, so wie vorher abgestimmt worden ist.

Ich bitte die Damen und Herren, den Vorschlag der Antragskommission, der diesen Verfahrensfehler für 743 noch einmal zum Antrag stellte und der jetzt ja längst zurückgezogen war, auf diese Weise durch Ihre Zustimmung zu korrigieren.

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Ist das Petitum verstanden worden?

(Widerspruch und Zustimmung)

Ich frage ausdrücklich: Können wir so abstimmen, wie hier vorgetragen wurde?

(Zustimmung und Widerspruch)

Nein! Wird eine Präzisierung gewünscht?

(Zustimmung)

Es wird eine nochmalige Präzisierung des Inhalts des Antrags gewünscht. Darf ich Herrn Schwarz-Schilling bitten, noch einmal zu präzisieren.

**Dr. Christian Schwarz-Schilling**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir

haben am 15. April letzten Jahres im Bundestag das Gesetz über den Beteiligungslohn eingebracht. Die Änderung bezweckt jetzt nichts anderes als folgendes.

Wenn wir 743 annehmen und 743 die neue Fassung von 101 wird, dann haben wir unser Beteiligungslohngesetz, das wir im Bundestag eingebracht haben, hier auf dem Parteitag abgelehnt, und das kann nicht richtig sein.

Deshalb bitte ich um neue Abstimmung über 743 im Sinne der Antragskommission.

(Zurufe)

**Heinrich Windelen**, Tagungspräsidium: Ich fürchte, das hat nicht zur Klärung, sondern zur Verwirrung beigetragen.

(Zustimmung)

Wenn ich Herrn Schwarz-Schilling richtig verstanden habe, hat er eben erklärt, 743 sei zurückgezogen. Das heißt meines Erachtens — wenn ich das richtig verstanden habe —, daß die negative Abstimmung, die ein positives Votum zu 747 enthält, damit die Annahme des 747 bestätigt. Ist das so, Herr Schwarz-Schilling?

(Zustimmung von Dr. Schwarz-Schilling)

Ich bin der Meinung: Wenn 743 zurückgezogen ist, dann hätten wir damit im Grunde nur über 747 abgestimmt. Da dieser Antrag durch Ablehnung des Antrags der Antragskommission angenommen worden ist, wäre damit nach meinem Verständnis der Antrag 747 angenommen.

(Beifall)

Die Antragskommission teilt diese Auffassung. Ich glaube

(Zurufe)

die Dinge sind eindeutig klar; ich möchte sie nicht weiter komplizieren. Ich stelle damit fest: Wir brauchen nicht neu darüber abzustimmen, daß Antrag 747 angenommen worden ist. Wir brauchen das lediglich zu Protokoll zu nehmen. Damit dürfte die Ziff. 101 abschließend verabschiedet sein. Dem wird nicht widersprochen; schönen Dank.

**Dr. Manfred Wörner**: Tagungspräsidium (den Vorsitz übernehmend): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Jedem in diesem Saale klar ist, stehen wir jetzt vor einer etwas mißlichen Situation. Nach unseren Planungen müßten wir das jetzt folgende Kapitel IV — Staat, Bürger, Gesellschaft — noch heute bzw. heute morgen verabschieden. Das Präsidium hat sich überlegt, wie wir das möglich machen können. Denn — und das muß ich zusetzen — wir stehen vor folgendem Zwang: Morgen nachmittag um 14 Uhr muß unter allen Umständen der Bundesvorsitzende reden. Das ist ein von außen gesetzter Zwang, den wir nicht beseitigen können.

Das heißt: Es gibt im Grunde genommen nur zwei Möglichkeiten: Entweder beraten wir das Kapitel IV jetzt unmittelbar anschließend, oder aber wir beraten das Kapitel IV morgen früh vor der Außenpolitik.



(Zustimmung)

Allerdings — das möchte ich zufügen — wird das nur möglich sein, wenn wir uns heute abend schon entschließen können, dafür eine besondere Verfahrensordnung, die eine besondere Kürze möglich macht, zu beschließen.

Ich möchte also zunächst von Ihnen, den Delegierten, das Votum darüber haben, ob Sie es vorziehen, jetzt unmittelbar das Kapitel IV zu beraten und zu beschließen, oder ob Sie morgen früh mit dieser besonderen Verfahrensordnung, die eine Kürze gewährleistet, dieses Kapitel abgehandelt wissen wollen. Wer der Meinung ist, daß jetzt unmittelbar anschließend Kapitel IV beraten werden soll, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das zweite war die Mehrheit.

Meine Damen und Herren, dann bitte ich um Ihr Einverständnis für folgende Verfahrensregelung. Morgen früh zur Beratung von Kapitel IV: Erstens —

(Zurufe: 8 Uhr!)

Nein, meine Damen und Herren, wir können unter keinen Umständen um 8 Uhr beginnen, da inzwischen verschiedene Delegierte ja nicht mehr hier sind, die also von einem früheren Beginn nicht mehr verständigt werden könnten.

(Unruhe)

Ich schlage darum folgende Verfahrensregeln vor:

1. Wir beginnen pünktlich auf die Minute ohne Rücksicht auf die Anwesenheit um 9 Uhr.
2. Es bleibt bei der Redezeitbegrenzung auf 3 Minuten.
3. Zu Streitfragen sollte jeweils ein Redner für und ein Redner dagegen reden.

Das sind die drei Verfahrensregeln, die, wenn wir sie jetzt annehmen, sicherstellen würden, daß wir morgen mit dem Programm des Parteitags zu Ende kommen.

Es ist hier eine Meldung zur Geschäftsordnung!

**Ein Delegierter:** Meine Damen und Herren, der Präsident hat eben den durch Zuruf gestellten Antrag, morgen früh um 8 Uhr anzufangen, mit der Begründung abgelehnt, daß viele Delegierte nicht mehr hier seien. Ich bin der Meinung, daß, wenn wir schon in Zeitnot geraten, wir nicht auf diejenigen Rücksicht nehmen können, die aus freien Stücken im Gegensatz zur Mehrheit diesen Saal vorzeitig verlassen haben.

(Beifall)

Ich stelle deshalb den Antrag, morgen um 8 Uhr zu beginnen.

**Dr. Manfred Wörner,** Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß, so einleuchtend dieser Vorschlag klingt, er vom Präsidium nicht akzeptiert werden kann. Es steht nicht fest, daß jedem Delegierten ein Vorwurf daraus zu machen ist, daß er jetzt nicht mehr anwe-

send ist, und wenn auch nur ein Delegierter aus verständlichen Gründen jetzt nicht mehr hier sein könnte, würde sein Einspruch Geltung haben. Darum tut es mir leid, dieser Anregung nicht folgen zu können. Dieser Punkt ist damit abgeschlossen.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Meine Damen und Herren! Ehe wir hier lange zur Geschäftsordnung hin und her reden, möchte ich doch einmal ein Votum der anwesenden Delegierten zu meinen Verfahrensvorschlägen haben. Meine Damen und Herren, nach der Geschäftsordnung und nach der Verfahrensordnung dieses Parteitages hat der Präsident dieses Parteitages das Recht, nach seinem Ermessen Geschäftsordnungsmeldungen zuzulassen oder nicht. Ich persönlich möchte Sie bitten, mir hier durch Ihr Votum mit Ja oder Nein zu bestätigen, ob Sie für die drei Verfahrensregelungen für morgen früh sind, die ich vorgeschlagen habe. Wer dieser Meinung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. Das erste war die Mehrheit. Damit ist so beschlossen.

Ich stelle noch einmal fest: Der Parteitag ist unterbrochen. Die Sitzung wird um 9 Uhr morgen früh wieder aufgenommen. Bei Kapitel IV wird das beschlossene Verfahren angewandt. Ich bedanke mich sehr herzlich.

(Schluß: 27. 1. 1971, 0.13 Uhr)

# Mittwoch, 27. Januar 1971

**Beginn 9.02 Uhr**

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die Beratungen des Parteitages wieder und darf Sie mit dem Stand dieser Beratungen vertraut machen, soweit Sie gestern abend nicht mehr anwesend waren.

Das Kapitel IV wurde auf heute morgen verschoben. Der Parteitag hat dafür gestern abend zwei Verfahrensregeln beschlossen, die ich Ihnen bekanntgeben möchte. Die Redezeit zu den Ziffern und Anträgen dieses Kapitels IV ist auf drei Minuten beschränkt. Zu jedem streitigen Komplex soll maximal ein Redner dafür und einer dagegen reden.

Ich rufe nun auf: Kapitel IV — Staat, Bürger, Gesellschaft. Zur Überschrift erteile ich dem Sprecher der Antragskommission, Herrn Benda, das Wort.

**Ernst Benda**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich zunächst zwei kurze Vorbemerkungen machen, die die Behandlung des gesamten Kapitels IV betreffen.

Erstens: Die Antragskommission, die sehr lange und, wie ich glaube, sehr sorgfältig gearbeitet hat, schlägt Ihnen in Kapitel IV an zahlreichen Stellen vor, Anträge, die dem Parteitag vorliegen, abzulehnen. Ich wäre dankbar, wenn insbesondere die Damen und Herren Antragsteller berücksichtigen würden, daß dies in sehr vielen Fällen in gar keiner Weise eine Ablehnung des sachlichen Inhalts dieser Anträge bedeutet. Wenn wir die Ablehnung der Anträge empfehlen, dann hat das sehr oft seinen Grund darin, daß wir glauben, daß der betreffende Punkt nicht in das Parteiprogramm gehört, daß er in den zuständigen Organen von Partei und Fraktion weiter diskutiert werden müßte oder daß ähnliche verfahrensmäßige, nicht inhaltliche Gesichtspunkte einer Verabschiedung heute entgegenstehen.

Ich wäre dankbar, Herr Präsident, wenn für dieses Kapitel — das könnte übrigens für Anträge zum gesamten Parteiprogramm gelten — wir uns so verständigen könnten, daß Anträge, die hier nicht in das Parteiprogramm eingefügt werden, damit nicht erledigt sind, sondern den zuständigen Gremien der Partei und der Fraktionen mit der Bitte um Weiterbehandlung und ernsthafte Erwägung überwiesen werden. Würden die Antragsteller dies berücksichtigen, dann könnte ich mir vorstellen, daß wir uns manche Diskussion in diesem Saale ersparen und sehr viel zügiger verfahren können, als es sonst notwendig wäre.

Zweitens: Die Antragskommission wird in einer Reihe von Punkten einen eigenen Antrag vorlegen und eine Stellungnahme vortragen. Die Damen und Herren Delegierten werden gebeten, dabei zu berücksichtigen, daß wir in der Arbeit der Antragskommission versucht haben, eine Position der Mitte zwischen oft sehr entgegengesetzten Meinungen zu finden, von der wir

hoffen, daß sie die Zustimmung einer breiten Mehrheit des Parteitages zu finden vermag. Dies jedenfalls ist der Sinn vieler der von uns vorgelegten Formulierungen. — So weit allgemein!

Nun zu dem ersten Thema: Überschrift. Wir haben die Anträge Nr. 762, 763, 764, 765, 766, 767 und 768 zu behandeln.

Die Kommission empfiehlt, dem Antrag Nr. 762 und den inhaltlich gleichlautenden Anträgen Nr. 764, 765, 766 und 768 zuzustimmen. Das bedeutet praktisch, daß das Kapitel anstelle der bisher vorgesehenen Überschrift „Staat, Bürger, Gesellschaft“ die neue Überschrift „Bürger, Gesellschaft, Staat“ erhalten soll.

(Beifall)

Die übrigen von mir erwähnten Anträge sind gegenstandslos geworden; sie betreffen die Umstellung der Ziffern zur Familienpolitik, die gestern vom Parteitag entschieden worden ist.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Sie haben das Votum der Antragskommission gehört. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Ich bitte um Abstimmung. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Zeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erstere war die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Der nächste Punkt betrifft die Gliederung. Hier sind die Anträge Nr. 769, 770, 771, 772, 773, 774 Satz 2 und 3, 775 und 808 zu behandeln. Das Wort hat Herr Benda.

**Ernst Benda**: Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag Nr. 770 anzunehmen. Das bedeutet, daß die Ziffer 111, die das Thema „Kommunale Selbstverwaltung“ behandelt, nach Ziffer 108 eingefügt wird. Das heißt also jetzt Ziffer 108a oder ähnlich. Wir gehen davon aus, daß nach Ende der Beschlußfassung eine neue Durchnummerierung des Programms vorgenommen wird. Für alle übrigen aufgerufenen Anträge empfehlen wir die Ablehnung.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Zu diesem Punkt liegen auch keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung über den Vorschlag der Antragskommission. Wer diesem Vorschlag entsprechen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Bitte die Gegenprobe! — Es ist so beschlossen. Ich rufe nun Ziffer 104 auf. Hier sind die Anträge Nr. 774 Satz 1, 776, 777, 778 und 980 zu behandeln. Das Wort hat Herr Benda.

**Ernst Benda**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier ist nun der erste sehr wichtige Sachpunkt, über den sehr intensiv zu diskutieren — wenn wir es könnten! — sich gewiß lohnen würde. Die Diskussion hat sich an dem vom Bundesparteivorstand am Ende des ersten Absatzes der Ziffer 104 vorgeschlagenen Halbsatz entzündet: „eine Politisierung privater Bereiche unter dem Vorwand der Demokratisierung lehnen wir ab.“ Hierzu liegen

zahlreiche eben mit den Nummern erwähnte Abänderungsanträge vor, insbesondere der Antrag der Jungen Union. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag Nr. 980 anzunehmen, ebenso den ersten Satz des Antrags Nr. 778, und die übrigen Anträge abzulehnen. Ich glaube, bei der Bedeutung dieses Punktes muß ich dies kurz begründen.

Die Antragskommission ist der Auffassung, daß der vom Bundesparteivorstand vorgeschlagene Halbsatz: „eine Politisierung privater Bereiche unter dem Vorwand der Demokratisierung lehnen wir ab“ das, was offenbar zum Ausdruck gebracht werden soll und dem wir inhaltlich auch zustimmen würden, nicht in hinreichender Klarheit zum Ausdruck bringt. Der Satz ist so, wie er hier steht, nach unserer Auffassung inhaltsarm, und das, was an Inhalt verbiebt, ist nicht ganz klar.

Eine Politisierung privater Bereiche kann es nicht geben. Aber was ist privater, was ist gesellschaftlicher, was ist staatlicher Bereich? Dies ist die entscheidende Frage, um die in Wirklichkeit die Diskussionen gehen. Hier könnte an manche Diskussion des gestrigen Tages erinnert werden.

Die Antragskommission hat versucht, mit der von ihr vorgeschlagenen Formulierung das, was sie für die Substanz des Sachproblems und was sie für die sachgemäße Antwort der Christlich Demokratischen Union hierauf hält, in folgenden Sätzen auszudrücken, und sie schlägt vor, diese Sätze an die Stelle des eben erwähnten Satzes des Bundesparteivorstandes zu setzen!

Wir schlagen vor zu sagen: „Die Grundwerte der Demokratie gelten nicht nur für den staatlichen Bereich. Die schematische Übertragung der Strukturprinzipien parlamentarischer Demokratie auf den gesellschaftlichen oder privaten Bereich ist aber nicht möglich. Wir fordern mehr Öffentlichkeit, Durchsichtigkeit, Mitwirkung und Information in Staat und Gesellschaft.“ — Der letzte Satz, meine Damen und Herren, ist mit einer gewissen Modifizierung aus dem Antrag der Jungen Union übernommen. Wir glauben, daß der übrige Inhalt des Antrages der Jungen Union mit dieser Zusammenfassung seine Erledigung gefunden haben könnte. Unser Freund, Herr Echternach, der der Antragskommission angehört, hat — für seine Person natürlich — in der Antragskommission die gleiche Auffassung vertreten — das darf ich wohl mit seiner Zustimmung mitteilen —, so daß ich die Ablehnung oder die Erledigt-erklärung des Restes empfehlen möchte.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Zu diesem Punkt liegt eine Wortmeldung vor. Herr Jürgen Rosorius (Rheinland).

**Jürgen Rosorius**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar für das, was Herr Benda im Namen der Antragskommission gesagt hat. Ich empfehle Ihnen Ablehnung der Bundesvorstandsvorlage in dem Punkte, in dem von der Politisierung der privaten Bereiche gesprochen wird. Ich meine, daß diese Äußerungen in der Tat mißverständlich sind,

da keine klare Abgrenzung des staatlichen und gesellschaftlichen Bereiches vorgenommen wurde. Man könnte hieraus entnehmen, daß man sich generell gegen den politisch aktiven Bürger und gegen gewisse funktionale Mitbestimmungsrechte der Bürger im gesellschaftlichen Bereich wendet. Herr Benda hat zu Recht gesagt, daß es einer längeren Ausführung bedürfte, um diese Mißverständnisse, die in diesem Satz enthalten sind, auszuräumen.

Es ist selbstverständlich, daß eine schematische Übertragung von Abstimmungsmodellen — gleiches Stimmrecht für jeden — natürlich von uns nicht gefordert wird.

Nur, Herr Dr. Heck, eines möchte ich Ihnen ganz deutlich sagen: Wenn Sie es schon für nötig halten, auf Parteikosten wenige Tage vorher allen Delegierten per Eilboten Ihre persönliche Auffassung zu diesem Thema zuzustellen — wobei ich annehme, daß das auf Parteikosten geschehen ist — dann möchte ich Ihnen zum Inhalt dieses Schreibens wenigstens eines sagen. Selbstverständlich kann kein Bürger dem Architekten hineinreden, wie er unter statischen Gesichtspunkten am besten ein Haus zu bauen hat; aber eine Mitwirkung — oder, wenn Sie so wollen, Mitbestimmung — der Bürger in einem solchen Falle ergibt sich nicht nur aus der Tatsache, daß man die Fähigkeit hat, ein Haus zu bauen, sondern vor allem daraus, daß man auch Wohnbedürfnisse hat und daß man deshalb Mitbestimmung funktional zu sehen hat und die Bewohner des Hauses vorher mitentscheiden müssen, wie das Haus gebaut wird, damit sie sich darin auch wohlfühlen. Wenn Sie von dem Bauarbeiter sprechen, dem man nicht hineinreden kann, dann ist dieser Aspekt meiner Ansicht nach nicht gesehen worden. Es geht um eine funktionale Mitbestimmung und nicht um eine schematische Übertragung irgendwelcher Abstimmungsmodalitäten.

Herr Dr. Heck, ich meine auch, daß es zum Demokratieverständnis gehört, daß man so etwas, was Sie gemacht haben, nämlich offensichtlich auf Parteikosten — ich weiß es nicht —, daß man das nicht tun sollte. Ich glaube, daß auch Sie sich als ein Delegierter verstehen sollten, der die gleichen Rechte hat wie andere.

(Einige Buh-Rufe und Pffiffe)

Ich meine, daß es sinnvoll gewesen wäre, diese Schrift hier auszulegen, aber nicht, sie vorher den Delegierten zuzuschicken.

(Beifall)

Wenn wir schon so wenig Geld haben, meine ich, wäre es besser gewesen, diesen Betrag in Bausteinen für unser Haus anzulegen.

**Dr. Manfred Wörner, Tagungspräsidium:** Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt liegen nicht vor. Es ist auch kein abweichender Antrag gestellt. Ich darf über den Vorschlag der Antragskommission

abstimmen lassen und bitte um das Handzeichen, wer für diesen Antrag stimmen will. Ich bitte um die Gegenprobe. — Das war die klare Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 105 auf. Hier ist Antrag 779 zu behandeln. Das Wort hat Herr Benda.

**Ernst Benda:** Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag 779 anzunehmen. Das bedeutet, daß in Ziffer 105, wie vom Parteivorstand vorgeschlagen, der erste Satz nunmehr lautet: „Die Unabhängigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften muß ungeschmälert und die Freiheit der Verkündigung ihrer Lehren — hier liegt die Änderung — gesichert bleiben.“

**Dr. Manfred Wörner, Tagungspräsidium:** Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich komme zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Es ist so beschlossen.

Als nächstes rufe ich Ziffer 106 auf. Hier sind die Anträge 780, 781 und 782 zu behandeln. Herr Benda, bitte.

**Ernst Benda:** Meine Damen und Herren! Die Antragskommission schlägt vor, sämtliche hier gestellten Anträge abzulehnen.

**Dr. Manfred Wörner, Tagungspräsidium:** Zu diesem Punkt hat sich Herr Dr. Jakob aus Hannover gemeldet.

**Dr. Henning Jakob:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz zur Begründung unseres Antrages sagen: Unser Antrag zielt darauf hin, die fünfjährige Wahlperiode im Bund, in den Ländern, in den Gemeinden und Gemeindeverbänden einzuführen. Zum Teil ist das bereits geschehen, überwiegend aber noch nicht. Die Begründung für dieses Ziel liegt auf der Hand. Die Funktionsfähigkeit, die Produktivität der Parlamente soll dadurch verstärkt werden. Es ist natürlich klar, daß hier auch Gegengründe bestehen können. Fünf Jahre SPD sind schlechter als vier, das gilt umgekehrt in gleicher Weise. Deshalb meine ich, daß wir diesem Antrag stattgeben sollten. Die Antragskommission hat ihr ablehnendes Votum leider nicht begründet. Deshalb weiß ich nicht, worauf dieses Votum zurückzuführen ist. Ich bitte also, in diesem Falle einmal gegen die Antragskommission zu stimmen.

**Dr. Manfred Wörner, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Herr Benda.

**Ernst Benda:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte geglaubt, die Ablehnung nicht näher begründen zu sollen. Aber nachdem das ausgeführt worden ist, möchte ich dazu noch einen Satz sagen. Die Kommission ist der Auffassung, daß es nicht richtig gewesen wäre, in einem Abschnitt, in dem wir uns bemühen, an vielen Stellen die stärkere Beteiligung des Bürgers an den politischen Betätigungen in verschiedenen Berei-

chen zu fördern und zu sichern, auf dem wichtigsten Gebiet, dem der Wahlentscheidung, seine Möglichkeit zur Mitwirkung durch die Verlängerung der Wahlperioden zu schmälern. Das ist das Motiv, aus dem heraus wir die Ablehnung des entsprechenden Antrages empfehlen.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich komme zur Abstimmung über diesen Punkt. Wer der Meinung der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe. — Das erstere war die deutliche Mehrheit.

Nun stehen wir vor einer besonderen Situation. Die Antragsteller des Antrages 771, der an sich beim Kapitel Gliederung aufgerufen wurde, fühlen sich übergangen, da sie gestern eine Wortmeldung abgegeben hatten, die hier oben allerdings nicht mehr vorliegt. Es konnte nachgewiesen werden, daß diese Wortmeldung abgegeben wurde. Die Antragsteller meinen darum, daß dieser Antrag 771 nunmehr bei Punkt 106 behandelt werden könnte, weil es um die Einfügung einer Ziffer 106a geht. Wenn Sie bitte freundlicherweise Antrag 771 aufschlagen würden. Das Präsidium ist der Meinung, daß das Petitum der Antragsteller berechtigt ist. Wir stellen diesen Antrag zur Diskussion. Zu Wort hat sich Herr Dr. Lenz aus Hessen gemeldet.

**Dr. Carl-Otto Lenz**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einen Dank an das Präsidium. Worum es in den beiden ersten Sätzen des Antrages geht, ergibt sich aus dem Antrag. Das brauche ich nicht zu begründen. Im dritten Satz geht es um ein besonderes Problem, meine Damen und Herren.

Wir stellen fest, daß in unseren Parlamenten eine immer größere Zahl von Angehörigen des öffentlichen Dienstes sitzt, und wir sind der Auffassung, daß dies darauf zurückzuführen ist, daß das Risiko einer Kandidatur für die Angehörigen anderer Berufe, das heißt Arbeiter, Selbständige und Angestellte, sehr viel größer ist. Unser Antrag hat zum Ziel, die Chancengleichheit bei der Bewerbung um ein parlamentarisches Mandat wiederherzustellen.

Ich bin sicher, daß dies das Anliegen des Parteitages ist, und bitte um Ihre Unterstützung.

(Zustimmung)

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Als nächster hatte sich Herr Lampersbach gemeldet. — Herr Lampersbach, ich frage Sie, sprechen Sie für oder gegen den Antrag? Wir hatten gestern beschlossen, für oder gegen den Antrag jeweils nur einen Redner zuzulassen.

(Egon Lampersbach: Für den Antrag, das steht auf der Wortmeldung!)

— Dann muß ich leider sagen, daß Sie nach der Geschäftsordnung des Parteitages nicht mehr zu Wort kommen können.

Herr Benda wünscht zu diesem Antrag Stellung zu nehmen.



**Ernst Benda:** Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat sich natürlich mit diesem Antrag sorgfältig beschäftigt. Sie ist keineswegs etwa gegen den Inhalt des Antrages. Hierfür gilt genau das, was ich einleitend zu vielen Anträgen sagte. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen — ich möchte das ausdrücklich sagen —, daß der Parteitag und die Partei Anlaß haben, unserem Parteifreund, dem Bundestagspräsidenten von Hassel, ausdrücklich dafür zu danken, daß er die Parlamentsreform energisch und tatkräftig in Gang gebracht hat.

(Beifall)

Es geht für den Parteitag nach unserer Meinung nur darum, ob es in das Programm, nachdem die Dinge — wie wir glauben — auf einem sehr guten Wege sind, aufgenommen werden soll. Wir kommen zu dem Ergebnis: Dies ist im Gange. Es wird viele Arbeit noch geben, aber es ist nicht notwendig und vielleicht nicht tunlich, das im Parteiprogramm ausdrücklich zu sagen, nachdem es gerade unter Führung eines unserer führenden Parteifreunde in so guter Weise angelaufen ist.

(Zuruf: Eben gerade deshalb, zur Unterstützung!)

**Dr. Manfred Wörner,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich komme zur Abstimmung, und zwar, damit das ganz klar ist, über Antrag Nr. 771 — Einfügung einer Ziffer 106a —. Die Antragskommission hat Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen, wer für diesen Antrag zu stimmen wünscht.

(Zuruf: Für welchen?)

— Das habe ich gerade gesagt, Antrag Nr. 771 — Einfügung einer Ziffer 106a —. Wer für die Einfügung einer Ziffer 106a ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit; es ist so beschlossen.

(Beifall)

Ich rufe auf Ziffer 107. Hier sind die Anträge Nr. 783 bis 789 und 981 zu behandeln. Das Wort hat für die Antragskommission Herr Benda.

**Ernst Benda:** Meine Damen und Herren! Hier empfiehlt die Antragskommission, den von ihr formulierten Antrag Nr. 981 sowie den Antrag 789 anzunehmen. Um beim letzten anzufangen: Nr. 789 fügt im Absatz 2, Satz 2, das Wort „Hörfunk“ vor das Wort „Fernsehprogramm“ ein. Es ist also eine relativ geringfügige Änderung.

Wir empfehlen die Ablehnung aller übrigen Anträge. Auch hier gilt das, was ich im allgemeinen zu dem eben behandelten Punkt gesagt habe: Keineswegs Ablehnung in der Sache, in vielen Punkten allerdings — und das gilt insbesondere für den Antrag Nr. 787 in Einzelpunkten — die Notwendigkeit, einzelne der dort gemachten Vorschläge sehr sorgfältig weiter zu überlegen.

Die Antragskommission hat eine eigene Formulierung im Absatz 2 gegenüber dem dort Gesagten vorgeschlagen. Das muß ich kurz erläutern. Es wird in dem Vorschlag des Bundesvorstandes gefordert, ein Bundespressegesetz, das Rechte und Pflichten der Verleger und Redakteure festlegt und das Recht der in Presse, Hörfunk und Fernsehen Angegriffenen auf Verteidigung regelt.

Zum Thema Bundespressegesetz, also der Zuständigkeitsfrage — Rahmengesetz oder Bundesgesetz — werden wir Gelegenheit haben, in der nächsten Ziffer 108 weiter zu verhandeln. Ich möchte dieser Diskussion nicht vorgreifen.

Die Antragskommission darf aber auf folgendes hinweisen: Notwendig ist ganz zweifellos eine gesetzliche Regelung des Rechts der in Presse, Hörfunk und Fernsehen Angegriffenen auf Verteidigung. Hier muß eine gesetzliche Regelung stattfinden; darüber besteht kein Streit.

Das wichtige Thema der Festlegung der Rechte und Pflichten der Verleger und Redakteure — oft umschrieben mit der etwas vereinfachenden Formel „Innere Pressefreiheit“ — ist seit langer Zeit Gegenstand intensiver tarifvertraglicher Verhandlungen zwischen den Tarifvertragspartnern in diesem Bereich, wie dies übrigens in der Weimarer Zeit bereits der Fall war, in der dieses Thema durch einen Tarifvertrag geregelt war.

Diese Tarifverträge sind nicht abgeschlossen; sie werden möglicherweise noch eine Weile dauern. Wenn sie aber — wie wir hoffen — zu einem guten Ergebnis führen, dann wäre es sinnwidrig, wenn wir auf einem Gebiet, das im Bereich des Tarifrechts geregelt wird, eine gesetzliche Regelung hier verlangen würden.

Daher schlagen wir vor zu sagen, daß dieses Thema, nämlich die Rechte und Pflichten der Verleger und Redakteure durch Tarifvertrag oder durch Gesetz — das zweite also nur hilfsweise, wenn notwendig — geregelt wird.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen: Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Anträge Nr. 981 und 789. Die übrigen Anträge würden sich dann entweder erledigen oder aber durch Ablehnung verfallen.

Zu diesem Punkt — das heißt jetzt zu Antrag Nr. 787 — hat sich gemeldet Herr Arnold vom Landesverband Rheinland.

**Dr. Gottfried Arnold**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich unterstütze das, was Herr Kollege Benda gesagt hat in bezug auf den Absatz 2 der Ziffer 107, und darf mich kurz noch unserem Antrag Nr. 787 zuwenden.

Hier geht es uns, meine Damen und Herren, um zwei Punkte: einmal, daß wir unsere Aussage gegenüber den kleinen und mittleren Zeitungen im Regionalen etwas engagierter fassen. Ich darf Sie insoweit verweisen auf den Satz 1 in diesem Antrag Nr. 787, den wir als ergänzenden Antrag gestellt haben.

Der zweite Punkt ist der betreffend Rundfunk und Fernsehen. Es ist so, meine Damen und Herren, daß sich beträchtliche neue technische Entwicklungen abzeichnen, daß in sehr baldiger Zeit neue Sendefrequenzen und damit neue Ausstrahlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Ich meine, wir sollten hier Wert legen auf die These, daß es in Zukunft keinen absoluten Vorrang der öffentlich-rechtlichen Anstalten geben sollte,

(Vereinzelt Zustimmung)

sondern daß hier die Möglichkeit geschaffen werden sollte, eben auch andere Organisationsformen einzufügen.

Der entscheidende ergänzende Satz, den wir Ihnen vorschlagen, lautet wie folgt — ich darf ihn verlesen —: „Die Ausstrahlung weiterer Fernsehprogramme durch andere Veranstalter, auch durch Gesellschaften des privaten Rechts, soll möglich sein. Bei der künftigen Vergabe von weiteren Fernsehlicenzen sollte die Presse berücksichtigt werden.“

Ich darf abschließend darauf hinweisen, meine Damen und Herren, daß unsere Ergänzungen, die wir Ihnen vorschlagen, genau dem entsprechen, was unsere Bundestagsfraktion in einem am 26. August 1969 veröffentlichten Schwerpunktprogramm für Publizistik ausgesagt hat. Und ich denke, es steht diesem Parteitag gut zu Gesicht, wenn wir hinter dieser Aussage in diesem sehr wichtigen Bereich nicht zurückbleiben.

Ich bitte Sie daher herzlich, diesen Ergänzungen, die wir vorschlagen, zuzustimmen. Ich danke Ihnen.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Der Ablauf der Dinge gibt mir Veranlassung, hier einen Hinweis anzubringen. Bei den Wortmeldungen finden Sie unten „zum Antrag Nr. . . .“. Nun stelle ich fest, daß hier einfach eingefügt wird von den meisten, die sich zu Wort melden, „Ziffer 107“. Ich bitte, die Antragsnummer einzusetzen, denn bei der Vielzahl der Anträge läßt sich für das Präsidium nicht erkennen, zu welchem der Anträge der Betreffende zu sprechen wünscht. Also nicht mehr, bitte, die auf der linken Seite stehende Ziffer, sondern die auf der rechten Seite stehende Antragsnummer angeben.

Als nächstes hat sich gemeldet Herr Dieter Weirich aus Hessen. — Ich frage Sie: Wollen Sie zum Antrag Nr. 787, 2. und 3. Absatz, sprechen?

(Dieter Weirich: Ja!)

— Und zwar dagegen? — Sie haben das Wort.

(Dieter Weirich: Dafür!)

— Dafür? —

Nach unserer Verfahrensordnung ist das nicht möglich, weil bereits ein Redner dafür gesprochen hat. Will jemand gegen diesen Antrag sprechen? — Herr Benda, wollen Sie Stellung nehmen?

**Ernst Benda:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich kann nur wiederholen, was ich vorhin schon gesagt habe. Über einzelne Punkte könnte man — und wenn man's wollte, müßte man — sehr detailliert sprechen. Es gibt aber zu einigen Punkten, die ich nicht inhaltlich bezeichnen möchte, eine lange Diskussion auch im Bereich des Deutschen Bundestages. Ich halte es für besser, wenn wir diese Punkte, die in dem Vorschlag, den Herr Kollege Arnold hier begründet hat, enthalten sind, in den Partei- und Fraktionsgremien sorgfältig weiter behandeln. Ich glaube nicht, daß es richtig wäre, in einem Parteiprogramm so detailliert eine ganz schwierige Frage anzusprechen. Deswegen empfiehlt die Antragskommission Ablehnung des Antrags.

**Dr. Wianfred Wörner,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst zur Abstimmung über den weitergehenden Antrag, den Herr Arnold begründet hat: Nr. 787 Abs. 2 und 3. Wer diesem weitergehenden Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Hier ist die Mehrheit nicht klar ersichtlich. Ich bitte, die Abstimmung zu wiederholen und bitte zur Verdeutlichung, daß aufgestanden wird. Wer für den erweiterten Antrag Nr. 787 Abs. 2 und 3 ist, den bitte ich aufzustehen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erstere war die Mehrheit. Damit ist dieser weitergehende Antrag angenommen. Jetzt zunächst einmal die redaktionelle Frage, Herr Benda: Wenn wir jetzt über den Antrag der Antragskommission abstimmen lassen, läßt sich das redaktionell vertreten?

(Ernst Benda, Antragskommission: Ja!)

Gut. Das ist der Fall. Dann bitte ich im übrigen über den Antrag der Antragskommission abzustimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erstere war die eindeutige Mehrheit; der Antrag der Antragskommission ist in der erweiterten Fassung des Antrags Nr. 787 angenommen.

Ich rufe auf Ziffer 108. Hier sind die Anträge Nr. 214, 221, 225, 226 Abs. 1, 432, 790 bis 809, 811, 835 und 982 zu behandeln. Für die Antragskommission spricht Herr Dr. Lenz.

**Dr. Carl-Otto Lenz:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst ist Antrag Nr. 792 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Ablehnung. Der sachliche Inhalt dieses Antrages ist in dem eben angenommenen Antrag Nr. 771 enthalten.

Danach ist der Antrag Nr. 982 zu behandeln. Das ist der Antrag der Antragskommission, der Ihnen nachträglich auf dem gelben Papier unterbreitet worden ist. Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

Wenn dieser Antrag angenommen würde — ich werde ihn gleich begründen —, erledigten sich dadurch folgende Anträge: Nr. 221, 225, 790, 791, 793 — Antrag Nr. 793 wird im übrigen von dem antragstellenden Landesverband West-

falen selbst zurückgezogen —, 794 Abs. 1, 795, 796, 797 Abs. 2, 799, 800, 801, 802 Abs. 1, 803, 804, 805 Abs. 1, 806, 807 und 809.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich diesen Antrag der Antragskommission Nr. 982 begründen!

„Unsere bundesstaatliche Ordnung“, heißt es dort, „muß verbessert werden“, und der Text der Antragskommission versucht, diese Verbesserung in der Weise herbeizuführen, daß sie dem Bunde gibt, was dem Bund gehört, und den Ländern läßt, was die Länder brauchen. Wir kündigen in diesem Antrag unsere Bereitschaft an, auch bei verfassungsändernden Gesetzen im Deutschen Bundestag mitzuarbeiten. Dadurch unterscheiden wir uns von der SPD in Ihrer Zeit der Opposition. Damals hat die SPD ihre Mitarbeit bei Verfassungsänderungen von der Zustimmung zur allgemeinpolitischen Linie der Bundesregierung abhängig gemacht und damit eine Weiterentwicklung unserer verfassungsmäßigen Ordnung während 18 Jahren blockiert. Außerdem, meine Damen und Herren, unterscheidet sich unsere Haltung von Empfehlungen, die damals von der SPD an uns gegeben worden sind, man solle Grundgesetzänderungen vermeiden, indem man Staatsverträge zwischen dem Bund und den 11 Ländern abschleße. Sie können sich vorstellen, meine Damen und Herren, wenn Sie zwölf Beteiligten ein Vetorecht geben, dann haben Sie die Handlungsfähigkeit des Bundes und der Länder weitgehend paralysiert.

Schließlich, meine Damen und Herren, sagen wir in diesem Antrag auch, daß wir keinen Blankoscheck für den Gesetzgeber geben im Falle, daß Bundeskompetenzen erweitert werden. Wir sagen nämlich, daß wir natürlich vorher mit dem sachlichen Inhalt der Ausfüllung einer neuen Grundgesetznorm einverstanden sein müssen, denn wir können unsere politische Verantwortung natürlich nicht in der Weise delegieren, daß wir zunächst sagen, hier ändern wir das Grundgesetz, und dann überlassen wir der derzeitigen Mehrheit, wie sie mit dieser Bestimmung verfährt.

Außerdem, meine Damen und Herren, schlagen wir Ihnen vor, keinen Katalog in diesen Artikel 108 aufzunehmen. Wir haben nämlich die Feststellung gemacht, meine Damen und Herren, daß der Katalog, der vorhanden ist, in den letzten zwei Jahren fünfmal geändert worden ist und daß im Augenblick weitere sechs Änderungen anstehen. Das macht elf geplante Änderungen in der Zeit von sechs Jahren. Wir halten es für absolut unzweckmäßig, daß dieser Parteitag angesichts der stürmischen Entwicklung auf diesem Sektor hier eine Auswahl aus einem Katalog gibt, die morgen schon überholt sein kann. Soweit zum ersten Absatz.

Als zweiten Absatz empfiehlt Ihnen die Antragskommission, den Absatz 2 des Antrages Nr. 802 zu behandeln. Darin steht, daß die Länder die Möglichkeit erhalten sollen, auf Gebieten, die keiner einheitlichen Regelung bedürfen, selbständig tätig zu werden, wenn der Bund nicht widerspricht. Meine Damen und Herren, wir wollen mit diesem Antrag einen praktischen Weg aufzeigen, um zu verhindern, daß die gesetzgebende Tätigkeit der Länderparlamente langsam aber sicher auf den Bund abwandert. Wir wollen hier aus dieser

bisherigen Einbahnstraße eine Zweibahnstraße machen. Deswegen empfehlen wir Ihnen die Annahme dieses Antrags.

Schließlich: Als Abs. 3 bleibt stehen der Abs. 2 der Vorlage des Bundesvorstandes, das heißt die Neugliederung der Länder. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben das Votum gehört. Ich darf mir zu diesem Punkt folgende Bemerkung erlauben, die Sie mir nicht übelnehmen wollen:

Wie der Vertreter der Antragskommission sagte, kam die Antragskommission zu der Auffassung, daß in der neugefaßten Ziffer kein Katalog enthalten sein sollte. Die meisten — wenn nicht gar alle — Änderungsanträge beziehen sich auf Sachgegenstände eines solchen Katalogs. Wenn wir die Diskussion darüber aufnehmen, bedeutet das, daß wir über 16 einzelne — und zwar nahezu alles strittige — Ziffern dieses Katalogs zu verhandeln hätten.

Darauf möchte ich Sie einleitend hinweisen.

Und nun bitte ich noch einmal die Redner sehr herzlich, dem Präsidium die Aufgabe zu erleichtern, indem sie sich entschließen, auf ihren Wortmeldungen zu vermerken, zu welchem Antrag sie sprechen wollen und ob sie für oder gegen sprechen wollen. Anders kommen wir hier nicht, und zwar nicht schnell, zu Rande.

Herr Professor Mikat ist einer jener Sünder. Da steht nur: Zu 108. Gegen was?

(Zuruf Mikat)

— Sie wollen gegen die Antragskommission reden. Bitte schön.

**Prof. Dr. Paul Mikat**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sowohl der Antrag 108 in der ausgedruckten Form wie auch der Antrag der Antragskommission in der jetzt vorliegenden Fassung 108 berühren eine der wichtigsten Fragen unseres verfassungsrechtlichen Aufbaues.

Man hätte schon begrüßt, daß Absatz 2 des Antrags 108 an die erste Stelle gerückt wäre, denn dieser Absatz folgt einem Befehl unseres Grundgesetzes, wonach das Bundesgebiet neu zu gliedern ist, um leistungsfähige Länder zu schaffen. Je nachdem, wie das Ergebnis der Ausführung dieses Befehls wird, stellt sich dann ja in der Tat auch die Frage einer endgültigen Kompetenzverteilung in der Verfassung, denn es kann ja durchaus sein, daß bei leistungsstarken Ländern — nehmen wir etwa die Zahl 5 an — die Kompetenzverteilung dann sachgerecht anders vorgenommen werden könnte, als beim derzeitigen Bestand der Länder.

Wer die föderative Ordnung will — und an dieser föderativen Ordnung kann niemand, der auf dem Boden des Grundgesetzes steht, rütteln, denn sie gehört zu den unaufhebbaren Prinzipien unseres deutschen Verfassungsrechtes — der muß daran interessiert sein, daß die Länder leistungsstark sind, das heißt, der muß an der föderativen Funktionsfähigkeit interessiert sein.

Das geht aber in einer Zeit, in der sich der Bund anschickt, sich in supra-nationale Räume zu integrieren, nicht ohne eine korrespondierende Integration im innerstaatlichen Bereich.

(Einzelner Beifall)

Aus diesem Grunde halte ich es aber für geboten, daß wir uns jetzt nicht mit der von der Antragskommission vorgelegten Fassung des 108 begnügen, denn hier wird lediglich etwas Selbstverständliches ausgesagt und der Schritt in die konkrete Materie nicht gewagt.

(Einzelner Beifall)

Denn es wird gesagt, ganz schlicht und letzten Endes doch wieder unverbindlich: Es seien eben diejenigen Materien bundeseinheitlich zu regeln, bei denen das aus sachlichen Gründen geboten ist.

Auch wenn es sich herausstellen sollte, daß der in der ursprünglichen Fassung des Bundesvorstandes aufgeführte Katalog nicht endgültig vollständig sein sollte, sollten wir den Mut haben, die hier angesprochenen dringenden Probleme nun auch in einem Parteiprogramm zu nennen.

(Einzelner Beifall)

Wir behaupten ja nicht, daß in 108 alter Fassung kasuistisch enumerativ und vollkommen das neue Bild der Bundeszuständigkeit gezeichnet sei. Aber derjenige, der sich die Punkte ansieht, wird wissen, es handelt sich dabei um konkret drängende Probleme.

Es sind die Probleme des Umweltschutzes angesprochen, des Beamtenrechts, des Besoldungswesens, des Bildungswesens.

Meine Damen und Herren, wenn wir die Sucht nach Perfektion — denn die steht hinter dem neuen Antrag 108, man sagt, man könne hier nicht alles erfassen, infolgedessen werde gar nichts Konkretes ausgesagt —, an andere Ziffern des Programms gelegt hätten, wären noch ganz andere Korrekturen anzubringen gewesen. Wir sollten die Konkretisierungen des 108 alter Fassung bejahen und den Vorschlag der Antragskommission aus diesem Grunde ablehnen, weil nur mit den konkreten Fundamenten in unserem Programm wir auch eine breitere Handlungsbasis in unserem Parlament, im Deutschen Bundestag, haben werden.

Aus diesem Grunde bitte ich um Ihre Zustimmung zur alten Fassung 108 und Ablehnung des Antrags der Antragskommission.

(Beifall)

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ehe ich die weiteren Wortmeldungen aufrufe, erbitte ich Ihr Einverständnis zur Klärung folgender Vorfragen.

Wir beabsichtigen, zunächst grundsätzlich darüber abstimmen zu lassen, ob dem Vorschlag der Antragskommission gefolgt werden soll. Für den Fall, daß

dem Vorschlag der Antragskommission nicht gefolgt werden soll, würden wir dann in die Diskussion dieser 14 bis 16 Einzelmaßnahmen eintreten.

Ich frage also, ob Sie mit diesem Verfahren, das, wie ich glaube, unabdingbar ist, einverstanden sind. — Wer mit diesem Verfahren einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen! — Ich bitte um die Gegenprobe! — Das ist einstimmig so beschlossen.

Dann bitte ich nun, von den vorliegenden Wortmeldungen denjenigen nur sprechen zu wollen, der jetzt — da einer gegen den Vorschlag der Antragskommission schon gesprochen hat — für den Vorschlag der Antragskommission sprechen möchte. —

Dann hat die Antragskommission noch einmal das Recht, dazu Stellung zu nehmen. Ich bitte darum!

**Dr. Carl-Otto Lenz:** Meine Damen und Herren! Ich möchte bezüglich des Beitrags des Kollegen Mikat noch einmal auf das Faktum hinweisen. In den letzten zwei Jahren 5 Änderungen; geplant weitere 6 Änderungen.

Was auch immer wir in den Antrag hineinschreiben: es kann und wird morgen überholt sein.

(Einzelner Beifall)

Der Deutsche Bundestag hat auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion eine Untersuchungskommission eingesetzt, die die Frage prüfen soll, welche Teile des Grundgesetzes denn eigentlich einer Erneuerung bedürfen. Ich würde es für falsch halten, wenn wir dieser wissenschaftlichen Untersuchung des Problems hier und heute durch eine Entscheidung vorgreifen würden.

(Beifall)

Und drittens, der Parteivorsitzende der CSU, Herr Dr. Strauß, hat uns neulich, vor zwei Tagen, hier gebeten, nichts ins Parteiprogramm zu schreiben, was uns bei unserer Arbeit behindert.

Wenn wir einen Katalog aufnehmen, stehen wir morgen vor der Frage, daß die Regierung in Bonn uns diesen Katalog um die Ohren schlägt und sagt: Ihr habt doch schon zugestimmt. Nun redet einmal nicht mehr davon, was in die Gesetze hineingehört; redet davon, daß wir zunächst einmal der jetzigen Regierung einen Blankoscheck geben müssen. Ich würde das, meine Damen und Herren, parteipolitisch gesehen auch für nicht sehr gut halten. — Schönen Dank!

(Beifall)

**Dr. Manfred Wörner,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich komme zur Abstimmung über den Vorschlag der Antragskommission. Wer für diesen Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erstere war eindeutig die Mehrheit. Damit ist die Sachlage so, wie von Herrn Lenz dargestellt. Die einzelnen aufgeführten Anträge sind erledigt bzw. abgelehnt.



Ich rufe als nächste die Ziff. 109 auf. Hier sind die Anträge Nr. 810 und 812 zu behandeln. Ich bitte um die Stellungnahme der Antragskommission. Herr Dr. Rinsche, bitte!

**Dr. Günter Rinsche:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kommission empfiehlt Ablehnung der Anträge Nr. 810 bis 812, die in ihren Grundbestandteilen in der Empfehlung des Vorstandes enthalten sind.

Wir empfehlen Ihnen die Annahme des Vorstandsentswurfs mit der Änderung, daß im zweiten Satz das Wort „allein“ durch das Wort „insbesondere“ ersetzt werden soll.

**Dr. Manfred Wörner,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor.

Ich bitte um Abstimmung. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, der gebe bitte das Handzeichen. — Bitte die Gegenprobe! — Es ist mit eindeutiger Mehrheit beschlossen.

Ich rufe Ziff. 110 auf. Hier sind die Anträge Nr. 813 bis 828 und Antrag Nr. 952 behandelt.

Das Wort hat Herr Dr. Rinsche für die Antragskommission.

**Dr. Günter Rinsche:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge Nr. 813, 814 und 824 mit der Maßgabe, daß im ersten Satz des Antrags Nr. 813 das Wort „sollen“ durch „müssen“ ersetzt wird. Wir empfehlen die Ablehnung der übrigen Anträge.

**Dr. Manfred Wörner,** Tagungspräsidium: Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Ich komme zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe bitte! — Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziff. 111 auf. Hier sind die Anträge Nr. 829, 830, 831, 832, 833, 834, 836, 837, 839, 840, 841 und 842 zu behandeln.

Für die Antragskommission bitte Herr Dr. Rinsche.

**Dr. Günter Rinsche.** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Abs. 4 des Antrags Nr. 842 und des Antrags Nr. 834 in Kombination mit der Vorstandsvorlage. Das bedeutet, daß der Antrag Nr. 842 Abs. 4 nach dem ersten Satz der Vorstandsvorlage eingefügt werden soll und der zweite Satz der Vorlage mit Antrag Nr. 834 im Zusammenhang einen zweiten Absatz bilden soll.

Die übrigen Anträge bitten wir abzulehnen.

**Dr. Manfred Wörner,** Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Rollmann, Landesverband Hamburg, der gegen diesen Antrag sprechen möchte.

**Dietrich Rollmann:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesem sehr verkürzten Verfahren hier heute morgen fallen wirklich we-

sentliche und wichtige Gesichtspunkte unserer Beratung so unter den Tisch, daß ich glaube, daß das ganze Programm darunter außerordentlich leidet.

(Beifall)

Das gilt auch, meine Damen und Herren, für das, was hier von der Antragskommission sehr kurz vorgetragen worden ist in bezug auf die vorliegenden Anträge zu Ziff. 111. Das Ganze wird hier ja pauschal mit zwei Sätzen ohne jede Begründung abgetan, das, was sich die Landes- und die Kreisverbände in monatelanger Arbeit erarbeitet und überlegt haben.

Ich möchte mich hier für den Antrag des Landesverbandes Hamburg einsetzen und insofern gegen die Antragskommission sprechen. Ich möchte für unseren Antrag Nr. 829 sprechen, die Einrichtung von zentralen Bürgerberatungsstellen in allen Städten und Landkreisen.

Meine Damen und Herren, wie ist die Situation heute? Angesichts der immer weiter wachsenden Macht des Staates, angesichts der immer stärkeren Ausdehnung der Befugnisse des Bundes, der Länder und der Gemeinden erfüllt den Bürger in unserem Lande in zunehmendem Maße ein Unbehagen und das Gefühl eines hilflosen Ausgeliefertseins gegenüber der Macht der Bürokratie. Und, so sehr groß die Rechte des einzelnen Bürgers nach Gesetz und Recht auch sein mögen — es gibt sehr viele Bürger in unserem Lande, die nichts von ihren Rechten wissen und die vor allen Dingen nicht wissen, wie sie in der rechten Weise von ihren Rechten Gebrauch machen können.

Aus diesem Grunde, im Interesse dieser einzelnen Bürger in unserem Lande, die sich in dem Wust der Gesetze und der Verordnungen nicht mehr zurechtfinden, sind wir der Meinung, daß für diese Bürger in allen Städten und Landkreisen unseres Landes zentrale Bürgerberatungsstellen eingerichtet werden sollten, und wir meinen, meine Damen und Herren, daß es gerade der Christlich Demokratischen Union außerordentlich gut anstehen würde, wenn sie sich nicht nur zum Vorkämpfer der Bürgerrechte machte, sondern wenn sie gleichzeitig durch die Errichtung solcher zentralen Bürgerberatungsstellen dafür sorgte, daß jeder Bürger in unserem Lande auch von den ihm zustehenden Rechten Gebrauch machen kann.

Aus diesem Grunde möchte ich für die Annahme unseres Antrags Nr. 829 hier plädieren.

(Teilweiser Beifall)

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, sicher empfindet jeder von uns, daß dieser Zwang zu einem höchst konzentrierten Verhandeln manches, was gesagt werden sollte, hier nicht gesagt werden lassen kann. Dennoch möchte ich namens des Präsidiums dem Eindruck widersprechen, daß hier nicht gründlich und sachlich genug beraten wird. Die Antragskommission hat ununterbrochen getagt und hat mit der gebotenen Gründlichkeit jeden einzelnen Antrag durchgesprochen. Und hier hat jeder Einzelne das Recht, zu jedem Antrag zu sprechen, wenn er dies wünscht.

Nun frage ich, wer gegen den Antrag des Landesverbandes Hamburg sprechen möchte. — Bitte schön, das Wort hat Herr Kurt Semprich, Landesverband Schleswig-Holstein.

**Kurt Semprich:** Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte gegen den Antrag sprechen, und zwar nicht so sehr von der Sache, sondern von der Diktion und von der Formulierung her. Ich bin der Auffassung, daß dieser Antrag so, wie er formuliert ist, zu sehr aus der Sicht der Großstädte gesehen ist

(Teilweiser Beifall)

und auch nur dort in dieser Form praktikabel sein kann.

Wenn man darauf ausweicht, diese Bürgerberatungsstellen jetzt auf die Landkreise zu verlegen, dann kann daraus ein Mißverständnis entstehen; denn, meine Damen und Herren, Bürger in den Landkreisen gibt es nicht; es gibt Bürger in den Städten, aber keine Kreisbürger. Das würde also nur bedeuten, daß die Trägerschaft bei den Landkreisen sein soll. Bei der Größe mancher Landkreise ist das auch recht problematisch. Es müßte dann schon so sein, daß auch in größeren Gemeinden oder in anderen Städten solche Beratungsstellen eingerichtet werden sollten.

Hier, meine Damen und Herren, wird die Frage aufgeworfen, welche Supermensen dort denn eigentlich tätig sein sollen,

(Beifall)

die den gesamten Gesetzgebungskomplex beraten sollen, den selbst Fachleute heute, die nur auf bestimmten Ressorts tätig sind, nicht überblicken können. Ich glaube, daß das eher Beratungsstellen für eine Verunsicherung des Bürgers sind, als daß es in der Praxis Beratungsstellen für die Sicherheit des Bürgers sein können.

(Beifall)

Sicher gibt es die Notwendigkeit, in den Rathäusern Beratungsstellen, Wegweiser und Hilfen für die Bürger zu schaffen, die dann ausgestattet werden mit Beamten, die sofort per kurzem Draht die Fachbeamten hinzuziehen können, damit die Bürger nicht in den Rathäusern umherirren und kostbare Zeit verlieren. Aber das läßt sich auch ohne einen solchen Antrag in einem so weittragenden Parteiprogramm machen.

**Dr. Manfred Wörner,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag Nr. 829 liegen nicht vor.

Ich komme zur Abstimmung über diesen Antrag Nr. 829, da er zweifellos weitergehend ist, und zwar beschränkt auf Abs. 1. Wer für den Antrag des Landesverbandes Hamburg ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich erbitte die Gegenprobe. — Das letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Nun hat sich zum Antrag Nr. 830 des Landesverbandes Rheinland Herr Dr. Klose gemeldet, der für den Antrag sprechen will. Herr Klose, Sie haben das Wort.

**Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Präsident, meine Damen und Herren. Da die Antragskommission empfiehlt, den Antrag 834 anzunehmen, ist unser Antrag 830 damit erledigt.

**Heinrich Windelen,** Tagungspräsidium: Schönen Dank für die vorbildliche Kürze! — Wir kommen damit, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, zur Abstimmung über den Antrag der Antragskommission. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das war die eindeutige Mehrheit. Es ist so beschlossen.

**Dr. Manfred Wörner,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu dem Kapitel Rechts- und Justizpolitik. Ich darf zunächst den Sprecher der Antragskommission, Herrn Vogel, ums Wort bitten.

**Friedrich Vogel:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf eine Vorbemerkung machen. Gerade für diejenigen, die der Auffassung sind, daß die Rechtspolitik nicht nur im Programm, sondern in unserer Gesamtpolitik und in unserer politischen Aussage einen höheren Stellenwert haben müßte, wird das, was im Programmentwurf steht, weitgehend unbefriedigend sein. Dennoch sind wir der Auffassung gewesen — vor allen Dingen auf Grund der vorliegenden Anträge —, daß es nicht möglich sein wird, hier zu detaillierteren, zu eingehenderen Aussagen im Programm zu kommen. Das werden viele von Ihnen bedauern. Ich bin der Auffassung, daß wir das bei der Beratung der einzelnen Anträge berücksichtigen sollten. Das gilt auch für die Anträge, die in einzelnen Punkten eine Detaillierung vorsehen. Eine Übernahme dieser Anträge, deren Inhalt weitgehend von der Antragskommission befürwortet wird, würde einfach zur Folge haben, daß wir weitere Konkretisierungen vornehmen müßten, um nicht einseitige Schwergewichte in das Programm hineinzubekommen. Das wird hier und heute nicht möglich sein, und es wird Aufgabe insbesondere des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen sein, dieses Programm inhaltlich auszufüllen. — Ich darf Sie sehr herzlich auch im Namen der Antragskommission bitten, das bei der Beratung zu berücksichtigen.

Es liegt eine Reihe von Anträgen vor, die eine andere ziffernmäßige Gliederung der Ziff. 112 bis 117 vorsehen. Das gilt insbesondere für die Anträge des Landesverbandes Rheinland Nr. 844, 849, 860 und 869. Die Antragskommission empfiehlt die Beibehaltung der im Entwurf vorgesehenen Reihenfolge, obwohl sie der Auffassung ist, daß auch die vom Rheinland vorgesehene Reihenfolge den Gesetzen der Logik entsprechen würde. Sie ist allerdings der Auffassung, daß das auch für die Reihenfolge, die im Programmentwurf

enthalten ist, gilt, und daß wir uns eine Diskussion über diese Frage hier heute ersparen sollten.

Deshalb zunächst einmal der Antrag, die Empfehlung der Antragskommission, die ziffernmäßige, die sachgebietliche Reihenfolge, wie sie im Entwurf enthalten ist, zu bestätigen.

Auf den Inhalt der einzelnen Anträge des Rheinlandes wäre dann bei den jeweiligen Programmpunkten einzugehen.

Es liegen weiterhin zu einer Spezialfrage die Anträge 843 und 872 vor, die vorschlagen, Abs. 1 der Ziff. 117 des Programmentwurfs in Ziff. 112 als Abs. 2 zu übernehmen. Hier ist die Antragskommission der Auffassung, daß dieser 117 Abs. 1 systematisch bei 117 bleiben sollte, und empfiehlt insoweit auch die Ablehnung dieser Anträge.

Soviel zunächst, Herr Präsident! Ich glaube, daß wir die Fragen der Gliederung zunächst durch Abstimmung klären sollten.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir diskutieren also zunächst über die Gliederung dieses Kapitels, nicht über einzelne Anträge. Gegen den Vorschlag der Antragskommission spricht jetzt Herr Dr. Fell (Rheinland).

**Dr. Karl Fell**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Landesverband Rheinland empfiehlt Ihnen entgegen dem Vorschlag der Antragskommission eine andere Systematik bei den Ziff. 112 bis 117, und zwar aus folgenden Überlegungen.

Bei der jetzt vorgenommenen Gliederung springen wir im Grunde von bestimmten grundsätzlichen Erwägungen zur Dritten Gewalt hin zu einzelnen Reformüberlegungen im Eherecht und dann wiederum im Strafrecht. Es ist bedauerlich, daß der Antrag des Landesverbandes Rheinland nicht im Zusammenhang in der Synopse abgedruckt ist; denn dann würde das Anliegen deutlicher werden.

Herr Vogel hat für die Antragskommission die Anträge aufgezählt, um die es hier geht. Wenn Sie das mit der ursprünglichen Vorlage vergleichen, dann können Sie feststellen, daß die Vorlage Ziff. 112 an dieser Stelle bleiben soll, daß aber die Ziff. 115 der Vorlage als 113 nach vorn gezogen werden soll, und das deshalb, weil in dieser Ziffer die grundlegende Stellung und Aufgabe der Rechtsprechung definiert wird. Dann sollte die Ziff. 116 der Vorlage als 114 nach vorn gezogen werden, weil in diesem Punkt dann die Funktion und Aufgabe der Judikative in der organisatorischen Durchgliederung angesprochen wird. Danach würde die bisherige Ziff. 104 der Vorlage kommen, und dann 113 und 117 in dem inneren Zusammenhang, der sich zur Strafrechtsreform ergibt.

Wir bitten deshalb den Parteitag, weil in diesem Punkt — so scheint uns — die Logik für unsere systematische Ordnung spricht, dieser Änderung zuzustimmen.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir müssen jetzt abstimmen, und zwar über den Antrag der Antragskommission, die Vorlage des Vorstands in der Reihenfolge zu belassen, wie sie Ihnen vorliegt. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, würde ich Herrn Dr. Fell noch einmal bitten, die Reihenfolge zu begründen, die er haben will, damit wir entsprechend darüber befinden können.

Ich würde jetzt also diejenigen bitten, die dem Antrag der Antragskommission folgen wollen, es bei der hier vorliegenden Reihenfolge zu belassen, das Handzeichen zu geben. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Das erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag der Antragskommission angenommen. Es bleibt also bei der bisherigen Reihenfolge.

Ich rufe dann den Punkt 112 auf. Hierzu sind die Anträge 843 bis 846 zu behandeln. Für die Antragskommission hat Herr Vogel das Wort.

**Friedrich Vogel**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag 843 betrifft die von mir vorhin angesprochene Frage der Übernahme von 117 nach 112. Das haben wir jetzt eben mit abgestimmt.

Es liegen also materiell-inhaltlich noch vor die Anträge 844, 845 und 846. Deren Tendenz ist eine Konkretisierung der Aussage, wie sie in der Vorlage des Vorstands enthalten ist. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags 846 der Jungen Union mit der Maßgabe, daß außer dem Schutzobjekt Gesellschaft auch das Schutzobjekt Staat als vor Übergriffen zu schützendes Rechtsgut genannt werden soll. Ziff. 112 erhält danach folgende Fassung:

„Unsere Rechtspolitik dient dem Ziel, dem Einzelnen Sicherheit und Schutz zu gewähren, Gesellschaft und Staat vor Übergriffen zu schützen und die Grundlagen für soziale Gerechtigkeit, für fairen Wettbewerb in Ausbildung, Beruf und Wirtschaft und für gewaltlose Austragung von Konflikten zu gewährleisten.“

Mit der Annahme dieses Antrags wären gleichzeitig die Anträge 844 und 845 in ihrem Anliegen erledigt.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Die Antragskommission empfiehlt also die Annahme des Antrags 846 statt der bisherigen Vorstandsvorlage. Ich erteile das Wort Herrn Dr. Fuchs, Rheinland, der dafür sprechen will, daß Antrag 844 angenommen wird.

**Dr. Dieter Fuchs**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dieser Äußerung der Antragskommission sehen wir das wesentliche Anliegen unseres Antrags 844 erfüllt. Uns ging es darum, nicht nur dem eingeweihten, sondern auch dem unbefangenen und nicht eingeweihten Leser deutlich zu machen, worin wir die Schutzobjekte sehen und welche Regeln für diesen Schutz für uns maßgeblich sind. Er sollte wissen, daß Verfassung und Gesetz für uns die alleinigen Garantien für diesen Schutz sind. Aber wir sind der Meinung, daß das wesentliche Anliegen erfüllt ist, und sind deshalb damit einverstanden, daß der Antrag als erledigt betrachtet wird.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Es besteht also Einigkeit. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich lasse abstimmen.

Wer für den Antrag der Antragskommission zu 846 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe. — Das ist offenbar einstimmig angenommen.

(Widerspruch)

Enthaltungen? — Sind das Gegenstimmen oder Enthaltungen?

(Zurufe: Gegenstimmen)

Also bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe dann Ziffer 113 auf. Hier sind die Anträge 847, 848, 850 bis 857 und 869 zu behandeln. Für die Antragskommission hat das Wort Herr Vogel.

**Friedrich Vogel**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Ziffer wird uns wahrscheinlich einen Augenblick länger beschäftigen. Es liegt eine Reihe von Anträgen vor, die folgende Schwerpunkte haben:

Drei Anträge nehmen zu den Problemen der Strafrechtsreform Stellung. Hier ist zunächst der Antrag 857 der Jungen Union zu nennen, der sich auf folgende beide Sätze der Ziffer 113 bezieht. Dort heißt es: „Die Gebote der Sittlichkeit verpflichten das Gewissen des Einzelnen. Sie sind ein Maßstab für die Gesetzgebung, bedürfen aber nicht immer des strafrechtlichen Schutzes.“ — An die Stelle dieses letzten Satzes möchte die Junge Union den Satz gesetzt wissen: „Sie bedürfen des strafrechtlichen Schutzes nur im Falle der Sozialschädlichkeit.“

Meine Damen und Herren, über diese Frage nach der Aufgabe des Strafrechts ließe sich jetzt eine stundenlange Diskussion führen, ohne daß wir wahrscheinlich hier eine Klarheit darüber hineinbekämen. Ich möchte mich nur auf einen Gesichtspunkt beschränken, der für die Antragskommission maßgeblich war; das war der Gesichtspunkt, daß auch die Frage nach der Sozialschädlichkeit — so wissenschaftlich diese Fragestellung erscheinen mag — nicht beantwortbar ist, ohne daß Maßstäbe sittlicher Wertvorstellungen dabei angelegt werden.

(Beifall)

Das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt, und deshalb würde uns die Annahme des Antrags der Jungen Union in der Sache nicht weiterführen können, sondern würde lediglich dazu führen, daß wir — ich darf es einmal so formulieren — den pseudowissenschaftlichen Begriff der Sozialschädlichkeit — denn er ist wissenschaftlich nicht begründbar — übernehmen würden, ohne in der Sache selbst etwas zu gewinnen.

(Beifall)

Es liegen dann Anträge vor, die den Satz, daß die Strafrechtsreform zu

Ende geführt werden soll, mit Fleisch anfüllen möchten. Dazu einmal der Antrag 856 des Kreisverbandes Ulm: Dieser Antrag 856 behandelt das hier nicht ganz unbekannte Thema des Pornographieverbots. Meine Damen und Herren, damit wird ein Punkt der Strafrechtsreform angesprochen und eine sicherlich in ihrem Inhalt von uns zu bejahende zutreffende Aussage vorge schlagen.

Das gleiche gilt für den Antrag 854 des Kreisverbandes Grevenbroich. Meine Damen und Herren, dort wird empfohlen, die Frage des strafrechtlichen Schutzes ungeborenen menschlichen Lebens in das Programm aufzunehmen.

Die Antragskommission war der Auffassung, daß es bei Annahme dieser beiden Anträge unumgänglich sein würde, auch andere Fragen der Strafrechtsreform konkret in diesem Programm anzusprechen. Wir sind der Auffassung, daß das nicht geht. Wir können uns allerdings dafür verbürgen, soweit wir von der Bundestagsfraktion her an diesen Dingen arbeiten, daß unsere Intentionen in der Bundestagsfraktion mit den Intentionen der beiden Anträge übereinstimmen, daß entsprechende Beschlüsse zumindest zu Fragen des Sexualstrafrechts in der Bundestagsfraktion bereits gefaßt sind. Wir empfehlen mit Rücksicht darauf die Ablehnung der Anträge 856 und 854.

Herr Präsident, ich würde empfehlen, daß wir zunächst diese drei von mir genannten Anträge behandeln, weil sie inhaltlich zusammengehören, und daß wir dann auf die weiteren Punkte der Ziffer 113 zu sprechen kommen.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Ich habe bisher nur Wortmeldungen zu dem Komplex Strafvollzug, und zwar zu den Anträgen 847 und 854 vorliegen. Vielleicht kann, wenn einer gesprochen hat, der zweite Sprecher entscheiden, ob eine weitere Stellungnahme noch erforderlich ist.

Ich rufe zunächst Herrn Dr. Westphal, Hamburg, zu Antrag 847 auf.

(Zuruf von Herrn Friedrich Vogel)

— Ja, bitte schön, Herr Vogel.

**Friedrich Vogel**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es dann erforderlich ist, auch zu den übrigen Anträgen seitens der Antragskommission Stellung zu nehmen. Es liegen noch die Anträge 847, 848, 850, 853, 854 und 869 vor, in denen eine ganze Fülle von Einzelfragen zum Thema „Reform des Strafvollzugs“ angesprochen worden sind.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, alle diese Anträge abzulehnen, und zwar mit folgender Begründung: Das, was in diesen Anträgen enthalten ist, ist zu einem großen Teil richtig und wird auch von der Antragskommission befürwortet. Aber hier gilt das gleiche wie vorhin. Es sind eine Reihe von sicherlich wichtigen Aspekten der Reform des Strafvollzugs angesprochen; es sind aber nicht alle hier relevant wichtigen Fragen angesprochen. Wir müßten also weiter konkretisieren mit dem Ergebnis, daß wir heute hier zu einer unvollständigen Aussage kommen müßten.



Die Antragskommission empfiehlt, alle vorliegenden Anträge zum Thema Strafvollzug an die beim Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen gebildete Fachkommission Strafvollzug mit der Bitte zu überweisen, sie bei der Erarbeitung der Stellungnahme der Christlich Demokratischen Union zur Strafvollzugsreform zu berücksichtigen.

Es liegen dann die Anträge 851 und 852 vor, in denen Fragen der Abwägung der Reform des Strafvollzugs gegenüber dem Schutzinteresse der Gesellschaft vor Rechtsbrechern angesprochen sind. Hier ist die Antragskommission der Auffassung, daß die Vorstandsvorlage diesen Abwägungsgesichtspunkten bereits genügend Rechnung trägt und daß im übrigen dieser Fragenbereich auch einer genaueren Beratung in der Fachkommission Strafvollzug bedarf.

Es bleibt dann noch der Absatz 2 des Antrags 855 des Kreisverbandes Rhein-Sieg übrig, der folgenden Satz eingefügt wissen möchte: „Die Rechtsordnung muß den Schutz der Persönlichkeitsrechte stärker gewährleisten.“ — Diese sicherlich zutreffende Aussage ist nach Auffassung der Antragskommission bereits in der von Ihnen beschlossenen Fassung der Ziffer 112 eindeutig genug zum Ausdruck gekommen. Das bedeutet im Ergebnis, daß die Antragskommission Ihnen die unveränderte Annahme der Vorlage des Vorstandes zu Ziffer 113 empfiehlt.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Dr. Westphal das Wort; er spricht für den Landesverband Hamburg.

**Dr. Jürgen Westphal**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist einfach unrichtig, was eben von der Antragskommission behauptet wurde, nämlich daß der Antrag des Landesverbandes Hamburg Details regeln wolle — im Gegenteil: Wir wollen das, was als Gesamtreform zum Ausdruck kommen soll, klarer und besser lassen, als die Antragskommission dies getan hat. Wir meinen, es ist notwendig zu sagen, daß eine gesetzliche Regelung erforderlich ist. Das fehlt in dem Antrag des Vorstandes.

Wir meinen auch, daß der Gedanke der Resozialisierung klarer und humaner zum Ausdruck kommen muß, als das hier der Fall ist. — Meine Damen und Herren, wir sprechen nicht vom grünen Tisch, sondern wir haben mit dem berühmtesten Fall Haase, mit dem Glocke-Fall und einem Untersuchungsausschuß Erfahrungen gesammelt, die sich in diesem Antrag niederschlagen.

Wir bitten daher, dieser Fassung, die wir für den Willen der CDU besser entsprechend halten, zuzustimmen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich empfehle zu prüfen, ob Herr Dr. Klose, Rheinland, der eigentlich jetzt zum gleichen Thema sprechen will, wenn auch zu einem anderen Antrag, der sich mit dem vorigen vielleicht inhaltlich nicht ganz deckt, auf seine Wortmeldung verzichten kann. — Ist das möglich, Herr Dr. Klose?

(Dr. Klose: „Nein“)

Dann hat Herr Dr. Klose das Wort.

**Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag Nr. 869. — Ich kann zumindest deshalb nicht auf einen Beitrag hier verzichten, weil in der Vorlage die Reihenfolge im vorletzten Satz — Bürgerrecht und Menschenwürde — gewählt worden ist. Wir sind der Auffassung, daß man hier dem materiellen Gehalt nach „Menschenwürde und Bürgerrecht“ sagen müßte.

Zweitens sind wir der Meinung, daß zum Antrag Nr. 869 hier zu sagen ist, daß nicht darauf verzichtet werden kann, sich erstmalig auch für den Schutz nicht nur des Verurteilten, sondern ebenso seiner Familienangehörigen auszusprechen.

Schließlich möchte ich eine Bemerkung zum Antrag Nr. 854 des Kreises Grevenbroich machen, der sich mit der Frage des Schutzes ungeborenen menschlichen Lebens beschäftigt. — Meine Damen und Herren, man kann natürlich hier den Stadtpunkt vertreten, das sei eine Einzelfrage, nur gibt es Einzelfragen sehr unterschiedlichen Gewichts. Wir sind der Meinung, wenn man noch Politik aus christlicher Verantwortung betreiben will, dann darf man in der gegenwärtigen Diskussion über die Abtötung des ungeborenen menschlichen Lebens seitens der CDU nicht schweigen;

(Zustimmung)

denn die Kette, die sich daran anschließen wird, wird nicht stehen bleiben bei der Tötung des noch nicht lebensfähigen Lebens, sondern wird sich fortsetzen bis zur Abtötung des nicht mehr lebenswerten Lebens, wie es das Euthanasie-Programm in der NS-Zeit gebracht hat.

Deshalb sind wir der Auffassung, daß die Qualität und die besondere Wichtigkeit dieser Frage eine Verankerung im Sinne des Antrages des Kreises Grevenbroich hier im Parteiprogramm verlangt.

(Beifall)

**Dr. Manfred Wörner,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, jetzt zu einem anderen Problem, nämlich zu dem Antrag Nr. 850. Hierzu hat Herr Berger, Rheinland-Pfalz, das Wort.

**Markus Berger:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Landesverband Rheinland-Pfalz hat den Antrag gestellt, daß die Gefangenen in Zukunft entsprechend ihrer Arbeitsleistung entlohnt werden sollen. Es wurde von der Antragskommission gesagt, dies sei eine Einzelheit, die nicht in das Programm gehöre.

Ich bin hier anderer Auffassung, und zwar deshalb, weil dieser Satz zugebenermaßen sehr konkret ist und eine konkrete Aussage beinhaltet, aber gleichzeitig in eine neue Richtung führt, in die wir bisher nicht gegangen sind und die, wie ich glaube, einfach nicht mehr vernachlässigt werden darf. Wir müssen doch sehen, daß wir hiermit tatsächlich die Möglichkeit haben,

die Resozialisierung durchzuführen. Außerdem muß dabei beachtet werden, daß der Gefangene in der Lage bleibt, zum Beispiel seine Familie zu ernähren, so daß diese nicht mehr dem Sozialträger zur Last fällt und daß er auch in die Lage versetzt wird, die Kosten für seine Unterbringung selbst zu tragen.

Alles das zusammen ist tatsächlich eine neue Richtung, die durch diese konkrete Aussage vorgeschlagen wird. Ich glaube, diese Richtung sollten wir ins Programm übernehmen.

(Beifall)

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Zum Antrag Nr. 857 hat das Wort Herr Lauk, Landesverband Nord-Württemberg.

**Kurt Lauk**: Meine Damen und Herren, ich möchte für den Antrag Nr. 857 sprechen, den die Antragskommission abgelehnt hat und der lautet: „Sie bedürfen des strafrechtlichen Schutzes nur im Falle der Sozialschädlichkeit.“

Die Antragskommission hat diesen Antrag abgelehnt; sie sagte, das sei wissenschaftlich nicht ausreichend begründbar. Das ist aber nicht der Fall! Ich möchte darauf hinweisen, daß sowohl evangelische Theologen wie Präses Beckmann als auch katholische Moraltheologen wie zum Beispiel Professor Böckle in Bonn ebenso wie der Deutsche Juristentag sich für diese Lösung und für diese Formulierung ausgesprochen haben. Aus diesem Grunde meine ich, daß man nicht sagen kann, das sei nicht ausreichend definiert; vielmehr haben sich die Leute dabei etwas gedacht.

Zum anderen kommt hinzu — und darin liegt ja das Problem —, daß die Gebote der Sittlichkeit auf der einen Seite genauso wenig wissenschaftlich begründbar sind. Vor allem wenn die Sozialschädlichkeit und die Gebote der Sittlichkeit festgestellt werden, verhält es sich doch so, daß bei den Geboten der Sittlichkeit eben die Sozialschädlichkeit zu Rate gezogen wird, damit man sagen kann: Das widerspricht den Geboten der Sittlichkeit. — Daher möchte ich nachdrücklich dafür plädieren, daß der Antrag Nr. 857 anstelle dessen, was die Antragskommission vorgeschlagen hat, angenommen wird.

Dann noch ein Vorschlag zum Verfahren! Ich möchte beantragen, daß über den letzten Satz der Ziffer 113 gesondert abgestimmt wird, und zwar in Alternative zum Antrag Nr. 851.

(Beifall)

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Herr Vogel.

**Friedrich Vogel**, Antragskommission: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu der eben angesprochenen Frage: Das ist der Punkt, mit dem weitgehende, von uns nicht befürwortbare Liberalisierungen im Bereich des

Strafrechts begründet werden. Aus diesem Grunde sollten wir uns davor hüten, diesen Modebegriff der Sozialschädlichkeit in unser Programm aufzunehmen.

(Zustimmung)

Ich würde sehr herzlich darum bitten, das nicht zu tun. Das bedeutet aber nicht, daß auch wir uns nicht — und zwar sehr ernsthaft — Gedanken darüber machen müßten, was heute noch strafbar sein soll und was nicht. Vor dieser Arbeit können wir uns nicht drücken!

Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß zu den einzelnen Fragen sowohl die Bundestagsfraktion als auch der zuständige Arbeitskreis sowie der Fachausschuß der Bundespartei sich eingehend Gedanken machen, hierzu detaillierte Vorstellungen entwickelt haben und weiter entwickeln werden.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsident: Zu Antrag Nr. 851 hat sich Herr Ade, Baden-Württemberg, gemeldet.

**Weinhard Ade:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu Antrag Nr. 851 für den Vorschlag meines Vorredners stimmen, über den letzten Absatz der Vorstandsvorlage getrennt abzustimmen und als Alternative dazu Antrag Nr. 851 zu stellen.

Meine Damen und Herren, wenn man in die Freiheit des Einzelnen eingreift, muß man abwägen zwischen dem Schutz dieser Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und einem staatlichen Verfolgungsinteresse. Das ist anerkannt, und es muß auch anerkannt sein in einer Partei wie der unseren, die die persönliche Freiheit so sehr in den Vordergrund rückt.

Die Vorstandsvorlage mit ihrer Fassung — ich zitiere —: „Vor Rechtsbrechern, die nicht zu bessern sind, ist die Gesellschaft zu schützen.“, wird diesem Anliegen einer Konkretisierung, wie und für wen man Schutz erreichen will, nicht gerecht.

Ich möchte an dieser Stelle einen Mann wie unseren früheren Minister Herrn Benda fragen, der doch vor einigen Jahren gerade zu diesen Problemen der Garantie der persönlichen Freiheit in der Abwägung zum Interesse des Staates, zum Schutz der Gesellschaft sehr konkrete und tiefgehende Ausführungen gemacht hat, die unserer Grundhaltung besonders gerecht werden — ich möchte also Herrn Benda fragen, wie er mit dieser Vorstandsformulierung einen Eingriff in die Freiheit des Einzelnen glaubt rechtfertigen zu können. Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, das einzig angemessene Kriterium ist der Schutz der Gesellschaft.

Ich komme damit zu der Frage, die eben schon diskutiert wurde, nämlich ob man das abgrenzen kann. Ich bin nicht der Auffassung, daß wir uns, wenn wir den Schutz der Gesellschaft als Kriterium einführen, nicht mehr gegenüber liberalistischen Tendenzen abgrenzen können. Das Gegenteil ist der Fall! Wir müssen endlich klare Kriterien finden. Wenn wir weiter auf verschwom-

menen Formulierungen sitzenbleiben, dann werden wir diese Abgrenzung nie vollziehen können und werden nie mit guten Gründen unsere Haltung durchzusetzen vermögen. — Ich bitte Sie also, dem Antrag Nr. 851 zuzustimmen.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen vorschlagen, zunächst über den Antrag der Antragskommission abzustimmen, weil, wenn er angenommen wird, die anderen Anträge damit gegenstandslos werden. Wird er nicht angenommen, dann müssen wir über die anderen Anträge in einer entsprechenden Reihenfolge abstimmen.

Ich darf also diejenigen bitten, die dem Antrag der Antragskommission folgen wollen, das Handzeichen zu geben. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Das erstere war eindeutig die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? — Gegen eine Reihe von Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen ist der Antrag der Antragskommission angenommen; damit ist praktisch die Vorstandsfassung ebenfalls angenommen.

(Wortmeldung von Kurt Lauk)

Wollen Sie zur Geschäftsordnung sprechen?

**Kurt Lauk**: Meine Damen und Herren! Hier wurde nicht zuerst über die weitergehenden Anträge abgestimmt, sondern über den kürzeren Antrag. Das ist ein eindeutiger Verfahrensfehler. Das sollten wir nicht so praktizieren. Ich beantrage Revision der Abstimmung und bitte darum, zuerst über die weitergehenden Anträge abzustimmen und erst dann über die Vorstandsvorlage, die nicht die weitergehende ist.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir haben das Verfahren, das wir eben anwandten, mit Zustimmung des Parteitagess immer praktiziert. Über die weitergehenden Anträge, über deren Reihenfolge wird immer erst dann abgestimmt, wenn der Antrag der Antragskommission, der die anderen hinfällig macht, nicht angenommen wurde. Das ist hier an den Vortagen ohne Bedenken so praktiziert worden. Es kann in einem Einzelfall anders gemacht werden, wenn ein konkreter Abänderungsantrag zu einem Antrag der Antragskommission vorliegt; aber das ist hier nicht der Fall. Hier war es so, daß alle Anträge, die hier vorlagen, schon zur Debatte standen und die Antragskommission die unveränderte Vorstandsvorlage vorgeschlagen hatte. Im übrigen haben wir abgestimmt, meine Damen und Herren. Der Beschluß ist nach Auffassung des Präsidiums eindeutig.

Ich rufe also Punkt 114 auf. — Zur Geschäftsordnung Herr Ade aus Baden-Württemberg.

**Meinhard Ade**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Entscheidung, die das Präsidium gefällt hat, war von der Verfahrensordnung her falsch. Es war der Antrag gestellt worden, über den letzten Satz der Vorstandsvorlage getrennt abzustimmen und ihm den Änderungsantrag 851 gegenüberzustellen. Das ist ein Antrag zum Verfahren, und Anträge zum Ver-

fahren werden zunächst zur Abstimmung gestellt, bevor über die Sache entschieden ist.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Es ist kein Antrag zum Verfahren und zur Geschäftsordnung gestellt worden. Ich möchte das ausdrücklich feststellen. Sie haben lediglich für einen Antrag gesprochen. Ich möchte außerdem auf die vom Parteitag angenommene Verfahrensordnung hinweisen. Da steht: „Eine vom Bundestag einzusetzende Antragskommission kann vorschlagen, mehrere Anträge gemeinsam zu behandeln, zu begründen, zu beraten und abzustimmen.“ Das Präsidium hat in der Regel so verfahren, daß dann, wenn mehrere Anträge zusammengefaßt oder abgelehnt wurden, zunächst über den Antrag der Antragskommission abgestimmt wurde. Wir haben das in den letzten beiden Tagen immer so gemacht.

Ich darf jetzt Ziffer 114 aufrufen. Hier sind die Anträge 858, 859, 861 bis 864 zu behandeln. Das Wort für die Antragskommission hat Herr Vogel.

**Friedrich Vogel**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hierbei handelt es sich um Anträge, die in erster Linie Konkretisierungen zum Thema „Reform des Ehescheidungsrechts“ beinhalten. Diesen Anträgen kann fast ausnahmslos inhaltlich zugestimmt werden. Dennoch empfiehlt die Antragskommission, sie nicht in das Programm aufzunehmen, weil das wiederum dazu führen würde, daß wir neben den angesprochenen Fragen andere Frage aufnehmen müßten, um eine ausgewogene Programmaussage zu machen.

Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß die bisherigen Vorarbeiten der Bundestagsfraktion in Form von 14 Thesen, die kurz vor Weihnachten veröffentlicht worden sind, vorliegen und daß diese 14 Thesen inhaltlich und in ihrer Tendenz mit dem übereinstimmen, was mit diesen Anträgen gewollt wird. Ich glaube, daß wir im Zusammenhang mit der Aussage des Programmes zur Reform des Ehescheidungsrechts auf diese 14 Thesen der Bundestagsfraktion verweisen können.

Es gibt dann eine Reihe von Anträgen zu Ziffer 114, die in Übernahme einer Aussage des Berliner Programms hinzugefügt haben möchten: „Die Volljährigkeit der Bürger soll mit der Vollendung des 18. Lebensjahres beginnen.“ Meine Damen und Herren! Hier empfiehlt die Antragskommission ebenfalls Ablehnung dieser Anträge mit folgender Begründung: Wir sind der Auffassung, daß diejenigen Punkte des Berliner Programms, die inzwischen durch politische Aktion realisiert sind, nicht erneut in das jetzige Programm aufgenommen werden sollten. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat einen Gesetzentwurf zur Herabsetzung des Volljährigkeitsalters im Bundestag eingebracht. Wir können mit der parlamentarischen Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes rechnen. Wir sind der Auffassung, daß damit dieser Programmpunkt des Berliner Programms konsumiert ist.

Ich darf, Herr Präsident, mit Ihrer freundlichen Genehmigung — da ich einen entsprechenden Antrag der Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe

zum Thema Volljährigkeit hier zu vertreten habe — darauf hinweisen, daß auch diese Landesverbände das von mir bezeichnete Petitum haben, daß ich aber die Mitglieder dieser Landesverbände unter Hinweis auf die von mir gegebene Begründung bitten möchte, dem Vorschlag der Antragskommission zu folgen.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Zu Antrag 861 hat sich Herr Dr. Stark (Baden-Württemberg) gemeldet.

**Dr. Anton Stark**: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich bin der Meinung, daß wir zu dem Antrag 861 Ja sagen sollten. Wir haben zwar im Bundestag einen Antrag auf Herabsetzung des Volljährigkeitsalters eingebracht. Ich glaube aber, da dieser Punkt in der Öffentlichkeit — und zum Teil auch bei uns — umstritten ist, sollten wir dazu eine Meinung bilden. Wenn wir diesen Punkt jetzt in diesem Programm nicht mehr erwähnen, dann wird das so ausgelegt, als ob wir in der Sache nicht mehr zu dem Beschluß des Berliner Parteitages stünden. Ich bin einer der Berichterstatter für die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters, und ich glaube, es wäre auch für uns im Bundestag sehr nützlich, wenn Sie sich nochmals zu dieser Entscheidung bekennen würden, die wir auf dem Berliner Parteitag in dieser Frage getroffen haben.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Es liegt noch eine Wortmeldung zu Antrag 864 vor, der das gleiche Thema behandelt, wenn auch in einer etwas anderen Formulierung. Herr Dr. Fuchs, ist es erforderlich, daß Sie noch dazu sprechen? — Aber bitte kurz, wenn es geht.

**Dr. Dieter Fuchs**: Ich möchte nur darum bitten, über Antrag 864, der inhaltlich zu dieser Ziffer gehört, gesondert abzustimmen. Er ist eine Ergänzung der Ziffer 114 und würde, wenn die Vorstandsvorlage angenommen wird, nicht mehr umfaßt sein. Das, was Herr Dr. Stark gesagt hat, möchte auch ich unterstreichen. Die Partei muß sich wohl dazu äußern. Wenn sie eine fleißige Bundestagsfraktion hat, die schon Initiativen in dieser Richtung unternommen hat, dann freuen wir uns alle sehr darüber. Das enthebt uns aber nicht der Notwendigkeit, von uns aus ein klares Votum in dieser Sache der Volljährigkeit und der damit verbundenen Konsequenzen zu bringen.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Herr Dr. Stark, Sie stimmen überein, daß die beiden Anträge zur Volljährigkeit identisch sind. Wir lassen also nur über einen abstimmen.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren! Ich würde folgendes Verfahren vorschlagen: Ich möchte zuerst über den Antrag der Antragskommission abstimmen lassen, der praktisch die Aufrechterhaltung der Vorstandsvorlage bedeutet. Ich möchte dann aber darüber abstimmen lassen, ob zusätzlich dieser Punkt angefügt werden soll, der die Volljährigkeit der Bürger mit dem 18. Lebensjahr bein-

haltet. Sind Sie damit einverstanden? — Dann lasse ich zunächst über den Antrag der Antragskommission abstimmen, Ziffer 114 so zu formulieren, wie der Vorstand es vorgeschlagen hat. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Das war die überwiegende, große Mehrheit gegen einige Stimmen. Wer enthält sich? — Soweit ich sehe, gibt es keine Stimmenthaltungen. Dann ist das so angenommen.

Dann lasse ich jetzt weiter abstimmen. Wer dafür ist, daß die Worte „Die Volljährigkeit der Bürger soll mit der Vollendung des 18. Lebensjahres beginnen“ dieser soeben beschlossenen Ziffer 114 angefügt wird, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Das erste war eindeutig die Mehrheit. Gegen einige Gegenstimmen bei wenigen Enthaltungen ist dieser Satz angefügt. Die anderen Anträge zu Ziffer 114 sind damit erledigt.

Ich rufe Ziffer 115 auf. Hier sind die Anträge 849, 864 bis 867 zu behandeln. Das Wort für die Antragskommission hat Herr Vogel.

**Friedrich Vogel:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages 866 des Kreisverbandes Obergirischer Kreis, *allerdings in einer etwas geänderten Fassung, und schlägt vor, mit diesem Satz die Ziffer 115 zu beginnen.* Es würde folgendermaßen lauten: „Aufgabe der Rechtspolitik ist es, die Unabhängigkeit der Rechtsprechung zu sichern und die bei der Rechtsfindung Tätigen vor sachfremder Beeinflussung wirksam zu schützen.“

Ich glaube, Ihnen ist deutlich, um welchen Fragenbereich es sich hier handelt. Wir sind der Auffassung, daß eine Aussage in unserem Programm zu dieser Frage gut wäre. Die folgenden Einzelfragen der einzelnen Anträge sind durch die folgenden Anträge noch angesprochen worden, werden aber von der Antragskommission nicht zur Annahme empfohlen. Im Antrag Nr. 849 des Landesverbandes Rheinland wird das Problem der vorbeugenden Rechtsberatung angesprochen.

Meine Damen und Herren! Dieser Antrag hat eine positive Würdigung seines Inhalts durch die Antragskommission erfahren. Dennoch ist die Antragskommission der Auffassung, daß diese Einzelaussage nicht so isoliert in das Programm aufgenommen werden sollte.

Es ist dann in mehreren Anträgen eine Festlegung der CDU auf die Richterwahl verlangt worden. Die Auffassungen hierzu sind, wie die Beratungen in der zuständigen Fachkommission des Bundesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen ergeben haben, innerhalb unserer Partei sehr unterschiedlich.

Einig sind wir uns darüber, daß die Richter selbst stärker an der Personalentscheidung im Justizbereich beteiligt werden sollten. Die Art und Weise, wie das geschehen soll, ist strittig. Der Vorschlag des Vorstandes ermöglicht es den Ländern, in den einzelnen Bundesländern die Richterwahl vorzusehen.



Wir sind der Auffassung, daß wir diese flexiblere Vorschrift beibehalten sollten.

Es wird in mehreren Anträgen eine Konkretisierung der Aussage zur Juristenausbildung gefordert. Auch insoweit bittet die Antragskommission, die vorliegenden Anträge abzulehnen. Die Bundestagsfraktion hat einen eigenen Entwurf zur Juristenausbildung eingebracht. Das betrifft insbesondere die Probleme des Vorbereitungsdienstes. Dieser Entwurf enthält auch die viel diskutierte Experimentierklausel für einstufige Ausbildung.

Im übrigen liegt ein sehr umfassendes Papier der zuständigen Fachkommission des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen vor. Ich würde empfehlen, daß diejenigen, die an diesen Fragen besonders interessiert sind, sich von der Bundesgeschäftsstelle dieses Papier zuschicken lassen. Alle angeschnittenen Einzelfragen sind in diesem Papier behandelt.

Wir haben schließlich noch den Antrag Nr. 867 des Kreisverbandes Oberhausen vorliegen, der aus der Deidesheimer Fassung des Programms die Forderung übernimmt, die Besoldung der Richter auf besonderer gesetzlicher Grundlage zu regeln.

Meine Damen und Herren! Das ist ein Punkt, der unter uns kontrovers ist und hier zu einer kontroversen Diskussion würde führen können. Wir bitten darum, diesen Punkt nicht in das Programm aufzunehmen, was keine Entscheidung bedeuten sollte über den Inhalt dieses Antrages, keine politische Festlegung gegen eine eigenständige Richterbesoldung. Diese Frage würde dabei offenbleiben.

Meine Damen und Herren! Das sind die Fragen, die in Ziffer 115 angeschnitten sind.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Zunächst gebe ich das Wort Herrn Dr. Klose, Rheinland, für den Antrag Nr. 849.

**Dr. Hans-Ulrich Klose**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landesverband Rheinland hat sich entschlossen, den Antrag Nr. 849 vorzulegen, weil in der Ziffer 115 der Vorlage so gut wie nichts steht, sie so farblos ist, daß man hier glaubhaft Justizpolitik seitens der CDU nicht vertreten kann. Man kann unsere Bedenken auch nicht dadurch ausräumen, daß man auf die Bundesgeschäftsstelle oder auf entsprechende Beschlüsse der Bundestagsfraktion verweist. Nach der Belehrung, die ich in vielen Jahren erfahren habe, ist nicht die Fraktion, sondern der Parteitag das Gremium, das die entscheidende Willensbestimmung innerhalb der Partei vornimmt.

(Vereinzelt Zustimmung)

Wir haben uns für die Richterwahl ausgesprochen, weil gerade die Anlässe der letzten Jahre es uns erforderlich erscheinen lassen, einmal deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß da, wo die Sozialdemokraten an der Macht sind,

die Unabhängigkeit der Rechtspflege durch die Berufung der Richter in das Richteramt nicht mehr gewährleistet ist. Das ist in Nordrhein-Westfalen bei der Berufung des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts so gewesen, und das werden die niedersächsischen Freunde bestätigen, es war im Falle Wassermann nicht anders.

(Zustimmung)

Wir sind der Meinung, daß eine Methode, ein Verfahren gefunden werden muß, wofür die Richterwahl eine Möglichkeit darstellt, die Berufung in Richterämter der einseitigen Entscheidung der jeweiligen Mehrheitspartei zu entziehen.

Eine weitere Bemerkung: Wir bedauern, daß den Verfassern der Vorlage zur Frage der Ausbildung der Juristen nichts anderes eingefallen ist, als auf eine Straffung und intensivere und praxisnähere Ausbildung hinzuweisen.

Meine Damen und Herren! Insofern sollten wir von der neuen Linken lernen. Wir brauchen nicht mehr nur den Rechtstechniker, sondern den Richter, der in vollem Bewußtsein und in vollem Engagement auf der Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung steht.

(Zustimmung)

Da reicht es eben nicht aus, daß man sich dafür ausspricht, eine straffere, intensivere und praxisnähere Ausbildung zu verschaffen, sondern dazu gehört auch, daß der Richter mit den gesellschaftlichen Gegebenheiten aus der geistigen Position, die wir vertreten, in seiner Ausbildung bekanntgemacht, unterrichtet wird und sich zu ihr auch bekennt.

Das sind die Anliegen, die wir mit unserem Antrag verfolgen. Und das kann im Hinblick auf die Ziffer 115 hier nicht unausgesprochen bleiben.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich würde empfehlen, über diesen Komplex zunächst abstimmen zu lassen und die Frage der Richterbesoldung anschließend zu diskutieren und zu entscheiden. Sie kann in jedem Falle angefügt werden, entweder, wenn dem Vorschlag der Antragskommission gefolgt wird oder wenn wir den Antrag Nr. 849 annehmen. Das scheinen mir zunächst einmal die beiden Alternativen zu sein.

Ich würde also empfehlen, zunächst über den Antrag der Antragskommission abstimmen zu lassen, der einen veränderten Antrag Nr. 866 plus Vorstandsvorlage Ziffer 115 empfiehlt. Wird der angenommen, wäre Nr. 866 erledigt und auch Nr. 849; wird er abgelehnt, werden wir über Nr. 849 abstimmen lassen.

Sie sind damit einverstanden? — Dann bitte ich diejenigen, die für den Vorschlag der Antragskommission sind, das Handzeichen zu geben. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Ja, das erstere war die Mehrheit. Damit ist also der Antrag der Antragskommission angenommen. — Das ist ein-

deutig; hier vorn war zwar die Ablehnung stärker, aber insgesamt war die Mehrheit ganz eindeutig.

Dann kommen wir zur Diskussion über die Richterbesoldung. Dazu hat sich zu Wort gemeldet Herr Hülsmann, Westfalen, zu Antrag Nr. 867.

**Gerhard Hülsmann:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Frage der Richterbesoldung ist bereits seit mehreren Jahren in der Diskussion. Die Antragskommission schlägt vor, dieses Problem, da es so kontrovers sei, weiterhin auszuklammern.

Ich meine, daß das nicht das richtige Verfahren ist. Nachdem diese Frage bereits seit Jahren in der Diskussion ist, nachdem sie bereits zu einem Verfassungsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht geführt hat, wo mit 4:4 Stimmen soeben die Verfassungswidrigkeit der Richterbesoldung vermieden werden konnte, sollte jetzt eine politische Entscheidung fallen.

Die Frage der Richterbesoldung ist eng verknüpft mit der Frage, wie die Stellung des Richters heute in der Gesellschaft, im Staat gesehen wird. Der Richter hat nach dem Grundgesetz eine freie und unabhängige Stellung. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß es im Grundgesetz ausdrücklich heißt: „Die rechtsprechende Gewalt ist nicht der Justiz im allgemeinen, sondern den Richtern anvertraut.“ Und wir sollten die Stellung des Richters in seiner Freiheit und in seiner Unabhängigkeit dadurch auch unterstreichen, politisch bewußt unterstreichen, daß wir endlich dem Verlangen des Richterbundes entsprechen und uns für eine eigenständige Richterbesoldung entscheiden.

Ich weiß, daß das Problem stark verknüpft ist mit der Frage der gesamten Beamtenbesoldung, ich weiß auch, daß man befürchtet, bei einer Herausnahme der Richter aus der allgemeinen Beamtenbesoldung eine Lawine auch für andere Sondergruppen in Gang zu setzen. Ich darf Sie aber darauf hinweisen, daß nach unserer Verfassung der Richter eben nicht Beamter ist, sondern daß er Repräsentant der Dritten Gewalt ist, daß er eine Verfassungsqualität hat, die ihn nach dem Grundgesetz völlig heraushebt aus der normalen Beamtenstruktur. Ich meine, wir sollten die Freiheit und die Unabhängigkeit der Rechtsprechung gerade dadurch sichern und auch bewußt politisch unterstreichen, daß wir eine eigenständige Richterbesoldung politisch bejahen.

Ich darf Sie deswegen herzlich um Zustimmung zu dem Antrag Nr. 867 bitten.

**Dr. Manfred Wörner,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf zunächst mitteilen, daß die Antragskommission gebeten wird, um 11 Uhr nach Raum 1 D — das ist der rechte Eingang des Restaurants — zu kommen, um da Beratungen abzuhalten.

Jetzt hat gegen den Antrag Nr. 867 das Wort Herr Berger, Westfalen.

**Ulrich Berger:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Vorredner hat recht, daß die Frage der Richterbesoldung auch mit der Frage der Beamtenbesoldung eng verknüpft ist. Mein Vorredner hat auch recht, wenn er sagt, daß diese Frage eine Besoldungslawine in Bewegung setzt.

(Beifall)

und wer die zwar ehrenvolle, aber unpopuläre Aufgabe hat, sich täglich mit den Forderungen dieser und jener Beamtengruppen auseinanderzusetzen, der weiß, daß die Frage Richterbesoldung ihr Pendant hat bei der Frage der Lehrerbesoldung, daß die Steuerbeamten eine eigene Steuerbeamtenbesoldung wollen, daß die Soldaten daran denken, dann natürlich auch eine eigene Besoldungsordnung für Soldaten usw. usw. zu bekommen.

(Erneute Zustimmung)

Der Bundesausschuß der CDU Öffentlicher Dienst hat sich dafür ausgesprochen, daß die Richter in angemessener Weise herausgehoben werden, aber innerhalb des Besoldungsgefüges bleiben sollen.

(Wiederholte Zustimmung)

So hat auch die Mehrheit der Länder zur Zeit entschieden, und Herr Kollege Vogel hat erfreulicherweise darauf hingewiesen, daß diese Frage sehr schwierig und kontrovers insbesondere in der Bundestagsfraktion ist. Wir stehen vor einer Entscheidung, und ich würde Sie bitten, im Augenblick nicht ein klares Ja zur Richterbesoldung zu sagen wegen der unabsehbaren Folgen, die sich für diesen und jenen Bereich daraus ergeben. Es ist auch nicht so, daß das Bundesverfassungsgericht etwa zwingend eine eigene Richterbesoldung vorschreibt.

**Dr. Manfred Wörner,** Tagungspräsidium: So, meine Damen und Herren, jetzt lassen wir abstimmen. Wer für die Annahme des Antrags Nr. 867 ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Das ist die große Mehrheit; damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf Punkt 116.

Hier sind die Anträge Nr. 860, 868, 870 und 871 zu behandeln. Das Wort hat Herr Vogel für die Antragskommission.

**Friedrich Vogel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages Nr. 870 des Landesverbandes Westfalen-Lippe. Dieser Antrag ist identisch mit dem Vorstandsvorschlag zu Ziffer 116, nimmt aber auf die Forderung nach Bildung erstinstanzlicher Familiengerichte Rücksicht — eine Frage, die eine unabwiesbare Konsequenz im Zusammenhang mit der Reform des Ehescheidungsrechts sein dürfte.

Mit diesem Antrag ist auch dem Antrag Nr. 860 des Landesverbandes Rheinland entsprochen, der damit insoweit erledigt sein dürfte. Es gibt zwei Anträge: den des Landesverbandes Rheinland Nr. 860, und den der nieder-

sächsischen Landesverbände, Nr. 868, die im letzten Absatz die Nennung der Amts- und Landgerichte gestrichen haben möchten. Meine Damen und Herren, hierzu ist ein klärendes Wort zur Vorstandsvorlage erforderlich.

Die Vorstandsvorlage — das soll hier eindeutig gesagt werden — ist kein Plädoyer etwa für die Dreistufigkeit. Im übrigen sind aber die Notwendigkeiten von Zuständigkeitsveränderungen, insbesondere zwischen Amts- und Landgerichten, anerkannt. Die Festlegung des Berliner Programms auf die Dreistufigkeit des Gerichtsaufbaues ist nicht mehr aufgenommen. Das bedeutet keine Entscheidung gegen die Dreistufigkeit, genausowenig wie es eine Entscheidung für die Dreistufigkeit bedeutet, sondern es bedeutet, daß die CDU der Auffassung ist, hier bedürfen viele Einzelfragen der klärenden Diskussion, und vor Abschluß dieser Diskussion läßt sich die Frage der Dreistufigkeit nicht abschließend entscheiden.

Dann liegt noch der Antrag Nr. 871 des Kreisverbandes Friedberg vor, der in Ziffer 116 die Streichung der Forderung nach Bildung der Rechtspflegeministerien im Bund und in den Ländern verlangt. Hierzu ist zu sagen, daß bereits in einigen Bundesländern Rechtspflegeministerien unter Verantwortung der CDU gebildet worden sind, und daß dies eine Tendenz der Politik der CDU über Jahre hinweg ist. Wir bitten deshalb, diesem Antrag ebenfalls nicht stattzugeben.

Im Ergebnis heißt das: Annahme des Antrages Nr. 870, Westfalen-Lippe, damit konsumiert sämtliche anderen Anträge.

**Dr. Manfred Wörner**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich glaube, Herr Fell, Rheinland, Sie können auf Ihre Wortmeldung verzichten, denn der Antrag Nr. 860 ist ja in dem Antrag Nr. 870 enthalten. Interpretiere ich das richtig?

(Dr. Karl Fell: Ja, ich verzichte!)

— In Ordnung!

Dann lassen wir jetzt über den Antrag der Antragskommission abstimmen, Nr. 870 anzunehmen, was bedeuten würde, daß die anderen teilweise darin aufgegangen sind bzw. erledigt wären. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Wer enthält sich? — Gegen wenige Stimmen bei einigen Enthaltungen ist damit der Antrag der Antragskommission angenommen.

Ich wäre dankbar, meine Damen und Herren, wenn die Unruhe hier vorne auf ein Mindestmaß beschränkt werden könnte. Die Delegierten sind ohnehin sehr angespannt, weil wir ja nur sehr wenig Zeit haben, und wir wollen die notwendige Konzentration nicht unnötig stören.

Ich rufe auf Ziffer 117.

Hier sind die Anträge Nr. 872 bis 889 zu behandeln. Für die Antragskommission hat das Wort Herr Benda.

**Ernst Benda:** Meine Damen und Herren, das Thema dieser Ziffer ist die Verbrechensbekämpfung. Die vorgelegten Anträge betreffen im wesentlichen den zweiten Absatz, der das Thema Haftgrund der Wiederholungsgefahr behandelt. Die Antragskommission empfiehlt folgendes:

Zunächst Abs. 1: Dort schlagen wir vor, aus der Vorstandsvorlage die Sätze 1 und 2 des Abs. 1 unverändert anzunehmen. Wir fordern also, daß Verbrechen entschiedener bekämpft werden. Dazu ist vor allem eine bundesweite Koordination der Kriminalpolizei erforderlich. Dann schlagen wir vor anzufügen aus dem Antrag Nr. 880 den Satz 1 des Abs. 2, nämlich: „Das Berufsbild der Polizei muß so gestaltet werden, daß es für junge qualifizierte Bürger anziehend wird.“ Dagegen schlagen wir nicht vor, den in dem Antrag Nr. 818 enthaltenen Satzteil anzunehmen, der sich auf die Besoldung der Polizei bezieht. Auch hier muß ich sagen, daß dies nach Auffassung der Antragskommission unter gar keinen Umständen bedeutet, daß wir etwa gegen das damit auszudrückende sachliche Anliegen sind; im Gegenteil sind wir der Meinung, daß eine nachhaltige Verbesserung der Personalsituation bei der Polizei nur dann möglich ist, wenn Kriminalpolizei und Uniformierte Polizei auch finanziell entschieden bessergestellt werden. In gleicher Weise, meine Damen und Herren, wie eben bei der Richterbesoldung erörtert, glauben wir aber nicht, daß es gut wäre, in einem Parteiprogramm eine solche zwar wichtige, aber Detailfrage aufzunehmen. Wir würden also empfehlen, den Satz, den der Kreisverband Frankfurt-Stadt vorschlägt, entsprechend zu modifizieren.

Es folgt dann nach unserem Vorschlag der bisherige Satz 3 der Ziffer 117 Abs. 1 in der Vorstandsfassung: „Die Schutz- und Kriminalpolizei ist mit den modernsten Mitteln auszustatten.“

Im zweiten Absatz schlagen wir unter Erwägung aller zu diesem Thema vorgebrachten Anträge die nachstehende Formulierung vor. Dabei berücksichtigen wir vor allem die Vorstandsvorlage und Antrag 874. Die Formulierung sollte lauten: „Kriminelle Serientäter, die wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt worden sind, müssen in Untersuchungshaft genommen werden können, wenn sich gegen sie erneut ein dringender Tatverdacht richtet und Wiederholungsgefahr besteht.“

Das Anliegen eines großen Teils der Anträge geht dahin, das im Prinzip wohl anerkannte Anliegen einzuschränken. Dem stimmen wir voll zu. Es geht auch uns nicht etwa darum, den in recht törichter Weise von Abgeordneten der SPD in der vorigen Wahlperiode vorgebrachten Haftgrund der Vorbeuge oder Vorbeugung in gleicher oder veränderter Form wieder aufzunehmen.

Es ist selbstverständlich, daß die erforderlichen rechtsstaatlichen Sicherungen vorgenommen werden müssen. Aber genauso notwendig ist es nach unserer Auffassung, daß mit dem heute bestehenden Zustand Schluß gemacht wird, daß kriminelle Serientäter immer wieder Straftaten begehen können, ohne daß eine rechtliche Möglichkeit besteht, hiergegen einzugreifen.

Wir glauben auch nicht, Ihnen empfehlen zu sollen, dies etwa auf Verbrechen zu beschränken, wie verschiedentlich angeregt wird, weil zum Beispiel im Bereich der Betriebskriminalität kriminelle Serientäter ein besonderes Problem darstellen und hierauf besondere Aufmerksamkeit zu richten ist. Wir meinen, daß durch den Begriff „kriminelle Serientäter“ das Anliegen, das insoweit wohl ein gemeinsames ist, am besten ausgedrückt wird, wie es einer der Anträge vorschlägt. Wir meinen, daß auf dieser Basis eine Verständigung möglich ist. Konkrete Gesetzentwürfe sind in Ausarbeitung, so daß wir wohl in der Lage sein werden, in der Öffentlichkeit in Kürze unsere Vorstellungen sehr detailliert vorzubringen.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich möchte gern versuchen, Ihnen die Neuformulierung geschlossen vorzulesen. Ich bitte die Antragskommission, das zu verfolgen, daß ich auch keinen Fehler mache. Herr Kollege Benda möchte noch etwas hinzufügen.

**Ernst Benda**: Meine Damen und Herren, ich habe vergessen hinzuzufügen, daß wir vorschlagen, einer Anregung von Antrag 874 folgend, folgenden Satz aufzunehmen:

„Opfer von schweren Verbrechen sollen Anspruch auf staatliche Hilfe haben.“

(Beifall)

Ich bitte, dies an den Schluß anzufügen. Die Antragskommission ist der Meinung, daß dies unbedingt mit hineingehört.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Wenn dem Vorschlag der Antragskommission gefolgt wird, soll der Antrag 117 wie folgt lauten:

„Wir fordern, daß Verbrechen entschiedener bekämpft werden. Dazu ist vor allem eine bundesweite Koordination der Kriminalpolizei erforderlich.“

Das Berufsbild der Polizei muß so gestaltet werden, daß es für junge, qualifizierte Bürger anziehend wird.

Die Schutz- und Kriminalpolizei ist mit den modernsten Mitteln auszustatten.

Kriminelle Serientäter, die wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt worden sind, müssen in Untersuchungshaft genommen werden können, wenn sich gegen sie erneut ein dringender Tatverdacht richtet und Wiederholungsgefahr besteht.

Opfer von schweren Verbrechen sollen Anspruch auf staatliche Hilfe haben.“ Ist das richtig? — Ja.

Dann bleibt immer noch Antrag 875 unentschieden, der vorschlägt, einen anderen Satz davorzustellen. Ich würde aber empfehlen, daß wir darüber anschließend diskutieren und abstimmen.

Welche Wortmeldungen werden jetzt noch aufrechterhalten? — Dr. Fuchs, Rheinland? — Wird nicht mehr aufrechterhalten. Herr Hülsmann, Westfalen? —

Wird noch aufrechterhalten. Er hat das Wort zu 874.

**Gerhard Hülsmann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine ganz kurze Zwischenbemerkung. Ich bin vollinhaltlich mit dem einverstanden, was die Antragskommission vorgeschlagen hat. Nur mit der Formulierung „die wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt worden sind“ scheint mir kein ausreichender rechtsstaatlicher Schutz gewährt zu sein. Ich meine, daß das Wort „Verbrechen“ sehr wohl überlegt ist. Man sollte es allerdings ausdehnen. Ich bitte zu überlegen, ob die Antragskommission nicht folgendes sagen kann: „Kriminelle Serientäter, die wegen eines Verbrechens oder mehrerer Vergehen zu mindestens 6 Monaten Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt worden sind . . .“

Daß man also etwas schärfer eine rechtsstaatliche Sicherung einbaut. Denn Straftat ist schließlich auch eine Übertretung, wenn ich einmal nachts etwas laut gesungen habe. Das sollte nicht dazu dienen, eine Wiederholungsgefahr annehmen zu können.

(Beifall)

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: Dazu hat Herr Benda das Wort.

**Ernst Benda:** Ich kann nicht in die Details gehen, rate aber dringend davon ab, so zu verfahren. Die Begriffe „Verbrechen“ oder „mehrere Straftaten“ decken das Problem gar nicht. Wer wegen einer Straftat in Erscheinung tritt, zumal in einer Bagatellsache, kann kein krimineller Serientäter sein.

(Beifall)

Und der Begriff „krimineller Serientäter“ deckt genügend ab, so daß also der von meinem Vordredner dargestellte Fall selbstverständlich nicht erfaßt werden kann.

Ich glaube wirklich, daß die von uns vorgeschlagene Formulierung rechtsstaatlichen und praktischen Erfordernissen in gleicher Weise Rechnung trägt.

(Beifall)

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: Wird die Wortmeldung von Herrn Künstler, Baden-Württemberg, aufrechterhalten? — Ja, er hat das Wort.

**Max Künstler:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten nach dem zusammengestrichenen Antrag Frankfurt, 880, doch die wenigen Worte des 883 einflechten; denn er bringt ganz einfach Chancengleichheit für unsere Polizeibeamten.

Das ist notwendig, weil wir dadurch innerdienstlich die Durchlässigkeit bei den Laufbahnen sicherstellen und nach außen, daß wir den Polizeibeamten in die Lage versetzen, den Anforderungen einer immer mehr differenzierten und technisierten Gesellschaft in Frieden und Freiheit dienen zu können.



Ich meine, daß die Einbeziehung der Aus- und Fortbildung der Polizei in den Fach- und Hochschulbereich mehr Attraktivität und Effektivität bringt und damit sicher auch dem ständigen Personalmangel entgegenwirkt. Daran sollten wir Interesse haben — und deshalb die wenigen Worte des 883 im Anschluß an 880 einsetzen.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Wo soll das eingesetzt werden? —

**Max Künstler**: Am Ende von 880, wo es heißt, daß es für junge qualifizierte Bürger anziehend wird. Danach sollte kommen: „Die Aus- und Fortbildung der Polizei ist in die allgemeine Bildungsplanung einzubeziehen.“

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Das ist ein Änderungsantrag, über den ich zuerst abstimmen lasse.

Wer dafür ist, den 883 an der eben bezeichneten Stelle einzufügen, den bitte ich um das Handzeichen! — Danke schön. Wer ist dagegen? — —

Ich wiederhole die Abstimmung, weil es nicht ganz klar ist. — Wer ist dafür? — Danke schön. Wer ist dagegen? — Das letzte war nach übereinstimmender Auffassung des Präsidiums die, wenn auch knappe, Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung über den Antrag der Antragskommission. Ich hatte ihn vorhin vorgelesen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen! — Ich danke. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Gegen wenige Stimmen bei einigen Enthaltungen ist dieser Antrag angenommen. Damit sind die anderen Anträge erledigt, mit Ausnahme von 875, der vorschlägt, dem eben beschlossenen Absatz einen anderen Absatz voranzustellen.

Zunächst Herr Benda für die Antragskommission.

**Ernst Benda**: Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung mit der folgenden Begründung: Daß Verbrechensbekämpfung wirksam nur international durchgeführt werden kann, ist selbstverständlich. Insoweit sagen wir nichts Besonderes.

Wir glauben aber, daß das wirkliche Problem weniger in einer Angleichung der Gesetzgebung als in der praktischen Zusammenarbeit der Polizei und der übrigen mit der Strafverfolgung befaßten Stellen liegt. Insofern glauben wir, daß die Tendenz dieses Antrages zwar richtig, die vorgeschlagene Formulierung aber wohl nicht genau das trifft, was wir haben wollen.

Wir meinen auch, daß dies eine Frage sei, die in den Kontext dieser Ziff. 117 vielleicht nicht so recht hineinpaßt und möchten die Ablehnung empfehlen.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke! Wer ist dagegen? — Das letztere ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

**Dr. Georg Gölter**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe auf: Ziff. 118 — Raumordnung, Städte- und Wohnungsbau. Hier sind die Anträge Nr. 891, 892, 893 und 992 zu behandeln. Für die Antragskommission Herr Dr. Göbl

**Dr. Rüdiger Göb**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Antragskommission schlägt Ihnen folgendes vor: den Antrag Nr. 890 anzunehmen, ihn aber in Ziff. 119 einzugliedern; denn die Neuordnung der Stadtkerne ist kein primär raumordnungspolitisches, sondern ein städtebauliches Problem. Ansonsten ist dieser Antrag nach Auffassung der Antragskommission inhaltlich sehr gut.

Weiterhin wird vorgeschlagen, aus dem Antrag Nr. 891 die Worte „aufeinander abgestimmter Raumordnungsregeln“ zu übernehmen. Hier geht es darum, daß die Unsicherheit ausgeräumt wird, als sei in Ziff. 118 nur gemeint, daß die Regeln aufeinander abgestimmt sein müßten im Bund oder jeweils in den Ländern oder in den Gemeinden. Hier soll also klargestellt werden, daß dieses System auch zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abgestimmt werden soll.

Den Antrag Nr. 892 bitten wir abzulehnen, weil er in Antrag Nr. 893, soweit er raumordnungspolitisch relevant ist, enthalten ist.

Den Antrag Nr. 893 empfehlen wir anzunehmen. In der Tat ist es wichtig, in einem Programm, das sich mit Raumordnungsfragen befaßt, die Pflege der Landschaft und auch den Naturhaushalt in dieser Form zu erwähnen.

Den Antrag Nr. 992 bitten wir ebenfalls abzulehnen, aber nicht so sehr wegen seines Inhalts. Er enthält eine durchaus richtige Situationsbeschreibung, enthält auch eine Reihe von Raumordnungsregeln, die sich nun aus dieser Situationsbeschreibung ergeben. Wir glauben aber, daß diese Einzelheiten nicht in das Programm passen und daher die Systematik stören würden. Wir sind der Meinung, daß nachher, wenn es darum geht, das Programm in aktuelle Politik umzusetzen, man auf den Antrag und was darin dargestellt ist, zurückkommen soll.

**Dr. Georg Gölter**, Tagungspräsidium: Vielen Dank!

Meine Damen und Herren, zunächst ist der Antrag Nr. 891 zu behandeln, die Ergänzung: „ein System verbindlicher, aufeinander abgestimmter Raumordnungsregeln.“ Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön! Gegenprobe! — Danke schön! Das war eindeutig die Mehrheit.

Wir kommen dann zu Antrag Nr. 892. Hier empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Sie hat das Wort. — Nicht mehr! Danke schön!

Sind zu Antrag Nr. 892 Wortmeldungen vorhanden? — Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag der Antragskommission abstimmen, den Antrag Nr. 892 abzulehnen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Hand-

zeichen. — Danke schön! Gegenprobe! — Bei wenigen Gegenstimmen ist so verfahren.

Jetzt ist der Antrag Nr. 893 zu behandeln.

Hier hat die Antragskommission vorgeschlagen, den Wortlaut des zweiten Satzes des ersten Absatzes anzunehmen; Sie können das dem Text rechts unten entnehmen. — Keine Wortmeldungen!

Wer der Antragskommission zustimmt, der gebe bitte das Handzeichen. — Danke! Bitte die Gegenprobe! — Bei wenigen Gegenstimmen ist so verfahren.

Dann lasse ich über Ziff. 118 in der neuen, geänderten Fassung insgesamt abstimmen. Wer dieser Ziff. 118 in der nun geänderten Form zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke und bitte um die Gegenprobe. — Damit ist Ziff. 118, wenn ich recht sehe, einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Ziff. 119. Hier sind die Anträge Nr. 890, wie Herr Dr. Göb vorhin ausgeführt hat, 894, 895, 896, 898, 899 und 992 zu behandeln.

Bitte, Herr Dr. Göb!

**Dr. Rüdiger Göb:** Neben der Annahme des Antrags Nr. 890 empfiehlt Ihnen die Antragskommission, den Antrag Nr. 896 Abs. 2 anzunehmen. Hier geht es um die Mitwirkung des Bürgers bei der Vorbereitung städtebaulicher Maßnahmen. Wir haben in der Vorstandsfassung zu Ziff. 121 eine solche Formulierung. Hier wird vorgeschlagen, das nicht im Bereich des Wohnungsbaues vorzusehen, sondern dort, wohin es gehört, nämlich im Bereich des Städtebaues. Das ist richtig. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag Nr. 896 Abs. 2 anzunehmen.

Sie empfiehlt weiter, den Antrag Nr. 897 wie folgt anzunehmen: Der erste Absatz tritt an die Stelle des ersten Absatzes der Ziff. 119. Hier ist eine textlich bessere, eine sprachlich sauberere Fassung; weiter soll der dritte Absatz von Antrag Nr. 897 übernommen werden, ebenfalls aus sprachlichen Gründen.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, die anderen Anträge abzulehnen, zum Teil, weil sie in dem, was in Ziff. 119 steht, bereits enthalten sind, zum Teil, weil es Einzelheiten sind, die nicht in ein Programm gehören.

**Dr. Georg Gölter,** Tagungspräsidium: Vielen Dank! Hier liegt eine Wortmeldung vor: Herr Kloetsch, Rheinland. Sprechen Sie für oder gegen den Antrag? — Für den Vorschlag der Antragskommission!

**Harald Kloetsch:** Meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt im wesentlichen die Annahme dieses Antrags. Ich bin mir allerdings über eines nicht ganz im klaren: wie der Bundesvorstandsvorschlag Abs. 3 dann aussehen soll. Denn nach der Diktion dieses Antrages müßte der dritte Absatz — darauf kam es im wesentlichen bei diesem Antrag an — ersatzlos gestrichen werden, weil nämlich der dritte Absatz des Bundesvorstandsvorschlags eine — sa-

gen wir — städtebauliche Ideologie propagiert, die seit zehn Jahren überholt ist und die in der Fachwelt sicher keinen Anklang finden würde, weil die Fehler, die diese Entwicklung eingeleitet haben, eben erkannt worden sind. Diese Entflechtungsideologie hat eben zu sehr großen Schäden sozialpolitischer Art geführt. Ich bitte die Antragskommission zu klären, wie sie diesen Widerspruch aufzulösen versuchen wird.

Dann ist die Frage, ob der letzte Satz des Antrags Nr. 897 in dieser Form ebenfalls empfohlen wird. Dieser letzte Satz hat den Hintergrund, daß man zwar die heutigen wissenschaftlichen Erkenntnisse in Stadtentwicklungsprogramme einbeziehen kann, daß man aber nicht die künftigen Entwicklungen im Zeitalter der informationstheoretischen Überlegungen, der interdisziplinären wissenschaftlichen Erkenntnisse einbeziehen muß, durch ein Programm einbeziehen kann, sondern nur durch eine Institutionalisierung von Wettbewerben. Sie hat drittens die Möglichkeit der Institutionalisierung der wünschenswerten Trennung von Planung und Bauträgern.

Ich bitte daher, diesen Antrag auch so anzunehmen.

**Dr. Georg Göller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Zu einer erläuternden Bemerkung Herr Dr. Göb.

**Dr. Rüdiger Göb**: Ich darf es noch einmal kurz darstellen. Es geht also darum, daß in Ziff. 119 der Antrag Nr. 897 Abs. 1 zunächst an die Stelle des Abs. 1 dieser Ziff. 119 tritt, eine textliche Fassung. Dann der Absatz 3 des Antrags Nr. 897: „Der Städtebau muß sich an den Bedürfnissen des menschlichen Lebens ausrichten, die über den Lebensraum der Gemeinde hinausgehen. Lokale Planungen müssen deshalb in regionale Zusammenhänge eingeordnet werden.“ — Das entspricht sachlich dem, was in Ziff. 119 steht, ist aber sprachlich besser.

Im übrigen empfehlen wir die Annahme der Ziff. 119 des Vorstandsentwurfs.

Den Antrag Nr. 897 Abs. 4, insbesondere also die Frage der Entflechtung und auch die Problematik der Wettbewerbe, wollen wir als Einzelfrage nicht in das Programm aufnehmen. Was das Stadtentwicklungsprogramm anbelangt, so bedeutet das, daß es notwendig ist, bei der Entwicklung neuer Städte, auch bei der Entwicklung von Siedlungseinheiten, alle Maßnahmen, die ja aus den unterschiedlichsten Richtungen kommen, aufeinander abzustimmen und auch zu integrieren. Das soll also ein integrales Programm sein. Das ist der Hintergrund für diese Fassung.

**Dr. Georg Göller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank!

Meine Damen und Herren, ich lasse über den Antrag der Antragskommission abstimmen. Wer diesem Vorschlag in der von Herrn Dr. Göb vorgeschlagenen Form zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön! — Die Gegenprobe! — Bei wenigen Gegenstimmen ist das so angenommen.

Ich rufe auf Ziff. 120. Ich darf hier gleich Herrn Dr. Göb das Wort geben. Ich darf Sie um besondere Aufmerksamkeit bitten, da die Sache kompliziert ist.

**Dr. Rüdiger Göb:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ziff. 120 behandelt das Bodenrecht. Sie haben dazu einen Antrag der Antragskommission Nr. 983. Dieser Antrag enthält zwei Änderungen. Die eine Änderung ist im wesentlichen eine sprachliche Änderung gegenüber dem Berliner Programm. Hier heißt es also nicht mehr: „Ein neues Bodenrecht muß“ oder „ist unerläßlich“, sondern es heißt:

„Voraussetzung für eine weitschauende, gemeinschaftsorientierte Raumordnungs- und Städtebaupolitik ist eine Fortentwicklung des Bodenrechts, die die besondere Sozialbindung des Eigentums an Grund und Boden berücksichtigt. Privates Eigentum bleibt Grundlage der Bodenordnung.“

Die beiden Änderungen, die gegenüber dem Berliner Programm vorzusehen sind, sind also, daß wir nicht sagen „ein neues Bodenrecht“, sondern daß wir von der Fortentwicklung des Bodenrechts sprechen und daß wir akzentuieren, daß diese Fortentwicklung des Bodenrechts auf der Basis des privaten Eigentums geschehen soll.

Der Hintergrund ist der, daß in den vergangenen Jahren aus dem Lager der Sozialdemokratie dieses neue Bodenrecht wiederholt gefordert worden ist und daß sich die Stimmen häufen, daß das Eigentum an Grund und Boden sozialisiert werden soll. Dem wollen wir eindeutig widersprechen,

(Beifall)

und diese Klarstellung in der Ziff. 983 dient dazu.

Die zweite Änderung ist: Wir wollen einem Antrag folgen und einen Satz hineinnehmen:

„Neben der Form des parzellierten Einzeleigentums sollen vordringlich die Möglichkeiten des Anteileigentums genutzt werden.“

Hier ist der Hintergrund: Besonders im Bereich des Städtebaus, der Städtebauförderung werden in den nächsten Jahren riesige Vermögen entstehen, und die Frage ist, ob diese riesigen Vermögen sich ansammeln sollen in den Händen einzelner Wohnungsgesellschaften oder wessen auch immer, oder ob wir wollen, daß diese Vermögen umverteilt werden, daß es also auch ein Stück Vermögensbildung für breite Schichten der Bevölkerung werden soll. Wenn wir das wollen, dann müssen wir aber neben den bisherigen Formen des parzellierten Einzeleigentums vordringlich auch die Möglichkeiten des Anteileigentums nutzen.

(Beifall)

Im übrigen empfiehlt die Antragskommission, den Wortlaut der Ziff. 120 zu übernehmen. Es geht also weiter:

„Planung und Neuordnung in Stadt und Land müssen von Verzögerungen und ungerechtfertigten Verteuerungen befreit werden.“ ... usw.! Lediglich im letzten Satz empfehlen wir Ihnen, den Antrag 908 Abs. 2 anzunehmen und zu schreiben:

Die Entschädigung bei Enteignung soll auf Wunsch des Enteigneten statt in Geld durch Beteiligungen und/oder durch Ersatzland erfolgen können.

Hier kommen also die Worte „oder Ersatzland“ hinzu.

**Dr. Georg Göller**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Zu 983 Herr Erpenbeck!

**Dr. Ferdinand Erpenbeck**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf sagen, daß ich diesen Antrag 983 begrüße, weil er wesentlich konkreter gefaßt ist als der Vorschlag des Bundesvorstandes. Wir können es uns einfach nicht leisten, in einer Zeit, in der das Bodenrecht im Widerstreit der Interessen steht, ins Unverbindliche bzw. in Leerformen auszuweichen. Von uns wird ein klares Bekenntnis verlangt und nicht nur ein laherer Hinweis auf ein neues Bodenrecht oder auf eine besondere Sozialbindung, wobei wir den Interpretationen und Spekulationen freien Raum geben. Darum schlage ich um der Klarheit willen dem Parteitag vor, das Wort „besondere“ in der dritten Zelle des Textes des Antrags 983 zu streichen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist einfach notwendig, daß gesichert wird, daß die Postulierung im Art. 14 GG keine andere Bedeutung erhält für den einen oder anderen Teil, um den es hier geht, sondern daß die Sozialbindung, wie sie auch im Grundgesetz postuliert ist, auch in diesem Bereich voll und ganz gilt.

(Beifall)

Wir wollen ein Bodenrecht, daß die soziale und die individuelle Funktion des Grundeigentums berücksichtigt, mein Damen und Herren. Wir wollen auch ein Bodenrecht, das der Entwicklung geeigneter Eigentumsformen den Weg ebnet, um insbesondere der kapitalschwachen Bevölkerung den Weg zum Erwerb von Wohn- und Grundeigentum zu öffnen, auch in der Form von Anteilen und Beteiligungen.

Wir wollen aber auch ein Bodenrecht, das die Verbesserung unserer Siedlungsstrukturen in Stadt und Land nicht hemmt, sondern fördert und andererseits die Anhäufung von Wohn- und Grundeigentum in wenigen Händen möglichst zurückdrängt. Das Eigentum bleibt nur dann — und das soll der letzte Satz sein — eine tragende Säule unserer freiheitlichen Gesellschaft, wenn wir alles tun, um breiten Schichten den Zugang dazu offenzuhalten, und uns klar auch zum privaten Grundeigentum bekennen. Dabei sollten wir keinen Zweifel daran lassen, daß wir die soziale Verpflichtung und Dienstfunktion des Grundeigentums voll anerkennen.

Ich bitte Sie, den Antrag 983 unter Streichung des einen Wortes „besondere“ anzunehmen.

(Beifall)

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Zu Nr. 901 Herr Dr. Westphal (Hamburg)!

**Dr. Jürgen Westphal**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich spreche zu Ihnen als Vertreter eines Landesverbandes, der eine Millionenstadt repräsentiert und ein Ballungsgebiet, wo wir die Probleme des Städtebaues und der Regionalpolitik in ganz besonderem Maße empfinden. Hierzu gehört auch die Fortentwicklung eines Bodenrechts.

Wir begrüßen es, daß unser Antrag zum Teil in die Fassung des Vorstandes übernommen worden ist, weil jetzt stärker zum Ausdruck kommt, welche Bedeutung ein modernes Bodenrecht für Städtebau und Regionalpolitik hat. Wir meinen jedoch, daß in der Fassung des Programms schärfer als bisher zum Ausdruck kommen soll, durch welche Maßnahmen dies erreicht werden kann. Gerade weil wir im Gegensatz zu sozialistischen Theoretikern nicht nur aus gesellschaftspolitischen, sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gründen glauben, daß das private Eigentum die geeignete und richtige Grundlage für Städtebau und Regionalpolitik ist, gerade deshalb sollten wir die Sozialbindung des Eigentums an Grund und Boden deutlicher als hier geschehen und im Sinne unseres Antrags zum Ausdruck bringen.

Wir meinen, daß wir die Grenzen des Konfliktes zwischen öffentlicher Planung und zwischen privatem Eigentum aufzeigen sollten und daß wir die Phrase ersetzen sollten durch die für uns geltende Verbindlichkeit.

Ich bitte Sie, mir als Vertreter einer großen Stadt zu glauben, daß die Sanierung überalterter Stadtviertel, die vorrangige Zukunftsaufgabe des Städtebaus, nur zu lösen ist nicht allein mit neuen Eigentumsformen und nicht mit Grunderwerbsrechten und Vorkaufsrechten, die der Durchführung der Stadterneuerung dienen, sondern daß wir hierfür auch brauchen das Bekenntnis zu dem Grundsatz, daß Wertsteigerungen, die nicht auf der Leistung des Eigentümers beruhen, sondern durch die öffentliche Planung entstehen, der Allgemeinheit und dem einzelnen bei Entschädigungszahlung zugute kommen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Danke schön. — Herr Orgaß (Hamburg), 983! — Herr Orgaß, sprechen Sie für oder gegen den Antrag?

**Gerhard Orgaß**: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Antrag 983 sprechen, und zwar zum Antrag der Antragskommission, und zwar hilfsweise, nachdem ich mich nachdrücklich für den Antrag Hamburgs aussprechen würde. Wenn der aber nicht angenommen wird, möchte ich hilfsweise plädieren, daß der Antrag 983 angenommen wird, wir auf keinen Fall aber dem Votum unseres Freundes Erpenbeck folgen, der hier die besondere Sozialbindung streichen will. Denn das würde bedeuten zu deklamieren: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß. Denn wir müssen erkennen — und das hat der Bundesgerichtshof im Jahre 1967 endlich ge-

zeigt —, daß das Eigentum am Grund und Boden einer besonderen Sozialverpflichtung unterliegt und nicht wie eine andere mobile Ware gehandelt werden kann. Es nützt uns überhaupt nichts, und es wird uns in unserer Glaubwürdigkeit nur erschüttern, wenn wir deklamatorische Dinge bringen, aber dort, wo es konkret wird, uns davonmogeln. Ich möchte den Parteitag auffordern, auf das Wort „besondere Sozialbindung“ beim Grund und Boden auf keinen Fall zu verzichten.

(Beifall)

**Dr. Georg Gölter**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Nur zum Verfahren, damit das jetzt schon klar ist: Ich werde nachher selbstverständlich über den Vorschlag der Antragskommission zuerst abstimmen lassen, und da ist die Formulierung „besondere Sozialbindung“ enthalten. — Jetzt bitte Herr Gerhardt, Landesverband Hessen.

**Ernst Gerhardt**: Meine Damen und Herren! Nachdem der Antrag der Antragskommission 983 vorliegt und Teile des Antrags 906 darin eingearbeitet sind, bleibt hier nur der Satz aus dem Antrag 906 kontrovers: „Bei Entschädigungen sollen Wertsteigerungen an Grundstücken, die durch die öffentliche Planung oder die Investition der öffentlichen Hand verursacht werden, der Allgemeinheit zugute kommen.“ — Das heißt schlicht und einfach, daß wir durch eine solche Regelung vor allem den Lebensbedürfnissen der Verdichtungsräume entsprechen müssen, daß wir mit den bisherigen Instrumentarien nicht auskommen, daß wir vor allem ungerechtfertigte Gewinne aus solchen Planungsvorstellungen und planerischen Handlungen der öffentlichen Hand, die Belastung der öffentlichen Hand, vermeiden.

Wir brauchen für die Entwicklung unserer großstädtischen Räume eine solche Basis der Stadtentwicklung, und ich bitte mit Nachdruck darum, daß dieser Antrag in dieser Form angenommen wird, daß auch darüber abgestimmt wird, weil ich meine, daß wir sonst der Diskussion und den Problemen der kommenden Zeit nicht mehr gerecht werden.

**Dr. Georg Gölter**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. — Herr Dr. Luda, Westfalen, bitte.

(Zuruf: Verzichtet!)

Dann darf ich jetzt noch einmal das Wort Herrn Dr. Göb geben.

**Dr. Rüdiger Göb**: Meine Damen und Herren, die hier angesprochenen drei Punkte haben die Antragskommission stark beschäftigt. Das sind eigentlich die kritischen Punkte im Bereich dieser Materie. Die Antragskommission hat überlegt, beraten und ist einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, das Wort „besonderen“ nicht herauszustreichen, nicht nur etwa deswegen, weil das ein Rückschritt hinter das Berliner Programm wäre, sondern weil man das ja bewußt hineingeschrieben hat, um zu sagen: Das Eigentum an Grund und Boden ist nicht vermehrbare, muß deswegen besonderer Sozialbindung unterliegen.



Streichen wir das Wort „besondere“ heraus, bleibt in der Tat nichts mehr als eine inhaltsleere Deklamation dessen, was ohnedies klar ist.

Das zweite ist: Die Einzelheiten, die sich im Antrag 901 finden — Flächenenteignung usw. — sind Dinge, die zur Zeit im Rahmen des Städtebauförderungsgesetzes im Bundestag beraten werden. Jeder, der diese Beratungen kennt, weiß, daß hier außerordentlich schwierige rechtliche, verfassungsrechtliche und tatsächliche Probleme aufgeworfen werden, und das hat uns bewogen, Ihnen nicht zu empfehlen, diese Dinge in Einzelheiten — sie sind in ihren Folgewirkungen nicht abzusehen — in das Programm aufzunehmen.

Was die Wertsteigerungen anbelangt, die angesprochen sind, das Problem des Planungsgewinns: Auch dies ist eins der schwierigsten Probleme in diesem Bereich. Darf ich namens der Antragskommission darauf verweisen, daß es in Ziffer 120 heißt: „Planungen und Neuordnungen in Stadt und Land müssen von Verzögerungen und ungerechtfertigten Verteuerungen befreit werden.“ — Das ist bereits die Formulierung des Berliner Programms, und wir meinen, daß damit dieses Anliegen abgedeckt ist.

**Dr. Georg Göller**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen, daß die Anträge 983 und 908 Absatz 2 angenommen werden. Das würde bedeuten, daß die neue Ziffer 120 aus der Formulierung des Antrags 983 und der Formulierung des Vorstandsentwurfs Antrag 908 Abs. 2 bestehen wird, mit der Änderung, daß ergänzt wird: „durch Beteiligungen oder Ersatzland“.

Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe. — Damit ist der Vorschlag der Antragskommission mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Ich rufe Ziffer 121 auf: Anträge 914 bis 925. — Ich bitte die Antragskommission.

**Dr. Rüdiger Göb**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ziffer 121 handelt im wesentlichen zwei große Problembereiche ab. Der eine ist der der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, und der andere ist der Problembereich der Eigentumsbildung im Wohnungsbau und in der Verklammerung mit der Förderung im sozialen Wohnungsbau auch die Eigentumsbildung, also der soziale Wohnungsbau als Teil der Vermögensbildung.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, folgende Anträge anzunehmen: Aus Antrag 914 den Satz: „Wohnungen im Eigentum der öffentlichen Hand sollen privatisiert werden“, den nächsten Halbsatz: „soweit dem zwingende Interessen nicht entgegenstehen“ zu streichen und dann: „Es sollen Anreize für den Erwerb von Wohnungen durch ihre Mieter geschaffen werden.“ Dieser Satz, den wir übernehmen wollen, ist eine Ergänzung zu dem in Ziffer 121 befindlichen Satz, daß den Wohnungsgesellschaften auferlegt werden soll, öffentlich geförderte Wohnungen zu angemessenen Preisen als Privateigentum oder den Mietern ein Dauerwohnrecht anzubieten.

Wir empfehlen ferner, Antrag 915 Abs. 1 anzunehmen und die jungen Familien in den Bereich der von uns besonders Benannten hineinzunehmen, so daß es also im ersten Satz heißt: „Der Wohnungsbau und insbesondere der soziale Wohnungsbau vor allem für die kinderreiche und die junge Familie muß weiterhin gefördert werden.“

Wir empfehlen weiterhin, Antrag 916 anzunehmen. Sie haben hier das alte, immer wieder diskutierte Problem der Belegung von Sozialwohnungen. Dieses Problem kehrt in verschiedenen Anträgen wieder. Wir haben uns entschieden, daß wir Ihnen Antrag 916 empfehlen, einfach deswegen, weil hier die abgerundete Formulierung enthalten ist: „Der Anspruch auf Wohngeld und auf die Benutzung einer Sozialwohnung muß in regelmäßigen Abständen den veränderten Verhältnissen der Berechtigten angepaßt werden.“

Wir empfehlen dann, aus Antrag 917 die Anregung zu entnehmen, das Wort „weitere“ zu streichen, so daß es also nicht heißt: „weitere Vergabe von Krediten an die Bereitschaft der Wohnungsbauunternehmen zu binden“, sondern: „die Vergabe von Krediten an die Bereitschaft der Wohnungsbauunternehmer zu binden“.

Zum Schluß darf ich noch darauf aufmerksam machen, daß wir die Mitwirkung bei der Vorbereitung städtebaulicher Maßnahmen durch die Bürger bereits an anderer Stelle eingebaut haben.

Alle anderen Anträge, meine Damen und Herren, werden zum Teil von diesen Anträgen abgedeckt, zum Teil handelt es sich um Einzelheiten, die nach der Auffassung der Antragskommission nicht programmfähig sind.

**Dr. Georg Göltzer**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Meier, Exil-CDU, zu Antrag 915.

**Dr. Hellmut Meier:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu dem Problem „Fehlbelegung“ halte ich den Antrag 915 Absatz 2 für wesentlich besser als den nach Ihrer Meinung abgerundeteren Antrag 916. Lassen Sie mich das kurz begründen! Die Kontrolle der fehlbelegten Wohnungen ist besser als lediglich das Anpassen. Das entspringt keinem Neidkomplex gegen die, die mit einem hohen Einkommen in Sozialwohnungen mit niedrigen Mieten sitzen. Aber diese niedrigen Mieten sind nur ein Teil, sind nur der äußerliche Aspekt, denn diese niedrigen Mieten sind nicht kostendeckende Mieten, und das hat zur Folge, daß öffentliches Kapital oder öffentliche Wohnungsbauförderungs-mittel für den Bau von Sozialwohnungen eingesetzt werden, in denen dann auch noch oder in Zukunft wieder eigentumsstarke Mieter bleiben.

Hier muß also kontrolliert, hier muß nicht angepaßt werden. Wenn wir Sozialpolitik treiben, dürfen wir nicht zur Gießkanne greifen und Vorteile über arm und reich gleichmäßig austreuen.

(Beifall)

Es ist nur zu vertreten, öffentliche Wohnungsbauförderungsmittel für die einzusetzen, die sie von ihrem Einkommen her verdienen. Das gehört auch zu einer soliden Haushaltspolitik.

(Beifall)

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. — Zu einer Klarstellung hat der Sprecher der Antragskommission, Herr Göb, das Wort.

**Dr. Rüdiger Göb**: Meine Damen und Herren, wir haben darüber gesprochen, und Sie wissen, daß es sich hier um ein — so kann man fast sagen — altes öffentliches Ärgernis handelt, das bisher zu lösen weder politisch noch fachlich gelungen ist. Wir haben uns diese Dinge immer wieder überlegt, und zwar in allen möglichen Bereichen, und haben die Schwierigkeiten festgestellt, die mit einer Kontrolle der Fehlbelegungen verbunden sind.

Deswegen sagen wir: Wenn der Anspruch überprüft wird, dann ist die Möglichkeit einer Kontrolle durchaus gegeben. Wir stipulieren das jedoch nicht im Programm, um uns nicht hinterher sagen lassen zu müssen, daß so etwas technisch wahrscheinlich gar nicht möglich sei. — Ich darf deshalb nochmals den Antrag der Antragskommission zur Annahme empfehlen.

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Vielen Dank! — Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen hierzu nicht mehr vor; ich komme deshalb zur Abstimmung über den Vorschlag der Antragskommission. Wer der Ziffer 121 in dieser Form zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe! — Bei einer Reihe von Gegenstimmen war das erstere die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Ich rufe nun auf das Problem Umweltschutz. Das Wort hat die Sprecherin der Antragskommission, Frau Griesinger.

**Annemarie Griesinger**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zunächst eine kleine Vorbemerkung! Nachdem erfreulicherweise in der Fortschreibung des Berliner Programms sehr ausführlich auf die Problematik des Umweltschutzes eingegangen wird, hat sich auch die Antragskommission sehr viel Zeit genommen, hier alle Anträge gründlich durchzuberaten und gute Kompromisse herzustellen, so daß ich hoffe, daß wir verhältnismäßig rasch mit diesem Abschnitt fertig werden können. Das mindert in keiner Weise die Bedeutung dieses Problems — im Gegenteil: Wie es die Antragskommission praktiziert hat, sind wir uns voll bewußt, wie wichtig gerade der Umweltschutz in der Zukunft für uns alle sein wird.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag Nr. 926 des Landesverbandes Hamburg wie folgt zu behandeln:

1. Die Schaffung eines eigenen Kapitels für diesen Bereich wird abgelehnt, da die Materie schon quantitativ nicht ausreicht, um ein besonderes Kapitel zu bilden; zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt wäre es etwas sehr hoch gegriffen, ein eigenes Kapitel daraus zu machen.

2. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung der Überschrift „Umweltschutz als Zukunftssicherung“, weil wir der Meinung sind, daß zur Zukunftssicherung mehr gehört als nur der Umweltschutz.

3. Die Antragskommission empfiehlt, die Gliederung des Antrags Nr. 926 abzulehnen, da sie im Gegensatz zu der allgemein üblichen Aufzählung der Teilbereiche des Umweltschutzes steht.

Wir wollen trotzdem dem Landesverband Hamburg ein Kompliment dafür machen, wie gründlich Hamburg diese Fragen diskutiert und vorbereitet hat.

(Beifall)

Unter Zugrundelegung des Hamburger Antrages empfiehlt die Antragskommission jedoch, die Ziffern der Vorstandsvorlage in die allgemein übliche Reihenfolge zu bringen. Sie beantragt daher — ich darf ganz kurz um Aufmerksamkeit bitten, weil es etwas kompliziert erscheint, aber nicht ganz so kompliziert ist —, Ziffer 124 der Vorstandsvorlage — Wasserhaushalt — in Ziffer 123 umzuwandeln und an die erste Stelle zu setzen. Ziffer 123 — Luftreinhaltung — wird Ziffer 124; Ziffer 127 — Lärmbekämpfung — wird Ziffer 125; Ziffer 128 — Abfallbeseitigung — bleibt Ziffer 126; Ziffer 125 — Bodenhigiene — wird Ziffer 127.

Zuletzt empfiehlt die Antragskommission, den materiellen Inhalt des Antrags Nr. 926 des Landesverbandes Hamburg bei den entsprechenden Ziffern der Vorstandsvorlage mit zu behandeln.

**Dr. Georg Gölter**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. — Meine Damen und Herren, zu dem Vorschlag der Antragskommission, den Bereich „Umweltschutz“ in der vorgetragenen Form neu zu ordnen, liegen keine Wortmeldungen vor — — Ich muß mich korrigieren: Zur Struktur spricht Herr Orgaß.

**Gerhard Orgaß**: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Wir sind der Antragskommission und damit auch der verehrten Frau Griesinger, die dazu Bericht erstattet hat, natürlich sehr dankbar, daß sie uns Hamburgern ein Kompliment für die umfassende Arbeit gemacht hat, die in unserem Antrag steckt.

Dieses Kompliment ist für uns aber sehr wenig. Wir hätten es lieber, der Parteitag würde Konsequenzen aus dieser Vorlage ziehen. Wenn hier gesagt wird, daß die Überschrift allein — „Umweltschutz als Zukunftssicherung“ — einfach abzulehnen sei und daß das Ganze nicht für ein eigenes Kapitel ausreicht, dann kann ich nur sagen: So kann eigentlich nur derjenige argumentieren, der sich mit den Konsequenzen dieses für unsere Gesellschaft und für unsere Zukunft lebensnotwendigen Themas nicht genügend beschäftigt hat.

(Zustimmung)

Wir wissen, daß wir den Parteitag jetzt überfordern, wenn wir eine Einzeldiskussion zu diesen Punkten führen sollten, was wir seitens des Landes-

verbandes Hamburg liebend gern täten und worin wir sicher sind, daß wir aus allen Landesverbänden Delegierte bekommen würden, die bereit und in der Lage wären, hier vom Podium aus mit dafür zu streiten. Wir sehen jedoch ein, daß das jetzt nicht geht.

Aber wir sollten doch wenigstens eine Möglichkeit suchen, daß diese Dinge nicht mit einem Kompliment unter den Tisch gewischt werden. Es gibt leider hier nicht die Möglichkeit von Überweisungsanträgen. Dennoch möchte ich das Präsidium bitten, einen Weg zu finden, um einem zuständigen Gremium der Partei diese Vorlage als Beratungsunterlage zu geben. Wir sollten uns bei nächster Gelegenheit über diese Dinge klar werden und sie weiterentwickeln. Denn was wir heute nach der Vorlage der Antragskommission über den Umweltschutz beschließen, ist zwar etwas, ist jedoch viel, viel zu wenig.

(Beifall)

**Dr. Georg Göller**, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat dazu Herr Benda.

**Ernst Benda:** Meine Damen und Herren, ich darf als Vorsitzender der für Kapitel IV und damit auch für den Umweltschutz zuständigen Antragskommission wiederholen und dem Kollegen Orgaß in Erinnerung rufen, was ich einleitend zu diesem Kapitel heute morgen Punkt 9 Uhr gesagt habe: Wir empfehlen, die zum Teil sehr wertvollen Anregungen — dazu gehört ganz gewiß der Hamburger Antrag — den zuständigen Organen der Partei und der Fraktion zu überweisen.

Für die Bundestagsfraktion und den dort zuständigen Arbeitskreis darf ich sagen, daß unser Arbeitskreis „Umweltschutz“ ganz bestimmt sehr dankbar für die überaus sorgfältige und detaillierte Arbeit der Hamburger Kollegen sein wird. Von uns aus kann ich sagen: Es wird sichergestellt werden, daß das nicht nur sachlich behandelt wird, sondern daß die Hamburger Freunde nach meinem Empfinden einen Anspruch darauf haben, zu gegebener Zeit von uns im einzelnen zu erfahren, wie wir zu allen Punkten stehen und was daraus werden wird.

**Dr. Georg Göller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank! — Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie sind mit dem von Herrn Benda vorgeschlagenen Verfahren einverstanden. — Ich lasse dann abstimmen über die Gesamtgliederung dieses Kapitels „Umweltschutz“ in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Form. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Bitte die Gegenprobe. — Bei wenigen Gegenstimmen ist der Antrag so angenommen.

Ich rufe dann — das müssen wir noch tun! — die Detailziffern auf, zunächst Ziffer 122. Dazu hat zunächst die Sprecherin der Antragskommission, Frau Griesinger, das Wort.

**Annemarie Griesinger:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags Nr. 928 des Kreisverbandes Lübeck mit Absatz 1; alle übrigen Anträge sollen abgelehnt werden.

Absatz 1 lautet: „Wir fordern eine wirkungsvollere Organisation und verstärkte Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden, Wirtschaft und Wissenschaft zur Lösung dieser Aufgabe.“ In der Vorstandsvorlage ist lediglich von „Regierungen“ die Rede. Wir waren der Meinung, daß es besser ist, wenn hier eine präzisere Aussage darüber gemacht wird, wer damit gemeint ist. Deshalb bitten wir um Annahme des ersten Satzes des Antrags Nr. 928, der in die Vorlage des Bundesvorstandes eingefügt würde.

**Dr. Georg Gölder,** Tagungspräsidium: Danke schön. Herr Dr. Gruhl, bitte.

**Dr. Herbert Gruhl:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will Ihre Geduld nicht übermäßig beanspruchen, will aber ganz im Sinne der Worte von Herrn Orgaß einige Ergänzungsanträge stellen, und zwar scheint mir ein Teil des Antrages von Hamburg sehr wertvoll zu sein. Ich möchte diesen in Ziffer 122 mit folgendem Wortlaut einfügen. Die Ziffer schließt dann: „Vor Eröffnung eines neuen Produktionsprozesses sind der Wirtschaft Auflagen zu machen, damit bei Herstellung, Transport und Gebrauch und bei der Vernichtung der Produkte keine umweltschädigenden Wirkungen verursacht werden. Bereits bestehende Industrien haben sich nach einer angemessenen Frist diesen Auflagen anzupassen.“ Dies käme als zusätzlicher Absatz in Ziffer 122.

Weiter möchte ich den Antrag stellen, die Anträge des Landesverbandes Westfalen-Lippe — 933 — und des Kreisverbandes Hannover — 936 —, die beide den gleichen Inhalt haben, in Punkt 123 — neu: Wasser — aufzunehmen. Dadurch käme an den Antrag von 123: „Die Wasserversorgung der Bevölkerung...“

**Dr. Georg Gölder,** Tagungspräsidium: Herr Dr. Gruhl, wir sind im Augenblick noch bei 122. 123 — Wasser — wird gleich aufgerufen.

**Dr. Herbert Gruhl:** Ich war irritiert, weil auch Frau Griesinger zu einem anderen Punkt gesprochen hat.

**Dr. Georg Gölder,** Tagungspräsidium: Sie hat zur Gliederung gesprochen.

Meine Damen und Herren! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Bei wenigen Gegenstimmen war das die Mehrheit. Damit ist Ziffer 122 erledigt.

Meine Damen und Herren! Schlagen Sie jetzt bitte Ziffer 124 auf, da auf Grund unseres letzten Beschlusses Ziffer 124 Ziffer 123 geworden ist. Für die Antragskommission Frau Griesinger, bitte. — Meine Damen und Herren! Die Antragskommission bittet darum, in der Beratung die alte Reihenfolge beizubehalten. Ich darf als die Ziffer 123 — Luftreinhaltung — aufrufen.

**Annemarie Griesinger:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe darum gebeten, damit wir reibungsloser vorankommen. Es ist auch für Sie alle eine Erleichterung, nach den ausgedruckten Ziffern vorzugehen. Der Inhalt ist genau derselbe. Die Änderung gilt für den Neudruck des Programmes. Dann wird die entsprechende Gliederung durchgeführt.

Wir kommen dann zu Ziffer 123 — Luftverschmutzung. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge 931 und 932 — Kreisverband Friedberg und Kreisverband Kiel — anzunehmen, wobei es im letzten Satz des Antrages 932 jetzt heißen muß: „emissionsfreie Maschinen“ und nicht „immissionsfreie Maschinen“. Das war ein reiner Druckfehler.

Antrag 926 mit Ziffer 124 und 127 wäre abzulehnen. Wir haben Ihnen den Vorschlag gemacht, weil in 931 die gesundheitsschädigenden Auswirkungen mehr im Vordergrund stehen als in der Vorstandsvorlage und in 932 nicht nur von Kraftfahrzeugen gesprochen wird, sondern von Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeugen und die emissionsfreien Maschinen eingefügt sind. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

**Dr. Georg Gölder,** Tagungspräsidium: Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Das erstere war die Mehrheit.

Wir rufen jetzt Ziffer 124 auf. Ich bitte die Antragskommission.

**Annemarie Griesinger:** Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Anträge 933 — Westfalen-Lippe — und 935 — Kreisverband Kiel. Dadurch würden die Anträge 934, 936 und 937 erledigt sein. Antrag 926 — Ziffer 123 — empfiehlt die Antragskommission zur Ablehnung. Grund dieser Veränderung ist, daß in 933 das Ziel der Wasserversorgung durch Wasserreinigung uns klarer formuliert erschien als in der Vorstandsvorlage und damit Antrag 935 mit gleichem Wortlaut ebenfalls angenommen wird.

**Dr. Georg Gölder,** Tagungspräsidium: Eine Wortmeldung von Herrn Dr. Luda (Westfalen).

(Zuruf von Dr. Luda)

Antrag 939 soll angenommen werden. Danke schön.

Meine Damen und Herren! Ich lasse über den Antrag der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Bei zwei Gegenstimmen so angenommen. — Ich rufe Ziffer 125 auf. Bitte, Frau Griesinger.

**Annemarie Griesinger:** Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Änderungsantrages 938 des Kreisverbandes Aachen-Land auf Einfügung eines zweiten Satzes in den ersten Absatz der Vorstandsvorlage, wonach vermeidbare negative Auswirkungen zu unterbinden sind. Wir waren der Meinung, daß

das in die Vorstandsvorlage eingefügt werden sollte, um die Abrundung des Problems besser klarzulegen.

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Keine Wortmeldungen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer der Ergänzung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Das erstere war eindeutig die Mehrheit. Wenige Gegenstimmen.

Ich rufe Ziffer 126 auf und bitte die Antragskommission. Frau Griesinger.

**Annemarie Griesinger**: Die Antragskommission empfiehlt, den ersten Satz des Antrages 926 des Landesverbandes Hamburg zu Ziffer 128 anzunehmen und an die Formulierung der Vorstandsvorlage anzuhängen, den Rest des Antrages 926 und 939 aber abzulehnen. Es geht um die Abfallwirtschaft. Der Satz lautet: „Die Industrie muß Produkte auf den Markt bringen, die im Abfallzustand ohne großen Aufwand wiederverwendet oder dem natürlichen biologischen Kreislauf zugeführt werden können.“

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen. Zustimmung bitte? — Gegenprobe! — Bei wenigen Gegenstimmen ist es so angenommen. Ich rufe Ziffer 127 auf.

**Annemarie Griesinger**: Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Änderungsantrages des Landesverbandes Hamburg zu Ziffer 125. Das würde bedeuten, daß ebenfalls der Antrag 940 des Kreisverbandes Kiel angenommen ist und damit die Arbeit dieser Kreisverbände auch hier honoriert wird, indem der gesamte Absatz in die Bundesvorstandsvorlage übernommen wird.

**Dr. Georg Gölder**, Tagungspräsidium: Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen. Zustimmung? — Die Gegenprobe? — Das ist eindeutig so angenommen. Meine Damen und Herren! Damit ist Kapitel IV beendet.

**Präsident Heinrich Köppler**: Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende des Kapitels IV. — Ich darf in unserer Mitte sehr herzlich den inzwischen eingetroffenen Vorsitzenden der Landesgruppe der CSU im Deutschen Bundestag, unseren Freund Richard Stücklen, begrüßen.

(Beifall und einige Pfiffe)

Meine Damen und Herren! Wir haben einen Initiativantrag, der sich auf eine der gestern vollzogenen Abstimmungen bezieht, vorliegen, und zwar ist beantragt worden, eine Abstimmung zum Antrag Nr. 590 — es handelt sich um die Jugendvertretung innerhalb des Mitbestimmungskomplexes in den Unternehmen — zu wiederholen. Die Antragsteller haben das Ergebnis der Abstimmung, so wie es vom Präsidium festgestellt worden ist, bezweifelt. Das war gestern abend der Fall.



Aber das Präsidium, das amtierte, hat übereinstimmend keine Zweifel an dem Ergebnis der Abstimmung gehabt, deshalb auch die Abstimmung nicht wiederholt.

Wir sind hier im Präsidium übereinstimmend der Meinung, daß nach einer solchen Tatsachenfeststellung — einer übereinstimmend von allen Mitgliedern des Präsidiums getroffenen Tatsachenfeststellung! — der Antrag auf Wiederholung der Abstimmung heute unzulässig ist. Ich möchte das dem Parteitag mit der Bitte um Billigung mitteilen.

(Zustimmung)

Es wird das Wort zur Geschäftsordnung begehrt. Bitte schön!

**Reinhold Stanitzek:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn dieser Parteitag in Zeitnot ist, bin ich der Ansicht, daß in einer Frage, die gerade für die Stellung der Partei zum jugendlichen Arbeitnehmer von so großer Bedeutung ist, daß man die mehr oder weniger doch autoritäre Entscheidung, daß diese Abstimmung noch nicht einmal wiederholt werden kann, nicht billigen kann. Ich meine, daß die Sache verlangt, daß wir zumindest Klarheit schaffen und hier die Chance geben, daß man diese Abstimmung wiederholen kann und damit in der Sache entschieden wird. Ich meine, das wäre sachgerechter, als wenn ein ungutes Gefühl im Raum bleibt, daß eine Frage abgewürgt wurde, weil auf Grund der Zeitnot nicht erneut entschieden werden kann.

Ich bitte, daran zu denken, daß wir gestern eine Frage hatten, wo das Präsidium auch der Ansicht war, daß diese Frage abgelehnt worden sei — es war die Frage der Verdoppelung der Haushalte für Bildungsaufgaben —, und daß dann die schriftliche Abstimmung ein anderes Ergebnis gebracht hat.

Ich bitte zuzustimmen, daß wir diese Abstimmung wiederholen können.

(Vereinzelt Bravo-Rufe und Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag zur Geschäftsordnung gehört. Ich habe dazu namens des Präsidiums nur festzustellen: Die gestern getroffene Entscheidung ist nicht unter Zeitdruck gefallen, sondern bei Klarheit, die bei allen amtierenden Mitgliedern des Präsidiums über die Mehrheitsverhältnisse bestand. Ich bin gern bereit, den Parteitag —

(Zurufe)

— Wollen Sie dafür oder dagegen sprechen?

(Hans-Werner Schmöle: Dafür! Reinhold Stanitzek:

Es ist Abstimmung beantragt!)

— Herr Schmöle, es ist für den gestellten Geschäftsordnungsantrag gesprochen worden. Ich kann nach unserer Verfahrensordnung nur noch jemandem das Wort erteilen, der gegen diesen Antrag sprechen will.

Das Präsidium ist nach wie vor der Auffassung, daß dieser Antrag nicht zulässig ist, weil das Präsidium eindeutig festgestellt hat, daß gestern eine Mehrheit einen hier gestellten Antrag abgelehnt hat.

Meine Damen und Herren! Ich sehe keine Möglichkeit, über die Frage der Zulässigkeit von Anträgen hier eine Entscheidung herbeizuführen. Ich glaube, wir sind richtig in der Verfahrensordnung, wenn wir diese Entscheidung des Präsidiums zur Kenntnis nehmen.

(Beifall — Zurufe: Aber zur Sache ist gar nicht abgestimmt worden! — Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag!)

— Dieser Geschäftsordnungsantrag hat denselben Inhalt wie der hier gestellte Initiativantrag. Er ist deshalb aus den gleichen Gründen unzulässig.

Meine Damen und Herren! Ich habe die große Freude, in unserer Mitte eine Jugendvertretung der rumänischen Jugendorganisation als Gäste zu begrüßen.

(Stürmischer Beifall)

Wir freuen uns, daß Sie mit Ihren Gastgebern aus der Jugend des Deutschen Beamtenbundes hier an diesem Parteitag der Christlich Demokratischen Union teilnehmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Es hat jetzt das Wort zu einer Erklärung zum Ablauf der Verhandlungen unser Parteivorsitzender Herr Dr. Kiesinger.

(Beifall)

**Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf den Anlaß meiner jetzigen Intervention eingehe, lassen Sie auch mich meiner Freude Ausdruck geben, daß wir die jungen Menschen aus Rumänien heute in unserer Mitte begrüßen können. Daß das mich persönlich besonders freut, können Sie sich denken; denn ich bin nach wie vor stolz darauf, daß ich als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland die diplomatischen Beziehungen und den Beginn freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rumänien und der Bundesrepublik aufgenommen habe.

(Lebhafte Zustimmung)

Ein solcher Formakt kann nicht für sich stehenbleiben, er bedarf der Ergänzung durch menschliche Beziehungen. Und was könnte besser sein, als daß gerade junge Menschen, die sich begegnen, treffen, kennenlernen, ihre Meinungen miteinander vergleichen.

Ich wünsche Ihnen einen guten und erfreulichen Aufenthalt in unserem Lande und bitte Sie, im Namen der Christlich Demokratischen Union die Jugend Rumäniens im gemeinsamen Willen zum Frieden in Europa zu grüßen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Nun wende ich mich, meine Damen und Herren, unseren „häuslichen Angelegenheiten“ zu. Es hat gestern Mißstimmung und Ärger gegeben in einem Punkt, in dem ganz offenbar Unklarheit herrschte und in dem Mißverständnisse entstanden sind. Ich wollte an sich gestern schon zu einer Intervention das Wort nehmen. Aber auch der Parteivorsitzende muß gelegentlich elementaren menschlichen Bedürfnissen — in diesem Falle einer Stillung des Hungers durch ein belegtes Brot — huldigen, und war gerade in dem Moment nicht im Saal, als Herr Blüm das Wort nahm. Inzwischen hat dann Herr Stoltenberg dazu geredet.

Ich habe mir dann gesagt: Ich halte mich an das alte schwäbische Prinzip — wenn Mißverständnisse da sind, dann regt man sich nicht gleich auf — entschuldigen Sie, daß ich es nun auf Schwäbisch sage —, „no schwätze ma erst miteinander“.

Das haben wir nun inzwischen getan. Ich habe mich heute mit meinem Freund Heinrich Köppler und einigen jungen Freunden zusammengesetzt und folgendes zum Methodischen der Führungsaufgabe des Vorstandes in dieser programmatischen Arbeit geklärt.

Meine Damen und Herren! An sich hätte der Vorstand jeden seiner Vorschläge durch ein Mitglied des Vorstandes hier im Hause begründen lassen können. Dies hätte natürlich eine außerordentliche Verlängerung unserer Diskussionen und notwendigerweise auch eine Verkürzung der Diskussionsmöglichkeiten für die Teilnehmer dieses Parteitages bedeutet.

Deswegen haben wir dasselbe Verfahren gewählt wie in Berlin. Das heißt, der Vorstand hat seine Vorschläge der sehr sorgfältig zusammengestellten Antragskommission übermittelt, für die — so war das Wort unseres Parteitagspräsidenten Heinrich Köppler, das mit Beifall in diesem Hause quittiert wurde — große Vollmacht gegeben wurde.

Deswegen haben die Mitglieder des Vorstandes auch nicht etwa darauf bestanden, wenn die Antragskommission einen von ihren Vorschlägen abweichenden Vorschlag gemacht hat, nur der Form halber auf dem eigenen Vorschlag zu bestehen, zumal der Vorstand seine Führungsaufgabe in dieser Antragskommission ja dadurch wahrgenommen hat, als Mitglieder des Vorstandes darin vertreten waren und federführend immer der Bundesgeschäftsführer dort vertreten war. Dies ist eine Methode, über die man vielleicht streiten kann, freundschaftlich streiten kann, verschiedener Meinung sein kann, die aber keineswegs Anlaß zu einer Mißstimmung in diesem Hause geben kann.

Ein Sonderfall war nun bei dem für uns so außerordentlich wichtigen Punkt der Mitbestimmung gegeben. Hier ist dem Vorstand in der Tat ein Versäumnis unterlaufen,

(Lebhafte Zustimmung)

nämlich das Versäumnis, dem Hause nicht klargemacht zu haben, daß wir in diesem Punkte in unseren Beratungen im Ahrtal eine Sonderbehandlung

beschlossen haben, und zwar ganz einfach der Natur der Sache wegen. Das Schicksal dieser Mitbestimmungsfrage, um die so leidenschaftlich seit Jahren in unseren Reihen gerungen wurde, war doch so: schon in der Antragskommission reichte es nicht zu mehr als zur Vorlage zweier alternativer Vorschläge. Sie sind auch im Vorstand genau so übernommen worden, und vom Vorstand sind die beiden Vorschläge unter Ausklammerung zweier weiterer Vorschläge in die Antragskommission geleitet worden. Auch aus der Antragskommission kamen sie, da dort eine Einigung zwischen den verschiedenen Meinungen nicht zu erreichen war, hierher ins Haus.

Es hätte sicher kein Mißverständnis über die Haltung des Vorstandes und keine Verstimmung darüber gegeben, wenn dieser Verfahrensbeschluß des Vorstandes — zu dem hinzukam, daß der Vorstand in diesem Falle ausdrücklich jedem Mitglied, jedem Mitglied Freiheit seiner eigenen Abstimmung und Stellungnahme in diesem Hause gegeben hat —, wenn dieser Verfahrensmodus klargemacht worden wäre. Es tut mir leid, daß das nicht geschehen ist, aber ich hoffe, daß mit dieser Erklärung der eigentliche Grund der Verstimmung aus der Welt geschafft ist.

(Nein-Rufe von einigen Delegierten)

Meine Damen und Herren, dieser Grund ist mit den jungen Leuten beschlossen worden. Meine Damen und Herren, ich habe am Anfang gesagt, wir wollen uns in dieser Frage zwar hart miteinander auseinandersetzen, aber wir wollen es in Freundschaft und gegenseitigem Respekt tun!

(Lebhafter, anhaltender Beifall)

Und das haben wir in vorbildlicher Weise während der großartigen Debatte in diesem Hause getan, bei voller Präsenz des Hauses, bei freundschaftlicher, respektvoller Auseinandersetzung der verschiedenen Standpunkte. Lassen wir uns doch den großen Tag und die große Gelegenheit nicht dadurch verderben, meine Damen und Herren, daß wir uns über ein Problem streiten, über das man streiten könnte, das man aber auch in Freundschaft und in Frieden und in Einigkeit beilegen kann.

(Starker Beifall)

Ich bitte Sie, hier an den großen Ruf und die Ehre der Christlich Demokratischen Union zu denken.

(Starker, anhaltender Beifall)

Ich habe mich auch — ich sage es ganz offen — über das Verständnis unserer jungen Freunde bei unserer Unterhaltung gefreut, die auch ihrerseits die Dinge in der richtigen Perspektive sehen.

Erinnern wir uns doch, wie dieses Problem noch vor etwa drei Jahren in unseren Reihen stand. Wer hätte damals vorauszusagen gewagt, daß dank der Bemühungen unserer Freunde, vor allem aus den Sozialausschüssen und unseres vor mir hochrespektierten Freundes Hans Katzer,

(Beifall)

wir gestern eine Entscheidung erreichten, die unseren Arbeitnehmern viel mehr an Mitwirken in der Unternehmens- und Betriebsverfassung gibt als diese gegenwärtige Koalition überhaupt vorzuschlagen wagt!

(Lebhafte Zustimmung)

Wir haben es getan; wir sollten uns den Erfolg des Tages nicht nehmen lassen. Tragen wir diese gemeinsame Entscheidung in Würde, diejenigen, die sich durchgesetzt haben, und diejenigen, die in der Minderheit geblieben sind, im Willen dieser großen Partei, in dieser bedeutungsvollen Sache auch in der Zukunft Einigkeit zu erhalten. — Ich danke Ihnen.

(Langanhaltender, starker Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Herr Dr. Kiesinger, wir danken Ihnen für dieses klärende Wort. Zu einer kurzen Erklärung zum gleichen Gegenstand erteile ich jetzt das Wort Herrn Langguth.

**Gerd Langguth:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der RCDS hat gestern eine Erklärung abgegeben, eine Erklärung um der Glaubwürdigkeit unserer Demokratie und der Christlich Demokratischen Union willen — nicht auch irgendwelchen Publicity-Gründen, die uns möglicherweise von Kritikern entgegengeworfen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben gestern den gesamten Bundesvorstand der CDU kritisiert in einer Erklärung, die wir mit folgendem Text abgeschlossen haben:

„Der RCDS sieht es als für die CDU untragbar an, daß in der harten Auseinandersetzung mit der verfehlten Politik der SPD Männer an der Spitze der CDU stehen, die nicht politisch argumentieren wollen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben versucht, durch unsere Erklärung gestern einen Beitrag zur Offenheit innerhalb der Christlich Demokratischen Union, leider nicht zur Offenheit der CSU, die eben nicht auf einem gemeinsamen Programmparteitag hier bei uns ist, zu leisten. Wir haben diesen Beitrag zur Offenheit deswegen versucht und durchgeführt, weil wir der Ansicht waren und sind, daß der gesamte Bundesvorstand der CDU in der Debatte hier auf dem Bundesparteitag nicht seine Führungsfunktion klar bewiesen hat, wie es seine Aufgabe gewesen wäre. Das war so seit Anfang des Parteitages, das war so insbesondere aber auch in der Frage der Mitbestimmung.

Daß Herr Dr. Kiesinger vorhin diese klärenden Worte gesprochen hat, daß insbesondere in der Frage der Mitbestimmung hier Dinge passiert sind, die er bedauert, das nehmen wir zur Kenntnis, weil wir der Ansicht sind, daß wir solche Dinge zur Kenntnis nehmen sollten, wenn hier ein bestimmter Prozeß der Bewußtwerdung stattfindet.

Der RCDS wollte, daß die Schwierigkeiten in den Reihen der Unionsparteien überwunden werden, wozu unsere Erklärung einen Beitrag geleistet hat. Der

RCDS ist daher der Ansicht, daß auf einem bald einzuberufenden nächsten Parteitag die Delegierten aus dieser Situation heraus sicherlich die entsprechenden Konsequenzen ziehen werden. — Ich danke Ihnen.

(Teilweiser Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren ich glaube, wir sollten nach dem klärenden Wort unseres Parteivorsitzenden diesen Punkt jetzt nicht weiterverfolgen.

(Lebhafte Zustimmung)

Wir werden in der Programmberatung fortfahren und kommen jetzt zu Kapitel I des uns vorliegenden Entwurfs.

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Uns beschäftigt jetzt die Deutschland-, Europa- und Außenpolitik. Wir wissen alle, daß wir die Zeit längst überschritten haben und wir uns bei unseren Beratungen, die nun folgen, außerordentlich konzentrieren müssen, um das zustande zu bringen, was wir gerade auf dem Sachgebiet zustande bringen müssen, das wir jetzt behandeln.

Ich möchte Ihnen deshalb vorweg folgende Frage vorlegen: Unser Freund und stellvertretende Parteivorsitzende, Dr. Gerhard Schröder, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages, und, wie Sie wissen, in letzter Zeit in einer wesentlichen Mission in der Sowjetunion gewesen, hat das Präsidium gebeten, zu dem Gesamtkapitel einige aktuelle Ausführungen machen zu dürfen.

(Lebhafte Zustimmung)

Wir haben nun, meine Damen und Herren, in Abweichung von unserer bisherigen Verfahrensweise, zu fragen — an der einen oder anderen Stelle sind wir schon so vorgegangen, und in Anbetracht der doch sehr schwierigen Situation, in der sich der Parteitag zeitlich befindet, hielt ich es für richtig, Sie offen zu fragen, — ob Sie vor Eintritt in die eigentlichen Beratungen die Worte unseres Freundes Dr. Schröder anhören wollen.

(Erneute lebhaft Zustimmung)

Ich entnehme Ihrem Beifall, daß der Parteitag damit einverstanden ist. Das Wort hat Herr Dr. Gerhard Schröder.

**Dr. Gerhard Schröder** (von Beifall begrüßt): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Ich glaube, wir alle haben Verständnis dafür, daß der Parteitag bei einer so gewaltigen Aufgabe, wie der, die er sich gestellt hatte, in einen gewissen Zeitdruck gekommen ist. Wir sind sicher alle bereit, dies zu berücksichtigen.

Meine Worte zu dem Einleitungskapitel kann ich im Grunde sehr kurz lassen. Ich glaube, daß die Vorstandsvorlage, die Sie vor sich haben, eine gute Vorlage ist. Der Vorstand hat zugesagt, sich damit voll zu identifizieren, und ich

hoffe, meine Damen und Herren, daß der Vorstand das halten wird, was er beschlossen hat.

(Beifall und Heiterkeit)

Ich möchte aber im besonderen ein paar Bemerkungen zur Berlin-Frage und zur Ost-Politik machen.

Meine Eindrücke aus Moskau habe ich am Sonntag vor dem Parteivorstand ausführlich vorgetragen. Ich will das jetzt hier nicht im einzelnen darstellen, darf aber doch erwähnen, daß ich am Sonntag abend drei Stunden noch, glaube ich, mit der Exil-CDU diese ganze Fragen, ich möchte sagen, ganz besonders unter die Haut gehend, diskutiert habe.

(Einzelner Beifall)

Trotzdem scheint es mir richtig, daß der ganze Parteitag mit ein paar Gedanken und Beobachtungen vertrautgemacht wird, wie ich sie in der jüngsten Zeit gehabt habe.

Ich möchte ein paar Vorbemerkungen vorausschicken, weil ich glaube, daß es sehr notwendig ist, folgendes ganz klar zu sehen.

Wir müssen ganz klarsehen, daß es für uns notwendig ist, die Hauptakteure in diesem Feld, das uns hier insbesondere in diesen Tagen, Wochen und Monaten beschäftigt, an der Stelle ihrer Tätigkeit zu sehen, mit ihnen dort zu diskutieren und sich selbst Eindrücke zu verschaffen.

Das ist deswegen notwendig, meine Damen und Herren, weil das Entscheidende, was wir brauchen, das Vertrauen der großen Wählerschaft ist, die wir vertreten. Dieses Vertrauen können wir nur dann haben, wenn wir uns nicht als sorgfältige Studenten der Texte, der Vereinbarungen, der Abmachungen beweisen, sondern wenn wir an Ort und Stelle bei den Hauptakteuren im Interesse unseres Landes präsent waren und präsent sind.

Das ist die erste Vorbemerkung. — Die zweite ist diese:

Ich habe mit großem Nachdruck das Verhältnis von Regierung und Opposition, was keineswegs in anderen Systemen so klar erkannt wird, verdeutlicht. Damit meine ich das Folgende:

In einem Lande, das ein so knappes Verhältnis zwischen Regierungsmehrheit und Oppositionsstärke hat, ist es sehr notwendig, immer wieder die Aufgaben in Erinnerung zu rufen, die Regierung einerseits und Opposition andererseits haben.

Die Regierung verfügt, um es auch hier noch einmal zu unterstreichen, über 251 Stimmen. Wir, meine Damen und Herren, haben im Bundestag 245 Stimmen. Uns trennen also ganze 6 Stimmen von den Zahlen der Regierungskoalition.

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Opposition ihre erste Aufgabe — die Kontrolle der Regierung — mit aller Kraft und Deutlichkeit und Entschiedenheit vornehmen kann. Es bedeutet aber auf der anderen Seite, daß die

Opposition alles tun muß und, wie ich hoffe, auch tun wird, um sich als die Regierung von morgen heute auszuweisen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das ist uns hier sicherlich allen verständlich, das ist keineswegs selbstverständlich allen Leuten draußen. Und deswegen muß man mit Klarheit sagen: eine Regierung kann jeweils nur die Politik betreiben, die durch ihre eigene Mehrheit gedeckt ist.

Die Opposition hat nicht die Rolle und wird nach meiner Meinung nicht die Rolle übernehmen dürfen, etwa eine Art Notaggregat der Regierung darzustellen.

(Beifall)

Das sind wir nicht, das werden wir unter keinen Umständen sein.

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt etwas sagen, was ich Gesprächspartnern sowohl in Budapest wie in Belgrad wie insbesondere in Moskau gesagt habe.

Wenn Sie sich einmal in die Rolle hineindenken, so schwer das sein mag, daß sie die politische Führung der Opposition im Bundestag darstellen: Was würde wohl ihr höchstes, notwendiges Ziel sein?

Nun, meine Damen und Herren, mit ein bißchen Nachdenklichkeit kann man diese Frage dann beantworten. Das höchste und notwendigste Ziel für die Opposition in dieser speziellen Situation ist dies: eine starke, große Geschlossenheit zu bewahren.

(Beifall)

Wir würden, meine Damen und Herren, ganz gegen unser Interesse als Partei oder als Kombination von Partei, ganz sicher aber gegen das Interesse unseres Landes handeln, wenn wir den Eindruck aufkommen ließen, daß vielleicht 10 oder 15 oder 20 oder ich weiß nicht wieviel Kollegen bereit sein könnten, der Regierung das zu geben, was ich gerade ein Notaggregat genannt habe.

(Beifall)

Und nun, meine Damen und Herren, ist eins sehr wichtig, und darauf sollten wir alle hier so stolz sein, wie es das verdient.

Es ist sehr wichtig, daß wir uns darüber klar sind, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion — diese vor allem, natürlich auch die Partei — Beschlüsse gefaßt hat, nicht nur, wie man gelegentlich sagt, einmütig, sondern einstimmige Beschlüsse zu den Hauptthemen gefaßt hat.

Diese einstimmigen Beschlüsse dürfen nicht in Vergessenheit geraten, und deswegen müssen wir in Bonn so sprechen wie in Budapest oder Belgrad oder Moskau.

(Beifall)



Aber, meine Damen und Herren, ich brauche zwei weitere Vorbemerkungen, nämlich diese, daß wir wieder und wieder drinnen und draußen klarmachen müssen, daß die schwerste Bürde, ich wiederhole, die schwerste Bürde, die in unseren Tagen der normale deutsche Patriot trägt, die Bürde der einseitigen Teilung seines Landes ist.

(Beifall)

Und deswegen, meine Damen und Herren, müssen wir jeden, der berufen ist, sich direkt oder indirekt mit allen Fragen — ich sage jetzt — unseres ganzen Landes zu beschäftigen, immer von neuem darum bitten, das zu verstehen und, soweit es sich um Leute draußen handelt, sich in unsere Lage hineinzuversetzen als — wie ich sagte — normalen Patrioten. Das allein ist, wie mir scheint, die Attitüde, die wir draußen einnehmen können, müssen und, wie ich hoffe, werden.

Und nun muß man eine weitere Sache sagen und sehen.

Mehr als 90 Prozent, mehr als 90 Prozent der Bürger in unserem Lande sind für den Frieden und eine friedliche Politik, sind für Entspannung, für Gewaltverzicht, sie sind für bessere Beziehungen zu Osteuropa und sie sind für Zusammenarbeit dort, wo sie zum beiderseitigen Nutzen möglich ist.

Aber, meine Damen und Herren, es wäre sehr falsch — und ich habe das mit großem Nachdruck gesagt —, wenn man diese mehr als 90 Prozent aller Deutschen verwechseln wollte mit den Unterstützern der Regierungspolitik.

(Lebhafter Beifall)

Dieser Irrtum, meine Damen und Herren, darf nicht einen Augenblick lang aufkommen. Die Bundesregierung hat ein paarmal Äußerungen in der Richtung getan, die zeigten, daß sie sich über die hier gegebene Sachlage nicht so klar war, wie sie das sein sollte.

Und nun kommen wir auf Moskau im einzelnen.

Ich habe in Moskau drei Themen in den Vordergrund gestellt. Das eine ist der Moskauer Vertrag vom August. Das zweite ist die Berlin-Regelung, und das dritte sind die Zukunftsaussichten der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Ich habe gesprochen — ich will nicht alles aufzählen — vor allem mit dem Ministerpräsidenten Kossygin, mit dem Außenminister Gromyko, mit dem Außenhandelsminister Patolitschew und mit denjenigen, die die Deutschlandfrage ganz im besonderen zu ihrem Hauptmetier gemacht haben, Semjonow und dem künftigen Botschafter in Bonn, Falin.

Meine Damen und Herren, was sind die Eindrücke und die Schlußfolgerungen, die hier zu ziehen sind? Ich verzichte darauf — und ahme keine schlechten Vorbilder nach —, mich hier nun als ein besonderer Sowjet-Experte gebärden zu wollen, auf der Basis von Besprechungen, die ein paar Tage gedauert haben, und von einem Augenschein, den ich im Turbinenwerk in Leningrad und in einer sehr großen Fabrik in Moskau vorgenommen habe. Aber ich glaube, man kann eines sagen, ohne irgendwie zu übertreiben. Die Sowjetunion, der

es keineswegs bequem und angenehm war, eine befriedigende Berlin-Regelung — jetzt sage ich einmal — vor der Einbringung eines Ratifizierungsverfahrens im Bundestag zu sehen, hat sich inzwischen mit dem Gedanken abgefunden, daß ohne eine befriedigende Berlin-Regelung eine Ratifikation des Moskauer Vertrags mit Sicherheit ausgeschlossen ist.

(Beifall)

Das ist die erste Feststellung.

Die zweite ist die: Die Sowjetunion hat den Entschluß, den sie im August durch ihre Unterschrift bekräftigt hat, sicherlich nach langem Nachdenken und sicherlich getroffen auf der Basis, daß damit ein neues Blatt der Geschichte aufgeschlagen sein sollte.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier gleich anmerken, damit nicht irgendein falscher Eindruck entsteht: Eine von uns geführte Regierung würde in diesem Zeitpunkt einen solchen Vertrag nicht unterschrieben haben.

(Lebhafter Beifall)

Ich komme darauf gleich noch mit einigen Worten zurück.

Meine dritte Feststellung an Ort und Stelle ist die, daß wirtschaftliche und finanzielle Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik Deutschland heute — ich sage: heute! — von der Sowjetunion sehr viel stärker bejaht werden, als das im Jahre 1959 oder 1960 der Fall war. Es darf kein Zweifel darüber aufkommen, daß dies nicht etwa das deckt, was uns vorschwebt; aber es ist sicher, daß subjektiv betrachtet dies die Meinung auf sowjetischer Seite ist.

Das schwierigste Problem — das ist schließlich meine vierte Beobachtung — ist ganz sicher das der politischen Präsenz des Bundes in Berlin. Ich habe darüber sehr lange gesprochen, und die sowjetische Seite hat gesagt, daß sie bereit sei, den hindernisfreien Zugang nach West-Berlin hundertprozentig zu garantieren, wenn man sich über die Frage der politischen Präsenz einige. Ich schildere das nur als eine klare Feststellung, ohne jetzt im Augenblick daraus eine andere Schlußfolgerung zu ziehen.

Ich möchte nur ein paar Worte sagen zu meinen eigenen Beobachtungen und den Resümees, die ich aus den Unterhaltungen gezogen habe.

Meine Damen und Herren, ich habe mit großem Nachdruck allen sowjetischen Stellen gesagt, allen Partnern, mit denen ich gesprochen habe, daß wir unter keinen Umständen einverstanden sein könnten, mit 23 Stunden rotem Licht in Helmstedt und vielleicht freundlicherweise einer Stunde grünem Licht für die Fahrzeuge nach Berlin, daß wir unter keinen Umständen in der Sicherung des Zugangs nach Berlin etwa auf den mehr oder weniger guten, mehr oder weniger wandelbaren Willen der DDR uns zu verlassen bereit seien, sondern daß die vier Mächte die einzige Garantiestanz sind, die wir brauchen.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe unterstrichen, meine Damen und Herren, daß für die Lebensfähigkeit West-Berlins, das ein lebendiger, in natürlicher Weise mit uns verbundener Organismus ist, nichts wichtiger sein würde als das, was ich die psychologische Komponente nenne. Was ist das? Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, daß wenn in West-Berlin ein Bundesschild demontiert würde, es gar nicht darauf ankäme, wo dieses Bundesschild angebracht ist; sondern es käme auf nichts weiter an als auf die Schlußfolgerung, einer Bevölkerung zu sagen: Hier wird gepackt von den Bundesinstanzen, also packen wir auch!

(Lebhafter Beifall)

Ich spreche das hier, meine Damen und Herren, mit großer Rückhaltlosigkeit aus; denn nur dann, wenn wir mit unseren Gesprächspartnern draußen und drinnen, drinnen und draußen mit derselben Deutlichkeit sprechen, können wir erwarten, etwas für die Interessen unseres Landes zu tun.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nun merke ich etwas an, was für alle hier Anwesenden mehr oder weniger selbstverständlich ist. Berlin, das Berlin-Problem, eine befriedigende Berlin-Regelung ist für uns natürlich ein pars pro toto, ein Teil für das Ganze, und nichts an unseren Sorgen, Befürchtungen und Bedenken darf sich als irgendwie gemindert in diesem Augenblick darstellen.

Aber meine letzten wenigen Schlußfolgerungen sind diese, meine Damen und Herren: Der Rat, den wir, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, am 26. Mai 1970 der Bundesregierung gegeben haben, nämlich die Viererverhandlungen über Berlin erst einmal zu Ende gehen zu lassen, um sie zu betrachten als einen Prüfstein — ich sage ausdrücklich: als ein Prüfstein! — für den sowjetischen Spannungswillen, dieser damalige Rat erweist sich heute als so richtig, wie er damals war.

(Lebhafter Beifall)

Und, meine Damen und Herren, ebenso richtig ist eine zweite Schlußfolgerung, die wir gezogen haben: Die Regierung hat diesen Rat mißachtet. Sie hat die Unterzeichnung in Moskau vorgenommen, bevor eine befriedigende Viererregelung über Berlin als Ergebnis von Verhandlungen, die schon lange andauern, vorlag.

Nun gut, das ist die Situation von heute.

Aber es war richtig und ist richtig, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Regierung das Versprechen abgegeben hat, sie in dem Ringen um eine befriedigende Berlin-Regelung — natürlich in dem Ringen der Deutschen gegenüber den Alliierten — zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, das hat ohne Zweifel eine gewisse Unbequemlichkeit zur Folge. In einer solchen Zeit kann der Eindruck entstehen, als ob die befriedigende Berlin-Regelung mehr oder weniger schon eine endgültige Aus-

sage über die Haltung der CDU/CSU-Fraktion sein würde. Das ist sicherlich nicht der Fall.

(Beifall)

Trotzdem, meine Damen und Herren, müssen wir uns darüber klar sein, daß wir unsere eigene Erklärung entwerfen wollten, würden wir mehrere Erklärungen zur gleichen Zeit abgeben. Und so viel ist deswegen für mich sicher — ich habe das in Moskau klargemacht, und es wird für uns alle hier, wie ich hoffe, klar sein —, daß die Freiheit unserer Entscheidung an dem Tag, an dem Moskau und Washington, London und Paris, Ost-Berlin und der Senat von West-Berlin und die Bundesregierung möglicherweise — ich sage: möglicherweise — sagen werden, jetzt sei eine befriedigende Berlinregelung erreicht worden, daß die Freiheit unserer Entscheidung, dann nach einem oder bei einem eingeleiteten Ratifizierungsverfahren unser letztes klares Wort zu sagen, nicht in irgendeiner Weise beeinträchtigt ist oder beeinträchtigt werden darf.

(Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, ich möchte hier dem Parteitag mit allem Ernst folgendes sagen: Die Politik, die wir betreiben, darf sich unter gar keinen Umständen nur vom Augenblick und den Emotionen des Augenblicks bestimmen lassen.

(Beifall)

Das, worauf es ankommt, ist, meine Damen und Herren — und wir müssen ja an morgen und übermorgen und an den Tag danach denken —, daß wir eine Haltung einnehmen, die klar und verständlich ist, für alle Leute drinnen, für alle Leute draußen. Und wir dürfen unter gar keinen Umständen das Vertrauen der breiten, breiten Wählerschichten verlieren, die auf uns wirklich und intensiv vertrauen. Das aber setzt voraus, daß sie das Vertrauen dazu haben können, daß wir nicht nur von heute bis heute abend sehen, sondern daß wir uns anstrengen, bis morgen und übermorgen und den Tag danach zu sehen. Das heißt Politik. Das allein ist die Politik, die für die CDU/CSU in diesem Augenblick angemessen ist, und ich hoffe, wir sind uns in diesem Punkt alle einig.

(Beifall)

Ich möchte aber jetzt gerade wegen der Verständlichkeit drinnen und draußen noch einen einzigen Satz unterstreichen. Meine Damen und Herren, es ist an uns, klarzumachen, daß der einzige wirkliche Maßstab, den wir für unsere politische Entscheidung von morgen und übermorgen anerkennen, das Interesse unseres Landes ist. Wenn ich sage „unseres Landes“, meine ich: unseres ganzen Landes. — Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir danken unserem Freunde Dr. Gerhard Schröder für seine Ausführungen

(Der Beifall hält an)

und für die Vertretung unserer Interessen bei seiner wichtigen Mission in Moskau.

(Weiterhin anhaltender Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte den Parteitag darauf hinweisen, daß heute morgen die Ampeln auf den Zufahrtsstraßen von und nach Berlin erneut auf Rot geschaltet worden sind

(Pfui-Rufe)

und der Verkehr durch die Behörden der Zone behindert, ja gelähmt worden ist. Ich glaube, ich spreche im Namen dieses Parteitages, wenn ich unseren Protest gegen diesen Versuch der Erpressung ausdrücke,

(Beifall)

gegen diesen Versuch der Einmischung in Angelegenheiten Berlins und des Bundes, die dem Sinn des Gewaltverzichtsvertrages, wie er von den Unterschriftspartnern interpretiert wird, widerspricht.

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zur Beratung des Kapitels I, und zwar zunächst zu den Anträgen zu den Überschriften. Als Sprecher der Antragskommission gebe ich unserem Freund Dr. Gradl das Wort.

**Dr. Johann Baptist Gradl:** Herr Vorsitzender, meine Parteifreunde! Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, die Anträge abzulehnen. Es geht um die Anträge 27, 28 und 29. Die Antragskommission ist der Meinung, daß die Aussagen der Überschriften dem Inhalt der einzelnen Abschnitte voll entsprechen und daß infolgedessen eine Änderung nicht notwendig ist.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. — Ich lasse über den Antrag der Antragskommission abstimmen, die Überschriften so beizubehalten. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Gegen wenige Stimmen ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Jetzt kommen Anträge zur Gliederung der Abschnitte. Das Wort hat zunächst Herr Dr. Gradl.

**Dr. Johann Baptist Gradl:** Für den Antrag Nr. 30, der sich auf die Gliederung der Abschnitte bezieht, gilt dasselbe. Die Antragskommission ist der Meinung, daß die Gliederung beibehalten werden sollte. Sie ist erstens sachgerecht, zweitens bringt sie durch ihre Übereinstimmung mit der aus dem ursprünglichen Berliner Programm übernommenen Gliederung auch die Kontinuität der beiden Programme zum Ausdruck.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist abzustimmen über den Antrag der Antragskommission und den Antrag

Nr. 30. Wer für den Antrag der Kommission auf Beibehaltung der Gliederung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Soweit ich sehe, ist die Gliederung einstimmig beibehalten worden.

Wir kommen nun zu den Anträgen zum Gesamtkapitel Nr. I. Sie wissen, daß zum Beispiel insbesondere der Antrag 32 eine ganz andere Formulierung vorschlägt. Dazu hat Herr Dr. Gradl das Wort.

**Dr. Johann Baptist Gradl:** Herr Vorsitzender, es handelt sich um die Anträge 31 und 32. Was den letzten Antrag, den Antrag Nr. 32, betrifft, so ist der Antragsteller damit einverstanden, daß dieser Antrag aufgegliedert und den jeweiligen Ziffern der Vorstandsvorlage in der weiteren Beschlußfassung alternativ gegenübergestellt wird.

Es bleibt also in diesem Augenblick der Antrag Nr. 31, der einen eigenen Vorspann zu dem Gesamtkapitel vorsieht. Die Antragskommission ist der Meinung, daß die Ziff. 1 bis 5 oder hier — genauer gesagt — die Ziff. 1 bis 4 bereits in der gebotenen Kürze und Deutlichkeit den Inhalt, den hauptsächlichsten Inhalt des Gesamtkapitels zum Ausdruck bringen und daß infolgedessen ein zweiter Vorspann nicht erforderlich ist.

Ich bitte also, den Antrag abzulehnen.

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: Der Vorschlag der Antragskommission ist also, den Antrag Nr. 31 abzulehnen. Wer diesem Vorschlag der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Gegen einige Stimmen ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen dann zu Ziff. 1, meine Damen und Herren.

Da ist also der Antrag Nr. 32 Ziffern 1 bis 4 in der Weise zu behandeln, wie das eben Herr Dr. Gradl schon angedeutet hat.

Ich möchte zunächst dem Sprecher der Antragskommission, Herrn Dr. von Weizsäcker, das Wort geben.

**Dr. Richard von Weizsäcker:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Antragskommission schlägt vor, zunächst über den Antrag Nr. 32 Ziffern 1 bis 4 in cumulo alternativ gegenüber den Ziffern 1 bis 5 der Antragskommission abstimmen zu lassen. Sollte dem Antrag Nr. 32 Ziffern 1 bis 4 zugestimmt werden, so würden sich die übrigen Anträge erledigen. Andernfalls behält sich die Antragskommission vor, zu den einzelnen Ziffern dann jeweils ihre Anträge zu stellen.

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: Irgendeine Empfehlung wird nicht abgegeben? — Meine Damen und Herren, ist klar, was jetzt hier vorgeschlagen wird? Es sollen praktisch die Ziffern 1 bis 4 des Antrags 32 den Ziffern 1 bis 5 des Vorstandsvorschlages alternativ gegenübergestellt werden. Wenn also diese Ziffern 1 bis 4 des Antrages 32 angenommen würden, dann würden sie insgesamt die Ziffern 1 bis 5 des Vorstandsvorschlages ersetzen.

Dazu hat der Antragsteller, Herr Leisler Kiep, das Wort.

**Walter Lelsler Klep:** Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Herr Dr. Schröder hat eben davon gesprochen, daß es darauf ankommt, als Christlich Demokratische Union eine langfristige Alternative zur Politik der Regierung darzulegen, eine Politik für morgen und übermorgen zu formulieren. Und dies hat uns veranlaßt, zu dem Bundesvorstandsentwurf einen kompletten, in sich geschlossenen Gegenentwurf vorzulegen.

Die Öffentlichkeit betrachtet die Christlich Demokratische Union in der Opposition und die Frage des bevorstehenden Regierungswechsels an der Fähigkeit der Opposition, sich als Alternative zur Regierung darzustellen. Und so, wie wir uns hier zu der künftigen Außenpolitik der Union einlassen, so wird auch weitgehend die Entscheidung und das Votum der Bevölkerung fallen.

Wir haben daher diese Alternative eingebracht, haben uns aber dazu bereit erklärt — wie der Vertreter der Antragskommission, Herr Dr. Gradi, eben begründete —, die einzelnen Passagen einzeln den Passagen des Bundesvorstandsentwurfs gegenüberzustellen. Unser Vorschlag Ziffern 1 bis 4, meine Damen und Herren, unternimmt jedoch den Versuch einer Alternative zu dem, was der Bundesvorstand vorgelegt hat. Wir stimmen mit den wesentlichen Punkten des Bundesvorstands überein, insbesondere mit dem, was im Bundesvorstandsentwurf zu Beginn gesagt worden ist.

Wir sind aber der Meinung, daß die Rolle der Bundesrepublik als Staat präziser dargestellt werden müßte und daß die Deutschland- und Außenpolitik mit klaren Aussagen konkreter sichtbar gemacht werden müßte.

Wir hielten das auch für nötig, meine Damen und Herren — ich möchte das mit aller Offenheit sagen —, weil wir den Eindruck bekommen haben, als ob der Vorstandsentwurf doch durch Verbiegen einiger Gedankenstriche und Kommata einige politische Aussagen ausgeklammert hat, die im Kohl-Köppler-Entwurf enthalten waren und die wir für bedeutungsvoll halten.

Der Antrag deckt sich, wie gesagt, mit den Aussagen des Bundesvorstandes und ist nur in einem Punkt unterschiedlich. Wir wollen mit unserer Aussage deutlich machen, daß die Bundesrepublik sich von einem Provisorium zu einem Staat entwickelt hat, zu einem freiheitlichen und sozialen Staat als einem Modell, und wir sind der Meinung, daß sich diese Bundesrepublik, von außen und innen bedroht, nicht selber zur Disposition stellen darf, um dadurch ihre Gegner innen und außen zu ermuntern, diesen Staat zu verändern.

Die Diskussion um die Bestimmung unseres außenpolitischen Standortes, meine Damen und Herren, scheint in der Vergangenheit darunter etwas gelitten zu haben, daß wir nur und ausdrücklich das Provisorium im Hinblick auf die deutsche Einheit in den Vordergrund gestellt haben. Wir brauchen aber in dieser Zeit der Konfrontation innen und außen und für die heranwachsende Generation ein eigenes Selbstverständnis dieser Bundesrepublik Deutschland.

Nach über 20 Jahren, meine ich, müssen wir uns selbst historisch begreifen, und wir müssen zu dem freiheitlichen Staat, den wir aufgebaut haben, ja sagen. Damit legen wir das politische Gewicht auf die Selbstbestimmung. Deshalb müssen wir auch in der Deutschland- und Ostpolitik für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts eintreten. Freiheit, Frieden und Einheit — das ist die Reihenfolge der politischen Ziele unserer Zeit, und so, meine Damen und Herren, sind wir die Erben der Politik, die Konrad Adenauer in dieser Bundesrepublik vor 20 Jahren begründet hat.

Die Bundesrepublik garantiert mit ihrer inneren Ordnung diese Freiheit. Sie hat sie mit ihrer Bündnispolitik im Westen sichern können. Sie ist die Alternative zum Unrechtsstaat im anderen Teil Deutschlands.

Ich darf Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen und unsere Passagen 1 bis 4 alternativ an Stelle des Entwurfs des Bundesvorstands in das Parteiprogramm aufzunehmen. — Vielen Dank.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Sie merken schon, daß das Präsidium zu dem Verfahren zurückgekehrt ist, das vor der Beratung des Kapitels IV allgemein üblich war. Das heißt, wir gehen zunächst einmal davon aus, daß nicht nur jemand dafür oder dagegen sprechen kann, sondern daß die Diskussion nach den Wortmeldungen erfolgt, soweit das irgend möglich ist, weil die behandelten Sachgegenstände sehr komplex sind.

Aber ich darf Sie gleichwohl bitten, soweit wie möglich Disziplin zu üben und immer zu prüfen, ob bestimmte Dinge nicht schon gesagt worden sind.

Es liegen jetzt zu diesem Punkt keine Wortmeldungen mehr vor. Die Antragskommission möchte aber noch dazu Stellung nehmen. Das Wort hat Herr Dr. von Weizsäcker.

**Dr. Richard von Weizsäcker**: Der wesentliche Inhalt der Ziffern 1 bis 4 des Antrags 32 ist, wie die Antragskommission meint, auch in den Ziffern 1 bis 5 des Vorstandsentwurfs enthalten. Die Hauptunterscheidung bezieht sich auf die Formulierung der Ziffer 1 des Antrags 32.

Die Begründung, die unser Freund Kiep hier gegeben hat, wird, wie ich vermute, von uns verstanden und geteilt. Aber hier die Formulierung der Ziffer 1 des Antrags 32 zu übernehmen, hieße, eine neue Provisoriumsdiskussion in einem neuen politischen Zusammenhang auszulösen. Sie hieße, damit mögliche Mißverständnisse, insbesondere in unserer Gegenüberstellung zur Politik der derzeitigen Bundesregierung, auszulösen. Wir sollten diesen Mißverständnissen nicht Tür und Tor öffnen. Die Antragskommission ist der Meinung, daß daher insoweit dem Antrag 32 nicht gefolgt werden kann.

Insofern im übrigen in den Ziffern 1 bis 4 des Antrags 32 beherzigenswerte Sätze enthalten sind, lassen sie sich aus systematischen Gründen aber in die vorliegenden Ziffern 1 bis 5 nicht einordnen. Aus diesen Gründen empfiehlt die Antragskommission, die Ziffern 1 bis 4 des Antrags 32 abzulehnen.

(Beifall)



**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Meine Damen und Herren, wer dafür ist, daß die Ziffern 1 bis 4 des Antrags 32 an die Stelle der Ziffern 1 bis 5 der Vorstandsvorlage gesetzt werden, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Das ist die große Mehrheit. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann beraten wir jetzt die Vorstandsvorlage. Zu Ziffer 1 liegen keine Gegenanträge und Wortmeldungen vor. Ich lasse gleich abstimmen. Wer für die Ziffer 1 in der hier vorgeschlagenen Form ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit. Damit ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 2 auf. Hierzu sind die Anträge 33 bis 38 zu behandeln. Für die Antragskommission hat Herr Dr. von Weizsäcker das Wort.

**Dr. Richard von Weizsäcker**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Ziffer 2 schlägt die Antragskommission zunächst vor, die Fassung des Vorstandes im zweiten Satz zu ändern. Dort heißt es bisher: „Die andauernde Teilung Deutschlands...“ Die Einleitungsworte mögen geändert werden in: „Das Andauern der Teilung Deutschlands...“ Die Begründung dafür ist folgende:

Sie werden in den gestellten Anträgen erkennen, daß die beabsichtigte Betonung der Ziffer 2, nämlich die Betonung auf dem Wort „andauernde“, überlesen werden kann. Und weil sie gelegentlich überlesen wird, führt das zu Abänderungsanträgen, insbesondere dazu, andere Gründe für den Ost-West-Konflikt zu nennen. Wenn jedoch klargestellt ist, daß die Betonung auf dem „Andauern“ liegt, wenn Sie also dem Antrag der Antragskommission folgen, umzuformulieren in „Das Andauern der Teilung...“, dann ergibt sich, daß die Anträge im übrigen nicht angenommen zu werden brauchen.

Im einzelnen wäre zum Antrag Nr. 33 zu sagen, daß die Fortdauer der Weltrevolution als Ziel des Kommunismus zwar ein wesentlicher, aber kein ausreichender, kein umfassender Grund für den Ost-West-Gegensatz ist. — Dasselbe gilt für den Antrag Nr. 34. Hier ist wiederum auf einen wesentlichen Grund hingewiesen, jedoch nicht auf die Motivlage im ganzen.

Zum Antrag Nr. 35 sind wir der Meinung, daß die Ideologie, die hier besonders genannt ist, im Antrag des Vorstandes, in dem von den politischen und vor allem den gesellschaftlichen Faktoren die Rede ist, mit enthalten ist. — Bei dem Antrag Nr. 36 und dem Antrag Nr. 37 handelt es sich — wie eingangs erwähnt — um Begründungen, die entfallen, wenn wir von „dem Andauern der Teilung“ sprechen.

Den Antrag Nr. 38 schließlich bitten wir abzulehnen, weil wir der Meinung sind, daß er in Ziffer 2 enthalten ist.

Insgesamt also, Herr Präsident: Veränderung in „Das Andauern der Teilung...“ und damit Ablehnung der zu dieser Ziffer gestellten Anträge!

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Schönen Dank! — Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Zunächst lasse ich über den Antrag Nr. 38 abstimmen, worin

begehrt wird, diesen Punkt ersatzlos zu streichen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Dieser Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen, der eben vorgetragen worden ist; er stimmt im wesentlichen mit der Formulierung der Ziffer 2 gemäß der Vorstandsvorlage überein, beginnt lediglich mit den Worten: „Das Andauern der Teilung Deutschlands . . .“ Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Der Vorschlag der Antragskommission ist, soweit ich sehe, einstimmig angenommen. Damit sind die Anträge Nr. 33 bis 37 entfallen.

Ich rufe nun Ziffer 3 auf. Hier sind die Anträge Nr. 39 bis 42 zu behandeln. Für die Antragskommission hat Herr Dr. von Weizsäcker das Wort.

**Dr. Richard von Weizsäcker:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Ziffer 3 schlägt die Antragskommission zunächst vor, die Fassung des Vorstandes in der dritten Zeile zu ergänzen. Es heißt dort: „. . . eine europäische Friedensordnung verwirklicht ist.“ Die Antragskommission schlägt vor, hinter dem Wort „Friedensordnung“ die Worte einzufügen: „auf der Grundlage der Menschen- und Gruppenrechte“.

Mit Annahme dieser Ergänzung hält die Antragskommission die wesentlichen Elemente des Antrags Nr. 42 für erledigt; seiner Annahme bedarf es nicht mehr. Die übrigen drei Anträge Nr. 39, 40 und 41 bittet die Antragskommission ebenfalls abzulehnen, weil sie in den Ziffern im übrigen — nicht nur in der Ziffer 3, sondern auch spätere in der Ziffer 6 — mit enthalten sind und hier keine Klärung und Präzisierung darstellen würden.

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: Das Wort zur Debatte hat Herr Dr. Frerichs, Rheinland. Danach spricht Herr Dr. Jahn.

**Dr. Göke Frerichs:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag Nr. 40.

Wir sind nicht der Auffassung, daß eine völlige Klarheit im Hinblick auf die europäische Friedensordnung in der Ziffer 6 geschaffen worden ist. Deswegen wollen die Antragsteller eine Verdeutlichung, indem in der Zeile 3 hinzugefügt werden soll: „. . ., die auch die deutsche Frage löst . . .“

Wir können uns, Herr von Weizsäcker, keine europäische Friedensordnung vorstellen, die die deutsche Frage nicht löst. Deswegen wollen wir es ganz klar expressis verbis hier zum Ausdruck bringen, weil wir der Ansicht sind, daß dies in den anderen Ziffern nicht deutlich herauskommt. Wir wollen die Spekulationen, die wir heute auch sehr oft draußen in der Koalition sehen, daß nämlich eine Friedensordnung ohne Lösung der deutschen Frage möglich wäre, ein für allemal vom Tisch wischen! Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, diesem Zusatz Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Als nächster Redner hat Herr Dr. Jahn, Braunschweig, das Wort.

**Dr. Hans-Edgar Jahn**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Namen meiner Freunde darf ich mitteilen, daß, nachdem Herr Dr. von Weizsäcker hier die Erklärung zu Antrag Nr. 42 abgegeben hat, wir der Auffassung sind, daß unser Antrag in dem Antrag der Antragskommission konsumiert ist. Wir werden dem zustimmen.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Herr Dr. von Weizsäcker.

**Dr. Richard von Weizsäcker**: Ich möchte nur noch einmal unserem Freunde Frerichs sagen: Eine Meinungsverschiedenheit in der Sache besteht ganz offensichtlich nicht. Es ist nur die Frage, inwieweit man in der einen oder anderen Version die Dinge klarer zum Ausdruck gebracht empfindet. Wir sind der Meinung, daß dies schon in der Ziffer 3, wo davon die Rede ist, daß wir für die Freiheit und die Einheit der Deutschen eintreten, und zwar im Rahmen dieser Friedensordnung, ebenso klargestellt ist wie nachher in Ziffer 6. In der Sache selbst gibt es, wie gesagt, keine Differenz!

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Antrag Nr. 40 ist ein Zusatzantrag zu dem Antrag der Antragskommission; ich lasse über ihn zuerst abstimmen. Wer für den Antrag Nr. 40 ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Ich muß die Abstimmung wiederholen. Ich bitte diejenigen, die für Antrag Nr. 40 sind, um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Das letztere war die Mehrheit; damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Antragskommission abstimmen. Wer ihm zustimmt, den bitte ich, das Handzeichen zu geben. — Danke schön. Bitte die Gegenprobe! — Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe nun Ziffer 4 auf. Hier sind die Anträge Nr. 43 bis 45 zu behandeln. Das Wort hat Herr Dr. von Weizsäcker.

**Dr. Richard von Weizsäcker**: Zu Ziffer 4 schlägt die Antragskommission vor, den Antrag Nr. 45, der eine Neufassung des Satzes 2 beinhaltet, anzunehmen, weil er denselben Gedanken in einer klareren und gestraffteren Form zum Ausdruck bringt.

Dagegen ist die Antragskommission der Meinung, daß die Anträge Nr. 43 und 44 abgelehnt werden sollen. Übrigens ist, soviel ich weiß, Herr Präsident, Antrag Nr. 44 zurückgezogen. Zu Antrag Nr. 43 schlägt die Antragskommission die Ablehnung vor, weil hierin Gedanken enthalten sind, die teilweise in späteren Ziffern vorkommen, im übrigen jedoch in der Ziffer 4 der Vorstandsvorlage klarer ausgedrückt sind.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Danke schön! — Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Ich lasse zunächst über den Antrag Nr. 45 abstimmen, der den zweiten Satz der Vorstandsvorlage ersetzen soll; das würde dem Vorschlag der Antragskommission entsprechen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich lasse nun über die Ziffer 4 mit der eben beschlossenen Änderung, im übrigen aber im Wortlaut der Vorlage des Vorstandes abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Bitte die Gegenprobe! — Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 5 auf. Hier liegt Antrag 46 vor. Bitte, Herr Dr. von Weizsäcker.

**Dr. Richard von Weizsäcker**: Die Antragskommission schlägt vor, den Antrag 46 abzulehnen, weil sie der Meinung ist, daß die Ziffer 5 als ein wesentlicher Bestandteil des Programms erhalten bleiben sollte.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse also über Ziffer 5 abstimmen. Wenn sie angenommen wird, ist gleichzeitig Antrag 46 abgelehnt. Wer für Ziffer 5 in der vorgeschlagenen Fassung ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit, weil ein verhältnismäßig ungewöhnliches Verfahren vorgeschlagen und besprochen wird. Ich rufe nicht nur Ziffer 6 auf, sondern Ziffer 6 bis 9 der Vorstandsvorlage gleichzeitig. Das ist das Kapitel, das mit der Überschrift „Deutschlandpolitik“ versehen ist. Sie werden gleich aus der Begründung der Antragskommission hören, warum so verfahren werden soll. Das Wort für die Antragskommission hat Herr Dr. Gradl.

**Dr. Johann Baptist Gradl**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Die Antragskommission schlägt in der Tat vor, den Abschnitt „Deutschlandpolitik“, also die Ziffern 6 bis 9 der Programmvorlage, als Einheit zu behandeln. Die Anträge dazu stehen in einem inneren Zusammenhang, obwohl sie zum Teil kontrovers sind. Sie beziehen sich alle auf das Kapitel und greifen einmal die eine oder andere Ziffer dieses Kapitels mit ihren Vorschlägen auf. Das Kapitel selbst wiederum ist von der Programmkommission, vom Vorstand in langen Diskussionen schließlich als ein Ganzes konzipiert worden und muß auch so verstanden werden. Im übrigen gibt es zwischen den Aussagen des Kapitels „Deutschlandspolitik“ so viele Verbundenheiten und Bezüge, daß es auch der Antragskommission zweckmäßig erscheint, dieses Kapitel im ganzen zu behandeln, infolgedessen — ich wiederhole es — auch die Anträge.

Zu diesen Kapiteln liegen 36 Anträge vor, die Ihnen allen in der großen Drucksache zur Kenntnis gegeben sind. Es sind die Anträge 47 bis 82. Hinzu kommen zwei nachgereichte Anträge, die einbezogen werden müssen. Das sind die Anträge 953 und 995. Dies zum Verfahren.

In der Sache möchte ich zunächst für die Antragskommission eine Vorbemerkung machen. Die Antragskommission sieht durchaus, daß manche Anträge, die zu diesem Kapitel eingebracht worden sind, im Grunde genommen dadurch ausgelöst wurden, daß der Text des Berliner Programms in der fortgeschriebenen Fassung erheblich gestrafft, also verkürzt worden ist und daß dadurch manche Aussagen nicht mehr so ausführlich und präzise sind, wie sie dem einen oder anderen in der ursprünglichen Fassung des ersten Berliner Programms erschienen sein mögen. Auch indem die Antragskommission dies respektiert, meint sie, Ihnen in der Sache dennoch vorschlagen zu sollen: Der Parteitag möge es im ganzen bei den Ziffern 6 bis 9 der Programmvorlage belassen und möge damit die Anträge, die ich genannt habe — 47 bis 82, 953 und 995 —, als erledigt bescheiden.

Die Antragskommission meint, daß der deutschlandpolitische Standort der Christlich Demokratischen Union mit den notwendigen grundsätzlichen Aussagen in den Ziffern 6 bis 9 ausreichend fixiert ist und daß ebenso auch die Zielsetzungen der Deutschlandpolitik der Christlich Demokratischen Union in diesem Kapitel „Deutschlandpolitik“ deutlich und eindeutig zum Ausdruck kommen. Die Antragskommission ist weiter der Meinung, daß der Text, so wie er vorliegt, die von der Sache her notwendige sachliche Ausgewogenheit hat. Die Antragskommission meint schließlich, daß der Text, wie er Ihnen in der Vorlage gegeben ist, für die konkrete deutschlandpolitische Arbeit und Aktivität der Christlich Demokratischen Union und ihrer Bundestagsfraktion jene Elastizität aufweist, die notwendig ist, und daß zugleich klargemacht ist, innerhalb welcher Grenzen sich diese Elastizität zu halten hat. Dies alles sind die Gründe, meine Damen und Herren, aus denen Ihnen die Antragskommission empfiehlt, Ziffern 6 bis 9 gemäß Programmvorlage anzunehmen und die genannten Anträge damit als erledigt zu bescheiden.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Dem Präsidium scheint es zweckmäßig zu sein, jetzt nicht eine isolierte Debatte über die Frage zu führen, ob über die Ziffern 6 bis 9 gemeinsam abgestimmt werden soll, sondern die Wortmeldungen aufzurufen. Die Redner werden sich zum Teil auch zu dieser Frage äußern, wenn sie ihre Anträge begründen — was gleichzeitig bedeutet, daß sie der Meinung sind, es solle nicht so verfahren werden, wie die Antragskommission abzuhandeln vorschlägt. Aus diesem Grunde würde ich empfehlen, keine gesonderte Geschäftsordnungs- oder Verfahrensdebatte zunächst zu führen. Ich gebe das Wort jetzt in der Reihenfolge der Wortmeldungen zu den Ziffern 6 bis 9 und den dazu gestellten Anträgen, wobei die einzelnen Redner bitte immer sagen mögen, zu welchem Antrag sie sprechen. Ich möchte jetzt zur Begründung der Anträge das Wort Herrn Leisler Kiep geben.

**Walter Leisler Kiep**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Unser Fraktionsvorsitzender hat gestern morgen bereits betont, daß die CDU ein Deutschland- und Ostpolitikkonzept hat und in der Kontinuität von Adenauer,

Schröder, Erhard und Kiesinger jetzt ihre außenpolitische Opposition betreibt. Unsere Kritik an der gegenwärtigen Regierung wird von der deutschen Öffentlichkeit vor allen Dingen deshalb verstanden, weil wir unsere Maximen nennen und deutlich machen können, daß unsere Politik den Realitäten entspricht, aber nicht immobil ist. Wir können in unserer Ostpolitik, was heute meist vergessen wird, auf Erfolge und Ansätze aus den Zeiten zurückgreifen, in denen CDU-Kanzler und CDU-Außenminister die deutsche Politik bestimmt haben. Ich brauche nur an Gerhard Schröders Ostpolitik, an die Bemühungen von Bundeskanzler Erhard und seine Friedensnote vom März 1966 zu erinnern, in der er den Begriff des Gewaltverzichts eingeführt hat, und schließlich — das scheint besonders wichtig — brauche ich nur daran zu erinnern, daß ein Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger Verhandlungen mit der Regierung in Ost-Berlin angestrebt hat, daß ein Kanzler Kurt Georg Kiesinger sich bemüht hat, mit der Sowjetunion Gewaltverzichtsverhandlungen zu führen, die diesen Namen tatsächlich verdienen. Auf allen Gebieten haben wir also Akzente einer aktiven Ostpolitik gesetzt und die Bereitschaft zu Verhandlungen mit dem Osten konkret bewiesen.

Wir wollen der deutschen Öffentlichkeit — und das muß in unserem Programm ganz klar zum Ausdruck kommen — deutlich machen: Wenn wir die Politik von Brandt und Scheel kritisieren, dann bedeutet das kein grundsätzliches Nein zur Ostpolitik. Wir meinen vielmehr, daß diese Regierung den falschen Pfad eingeschlagen hat, daß sie sich so in Zugzwang bringt, daß sie nicht mehr Herr ihrer eigenen Politik bleibt. Deshalb tut sie jetzt auch, was sie kann, um zu verbergen, daß sie nichts kann, was sie tut.

Was unsere Politik zur aktuellen Lage angeht, so haben wir das Notwendige in der Fraktion gesagt, auch zu den Verträgen. Vertragspapiere, meine Damen und Herren, gleichen aber nicht Sparbüchern. Es bedeutet keinen Gewinn und kein Guthaben, wenn sie vollgeschrieben sind.

Wir wollen deutsche Ostpolitik betreiben, um die europäische Spaltung zu überwinden, und lehnen daher russische Westpolitik ab, die diese Spaltung vertieft.

(Vereinzelt Beifall)

Ich meine jedoch, daß wir mit der Kritik an dieser hastigen, kurzatmigen Politik der Bundesregierung, die von der Hand in den Mund lebt, mit dieser Kritik auch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten dürfen.

Wenn wir die Teilung Europas überwinden wollen, müssen wir mit dem Osten verhandeln, zäh und langfristig. Daher muß unser Programm eine Ostpolitik mit einem realen Spielraum skizzieren. Die Aussagen und Maximen zur Deutschland- und Ostpolitik, meine Damen und Herren, dürfen in der Klarheit nicht hinter unseren anderen Programmaussagen zurückstehen. Unser Programm darf kein unbegrenzter Zitatenschatz für alle Gelegenheiten sein. Wir müssen sagen, wie unsere Ostpolitik aussieht, wenn wir regieren.

Um unsere Politik zu verwirklichen, sollten wir deshalb — das ist der Vorschlag, den ich Ihnen unterbreiten möchte — in Ziffer 6 des Bundesvor-

standsentwurfs den letzten Satz streichen und dafür den folgenden Satz anfügen: „Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR und die Sicherung des freien Berlins sind für uns Ziel und Maßstab der Deutschlandpolitik und bestimmen daher auch unsere Haltung in der Frage der Anerkennung oder Nichtanerkennung einer Regierung in Ost-Berlin.“

Dies ist eine wichtige Änderung, und mit dieser Änderung würden wir auch den Anträgen Rechnung tragen, die in dem Papier Kohl/Köppler der Programmkommission und in den Anträgen den Jungen Union und des Kreisverbandes Frankfurt zum Ausdruck kommen.

Weiterhin möchte ich Sie bitten zuzustimmen, daß wir in Ziffer 7 den letzten Satz ersetzen durch folgenden Satz — ich zitiere —: „Wir wollen alle Verbindungen fördern, die im Besuch von Verwandten und Freunden, in der Begegnung der Jugend und der Kirchen, im Austausch von Wissenschaft und Kunst, im sportlichen Wettkampf und in der wirtschaftlichen und technologischen Beziehung ihren Ausdruck finden.“

Ich meine, daß wir mit dieser Formulierung zurückfinden zu der sehr klaren und guten Formulierung, wie sie im Kohl/Köppler-Papier stand. Und ich glaube, daß wir hier das erfüllen, was ich eingangs sagte, meine Damen und Herren: Eine klare Alternative zu der gegenwärtigen Politik der Regierung, eine klare Aussage an die Bevölkerung der Bundesrepublik, welche Politik die CDU/CSU betreiben wird, wenn sie an der Regierung ist.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag im Interesse eines Parteiprogramms, das uns auch auf diesem wichtigen Gebiet in die Lage versetzt, in den kommenden Monaten und Jahren unsere Alternativen der deutschen Bevölkerung klar, glaubwürdig und verständlich darzulegen. Vielen Dank.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen mitteilen, daß für die Aussprache zu diesen Punkten bisher 17 Wortmeldungen vorliegen. Ich rufe jetzt immer gleich einige hintereinander auf, damit die Redner sich schon darauf vorbereiten können: Herr Dr. Jahn, Braunschweig, Herr Dr. Henning Jakob, Hannover; Herr Simon, RCDS, Herr Schulze-Stapen, Westfalen-Lippe.

**Dr. Hans-Edgar Jahn**: Liebe Parteifreunde — zu Antrag Nr. 62, Ziffer 6 — Wir bitten, den letzten Halbsatz des ersten Abschnitts der Ziffer 6 zu ändern, daß es heißt: „... die auf der freien Entscheidung in den getrennten Teilen Deutschlands beruht.“

Wir sollten nicht im Programm unserer Partei sagen: „beide Teile Deutschlands“. Wir sind ein Deutschland, wie es das Grundgesetz in der Präambel und im Artikel 23 uns aufgibt und wie es das Bundesverfassungsgericht bestätigt hat. Wir wollen keine Diktionen übernehmen, die unsere bisherigen Ziele vernebeln und andere im Laufe der Zeit durchsetzen.

(Beifall)

Früher sagten wir „Sowjetisch besetzte Zone Deutschlands“; das ist gar nicht lange her. Und international hieß es „so called GDR — sogenannte DDR“. Früher hieß es bei uns „Mitteldeutschland“; die SPD machte daraus DDR, zuerst mit Anführungszeichen, dann DDR ohne Anführungszeichen, dann „die beiden Teile Deutschlands“, dann „der andere Teil Deutschlands“ und dann „zwei Staaten deutscher Nation“. Und die SPD forderte schließlich die „Koexistenz zweier Gesellschaftsordnungen“. Gestern sagte sie de facto und — wenn wir Herrn Wehner vom Wochenende nehmen — bereits heute de jure zur Anerkennung ja.

Das ist eine Eskalation in Richtung Anerkennung des totalitären Herrschaftssystems in Mitteldeutschland, der wir begegnen sollten, indem wir klar in unseren Diktionen und klar in unseren Vokabeln bleiben. Am Ende kann, wenn wir hier nicht aufpassen, die kommunistische Diktatur in Pankow gemäß der Verfassung die Wiedervereinigung unter sozialistischen Vorzeichen fordern.

Liebe Parteifreunde! Wir sind es uns und den Deutschen hinter der Mauer und dem Eisernen Vorhang schuldig, programmatisch auszusprechen, daß wir wider Recht und Willen getrennt sind.

Wir bitten, unserem Antrag zu entsprechen, der übrigens auch vom Antrag des Landesverbandes Westfalen gedeckt ist.

Wir bitten weiter um folgende Änderung zu Ziffer 6 Absatz 2. Dazu liegt ein Änderungsantrag, der mit vielen Freunden heute vormittag abgestimmt worden ist, vor — Änderungsantrag Nr. 995 zu Ziffer 6 —. Ich darf zitieren: „Wir lehnen die Anerkennung jedes totalitären Herrschaftssystems in Deutschland ab. Solange Deutsche noch in Unfreiheit leben müssen, betrachten wir es als unsere moralische und politische, in der Präambel des Grundgesetzes bindend festgelegte Pflicht, für ihre Freiheit einzutreten und insbesondere dort für sie zu sprechen, wo sie schweigen müssen.“

(Lebhafter Beifall)

Meine lieben Freunde! Das haben wir unter Punkt 4 des Berliner Programms einstimmig und weitergehend beschlossen. Und wer der Meinung ist, daß sich seit dem Berliner Parteitag am totalitären Herrschaftssystem über 17 Millionen Deutsche etwas geändert hat, dem steht es frei, es hier und heute zu beweisen.

(Beifall)

Ich bitte ganz herzlich, unserem Antrag zuzustimmen, und zwar einzeln abzustimmen.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich gehe immer davon aus, daß alle Redner, die sich hier gemeldet haben, ihren Antrag begründen — um das noch einmal zu sagen —.

Als nächster hat das Wort Herr Dr. Henning Jakob zu Antrag Nr. 53.



**Dr. Henning Jakob:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe hier den Antrag Nr. 53 auf Seite 16 zu begründen.

Meine Damen und Herren! In der Zielsetzung liegt dieser Antrag in derselben Richtung der Anträge, die Herr Dr. Jahn eben vertreten hat. Wir meinen, daß die Aussage in Ziffer 6 der Vorstandsvorlage in einem entscheidenden Punkt zu unklar ist.

Unsere gesamte Partei, meine Damen und Herren, ist sich doch wohl darüber einig, daß wir die kommunistische Zwei-Staaten-Theorie mit allem Nachdruck zurückweisen. Und ich meine, meine Damen und Herren, das ist doch ein derartiger Kardinalpunkt, daß wir das auch in unserem Programm sagen müssen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich habe bei intensiver Durchsicht dieses Programms leider keinen Passus finden können, der dies zum Ausdruck bringt. Wahrscheinlich war die Absicht der Verfasser, in dem zweiten Halbsatz des ersten Satzes diese Dinge zu sagen, in dem Bezug genommen wird auf den Deutschlandvertrag und die Verantwortung der vier Mächte. Aber, meine Damen und Herren, ich meine, daß diese Aussage zu unklar ist, daß wir sie präziser fassen müssen.

Auch rechtliche Bedenken haben mich dazu bewogen, hier für eine präzisere Fassung einzutreten. Auch der Deutschlandvertrag ist eine Sache, die durch den ganz gefährlichen Grundsatz der normativen Kraft des Faktischen tangiert werden kann.

Deshalb — so meine ich — sollten wir hier entsprechend unserem Antrag diesen Halbsatz wie folgt modifizieren: „Sie“ — die deutsche Politik — „muß dabei vom rechtlichen Fortbestand des gesamtdeutschen Staates in seinen Grenzen am 31. 12. 1937 ausgehen.“

Im übrigen bleibt der Text unverändert.

Unser Antrag sieht dann weiterhin vor, daß der zweite Absatz etwas anders gefaßt wird. Wir meinen, daß die Einteilung dieser Ziffer in zwei Absätze nicht ganz korrekt ist. Wir meinen, der letzte Satz des ersten Absatzes gehört seinem Sinne nach in den Abs. 2 hinein, weil nämlich in dem Relativsatz von der freien Entscheidung in beiden Teilen Deutschlands gesprochen wird und dieser Gedanke dann im ersten Satz des zweiten Absatzes fortgeführt wird.

Daher beantragen wir hier eine nach unserer Auffassung der Klarstellung dienliche etwas andere Fassung. Ich darf bitten, unserem Antrag zuzustimmen.

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, der nächste Redner spricht nicht zur Begründung von Anträgen; es handelt sich nämlich um ein Mitglied des RCDS, der ja hier nicht antragsberechtigt ist. Ich darf bei der Gelegenheit bitten, nach Möglichkeit im übrigen doch sich auf Begrün-

dungen zu beschränken und Kontroversen nachher so sehr wie möglich einzugrenzen.

Das Wort hat Herr Simon vom RCDS.

**Uwe-Rainer Simon (RCDS):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da der RCDS nicht antragsberechtigt ist, möchte ich den Antrag Nr. 50 unterstützen und ihn auch, aus unserer Sicht jedenfalls, begründen.

*Ich stimme mit dem, was Herr Dr. Jahn oben gesagt hat, in bezug auf die Klarheit und die Stringenz und die Sicherheit unserer Zielvorstellungen vollständig überein. Es muß Aufgabe dieses Parteitages sein, gerade wegen der verfehlten Politik der Bundesregierung, hier deutlich zu machen, welche Zielvorstellungen wir haben, in welchen Schritten und mit welchen Prioritäten wir die Dinge angehen. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, dem Antrag Nr. 50 zu entsprechen, weil er nämlich sehr viel besser als die jetzige Vorstandsvorlage darstellt, welche Zielvorstellung die CDU in ihrer Deutschlandpolitik vertritt.*

Wir haben immer gesagt, daß wir uns eine Überwindung der deutschen Spaltung nur in einer friedlichen Ordnung für Europa denken können. Wir haben auch immer — und das ist alte Adenauersche Politik schon aus den 50er Jahren — gesagt, daß wir uns das nur vorstellen können, wenn das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen gewährleistet ist. Auch dies steht im zweiten Teil des ersten Satzes des Antrages Nr. 50. Wir gehen dann in diesem Antrag Nr. 50 dazu über zu sagen: Da das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes nur in der Bundesrepublik verwirklicht ist, muß es unsere Aufgabe sein, dafür zu kämpfen, daß auch unsere Landsleute im anderen Teil Deutschlands dieses Selbstbestimmungsrecht bekommen können und daß wir gleichzeitig durch diesen Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen im anderen Teil auch das freie Berlin sichern müssen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie an einen Vorschlag unseres hochverehrten ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer erinnern, den er 1959 dem damaligen Ministerpräsidenten der UdSSR vertraulich unterbreitet hat und den Sie in den Memoirenbänden von Konrad Adenauer nachlesen können. Er hat gesagt, daß er bereit sei, wenn den Menschen im anderen Teil Deutschlands mehr Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht gewährt wird, einem Status ähnlich dem österreichischen Neutralitätsstatus zuzustimmen. Das heißt, schon Adenauer und Bundeskanzler Erhard sowie Außenminister Schröder und Bundeskanzler Kiesinger und der jetzige Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion haben in allen Erklärungen seit 1959 immer wieder dargestellt: Es geht uns um die Verwirklichung der Menschenrechte, und wir sind bereit, Opfer zu bringen, sogar das Opfer der Einheit, wenn dafür unsere Landsleute selber über sich bestimmen können.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten von diesem bewährten Grundsatz auch nicht einen Deut — Herr Jahn — im Interesse der Klarheit und der Sicherheit unserer Deutschlandpolitik abweichen. Denn wenn wir es ernst meinen mit dem Selbstbestimmungsrecht, meine sehr verehrten Par-

teifreunde, dann müssen wir auch der Bevölkerung in der DDR das Recht zubilligen, daß sie nicht mit uns wiedervereinigt werden will, wenn sie dafür ihre Freiheit und ihre Selbstbestimmung bekommt. Denn dies, meine Damen und Herren, sind nicht gleiche Dinge. Das bedeutet nicht, damit kein Mißverständnis aufkommt, daß wir in der Bundesrepublik nicht nach wie vor für die Einheit eintreten und daß wir nicht darum kämpfen, daß wir mit unseren Landsleuten im anderen Teil Deutschlands wiedervereinigt werden. Aber wir müssen, wenn wir das Selbstbestimmungsrecht ernst nehmen, ihnen diese Entscheidung wirklich freistellen, und nicht mehr und nicht weniger sagt der Antrag Nr. 50.

Damit sprechen wir auch, lieber Herr Jahn, keine Anerkennung eines totalitären Staates aus. Wir sprechen keinerlei moralische Wertung für dieses System aus. Im Gegenteil! Wir müssen den gesellschaftspolitischen Kampf noch sehr viel stärker führen, als wir das bisher in den letzten Jahren getan haben; wir müssen es gerade, weil diese Bundesregierung und vor allen Dingen der Fraktionsvorsitzende der SPD Schritt für Schritt der Salamtaktik Ulbrichts nachgibt, hier klare Gegenpfehle setzen und müssen ganz deutlich machen, daß das weder die Zielvorstellung noch Einzelschritte sind, die die CDU hier mitvollziehen will.

Ich muß in dieser Frage, weil wir uns heute schon einmal und gestern auch über die Begründung unserer Politik durch unsere führenden Vertreter unterhalten haben, an unseren verehrten ehemaligen Bundeskanzler, unseren Parteivorsitzenden Herrn Dr. Kurt-Georg Kiesinger, die Frage richten, ob er nicht auch der Meinung ist, daß das, was im Antrag Nr. 50 steht, sehr viel eher die praktische Politik, die er in seiner Regierungserklärung schon 1967 immer wieder dargestellt hat, sehr viel besser darstellt und unterstützt als das, was jetzt in sehr viel unklarerer Formulierungen im Vorstandsentwurf steht.

Ich meine, meine lieben Parteifreunde, wir sollten im Interesse der Klarheit, der Logik, der Glaubwürdigkeit und der Kontinuität ohne Mißverständnisse zu der Fassung des Antrags Nr. 50, den auch die Junge Union und der RCDS unterstützen, finden und damit eine wirkliche echte Alternative zur Regierungspolitik für alle in der Bundesrepublik und in der Welt sichtbar machen. — Ich danke Ihnen.

(Teilweiser Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ohne jemand mahnen zu wollen, nur damit Sie es im Bewußtsein haben, will ich sagen, das war der zweite Redner, der jetzt die Anträge Nr. 50 sowie auch die Anträge Nr. 58 und 61, die mehr oder minder inhaltsgleich sind, befürwortet hat.

Als nächster hat das Wort Herr Schulze-Stapen, Westfalen-Lippe, zu Antrag Nr. 48. Ich darf dann gleich weiter aufrufen Herrn Dübel von der Exil-

CDU, dann Herrn Alo Hauser, Rheinland, und Herrn Dieter Weirich, Hessen, Herr Schulze-Stapen!

**Christoph Schulze-Stapen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich begründe den Antrag Nr. 48 des Landesverbandes Westfalen-Lippe in Übereinstimmung mit dem Landesverband Rheinland.

Im Abs. 1 unseres Antrages wird Gleiches gefordert wie im Antrag Nr. 47, und insoweit ist Abs. 1 unseres Antrages durch diesen Antrag der CDU Rheinland abgedeckt. Sollte es jedoch dazu kommen, daß dem Antrag, den Herr Dr. Jahn vorgeschlagen hat, zugestimmt wird, halte ich unseren Antrag Abs. 1 und 2 für erledigt. Sollte es jedoch nicht dazu kommen — und das ist ja jetzt nicht vorauszusehen —, dann bitte ich den Parteitag, uns darin zu folgen, daß in Abs. 2 der Ziffer 6 der Vorstandsvorlage statt der Formulierung, auf die „Unterdrückung der Grund- und Menschenrechte“ in der DDR hinzuweisen, neu formuliert wird, auf die „Unterdrückung ihrer Grund- und Menschenrechte“ hinzuweisen. Wir schließen uns damit analog der Formulierung des ersten Teils dieses Satzes an, wo es heißt, „solange ihnen die Möglichkeit hierzu verwehrt wird“.

Zur Begründung möchte ich folgendes sagen: Wir glauben, daß es besser und klarer und überzeugender ist, in einem Parteiprogramm für die gleiche Sache einen einheitlichen und nicht zwei verschiedene Begriffe zu verwenden, also nicht nebeneinander einmal zu sagen „die beiden Teile Deutschlands“ oder „der andere Teil Deutschlands“ und zum anderen die Bezeichnung „DDR“ zu verwenden. Wir halten es nicht für richtig, den von den Machthabern im anderen Teil Deutschlands okkupierten Begriff DDR, der inhaltlich zudem noch im Gegensatz zu der wirklichen Lage im anderen Teil Deutschlands steht,

(Zustimmung)

wie die gegenwärtigen Ereignisse offensichtlich beweisen, im Programm der CDU Deutschlands zu verwenden. Das entspricht nach unserer Auffassung auch dem Grundgesetz, und insoweit möchte ich sagen, daß die gerade von Herrn Simon vorgeschlagene Fassung zu Mißverständnissen führt, ob wir noch den Auftrag des Grundgesetzes in vollem Umfange zu dem unsrigen machen.

So sehr die Bezeichnung DDR der Zeit zum gängigen und modischen Sprachgebrauch gehören mag, in der programmatischen Aussage der CDU ist er nicht am Platze.

(Beifall)

Ich bitte Sie, unserem Antrage dann zuzustimmen, wenn die Formulierung, die Herr Dr. Jahn vorgeschlagen hat, nicht Ihre Zustimmung findet.

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Dübel von der Exil-CDU.

**Siegfried Dübel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich im wesentlichen meinem Vorredner anschließen und Antrag 48 begründen.

Ich bin der Meinung, daß es tatsächlich nicht sinnvoll ist, im CDU-Programm von DDR zu sprechen. Ich wende mich ferner dagegen, daß Antrag 61, Antrag der Jungen Union, angenommen wird. Es ist nicht gut, wenn wir im Parteiprogramm der CDU die Problematik der Anerkennung aufgreifen.

Wir haben heute die politische Situation, daß es in Verhandlungen der Regierung wenigstens gelungen ist, die Sowjetunion dahin zu bringen, daß sie die Frage der Anerkennung selber nicht mehr in den politischen Mittelpunkt rückt, und es wäre von da her außerordentlich unklug, unter welchen Aspekten auch immer, in einem Parteiprogramm der Christlich Demokratischen Union die Frage der Anerkennung von uns aus in irgendeiner Weise anzusprechen, auch nicht in Verbindung mit dem Selbstbestimmungsrecht.

(Beifall)

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Hauser, Rheinland, das Wort.

**Alo Hauser:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es mit der Fortschreibung des Berliner Programms zu tun. Im Berliner Programm war festgestellt worden, daß die Grundwerte unserer freiheitlichen Ordnung unantastbar seien im Rahmen der notwendigen Verhandlungen, die zur Erleichterung für die Menschen im anderen Teile Deutschlands führen sollten. Im Berliner Programm war auch festgestellt worden: wir lehnen die Anerkennung des totalitären Herrschaftssystems im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands ab.

Der Kreisverband Bonn ist der Meinung, daß eine Fortschreibung des Berliner Programms nicht in dem Sinne erfolgen sollte, daß solche fundamentalen Feststellungen weggelassen werden,

(Beifall)

weil der Wegfall dessen, was in Berlin unser aller Meinung war, in der Tat zu Mißverständnissen führen könnte, sowohl in der Frage der Anerkennung oder der Nichtanerkennung, als auch in der Frage dessen, was wir in Verhandlungen zur Erleichterung für die Menschen im anderen Teile Deutschlands an Zugeständnissen zu machen bereit sind.

Insofern plädieren wir für die Wiederherstellung der alten Vorlage im Sinne der Anträge 51 und 64.

Ich habe festgestellt, daß Antrag 995, den Herr Kollege Jahn mit anderen Delegierten hier eingebracht hat, in bezug auf die Nichtanerkennung des totalitären Herrschaftssystems unseren Intentionen entspricht und dabei besser gefaßt ist. Ich ziehe deshalb Antrag 51 zugunsten von 995 zurück und plädiere für dessen Annahme und für die Einfügung folgenden Satzes in Ziff. 7: „... die Grundwerte unserer freiheitlichen Ordnung sind nicht antastbar ...“

(Beifall)

**Dr. Walter Wallmann** (hat im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Bundesparteitages den folgenden Beitrag zu Antrag 62 zu Protokoll gegeben):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte für den Antrag 62 sprechen. Zuvor möchte ich anmerken, daß ich nicht Mitglied der Union der Vertriebenen bin. Ich bin auch weder Flüchtling noch Vertriebener. Ich sage das deswegen, weil gerade zu dem anstehenden Thema auch Delegierte sprechen sollten, die nicht ihre Heimat verloren haben.

Ich spreche hiermit gleichzeitig gegen die Bundesvorstandsvorlage. Soweit in dem fraglichen Passus Streichung beantragt worden ist, ist das begründet. Denn die Vorlage vermag schon sprachlich nicht zu überzeugen. Außerdem ist die vorhergestellte Aussage so umfassend, daß das folgende damit abgedeckt ist. Die Ziffer 6 dieses Entwurfes soll der Ziffer 4 der ersten Fassung des Berliner Programms entsprechen.

Dort heißt es: „Wir lehnen die Anerkennung des totalitären Herrschafts-systems im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands ab.“ Damals in Berlin hatte diese unsere Aussage unbestreitbare Gültigkeit. Sie wurde einstimmig verabschiedet. Sie hatte für uns zentrale und grundsätzliche Bedeutung. Diese Aussage soll jetzt ausgespart werden. Ist das aus Unbedachtsamkeit geschehen, haben wir unsere Meinung, hat sich die Sache verändert? Ist es aus Fahrlässigkeit geschehen, dann ist die beantragte Änderung unproblematisch. Ein Meinungswechsel in dieser Sache wäre allerdings unvertretbar; denn die Sache hat sich nicht geändert. Das totalitäre Regime im anderen Teil Deutschlands hält an, den Menschen werden nach wie vor die Grundrechte verweigert, die Unfreiheit besteht fort. Deswegen haben wir weiterhin für diejenigen zu sprechen, die nicht frei reden, nicht frei entscheiden und nicht frei handeln können.

Verhängnisvoll wäre allerdings, wenn jemand die Auffassung vertreten sollte, die beantragte Änderung müsse unterbleiben, weil sie nicht mehr in die politische Landschaft passe. Wer sich aus solchen Erwägungen gegen den Antrag 62 wendet, handelt in einer fundamental wichtigen Frage nicht nach seiner Ansicht, sondern er folgt einem scheinbar unaufhaltsamen Trend. Solcher Opportunismus ist uns nicht gestattet.

Gestatten Sie mir noch ein kurzes Wort zu dem, was vorhin der Vertreter des Landesverbandes Westfalen-Lippe über den Begriff DDR gesagt hat. Ich stimme unserem Parteifreunde in seinen Bedenken gegen die Aufnahme dieser Vokabel in unser Programm in vollem Umfange zu. Denn machen wir uns nichts vor: Das von uns benutzte Vokabular hat nicht nur philologische Bedeutung. Sprache macht Denkgegenstände sichtbar. Wer die Sprache seines Gegners übernimmt, zeigt damit nur, daß er sich intellektuell unterworfen hat. Dr. Barzel hat gestern zu Recht davon gesprochen, daß die politische Führung nur derjenige gewinnt, der die geistige Führung errungen hat. Auch und nicht zuletzt deswegen, ist es uns nicht erlaubt, den Begriff DDR in unsere programmatische Aussage aufzunehmen.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Weirich, Hessen.

**Dieter Weirich**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich möchte mit Nachdruck Antrag 58 des Kreisverbandes Frankfurt-Stadt zur Ziff. 6 in der Fortschreibung unseres Programms unterstützen, der sich im wesentlichen mit den Intentionen der Bundesvereinigung der Jungen Union deckt.

Lassen Sie mich einige politische Akzente anführen.

Gerade weil wir eine Verpflichtung gegenüber den 17 Millionen Deutschen im anderen Teil Deutschlands haben, gerade weil wir der Jugend in Deutschland unseren Willen und unsere Bereitschaft zu einer Verständigung präsent machen wollen, müssen wir, ohne einem neuen Deutschland wegen politischen Verständnisses nachlaufen zu wollen, in der Diktion offensiv bleiben.

Im Frankfurter Antrag heißt es: „Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR und die Sicherung des freien Berlin sind für uns Ziel und Maßstab der Deutschlandpolitik und bestimmen daher auch unsere Haltung in der Frage der Anerkennung oder Nichtanerkennung der Regierung in Ost-Berlin.“ Und es wird dann hinzugefügt: „Eine Friedensordnung für Europa bietet den Rahmen für eine Einheit der Deutschen, die auf der freien Entscheidung in beiden Teilen beruht sowie für die europäischen Völker annehmbar ist.“

Dann treffen wir nämlich genau Ziel und Inhalt der Politik, die unser Parteifreund Dr. Kiesinger in der großen Koalition, als wir und er noch die Richtlinien der deutschen Politik bestimmten, getroffen hatte.

(Einzelner Beifall)

Diese Haltung ist um so wichtiger, als Willy Brandt in seiner Regierungserklärung zwar versicherte, er werde den Boden der großen Koalition in der Deutschland- und Ostpolitik nicht verlassen, inzwischen sich aber unter dem Druck der Linken und mit Zustimmung einer sich zu einer völligen Linkspartei gewandelten FDP diesen Boden eindeutig verlassen und damit die Gemeinsamkeit in der deutschen Außenpolitik aufgegeben hat und einem totalitären Staat zu einer demokratischen Legitimation verhilft, einem Staat, in dem am 9. 4. 1968 bei der Verabschiedung seiner Verfassung der radikale Umsturz der Verfassungs- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik erklärt und damit zum Verfassungsauftrag seiner Bürger erhoben wurde.

Diese Formulierung, die in Frankfurt und von der Jungen Union vorgeschlagen wurde, entspricht aber auch der Haltung der Fraktion und ihres Vorsitzenden Dr. Rainer Barzel, der mehrfach die Position deutlich gemacht hat, daß es kein grundsätzliches Nein der Opposition zu dieser Deutschland- und Ostpolitik geben dürfe und der die klaren unverzichtbaren Forderungen der Union für eine echte Entspannung genannt hat.

Er hat damit die Verantwortung um Berlin und die Situation unserer Landsleute im Ulbricht-Staat deutlich gemacht, was inzwischen von dem stellver-

tretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden, Dr. Apel, „verantwortungslos“ genannt wurde.

Es wird mancher einwenden, die Vorlage der Antragskommission sei kräftiger formuliert und stelle den besten Schutz gegen eine sich immer mehr abzeichnende Verunsicherung der Bevölkerung angesichts der Politik einer Regierung dar, die sich vom Verfassungsgebot der Wiedervereinigung immer mehr entfernt und die ständig von der Sympathie einer Bevölkerung für ihre Ostpolitik redet, aber Wahl für Wahl in dieser Bundesrepublik verliert.

Wer aber die Politik Kiesingers und Barzels offensiv fortführen will und seine eigene politische Position nicht ständig von dem spektakulären Herumrücken der anderen Seite abhängig machen will, der sollte der weitergehenden Formulierung aus Frankfurt und von der Jungen Union zustimmen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Schmöle, Westfalen-Lippe.

**Hans-Werner Schmöle**: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Freunde! Ich möchte den Antrag 61 der Jungen Union, der im wesentlichen das zum Inhalt hat, was eben vorgetragen wurde, von den anderen Antragstellern her begründen.

Als der Deutschlandrat der Jungen Union diesen Beschluß gefaßt hat, ist versucht worden, zu interpretieren, als ob hier nach Möglichkeiten gesucht worden wäre, um irgendwie eine Anerkennung des Unrechtsstaates im anderen Teil Deutschlands zu eröffnen.

Ich sage Ihnen ganz eindeutig, daß niemand bei uns daran gedacht hat, diese Möglichkeiten zu schaffen, sondern daß wir vielmehr etwas ganz anderes dabei im Sinn gehabt haben, und zwar, die Machthaber im anderen Teil ständig daran zu erinnern, daß ihr Verlangen nach Anerkennung ihres Staates von uns daran gemessen wird, welche Grund- und Freiheitsrechte man bereit ist, den Menschen dort drüben zuzubilligen.

(Beifall)

Wir waren der Auffassung, daß mit dieser Frage und mit dieser Formulierung den Machthabern der SED nichts geschenkt werden würde, sondern daß sie tatsächlich und fortdauernd konfrontiert werden würden mit unserer Meinung, daß es so lange über eine Anerkennung nichts zu sprechen gibt, solange die Selbstbestimmungsrechte für die Deutschen im anderen Teil nicht realisiert sind.

Wir müssen uns in der Tat sehr ernsthaft darüber Gedanken machen, ob nicht diese Formulierung eine offensivere Politik in Richtung auf den anderen Teil Deutschlands ermöglicht, als das bei der bestehenden Formulierung der Fall ist.



Sie alle werden aus den Erfahrungen der Wahlkämpfe, die Sie geführt haben, wissen, daß man immer wieder die Frage gestellt hat: Wie haltet ihr's mit der Anerkennung? Ich meine, daß man diese Frage nicht ausklammern kann, sondern daß man deutlich machen muß, was für uns die Maßstäbe für eine Beurteilung dieser Frage sind, deutlich machen muß darin, daß wir uns nicht sperren gegen irgend etwas, sondern daß wir die Selbstbestimmungsrechte unserer Landsleute zu verteidigen bereit sind, solange das erforderlich ist und so lange, bis sie endlich realisiert sind.

Aus diesem Grunde möchte ich Ihnen ganz eindeutig sagen: Es ist hier nichts hineinzudeuten und hineinzuiinterpretieren, daß etwa der Bundesverband der Jungen Union beabsichtigt habe, hier irgendwelche Türen zu öffnen. Wir wollen vielmehr einen Anspruch bringen, eine Möglichkeit und eine Strategie eröffnen, wie wir diesem Unrechtssystem begegnen können und wie wir eine offensive Politik gegen die Machthaber im anderen Teil Deutschlands führen können.

Meine lieben Freunde, vorhin ist schon gesagt worden, daß Konrad Adenauer 1959 dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Mikojan ein Angebot gemacht habe, daß dann, wenn in einer freien, international kontrollierten, geheimen Wahl von der Bevölkerung der DDR gesagt würde, daß sie ihren Staat als eigenen Staat anerkannt haben möchte, man darüber sprechen könne. Das hat uns — ich kann Ihnen aus vielen Erfahrungen in Jungwählerveranstaltungen im Ruhrgebiet das sagen — immer eine ganz hervorragende Position verschafft. Wir haben sagen können: Bitte schön! Warum denn, wenn es den Leuten drüben mit ihrer Behauptung ernst ist, daß sie einen sozialistischen Prachtstaat geschaffen haben, ist man nicht bereit, den Menschen drüben die freie Entscheidung zu lassen, ob sie in dieser Form dort weiterleben wollen oder nicht. Ich meine, das ist echte Offensivfunktion.

(Teilweiser Beifall)

Aus diesem Grunde, meine lieben Freunde, wäre ich Ihnen dankbar, wenn dieser Antrag zum Tragen kommen würde.

Ich sage Ihnen aber vorab noch eines nach Abstimmung in unserem Bundesverband: Wir wären bereit, mit uns sprechen zu lassen über die Zurücknahme dieses Antrages und das Verfahren, wie es die Antragskommission vorgeschlagen hat, wenn auch die anderen Antragsteller ihre Anträge entsprechend zurückzögen und sich auf das von der Antragskommission vorgeschlagene Verfahren hier einigen könnten. Ich meine, so gut Konfrontation und so gut Auseinandersetzung hier tut — wir sollten uns in dieser wichtigen Frage bemühen, das Fundament gemeinsam auch so zu interpretieren, wie wir es haben. Gerade aus diesem Grunde wollte ich Ihnen sagen, daß nicht irgendeine Entscheidung die Junge Union vom Bundesverband und von den Richtlinien der Christlich Demokratischen Union in dieser lebenswichtigen Frage

weggebracht hat, sondern daß unsere Intentionen die gleichen waren wie die Ihren.

(Beifall)

**Peter Lorenz, Tagungspräsidium:** Für die Antragskommission Herr Dr. Grad!

**Dr. Johann Baptist Grad:** Herr Vorsitzender! Meine Parteifreunde! Ich habe nicht die Absicht, jetzt zur Sache zu sprechen; aber nach diesem Beitrag und dem Vorschlag, den der Sprecher der Jungen Union hier eben gemacht hat, möchte ich folgendes erklären — ich hoffe, daß Sie mir das glauben —: Eine Verabredung gibt es nicht. Dies war von uns aus, von der Antragskommission her gesehen, eine spontane Aussage der Jungen Union. Aber dieser Vorschlag entspricht dem, was Ihnen die Antragskommission vorgeschlagen hat, und nun möchte ich Ihnen in aller Gelassenheit folgendes sagen:

Die Themen, die in dem Kapitel „Deutschlandpolitik“ angesprochen sind — das ist eine Binsenwahrheit —, sind ungemein schwierig und vielschichtig. Jeder, der ein bißchen davon versteht — und hier versteht sicher jeder etwas davon —, weiß, wie schwer es ist, die Deutschlandpolitik und alles, was damit zusammenhängt, in im Grunde wenigen Sätzen zusammenzufassen, wie das ja nun einmal in einem Parteiprogramm geschehen muß.

In den vorbereitenden Arbeitsgruppen des Programms, in der Programmkommission, nachher in der abschließenden dreitägigen Sitzung des Vorstandes sind alle diese Fragen, die dann ihre Antwort im Programm gefunden haben, oder jene, von denen man meinte, daß man sie nicht in den Programmtext aufnehmen sollte, wirklich bis ins letzte intensiv und — es ist kein Geheimnis — auch kontrovers beraten worden. Wir waren uns im Vorstand, in der Antragskommission natürlich auch darüber im klaren, daß man über diese oder jene Formulierung durchaus verschiedener Meinung sein kann. Ich zum Beispiel als Person habe auch meine eigene Meinung über diese oder jene; aber ich stehe hier und habe nicht die Absicht, das traurige Beispiel zu bieten, daß ich als Mitglied der Antragskommission und des Vorstandes nunmehr gegen das, an dem ich selber mitgearbeitet habe und bei dem ich gelegentlich in demokratischer Weise überstimmt worden bin, jetzt agiere. Ich rede bewußt, obwohl ich selber einige Vorbehalte habe für diese Vorlage und für eine unveränderte Annahme. Denn, meine Freunde, hier haben wir nun eine gemeinsame Aussage erreicht. Sie ist in den Zielbeschreibungen eindeutig. Sie zeigt die Grenzen eindeutig, die sich die CDU in der Deutschlandpolitik setzt. Sie ist so weit elastisch, daß sie Spielraum läßt für konkret handelnde Politik.

Meine Freunde! Nach allem, was wir erfahren haben in der Arbeit an diesem Text, sage ich Ihnen: Wenn wir anfangen, im einzelnen jetzt praktisch — denn darauf laufen dann die 38 Anträge hinaus — sozusagen Satz für Satz zu diskutieren, alle Für und alle Wider auszubreiten, die für den einen oder den anderen Standpunkt geltend gemacht werden, dann fürchte ich zweierlei: erstens, daß wir — unsere Erinnerungen sind noch frisch — uns unnötig auf

diesem schwierigen Gebiet auseinanderreden und zweitens, daß wir den eigentlichen Kontrahenten in der deutschlandpolitischen Auseinandersetzung, den Leuten in Ost-Berlin und in Moskau, völlig unnötig Einblick in unsere innere Diskussion geben. Dies kann auch nicht der Sinn sein.

Deshalb bleibt die Antragskommission dabei, Ihnen zu empfehlen, es bei dem Text, der da ist, zu lassen, und begrüßt insofern den Antrag der Jungen Union.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Ja, liebe Freunde, ich möchte jetzt noch einmal folgende Frage mit Ihnen besprechen:

Wir haben noch eine ganze Fülle von Wortmeldungen zu den einzelnen Anträgen, wobei allerdings darauf hingewiesen werden muß, daß jetzt kaum noch Begründungen da sind; denn die meisten Anträge sind schon begründet. Sie decken sich ja überwiegend. Es handelt sich da um drei, vier wesentliche Komplexe. Jetzt wird also nur noch Pro und Kontra diskutiert.

Sie kennen ja den Vorschlag der Antragskommission, die Ziffern 6 bis 9 in der Fassung des Vorstandes anzunehmen. Ich wage die Frage, ob wir an dieser Stelle ohne weitere Diskussion abstimmen können.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

— ja, Moment bitte, ich bin ja gleich soweit —, was natürlich bedeuten würde — darüber müssen wir uns klar sein —, daß dann alle anderen Anträge, mit Ausnahme vielleicht des Antrags Nr. 953, der in eine Entschließung des Parteitags umgewandelt werden könnte, abgelehnt sind, daß dann also die Punkte 6 bis 9 in dem Vorschlag des Vorstandes angenommen wären. Ich kann zu einem späteren Zeitpunkt zwar immer noch fragen; aber ich will es jetzt bereits einmal tun. Stimmen wir darüber ab, so würden wir zwar unsere Verhandlungen erheblich abkürzen. Aber Sie sind sich über die Bedeutung der Sache natürlich im klaren.

Jetzt also zu dieser Frage, wie ich annehme, und zur Geschäftsordnung Herr Dr. Jahn! Bitte schön!

**Dr. Hans-Edgar Jahn**: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! So gern ich dem Vorschlag zustimmen wollte — meine Freunde und ich hatten am Ende meines kurzen Vortrags zu Antrag Nr. 995 Abstimmung erbeten. Ich halte das aufrecht.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Ja, meine Damen und Herren,

(Zuruf: Antrag auf Schluß der Debatte!)

die Frage ist natürlich jetzt, ob wir weiter diskutieren lassen wollen,

(Zurufe: Nein!)

was durchaus normalerweise notwendig wäre, oder ob wir jetzt abstimmen wollen. Ich habe ein bißchen Sorge, daß wir nicht dann wenigstens über den Antrag, den Dr. Jahn hier gestellt hat, vorweg abstimmen und dann über den Antrag der Antragskommission — —. Die anderen haben sich bis jetzt hier nicht

gemeldet. Ich muß dann also um ausgesprochene Disziplin und Kooperation bitten. Das hat ja auch die Antragskommission getan in dieser Frage. Denn sonst ist die Sache geschäftsordnungsmäßig sehr schwer abzuwickeln. Sonst müßte man wirklich alle anderen Anträge einzeln abstimmen lassen.

Zum Verfahren noch Herr Jäger, bitte!

**Klaus Jäger:** Meine lieben Parteifreunde! In einer solchen Situation wie der, in der wir uns im Augenblick befinden, ist in der Tat für jeden von uns die Versuchung außerordentlich groß, die Uhr vor die Sache zu stellen. Ich möchte Sie dringend und herzlich bitten, dieser Versuchung nicht nachzugeben.

(Beifall)

Denn wenn es dieser Parteitag bisher fertiggebracht hat, alle heißen Eisen mit Sachlichkeit, mit Nüchternheit und mit klaren Ergebnissen zu diskutieren und zu entscheiden, dann schaffen wir das auch bei diesem Kapitel. Sonst, meine Damen und Herren, drücken und stehlen wir uns um eine Entscheidung herum, und das ist dem Stil und Ablauf dieses Parteitages nicht angemessen.

(Beifall)

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich muß doch zu dem, was Herr Jäger eben gesagt hat, darauf hinweisen, daß sich hier niemand um irgendwelche heißen Eisen herumdrückt. Die letzten Diskussionsredner haben alle zu heißen Eisen gesprochen und deutlich gesagt, was sie meinen. Darum geht es gar nicht, sondern es geht um die Frage, wie wir uns schließlich nach Diskussion der heißen Eisen nun entscheiden. Das ist hier festzustellen. Ich meine also, damit ist die Frage noch nicht abschließend entschieden.

Es wird noch ein Antrag zum Verfahren gestellt.

**Frau Erna Licht:** Ich möchte den Antrag auf Schluß der Debatte stellen.

(Zuruf)

Zu diesem Punkt, natürlich nur zu diesem Punkt!

Ich glaube, wir sind uns über die Problemlage, wir sind uns über die Diffizilität der Probleme und das Gewicht der Probleme alle klar, und wir haben im Grunde unsere Meinung gefunden. Ich bitte um das Beenden dieser Debatte.

(Beifall)

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: Möchte jemand gegen den Antrag auf Schluß der Debatte sprechen? — Das ist offenbar nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen.

Wer für Schluß der Debatte zu den Punkten 6 bis 9 ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Das erste war eindeutig die Mehrheit. Damit ist die Debatte abgebrochen.

Meine Damen und Herren, ich bin der Überzeugung — und ich glaube, diese Überzeugung teilt das ganze Präsidium —, daß der weitestgehende Antrag der der Antragskommission ist, nämlich alle anderen Anträge abzulehnen und in den Punkten 6 bis 9 nach der Vorstandsvorlage zu beschließen. Ich werde also so abstimmen lassen. Alle diejenigen, die das nicht wollen, die also andere Anträge beschließen wollen, müssen dann dagegengestimmen. Das ist klar. Wenn die Mehrheit des Parteitages aber so beschließt, dann sind die Punkte 6 bis 9 in dieser Vorlage angenommen.

Wer also dem Antrag der Antragskommission folgt, die Punkte 6 bis 9 in dem Wortlaut der Vorstandsvorlage zu beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Danke schön. Wer enthält sich? — Danke. Das erste war eindeutig die Mehrheit, ich würde sogar sagen, etwa die Zweidrittelmehrheit der anwesenden Delegierten. Damit ist so beschlossen.

Dann rufe ich auf Punkt 10. Wir kommen damit zu dem Kapitel Europapolitik, und zwar zu der Behandlung der Anträge Nr. 83 bis 87 und 949. Das Wort hat für die Antragskommission Herr Dr. von Weizsäcker.

**Dr. Richard von Weizsäcker:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Antragskommission möchte zunächst generell zu dem zum Kapitel Europapolitik gestellten Abänderungsanträgen sagen, daß sie die vom Landesverband Hamburg und von einigen weitgehend in Übereinstimmung mit dem Landesverband Hamburg operierenden anderen Verbänden gestellten Anträge besonders sorgfältig studiert hat und daß sie in einigen, und zwar in der Mehrheit der Ziffern, die die Europapolitik betreffen, dem Parteitag vorschlagen wird, diese Abänderungsanträge entsprechend auch anzunehmen.

Was die Ziff. 10 anbetrifft, so schlägt freilich die Antragskommission vor, hier den Antrag Nr. 83 des Landesverbandes Hamburg abzulehnen, weil er einerseits eine Abschwächung gegenüber der Formulierung des Vorstands enthält, wo von der einzigen Chance die Rede ist, nicht nur von einer Forderung von höchstem Rang, und weil die Antragskommission darüber hinaus der Meinung ist, daß der Satz über die hohe Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit erhalten bleiben sollte. Gerade angesichts der politischen Schwierigkeiten auf dem Wege zu einer politischen Einheit des freien Europa sind die Vorschläge und dann und wann auch die Schwierigkeiten, die wir mit unseren westlichen Nachbarn haben, von so hervorragender Bedeutung, daß dieser Satz im Sinne der Unterstützung des Zieles der politischen Einheit nach Meinung der Antragskommission erhalten bleiben sollte.

Damit ist zugleich auch über den Antrag Nr. 84 das Nötige gesagt, den abzulehnen die Antragskommission vorschlägt.

Die Antragskommission schlägt ferner vor, den Antrag 85 abzulehnen, und zwar deshalb, weil er nach Meinung der Antragskommission weitgehend erledigt ist, im wesentlichen durch den Text auch anderer Ziffern, der Ziff. 3 und der Ziff. 6.

Zum Antrag Nr. 86 wird vorgeschlagen, ihn abzulehnen, ebenso zum Antrag Nr. 87.

Die Antragskommission schlägt also dem Parteitag vor, die Ziff. 10 in der Fassung des Vorstandes zu akzeptieren.

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank, Herr Dr. von Weizsäcker. — Das Wort hat zu diesem Punkt Herr Dr. Wagner, Landesverband Rheinland-Pfalz. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Dr. Wagner: Nur zu Ziff. 10!)

Nur zu Ziff. 10. Ich bitte das Wort zu nehmen.

(Zurufe — Zuruf von Dr. Wagner)

Es wird verzichtet! — Wortmeldungen liegen nicht vor.

Sie haben den Antrag der Antragskommission zu Ziff. 10, also zu den Anträgen 83 bis 87 und 949 gehört, es bei der Fassung der Vorstandsvorlage zu belassen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich stelle den Antrag der Antragskommission zur Abstimmung. Wer ihm folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe auf Ziff. 11. Das Wort hat Dr. von Weizsäcker für die Antragskommission.

**Dr. Richard von Weizsäcker:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Antragskommission schlägt vor, die Ziff. 11 in der Fassung des Vorstandes anzunehmen.

Der Antrag Nr. 88 weicht nur in sehr marginaler Hinsicht von dem Antrag des Vorstandes ab. Die wesentlichen Anträge des Landesverbandes Hamburg kommen nachher in den nächsten drei Ziffern.

Zum Antrag Nr. 89, in dem auf die unverzügliche Errichtung verwiesen ist, schlagen wir ebenfalls Ablehnung vor, weil wir bei aller Bestimmtheit der politischen Absicht doch im Rahmen der Realitäten dessen, was wir erreichen können, bleiben wollen.

Schließlich bitten wir, den Antrag 90 ebenfalls abzulehnen; denn wir halten es für besser, davon zu sprechen, daß wir für die Errichtung eines europäischen Bundesstaates arbeiten, anstatt nur zu sagen, daß wir die Errichtung dieses Bundesstaates fordern.

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank, Herr von Weizsäcker. — Wortmeldungen liegen hierzu vor, und zwar zunächst von Herrn Josef Müller (Landesverband Rheinland). Ihm folgt Dr. Wagner (Landesverband Rheinland-Pfalz). Das Wort hat Herr Müller.

**Josef Müller:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ganz kurz: Es handelt sich um einen Initiativantrag, der von einer großen Zahl von Delegierten aus mehreren Landesverbänden hier vorgelegt wird.

Es scheint uns, daß wir in Ziffer 11 etwas anders formulieren sollten; statt „er sichert die historisch gewachsene Identität der europäischen Nationen...“ möchte ich sagen „er trägt der historisch gewachsenen Identität der europäischen Nationen Rechnung...“ — Dieses „sichert die Identität“ läßt womöglich Interpretationen zu, die wir nicht wollen, nämlich die Interpretation vom „Europa der Vaterländer“. Das deckt sich nicht mit unserem Bild eines europäischen Bundesstaates.

In demselben Antrag finden Sie, daß ein Satz ausgelassen ist, nämlich: „Dieses Ziel kann nur in Etappen erreicht werden“. — Diese apodiktische Feststellung ist geradezu eine freundliche Einladung dazu, beim Bau Europas kurz zu treten, bis die Geschwindigkeit des Voranschreitens auf Null abgesunken ist, das heißt, bis man in irgendeiner Etappe steckenbleibt.

Deshalb wird von den Antragstellern die Streichung dieses Satzes gefordert und ebenfalls die Einfügung des Wortes „eventuelle“ vor „Zwischenlösungen“ gewünscht. Daß es Zwischenlösungen geben wird, wissen wir; aber sie so zu provozieren, ist nicht unbedingt nötig.

Wir setzen einen Satz hinzu, den Satz nämlich: „Das Ziel dieser politischen Einigung Europas soll in den achtziger Jahren erreicht werden“. — Der letzte Satz ist aus der einfachen Erkenntnis heraus nötig: Die Ziele des römischen Vertrages sind nur erreicht worden, weil im römischen Vertrag feste Termine gesetzt waren. Mir wäre es persönlich viel lieber gewesen, wir hätten uns dazu entschließen können, zu sagen: Das Ziel soll im Jahre 1980 erreicht sein. Die Formulierung im Antrag sichert mindestens, daß die Einigung Europas nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden kann. — Ich bitte Sie für eine Reihe von Freunden, auch die im Europäischen Parlament arbeiten, um Annahme dieses Antrags.

**Präsident Heinrich Köppler:** Danke sehr. — Das Wort hat Dr. Wagner, Landesverband Rheinland-Pfalz. — Ich bitte die Redner, die sich gemeldet haben, schon vorn in die Nähe des Rednerpultes zu kommen, damit der Ablauf zügig geht.

**Dr. Carl-Ludwig Wagner:** Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche zu Ziffer 11, und zwar zugunsten des Antrags 88.

Nach einer Rücksprache mit den Antragstellern darf ich erklären, daß die Antragsteller der Anträge 89 und 90 der Auffassung sind, daß sie sich auf den Antrag 88 konzentrieren können, also diesen Antrag mit unterstützen können.

Ich halte den Antrag 88 in der Formulierung für besser als die Formulierung der Ziffer 11 in der Fassung des Vorstandes, und zwar deshalb, weil es mir erstens besser erscheint, davon zu sprechen, daß unser Ziel hier erscheint, als nur zu sagen: „Wir arbeiten für...“, und zweitens doch auch wegen der Erwähnung des Wortes „baldige Errichtung“.

Dies kommt auch dem Anliegen entgegen, das Herr Müller hier soeben vortragen hat. Nur ist es vielleicht zweckmäßiger, sich nicht so auf einen Zeit-

raum festzulegen, wie er es getan hat, sondern das Wort „baldige“ zu nehmen. Damit heben wir uns jedenfalls von der Unverbindlichkeit ab, mit der diese europäischen Lösungen von der Regierung in eine sehr ferne Zukunft verwiesen werden.

Ich mache darauf aufmerksam, daß sich gerade in diesen Tagen in Paris abermals gezeigt hat, daß eben da, wo es um die Fixierung verbindlicher Ziele geht, unsere Bundesregierung nicht das an Leistung, an Dynamik, an Vorschlägen und an Durchsetzungsvermögen bringt, das wir von ihr erwarten, und daß wir deswegen als CDU-Parteitag Anlaß haben sollten, hier so bestimmt wie möglich zu formulieren.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Herr Dr. von Weizsäcker für die Antragskommission!

**Dr. Richard von Weizsäcker:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Noch einmal zu den beiden nachträglich gestellten Anträgen 975 und 954, die beide zur Ziffer 11 gehören.

Zunächst zu Antrag 975 und zu dem Votum unseres Freundes Wagner! Wir sollten uns nicht einreden, daß in der Formulierung der Abänderungsanträge und der Formulierung des Bundesvorstandes etwa ein Unterschied in der Sache darin läge, daß die einen mit Bestimmtheit und mit zeitlicher Zügigkeit, die anderen dagegen ohne Drang in der Sache und ohne Drang in der Zeit arbeiten wollten.

Der eigentliche Unterschied liegt nach wie vor zwischen den politischen Programmen der CDU/CSU einerseits, die wir im Bundestag vertreten, und andererseits der Regierung. Wir arbeiten für die Errichtung eines europäischen Bundesstaates, während uns von der Regierungskoalition immer wieder gesagt wird, daß eine Arbeit in dieser Richtung keinen Sinn habe, jedenfalls nicht für die absehbare Zukunft.

Wenn wir uns darüber klar sind, daß diese Unterschiede hier nicht bestehen, dann sind wir allerdings der Meinung, daß diese Arbeit für den europäischen Bundesstaat um so wirkungsvoller ist, je mehr sie sich an das hält, was wir, wenn wir wieder an der Regierung sind, auch tatsächlich verwirklichen können.

Und in diesem Sinne, meine Damen und Herren, ist von den Etappen die Rede und muß von ihnen die Rede sein, und in diesem Sinne scheint es uns dann allerdings nicht angezeigt, von den achtziger Jahren als von einem zugleich fernen und unpräzisen Datum zu reden, und deswegen sind wir der Meinung, daß wir bei der Fassung der Ziffer 11 des Bundesvorstandes bleiben sollten.

Herr Präsident, wenn ich zugleich zu Antrag 954 sprechen darf, so bitte ich namens der Antragskommission, dem Antrag 954 nicht zu folgen, weil wir



insbesondere in dem letzten Satz, wo über Sonderinteressen um der gemeinsamen Vorteile willen die Rede ist, die zurückgestellt werden sollen, dieses mehr für eine Deklamation an die Adresse anderer halten und der Meinung sind, daß es die Kraft der politischen Aussage als solche nicht verstärkt.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Ich darf zunächst mitteilen, daß der Landesverband Hamburg nach den Worten der Antragskommission den Antrag 91 zurückgezogen hat.

Jetzt hat Herr Dr. Kliesing, Rheinland, das Wort.

**Dr. Georg Kliesing**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen des Kollegen von Weizsäcker möchte ich doch ein Wort zugunsten des Antrags 88 des Landesverbandes Hamburg sagen. Ich glaube, so geht es nicht, daß man hier eine Übereinstimmung feststellt, sondern wir müssen das, was wir aussagen, auch etwas in bezug zu der Aktualität setzen, wie sie in der jetzigen Situation gegeben ist.

Wer gestern abend zum Beispiel Gelegenheit hatte, das Fernsehinterview zu verfolgen, das der Herr Bundeskanzler zum Abschluß seiner Paris-Reise gegeben hat, dem ist doch zu Bewußtsein gekommen, daß in der ganzen Europapolitik dieser Bundesregierung etwas höchst Unverbindliches ist und daß im Grunde genommen die uns so wertvolle Idee eines europäischen Bundesstaates ihrem Wesen nach dieser Regierung innerlich eine fremde Welt darstellt.

(Zustimmung)

Und gerade deshalb bin ich der Auffassung, daß wir uns nicht damit begnügen sollten, zu sagen: Wir arbeiten für die Errichtung eines europäischen Bundesstaates. Das läßt immerhin in Klammern noch manche Interpretation auch im Sinne der Arbeit einer nächsten Generation — wie es schon einmal gewesen ist — zu, sondern wir sollen sagen, ohne damit irgendwie illusionistisch zu werden, daß wir für die baldige Errichtung eines europäischen Bundesstaates sind. Und wir sollten auch sagen, daß allein dieser Bundesstaat die historisch gewachsene Identität der europäischen Nationen garantiert, denn ich sehe wirklich keine andere Möglichkeit dafür. Ich wäre also sehr dankbar, wenn Sie, auch im Sinne der Politik Konrad Adenauers, die hier heute so oft beschworen wurde, den Antrag 88 annehmen würden.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Sie werden sicherlich schon gemerkt haben, daß ich eben irrtümlich gesagt habe, der Antrag 91 werde zurückgezogen. Er wird ja gerade von der Antragskommission zur Annahme empfohlen! Die Wortmeldung Hamburg war zurückgezogen, weil ja eben die Antragskommission sich diesen Antrag zu eigen gemacht hat.

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen, den Antrag 91 anzunehmen und die anderen Anträge abzulehnen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Widerspruch — Zuruf: Falsch! Antrag 91 ist doch nicht aufgerufen.  
Wir sind bei Ziffer 11!)

— Ich bitte vielmals um Entschuldigung. Der Irrtum hängt damit zusammen, daß ich zwischendurch einen Moment abwesend war.

Es handelt sich um Ziffer 11. Der Antrag der Antragskommission lautet, die Anträge 88 bis 90, 954 und 975 abzulehnen und die Formulierung des Vorstandes anzunehmen. Ist das richtig? — Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Das letztere war die Mehrheit. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission abgelehnt.

Wir müssen nun über den Antrag Nr. 88 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Danke. Wer Enthält sich? — Bei einigen Stimmenthalungen ist Antrag Nr. 88 mit großer Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Damit ist die Ziffer 11 erledigt. Wir kommen zu Ziffer 12. Hier sind die Anträge Nr. 91 bis 97, 960 und 974 zu behandeln. Das Wort hat Herr Dr. von Weizsäcker.

**Dr. Richard von Weizsäcker:** Nachdem wir jetzt mit soviel Einsatz um die Worte „baldig“ und „allein“ erfolgreich gekämpft haben,

(Zustimmung)

was auch die Antragskommission gern akzeptiert, möchte Ihnen die Kommission nunmehr zur Ziffer 12 einen sehr viel weitergehenden Antrag vorlegen, nämlich den, den ganzen Antrag Nr. 91 anstelle Ziffer 12 anzunehmen.

(Beifall)

Dieser Antrag — dasselbe wird sich bei den nächsten beiden Ziffern wiederholen — enthält in einer konkreteren Sprache eine Reihe von wesentlichen Einzelheiten für die hier vorgesehene und beschriebene Politik.

Wenn Sie diesem Antrag der Antragskommission folgen, meine Damen und Herren, dann werden dadurch inhaltlich erfaßt die Anträge Nr. 94, 93, 92, 95 und 97 Absatz 1.

Darüber hinaus empfiehlt die Antragskommission, den Antrag Nr. 96 abzulehnen, weil er in der Ziffer 52 — also in einem anderen Kapitel — bereits vorkommt.

Zum Antrag Nr. 97 Abs. 2, der noch nicht erledigt ist, schlägt Ihnen die Antragskommission vor, den Antrag abzulehnen, weil es sich hier um zu sehr ins einzelne gehende Bestimmungen handelt. — Es sind dann noch die Anträge Nr. 960 und 974 zu behandeln. Der Antrag Nr. 960 ließe sich zwar nach der Überzeugung der Antragskommission in den Antrag 91 — sofern der Parteitag ihn annehmen sollte — mit einbauen. Trotzdem aber war die Antragskommission der Meinung, Ablehnung empfehlen zu sollen, und zwar wiederum

aus dem Gesichtspunkt, nicht zu sehr in — wenn auch noch so wichtige — Einzelheiten zu gehen.

Für Antrag Nr. 974 schlägt die Antragskommission ebenfalls Ablehnung vor, teils weil es die hier geforderten Einrichtungen bereits gibt, und teils weil es sich wiederum um zu sehr ins einzelne gehende Vorschläge handelt.

Zusammenfassend bleibt es daher dabei, daß Ihnen die Antragskommission empfiehlt, anstelle der Ziffer 12 den Antrag Nr. 91 anzunehmen.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Ich hoffe, die Antragskommission ist sich einig; sie hat vorgeschlagen, den Antrag Nr. 91 anzunehmen. Damit wären die Anträge Nr. 93, 94, 92, 95 und 97 Absatz 1 erledigt, wenn das so beschlossen würde.

Uns liegen jetzt Wortmeldungen vor. Im Interesse der vorgeschrittenen Zeit wäre ich dankbar, meine Damen und Herren, wenn Sie doch damit einverstanden wären, daß wir dazu übergehen, daß die einzelnen Diskussionsredner in der Regel nicht länger als drei Minuten sprechen. — Zunächst hat Herr Josef Müller, Rheinland, das Wort.

(Josef Müller: Ich verzichte)

Dann spricht Herr Gerd Springorum, Westfalen.

**Gerd Springorum**: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich spreche zu dem Initiativantrag Nr. 960, der eine in einem längerfristigen Stufenplan durchzuführende Europäisierung für Bahn und Post beinhaltet, und zu dem Antrag Nr. 92 von Westfalen, der die Beschleunigung der Integration durch eine vorrangige Behandlung des Gesellschafts-, Steuer- und Patentrechts anstrebt.

Eigentlich bin ich etwas erstaunt darüber, daß die Antragskommission diesen kurzen Satz abgelehnt hat, entweder weil sie hier wesentliche europäische Stimmen nicht gehört hat oder weil sie sich der Bedeutung einer solchen Maßnahme nicht bewußt geworden ist. Ich begrüße, daß die Antragskommission den Antrag von Hamburg, der eine Konkretisierung unserer ganzen Europa-Vorstellungen bringt, zur Annahme empfohlen hat. Aber man merkt und empfindet bei diesem Vorschlag doch die Hand unserer europäischen Fachleute. Es sind Dinge, die eigentlich nur der Fachmann, der Europäer, versteht. Man sollte schon aus diesem Grunde etwas anfügen, das für jeden draußen im Lande verständlich ist und das für ihn von Vorteil sein könnte.

(Zeichen für Beendigung der Redezeit)

— Ich vertrete hier zwei Anträge! — Ich möchte auf die große Bedeutung der Integration der beiden großen Versorgungsunternehmen Bahn und Post aufmerksam machen, die in Beginn ja schon vorliegt, denken Sie an EUROPIMA, denken Sie an das einheitliche Briefporto! Und wir haben noch viele Dinge vor uns, sei es die Betreuung der Post für die großen Datenbanken usw. — Es sollte also dieses Ziel angestrebt werden, ohne daß da-

durch Änderungen der Verträge notwendig werden. Ich bin fest davon überzeugt, daß hiervon eine tatsächliche menschliche Integration ausgehen könnte, zu der wir bedingungslos ja zu sagen vermögen.

Ich bin mit der Antragskommission nicht darüber einig, daß der Antrag Nordrhein-Westfalens abgedeckt ist, der lautet: „Um die Integration zu beschleunigen, sind Gesellschafts-, Steuer- und Patentrecht vorrangig zu harmonisieren.“ — Ich bin der Meinung, daß diese wesentlichen Punkte dringend durchgeführt werden müssen. Unsere ganze Wirtschafts- und Währungsunion ist durch die Vereinbarung zwischen Bundeskanzler Brandt und Pompidou sicher in ein gewisses Zwielicht geraten. Es werden hier also tatsächlich beschleunigt diese Maßnahmen durchgeführt werden müssen, um zu einem wirklich einigenden Ziel zu kommen. — Ich bitte deshalb, beiden Anträgen zuzustimmen.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wenn ich von drei Minuten sprach, dann meine ich pro Redner und nicht pro Antrag, jedenfalls in der Regel.

Jetzt liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Antragskommission hatte vorgeschlagen, den Antrag Nr. 91 anzunehmen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Dieser Antrag ist gegen wenige Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen angenommen.

Jetzt bleiben noch übrig die Anträge Nr. 960, 974, 97 Absatz 2 und 96. Die Antragskommission schlägt vor, alle diese Anträge abzulehnen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Wir müssen noch einmal abstimmen, meine Damen und Herren. Ich darf fragen: Wer für den Antrag der Antragskommission ist, die restlichen Anträge abzulehnen, den bitte ich noch einmal um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Das erstere war die Mehrheit. Damit ist dem Antrag der Antragskommission gefolgt worden. Hierdurch ist auch Ziffer 12 erledigt.

Meine Damen und Herren, ich bin gebeten worden, ein paar Worte über die Zeitvorstellungen des Präsidiums zu sagen.

(Zustimmung)

Dieser Wunsch ist absolut berechtigt; denn wir alle sind ursprünglich von der Vorstellung ausgegangen, wir könnten uns zum jetzigen Zeitpunkt schon auf der Heimreise befinden.

Wir hoffen — mehr kann ich allerdings wirklich nicht sagen; es hängt auch von Ihrer Mitarbeit und davon ab, ob sich an einzelnen Punkten noch etwas heftigere Debatten entzünden oder nicht —, wir hoffen also, in einer Dreiviertelstunde — wenn unsere Erwartungen erfüllt werden! — mit der Programmberatung zu Ende sein zu können; zumindest mit der Beratung dieses Ka-

pitels; dann würde vielleicht noch über die Frage des Schlußworts dieses Programms eine kurze Debatte stattfinden.

Dann bleiben allerdings noch die restlichen Tagesordnungspunkte des Parteitages, z. B. das Schlußwort des Vorsitzenden, abzuwickeln, so daß man damit rechnen muß, daß wir frühestens um 4 Uhr schließen können. Wir neigen eher zu der Auffassung, daß es später werden dürfte.

Ich rufe jetzt Ziffer 13 auf. Dazu die Anträge 98 bis 103 und 973. Das Wort für die Antragskommission hat Herr Dr. von Weizsäcker.

**Dr. Richard von Weizsäcker:** Im Rahmen der Ziffer 13 schlägt die Antragskommission Ihnen vor, anstelle der Ziffer 13 den Antrag 98 anzunehmen, und zwar aus den Gründen, die ich vorhin schon erwähnt habe. Falls der Parteitag diesem Antrag folgt und den Antrag 98 annimmt, sind nach Meinung der Antragskommission die Anträge 99 und 100 erledigt. Antrag 101 wird zur Ablehnung vorgeschlagen, weil die hierin enthaltene Materie unserer Meinung nach in Antrag 98 besser enthalten ist. Den Antrag 102 halten wir für zu speziell und schlagen Ablehnung vor. Ebenfalls 103.

Dann ist noch Antrag 973 gestellt worden. Er enthält im wesentlichen zwei Zusätze. Der eine bezieht sich auf die Zusammenarbeit gleichgesinnter Parteien zum Zwecke eines gemeinsamen Grundsatzprogramms bei Wahlen für das Europäische Parlament. Meine Damen und Herren! In bezug auf diesen Teil bestehen zwischen der Antragskommission und den Antragstellern der Sache nach überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten. Die Antragskommission war nur der Meinung, daß Ziffer 13, wenn sie die Fassung des Antrages 98 erhält, von den Institutionen der Gemeinschaft die Rede ist und daher nicht von der politischen Arbeit, die für diese Institutionen auf der Ebene der Parteien geleistet werden muß. Es ist eine entscheidend wichtige Aussage, die hier steht; aber sie hat hier nicht ihren richtigen Platz.

Den Schlußsatz des Antrages 973, nämlich den erweiterten Befugnissen und zusätzlichen Aufgaben der Gemeinschaften durch entsprechende Änderungen der Verträge usw. Rechnung zu tragen, halten wir nicht für erforderlich. Es wird ohnehin nur auf diesem Wege gehen. Daher schlägt die Antragskommission vor, auch 973 abzulehnen, insgesamt also die Ziffer 13 durch den Antrag 98 zu ersetzen.

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: Das Wort hat zunächst Herr Gerhardt aus Hessen.

**Ernst Gerhardt:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. von Weizsäcker hat gesagt, Antrag 102 möge abgelehnt werden, da er zu speziell sei. Ich finde, daß mit diesem Votum der Sache nicht Rechnung getragen wird. Antrag 102 stellt einen jener mühsamen und langsamen Schritte dar, die wir brauchen, um in Europa zusammenwachsen zu können. Wenn unsere großen Vorbilder in der Europapolitik an vielen kleinen Schritten gescheitert wären, dann wären wir bis zum heutigen Tage nicht zu dem Ergebnis gekom-

men, das wir — gegenüber vielen Zielen, die wir anstreben müssen — doch mit einigem Stolz vorweisen können. Europa heißt also: Immer Schritte nach vorn tun, und wir müssen Hürden überspringen! Wenn die rechtlichen Voraussetzungen noch nicht gegeben sind, müssen sie eben geschaffen werden.

Worum geht es bei Antrag 102? Wir wollen, daß die Angehörigen der EWG-Staaten, sofern sie Einwohner in unseren Gemeinden sind und fünf Jahre ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik haben, das Kommunalwahlrecht erhalten können, und wir sagen weiterhin, daß die EWG-Einheitlichkeit dabei gewährleistet sein muß. Damit grenzen wir ab, daß natürlich die Einheitlichkeit angestrebt werden muß und nicht einzeln ein Einbruch in unsere Kommunalparlamente erfolgen kann. Wir glauben, daß wir damit einen Schritt tun, um uns wirklich bewußt zu werden, daß wir alle, auch diejenigen, die als Gäste in unserem Lande sind, Bürger dieses großen freien Europas sind und daß es eines so deutlichen und sichtbaren Schrittes bedarf, das auch in der Gewährung des Wahlrechtes zu bestätigen. Darüber hinaus darf ich darauf hinweisen, daß sehr große soziale Spannungen bestehen. Sie werden in der öffentlichen Diskussion ausgetragen. Auch hier könnte man einen deutlichen Schritt vorantun, um den Integrationsprozeß zu beschleunigen und unseren Angehörigen aus den Staaten der EWG, soweit sie bei uns leben, die Gewißheit zu geben, daß sie mit uns Bürger unserer Gemeinden sind. Reichen wir also diesen Bürgern Europas die Hand und lassen wir sie mitwirken und mitentscheiden, in zunächst auch für sie überschaubaren Bereichen.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Josef Müller (Rheinland).

**Josef Müller**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, in diese neugefaßte Ziffer 13 in der Form des Antrages 98 einen einzigen Satz einzuschieben. Da heißt es, das europäische Parlament solle direkt gewählt werden. Wem es mit dieser Forderung ernst ist, der muß sofort danach anerkennen, daß es, um europäische Wahlen zu bewerkstelligen, europäischer Parteien bedarf. Deshalb wollen wir den Satz anschließen: „Wir wollen in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Parteien in anderen Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft ein gemeinsames Grundsatzprogramm für diese Wahlen entwerfen.“ Der Satz soll fortlaufen: „Das Parlament soll Haushaltsbefugnisse...“

Ich bin sehr für Systematik. Aber es ist schon beinahe rubrizistisch, zu sagen, diese institutionellen Fragen sollten wir nicht in eine parteipolitische Forderung hineinschreiben. Es ist auch eine Konkretisierung, wenn wir von einer europäischen Partei sprechen. An keiner Stelle des Programms ist davon die Rede.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Damm aus Hamburg.

**Carl Damm**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das, was Herr Müller eben vorgeschlagen hat, ist eine gute Ergänzung des hamburgischen Antrages, und ich möchte Sie bitten, dem zu folgen.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat vorgeschlagen, Antrag 98 zur Annahme zu empfehlen. Ist das identisch mit Antrag 973, erster Teil? — Ja. — Nun ist vorgeschlagen worden, den Satz hineinzunehmen: „Wir wollen in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Parteien in anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft ein gemeinsames Grundsatzprogramm für die Wahlen entwerfen.“ Über diesen Zusatzantrag lasse ich zuerst abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Das war die Minderheit. Damit ist der Grundsatzantrag angenommen.

Ich komme zur Abstimmung über den Antrag 98 mit diesem Zusatz. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist dieser Antrag angenommen.

Wir müssen noch über 101 bis 103 und 973 abstimmen, deren Ablehnung die Antragskommission empfiehlt. Wer hierin dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist diesem Antrag der Antragskommission gefolgt worden. Die Anträge sind also abgelehnt. Ich rufe Ziffer 14 auf, hierzu die Anträge 104 bis 106 und 972. Für die Antragskommission hat Herr Dr. von Weizsäcker das Wort.

**Dr. Richard von Weizsäcker**: Für die Ziffer 14 schlägt die Antragskommission Ihnen vor, Antrag 104 anzunehmen. Sie schlägt im einzelnen aber dazu vor, den zweiten Absatz, der in unserem Text mit den Worten eingeleitet ist: „Einfügen einer neuen Ziffer:“, nur als einen neuen Absatz, nicht also als eine neue Ziffer zu nehmen, aber den Text von Antrag 104 voll zu übernehmen.

Antrag 105 sollte nach Meinung der Antragskommission abgelehnt werden, weil er bereits in Ziffer 52 vorkommt. Antrag 106, den letzten hierzu gestellten Antrag, schlägt die Antragskommission vor, abzulehnen. Die Antragskommission ist der Meinung, daß die Fassung und der dahinterliegende Gedanke nicht sehr glücklich zum Ausdruck gebracht sind.

Es könnte sich ja nicht nur um Ausländer handeln, außerdem nicht nur um Arbeitnehmer, sondern dann doch wahrscheinlich überhaupt um Bürger. Aber die Antragskommission ist der Meinung, daß deshalb der Antrag Nr. 106 abgelehnt werden sollte.

Es kommt noch einer, Herr Präsident, der Antrag Nr. 972, der ebenfalls zu Ziffer 14 gestellt worden ist. Hier sind lediglich ergänzt worden die Worte: „die Ergebnisse des Integrationsprozesses und die Funktionsweisen der Gemeinschaften.“

Die Antragskommission ist der Meinung, daß mit der Ansprache der Ziele, welche nicht beeinträchtigt werden sollen, der Politik genügend Rechnung getragen ist, um die es uns geht, und schlägt daher vor, Nr. 972 abzulehnen.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Das Wort zur Diskussion hat Herr Josef Müller, Rheinland.

(Josef Müller: Ich verzichte!)

— Herr Müller verzichtet. Dann haben wir keine weiteren Wortmeldungen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag Nr. 104 anzunehmen. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Ich möchte aber vorher noch einmal klarstellen, ob der Antrag Nr. 972 auf dieser Fassung beruht; dann könnte man nämlich den Zusatzantrag erst abstimmen lassen.

(Herr Lorenz prüft, ob der Antrag Nr. 972 auf der Fassung des Antrages Nr. 104 beruht)

— Ja, das ist so! — Ich lasse also zunächst über den Abänderungsantrag Nr. 972 abstimmen, der die Fassung, die auch von der Antragskommission vorgeschlagen wird, durch die Worte „die Ergebnisse des Integrationsprozesses und die Funktionsweise der Gemeinschaften“ ergänzt. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Bei einer Reihe von Gegenstimmen und Enthaltungen ist dieser Abänderungsantrag angenommen.

Ich lasse nun den Antrag Nr. 104 mit der eben beschlossenen Ergänzung abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Dagegen? — Das erstere war die große Mehrheit. Damit ist Nr. 104 angenommen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge Nr. 105 und 106 abzulehnen. Wer hierin der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? Das erstere war die Mehrheit. Damit sind diese Anträge abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zum Kapitel Ostpolitik, Ziffer 15. Hier sind die Anträge Nr. 109, 112, 116 und 117 zu behandeln. Für die Antragskommission hat das Wort Herr von Wrangel.

**Olaf von Wrangel**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat nach reiflicher Überlegung folgendes vorgeschlagen. Sie bittet darum, daß mit Vorrang die Anträge Nr. 109, 112, 116 und 117 behandelt werden. Dies sind Anträge, die in der Substanz miteinander identisch sind und die grundsätzlichen Charakter haben. Sie befürworten eine Umstellung. Es würde — wenn wir diesem Vorschlag folgen — aus der jetzigen Ziffer 15 die Ziffer 16 werden und umgekehrt.

Wir glauben in der Antragskommission, daß dies, da die bisherige Ziffer 16 einen umfassenderen Charakter hat, dem Gesamtduktus des Programms besser entsprechen würde.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Das heißt also, wir sollen zunächst über die Umstellung beschließen, die in dem Antrag Nr. 109 folgende vorgeschlagen wird. Also Ziffer 15 und 16 umstellen, darüber stimmen wir jetzt ab. Wer da-



für ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Gegen wenige Stimmen bei einigen Enthaltungen ist diese Umstellung beschlossen.

Dann sind jetzt die Anträge Nr. 118 bis 120 zu behandeln. Dazu hat das Wort Herr von Wrangel.

**Olaf von Wrangel:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission ist der Ansicht, daß die Anträge Nr. 118 bis 120 in der vorliegenden Form abgelehnt werden sollten. Wir meinen, daß hier in den Formulierungen sicherlich Änderungen vorhanden sind, daß aber in der Substanz die Vorlage des Bundesvorstandes diese Anträge abdeckt.

Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß in dem einen Antrag zum Beispiel die mittel-, ost- und südeuropäische Bevölkerung besonders angesprochen wird. Dies ist in der Vorlage des Bundesvorstandes auch der Fall. Dasselbe gilt dann für das Selbstbestimmungsrecht und die Menschenrechte, die in unserem Programm — so meinen wir — gebührend enthalten sind.

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission schlägt Ablehnung der Anträge Nr. 118 bis 120 vor. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist diesem Antrag gefolgt. Damit ist die Ziffer 15 erledigt.

Ich rufe auf Ziffer 16. Hier sind die Anträge Nr. 107, 108, 110, 111, 113, 114 und 115 zu behandeln. Für die Antragskommission Herr von Wrangel!

**Olaf von Wrangel:** Die Antragskommission ist der Meinung, daß der Antrag Nr. 107 angenommen werden sollte. Hier ist in der Formulierung der Antrag so gefaßt, daß er einfach der Diktion des ganzen Programms besser entspricht als die Vorlage des Bundesvorstandes.

Darf ich zum Antrag Nr. 108 sagen, daß hier die Antragskommission eine Ablehnung vorschlägt, zumal auch hier die Frage des Selbstbestimmungsrechts angesprochen wird und wir der Meinung sind, daß dies durch die Vorlage des Bundesvorstandes abgedeckt ist.

Für den Antrag Nr. 115 — es handelt sich hier im wesentlichen um die Anfügung zur Politik der Sowjetunion „Hegemonie und Gewalt“ — würden wir auch die Ablehnung vorschlagen. Wir sind der Meinung, daß die Hegemonie oder das Streben nach Hegemonie in der Aussage dasselbe beinhalten.

Schließlich darf ich mich noch äußern für den Antrag Nr. 110. Hier ist besonders vom Friedenswunsch die Rede. Auch hier sind wir der Meinung, daß dies zu den Kernpunkten unseres ganzen Programms gehört und überall den Niederschlag finden würde.

Im übrigen würden sich, wenn der Parteitag den Vorschlägen der Antragskommission folgt, die Anträge Nr. 110, 111, 113 und 114 erledigen.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission hat also vorgeschlagen, zunächst den Antrag Nr. 107 anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist dieser Antrag angenommen.

Dann empfiehlt die Antragskommission, die Anträge Nr. 108 und 115 abzulehnen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke. Das ist die Mehrheit. Wer ist dagegen? — Das ist sogar einstimmig, soweit ich es sehe.

Weiter wird empfohlen, auch den Antrag Nr. 110 abzulehnen. Damit würden sich, wenn dem gefolgt wird, die Anträge Nr. 111, 113 und 114 erledigen. Wer hier dem Antrag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Das ist wohl auch einstimmig — nein —, gegen wenige Stimmen so beschlossen. Damit haben wir auch Ziffer 16 erledigt.

Ich rufe auf Ziffer 17. Hier sind die Anträge Nr. 121 bis 134 und 978 zu behandeln. Das Wort hat Herr von Wrangel für die Antragskommission.

**Olaf von Wrangel**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hier handelt es sich um eine Reihe von Anträgen, die sich mit der Substanz der Ostpolitik, insbesondere auch mit der Substanz der Polenpolitik, beschäftigen. Die Antragskommission hat sehr eingehend darüber diskutiert und ist der Meinung, daß in dieser Frage, und zwar insbesondere die ganze Ziffer 17, vielleicht doch neu formuliert werden sollte, und schlägt Ihnen eine Formulierung vor, die ich jetzt verlesen darf. Die Ziffer 17 würde, wenn Sie dem Vorschlag der Antragskommission folgen, wie folgt lauten:

„Eine europäische Friedensordnung setzt einen dauerhaften und aufrichtigen Ausgleich mit unseren Nachbarn Polen und Tschechoslowakei voraus. Die endgültige Festlegung der Grenzen zwischen Deutschland und Polen muß gemäß dem Potsdamer Abkommen und dem Deutschland-Vertrag in einem Friedensvertrag erfolgen. Das Münchener Abkommen von 1938 sehen wir in seinen territorialen Auswirkungen als nicht mehr gültig an. Wir sehen das Verlangen der Völker nach einem Leben in gesicherten Grenzen als berechtigt an. Wir wollen die Zukunft unseres Kontinents dadurch sichern, daß die Grenzen mehr und mehr ihren trennenden Charakter verlieren.“

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich hier hinzufüge, daß wir uns natürlich sorgfältig mit allen einzelnen Anträgen befaßt haben. Ich möchte zum Beispiel sagen, daß wir zum Antrag Nr. 128 sagen müssen, daß er ohnehin durch die Ziffer 16, so wie sie jetzt beschlossen worden ist, erledigt wäre; ich möchte zum Antrag Nr. 129 sagen: Dort ist die Rede von einem gesamt-europäischen System. Sicherlich kann man darüber debattieren, aber jeder von Ihnen — und das haben wir ja alle getan —, der sich gerade im Augenblick mit dem Wunsch der Sowjetunion beschäftigt, eine Sicherheitskonferenz abzuhalten, könnte — ich sage ausdrücklich: könnte — daraus möglicherweise falsche Schlüsse ziehen.

Ich möchte noch ein paar Sätze zu dem Antrag Nr. 133 der Jungen Union sagen. Wir sind der Meinung, daß gerade in der Vergangenheit, sicherlich auch zu Unrecht, der erste Teil dieses Antrages der Jungen Union hochgespielt worden ist und man den zweiten Teil sicherlich zu wenig gelesen hat. Im zweiten Teil ist zweifellos der Friedensvertragsvorbehalt wieder drin. Die Antragskommission ist freilich der Meinung — und dies deckt sich absolut mit dem, was der Vorsitzende der Fraktion der CDU/CSU gesagt und was die Bundestagsfraktion beschlossen hat —, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie nicht Voraussetzung sein kann für die Versöhnung der Völker. Uns geht es darum, Grenzen durchlässig zu machen und ihnen die Totalität zu nehmen. Deshalb, meinen wir, sollte man Forderungen der Sowjetunion, die ihr Hegemoniestreben unterstützen, nicht annehmen, weil damit die Totalität der Grenzen gefördert und der Versöhnung nicht gedient wird.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, hier haben wir wieder mehrere Wortmeldungen, soweit ich bisher übersehen kann, zehn. Ich weise darauf hin, daß zum Beispiel zum Antrag Nr. 133 allein aus dem Landesverband Baden-Württemberg drei oder vier Wortmeldungen vorliegen. Ich bitte alle, sich möglichst zu prüfen, ob nicht vielleicht der eine oder andere zugunsten eines, der bereits gesprochen hat, noch dazu, wenn er dem gleichen Landesverband angehört und zur gleichen Sache sich geäußert hat, verzichten kann. Außerdem darf ich auf die zeitliche Beschränkung hinweisen.

Zunächst hat das Wort Herr Echternach für die Junge Union, dann Herr Wohlrabe, Berlin, und Herr Dr. Jahn, Braunschweig.

**Jürgen Echternach**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser Antrag enthält zwei wesentliche Gedanken, erstens eine materielle Aussage zur Grenzfrage und zweitens Aussagen zu einem deutsch-polnischen Vertrag über eine mögliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.

Unser Antrag hat in der Partei viel Widerspruch gefunden, der sich vor allem gegen den ersten Satz unseres Antrages richtet und dabei alle weiteren Sätze dieses Antrages übersieht.

Wir sagen in diesem zweiten Teil, welche Voraussetzungen an einen Vertrag zu stellen sind, der zu einer Normalisierung und Versöhnung zwischen Deutschland und Polen führen kann. Damit sagen wir zugleich, daß der von der Bundesregierung abgeschlossene deutsch-polnische Vertrag nicht akzeptiert, sondern abgelehnt werden muß. Denn, meine Damen und Herren, er enthält keinen friedensvertraglichen Vorbehalt, er erklärt nicht oder sichert nicht, daß die endgültige Anerkennung der polnischen Grenze erst in einem Friedensvertrag erfolgen kann, und zweitens enthält er keine befriedigende Regelung für die Deutschen in Polen, denn weder enthält er eine vertraglich abgesicherte Ausreisemöglichkeit für die Deutschen, noch enthält er ausreichende Gruppenrechte für die, die in Polen bleiben wollen.

Diese Punkte müssen aber in einem Vertrag enthalten sein, wenn er wirklich zur Normalisierung führen soll, weil sie eben wesentliche deutsche Interessen beinhalten. In diesem Punkt dürfte unser Antrag hier im Plenum keinen wesentlichen Widerspruch finden, wohl aber in dem weiteren Satz, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens Voraussetzung für eine Versöhnung zwischen Deutschland und Polen sei.

Meine Damen und Herren, ich respektiere, daß es für viele Vertriebene hart und schmerzlich, ja, ich würde weitergehen: fast unmöglich ist, eine solche Aussage zu akzeptieren. Viele Zuschriften, die wir nach der Veröffentlichung unseres Antrages erhalten haben, zeigen, wie viele Hoffnungen, Wünsche und Gefühle durch eine solche Aussage angesprochen und möglicherweise verletzt werden. Aber — und das frage ich Sie — entbindet uns das von der Notwendigkeit, unsere Politik nicht an Wunschvorstellungen, sondern an der wirklichen Lage zu orientieren? Unser Bundestagsabgeordneter Dr. Dichgans hat vor kurzem mit Recht gesagt, daß jeder von uns diese drei Fragen beantworten muß: 1. Wollen wir Schlesien, Pommern und Ostpreußen zurückerobern? 2. Ist zu erwarten, daß die Polen uns diese Gebiete eines Tages freiwillig zurückgeben? 3. Ist zu erwarten, daß irgendeine andere Nation auf Polen einen entsprechenden Druck ausüben wird?

Meine Damen und Herren, es ist die erklärte Politik nicht nur unserer Partei, sondern auch der Heimatvertriebenen selber seit 1945, daß Gewalt oder auch nur die Drohung mit Gewalt für die Veränderung von Grenzen ausscheiden muß. Meine Damen und Herren, mehr noch! Wir haben in den letzten Jahren erklärt, daß wir den Wunsch der Polen respektieren, in gesicherten Grenzen zu leben, wir haben durch unseren Parteivorsitzenden als Bundeskanzler erklärt, daß darüber hinaus noch vor Abschluß eines Vertrages mit Polen nach Lösungen gesucht werden kann, und, meine Damen und Herren, müssen wir nicht zur Kenntnis nehmen, daß nicht nur keine kommunistische, sondern überhaupt keine polnische Regierung je bereit sein wird, freiwillig ihre gegenwärtige Westgrenze nach Osten zurückzuverlagern? Zeigt nicht die Reaktion aller westlichen Länder auf den deutsch-polnischen Vertrag, daß wir bei dem Wunsch nach Grenzveränderung an Oder und Neiße keinerlei Unterstützung im Westen erhalten werden? Wie können wir unter diesen Umständen hoffen, je die Oder-Neiße-Gebiete wieder zurückzugewinnen?

Können wir uns bei dieser Sachlage damit begnügen, den vorliegenden Vertrag nur wegen der fehlenden Gegenleistung oder mangelnden rechtlichen Sicherungen zu kritisieren? Gebietet es nicht schon die Glaubwürdigkeit, auch zum Kern der Sache, nämlich zur Grenzziehung selbst, Stellung zu nehmen und Farbe zu bekennen? Gerade die junge Generation verlangt doch von uns diese Glaubwürdigkeit, und es ist eben nicht nur die junge Generation, sondern — wenn ich zitieren darf — es sind nicht nur neue Wählergruppen, nicht nur die Jungwähler, es sind wachsend auch unsere alten Wähler, die von uns ein neues Bild, ein neues Verhalten erwarten, weil sie dem Dilemma zwischen ihrem Vertrauen zur CDU und ihrer Wahrnehmung der neuen Wirk-

lichkeiten enthoben sein wollen. So unser Generalsekretär Dr. Heck auf dem letzten Parteitag in Mainz.

Meine Damen und Herren, können wir in dieser Frage Oder-Neiße-Grenze durch untätiges Abwarten überhaupt etwas gewinnen? Oder wird dadurch nicht das Bestehende nur noch weiter verfestigt? Kann nicht auch das Aussprechen schmerzlicher Wahrheiten befreiend wirken, unsere Gesellschaft freimachen vom falschen und illusionären Bewußtsein des noch Offenen und Schwebenden?

(Pffiffe aus der Versammlung)

Und vor allem: Wir wollen doch die Verständigung und Aussöhnung mit Polen, die unsere Bundestagsfraktion in ihrer EntschlieÙung vom 4. Dezember als wichtiges Ziel deutscher Politik im ersten Satz ihrer EntschlieÙung bezeichnet hat! Die EntschlieÙung fährt fort: „Die Erreichung dieses Zieles sei eine wesentliche Voraussetzung eines dauerhaften Friedens in Europa.“

(Zurufe)

Und es heißt in der EntschlieÙung weiter: „Verständigung und Aussöhnung müssen sich auf beide Seiten moralisch, rechtlich und historisch auf Wahrheit und politischen Wirklichkeitssinn gründen.“

(Glocke des Tagungsleiters)

In einer gesicherten und auf der Selbstbestimmung der Völker beruhenden europäischen Friedensordnung ist Raum für einen dauerhaften Ausgleich und eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen bei freier Entfaltung beider Völker.“

Ich unterstreiche das. Aber es stellt sich doch hier die Frage: Wie kommen wir zu dieser europäischen Friedensordnung?

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Herr Echternach, ich muß Sie um Entschuldigung bitten. Aber ich wäre dankbar, wenn Sie jetzt zum Schluß kämen.

(Beifall)

**Jürgen Echternach**: Herr Präsident, wenn Sie mir noch zwei Minuten geben.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Ja.

**Jürgen Echternach**: Meine Damen und Herren, wir kommen zu dieser europäischen Friedensordnung sicher nicht, wenn wir im Rahmen der europäischen Integration eine gemeinsame Außenpolitik der europäischen Länder fordern und wenn wir diesen Ländern gleichzeitig zumuten, für eine Veränderung der Oder-Neiße-Grenze einzutreten. Sicher auch nicht dadurch, daß wir es hinnehmen, daß allein die Sowjetunion die polnische Westgrenze garantiert und damit die außenpolitische Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion weiter verfestigt.

(Zurufe: Aufhören!)

Ich unterstreiche fast alles, was in der Entschließung der Bundestagsfraktion zum Verhältnis zwischen Deutschen und Polen gesagt worden ist, bloß es fehlt die klare Stellungnahme zum Grenzproblem selbst. Wir kommen aber an dieser Frage nicht vorbei und können nicht nur auf die Fehler der Regierung verweisen.

Müßte es nicht die Aufgabe unserer Partei sein, die sich anschickt, mit diesem Programm wieder die politische Verantwortung in unserem Lande zu übernehmen, aus dieser Verantwortung heraus auch unserem Volk die volle Wahrheit zu sagen?

Diese Fragen stehen hinter unserem Antrag. Sie mögen die Motive deutlich machen, aus denen heraus

(Zischen im Saal — Zurufe: Schluß!)

wir uns verpflichtet fühlen, diesen Antrag zu stellen.

(Pfliffe — Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Wohlrabe, Berlin.

**Jürgen Wohlrabe**: Meine Damen und Herren, ich möchte mich bemühen, die Redezeit einzuhalten. Ich möchte gegen den Antrag von Herrn Echternach sprechen.

(Beifall)

Ich glaube, daß es nicht erforderlich ist, das Für und Wider voll abzuwägen, weil wir die Argumente kennen. Trotzdem lassen Sie mich eines kurz sagen: Der Fraktionsvorsitzende hat gestern in seiner Rede gesagt: „Nur ein Friedensvertrag kann endgültig Grenzen festlegen. Aber Gemeinsamkeit und Versöhnung zwischen Deutschen und Polen brauchen darauf nicht zu warten.“ Ich glaube, daß das der Kern unseres politischen Willens ist, um den es hier heute geht.

(Beifall)

Wir wollen nicht Grenzen zementieren, sondern durchlässig machen, wie es auch in der Begründung der Antragskommission gesagt worden ist. Das, was Herr Echternach beantragt hat, bedeutet für mich ein Zementieren der Grenzen, und dies bedeutet keinen Fortschritt, sondern Rückschritt.

(Lebhafter Beifall)

Ich wende mich auch gegen Vorleistungen, meine Damen und Herren,

(Zuruf: Sehr richtig! — Beifall)

unter dem Gesichtspunkt, daß ich durchaus bereit bin, mit jedem ein vernünftiges politisches Auskommen zu erzielen, aber dann auf Gegenseitigkeit!

(Beifall)

Ich bitte Sie deshalb, zu verstehen, daß ich mich damit nicht einverstanden erklären kann — wie es schon mehrfach zum Ausdruck kam —, daß hier ein Junktim zugunsten von anderen Lösungen aufgegeben werden soll. Das Paket, wie es die Fraktion in ihrer Entschließung beschlossen hat, muß voll und ganz erhalten bleiben. Präjudizierungen, auch durch die Annahme eines solchen Antrages, nutzen uns in der gegenwärtigen und auch in der zukünftigen Auseinandersetzung überhaupt nicht.

(Beifall)

Und ich trete auch dafür ein, daß, wenn wir mit Polen — ich bekenne mich hierzu — ein vernünftiges, freundschaftliches Verhältnis erwerben wollen, die Polen unsere Anliegen ebenfalls in ihrer Politik berücksichtigen müssen. Und als Berliner mag man mir es nicht verübeln, daß ich zu denen gehöre, die sagen: Wenn mit Polen ein vernünftiger, freundschaftlicher Ausgleich, dann bitte aber auch von den Polen die Aufgabe der Forderung, West-Berlin sei eine selbständige politische Einheit!

(Beifall)

Und noch ein anderes Wort kurz, wenn es der Herr Präsident gestattet. Meine Damen und Herren, hier ist der Eindruck entstanden, als ob die Jüngeren der CDU Deutschlands die Meinung des Bundesvorsitzenden der Jungen Union teilen. Ich meine, daß das nicht der Fall ist,

(Beifall)

wie wir ja auch aus der Presse entnehmen konnten.

Ich gehöre selbst der Jungen Union noch an und ich würde mich freuen — und diese herzliche Bitte richte ich an unseren Freund Echternach —, wenn die Interviewpolitik aufhörte. Egal wo.

(Lebhafter Beifall)

Das nutzt uns nichts. Die Solidarität verlangt gerade in der derzeitigen Zeit ein Zusammenstehen von uns allen. Ich bitte den Antrag Echternach deshalb abzulehnen.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Dr. Jahn, Braunschweig, das Wort.

**Dr. Hans-Edgar Jahn**: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich will es kurz machen und nichts wiederholen, was unser Freund Wohlrabe eben gesagt hat.

Ich möchte es aber von einem anderen Aspekt aus sehen.

Als ich las, Voraussetzung für eine Versöhnung sei die Anerkennung der Oder-Neiße-Demarkationslinie, habe ich gedacht, das ist ein sehr großes Wort, und

der Satz ist zugleich ein kühnes Unterfangen. Und er ist es durch seine Aussagekraft noch mehr durch die Ausführungen unseres Fraktionsvorsitzenden, Dr. Rainer Barzel, vom gestrigen Tage, der uns deutlich gemacht hat, daß es noch viele andere Voraussetzungen für die Verständigung mit Polen gibt.

Als Mitglied des Europäischen Parlaments habe ich dreimal lesen müssen, um zu begreifen, daß die Anerkennung einer Grenze — einer Grenze, die nie eine war — die Voraussetzung für die Versöhnung von Menschen und Völkern ist. Im freien Europa, meine lieben Freunde, lesen und hören wir es umgekehrt: Die Überwindung der Grenzen ist die Voraussetzung für die wechselnde und wachsende, sich gegenseitig kooperierende Verständigung und menschliche Integration.

(Beifall)

Was für unsere freiheitlich-demokratische Politik im Westen gilt, sollte auch Ausgangsbasis für unsere Versöhnung und Verständigung in der Politik mit den Menschen im Osten sein.

Ich bitte, Antrag 133 abzulehnen, da er auch in sich widersprüchlich ist. Satz 1 hebt praktisch Satz 2 auf, wenn die Polen ihn richtig lesen. Ich teile der Antragskommission mit, daß die Antragsteller von 134 ihren Antrag in dem der Satzungscommission konsumiert sehen und diesen damit unterstützen werden.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Lauk, Baden-Württemberg.

**Kurt Lauk**: Meine Damen und Herren! Zunächst eine Bemerkung vorweg. Herr Wohlrabe hat gerade gesagt, daß die Junge Union nicht hinter dem Antrag steht, den Herr Echternach als Bundesvorsitzender begründet hat.

(Zurufe: Das hat er nicht gesagt — die junge Generation, hat er gesagt!)

— Ich betone: Herr Echternach hat in Saarbrücken zunächst einmal nicht für diese Entschließung der Jungen Union so, wie sie heute dasteht, vollinhaltlich mitargumentiert. Er war aber als Bundesvorsitzender dazu verpflichtet, daß eine mit Mehrheit gefaßte Entschließung in Saarbrücken vom Bundesvorstand der Jungen Union zu begründen ist. Das ist eine ganz demokratische Sache.

(Beifall)

Wir können nicht heute hierhergehen und sagen: Die Junge Union und die CDU stehen nicht hinter dem Mitbestimmungsantrag. Auch hier stehen wir voll dahinter, obwohl wir zunächst anders argumentiert haben.

Und dann jetzt zur Sache der Jungen Union, zu diesem Antrag!

Ich möchte noch eine Vorbemerkung machen. Es ist doch merkwürdig, daß die Junge Union diesen Antrag stellt und die ältere Generation in der CDU ihr nicht zustimmt. Das bedeutet zunächst einmal keine Qualifikation. Das ist einfach eine Tatsache, das hier so zu sehen, daß hier offensichtlich zwischen den Generationen sich unterschiedliche Meinungen andeuten.

(Zischen und Widerspruch)



— Das können Sie doch nicht bestreiten.

Die Mehrheit der Jungen Union hat in Saarbrücken diesen Antrag gebilligt, und ich meine, daß auch zur Begründung dieses Antrags noch einiges gesagt werden muß. Diese Regierung hat den Vertrag unterschrieben. Die Junge Union ist nicht der Meinung, daß der Vertrag in dieser Form gut sei. Das muß man auch sehen. Aber, wenn Herr Barzel — der Erfolg seiner Reise in Polen ist unbestritten — gestern hier sagte, daß er mehr von Polen mitgebracht habe als Herr Brandt, dann ist das zwar vielleicht in einer vordergründigen Art richtig; aber ich bin doch der Meinung — und da darf man nicht trennen; das ist ein und derselbe Zusammenhang —, daß der Erfolg von Herrn Barzel ohne die Politik und die Unterschrift von Herrn Brandt nicht möglich gewesen wäre.

(Lachen — Pfliffe — Lebhaftige Unruhe)

Meine Damen und Herren, hier besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen dem Vertrag, der unterzeichnet ist — ob es richtig ist oder nicht, lassen wir dahingestellt —, und der Reise von Herrn Barzel. Das ist, glaube ich, nicht zu bezweifeln. Wir meinen, daß von der Jungen Union her den klaren Verhältnissen, die da zutage liegen, in der praktischen politischen Situation — nicht juristisch — in dieser Formulierung des Antrags der Wirklichkeit Rechnung getragen ist. Nichts anderes meinen wir. Deshalb auch hat sich die Junge Union in Saarbrücken mehrheitlich dafür ausgesprochen; deshalb auch wird sie es hier tun. Sie hat es eingebracht, um die CDU dazu zu bringen, möglicherweise auch hier der Jungen Union zuzustimmen.

(Vereinzelter Beifall — Zurufe)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf zunächst einmal darum bitten, in der Beurteilung solcher Wortmeldungen die diesem Parteitag angemessene Form zu wahren. Wir können uns leidenschaftlich auseinandersetzen. Ich würde empfehlen, nicht zu pfeifen, wenn jemand hier seine Meinung vertritt, auch wenn es nicht die Meinung der Mehrheit sein sollte.

(Beifall)

Unser Fraktionsvorsitzender, Herr Dr. Barzel, hat gebeten, hierzu das Wort nehmen zu dürfen. Ich nehme an, daß Sie einverstanden sind und erteile ihm das Wort.

**Dr. Rainer Barzel** (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Was die praktischen Dinge betrifft, so bin ich präpariert — und das beschäftigt mich seit gestern abend — auf die Debatte morgen im Deutschen Bundestag.

Die Regierung hat dieselbe These vertreten, wie sie mein Herr Vorredner hier vertreten hat. Ich werde dagegen sagen, daß meine fünf Punkte nicht aus den Fingern gesogen sind, daß sie in der Tat konkreter sind und weiter gehen als das, was das gemeinsame Kommuniqué vom 7. Dezember 1970

zwischen der Regierung der Volksrepublik Polen und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland enthält. Schon ein Textvergleich bestätigt dies. Ich will im Hinblick auf die angespannte Zeit verzichten, hier Zitate zu verlesen.

Weiter! Wir sollten den gestrigen Tag, wobei ich nicht gerechnet hatte, daß es hier eine so herzliche, so überzeugende, von beiden Seiten als herzlich und angenehm und als ein Schritt zur Versöhnung empfundene Begegnung geben würde — diesen Tag und die Entwicklung, die sich hier anbahnt, sollten wir in keiner Frage durch neue Aussagen irgendwie unterbrechen, stören, beeinträchtigen, wie immer Sie formulieren wollen.

Das, was hier gestern passiert ist, ist ein praktischer Schritt der Versöhnung auf einem Parteitag, von dem jeder wußte, welche Vorlage hier liegt. Ich möchte nichts von dem wiederholen, was ich gestern sagte, und nichts von dem unterstreichen als die herzliche Bitte, die ohnehin sehr schwierige und nun draußen in Ost und West besser verstandene Position der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durch gar keine neuen Worte, wie gut immer sie gemeint seien, hier in irgendeine Schwierigkeit zu bringen.

Ich glaube, meine Freunde — und dies wollte ich ohnehin sagen — es kann an diesem Punkt, es kann auch an anderen Punkten sein —: Sollte irgendeine Entwicklung sein, die fundamental ist, dann, so meine ich, sind wir es uns als Mitglieder dieser Partei und als Delegierte dieser Partei — ein solcher bin ich auch — schuldig, diese außenpolitischen Fragen nicht weniger wichtig zu nehmen als die fundamentalen innenpolitischen Fragen und dann erst hier auf einem Parteitag neu zu diskutieren.

Das, meine Freunde, ist meine Meinung, und deshalb bitte ich herzlich, der Antragskommission zu folgen.

(Lebhafter Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Mit Ausnahme von einer betreffen alle übrigen Wortmeldungen den Antrag Nr. 133. Ich wäre dankbar, wenn nach der Intervention unseres Freundes Dr. Barzel alle Redner, die sich zu diesem Thema noch gemeldet haben, kurz überprüfen würden, ob sie ihre Worte aufrechterhalten. Um Zeit zu dieser Überprüfung zu geben, gebe ich zunächst dem einen das Wort, der sich zum Antrag Nr. 978 gemeldet hatte. Es ist Herr Jäger aus Baden-Württemberg.

**Klaus Jäger**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Antragsteller des Antrags Nr. 978 verfolgen in weitgehendem Umfang das Anliegen, das auch in der Textfassung der Antragskommission zum Ausdruck kommt. So scheint uns zweierlei von besonderer Bedeutung zu sein, und auch das ist schon einmal auf diesem Parteitag gesagt worden. Wir können heute nicht unseren sozialdemokratischen Kontrahenten im Deutschen Bundestag, in Deutschland vorwerfen, daß sie heute nichts mehr wissen wollen von den klaren und deutlichen Aussagen, die sie mit uns zusammen in früheren Jahren gemacht haben, wenn wir selber heute von unserer klaren und eindeutigen Haltung, die wir immer vertreten haben, abrücken.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir heute selber, meine Damen und Herren, in diese Haltung verfallen würden, würden wir nur das eine tun: unsere Kritik an der derzeitigen großen Regierungspartei unglaublich machen. Deswegen, meine Damen und Herren, sollten wir eine ausgewogene Formulierung finden, und eine ausgewogene Formulierung schien uns die des Antrags Nr. 978 zu sein.

Aber, meine Damen und Herren, diese Diskussion hat sich in eine Situation hineinbegeben, in der es uns nicht mehr so wichtig zu sein scheint, ob in irgendeiner sprachlichen Frage noch eine Verbesserung gegenüber der Antragskommission zu erzielen wäre; die wesentlichen Intentionen sind dieselben. So glaube ich, für die Antragsteller des Antrags Nr. 978 sagen zu dürfen, daß wir unseren Antrag zugunsten dessen zurückziehen, was die Antragskommission hier formuliert und vorgetragen hat. Wir bitten Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: So, meine Damen und Herren, jetzt kommen die übrigen Wortmeldungen, die sich alle auf Antrag Nr. 133 beziehen. — Zur Geschäftsordnung? Herr Dr. Prießnitz!

**Dr. Walter Prießnitz**: Ich beantrage Schluß der Debatte.

(Zurufe — Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Möchte jemand gegen diesen Antrag sprechen? Bitte!

**Matthias Wissmann**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Geschäftsordnung.

Vorhin wurde hier von Herrn Wohlrabe gesagt, es sollte Schluß gemacht werden mit der Interviewpolitik des Bundesvorsitzenden der Jungen Union. Wenn wir diese Forderungen erheben, meine Damen und Herren, müssen wir auch die Konsequenz daraus ziehen, daß, wenn die Interviewpolitik beendet werden soll, dann hier eine offene Diskussion der verschiedenen Meinungen auf diesem Parteitag stattfinden muß. Deshalb beantrage ich die Fortsetzung der Debatte.

(Teilweiser Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Es hat einer dafür, einer dagegen gesprochen. Ich lasse abstimmen. Wer für Schluß der Debatte ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön! Wer ist dagegen? — Das letztere ist die Mehrheit. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

So, meine Damen und Herren, jetzt rufe ich nacheinander alle diejenigen auf, die sich zum Antrag Nr. 133 gemeldet haben. Wer verzichten will, kann es ja mitteilen.

Zunächst Herr Lamers, Rheinland!

**Karl Lamers:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte versuchen, dem Appell unseres Fraktionsvorsitzenden nachzukommen, aber zugleich einiges zur Klärung zu sagen.

1. Dieser Antrag — darauf ist bereits hingewiesen worden — ist auf dem Europakongreß der Jungen Union Deutschlands mit einer überwältigenden Stimmenmehrheit angenommen worden. Das Stimmenverhältnis war etwa 13:76.

2. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie wirklich um Verständnis für die Position der Jungen Union in dieser Partei und gegenüber der jungen Generation. Ich bitte Sie, doch einmal zu sehen, wie die Umfragen über diese Frage übereinstimmend bei der jungen Generation aussehen. Ich bitte Sie, doch einmal zu verstehen, wie schwer es für einen, der in dieser Partei und für diese Partei kämpft, ist, in dieser jungen Generation Verständnis für den einen oder anderen Standpunkt zu finden, den diese Partei in diesen Fragen zu Recht oder zu Unrecht vertritt.

Meine Damen und Herren, ich meine, Sie könnten alle mit dieser Jungen Union zufrieden sein, und ich meine, es komme nur dem Interesse der Partei zugute, wenn der Bundesvorsitzende der Jungen Union auch einmal eine abweichende Meinung in der Öffentlichkeit vertritt. Meine Damen und Herren, ob eine lamffromme Junge Union dieser Partei den besten Dienst erweist, das möchte ich mit allem Nachdruck bestreiten.

(Beifall)

Einen ernsthaften Vorwurf können Sie uns erst dann machen, wenn Sie uns nachweisen, daß wir gegen die wohlverstandenen Interessen dieser Partei kämpfen. Diesen Nachweis hat bislang noch niemand zu erbringen vermocht. Und ich glaube, es ist gut, daß in der letzten Zeit der Bundesvorsitzende das eine oder andere Wort in der Öffentlichkeit gefunden hat. Meine Damen und Herren, erst seitdem sind wir wieder glaubwürdig und können wir glaubwürdig und glaubhaft die Interessen dieser Partei in der jungen Generation vertreten. Das ist Ihr Interesse, das ist unser Interesse!

(Beifall)

So viel zunächst dazu! Dann zu diesem Antrag!

Meine Damen und Herren, ich bekenne mich hier offen dazu, daß die Formulierung zu dem ersten Satz von mir stammt. Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, daß diese Formulierung nicht im Widerspruch zu dem Polen-Papier der Fraktion steht. Ich glaube, es muß hier klargestellt werden, daß der Erfolg, den Rainer Barzel von Polen mitgebracht hat, in der Tat nicht auf der Politik dieser Regierung beruht. Aber, Herr Dr. Barzel, ich glaube, er beruht auf dem Antrag der Fraktion zu Polen. Ich glaube, ohne diesen Antrag, ohne diese einstimmige Resolution der Bundestagsfraktion, wäre Ihr Erfolg nicht möglich gewesen. Das, glaube ich, ist hier übereinstimmende Meinung. Und ich meine, meine Damen und

Herren: In diesem Polen-Papier, das zum Teil etwas verklausuliert und sehr geschickt ausgedrückt ist, aber doch auch klare Aussagen macht, ist doch immerhin die Bereitschaft der CDU/CSU ausgedrückt — der CDU/CSU! —, über diese Frage der Grenze mit Polen mit sich reden zu lassen. Meine Damen und Herren, ich glaube, wenn man dieses Papier ernsthaft liest, ist mehr in diesem Papier ausgesagt.

Ich glaube, die Feststellung, die wir in Saarbrücken getroffen haben, daß nämlich die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie die Voraussetzung für die Normalisierung und Versöhnung ist, ist als solche nicht zu bestreiten. Ich meine, damit ist doch nicht gesagt — und ich glaube, dieses Mißverständnis steht hier im Raum —, daß die Ratifizierung des jetzt vorliegenden Vertrages Voraussetzung für Normalisierung und Versöhnung ist. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß es gut und richtig ist, vor der Vertragsratifizierung und unabhängig von diesem Vertrag — wie es der Fraktionsvorsitzende gesagt hat —, alles das zu versuchen, was wir an Normalisierung, an Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen erreichen können. Meine volle Billigung! Aber ich meine, das stünde nicht im Widerspruch zu diesem ersten Satz, in dem von einer Anerkennung die Rede ist, ohne daß wir von Ratifizierung sprechen und ohne daß wir zu diesem speziellen Vertrag Stellung nehmen.

Ich meine, meine Damen und Herren, die Haltung der Union in dieser entscheidenden Frage würde glaubwürdiger, glaubhafter, wenn Sie unserem Antrag entsprächen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, da jetzt alle zu dem gleichen Antrag sprechen, muß es möglich sein, das jeweils in drei Minuten zu machen.

Als nächster hat das Wort Herr Dr. Rudolf Olderog (Schleswig-Holstein), dann Herr Dr. Czaja.

**Dr. Rolf Olderog**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie die Diskussion über den Antrag der Jungen Union ausgehen wird, ist klar: Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt werden. Die Bedeutung dieser Diskussion liegt also allein noch darin, ob wir es schaffen, auch in dieser zweifellos emotional aufgeladenen Frage fair und nüchtern miteinander zu sprechen.

Wenn jetzt nach den anderen politischen Jugendverbänden auch die Junge Union diesen Beschluß zur Oder-Neiße-Linie gefaßt hat, so macht das deutlich, wie sehr die Position von vielen in der CDU von der Auffassung einer breiten Mehrheit in der jungen Generation entfernt ist. Und das ist eine Tatsache; wir sollten das hier nüchtern zur Kenntnis nehmen.

Ich selbst, meine sehr verehrten Damen und Herren, halte diese Formulierung des JU-Antrages nicht für sehr geglückt. Aber selbst dann, wenn man diesem Antrag nicht zustimmt, muß man eines klar erkennen: Auch bei vielen Freunden in der CDU festigt sich die Auffassung, daß die Zeit jetzt reif ist, daß dieses entscheidende deutsch-polnische Problem jedenfalls inhaltlich heute eine Regelung, eine abschließende Regelung erfahren muß, daß die Zeit reif ist, daß Deutsche und Polen jetzt Leistung und Gegenleistung aushandeln. Gibt es nicht einen Widerspruch in unserer Argumentation? Einerseits erklären wir: Wir sehen das Verlangen des polnischen Volkes, in gesicherten Grenzen zu leben, als berechtigt an. Andererseits sagen wir — etwa in dem Polen-Papier der Fraktion —, daß formell wie auch materiell eine Lösung dieses Problems erst in einem gesamtdeutschen Friedensvertrag möglich ist. Das bedeutet also, daß die Polen noch lange, nämlich bis zum Abschluß dieses Friedensvertrages, in vorläufigen und das heißt ungesicherten Grenzen werden leben müssen. Wann, meine sehr verehrten Damen und Herren, können wir denn erwarten, daß es einen gesamtdeutschen Friedensvertrag geben wird? Augenblicklich sehen wir doch nicht einmal den Ansatz einer Entwicklung, die zu einem solchen Friedensvertrag führen könnte. Wir müssen also mit einer sehr, sehr langen Frist rechnen, und ich glaube, meine Damen und Herren: Gibt es Anlaß, können wir glauben, daß in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren unsere Verhandlungsposition besser sein wird? Können wir glauben, daß die Zeit für uns arbeitet? Können wir glauben, daß sich die internationale Position zu unseren Gunsten — nach fünfzehn Jahren — verbessern wird? Ich glaube, man sollte das entschieden bezweifeln.

Und ich meine — da ich hier nicht zu lang werden will —, wir sollten, auch wenn wir inhaltlich diesem Antrag der Jungen Union nicht zustimmen können, dafür Verständnis haben, daß die Junge Union den Versuch unternommen hat, jetzt in unserer Zeit dieses Problem einer Lösung zuzuführen.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Dr. Czaja (Baden-Württemberg), dann Herr Schmöle (Westfalen).

**Dr. Herbert Czaja**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Echternach hat wiederholt die Vertriebenen angesprochen, und ich möchte ihm in allem Respekt und allerdings auch mit der nötigen Offenheit antworten. Ich kann allerdings keine andere Sprache benutzen, als ich sie sonst zu benutzen pflege.

Ich habe zu den mitleidvollen Bemerkungen des Herrn Bundeskanzlers Brandt an dem Tage, an dem er den Warschauer Vertrag unterzeichnete, gesagt, daß wir keine mitleidvollen Beileidserklärungen brauchen von seiten der Betroffenen, aber das, was wir brauchen, ist die Verteidigung der Mög-

lichkeiten eines dauerhaften und tragfähigen und halbwegs gerechten politischen Ausgleichs, der nicht dem einen alles gibt und dem anderen alles nimmt,

(Beifall)

und daß wir die politische Verteidigung der vor dem Wohl auch unserer Nachbarn und der europäischen Völker vertretbaren deutschen Interessen brauchen, ein Offenhalten der Entscheidung über die vertragliche Regelung der deutschen und der europäischen Landkarte für einen Zeitpunkt, da nicht die Hegemonie nur totalitärer Interessen uns diese Landkarte aufzudrängen droht.

(Beifall)

Und wir brauchen nicht hektische, unüberlegte, täglich neue Leistungen zu Lasten Deutschlands ohne jede Gegenleistung im weltpolitisch ungünstigsten Zeitpunkt.

(Zustimmung)

Für diese sowohl deutsche wie europäische Politik, die auf einen dauerhaften Frieden zielt, hätte ich gern — und deshalb habe ich mich noch zu Wort gemeldet — die nüchterne, sachliche Konfrontation, aber auch Unterstützung der Jungen Union gefunden. Ich bedauere, daß in dem Antrag der Jungen Union sich Anpassung an fragwürdige Doktrinen und Theorien, ein Bündel von Widersprüchen, aber auch Ansätze zu dieser von mir auch innerhalb der Partei erbetenen Solidarität mischen.

Daß diese Mischung noch vorhanden ist, ist schmerzlich, aber daß Ansatzpunkte da sind, läßt die Hoffnung auf Wandel nicht aufgeben. Ein Fortschritt ist da, und über den Inhalt des Antrages der Jungen Union ist ja hier überhaupt noch nicht gesprochen worden.

Der zweite Teil des Antrags der Jungen Union will zwar ein Offenhalten der deutsch-polnischen Frage für europäische Lösungen. Aber, meine Damen und Herren, er will auch einen Friedensvertragsvorbehalt. Aber der erste Satz dieses Antrags — sehen Sie sich diesen Antrag genau durch! — tötet doch politisch und rechtlich dieses Anliegen, weil er die Tür zu europäischen Lösungen und zu einem Friedensvertrag für ganz Deutschland politisch und rechtlich verriegelt; das muß man doch noch einmal ganz klar sehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, deshalb bin ich aber auch nicht hier heraufgegangen, und ich wäre dem Herrn Präsidenten angesichts der Bedeutung der Sache dankbar, wenn er mir noch 1½ Minuten schenken wollte. Ich habe die schwere Aufgabe, auch für die Deutschen zu sprechen, die an dieser Last am meisten tragen, und ich möchte das als gutgesinnter CDU-Mann und Europäer mit freier Stirn tun können, und da muß ich noch ein Wort zu dem Vertrauen sagen.

Das Vertrauen enttäuschter Menschen ist ein empfindliches Pflänzlein. Dies gilt für ihr Ja zu einer europäischen Zusammenarbeit in Freiheit auch nach dem Osten. Das gilt auch für ihre hier und dort sichtbar werdende neue Hinwendung zu unserer Partei. Enttäuschen Sie dies nicht! Wenn sie noch einmal enttäuscht würden, bliebe nur der Weg in den Radikalismus oder in die politische Abstinenz offen, und dies wäre für alle von politischem Schaden.

Deshalb habe ich darum gebeten, daß Sie mit großer Mehrheit diesen Antrag ablehnen, weil ich meine, daß wir für eine konstruktive Alternative offen bleiben müssen, die die CDU/CSU vertreten hat und vertreten möge, sie noch verfeinern, aufbauend auf schrittweiser Verbesserung der politischen Einigung der freien Teile Europas und Festigung seiner Sicherheit, aufbauend auf Gewaltverzicht, geduldige und — das habe ich ebenso offen, wie ich es hier sage, auch den polnischen Parlamentariern gesagt — mutige Vertiefung der technologischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit unserem östlichen Nachbarn. Denn, meine lieben Freunde, auch die Polen in Stettin und in Danzig wollten nicht nationalpolitische Scheinerfolge, sondern sie wollten bessere Lebensbedingungen. Dabei mitzuhelfen sind wir verpflichtet.

(Beifall)

Und dabei Wiederbegegnung der Menschen und Fachleute, Ernstnehmen der Deutschen, die hüben und drüben aus Ostdeutschland leben, in ihren Menschenrechten und in ihrer Koalitionsfreiheit, Kooperation der Fachleute zum Offenhalten für Entwicklungen, die vielleicht in einer freien und nicht nur national-staatlich bestimmten Epoche europäische Strukturen der dauernden, der freien, der selbstverwalteten Präsenz auch der Deutschen in zeitgemäßen Formen und in freier Entscheidung zu einem genügenden Aufarbeiten der großen nationalen und historischen Gegensätze auch in vielen umstrittenen Gebieten zwischen Deutschen und Polen ermöglichen.

Deshalb, meine lieben Parteifreunde, nicht das Einschlagen neuer Grenzpfähle, sondern das Offenhalten, aber dann in vollem Sinne, im Sinne des zweiten Teils des Antrags der Jungen Union und nicht in dem sonderbaren Gegensatz zum ersten Teil. — Danke sehr.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Schmöle das Wort.

**Hans-Werner Schmöle:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte für den Antrag der Jungen Union sprechen und weiß, wie schwer das hier ist. Gestatten Sie mir zwei Bemerkungen vorab!

Erstens: Ich gehe nicht damit einig, daß der Erfolg von Herrn Dr. Barzel in Warschau auf dem basiert, was Herr Brandt vorher getan hat, sondern ich meine vielmehr: daß trotz des schlechten Vertragswerkes, das Herr Brandt



und Herr Scheel von Warschau mitgebracht haben, dieser große Erfolg möglich gewesen ist, verdient von uns besondere Dankbarkeit.

(Vereinzelter Beifall)

Ein Zweites, liebe Freunde! Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Jürgen Echternach, hat hier nicht seinen eigenen Antrag eingebracht, sondern einen Antrag, den die Junge Union auf einem Sonderkongreß mit großer Mehrheit beschlossen hat. Und die Redlichkeit eines Verbandes der Jungen Union verlangt, daß er dann auch hier seine Motive und seine Meinungen zu dieser Frage sagt, daß sich nicht ein Teil etwa aus der Verantwortung hinwegzieht. Darauf, glaube ich, haben Sie alle einen Anspruch.

Und, liebe Freunde, auch in der Jungen Union gibt es viele Meinungen, gibt es viele Möglichkeiten und viele Überlegungen, die dazu geführt haben, daß es zu solch einem Beschluß gekommen ist. Als erstes dürfen Sie es uns bitte abnehmen, daß zwischen uns und der gesamten Partei wohl eines unbestritten ist: daß niemand von uns und — ich bin ganz sicher — niemand anders hier im Saal anders darüber denkt, Unrecht mit Unrecht vergleichen will und daß niemand im Saal irgend jemandem von den Polen die Gewißheit oder die Ungewißheit vermitteln möchte, daß er heute nicht in gesicherten Grenzen leben könnte. Und dieses Motiv, meine Freunde, den Polen deutlich zu machen, daß auch wir ihnen gesicherte Grenzen garantieren, daß sie nicht Furcht haben müssen vor einer Vergeltung mit Unrecht, das ist Motiv für eine große Anzahl von Freunden gewesen, dem ersten Satz zuzustimmen.

Aber ich möchte Sie herzlich bitten, noch einmal den gesamten Antrag zu lesen. Im gesamten Antrag steht auch, daß Voraussetzung für eine vertragliche Lösung für jede Versöhnung, auch mit den Polen, ist, daß wir den Gesamtbereich offenhalten für eine spätere gesamteuropäische Lösung. Glaubt irgendjemand hier im Saal, daß dieses Problem zwischen uns und dem polnischen Volk anders zu regeln ist als in einer gesamteuropäischen Lösung? Ist nicht die einzige Chance auch für unsere vertriebenen Freunde, ihre Heimat wiederzusehen und dort vielleicht einmal leben zu können, darin begründet, daß wir auf eine gesamteuropäische Lösung hinstreben? Ich glaube, das ist unbestritten und steht auch in allen Veröffentlichungen unserer Fraktion. Und deshalb, meine Damen und Herren, ist gesagt worden, eine gesamteuropäische Lösung muß offengehalten werden, und unser erster Satz bezieht sich darauf, daß wir hier dem polnischen Volk die Sicherheit vermitteln, in gesicherten Grenzen zu leben.

Meine Damen und Herren, das waren die Motive bei einem großen Teil derjenigen, die zugestimmt haben, und ich glaube, bei allem, was strittig sein mag, wird auch niemand hier sein, der diese Motive nicht anerkennen wird.

Daß man über Formulierungen verschiedener Meinung sein kann, gestehe ich zu. Aber daß das, wenn wir es so verstehen, mit Sicherheit nicht Verlassen der Linie ist, die die Fraktion und die die Union bisher eingenommen haben,

das müßte man, so meine ich, sagen dürfen. Aus diesem Grunde, liebe Freunde, möchte ich Sie um Verständnis dafür bitten, daß diese junge Generation meint, in besonderer Verantwortung auch vor einer jungen Generation eines anderen Landes im Sinne einer gesamteuropäischen Möglichkeit so votieren zu können, ohne irgend jemandem sein gutes und unbestreitbares Recht hier in unserem eigenen Land zu nehmen.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Wissmann, Baden-Württemberg, danach Herr Fischer, Hamburg.

**Matthias Wissmann**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte für den Antrag der Jungen Union sprechen. — Lassen Sie mich zunächst zwei Vorbemerkungen machen!

Zum einen: Herr Dr. Czaja, wir sind Ihnen dankbar dafür, daß Sie in sachlicher Form Stellung genommen und Ihre Vorstellungen vorgetragen haben. Wir respektieren den Standpunkt der Menschen, die sich in dieser Saale befinden und nicht unserer Meinung sind. Wir bitten sie aber auch, Verständnis für unseren Standpunkt aufzubringen und nicht mit Emotionen und Gefühlen, sondern allein mit sachlichen Argumenten gegen unseren Vorschlag zu votieren.

Dazu gehört eben auch, meine Damen und Herren, uns nicht vorzuwerfen, wir würden aus Gründen der Anpassung oder der Publicity solche Anträge stellen, sondern uns abzunehmen, daß es unsere ehrliche Überzeugung ist, daß es eben notwendig ist, zu einer Versöhnung mit Polen als Voraussetzung eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze vorzunehmen.

Ich möchte ein Wort von Herrn Dr. Schröder von heute morgen aufgreifen, das mir gerade in diesem Zusammenhang auch erwähnenswert zu sein scheint. Herr Dr. Schröder sagte: Unsere Politik darf sich nicht von Emotionen des Augenblicks bestimmen lassen. — Ich würde hinzufügen: Sie muß realistisch die Möglichkeiten sehen, die eine Voraussetzung für eine Entspannung und eine Versöhnung mit Polen sind. Auch wenn gestern eine polnische Parlamentarierdelegation mit großer Sympathie begrüßt wurde, so ist auch das doch nur ein Ansatz für eine Versöhnung, für eine Versöhnung, die nach Erklärung aller Polen, der polnischen Regierung und sicher auch der Menschen in Polen eben die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie von unserer Seite aus zur Voraussetzung hat.

Deshalb ist es eben, meine ich, nicht ganz glaubwürdig gegenüber der Öffentlichkeit, wenn wir hier Sympathiebekundungen gegenüber einer polnischen Delegation in einem erfreulichen Maße darbringen,

(Zurufe)

auf der anderen Seite aber nicht bereit sind zu sehen, daß Voraussetzung für eine Versöhnung nach Meinung der Polen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ist.

(Zuruf: Nach Meinung der Polen!)

Lassen Sie mich noch einmal etwas aufgreifen, was im Zusammenhang mit dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion vom 4. Dezember 1970 steht! Wie Herr Lamers vorhin sagte, ist es gar nicht so sicher, ob nicht die Formulierung der Jungen Union nur eine deutlichere und klarere Aussage enthält, als sie die CDU/CSU-Fraktion gegeben hat. Im Antrag der CDU/CSU-Fraktion heißt es: „Dieser Vertrag sollte, ausgehend von der Oder-Neiße-Linie, einen Modus vivendi schaffen.“ — Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, daß es nur redlich ist zu sagen, daß ein Ausgehen von der Oder-Neiße-Linie ihre Anerkennung bedeutet, und zwar unter gewissen Bedingungen, wie auch wir vorhin zum Ausdruck gebracht haben.

Zum Schluß möchte ich sagen: Es darf bei Ihnen keine Verwechslung stattfinden zwischen unserem Antrag und einer Zustimmung zum Polen-Vertrag. Wir haben unsere Kautelen genannt. Wir sind aber der Meinung, um eine glaubwürdige Alternative zu bieten, müssen wir auch bereit sein, die Voraussetzung dieser Alternative, nämlich eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, hier deutlich zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Es spricht jetzt Herr Fischer, Hamburg, und danach Herr Schulze-Stapen, Westfalen-Lippe.

**Dirk Fischer**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es mir nicht verkneifen, noch auf den Beitrag zu Anfang einzugehen, den Herr Wohltrabe geleistet hat. Ich meine, hier ist ein Vorwurf erhoben worden, der mit einer Formulierung verknüpft wurde, die besagte, es sei ein Antrag Echternachs.

Hier ist mehrfach deutlich gesagt worden, daß die zuständigen und verantwortlichen Gremien der Jungen Union, der Europa-Kongreß in Saarbrücken und Anfang Januar erneut der Deutschlandrat in Bad Godesberg eindeutig — jeweils mit großen Mehrheiten — diesen Antrag so beschlossen haben und auch beschlossen haben, diesen Antrag hier entsprechend zu vertreten. Von einer Privatinitiative kann insofern nicht geredet werden.

Ich glaube, wenn sowohl beim Deutschlandtag der Jungen Union in Hamm als auch beim letzten Bundesparteitag in Mainz unserem Parteivorsitzenden der Vorwurf gemacht wurde, er habe einen Beschluß von Berlin nicht mit ausreichender Intensität und Verve vertreten, und wenn das sowohl Delegierte des Bundesparteitages als auch Delegierte der Jungen Union auf einem Deutschlandtag unter großer Zustimmung gesagt haben, dann muß hier in der Sache — ich bitte, das nicht zu verknüpfen mit Ihrer teilweise völlig kontroversen Auffassung zu unserem Antrag Nr. 133 — klar festgestellt werden, daß es die Pflicht und die Aufgabe gerade des Vorsitzenden einer Vereinigung ist, sich für die Beschlüsse der Vereinigung einzusetzen. Und nichts anderes ist geschehen. So, meine ich, geht dieser Vorwurf, der hier — nach meiner Auffassung unberechtigt! — erhoben worden ist, zurück an die-

jenigen oder vielmehr an denjenigen, der sich an den Beratungen der verantwortlichen und zuständigen Gremien der Jungen Union nicht beteiligt hat  
(Zustimmung)

und sich nun hierherstellt und versucht, einen Keil — so möchte ich es nennen — in die Vereinigung der Jungen Union hineinzutreiben.

(Zustimmung — Zurufe)

Das wollte ich nur in der Sache noch einmal deutlich gemacht haben.

In der Öffentlichkeit ist vielfach — das ist heute betont worden — der Eindruck erweckt worden, als wolle die Junge Union die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze anerkennen, ohne die dazu notwendigen Verhandlungen in den gerade uns betreffenden Angelegenheiten zu führen. Ich glaube, wer die Resolution von Saarbrücken und wer unseren Antrag Nr. 133 gelesen hat, kann nicht zu der Überzeugung kommen, daß die Junge Union Deutschlands diese Anerkennung bar jeder Vorleistung ohne einen notwendigen Friedensvertragsvorbehalt aussprechen will. Denn auch wir sind der Meinung, daß es notwendig ist, diese sachlichen Fragen, die insbesondere die Deutschen, die noch in Polen leben, wie auch unsere Heimatvertriebenen angehen, zu regeln. Nur dann ist die Basis für eine echte Aussöhnung gegeben.

Wir sind doch wohl auch nicht mit den Illusionen behaftet, als könne man hiermit als mit einem formalen Akt der Anerkennung einer Grenze Aussöhnung betreiben! Nein, wir betrachten dieses als ein umfangreiches Paket von Verhandlungen. Eben das war der Grund für die Junge Union Deutschlands, in Saarbrücken zu dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf ein klares Nein zu sprechen.

Ich meine aber — und das darf ich abschließend sagen —, daß in allen Resolutionen der CDU-CSU-Bundestagsfraktion ein sehr breiter Katalog von Verhandlungspunkten, von Maßnahmen enthalten ist, die man auch ergreifen kann, wenn man diesen letzten Schritt noch nicht vollzogen hat. Ich halte das für gut, auf diese Art und Weise Grenzen durchlässiger zu machen, wie das hier sehr oft angesprochen worden ist.

Wir müssen uns aber auch die Frage vorlegen — das hat uns zu unseren im Antrag Nr. 133 niedergelegten Überlegungen veranlaßt —: Was geschieht, wenn alle Initiativen, alle Gespräche, die im Moment laufen, jedoch vielleicht eine geraume Zeit später nicht mehr so leicht sein werden — möglicherweise werden Reisen und Gespräche einmal wesentlich schwerer werden —, was geschieht in dieser Situation, wenn alles zu scheitern droht, und zwar ausschließlich an der Grenzfrage? Da können wir doch nur sagen: entweder abbrechen oder die Frage in einem Gesamtpaket mit zur Diskussion stellen!

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Schulze-Stapen, Westfalen-Lippe; danach spricht Herr von Bismarck, Hannover.

**Christoph Schulze-Stapen:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit dem nötigen Respekt, den gegenteilige Meinungen auf diesem Parteitag erfordern, einiges erklären.

Zunächst möchte ich unseren Parteifreund Jürgen Echternach sehr herzlich bitten, das, was er hier in seinen Ausführungen gesagt hat, zurückzunehmen oder so zu interpretieren, daß wir es annehmen können. Er hat, wenn ich mich richtig erinnere, gesagt, wir müßten unserem Volke nunmehr die Wahrheit sagen. — Das beinhaltet den Vorwurf, wir hätten es bisher nicht getan.

Meine Damen und Herren, ich gehöre zu denen, die die Politik der CDU in diesen Jahren vertreten haben. Diesen Vorwurf lasse ich mir nicht machen, und ich glaube, auch eine Reihe von Leuten in diesem Saale nicht!

(Lebhafte Zustimmung)

Lassen Sie mich ein Zweites sagen! Es ist doch nicht richtig, daß die Polen erst jetzt durch eine solche Erklärung das Gefühl haben könnten, in gesicherten Grenzen zu leben. Meine Damen und Herren, ich erinnere an die Friedensnote Ludwig Erhards und an die Kurt-Georg Kiesingers; sie sind klar und eindeutig und besagen, daß gesicherte Grenzen von uns gegeben sind, daß sie mit Gewalt nicht geändert werden, daß niemand vertrieben werden soll, daß jeder da leben kann, wo er heute lebt.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren! Hier ist mehrfach von dem Saarbrücker Kongreß gesprochen worden, und es ist gesagt worden, dort wäre alles mit großer Mehrheit gebilligt worden. Ich wäre denjenigen, die dabei waren, dankbar, wenn sie im nachhinein überlegen würden, ob es so ganz glücklich war, in den Verlautbarungen von den deutschstämmigen Bewohnern Polens zu sprechen — in dem Wissen um Artikel 116 des Grundgesetzes, nach dem diese grundgesetzlich deutsche Staatsbürger sind. Man sollte das Grundgesetz nicht so unbeachtlich beiseite schieben. Meine Damen und Herren! Wer hier für die junge Generation spricht, der sollte immer überlegen, ob er wirklich für die ganze junge Generation oder für ihre große Mehrheit sprechen kann.

Darf ich die Frage stellen: Was hat sich im Ostblock seit den Zeiten Konrad Adenauers, Ludwig Erhards und unserer ganzen Regierungszeit geändert, so daß wir heute eine andere Meinung einnehmen müßten als damals? Was hat sich im Ostblock wirklich geändert? Meine Damen und Herren! Das sollte man überlegen, und ich bitte Sie sehr herzlich, denken Sie auch an die Einheit der Partei! Ich respektiere, daß wir gegenteilige Meinungen haben; ich respektiere, daß wir darüber reden müssen. Aber lassen Sie mich noch sagen: Wer abschließende Regelungen fordert oder erstreben will, der sollte sich dessen bewußt sein: dann sollten wir alle so ehrlich sein, uns zu vergegenwärtigen, daß es abschließende Regelungen nur geben kann, wenn die Völker — unsere europäischen Nachbarn — das Selbstbestimmungsrecht haben. Das

sollten wir fordern, und davon sollten wir keinen Millimeter abgehen; denn das, meine Damen und Herren, macht uns allein glaubwürdig.

(Glocke des Präsidenten)

Ich bin am Ende, Herr Präsident. Lassen Sie mich noch sagen: Ich bitte Sie, den Antrag der Jungen Union heute abzulehnen, und ich bitte gleichzeitig die Junge Union, mit allen in der Partei, die anderer Meinung sind, eine faire, offene Diskussion zu führen, so daß wir weiterhin im Gespräch bleiben. Es ist nicht gut, daß jede Gruppierung der Partei nur unter sich diskutiert. Wir sollten miteinander sprechen, auch wenn wir verschiedener Meinung sind.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß wir sehr schön miteinander diskutieren. — Als nächster hat das Wort Herr von Bismarck (Hannover).

**Philip von Bismarck**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß in diesem Saal niemand ist — Herr Echternach und alle Ihre Freunde, ich möchte das ausdrücklich sagen —, der den Freimut, mit dem Sie Ihre Ansichten hier vertreten, nicht respektiert. Es ist niemand im Saal, der verschiedene Horizonte der persönlichen Lebenserfahrung und Geschichtserfahrung nicht seinen Respekt zollt. Aber wir müssen über dieses Thema diskutieren und uns die Gegenwart — auch in Polen — auch in der Bundesrepublik ganz nüchtern vor Augen führen. Der Satz, um den es hier geht, nämlich der erste Satz Ihrer Erklärung, ist genau die Formel, die Müller-Hermann und mir im ersten Gespräch in Polen entgegengehalten wurde. Dennoch haben wir gestern hier den Mann zu unserem Gast gehabt, der diese Formel uns gegenüber vertreten hat. Wir sind schon lange — spätestens seit dem Juli — als Opposition im Gespräch mit unseren polnischen Nachbarn, im Gespräch über Aussöhnung. Es ist also einfach sachlich unrichtig, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie die Voraussetzung für Aussöhnung sei.

(Beifall)

Ich bitte nun auch Sie um Respekt vor der Leistung Ihrer Fraktion, der CDU/CSU im Bundestag. Wir haben in vielen Einzelgesprächen und fast unzählbaren Sitzungen uns auf das Papier vom 4. Dezember geeinigt, und mit diesem Papier ist unser Fraktionsvorsitzender eingeladen und empfangen worden. Wir würden also den Respekt vor dieser Leistung einfach nicht erbringen, wenn wir jetzt meinten, eine völlig andere Formulierung, und zwar die Formulierung der polnischen parteioffiziellen Thesen, hier übernehmen zu sollen. Ich bitte Sie daher dringend, die Wirklichkeit zu achten, die Aussöhnung fortzusetzen und nicht eine solche Formel zu übernehmen, die der Wirklichkeit nicht mehr entspricht.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Gogeißl (Baden-Württemberg).

**Eberhard Gogelbl:** Meine Damen und Herren! Ich muß mich kurz fassen; denn ich habe mich für eine Minute verpflichtet. Ich möchte aber doch, daß dieser sonst harmonische Parteitag nicht mit dieser Mißstimmung zwischen CDU und Junger Union zu Ende geht. Ich möchte Sie bitten — ich spreche gegen den Antrag der Jungen Union — aber ich möchte Sie bitten, diese Äußerung der Jungen Union aus der Ungeduld der jungen Herzen zu verstehen. Sie werden sicher auch zu Hause Kinder haben, mit denen Sie schon die gleichen Diskussionen geführt haben. Es mangelt uns oft nur an den richtigen Argumenten. Daß das eine Argument, die Grenzregelung oder nicht Grenzregelung bis zum Friedensvertrag hinausschieben zu wollen, etwas abgegriffen ist, das möchte ich der Jungen Union konzedieren. Auf der anderen Seite möchte ich Ihnen ein Argument anhand geben, das ich in meinen Diskussionen oft verwende: Es ist doch nicht möglich, eine Grenze anzuerkennen, die man noch gar nicht gemeinsam hat. Unsere jungen Leute werden sicher verstehen, daß wir sagen: Wir werden schon einen Vertrag finden, wenn wir in die Lage kommen — und das ist der Hauptgrund unserer Politik —, mit Polen eine gemeinsame Grenze zu haben. Ich glaube fast, daß das polnische Volk selbst diese Argumentation auch verstehen würde; denn das polnische Volk hat sehr viel Geduld aufgebracht, um zu dem Stand zu kommen, wie er jetzt ist. Also wollen wir uns gedulden und vielleicht dieses Argument gebrauchen: Wenn wir eine gemeinsame Grenze haben, dann können wir Verträge über diesen Punkt abschließen; aber Verständigung kann dennoch schon in Anlauf kommen.

(Beifall)

**Peter Lorenz, Tagungspräsidium:** Als nächster spricht Herr Dr. Graß (Rheinland-Pfalz).

**Dr. Karl Martin Graß:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als einer der Teilnehmer der mehrstündigen Diskussionen in Saarbrücken möchte ich sagen, daß ich mich mit der Zustimmung zu dieser Resolution in Saarbrücken wirklich schwer getan habe und daß es für uns eine Diskussion in vollem Ernst und in vollem Bewußtsein der Schwierigkeit dieser Frage war. Ich möchte auch sagen, daß wir diese Diskussion in Saarbrücken vor allem deshalb geführt haben, um diesen unseren Standpunkt hier vor dem Forum dieses Parteitages vorzutragen und mit Ihnen zu diskutieren. Wenn wir das zu unserer Meinung machen, dann ist es unsere erste Pflicht, hier zu erscheinen und mit Ihnen darüber zu sprechen. Das haben wir heute getan.

Dann glaube ich, meine Damen und Herren, daß man in der Diskussion zwischen dem Gegenstand, den der erste Satz des Antrages anspricht, und der Diskussion über den Vertrag trennen muß, obwohl politisch sicher beides zusammengehört; denn es sind Aussagen auf verschiedenen Ebenen, die eine grundsätzlicher Natur, die andere zur aktuellen diplomatischen Situation. Hier möchte ich ein Argument in eine Frage kleiden. Wenn die Polen in gesicherten Grenzen leben sollen — und dies ist die Aussage unserer Fraktion —,

dann möge man mir sagen, was dies anderes ist als die Konstatierung einer ganz bestimmten, heute existierenden Linie und man möge mir sagen — vielleicht noch besser im Bundestag oder auch draußen — dagegen habe ich gar nichts —, wo die Differenz besteht. Ich frage dies vor allem nicht um unseretwillen, um der Jungen Union willen, sondern um der Glaubwürdigkeit der Partei willen. Der friedensvertragliche Vorbehalt, der auch in unserem Antrag enthalten ist, ist notwendig und muß ausgedrückt werden. Ich möchte aber auch hier fragen, das Argument vortragen und gerade im Respekt vor den Auffassungen, die hier vorgetragen worden sind, sagen: Was bedeutet es, wenn wir die Diskussion über diese Frage so mit dem Friedensvertrag verknüpfen, daß sie dann in ferner Zukunft geführt werden muß? Meine Damen und Herren! Wer von der Lage der gesicherten Grenzen ausgeht, muß — so meine ich — sagen, daß hier jetzt über diese Frage miteinander und in unserem Volk gesprochen werden muß und nicht später in einem Friedensvertrag, den wir vielleicht in absehbarer Zeit überhaupt nicht bekommen.

Zum Abschluß möchte ich eines tun. Ich bin mit Sorge an diese Debatte herangegangen, und Sie vielleicht auch. Aber ich möchte mich gerade für die Junge Union nach Ablauf dieser Debatte sehr herzlich für Ihren Stil bedanken und für die Geduld und die Aufmerksamkeit, mit der Sie uns zugehört haben, und für den Respekt, den Sie auch unserer Meinung entgegengebracht haben. Ich glaube, dies war eine vorbildliche Debatte.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Herr Dr. Gölter!

**Dr. Georg Gölter**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zwei ganz kurze Bemerkungen, vielleicht auch als Lehre aus dieser Debatte.

Wir sollten in Zukunft — beide Seiten, Junge Union und die Spitzen der CDU — anstehende Fragen wie diese Frage früher, gemeinsam in aller Breite diskutieren.

(Zustimmung)

Das ist sicher ein Fehler, den wir in dieser Sache gemacht haben. Das ist das eine.

Und das zweite, meine Damen und Herren — bitte, haben Sie Verständnis dafür, wenn ich als einer der Landesvorsitzenden der Jungen Union das sage —: Es gibt in unserer Partei eine ganze Reihe von Fragen, die kontrovers sind. Wenn wir der Auffassung sind, daß Kontroversen unserer Partei guttun, wenn wir sie in Solidarität durchstehen, dann gilt das für diese Frage ganz genauso wie für andere Probleme.

Meine Damen und Herren! Ich meine, dieser Parteitag hätte ein Manko gehabt, diesem Parteitag hätte etwas gefehlt, wenn dieser Antrag hier nicht diskutiert worden wäre.

(Zustimmung)



Ich glaube, daß wir das doch auch gegenüber der Jungen Union alle anerkennen sollten.

(Beifall)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Unser Fraktionsvorsitzender, Dr. Rainer Barzel, hat gebeten, auf die ihm gestellte Frage noch antworten zu dürfen. Er hat das Wort.

**Dr. Rainer Barzel**: Meine Damen und Herren! Der Text der Bundestagsfraktion, der eben in der Frage des Herrn Vorredners anklang, heißt: „Die endgültige Festlegung der deutschen Grenzen kann nur im Zusammenhang mit dieser friedensvertraglichen Regelung geschehen. Ihre Grundlage muß das Recht der Polen auf gesicherte Grenzen und das Recht der Deutschen auf gesicherte Freiheit und Einheit sein.“

Dies ist der Text und dies ist der Gesamtzusammenhang, von dem wir gestern und von dem auch Herr Schröder heute morgen gesprochen haben. Meine Freunde! Ich habe großen Respekt vor den Meinungen, die hier geäußert worden sind, und dem moralischen Engagement, das dahinter steht. Ich bitte um Respekt für die Realitäten derer, für die wir handeln müssen und nun auch handeln können.

(Beifall)

Wenn ich sehe, daß zum Beispiel — ich sage nur ganz wenige praktische Fragen — die Mitbürger, die im anderen Teil Deutschlands leben, visafrei nach Polen reisen können — das waren im Jahre 1969 550 000 —, während wir visabeschränkt 25 000 Mitbürger in diesen Bezirk haben schicken können, wissen Sie, was das zum Beispiel für unsere vertriebenen Landsleute bedeutet.

Wenn ich sehe, wie polnische Bürger in unserem Lande — es sind 132 000 — alle Rechte haben und wir ihnen helfen in Fragen der Muttersprache und der Schule, und sehe, daß die Deutschen in Polen hinsichtlich der Muttersprache, der Vereinigungen, der Zeitschriften weniger haben als heute in der Sowjetunion, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Rumänien möglich ist, dann ist es unsere Pflicht, das zu ändern. Das ist unsere Politik, meine Damen und Herren!

(Lebhafte Zustimmung)

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Es hat sich jetzt noch jemand zu Wort gemeldet. Das ist natürlich immer noch wieder möglich. Ich würde bloß empfehlen, doch zu überprüfen, ob nicht jetzt alle wesentlichen Argumente abgehandelt worden sind, die die Entscheidung des Parteitages beeinflussen könnten.

Es hat also vorläufig — und ich hoffe endgültig — in dieser Debatte als letzter das Wort Herr Berger aus Rheinland-Pfalz.

**Markus Berger:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, daß Sie mir Gelegenheit geben, noch eines hier festzustellen.

Es hätte den Eindruck in dieser Debatte erwecken können, daß es nur eine Frage der Zeit wäre, bis die Junge Union bzw. die Jugend der CDU in dieser Auseinandersetzung eine völlig konträre Richtung einschlagen würde.

Ich wollte hier als Mitglied der Jungen Union feststellen, daß ich wirklich überzeugt bin, daß die einzige Möglichkeit, in dieser Frage weiterzukommen, auf der Basis gesucht und gefunden werden kann, wie sie hier vom Bundesvorstand eingebracht worden ist. Ich wollte hier wirklich den Eindruck wettmachen, daß die Junge Union allein in der Lage wäre, für die junge Generation als Ganzes zu sprechen.

Ich sage das noch einmal und bitte, dabei auch zu verstehen, daß ich das nicht als Reaktionär tue, sondern einfach aus der Sorge, hier ein Generationsproblem in eine Frage hineinzubringen, in der es eigentlich nicht besteht. Ich danke Ihnen.

(Sehr gut! und Beifall)

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: So, meine Damen und Herren, diese Debatte ist beendet. Es hat jetzt vor der Abstimmung noch einmal das Wort Herr von Wrangel für die Antragskommission.

**Olaf von Wrangel:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mich ganz kurz fassen, meine aber doch, daß nach dieser langen Diskussion die Antragskommission einige Worte sagen muß.

Ich habe hier den Antrag der Jungen Union und seine Ablehnung durch uns begründet. Und ich glaube, niemand von der Jungen Union wird sagen können, daß dies nicht in einer fairen Form geschehen ist. Ich glaube aber dennoch, daß wir hier noch einmal feststellen müssen, daß neben allen politischen Aspekten der Antrag der Jungen Union in sich unlogisch ist, weil der erste Satz eben dem zweiten Teil widerspricht.

Und ich glaube, dies ist auch ein entscheidendes Argument dafür, daß hier falsche Spekulationen ausgelöst werden können. Herr Dr. Schröder hat heute morgen vom Notaggregat gesprochen. Meine Damen und Herren! Durch solche Formulierungen könnten eben Spekulationen angestellt werden, daß diese CDU/CSU eines Tages eben doch auseinanderfallen wird, und daß sie die notwendige Geschlossenheit nicht mehr hat, die sie braucht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Und dann nur einen Satz — ich sage dies als engagierter Politiker in dieser Frage —: Wir sollten und dürfen nicht den Versuch machen, und sozusagen die einen in junge Modernisten, die anderen in etwas ältere Anpasser und die dritten dann in alte Reaktionäre abstempeln zu lassen.

(Erneuter Beifall)

So darf es in der CDU nicht sein. Und ich glaube, diese Diskussion hat auch gezeigt, daß sie farbig war. Ich teile die Meinung von Herrn Gölter, daß es notwendig war, diese Diskussion in diesem Freimut zu führen.

Ich glaube schließlich sagen zu müssen, daß die Erfolge und die Wirkung der Reise von Herrn Dr. Barzel nach Polen für sich selbst sprechen. Das Entscheidende ist doch, daß wir immer gesagt haben: Praktische Schritte werden eines Tages zur Interessenharmonie führen und nicht umgekehrt. Dies ist auch das Entscheidende, dafür kämpfen wir, und dafür müssen wir auch in der Fraktion eintreten.

Lassen Sie mich dann noch ein letztes Wort zur Bedeutung der Oder-Neiße-Linie in der sowjetischen Politik sagen.

Dies ist heute zu wenig gesagt worden. Sie hat doch eine Bedeutung im Zusammenhang mit der Anerkennung der DDR und der Umwandlung West-Berlins — wie es bei den Kommunisten heißt — in eine sogenannte freie Stadt. Wenn man diesen Zusammenhang sieht, meine Damen und Herren, dann muß man doch befürchten, daß wir, wenn wir hier ein Stück Deutschlandpolitik demonstrieren, sehr schnell in Berlin über keine Verhandlungssubstanz mehr verfügen werden.

(Zustimmung)

Herr Dr. Barzel hat hier noch einmal den Text verlesen, den die Bundestagsfraktion verabschiedet hat. Ich bin der Meinung, gerade weil wir ja hier den modus vivendi sehr genau beschreiben, daß der Jungen Union — und ich sage das wirklich freundschaftlich, ich appelliere an sie — keine Perle aus der Krone fallen würde, wenn sie sich auf diesen Text einigen könnte. Die Antragskommission hat etwas vorgelegt, was nahezu identisch ist, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie der Antragskommission folgen würden.

**Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, vor der Abstimmung möchte ich Ihnen noch einmal vorlesen, was die Antragskommission Ihnen vorschlägt. Ziffer 17 soll wie folgt formuliert werden:

„Eine europäische Friedensordnung setzt einen dauerhaften und aufrichtigen Ausgleich mit unseren Nachbarn Polen und Tschechoslowakei voraus. Die endgültige Festlegung der Grenze zwischen Deutschland und Polen muß gemäß dem Potsdamer Abkommen und dem Deutschland-Vertrag in einem Friedensvertrag erfolgen. Das Münchener Abkommen von 1938 sehen wir in seinen territorialen Auswirkungen als nicht mehr gültig an. Wir sehen das Verlangen der Völker nach einem Leben in gesicherten Grenzen als berechtigt an. Wir wollen die Zukunft unseres Kontinents dadurch sichern, daß die Grenzen mehr und mehr ihren trennenden Charakter verlieren.“

Wenn dieser Antrag angenommen wird, dann ersetzt er den Vorschlag des Vorstandes ebenso wie alle anderen Abänderungsanträge, auch den Antrag Nr. 133. Lediglich über den Antrag Nr. 121 ist dann noch gesondert abzustimmen.

Wenn wir jetzt abstimmen, muß also jeder wissen, wer dem Antrag der Antragskommission zustimmt, lehnt auch den Antrag Nr. 133 ab.

Zum Abstimmungsverfahren hatte sich Herr Damm gemeldet.

**Carl Damm:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, daß es der Bedeutung dieses Themas entsprechen würde, wenn wir hier geheim abstimmen. Ich beantrage deswegen geheime Abstimmung.

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: Möchte einer dagegen sprechen? — Herr Dr. Stoltenberg!

**Dr. Gerhard Stoltenberg:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei allem Verständnis für die Überlegung des Kollegen Damm — sowohl die Offenheit der Aussprache wie die Geschäfts- und Zeitsituation des Parteitages scheinen mir dafür zu sprechen, daß wir offen abstimmen, um die Verhandlungen auch zu den anderen wichtigen Punkten zu einem Abschluß bringen zu können.

(Lebhafte Zustimmung)

**Peter Lorenz,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie erinnern sich an die Verfahrensordnung: Geheim kann nur abgestimmt werden, wenn mindestens 25 Prozent der abstimmungsberechtigten Delegierten dafür sind. Ich lasse also jetzt darüber abstimmen. Wer dem Antrag auf geheime Abstimmung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Danke schön. Meine Damen und Herren, das ist nicht nur die überwältigende Mehrheit, sondern vor allem waren diejenigen, die zustimmten, keineswegs ein Viertel der Delegierten. Somit ist der Antrag also abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Danke. Wer enthält sich? — Der Antrag der Antragskommission, meine Damen und Herren, ist mit sehr großer Mehrheit gegen einzelne Gegenstimmen und wenige Enthaltungen angenommen worden.

(Lebhafter Beifall)

Wir kommen nunmehr noch zur Abstimmung über den Antrag Nr. 121, dessen Ablehnung die Antragskommission empfohlen hat. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Das erstere war die große Mehrheit; damit ist dieser Antrag abgelehnt.

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren, wir kommen dann zum vorletzten Kapitel des Programmentwurfs. Ich rufe auf Ziffer 18 und bitte dazu die Antragskommission, Herrn Leisler Kiep.

**Walter Leisler Kiep:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Kapitel 18 habe ich ihnen die Empfehlung der Antragskommission vorzutragen. Erlauben Sie mir auf Grund einer Reihe von Fragen, die hier eingegangen sind und die vielleicht eine spätere Diskussion dadurch erübrigen, wenn ich sie jetzt kurz beantworte; zwei ganz kurze Bemerkungen. Erstens die Anregung des Fraktionsvorsitzenden von gestern in der Frage des Schutzes der Entwicklungshelfer in Guinea wird von uns aufgegriffen, und wir werden die Bundesregierung auffordern, dafür zu sorgen, daß in einer Konvention und durch die Schaffung eines entsprechenden Status sich zukünftige Vorfälle wie die von Guinea nicht wiederholen.

Zum Zweiten sind wir der Meinung, daß das Verhalten der Regierung von Ost-Berlin in der Guinea-Frage es angemessen erscheinen läßt, die Bundesregierung erneut zu fragen, wie sie sich die von ihr oft geschilderte friedliche Kooperation oder den friedlichen Wettbewerb zwischen dieser Regierung und der Bundesrepublik in der Dritten Welt und in den internationalen Organisationen vorstellt. Wenn die Rolle der Regierung von Ost-Berlin in Guinea typisch war für uns, was sie auch an anderen Orten zu tun gedenkt, sollten wir, meine ich, der Mitgliedschaft der Regierung der DDR in internationalen Organisationen im Interesse der Sache so lange widersprechen, bis sich diese grundsätzliche Einstellung geändert hat.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, ich darf dann sagen, daß die Antragskommission dem Parteitag folgendes vorschlägt: Es handelt sich hier um die Anträge Nr. 32, Ziffer 24 sowie die Anträge Nrn. 135 bis 144. Da in diesen Anträgen zahlreiche Überschneidungen mit den Anträgen zu Ziffer 19 vorliegen, wird empfohlen, diese Anträge bei Ziffer 18 mitzubehandeln. Dies sind die Anträge Nr. 32, Ziffer 25 sowie die Anträge Nrn. 145 bis 152.

Antrag Nr. 32, Ziffer 25 ist zur Annahme zu empfehlen, da er alle Anträge inhaltlich am präzisesten und in knapper Form erfaßt. Mit seiner Annahme wären die Anträge Nrn. 135 bis 152 im Sinne der Antragsteller mit wiedergegeben. Ich darf im Namen der Antragskommission bitten, diesem Vorschlag zuzustimmen. — Vielen Dank.

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört. Ziffer 18 und Ziffer 19 gemeinsam zu behandeln. Es liegt eine Wortmeldung vor. Das Wort hat Frau Limbach, Rheinland.

**Frau Editha Limbach:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich stimme der Antragskommission insoweit zu, als die wesentlichen Anträge zu dem Punkt Entwicklungspolitik in der Ziffer 32, Abschnitt 24 bis 25, enthalten sind; nicht abgedruckt ist darin jedoch ein Teil des Antrages des Kreisverbandes Bonn, Antrag Nr. 139, der, wie ich glaube, nicht ganz unwichtig ist. Wir sagen dort im zweiten Abschnitt — Sie finden den Antrag auf Seite 30 —: „In Ent-

wicklungsländern mit offenkundig änderungsbedürftigen Wirtschafts- und Sozialstrukturen sollen demokratische Reformen gefördert werden. Die staatliche Entwicklungspolitik hat jedoch den Grundsatz der Nichteinmischung zu achten.“

Ich möchte darauf hinweisen, da es sich hier um ein Parteiprogramm handelt, daß wir auch Rücksicht nehmen sollten auf die uns verwandten Parteien in solchen Ländern der Dritten Welt, wo es offenkundig Wirtschafts- und Sozialstrukturen gibt, die eben dem, was wir vorher gefordert haben, nämlich alle Schichten der Bevölkerung am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu beteiligen — und in dem Sinne steht es auch in dem Antrag der Antragskommission —, genau entgegenstehen. Ich glaube, es stünde der CDU durchaus an festzustellen, daß wir gewillt sind, solche Bestrebungen dieser Gruppierungen in diesen Ländern die, wie es ja weiter in unserem Antrag heißt, nicht auf gewaltsamen Umsturz zielen, nicht revolutionärtotalitär sind, auch zu fördern.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Antragskommission zu folgen, jedoch diesen Abschnitt aus unserem Abschnitt Nr. 139 als Ergänzung einzufügen. — Ich danke Ihnen.

**Präsident Heinrich Köppler:** Wünscht die Antragskommission dazu noch einmal das Wort? — Bitte, Herr Kiep.

**Walter Lelsler Kiep:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, der Antrag, der hier soeben teilweise vorgetragen wurde, und dessen Aufnahme in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Formulierung beantragt wurde, ist nach Überzeugung der Antragskommission durch den vorliegenden Text gedeckt. Wir haben auf der einen Seite selbstverständlich das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten dritter Länder zur Grundlage unserer Politik zu machen, weil die Einmischung der Entwicklungspolitik die Grundlage entziehen würde. Wir haben aber zum ändern in unserem Antrag ganz deutlich gesagt, daß alle Schichten der Bevölkerung in Entwicklungsländern am sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt gerecht beteiligt werden müssen.

Wir haben es an anderer Stelle ausgesprochen und in unserem Antrag steht es auch drin, wenn man ihn in der Gesamtheit liest, daß wir es ablehnen, uns an der Unterstützung von Organisationen zu beteiligen, die in der einen oder anderen Form den Völkern der Dritten Welt auf dem Wege ihrer Entwicklung Krieg und Chaos zumuten, und daß unsere Unterstützung sich darauf beschränken muß, solche Gruppen zu unterstützen, die im Sinne der friedlichen Veränderung tätig werden.

Ich glaube, daß diese Aussage im vorliegenden Entwurf ausreichend zum Ausdruck kommt und bitte namens der Antragskommission, den zusätzlichen Antrag, der eben vorgetragen wurde, abzulehnen.

**Präsident Heinrich Köppler:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle den Antrag der Antragskommission zur Abstimmung, der, wie eben dargelegt, die übrigen Anträge, auch den Antrag des Kreisverbandes Bonn konsumiert. Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! — Danke schön. Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Gegenstimmen ohne Stimmenthaltungen ist der Antrag angenommen.

Ich rufe den letzten Abschnitt unseres Programmwurfs auf, Sicherheitspolitik, Ziff. 20. Zunächst hat Herr Dr. Marx für die Antragskommission das Wort.

**Dr. Werner Marx:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Zur Ziffer 20 liegt Antrag 153 vor. Die Antragskommission schlägt vor, die Formulierung in Satz 1, die lautet: „Wir lehnen Gewalt usw. ab . . .“ nicht anzunehmen. Wir glauben, daß der Ausdruck „Wir verwerfen Gewalt“ stärker sei.

Im Satz 3 ist die Ersetzung „gegenüber der Bundesrepublik“ durch den Vorschlag „gegenüber Deutschland und allen anderen Staaten“ auf Grund der Aussagen in Satz 2 begründet, so daß dieser Satz lautet: „Wir treten seit jeher dafür ein, den vorbehaltlosen Verzicht auf Gewalt zwischen allen Völkern zu vereinbaren.“

Die bisherige Ziff. 20 würde demnach folgende Formulierung erhalten: „Wir verwerfen Gewalt oder Drohung mit Gewalt als Mittel der Politik. Wir treten seit jeher dafür ein, den vorbehaltlosen Verzicht auf Gewalt zwischen allen Völkern zu vereinbaren. Wir weisen jeden Gewaltvorbehalt und Interventionsanspruch gegenüber Deutschland und allen anderen Staaten zurück.“

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen zu dieser Ziffer nicht vor. Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört.

Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Handzeichen! — Danke schön. Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Soweit ich feststellen kann, ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 21 auf. Das Wort hat für die Antragskommission Herr Dr. Marx.

**Dr. Werner Marx:** Zu Ziff. 21 sind die Anträge 154 und 155 zu behandeln. Die Antragskommission schlägt Annahme des Antrags 154, Landesverband Westfalen-Lippe, in Absatz 1 vor, da dieser in Satz 2 — gemeint zweiter Halbsatz — mit der Formulierung: „Wenn sie die Ursachen politischer Spannungen vermindern helfen und unser Land nicht einseitig schwächen . . .“ als Präzisierung empfunden werden kann; bisher lautete es: „ . . . Maßnahmen begrenzter Rüstungskontrolle . . .“

Die Antragskommission schlägt weiter vor, daß die Aussage des Antrags 154 Abs. 2 folgendermaßen lauten soll — dazu bitte ich Ziff. 26 Satz 1 der Vorstandsvorlage aufzuschlagen —: „In der Konflikt- und Friedensforschung se-

hen wir eine Möglichkeit, den wissenschaftlichen Fortschritt für die Verhinderung von Konflikten und für die Schaffung eines dauerhaften Friedens nutzbar zu machen."

Dies ist in der Tat eine wichtige Veränderung, um es als Punkt 6 des Gesamtprogramms nach vorn zu ziehen. Ich begründe ihn folgendermaßen.

Die Friedens- und Konfliktforschung gehört in den Gesamtbereich der internationalen Politik und nicht in den Teilbereich der Sicherheitspolitik. Wir müssen also — das ist eine technische Regelung, um die ich bitte —, wenn wir diesen Punkt nach Punkt 5 des Programms als neuen Punkt 6 einfügen, alle anderen Punkte um eine Nummer nach hinten verschieben. Ich glaube aber, daß dies durchaus gerechtfertigt ist.

Antrag 155 wird von der Antragskommission zur Ablehnung empfohlen, da die Ersetzung „Maßnahmen begrenzter Rüstungskontrolle" durch „Maßnahmen wirksamer Rüstungskontrolle" so nicht gemacht werden kann, da wir, wenn wir von Maßnahmen begrenzter Rüstungskontrolle sprechen, uns an eine überall eingeführte Formulierung halten. Ich nenne nur als Stichwort die Rüstungskontrollgespräche in Helsinki und Wien. Hier handelt es sich um begrenzte Rüstungskontrollen. Das ist gemeint, das soll erhalten bleiben.

**Präsident Heinrich Köppler:** Das Wort wird nicht gewünscht. Ich komme dann zur Abstimmung. Ich glaube, ich darf Ihr Einverständnis annehmen, daß wir die Vorschläge der Antragskommission einschließlich des Umstellungsvorschlags gemeinsam abstimmen können.

Wer den Vorschlägen der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Handzeichen! — Ich danke und bitte um die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Soweit ich sehe, einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Wir sind kurz vor dem Abschluß der Einzelberatung des Programms. Ich würde bitten, daß die Delegierten und Gastdelegierten, die sich zur Zeit noch außerhalb des Tagungsraums aufhalten, zur Schlußabstimmung jetzt hereinkommen.

Ich rufe Ziffer 22 auf. Für die Antragskommission zunächst Herr Dr. Marx.

**Dr. Werner Marx:** Ich versuche, es so präzise und so kurz wie möglich zu machen, da wir ohnehin mit der Zeit sehr im Verzug sind.

Wir behandeln hierbei die Anträge 156 bis 159. Die Antragskommission schlägt zur jetzigen Ziffer 22, die dann Ziff. 23 wird, die Beibehaltung der Vorstandsvorlage vor.

Der Antrag 156 des Landesverbandes Westfalen-Lippe unterscheidet sich von der Vorstandsvorlage lediglich durch die Einführung des Wortes „gestiegene". Es ist gemeint die gestiegene militärische Bedrohung.

Aber ich glaube, im Zusammenhang des Gedankens, der hier angesprochen ist, müssen wir davon ausgehen, daß Frieden und Freiheit gegen jede mili-



tärische Bedrohung gesichert werden müssen und daß die Wertung, die wir politisch natürlich abgeben können, daß sie gestiegen ist, hier in diesem Zusammenhang nicht verwendet werden sollte.

Antrag 157 wird ebenfalls von der Antragskommission zur Ablehnung empfohlen, da die Formulierung „jede Bedrohung“ nicht zum nachfolgenden Text paßt, der sich ausschließlich mit der militärischen Bedrohung beschäftigt.

Antrag 158 ist durch Satz 2 Absatz 1 der Vorstandsvorlage abgedeckt. Er lautet: „Die Bundesrepublik und das freie Europa können ihre Sicherheit und ihre Unabhängigkeit nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten bewahren.“

Antrag 159 enthält wiederum eine zeitlich gebundene Feststellung, die nicht in das Programm aufgenommen werden sollte. Daher empfiehlt Ihnen die Antragskommission auch Ablehnung dieses Antrags.

**Präsident Heinrich Köppler:** Das Wort wird nicht gewünscht. Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört. Wir können zur Abstimmung kommen. Wer dem Antrag der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Handzeichen! — Danke schön. Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 23 auf. Für die Antragskommission hat Herr Dr. Marx das Wort.

**Dr. Werner Marx:** Wir behandeln die Anträge 160 bis 167.

Die Antragskommission schlägt Annahme des Antrags 161 mit folgenden Änderungen vor:

In der Zeile 1 — auf Seite 35 — muß das dritte Wort „Sicherung“ heißen und nicht „Sicherheit“. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Druckfehler.

Die Worte „in der Entwicklungshilfe“ sind auszutauschen gegen „im Entwicklungsdienst“.

Die Formulierung „und durch einen Ersatzdienst“ soll ersetzt werden durch die Formulierung „und durch andere gesetzlich anerkannte Dienste“.

Damit erhalte Antrag 161 Abs. 2 folgenden Wortlaut:

„Die Pflicht zum Dienst an der Gemeinschaft wird erfüllt durch den Dienst in der Bundeswehr, im Bundesgrenzschutz, in einem Zivilschutzverband, im Entwicklungsdienst und durch andere gesetzlich anerkannte Dienste.

Im Bestreben nach mehr Wehrgerechtigkeit müssen alle gesetzlichen Bestimmungen zusammengefaßt werden, Belastungen wie Vergünstigungen müssen für alle Dienstleistenden gleich sein.“

Daraus ergibt sich, daß die Anträge Nrn. 160, 162, 164, 165, 166 und 167 ihrem Inhalt nach durch Antrag Nr. 161 in der soeben vorgetragenen Form enthalten und damit abgedeckt sind.

Der Antrag Nr. 163 auf Streichung dieses Absatzes — gemeint ist die ganze Ziff. 23 — wird dem Parteitag von der Antragskommission zur Ablehnung empfohlen.

**Präsident Heinrich Köppler:** Das Wort zur Aussprache hat Herr Geibel, Landesverband Hessen. — Ich stelle fest, daß das Wort zu dieser Ziffer nicht gewünscht wird.

Meine Damen und Herren. Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört. Ich komme zur Abstimmung über den Antrag der Antragskommission. Wer ihm folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön! Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Ziff. 24 auf. Das Wort hat Herr Dr. Marx für die Antragskommission.

**Dr. Werner Marx:** Meine Damen und Herren, wir behandeln hierbei die Anträge Nrn. 168 und 173. Die Antragskommission schlägt dem Parteitag die Annahme des Antrags Nr. 169 des Landesverbandes Westfalen-Lippe mit folgenden Änderungen vor:

In der zweiten Zeile des Abs. 1 soll zwischen die Worte „der Bedeutung“ das Wort „unverändert“ eingefügt werden. Dadurch wird der letzte Satz dieses ersten Absatzes des Antrags Nr. 169, der lautet: „Daher kann die Bundeswehr nicht in Frage gestellt werden“, hinfällig.

Weiter: In Abs. 2 soll ein zusätzlicher Unterabsatz 6 eingefügt werden. Sie finden dies auf Seite 37 oben; dieser Unterabsatz sollte lauten: „Die Fürsorgeleistungen für Wehrdienstbeschädigte sind zu verbessern.“

Die Anträge Nrn. 168, 170, 171 und 173 werden inhaltlich vom Antrag Nr. 169 in der jetzt vorgetragenen Fassung voll abgedeckt.

Antrag Nr. 172 wird von der Antragskommission zur Ablehnung vorgeschlagen.

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank! Das Wort hat Herr Alo Hauser, Rheinland, zu Antrag Nr. 170.

**Alo Hauser:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem Vorschlag der Antragskommission ist in der Tat der von mir zu vertretende Antrag Nr. 170 in Teilen abgedeckt durch den Vorschlag der Antragskommission.

Nicht abgedeckt bleibt meines Erachtens Satz 2 und Satz 3 des ersten Absatzes dieses Antrags.

Der Antrag geht insofern über die Vorlage des Bundesvorstandes, auch in der veränderten Fassung, hinaus. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die modernen Techniken eine Änderung der Wehrstruktur voraussetzen und erfordern. Mit dem Übergang zu einem neuen Zeitalter, dem Zeitalter des Atoms und der Elektronik, wandeln sich auch die politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und damit auch die militärischen Strukturen. Im militärischen Bereich sind es insbesondere die modernen Waffensysteme, die uns zwei Alternativen zur Auswahl überlassen: Entweder unter Beibehaltung der derzeitigen Struktur einen Grundwehrdienst von mindestens zwei Jahren Dauer mit einer weiteren Komplizierung des Waffensystems mit steigender Tendenz über zwei Jahre hinaus zu wählen, oder eine grundlegende Änderung der Struktur, und zwar insbesondere im Bereich der Wehrform und der Wehrsysteme.

In den westlichen Ländern — beispielsweise in Frankreich — scheint man mit Erfolg den zweiten Weg zu gehen. Dies würde dann bedeuten, daß eine Reduzierung des Grundwehrdienstes ins Auge zu fassen wäre, gleichzeitig aber die Personalstruktur so geändert werden müßte, daß in einem stärkeren Maße freiwillige für die längere Dienstzeit mit den entsprechenden technischen Ausbildungen gewonnen würden. Dem Zweck tragen die Sätze 2 und 3 des insofern noch nicht abgedeckten Antrags Nr. 170 Rechnung.

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank! Wünscht die Antragskommission noch einmal das Wort dazu? — Bitte, Herr Dr. Marx!

**Dr. Werner Marx:** Herr Vorsitzender, was unser Kollege Hauser vorgetragen hat, ist im Sinne völlig richtig. Aber wir haben alle Elemente, die er hier angegeben hat, in dem Antrag Nr. 169 des Landesverbandes Westfalen-Lippe, und ich würde, was die Zeit des Wehrdienstes anlangt, bitten, in diesem Programm keine Festlegung zu treffen. Wir haben im Bundesausschuß für Verteidigungspolitik ungewöhnlich lange und intensiv über dieses Thema gesprochen. Wir sehen keine probate Möglichkeit, außer dem, was im Antrag Nr. 169 enthalten ist, hier noch zu fixieren und eine Verbindlichkeit herzustellen.

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir können dann zur Abstimmung kommen.

Ich stelle zunächst den Antrag der Antragskommission, den ich sicherlich nicht mehr vorzutragen brauche, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön! Bitte die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Gegen wenige Stimmen so beschlossen.

Ich rufe Ziff. 25 auf.

Für die Antragskommission hat das Wort Herr Dr. Marx.

**Dr. Werner Marx:** Herr Präsident, das wäre dann die letzte Ziffer, da 26 bereits behandelt ist.

Bei Ziff. 25 sind die Anträge Nrn. 174 bis 176 zu behandeln. Die Antragskommission schlägt dem Parteitag die Annahme der Ziff. 25 in der Formulierung der Vorstandsvorlage vor.

Der Antrag Nr. 174 — Kreisverband Friedberg — sollte abgelehnt werden, da seine als Zusatz beantragte Formulierung für das Gefühl und nach der Diskussion der Antragskommission eine inhaltliche Wiederholung der voranstehenden Aussagen darstellt. Wir sind uns klar darüber, was hier an Problematik enthalten ist; aber ich glaube, daß wenn wir genau prüfen, diese knappe Form der Ziff. 25, daß wir dann bei ihr bleiben sollten.

Der Antrag Nr. 175 sollte nach den Vorstellungen der Antragskommission ebenfalls abgelehnt werden, da mit der Einfügung „im Sinne der Gesamtverteidigung“ keine Präzisierung der Vorstandsvorlage erreicht werden kann.

Auch der Antrag Nr. 176 soll abgelehnt werden, da eine, wie es hier heißt, Gleichrangigkeit der militärischen und der zivilen Verteidigung zweifellos eine Minderung der militärischen Verteidigungskraft zur Folge haben könnte.

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank! Wortmeldungen liegen zu dieser Ziffer nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar über den Antrag der Antragskommission. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön! — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Soweit ich sehe, einstimmig beschlossen!

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Einzelberatung. Es gibt noch eine Reihe von Anträgen, die sich mit dem Programm beschäftigen.

Zu diesen Anträgen erteile ich für die Antragskommission das Wort Herrn Dr. Kraske.

**Dr. Konrad Kraske:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es liegt Ihnen zunächst vor der Antrag TOP 13 a, mit dem der Bundesvorstand beauftragt wird, sobald wie möglich eine Kurzfassung des neugefaßten Berliner Programms vorzulegen. Die Antragskommission schlägt Ihnen die Annahme dieses Antrags vor.

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag gehört. Dazu wird das Wort nicht gewünscht. Wer dem Antrag, den Herr Dr. Kraske für die Antragskommission vorgetragen hat, folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön! Bitte die Gegenprobe! — Danke! Stimmenthaltung? — Gegen wenige Stimmen so beschlossen.

**Dr. Konrad Kraske:** Mit dem Antrag TOP 13 b wird der Bundesvorstand beauftragt, dem Programm ein ausführliches Stichwortverzeichnis beizugeben. Die Antragskommission empfiehlt ebenfalls Annahme.

**Präsident Heinrich Köppler:** Das Wort wird dazu nicht gewünscht. Meine Damen und Herren, wer dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? — Danke! Wer enthält sich der Stimme? — Soweit ich sehe, einstimmig so beschlossen!

**Dr. Konrad Kraske:** In dem Antrag TOP 13 e wird dem Bundesparteitag ein Entwurf für eine Kurzfassung vorgelegt. Die Antragskommission war der Meinung, Ihnen empfehlen zu sollen, daß dieses Papier nach Annahme des Antrags 13 a dem Vorstand überwiesen werden sollte, um es bei seiner Vorlage für diese Kurzfassung zu berücksichtigen, da der hiesige Antrag formuliert worden ist, bevor das Programm im ganzen verabschiedet worden ist und man sicher erst jetzt, nach Ihren Abstimmungen, an die Zusammenstellung einer solchen Kurzfassung herangehen kann.

Wir schlagen hier also Überweisung an den Bundesvorstand vor.

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren, hier will Herr oder Frau Pensel aus Westfalen — —

(Zuruf: Ich ziehe zurück, einverstanden!)

Die Wortmeldung wird zurückgezogen. — Darf ich fragen, wer mit dem Vorschlag der Antragskommission einverstanden ist? Den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Es ist einstimmig so beschlossen.

**Dr. Konrad Kraske:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es liegen Ihnen schließlich mit den Drucksachen 948, 989 und 991 drei Entwürfe für ein Schlußwort vor. Die Antragskommission hat sich mit diesen drei Entwürfen lange beschäftigt. Sie ist nicht zu dem Ergebnis gekommen, Ihnen einen dieser Entwürfe zur Annahme zu empfehlen. Es handelt sich in zwei Fällen um den Versuch einer gewissen sachlichen Änderung des Berliner Schlußwortes, den die Antragskommission noch nicht für voll ausgereift hält. In dem dritten Entwurf handelt es sich im Grunde um die Zusammenfassung einer Kurzform und eines Schlußwortes. Die Antragskommission glaubt, daß sie in diesem Stadium den Parteitag nicht mehr mit einer Einzelberatung eines solchen Schlußwortes an Hand dieser drei Anträge befassen sollte. Da es sich bei der Formulierung dieses Schlußwortes sicher nach unser aller Meinung in der Substanz nicht um etwas Neues handeln kann, sondern nur um eine Zusammenfassung, was wir hier beschlossen haben, schlägt Ihnen die Antragskommission vor, diese Aufgabe mit der Kurzfassung dem Bundesvorstand zu überweisen und dem Bundesvorstand anheimzugeben, zu entscheiden, wie weit er diese Kurzfassung in einer separaten Form vorlegt oder wie weit er sie in ähnlicher Art, wie das hier bereits vorgeschlagen worden ist, als Schluß dieses Programms dem von Ihnen verabschiedeten Programm dann anfügt.

**Präsident Heinrich Köppler:** Vielen Dank, Herr Dr. Kraske! — Meine Damen und Herren, hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Henning Jakob, Landesverband Hannover, vor.

(Zuruf: Ich ziehe zurück!)

Die Wortmeldung wird zurückgezogen.

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zur Abstimmung über die Vorschläge.

(Zuruf)

Wo ist noch eine Wortmeldung? Hier liegt keine vor. — Herr Horten hat das Wort.

**Alphons Horten:** Ich muß Sie leider für einige Minuten um Aufmerksamkeit bitten, da mich einige maßgebende Delegierte, die hinter diesem Antrag 948 stehen, der identisch ist mit dem Antrag 10 des Landkreises Grevenbroich, ausdrücklich gebeten haben, hier wenigstens als Grundlage für die Formulierung die vier Gründe anzugeben, die uns zu diesem Antrag bestimmt haben.

In dem Schlußwort des Berliner Programms hatte die CDU eindeutig und klar

ausgesagt, daß sie ihr Wirken auf die Tradition seit 1945 gründet. In dem neuen Programm kommt der Name Adenauer und auch der Name Erhard vorläufig nicht vor. Eine Partei, die beansprucht, die geistige Führung wieder zu übernehmen, darf nicht nur sagen, wohin sie geht, sie muß auch sagen, woher sie kommt. Die SPD kennt die Meinung der Bevölkerung. Brandt und Wehner sprechen deswegen sehr häufig davon, daß sie die Tradition Adenauers fortsetzen; auch Schiller bezieht sich auf Erhard. Das ist allein ein Grund, daß wir die entsprechenden Formulierungen, vielleicht in geänderter Form, aus dem Berliner Programm übernehmen.

Zweitens: Wenn die junge Generation angeblich oder tatsächlich ein schwächeres Geschichtsbewußtsein hat, dann ist es erst recht notwendig, daß die Partei in ihrem Programm ihre politische Vergangenheit besonders betont.

Drittens: Gerade im Anschluß an das, was Herr Barzel gestern uns hier gesagt hat, ist ein Schlußwort notwendig, das aussagt, daß wir nicht nur die Konfrontation mit dem Kommunismus ernst nehmen, sondern daß die CDU gleichermaßen — wie das Hans Katzer im Dezember-Heft der Sozialen Ordnung ausgesprochen hat — auf die unter dem Vorwand „Ostpolitik“ sich vollziehende Annäherung an die kommunistische Gesellschaftsverfassung im Inneren eine Antwort gibt und dabei alle Spielarten des linken Kollektivismus durch Entwicklung freiheitlicher politischer Alternativen als Beeinträchtigung des Erreichten entlarvt.

Viertens: Das Schlußwort ist aber schließlich notwendig, um eine Fülle von Einzelvorschlägen des Programms mit einer klaren Aussage abzuschließen. Wir sind sicher alle davon überzeugt, daß der Umweltschutz eine wichtige Maßnahme ist. Aber es ist doch wenig glücklich, daß unser Programm in der jetzigen Form mit dem Lärmschutz und der Müllbeseitigung abschließt. Das Schlußwort muß klarmachen, daß die Politik der CDU vom Geist der Kontinuität getragen wird, welche ihren Weg auch bisher immer bestimmt hat.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Herr Horten, darf ich Ihre Begründung so verstehen, daß sie als Material für den Vorstand, falls dem Antrag der Antragskommission gefolgt wird, verwertet werden soll? — Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Darf ich frage, wer zum Thema Schlußwort dem Antrag der Antragskommission folgen will? Den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen noch mitteilen, daß der Antrag auf Umdruck 947 inzwischen zurückgezogen worden ist.

Es liegt noch vor der Antrag auf Umdruck 953, der jetzt noch nicht behandelt worden ist. Dazu zunächst zur Begründung Herr Jäger vom Landesverband Baden-Württemberg.

**Klaus Jäger:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Antrag 953 haben wir vorhin bei der Debatte über die Programmteile zu Ziff. 9 zurückgezogen und ihn in einen Entschließungsantrag umgewandelt, weil wir der Begründung der Antragskommission folgten, daß es sich hier um eine Aktualitätsfrage handelt, die nicht unbedingt in das Parteiprogramm hinein muß. Aber ich glaube, in der Sache sollte dieser Parteitag dem Antrag ein klares und überzeugendes Votum geben. Denn der Anlaß dazu ist uns noch vor Augen: daß der Versuch unternommen worden ist, eine große Gruppe unseres Volkes, die mit Recht über die Entwicklung, die sich auf dem Gebiet der Außen- und Ostpolitik abspielt, nicht nur zu verteufeln, sondern auch gerade diese Rechte der freien Meinungs- und Willensäußerung in einer unzulässigen und mit dem Grundgesetz nicht mehr in Einklang stehenden Weise zu beschneiden oder sonstwie zu unterdrücken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns das in anderen Bereichen mit Recht nicht haben gefallen lassen, wenn die CDU mit Recht für die freie Willensäußerung anderer Teile unseres Volkes eingetreten ist, wenn sie mit Recht gesagt hat, wir bejahen die Demonstrationfreiheit der Studenten, dann kann sie gegenüber den Vertriebenen keine andere Haltung und Meinung einnehmen.

Meine Damen und Herren, die Vertriebenen haben mit dazu beigetragen — und das sage ich, und deswegen begründe ich das gerade als ein Nicht-Heimatvertriebener aus Baden-Württemberg —, daß die CDU in den vergangenen Landtagswahlen ein überzeugendes Votum der Bevölkerung bekam. Sie werden das, wenn wir uns klar hinter ihr Recht auf Meinungsäußerung stellen, auch in den kommenden Wahlen tun und werden die Voraussetzung dafür bilden, daß die Union in den nächsten Jahren wieder an die Verantwortung kommt und ihre gute Politik für alle Deutschen machen kann. — Danke schön.

**Präsident Heinrich Köppler:** Das Wort hat für die Antragskommission Herr Dr. Kraske.

**Dr. Konrad Kraske:** Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrags.

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, dann können wir über diesen Entschließungsantrag, dessen Annahme die Antragskommission empfiehlt, zur Abstimmung kommen. Wer seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Ich stelle fest, der Antrag ist einstimmig angenommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir kommen damit zur Schlußabstimmung über das diesem Parteitag vorgelegte Berliner Programm in seiner zweiten Fassung. Wer dem Programm in der in den letzten drei Tagen beschlossenen Form seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Unser fortgeschriebenes Berliner Programm ist damit mit großer Mehrheit bei einigen Stimmenthaltungen angenommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß mit diesem Beschluß zugleich alle Anträge, die diesem Parteitag zum Programmwurf zugegangen sind, als erledigt anzusehen sind. Damit ist Punkt 10 unserer Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zu Punkt 12 der Tagesordnung. Dazu hat Herr Vogel für die Antragskommission das Wort.

**Friedrich Vogel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es liegen noch drei Anträge vor, die keinen Zusammenhang mit dem Programm haben. Die Antragskommission empfiehlt, daß den Antragstellern Gelegenheit gegeben wird, diese Anträge zu begründen, und daß die Antragskommission im Anschluß daran zu den Anträgen Stellung nimmt.

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren! Tagesordnungspunkt 12 betraf eine notwendige Änderung von § 16 Abs. 1 des Statuts. Wird zur Begründung noch das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Herrn Vogel bitten, für die Antragskommission zu sprechen.

**Friedrich Vogel:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag beinhaltet den satzungsmäßigen Vollzug des Zusammenschlusses der Landesverbände der Christlich Demokratischen Union in Baden-Württemberg zu einem gemeinsamen Landesverband Baden-Württemberg. Die Antragskommission ist befriedigt über diesen Antrag und empfiehlt Ihnen die Annahme.

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren! Sie haben den Vorschlag der Antragskommission zu diesem Antrag gehört. Das Wort wird nicht gewünscht. Ich stelle in Übereinstimmung mit den Mitgliedern des Präsidiums fest, daß die Präsenz den Vorschriften des § 41 unseres Statuts entspricht.

Darf ich diejenigen bitten, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben! — Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Keine Gegenstimmen und keine Stimmenthaltungen! Damit ist dieser Antrag mit der vorgeschriebenen Mehrheit der Delegierten des Bundesparteitages angenommen.

Wir beglückwünschen die Freunde aus Baden-Württemberg zu diesem Beschluß. Sie werden Verständnis dafür haben, daß der Kollege Windelen und ich aus diesem Präsidium diesen Glückwunsch besonders herzlich aussprechen.

(Heiterkeit und Beifall)



Wir kommen dann zu dem Antrag unter Tagesordnungspunkt 13 c): Antrag des Kreisverbandes Bergstraße. Wird zur Begründung des Antrags das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Herrn Vogel für die Antragskommission um Stellungnahme bitten.

**Friedrich Vogel:** Die Antragskommission empfiehlt Annahme dieses Antrags.

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgen und ihm zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Einstimmig so beschlossen.

Der nächste Punkt ist unter Tagesordnungspunkt 13 d) in Ihren Unterlagen: Antrag des CDU-Kreisverbandes Stockach. Das Wort zur Begründung hat Herr Häfele.

**Dr. Hansjörg Häfele:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag des Kreisverbandes Stockach hat zum Ziel, den nächsten Bundesparteitag, der vom Präsidium auf das Spätjahr 1971 angesetzt worden ist, vorzulegen. Im Antrag heißt es, daß er spätestens im Mai dieses Jahres stattfinden soll. Ich möchte diese Worte ändern; es genügt: vor der Sommerpause 1971 — so soll also der richtige Wortlaut sein.

Meine Damen und Herren, es geht hier heute nicht um eine Personaldebatte; es geht allein um die Terminfrage. Lassen Sie mich kurz diesen Antrag des Kreisverbandes Stockach begründen!

Immer mehr Menschen sind enttäuscht über die Bundesregierung. Es schaut so aus, als wenn sich in diesem schwierigen Jahr 1971 der Vertrauensschwund dieser Bundesregierung gegenüber noch wesentlich verstärken würde. Es wird immer wichtiger, daß für das Volk eine klare Alternative in Sicht ist.

Diese Alternative kann allein die CDU/CSU sein. Mit unserem Programm bieten wir die sachliche Alternative. Aber sie allein, meine Damen und Herren, reicht nicht aus. Das Vertrauen des Volkes muß sich auch einer personellen Alternative zuwenden können.

(Beifall)

Die Leute wollen wissen, wer unsere Führungsmannschaft für die Zukunft sein soll. Sie wollen wissen, wer unsere Nummer 1 für die Zukunft sein soll, wer in der Wirtschafts- und Finanzpolitik führen soll und wer vor allem in der Außenpolitik bestimmen soll.

Mit diesem Antrag wollen wir diese Möglichkeit der Partei gewähren, diese Alternative möglichst früh aufzustellen. Meine Damen und Herren, die öffentliche Diskussion über unsere Führungsfrage ist ohnedies in vollem Gange, und es wäre unredlich, meine Damen und Herren, wollten wir nicht zugeben, daß diese Frage besteht. Ein Abgeordneter kann schon seit Monaten in einer

Versammlung — soweit dort redlich diskutiert wird — der Frage nicht mehr ausweichen, wie wir uns denn die Lösung dieser Frage vorstellen. Ich halte nichts davon, daß viele von uns unter vier Augen oder hinter vorgehaltener Hand zugeben, daß dies ein drängendes Problem ist, daß aber offiziell nichts getan wird, um diese Frage rasch zu lösen.

Meine Damen und Herren, wir wollen diese öffentliche Diskussion, die uns natürlich auch schaden kann, abkürzen. Man kann aber nicht so tun, als ob dieses Problem nicht bestünde. Die Diskussion wird am besten dadurch beendet, daß man das Problem löst. Sonst besteht die Gefahr, daß allzu viele unserer führenden Politiker aus taktischen Gründen für sich persönlich taktieren und das Wohl der Gesamtpartei dabei zu wenig im Auge haben.

(Zustimmung)

Dabei — und wir haben das ja schon öfters erlebt — kann einer auch für sich selbst taktieren, indem er zu einer wichtigen Frage nichts oder nichts Nütiges sagt. Das ist genau nicht das, was wir in diesem schwierigen Jahr 1971 brauchen.

Ein letzter Grund, meine Damen und Herren! Die Führungsmannschaft für die Zukunft kann nur eine gemeinsame von CDU und CSU sein. Ehe wir uns aber mit der CSU über diese Frage verständigen, ist Voraussetzung, daß die CDU ihre eigenen Probleme zunächst einmal löst. Erst dann ist ein legitimer Partner, und zwar ein von der Partei legitimer Partner, da, um gemeinsam mit der CSU die gemeinsame Führungsmannschaft aufstellen zu können.

Meine Damen und Herren, die Zeit drängt. Das Jahr 1971 wird schwierig. Ich halte nichts davon, daß man dieses Problem vor sich herschiebt. Wir haben Erfahrungen damit, daß das Vorsichherschieben von wichtigen Fragen niemandem nützt, aber uns letztlich doch schaden kann. Greifen wir diese Frage beherzt auf und lösen wir sie! Ich bitte Sie — Sie sind der Souverän dieser Partei. Sie haben nach dieser Sitzung — wenn auch andere sie vielleicht anders auslegen — das selbstverständliche Recht, zu bestimmen, wann der nächste Bundesparteitag stattfindet. Ich bitte Sie, tragen Sie dazu bei, daß dieser Parteitag nicht zu spät stattfindet, sondern stimmen Sie dem Antrag des Kreisverbandes Stockach zu.

(Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren! Für die Antragskommission hat jetzt Herr Vogel das Wort.

**Friedrich Vogel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich trage namens der Antragskommission deren Empfehlung zu diesem Antrag vor. Dementsprechend muß ich mich in meiner Argumentation beschränken; ich bitte das bei meinen folgenden Ausführungen zu berücksichtigen.

Der Antrag zwingt zunächst dazu, einen Blick in die Satzung zu werfen, in der wir uns alle an bestimmte Regeln gebunden haben. § 28 unseres Statuts lautet in seinem letzten Absatz folgendermaßen: „Der Bundesparteitag tritt mindestens alle zwei Jahre zusammen und wird vom Bundesvorstand einberufen. Auf Antrag des Bundesausschusses oder von mindestens einem Drittel der Landesverbände muß er einberufen werden.“ — Meine Damen und Herren, Juristen haben die Eigenschaft, unterschiedlicher Meinung zu sein. So ist es natürlich auch hier. Es gibt im Zusammenhang mit diesem Antrag auch den Hinweis auf die Souveränität des Parteitages. Aus Gründen einer strittigen Satzungslage und unter Würdigung der politischen Aspekte dieses Antrags Stockach empfiehlt die Antragskommission, diesen Antrag zur Entscheidung an den Bundesausschuß zu überweisen, und zwar deshalb an ihn und nicht an den Bundesparteivorstand, weil der Bundesparteivorstand betroffen ist.

**Präsident Heinrich Köppler:** Meine Damen und Herren! Sie haben den Vorschlag zur Behandlung dieses Antrags des Kreisverbandes Stockach durch die Antragskommission gehört.

Erlauben Sie mir die Anregung, jetzt nicht in eine längere, möglicherweise sehr juristische Debatte einzutreten. Ich darf fragen, ob weiter das Wort gewünscht wird. — Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich den Antrag der Antragskommission zur Behandlung des Antrags des Kreisverbandes Stockach zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? — Danke. Wer enthält sich der Stimme? — Bei einigen Gegenstimmen ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Damit haben wir Punkt 13 der Tagesordnung abgewickelt und kommen zu Punkt 14. Ich erteile zur Schlußansprache unserem Bundesvorsitzenden Dr. Kiesinger das Wort.

**Dr. Kurt-Georg Kiesinger** (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Lieber Herr Ehrenvorsitzender Professor Erhard! Meine Damen und Herren! Meine erste Pflicht nach Abschluß unserer Arbeit ist es zu danken. Ich danke zunächst dem Präsidenten unseres Parteitages, unserem Freund Heinrich Köppler, für die vorbildliche Form, in der er diesen Parteitag geleitet hat, und auch für seine großzügige Gastfreundschaft, die mit einer erfreulichen Portion rheinisch-politischen Humors gewürzt war. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich danke den übrigen Mitgliedern des Parteitagspräsidiums, unseren in- und ausländischen Gästen, die unseren Verhandlungen gefolgt sind, der Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen, die berichtet haben und berichten werden, der Stadt Düsseldorf und den Polizei- und Postbeamten, die geholfen haben, all denen, die die Vorbereitungen zu diesem Parteitag in oft sehr mühevoller

Arbeit betrieben haben, vor allem den Mitgliedern der Programmkommission, voran unseren Freunden Kohl und Köppler,

(Beifall)

unserem Generalsekretär Dr. Heck, der wie immer mit der von ihm gewohnten Gründlichkeit und dem von ihm gewohnten Verantwortungsbewußtsein gearbeitet hat und uns seinen Bericht erstattet hat.

(Beifall)

Ferner danke ich unserem neuen Bundesgeschäftsführer Dr. Göb und seinen Mitarbeitern,

(Erneuter Beifall)

und schließlich all den vielen, die uns diesen Parteitag hier in Düsseldorf freundlich gestaltet haben.

Meine lieben Freunde, unser Freund Franz-Josef Strauß hat in seinem Grußwort gemeint, mit Wahlprogrammen, mit Parteiprogrammen lasse sich keine Wahl gewinnen. Nun habe ich durchaus Verständnis für die Kraft charismatischer Persönlichkeiten und die Macht des gesprochenen Wortes. Aber ich kann den Spieß auch umdrehen und kann sagen: Ohne Programm läßt sich gewiß auch keine Wahl gewinnen, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Die CDU, der man so lange nachgesagt hat, eine Partei ihrer Kanzler zu sein, hat allen Grund dazu, nun durch eine ganz solide programmatische Arbeit zu zeigen, daß sie eine Partei eigener Qualität ist, ohne daß ich damit sagen möchte, daß sie der charismatischen Persönlichkeiten — so es sie gibt! — entbehren sollte.

Es ist sicher richtig, daß viele Wähler, meine Damen und Herren, ein Parteiprogramm nicht zur Gänze zur Kenntnis nehmen. Dies tun viele, aber keineswegs alle. Wir können nicht darauf verzichten, denen ein Gesamtbild unseres politischen Wollens darzustellen, die es wissen wollen.

Im übrigen müssen wir den verschiedensten Meinungs- und Interessengruppen ja das sagen, was sie besonders für ihren Fall erfahren möchten. Wir müssen ihnen das gerade für sie Wichtige sagen. So will der Bauer hören, wie wir ihn und seine Zukunft begreifen, der Arbeiter, der Angestellte, der Unternehmer und wer immer noch.

Zu dieser äußeren Wirkung des Programms kommt ebenso wichtig die Wirkung, die integrierende Wirkung eines solchen Programms, die integrierende Kraft nach innen! Eine große Volkspartei muß sich selber eine Gesamtkonzeption erarbeiten und erringen, und dies geschieht nun einmal entweder dadurch, daß man sich einigt, oder dadurch, daß man — wie dies gute demokratische Sitte ist, wenn eine solche Einigung nicht gelingt — durch Mehrheitsentscheide die notwendigen Beschlüsse faßt. Wie wir dabei mitein-

ander umzugehen haben, habe ich in meiner Einleitung zu diesem Parteitag gesagt: Es soll in Freundschaft und in gegenseitigem Respekt geschehen. Dazu gehört, daß schließlich alle, Gewinner und Verlierer, die getroffenen Entscheidungen gemeinsam tragen!

(Beifall)

Wir haben auf diesem Parteitag eine sehr wichtige Entscheidung über die Frage der Mitbestimmung getroffen. Ich bin darauf heute früh schon in meiner Intervention eingegangen. Wir alle wissen, es ist eine Frage, über die in unseren Reihen seit Jahren leidenschaftlich gerungen worden ist. Ich weiß, gerade in dieser Frage ist es keine leichte Sache für diejenigen, die bei der Abstimmung mit ihren Vorschlägen in der Minderheit blieben. Aber wir haben mit dieser Entscheidung eine lange Zeit der Ungewißheit unserer Haltung beendet und der Fraktion die Bahn zu ihrer Arbeit und ihren Entscheidungen geebnet.

Und lassen Sie mich das noch einmal sagen: Wir haben mit dieser Entscheidung einen großen Schritt vorwärts im Sinne gerade auch derer getan, die sich seit Jahren mit ganzer Kraft für eine stärkere Mitwirkung der Arbeitnehmer in der Betriebs- und Unternehmensverfassung eingesetzt haben.

Wir haben es getan und nicht diese Regierung, die es nicht wagt, einen solchen Vorschlag der Öffentlichkeit vorzulegen. Ich weise die Unterstellungen, die ich in einigen Presseüberschriften gelesen habe, hier habe der Unternehmerflügel gesiegt, mit Entschiedenheit zurück. Viele von uns — alle von uns, die sich für die mit geringer Mehrheit zustande gekommene — eine Entscheidung mit großer Mehrheit — oder für die andere Entscheidung eingesetzt haben, denken nicht daran, sich einfach als Unternehmerflügel abstempeln zu lassen, genausowenig, wie ich das, was unser Freund Katzer tut, ganz einfach als Arbeitnehmerflügel genannt sehen möchte.

Im übrigen kann ich zu meiner Freude feststellen, daß die Hoffnung, die ich zu Beginn dieses Parteitages ausgesprochen habe, daß er sich — wie der Berliner Parteitag — durch Offenheit, Lebendigkeit und Niveau seiner Diskussionen auszeichnen möge, erfüllt hat. Ich bin fast ein wenig erschrocken, als ich vorhin diesen Antrag auf geheime Abstimmung hörte. Geheime Abstimmungen pflegt man im allgemeinen bei Personalwahlen durchzuführen — aus guten und verständlichen Gründen. Aber, meine Damen und Herren, wenn es sich um Sachfragen — politische Sachfragen — handelt, dann sollten wir uns daran gewöhnen, das offen und frei, frank und frei unter uns zu diskutieren und zu entscheiden. Es gibt keine Diskriminierung dessen, der abweichender Meinung ist, verglichen mit der Mehrheit.

(Beifall)

So haben wir es gehalten, und ich danke Ihnen allen als Parteivorsitzender dafür. Nun, meine Damen und Herren, dieser Parteitag schließt seine Arbeit ab einen Tag, bevor Bundeskanzler Brandt im Bundestag seinen Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland erstatten wird. Diesen Bericht wird

er erstatten müssen vor dem Hintergrund des 100. Gedenktages der Gründung des Deutschen Reiches. Ich bin, meine Freunde, für die Christlich Demokratischen Union mit anderen Freunden nach Friedrichsruh gefahren und habe dort am Grabe des Reichsgründers gesprochen.

(Beifall)

Das war nichts anderes als der Ausdruck eines selbstverständlichen nationalen Bewußtseins, ohne welches kein Volk existieren kann.

(Beifall)

Ich habe gesagt und wiederhole es, daß uns dieser Tag selbstverständlich zu einem kritisch wertenden Rückblick auf diese 100 Jahre deutscher Geschichte aufgefordert hat. Wir alle werden uns dabei unsere Gedanken gemacht haben. Aber diese Wertung der deutschen Geschichte kann nicht in totaler Glorifizierung oder in totaler Verwerfung dessen geschehen, was in diesen 100 Jahren geschah, und nicht in totaler Selbstgerechtigkeit, aber gewiß auch nicht in totaler Zerknirschung.

(Beifall)

Es gab Gutes und Großes in diesen 100 Jahren, und wir wollen es achten, ja sogar lieben. Es gab Fehler, und es gab eine Zeit, die keiner von uns vergißt und die wir bei allem, was wir jetzt tun, mahnend vor Augen haben. Aber, meine Freunde, wir können jenen nicht folgen, die da glauben, die Verantwortungslosigkeit der Politik einer langen Epoche dadurch sühnen zu können, daß wir heute unserer Verantwortung gegenüber dem Schicksal unserer bestehenden geteilten Nation nicht gerecht werden.

(Beifall)

Diese Verantwortung ist uns — uns allen — aufs Gewissen gebunden, und ich frage Sie: Wer in aller Welt sollte sich um das Schicksal dieser geteilten Nation, sollte sich insbesondere um das Schicksal der 17 Millionen hinter der Mauer kümmern, wenn nicht wir?

Rainer Barzel hat mit Recht gesagt, daß wir verantwortungsbewußt gehandelt haben, so wie wir uns zu dieser Ostpolitik der Regierung gestellt haben, indem wir unsere endgültige Stellungnahme zurückgestellt haben bis zum Vorliegen eines Gesamtergebnisses. Aber lassen Sie mich auch dazu klar sagen, meine Damen und Herren: Dieser Vorbehalt — und wir unterscheiden uns da in unserer Auffassung keineswegs — darf uns nicht hindern, zu dieser schon im Ansatz verfehlten Ostpolitik und ihren zu befürchtenden Folgen so Stellung zu nehmen, daß völlig klar wird, welche Positionen wir keineswegs gewillt sind preiszugeben. Hier liegen eindeutige Beschlüsse der Parteigremien vor. Ich darf Sie insbesondere an den Beschluß des Parteipräsidiums, der dann von Parteivorstand und Parteiausschuß gebilligt wurde, vom 26. August erinnern und die Positionen, die dort in Auswahl genannt sind. Es sind das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, die Festlegung der Grenzen erst in einem Friedensvertrag mit Deutschland, konkrete Verbesserungen

der innerdeutschen Beziehungen, vor allem mehr Freizügigkeit für Menschen und Ideen in ganz Deutschland, die Sicherung des freien Berlin und schließlich die Nichtgefährdung der Fundamente der westlichen Integrations- und Bündnispolitik.

Meine Damen und Herren! Man muß also wissen, daß dies die Positionen sind, die für uns entscheidend sind. Wir brauchen diese Klarheit über unsere Positionen, weil jeder, der durch das Land reist — der dies bei den Wahlkämpfen des letzten Jahres getan hat —, gespürt hat, daß unsere Mitglieder und unsere Wähler diese Wahrheit von uns erwarten, diese Wahrheit und diese Klarheit. Auch jene Menschen brauchen sie, die sich noch keine endgültige Meinung gebildet haben. Um sie zu kämpfen, wird auch in der Zukunft besonders wichtig sein.

Wir brauchen diese Klarheit auch aus einem anderen Grunde. Weil wir nicht etwa durch ein falschverstandenes Schweigen oder eine falsch verstandene Zurückhaltung in eine Art Mitverantwortung für die Politik der Regierung und die zu befürchtenden Folgen gleiten dürfen. Dies könnte dann geschehen, wenn die Regierung und die Öffentlichkeit den Eindruck gewännen, daß wir zwar hinhaltend kämpfen, daß wir aber am Ende, weil wir doch unsicher seien, gegen unsere Prinzipien einlenken würden, ja, daß wir sie noch ermutigen könnten in ihrer erwiesenen Bereitschaft, gegenüber der Härte des Ostens nachzugeben, fortzufahren. Die Aussprüche Herbert Wehners, meine Damen und Herren, diese Politik der Bundesregierung könne gar nicht scheitern, und die deutsche Politik könne gar nicht hinter die Verträge zurück, denn sonst würde es ein Desaster geben, diese Worte Herbert Wehners stehen uns mahnend für unsere eigene Haltung vor Augen, meine Damen und Herren. Es bleibt dabei. Diese Politik der Regierung, was immer vordergründig über sie gesagt werden mag, wird von der Welt — und da übertreibe ich mit keinem Wort — als ein großer Erfolg der Politik der Sowjetunion gewertet.

Und das kennzeichnet diese Politik. Dies sage ich in aller Ruhe und Nüchternheit, denn der Ernst des Themas verdient diese Haltung. Das Times Magazine hat Willy Brandt zum Mann des Jahres erkoren. Die Begründung des Artikels, in dem diese Wahl erläutert wird, faßt die Beurteilung seiner Politik durch diese Zeitschrift in folgendem Satz zusammen: „Willy Brandt ist der erste deutsche Staatsmann, der bereit ist, sämtliche Konsequenzen der Niederlage anzunehmen, den Verlust an Land, das Zugeständnis moralischer Verantwortlichkeit und die Anerkennung der Teilung Deutschlands.“

Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem solchen Satz nicht in die Geschichte unseres Volkes eingehen.

(Lang anhaltender, lebhafter Beifall!)

Und ich finde, daß auch Willy Brandt diesen Satz nicht stehenlassen sollte. Ich habe ihn im Bundestag vor Jahresfrist gefragt, ob die Meinung eines

bekanntem deutschen Journalisten richtig sei, daß etwa dies, was die Times festgestellt hat, seine Politik sei.

Er ist mir damals ausgewichen und hat mir die Antwort verweigert. Nun, er wird morgen Gelegenheit haben, zu sagen, ob in diesem Satz seine Politik verstanden oder mißverstanden worden ist. Wir werden ihn danach fragen. Und diesmal wird er nicht ausweichen können.

(Zustimmung)

Im Mai 1970 — wir vergessen ja leider allzu rasch — hat der NATO-Minister in Rom die neue Ostpolitik dieser Regierung gebilligt, aber mit einem sehr bemerkenswerten Begleittext.

Darf ich ihn noch einmal in Ihre Erinnerung rufen? Die Minister bekräftigten, daß der Friede, um dauerhaft zu sein, auf allseitiger Achtung der souveränen Gleichberechtigung, der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Unversehrtheit eines jeden europäischen Staates, unabhängig von seiner politischen oder gesellschaftlichen Ordnung, sowie auf der Respektierung des Rechts der europäischen Völker beruhen muß, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, ohne daß sie von außen mit Intervention, Zwang oder Nötigung bedroht werden.

Meine Damen und Herren! Das ist das Fundament unserer, der CDU, Friedenspolitik, und das war das Fundament der Politik Konrad Adenauers, einer Politik, die er weise, zäh und geduldig lange Jahre betrieben hat und die ihm die Achtung der ganzen Welt eingebracht hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir verneigen uns auch auf diesem Parteitag vor dieser großen geschichtlichen Leistung Konrad Adenauers. Und ich nehme die Gelegenheit gern wahr, seinen ältesten Sohn, der heute als Ehrengast und Delegierter unter uns ist, Herrn Konrad Adenauer, sehr herzlich zu begrüßen.

(Lebhafter Beifall)

Sie haben die Politik Ihres Vaters fortgesetzt. Und Fortsetzen heißt nicht einfach Wiederholen, sondern Fortsetzen heißt, den Prinzipien getreu sich wandeln mit der wandelnden Welt, wie die wandelnde Welt es verlangt.

Meine Damen und Herren, ich muß immer wieder lesen, daß die Politik, die diese Regierung betreibt, eine konsequente Fortsetzung meiner eigenen Politik sei, der Politik Konrad Adenauers, der Politik Ludwig Erhards und Schröders. Ich muß mich einmal — ich habe es bis jetzt noch nie getan — in aller Form und Feierlichkeit, was meine Politik angeht, denn die andere brauche ich nicht zu verteidigen, gegen diese Behauptung wehren. Die Politik, die diese Regierung macht, ist eine Politik völlig anderer Qualität, anderer Methoden, aber auch anderer Zielsetzungen — es sei denn die eine Zielsetzung, daß es uns beiden — das wollen wir uns unterstellen — um Entspannung und Frieden in Europa geht.



Diesen Vertrag — jawohl, Schröder hat recht — hätte eine CDU-Regierung nicht unterzeichnet.

(Beifall)

Weder hätte sie zum Unterzeichnen seines Inhalts ja gesagt, noch hätte sie in diesem schwierigen Kampf — denn es ist ein Kampf —, in dieser Auseinandersetzung mit einem gewaltigen und in den Dingen der Weltpolitik erfahrenen Partner jene hektische Ungeduld an den Tag gelegt, die von vornherein für das Ergebnis dieser Politik Willy Brandts nichts Gutes verhieß. Herbert Wehner hat gesagt, wir sollten unsere Vorurteile gegenüber dem Kommunismus überwinden. Meine Damen und Herren, es ist immer gut, wenn man Vorurteile überwindet, wo sie da sind. Aber ganz schlimm ist es, wenn man sich sein Urteil trüben läßt gegenüber Wirklichkeiten, die nun eben auch da sind, und an denen wir nicht vorbeikommen, und die man auch wissen muß, wenn man sich in Vertragsverhandlungen mit einer kommunistischen Macht wie der Sowjetunion einläßt.

(Lebhafte Zustimmung)

Was hat denn diese Politik ohne Gegenleistungen bisher bewirkt? Zeigt sich irgendwo ein Silberstreif am Horizont? Nirgendwo. Eben heute haben wir wieder die Nachricht bekommen, daß in der Zone neue Belästigungen, neue Schikanen für die Zugangswege stattfinden. Das ist wohlberechnet und wohl-dosiert wie immer. Ausländische Staatsmänner stellen fest, es sei nicht zu begreifen. Man habe doch nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages Entspannung erwarten können, erste Signale. Das Gegenteil sei eingetreten. Die Haltung der Sowjetunion sei ja an allen Ecken und Enden dieser Welt — und sie ist an allen Ecken und Enden dieser Welt als Supermacht präsent — härter geworden. Das sind Realitäten, die man zur Kenntnis nehmen muß.

Heute habe ich sehr nachdenklich ausländische Pressestimmen zu den Verhandlungen von Bundeskanzler Brandt mit Herrn Pompidou in Paris gelesen. Ich habe ja eine lange Erfahrung in solchen Verhandlungen, und da liest man denn, und zwar von Zeitungen, die ganz unverdächtig sind, in der Schweiz, in Frankreich, in Großbritannien, es sei unverkennbar, daß hier Herr Brandt in der Frage der Währungspolitik, der Währungsunion und anderen dem französischen Standpunkt nachgegeben habe, weil er sich der Unterstützung Frankreichs für seine Ostpolitik versichern wolle.

Meine Damen und Herren, genau das ist es, was wir befürchtet haben.

Natürlich Freundschaft mit Frankreich. Aber wir haben warnend darauf hingewiesen, daß selbst bei gutem prinzipiellem Willen, der Politik im Osten eine Fortsetzung der Politik im Westen entgegensustellen, letzten Endes diese Ostpolitik doch auflösend und auflockernd wirken könnte, und daher der letzte Punkt unseres Beschlusses, daß die Fundamente der westlichen Integration und Bündnispolitik nicht erschüttert werden dürften.

Wer weiß, wie die Dinge in Amerika stehen, wie oft dort von wichtigen Politikern und Meinungsmachern diese neue Ostpolitik als Argument dafür benutzt wird, daß die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa nicht mehr länger notwendig sei, der weiß, wie gefährlich diese Entwicklung ist.

Und endlich noch eins. Man wird ja in diesem Lande von manchen Leuten gerne als kalter Krieger verschrien, wenn man auf eine andere Realität hinweist. Immer wieder, wenn hier in unseren Reihen — und ich verstehe das sehr gut — das Wort Aussöhnung fällt, muß ich daran denken, wie der aussieht und was der will, mit dem wir uns aussöhnen sollen.

Meine Damen und Herren, wenn zwei sich aussöhnen wollen, dann müssen sie zuletzt dasselbe wollen.

Wir wollen wirklich Entspannung auf der Grundlage des Rechtes und der Gerechtigkeit. Wir wollen keine Expansion, denn unser Wille, daß unseren 17 Millionen Mitbürgern das Recht gegeben wird, selber über ihr Schicksal zu entscheiden, ist wahrhaftig kein Expansionswille.

Wer aber seine Sendung in dieser Welt so versteht, daß er seinen Einfluß ideologisch und politisch immer weiter ausbreitet und nicht nur in Europa, wie oft einschränkend gesagt wird, den Status quo festigen will, sondern über diesen jetzigen Stand seines Imperiums hinaus seine Macht und seinen Einfluß, seine Hegemonie über ganz Europa ausdehnen will, wenn man vorschlägt und sich daran macht, sich mit einer solchen Macht auszusöhnen, dann muß man wissen, wie schwer diese Aufgabe ist, wie lange sie dauern wird, welche Weisheit, welche Geduld, Zähigkeit, welche Wachsamkeit sie von dem erfordert, der sich an dieses große Wagnis gibt.

Ich habe 1955 die Verhandlungen Konrad Adenauers in Moskau am Verhandlungstisch miterlebt, und ich habe den großen Kanzler nie so bewundert, wie in seiner souveränen, überlegenen Verhandlungsführung gegenüber seinen damaligen sowjetrussischen Partnern.

Da war nichts von Anmaßung, aber auch nichts von Zerknirschung. Und genau das hat ihm den Respekt seiner Verhandlungspartner eingetragen.

(Beifall)

Wie oft müssen wir noch sagen, daß unsere Politik des Friedens eine viel verlässlichere, solidere, ja die einzig realistische ist.

Wie oft müssen wir es hier im Lande sagen und draußen, jenseits unserer Grenzen.

Es mag sein, daß manchmal einige von uns ein wenig resignierend gestimmt werden, wenn sie sehen, was sich begeben hat, wie das, was Konrad Adenauer mit überlegener Staatskunst bewahrt hat, wir uns gewöhnt haben, als eine Selbstverständlichkeit anzusehen. Und es war gerade keine Selbstverständlichkeit, sondern es war etwas, was niemand, niemand in Deutschland im Jahre 1955 sich je hätte vorstellen können.

Darin beruht ja seine große historische Leistung. Das ist umgeschlagen, stimmungsmäßig, gefühlsmäßig, und wenn wir wieder an die Regierung kommen — und wir werden wieder an die Regierung kommen, meine Damen und Herren —,

(Lebhafter Beifall)

dann werden wir es — täuschen wir uns nicht! — sehr, sehr schwer haben. Heute früh hat Schröder das ja auch gesagt, und es ist auch gestern bei Rainer Barzel zum Ausdruck gekommen.

Aber eben das darf uns nicht resignierend stimmen. Das darf uns nicht nur zur Trauer veranlassen. Das muß uns mit innerer Leidenschaft und mit dem entschiedensten Willen erfüllen, was wir bessern und retten können, unter allen Umständen zu retten zu versuchen.

Man wirft uns vor, wir ertrügen die Rolle der Opposition nicht, wir könnten sie nicht ertragen. Meine Damen und Herren, wir haben in der Opposition eine recht gute Figur gemacht,

(Lebhafter Beifall)

und die Erfolge der Landtagswahlen haben es ja auch bewiesen. Das hatten sie nicht erwartet vor jenem 14. Juni.

Wenn ich gelegentlich daran erinnere, daß die Bundestagswahlen im Herbst 1969 uns keine Niederlage eingebracht haben, so haben manche das als eine historische Reminiszenz vom Tisch nehmen wollen. Vielleicht eine sentimentale Rückerinnerung, daß wir 1,2 Millionen Stimmen mehr als die Sozialdemokraten bekommen haben! Ja, meine Damen und Herren, das ist nicht etwas, was war; es ist heute im Deutschen Bundestag, wo wir heute mit 21 Abgeordneten im Vorsprung vor den Sozialdemokraten stehen. Die Scheinmehrheit von 12 von damals, auf die sie gebaut haben, ist zusammengeschrumpft zu einer Scheinmehrheit von 6. Und wenn wir heute sagen können, daß diese Ostpolitik der Regierung wahrscheinlich keine Mehrheit mehr im Bundestag finden wird, wenn nicht ein Wunder eintritt oder sie ganz anders gestaltet wird, meine Damen und Herren, dann ist das die Folge unserer Stärke und der Schwäche dieser Regierung, die gegen die stärkste Kraft in diesem Lande angetreten ist und nun damit ihre Probleme hat.

Sie hat geglaubt vor dem 14. Juni des letzten Jahres, das überspielen zu können durch das Schaueprägné politischer Demonstrationen in Erfurt und in Kassel und nachher in Warschau, in Moskau oder in Frankfurt oder wo immer.

Meine Damen und Herren, das ist ihr gründlich mißlungen. Vorher hörten wir von Willy Brandt, wenn er jetzt in der Lage des englischen Premiers wäre, dann würde er den Bundestag auflösen und dem Bundespräsidenten vorschlagen, Neuwahlen auszuschreiben. Und Herbert Wehner sagte es auf die von ihm gewohnte derbe Art. Darüber, meine Damen und Herren, wurde es nach dem 14. Juni mäuschenstill. Aber wir sind bereit, mit der Regierung darüber zu reden, daß man dann endlich Klarheit in diesem Lande darüber

schaft — wenn die Landtagswahlen sie immer noch nicht überzeugt haben sollten, was das deutsche Volk will —, sich mit ihnen darüber zu einigen, daß der Bundestag aufgelöst wird und Neuwahlen ausgeschrieben werden.

(Starker Beifall)

Wir scheuen diese Neuwahlen nicht.

Wir könnten die Opposition nicht ertragen! — O doch, o doch! Vieles ist uns in dieser Opposition als Partei recht gut bekommen, meine Damen und Herren.

Aber, was wir nicht ertragen können, ist eine verfehlte und gefährliche Politik, insbesondere in der Außenpolitik, wo sich so wenig reparieren läßt, was einmal verfehlt wurde. Und um diese gefährliche Politik abzulösen durch eine andere, durch unsere bessere Politik, deswegen dürfen wir nicht zimperlich sein und nichts Zimperliches dazu sagen.

Deswegen müssen wir, wollen wir regieren, sobald die Geschichte uns wieder die Chance dazu bietet.

(Beifall)

Und das ist sicher ein sehr legitimer Anspruch. Und wir werden dafür kämpfen, weil wir es ja nicht unmittelbar tun können, dadurch, daß wir im weiten, im ganzen weiten Bereich unseres politischen Wirkungsfeldes, in Bonn, in den Ländern und in den Gemeinden, das Vertrauen der Bevölkerung für uns stärken, so daß der Pegelstand dieses Vertrauens immer höher steigt.

Das nächste wird sein, daß wir die drei Landtagswahlkämpfe in Berlin, in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein ebenso überzeugend oder noch überzeugender gewinnen wie die Landtagswahlen des vergangenen Jahres. Und daß wir sie gewinnen werden, meine Damen und Herren, daß dieser Siegeszug fortgesetzt wird, darüber habe ich nicht den mindesten Zweifel.

(Beifall)

Ich bitte Sie: Es war ein Glück, daß wir diese Landtagswahlkämpfe im vergangenen Jahr hatten, diese — wenn Sie so wollen — Ersatzbundestagswahlen. Denn hier hatten wir wirklich die Tüchföhlung mit dem Volk.

Ich bitte Sie alle, jeder an seinem Platz, mit vollstem Einsatz zu kämpfen. Es geht nicht nur um eine routinemäßige Ablösung einer Regierung durch die andere. Es geht hier wirklich um eine ganz große Entscheidung für die Zukunft unseres Volkes.

Die Wahl in Berlin wird von ganz besonderer Bedeutung sein. Auf Berlin hat die Welt seit vielen Jahren geblickt. Es war der Vorort der Freiheit der westlichen Welt. Und auf Berlin wird diese Welt am 14. März besonders aufmerksam blicken. Wenn auch die Berliner Abgeordneten, die in den Bundestag einziehen werden, dort kein Stimmrecht haben werden: Aber was die Berliner Bevölkerung zu der Politik Willy Brandts sagt, meine Damen und Herren, das wird manchem auch jenseits unserer Grenzen die Augen öffnen,

und ich hoffe, daß diese Entscheidung der Berliner klar und eindeutig sein wird.

(Beifall)

Wir werden dazu helfen, und die Berliner dürfen versichert sein: Sie sollen wissen: Wir haben eine ganz klare Vorstellung von einer Berlinlösung, die das Wort „befriedigend“ verdient. Wir sind ja allerlei gewohnt in diesem Spiel mit Worten, seitdem diese Regierung an der Macht ist. Was sie unter „befriedigend“ versteht, wissen wir nicht. Wenn wir von einer befriedigenden Lösung sprechen, dann wissen die Berliner, daß sie von dem treuesten und verläßlichsten Bundesgenossen kommt, von der Christlich Demokratischen Union. Sie wissen, daß wir zusammengehören, Berlin und die Bundesrepublik, und sie wissen, daß wir, die CDU, nicht nachlassen werden, im Kampf um eine freie, glückliche und gesicherte Zukunft ihrer Stadt.

(Beifall)

Wir kehren nun zurück zu unserem täglichen Geschäft, zu unserem täglichen Kampf. Noch einmal erinnere ich daran, meine Freunde: Wir sind stark, viel stärker, als manche von uns nach dem Regierungswechsel im Schock des Regierungswechsels geglaubt haben. Wir sind stark in den Ländern, in den Gemeinden zunehmend stärker, wir sind stark im Bundesrat, und wir sind — ich habe es gesagt — auch stark im Bundestag. Denn die Mehrheit von 6 der anderen ist brüchig und unverläßlich und trägt eine ehrgeizige Politik nicht.

Und diese Stärke verpflichtet uns. Man erwartet von uns, daß wir diese Stärke anwenden, souverän, ruhig, besonnen, wie es sich für unsere Partei gehört.

Aber zum Schluß lassen Sie mich noch auf einen Umstand hinweisen, der nicht weniger wichtig ist als diese quantitative zahlenmäßige Schwäche dieser Regierung. Viel bedenklicher für sie ist eine qualitative Schwäche. Die CDU — und dieser Parteitag hat es ja wieder gezeigt — ist in sich stark; diese CDU hat zwar Meinungsverschiedenheiten, die sie frank und frei austrägt; bei uns gibt es zwischen der älteren und der jüngeren Generation keine Krise, sondern jenen natürlichen Prozeß der Auseinandersetzung, der immer zwischen der älteren und der jüngeren Generation stattfindet, und es wäre schlimm für uns, wenn es nicht so wäre.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, in der Sozialdemokratischen Partei steht es ganz anders. Die Jungsozialisten, deren Bedeutung wir ja nicht unterschätzen dürfen, sind in dieser Partei zum Kampf um die Macht angetreten, und sie erobern Position um Position. Nicht gegenüber der CDU, meine Damen und Herren — da haben wir ja klassische Beispiele in Frankfurt und anderswo, und ich sehe, Frau Griesinger ist bereit, da zu applaudieren. Ich hoffe, die Siegerin aus Frankfurt gegen Karsten Vogt ist in unserem Saal.

(Beifall)

Ich will ihr herzlich unseren Glückwunsch sagen. Aber in ihrer eigenen Partei — und darum geht es ihnen —; wer die Debatten und die Bewegung verfolgt hat, weiß es. Meine Damen und Herren, diese Krise wird eine Dauerkrise für die SPD sein. Vorbei sind die Tage des Godesberger Programms, da man die SPD als eine wirkliche Alternative zur Christlich Demokratischen Union anbieten konnte, und ich würde doch vorsichtig sein, für unsere eigenen jungen Leute die Methoden der Jungsozialisten allzu lautstark als vorbildlich anzupreisen, meine Damen und Herren,

(Beifall)

bei allem Verständnis für die Dynamik der jungen Generation!

Was wird passieren? — Entweder wird die SPD immer weiter nach links abgedrängt, in sozialrevolutionäres, marxistisches Fahrwasser, wie diese Sozialrevolutionäre und Marxisten es wollen. Sie haben sich ganz dicht an der Grenze des kommunistischen Bereiches angesiedelt, und wir beachten schon sehr viele Grenzüberschreitungen.

Meine Damen und Herren, das wird vom deutschen Volk nicht angenommen werden, das wird der SPD nicht gut bekommen, und wir werden dafür sorgen, daß man im deutschen Volk erfährt, was da vor sich geht. Wir werden es nicht zulassen, daß in diesem Lande ein so sozial-revolutionärer Marxismus wieder sein Haupt erhebt! Wo immer ich vor Arbeitern gesprochen habe, auch wo viele sozialdemokratische Arbeiter zugegen waren, hat man leidenschaftlich das eben zum Ausdruck gebracht.

Weil es also so ist, ist es um so wichtiger, daß wir nicht nur unsere äußere, sondern auch unsere innere Stärke so gebrauchen, wie es allüberall bei den Diskussionen auf diesem Parteitag zum Ausdruck gekommen ist. An uns ist es, mit Augenmaß, mit Souveränität, mit Stetigkeit, mit Geduld, aber auch mit nicht erlahmender Energie den Weg zum Sieg zu gehen, und dies wird uns die Möglichkeit eröffnen, wieder freie Gestaltung deutscher und europäischer Politik in unsere Hände zu nehmen! — Ich danke Ihnen.

(Lebhafter, anhaltender Beifall)

**Präsident Heinrich Köppler:** Herr Dr. Kiesinger, wir danken Ihnen für dieses Schlußwort! —

Meine Damen und Herren, mir bleibt für das Tagungspräsidium Ihnen allen zu danken, die Sie mit nahezu ununterbrochener Geduld uns ertragen haben. Und ich darf um Generalpardon für manche präsidiale Härte bitten, die wir glaubten, angesichts der Fülle der Tagesordnung anwenden zu müssen.

Ich wünsche Ihnen allen eine gute Heimreise und hoffe, daß viele von uns, ehe wir uns alle in Hamburg wiedersehen, sich in Berlin, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein in den nächsten Wochen begegnen werden.

Der 18. Bundesparteitag ist geschlossen!

(Schluß: 17.52 Uhr)







Anhang

CDU

Berliner Programm

2. Fassung

Verabschiedet auf dem 18. Bundesparteitag  
vom 25. bis 27. Januar 1971 in Düsseldorf



## Gliederung:

### Präambel

#### **I. Deutschland in Europa und in der Welt (Ziff. 1—26)**

- Deutschlandpolitik (Ziff. 7—10)
- Europapolitik (Ziff. 11—15)
- Ostpolitik (Ziff. 16—18)
- Entwicklungspolitik (Ziff. 19—20)
- Sicherheitspolitik (Ziff. 21—26)

#### **II. Bildung, Wissenschaft und Forschung (Ziff. 27—60)**

- Kindergarten und Schule (Ziff. 30—35)
- Berufliche Bildung (Ziff. 36—38)
- Erwachsenenbildung (Ziff. 39)
- Hochschule (Ziff. 40—46)
- Lehr- und Lernmethoden (Ziff. 47)
- Bildungsberatung, Bildungsplanung, Bildungsfinanzierung (Ziff. 48—52)
- Forschungsförderung (Ziff. 53—56)
- Kulturförderung (Ziff. 57)
- Freizeit und Sport (Ziff. 58—60)

#### **III. Die Soziale Marktwirtschaft — Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung (Ziff. 61—106)**

- Konjunkturpolitik (Ziff. 63)
- Finanz- und Steuerpolitik (Ziff. 64—66)
- Wettbewerb und Verbraucher (Ziff. 67)
- Mittelstand (Ziff. 68)
- Strukturpolitik (Ziff. 69—71)
- Mitbestimmung (Ziff. 72)
- Vermögensbildung (Ziff. 73—75)
- Sozialbudget, Soziale Infrastruktur, Arbeitsmarktpolitik (Ziff. 76—80)
- Agrarpolitik (Ziff. 81—84)
- Verkehrspolitik (Ziff. 85—89)
- Energiepolitik (Ziff. 90)
- Familienpolitik (Ziff. 91—92)
- Die Frau in der Gesellschaft (Ziff. 93—94)
- Jugend (Ziff. 95—96)
- Soziale Sicherung (Ziff. 97—103)
- Gesundheit (Ziff. 104—106)

#### **IV. Bürger, Gesellschaft, Staat (Ziff. 107—131)**

- Demokratische Ordnung (Ziff. 107—113)
- Verwaltung und Öffentlicher Dienst (Ziff. 114—115)
- Rechts- und Justizpolitik (Ziff. 116—121)
- Raumordnung, Städte- und Wohnungsbau (Ziff. 122—125)
- Umweltschutz (Ziff. 126—131)



## Präambel

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands orientiert ihre Politik an den Grundsätzen christlicher Verantwortung. Zielsetzungen dieser Politik sind die Freiheit des einzelnen, der sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß, die Gerechtigkeit und die Chancengleichheit für jedermann sowie die Solidarität aller Bürger, die auf der Eigenverantwortung der Person aufbaut.

Die CDU versteht die Demokratie als eine dynamische, fortzuentwickelnde politische Ordnung, die die Mitwirkung der Bürger gewährleistet und ihre Freiheit durch Verteilung und Kontrolle der Macht sichert. Diese Ordnung muß für den einzelnen durchschaubar sein; sie kann nur verwirklicht werden, wenn sich die Bürger für ihre Gestaltung verantwortlich fühlen und sich aktiv und opferbereit daran beteiligen. Die CDU will den gesellschaftlichen Fortschritt fördern und die Bedingungen für eine freie Selbstentfaltung der Person schaffen.

Die CDU vereint als *moderne Volkspartei Männer und Frauen aller Schichten* in dem Willen, das deutsche Volk in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu einen. Sie bekennt sich zum Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes, zu einem politisch geeinten Europa und einer Völkergemeinschaft, die den Frieden in der Welt sichern hilft und dem Wohle und der Entwicklung aller Völker dient.

## **I. Deutschland in Europa und in der Welt**

**1. Der Wille zum Frieden in Freiheit und zur Verständigung der Völker ist Grundlage unserer Außenpolitik. Wir wollen einen gerechten Frieden für das deutsche Volk, für die Völker Europas und für alle Völker der Welt, der allen Menschen die vollen Menschenrechte, die Chance der Freiheit und der wirtschaftlichen Existenz gibt.**

**2. Das Andauern der Teilung Deutschlands und Europas ist eine Folge des globalen Ost-West-Konflikts, der von politischen und militärischen, von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Faktoren bestimmt wird. Versuche des Ausgleichs und der Überbrückung müssen deshalb langfristig und weltweit angelegt sein.**

**3. Ein dauerhafter Frieden wird erst möglich, wenn das freie Europa politisch vereinigt und eine europäische Friedensordnung auf der Grundlage der Menschen- und Gruppenrechte verwirklicht ist. Wir treten für die Freiheit und die Einheit der Deutschen ein. Grundlage einer solchen Politik bleibt die enge Zusammenarbeit mit den westlichen Verbündeten in den europäischen Gemeinschaften und im atlantischen Bündnis.**

**4. Die Bundesrepublik Deutschland muß darüber hinaus ihr politisches Gewicht und ihre wirtschaftliche Kraft in der Welt zielstrebig für den Frieden und das Wohl der Menschheit einsetzen. Die Gefahren großer sozialer und politischer Spannungen, die sich zunehmend aus dem Gegensatz zwischen den hochentwickelten Industrienationen und den anderen Ländern ergeben, erfordern eine Politik der internationalen Solidarität.**

**5. Internationale Kulturpolitik ist ein wesentliches Mittel, den Völkern Kenntnis voneinander zu vermitteln. Sie dient damit der Verständigung und Freundschaft. Deswegen wollen wir verstärkten kulturellen Austausch mit allen Ländern der Welt.**

**6. In der Konflikt- und Friedensforschung sehen wir eine Möglichkeit, den wissenschaftlichen Fortschritt für die Verhinderung von Konflikten und für die Schaffung eines dauerhaften Friedens nutzbar zu machen.**

## Deutschlandpolitik

**7.** Freiheit und Einheit für das deutsche Volk zu erringen, ist Aufgabe der deutschen Politik; sie nimmt dabei den Deutschlandvertrag und die Verantwortung der vier Mächte für Deutschland als Ganzes in Anspruch. Das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk, die staatliche Einheit Deutschlands müssen zusammen mit der Überwindung der Teilung Europas angestrebt werden. Eine Friedensordnung für Europa bietet den Rahmen für eine Einheit des deutschen Volkes, die auf der freien Entscheidung in beiden Teilen Deutschlands beruht.

Wir respektieren den freien Willen der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands zur Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse und ihrer Verbindung mit uns. Solange ihnen die Möglichkeit hierzu verwehrt ist, werden wir von uns aus immer wieder auf die Unterdrückung der Grund- und Menschenrechte in der DDR hinweisen und alles in unseren Kräften Stehende tun, damit unseren Landsleuten im anderen Teil Deutschlands diese vorenthaltenen Rechte gewährt werden.

**8.** Wir bejahen Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, die das Leben im geteilten Land erleichtern; sie sollen die Fundamente künftiger Einheit erhalten und den Weg zu einer friedlichen Ordnung in Europa ebnen. Die heutige Trennung widerspricht der geschichtlichen Einheit der deutschen Nation, dem Zusammenhalt der Familien und dem Willen der Menschen in beiden Teilen.

Wir werden alle Verbindungen und Begegnungen in unserem Lande fördern, die dem gemeinsamen Willen zur geschichtlichen und politischen Einheit der deutschen Nation entspringen und ihm dienen.

**9.** Berlin verkörpert die Einheit Deutschlands. Das freie Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland. Als Hauptstadt Deutschlands wurde Berlin besonderes Besatzungsgebiet mit Viermächtestatus. Wer die Einheit Deutschlands preisgibt, gefährdet den Status Berlins und damit auch die freiheitliche Existenz West-Berlins. Solange Berlin gespalten ist, muß am Viermächtestatus festgehalten werden. Die Bundesrepublik Deutschland und die drei alliierten Schutzmächte als Träger der obersten Verantwortung müssen alles tun, um die Freiheit der Zugänge, das demokratische Leben und die wirtschaftliche Leistungskraft des freien Berlin zu gewährleisten. Wir weisen jeden Versuch zurück, die gewachsene Verbundenheit des freien Berlin mit der Bundesrepublik Deutschland zu schwächen.

**10.** Die Bundesrepublik Deutschland hat Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge aufgenommen. Ihre Eingliederung zu vollenden und ihre Rechte nach den Grundsätzen der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen und der Menschenrechtskonvention des Europarates und des Grundgesetzes zu vertreten, bleibt Aufgabe der deutschen Politik.

## Europapolitik

**11.** Ziel unserer Politik ist eine friedliche Ordnung für Europa, um die Spaltung unseres Kontinents zu überwinden.

Die politische Einheit des freien Europa ist ein entscheidender Beitrag zu einer europäischen und einer weltweiten Friedensordnung. Sie ist für die Länder unseres Kontinents die einzige Chance, sich auf die Dauer neben den Weltmächten in Freiheit, Eigenständigkeit und Sicherheit zu behaupten. Bei der Einigung kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit hohe Bedeutung zu.

**12.** Unser Ziel ist die baldige Errichtung eines europäischen Bundesstaates mit einer freiheitlichen demokratischen Verfassung; er allein sichert die historisch gewachsene Identität der europäischen Nationen und gewährleistet gleichzeitig die politische Handlungseinheit Europas. Dieses Ziel kann nur in Etappen erreicht werden. Zwischenlösungen müssen darauf ausgerichtet sein.

**13.** Grundlage und Kern dieser Entwicklung sind die Europäischen Gemeinschaften. Wir fordern daher deren vollständigen Ausbau und Erweiterung nach den Gründungsverträgen. Nach gleichen Grundsätzen ist eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik zu entwickeln. Nachdem die Übergangsperiode beendet ist, muß die Gemeinschaft zur Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage eines verbindlichen Stufen und Fristen setzenden Zehn-Jahres-Planes entwickelt werden. Dieser Plan muß vorsehen:

- eine gemeinsame Konjunktur- und Währungspolitik, die wirtschaftliche Stabilität als Basis für stetiges Wachstum gewährleistet,
- ein unabhängiges gemeinsames Notenbanksystem,
- eine abgestimmte regionale Strukturpolitik,
- den Vollzug der gemeinsamen Außenhandelspolitik.

Die allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten ist zu einer gemeinsamen Politik zu entwickeln. Dies erfordert eine fortschreitende Übereinstimmung über wichtige Fragen des gemeinsamen Lebens wie



- die Harmonisierung der Ausbildungsvorschriften,
- die Förderung der Forschung und der technologischen Entwicklung,
- den Umweltschutz.

Diese europäischen Notwendigkeiten wollen wir auch in der nationalen Politik in zunehmendem Maße berücksichtigen.

**14.** Die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft erfordert die Stärkung ihrer Institutionen. Das Europäische Parlament soll direkt gewählt werden. Wir wollen in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Parteien in den anderen Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft ein gemeinsames Grundsatzprogramm für diese Wahlen entwerfen. Das Europäische Parlament soll Haushalts-, Kontroll- und Gesetzgebungsbefugnisse für die Gemeinschaft ausüben. Die Bestellung der Exekutive soll der Zustimmung des Parlaments bedürfen.

Der Ministerrat soll — wie im Vertrag vorgesehen — mehrheitlich entscheiden; die Befugnisse der Kommission müssen gestärkt werden.

**15.** Die Europäischen Gemeinschaften sollen durch die Aufnahme beitragswilliger Staaten erweitert werden, ohne daß die Ziele, die Ergebnisse des Integrationsprozesses und die Funktionsweise der Gemeinschaften beeinträchtigt werden. Für die europäischen Länder, die die Gemeinschaftsverpflichtungen nur teilweise übernehmen können, müssen andere Formen organischer Bindung gelten.

Wir werden die Zusammenarbeit zwischen möglichst vielen europäischen Staaten in den neben den Europäischen Gemeinschaften bestehenden Organisationen, namentlich im Europarat, zielbewußt weiter fördern.

## Ostpolitik

**16.** Die Entscheidung für den freiheitlichen Rechtsstaat und für die Zusammenarbeit mit dem Westen, die die Bundesrepublik Deutschland unter der Führung der Union vollzog, schloß das Ziel der Verständigung mit dem Osten ein. Auch die Völker Mittel-, Ost- und Südosteuropas sind Glieder der europäischen Völkergemeinschaft. Es bleibt daher eine zentrale Aufgabe deutscher Politik, die politischen, wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Beziehungen zu ihnen zu verbessern und auszubauen. Besondere Bedeutung messen wir der Begegnung der Menschen, vor allem der Jugend, zu. Wechselseitiges Verständnis für Geschichte und Gegenwart trägt dazu bei, das Mißtrauen abzubauen und das Bewußtsein gemeinsamer europäischer Interessen, Aufgaben und Wertmaßstäbe wachsen zu lassen. Dies ist eine der wesentlichen Voraussetzungen der Entspannung.

**17.** Wir wünschen Frieden mit der Sowjetunion. Eine politische Verständigung zwischen Deutschland und der Sowjetunion wird dann dauerhaft sein, wenn sie auf der gegenseitigen Achtung der elementaren Rechte und Sicherheitsbedürfnisse aufbaut und frei ist von Streben nach Hegemonie.

**18.** Eine europäische Friedensordnung setzt einen dauerhaften und auf richtigen Ausgleich mit unseren Nachbarn Polen und Tschechoslowakei voraus. Die endgültige Festlegung der Grenze zwischen Deutschland und Polen muß gemäß dem Potsdamer Abkommen und dem Deutschlandvertrag in einem Friedensvertrag erfolgen.

Das Münchner Abkommen von 1938 sehen wir in seinen territorialen Auswirkungen als nicht mehr gültig an.

Wir sehen das Verlangen der Völker nach einem Leben in gesicherten Grenzen als berechtigt an. Wir wollen die Zukunft unseres Kontinents dadurch sichern, daß die Grenzen mehr und mehr ihren trennenden Charakter verlieren.

## Entwicklungspolitik

**19.** Ein beständiger Friede verlangt eine Politik der internationalen Solidarität, die vorrangig dazu beitragen muß, daß alle Schichten der Bevölkerung in den Entwicklungsländern am sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt gerecht beteiligt werden. Der wirtschaftliche Aufbau in den Entwicklungsländern ist auch eine Vorbedingung für ein weltweites Wachstum der Wirtschaft.

Um die Chancengleichheit im internationalen Handel und in einer mehr und mehr arbeitsteiligen Weltwirtschaft zu verbessern, muß die Stellung der Entwicklungsländer im Wettbewerb und auf den Rohstoffmärkten gestärkt und ihre zunehmende Verschuldung durch günstige Kreditbedingungen abgebaut werden. An den internationalen Entwicklungsprogrammen muß sich die Bundesrepublik auch künftig tatkräftig beteiligen.

Private Investitionen sind ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung. Sie müssen die sozialen und kulturellen Wirkungen berücksichtigen und dürfen aus öffentlichen Mitteln nur gefördert werden, wenn sie den entwicklungspolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik und der Entwicklungsländer entsprechen.

Wir fordern besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungssituation in den Entwicklungsländern, zum Aufbau abreitsintensiver Produktionen und für eine geeignete Familienplanung.

**20.** Diese Ziele sind in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern zu verwirklichen. Alle gesellschaftlichen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland sollen dabei mitwirken. Ihre Initiativen sind ebenso wie der Dienst der Jugend in den Entwicklungsländern vom Staat zu fördern.

Unser Volk muß sich seiner Verpflichtung gegenüber den Entwicklungsländern stärker bewußt werden.

Die Zuständigkeiten für alle entwicklungspolitischen Maßnahmen sind in einem Ministerium zusammenzufassen.

## Sicherheitspolitik

**21.** Wir verwerfen Gewalt oder Drohung mit Gewalt als Mittel der Politik. Wir treten seit jeher dafür ein, den vorbehaltlosen Verzicht auf Gewalt zwischen allen Völkern zu vereinbaren. Wir weisen jeden Gewaltvorbehalt und Interventionsanspruch gegenüber Deutschland und allen anderen Staaten zurück.

**22.** Wir streben gemeinsam mit unseren Bündnispartnern eine politische Ordnung an, die eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung ermöglicht. Maßnahmen begrenzter Rüstungskontrolle finden unsere Unterstützung, wenn sie die Ursachen politischer Spannungen vermindern helfen und unser Land nicht einseitig schwächen. Der Weg in die politische Einheit des freien Europa darf nicht versperrt werden; das gilt auch für den Atomsperrvertrag.

**23.** Frieden und Freiheit müssen gegen militärische Bedrohung gesichert werden. Die Bundesrepublik und das freie Europa können ihre Sicherheit und ihre Unabhängigkeit nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten bewahren. Deshalb muß die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft erhalten und gefestigt werden. Die militärische Integration bleibt notwendig; die europäische Zusammenarbeit ist zu verstärken.

Die Bundesrepublik Deutschland leistet unter Verzicht auf den nationalen Besitz von ABC-Waffen mit der Bundeswehr ihren militärischen Beitrag für die Sicherheit und den Frieden in Europa.

**24.** Aktive Friedenspolitik setzt die Bereitschaft jedes einzelnen voraus, selbst für die Bewahrung des Friedens einzutreten. Dies erfordert eine Festigung der geistig-moralischen Widerstandskraft gegenüber allen Bedrohungen. Wehrdienst ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung des Friedens und dient der Bewahrung unserer freiheitlichen Grundordnung.

Die Pflicht zum Dienst an der Gemeinschaft wird erfüllt durch den Dienst in der Bundeswehr, im Bundesgrenzschutz, in einem Zivilschutzverband, im Entwicklungsdienst und durch andere gesetzlich anerkannte Dienste.

Im Bestreben nach mehr Wehrgerechtigkeit müssen alle gesetzlichen Bestimmungen zusammengefaßt werden. Belastungen wie Vergünstigungen müssen für alle Dienstleistenden gleich sein.

Die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte muß sichergestellt sein.

Die Streitkräfte der 70er und 80er Jahre werden durch hochtechnisierte und immer kompliziertere Führungs- und Waffensysteme gekennzeichnet sein. Die dadurch bedingten steigenden Kosten und Anforderungen zwingen zu einer frühzeitigen Neuordnung der Wehrstruktur. Den Reservisten werden dabei neue und noch bedeutendere Aufgaben zukommen.

**25.** Wir setzen uns dafür ein, daß die Stellung des Soldaten in der Gesellschaft der unveränderten Bedeutung der Bundeswehr für die Sicherung von Freiheit und Frieden entspricht.

Wir erkennen dabei an, daß Unterschiede zwischen militärischen Aufgaben und zivilberuflichen Tätigkeiten unvermeidbar sind. Den Soldaten muß trotzdem die Erfüllung ihres schwierigen Auftrages ermöglicht werden. Dazu fordern wir:

- Die zahlreichen unterschiedlichen Berufe in der Bundeswehr müssen überschaubar geordnet und attraktiv gestaltet werden.
- Laufbahnen und Besoldung müssen der Eigenart des soldatischen Dienstes und den verschiedenen Verwendungen leistungsorientiert angepaßt werden.
- Das Bildungskonzept der Streitkräfte ist daher auf die funktionalen Erfordernisse abzustimmen, es ist von einseitigen politischen Einflüssen freizuhalten.

- Dienstrecht und Bildungseinrichtungen der Bundeswehr müssen insgesamt Verwendung und Aufstieg nach Neigung und Eignung gewährleisten.
- Die soziale Grundlage hierfür muß verbessert werden; die Berufsförderung ist auszubauen, die Eingliederungsgesetzgebung ist fortzuführen, die Wohnungsfürsorge und das Kantinenwesen sind neu zu ordnen.
- Die Fürsorgeleistungen für Wehrdienstbeschädigte sind zu verbessern.

Die Ausrüstung der Bundeswehr muß modern und dem technischen Stand der Streitkräfte des Warschauer Paktes gleichwertig sein. Die Ausrüstung der Bundeswehr darf nicht vernachlässigt, ihre Kampfkraft und ihr Einsatzwille nicht geschwächt werden. Die Standardisierung von Waffen und Gerät im Bündnis ist anzustreben.

26. Sicherheitspolitik erfordert den Ausbau und die Weiterführung der Zivilverteidigung. Militärische und zivile Verteidigung müssen in ein ausgewogeneres Verhältnis zueinander gebracht werden.

## **II. Bildung, Wissenschaft und Forschung**

27. Bildung bestimmt über die Persönlichkeit und den Lebensweg des einzelnen Menschen, ermöglicht ihm Entwicklung und Leistung in der Gesellschaft und bestimmt die kulturelle und wirtschaftliche Struktur und Qualität der Gesellschaft. Bildungspolitik ist ein Kernstück zukunftsorientierter Politik.

Im Bildungsgang soll niemand durch Herkunft und soziale Stellung der Eltern, durch Wohnort und soziale Struktur, durch materielle Nachteile und mangelnden Bildungswillen seiner Umwelt behindert werden. Deshalb muß das Bildungswesen jedem die gleiche Chance geben, seine Anlagen, Neigungen und Fähigkeiten zu entwickeln und zu nutzen. Die Bildungseinrichtungen sind nach den verschiedenen Bildungszielen und Begabungsrichtungen zu differenzieren. Integrationen sind zu erproben, wo sie sich fachlich anbieten.

Unser Bildungssystem muß außerdem so orientiert werden, daß es dem fortschreitenden europäischen Integrationsprozeß gerecht wird.

**28.** Für die Fortentwicklung unseres Bildungswesens ist eine Reform der Bildungsziele und -inhalte sowie der sich daraus ergebenden Organisationsformen entscheidend. Ziel der Bildung ist, den Menschen zu befähigen, mit kritischem Urteil und bereit zu verantwortungsvoller Leistung seine Persönlichkeit zu entfalten und zu behaupten. Lehrstoff und didaktische Formen müssen sich auf die Wirklichkeit beziehen. Bildung muß auch zur Toleranz in einer Welt der Konflikte erziehen. Das Bildungssystem muß durchlässig gestaltet werden; die Bildungsinhalte sind aufeinander abzustimmen. Mathematik und Naturwissenschaften sind in den Lehrplänen stärker zu berücksichtigen. Die moderne industrielle Gesellschaft verlangt von jedem die Bereitschaft, sich ihren ständig wechselnden Gegebenheiten immer neu zu stellen. Dies erfordert einen lebenslangen Lernprozeß.

**29.** Wir wollen ein bundeseinheitliches Bildungssystem, das die verschiedenen Begabungen anspricht und deren volle Leistungsfähigkeit herausfordert. Staatliche und freie Träger haben, miteinander konkurrierend oder sich gegenseitig ergänzend, ein breitgefächertes Bildungsangebot bereitzuhalten. Den freien Trägern ist bei gleichen Leistungsanforderungen die entsprechende Förderung zu gewähren. Die sozialen Leistungen für die Mitarbeiter sind zu garantieren. Im Rahmen ihrer Altersstufe sollen die Begabungen und Fähigkeiten ein individuell zu nutzendes Angebot vorfinden. Dabei sind moderne Lehrformen und technische Medien einzusetzen.

Wir wollen, daß es allen Eltern ermöglicht wird, ihrer Verantwortung für Erziehung und Ausbildung der Kinder gerecht zu werden.

## Kindergarten und Schule

**30.** Das Bildungssystem muß neuen pädagogischen Erkenntnissen und sich ständig verändernden gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden. Wir befürworten wissenschaftlich kontrollierte Schulversuche mit Schulmodellen, insbesondere mit verschiedenen Formen von Gesamtschulen und einem modernen System gegliederter Schulen. Grundlegende Änderungen in der Schulorganisation können nur aufgrund der Ergebnisse solcher Versuche erfolgen.

Wesentliche Voraussetzung für jede Neuordnung im Schulwesen ist jedoch die Überprüfung und Neufassung der Bildungsinhalte und Lernziele. Dies muß in Form der sogenannten Curriculum-Entwicklung geschehen, die als fortlaufender Prozeß die Gestaltung des Bildungswesens zu bestimmen hat.

**31.** Kindergärten und Vorschulklassen sollen die Familienerziehung durch eine frühzeitige Förderung der Persönlichkeit des Kindes und durch den Abbau von Milieusperrren unterstützen und ergänzen. Vorschulklassen sollen durch den behutsamen Übergang von der Kindergartenpädagogik zur Schulpädagogik gleiche Lernvoraussetzungen der Kinder schaffen und auf den Eintritt in die Grundschule vorbereiten. Durch Landesgesetz soll die Verpflichtung des Staates zur finanziellen Unterstützung auch der freien Träger gesichert werden. Ebenso wie der Schulbesuch muß auch der Besuch von Kindergärten und Vorschuleinrichtungen kostenlos sein.

Wir werden das Bildungsangebot, insbesondere auf dem Land, verbessern. Wir wollen vermehrt Schulzentren, Tagesheime und Ganztagschulen schaffen. Auch im Schulbereich soll der freie Samstag angestrebt werden.

**32.** In der Grundschule werden die Schüler in der Regel nach Jahrgängen gemeinsam unterrichtet. Die Sekundarstufe I umfaßt das 5. bis 10. Schuljahr in einem mehrzügig gefächerten Schulsystem und schließt mit dem Abitur I ab. Dabei muß es jedoch für alle Schulen verbindliche Kernpflichtfächer geben, um Übergänge von einem Bildungsgang in den anderen zu ermöglichen.

Die Sekundarstufe II führt in zwei- und dreijährigen Ausbildungsgängen zu berufs- und studienbezogenen Abschlüssen. In dieser Stufe sollen Leistungs- und Neigungsgruppen die Klassengemeinschaft weitgehend ersetzen.

Qualifizierte Abschlüsse müssen den Zugang zu den jeweils weiterführenden Bildungswegen eröffnen. Die Lernziele können in unterschiedlichen Schulzeiten erreicht werden.

Der Bildungsanspruch der Kinder von Ausländern muß berücksichtigt werden.

**33.** Wir werden stufenweise eine Bildungsförderung vom 18. Lebensjahr an schaffen, die eine selbständige und eigenverantwortliche Wahl der Ausbildung sicherstellt. Die Förderung ist zeitlich zu begrenzen und an Leistungsnachweise zu binden.

**34.** Es muß sichergestellt werden, daß alle behinderten Kinder frühzeitig betreut werden, damit ihnen eine auf ihre besondere Lage zugeschnittene Ausbildung vermittelt werden kann; das gilt auch für behinderte Jugendliche. Dafür sind zentrale Beratungsstellen einzurichten, die die Eltern auf mögliche Hilfen für ihre Kinder hinweisen. Eine frühzeitige Betreuung außerhalb des Elternhauses soll in Sonderkindergärten und Sondervorschulklassen erfolgen, auf die eigene weiterführende Schulen, Berufsschulen, Fachschulen sowie beschützende Werkstätten für ihre speziellen Begabungen aufbauen.

**35.** Schüler und Eltern sind als wichtigste Interessenten am Bildungssystem berechtigt zur Mitverantwortung und Mitsprache. Die Schule ist deshalb zugleich für die Schüler das erste Erfahrungsfeld demokratischer Verhaltensweisen im öffentlichen Bereich und soll die Jugendlichen aus dieser unmittelbaren demokratischen Erfahrung zu Kritikfähigkeit und Mitverantwortung im Staate führen.

Zusammensetzung und Organisation der Schülervertretung bestimmen die Schüler gemäß demokratischen Prinzipien selbst. Zu den parlamentarischen Ausschußsitzungen auf kommunaler und landespolitischer Ebene, in denen schulische Fragen anstehen, sind Schülervertreter zu hören.

Die Mitwirkungsrechte der Lehrer gegenüber Schulträger und Schulverwaltung sind zu erweitern. Wir werden die Rechte der Eltern und Elternvertretungen an den Schulen erhalten und eine institutionelle Verankerung dieser Rechte in den Schulverwaltungsgesetzen durchsetzen.

## Berufliche Bildung

**36.** Allgemeine und berufliche Bildung sind gleichrangige Aufgaben unseres Bildungswesens. In den allgemeinbildenden Schulen ist frühzeitig eine vorberufliche Bildung zu vermitteln. Die berufliche Bildung ist als öffentliche Aufgabe in der Regel im dualen System durch Zusammenwirken von Schule, Betrieb, den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft und der freien Berufe auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes auszubauen. Angesichts einer neuen Berufsstruktur muß der theoretische Teil der Berufsbildung verstärkt werden.

**37.** Jeder Jugendliche soll eine berufliche Grundausbildung erhalten, die seine allgemeine Bildung weiterführt und den Zugang zu mehreren Berufen eröffnet; dafür bietet sich insbesondere das Berufsgrundbildungsjahr an. Eine auf der Grundbildung aufbauende Fachbildung muß stufenweise ein spezielles Berufskönnen vermitteln. Wir wollen, daß alle Ausbildungsverhältnisse durch ein umfassendes Gesetz einheitlich geregelt werden. Den Berufsbildungsausschüssen sind Mitbestimmungsrechte einzuräumen.

Die berufliche Bildung ist durch eine „Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung“ ergänzend zu fördern.

Berufs- und Berufsbildungsforschung dienen dazu, die Berufsbildung an die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung anzupassen. Diese Aufgabe ist auch in die Forschungsaufgabe des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung einzubeziehen.



**38.** Berufliche Fortbildung eröffnet den Weg zu höheren beruflichen Qualifikationen, ermöglicht die Anpassung an wirtschaftliche und technische Veränderungen und erleichtert strukturbedingte Umschulungen. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, müssen die Träger der beruflichen Fortbildung stärker zusammenarbeiten mit dem Ziel, eine bessere Ordnung des Bildungsangebotes zu erreichen, ausreichende Fortbildungseinrichtungen zu schaffen und eine höhere Effizienz beruflicher Fortbildungsgänge zu gewährleisten. Auch das berufliche Schulwesen soll sich stärker als bisher der beruflichen Fortbildung annehmen.

## Erwachsenenbildung

**39.** Die öffentlichen und freien Träger der Erwachsenenbildung sind in den Ländern gesetzlich abzusichern; ihre hauptamtlichen Mitarbeiter sollen einander gleichgestellt werden. Die Erwachsenenbildung soll nicht nur dem beruflichen Fortkommen, sondern auch denjenigen dienen, denen es auf ihre persönliche und gesellschaftspolitische Bildung, auf eine Weiterbildung im Interesse der Erziehungsaufgabe in der Familie, auch unabhängig von einem Arbeitsverhältnis, und auf eine entsprechende Gestaltung der wachsenden Freizeit ankommt.

Durch gesetzliche Regelung ist die Möglichkeit eines in festen Zeitabständen zu gewährenden Bildungsurlaubs von mindestens 7 Tagen zu gewährleisten. Beim Besuch von Bildungseinrichtungen über einen längeren Zeitraum muß der Arbeitsplatz für den Arbeitnehmer gesichert bleiben.

Wir sehen in der nachgewiesenen Leistung im Arbeitsprozeß eine Qualifizierung für das Studium, die der rein intellektuellen Schulausbildung gleichwertig ist. Wir befürworten deshalb die Einrichtung und den Ausbau eines Bildungsweges in zentralen Orten, der den Erwerb wissenschaftlicher Fähigkeiten und exemplarischen Wissens bei Fortsetzung der Berufstätigkeit erlaubt. Dieser Bildungsweg darf nicht eine schematische Übertragung des traditionellen Schulwissens sein. Er schließt mit einer Prüfung ab.

Ein Bundesfernsehstudienprogramm muß auch der beruflichen und allgemeinen Erwachsenenbildung dienen.

## Hochschule

**40.** Die Hochschule hat im Zusammenwirken ihrer Mitglieder die Aufgabe, der Gesellschaft in Wissenschaft, Kunst und beruflicher Praxis durch Forschung und Lehre, Studium und Ausbildung zu dienen. Der Staat muß sicherstellen, daß die Hochschulen in ihren Selbstverwaltungsorganen ihre Aufgaben erfüllen können. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist zu gewährleisten. Die Hochschule hat den wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchs auszubilden und zu fördern, muß sich der Fortbildung Berufstätiger annehmen und für eine begleitende Studienberatung sorgen. An der Selbstverwaltung der Hochschule sollen ihre Mitglieder ihren Aufgaben entsprechend mitwirken.

**41.** Die Hochschulen im Gesamthochschulbereich sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und Einrichtungen des Staates. Sie haben das Recht der Selbstverwaltung. Sie sind zur Zusammenarbeit verpflichtet. Die Studienabschlüsse bauen in Stufen aufeinander auf, so daß Übergänge innerhalb des Gesamtbereichs ebenso möglich sind wie ein Eintritt in das Berufsleben auf verschiedenen Ebenen. Formen der integrierten Gesamthochschule sind zu erproben. Studien- und Prüfungsordnungen sowie die Organisation des Studiums sind aufeinander abzustimmen, um die Übergänge zu erleichtern. Die Stellung privater Hochschulen wird entsprechend geregelt.

**42.** Hochschule und Staat müssen gemeinsam das Studium neu gestalten. Die soziale Lage der Studenten ist zu verbessern. Die Studien- und Prüfungsordnungen sind zu vereinheitlichen. Ausbildungsziele und Abschlüsse, Leistungsnachweise während des Studiums, die Ausbildungsdauer und die gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen und Berechtigungen müssen bundeseinheitlich festgelegt werden. Diese Bestimmungen sollen mit denen der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften in Einklang stehen.

**43.** Entscheidend für die Hochschulreform ist ferner die Neuordnung des Lehrkörpers, die von einer grundsätzlichen Gleichrangigkeit aller Hochschullehrer ausgeht und die verschiedenartigen Funktionen berücksichtigt. Aufgaben und Stellung der wissenschaftlichen Mitarbeiter sind neu zu regeln. Neben den Habilitierten soll als befähigt auch gelten, wer sich in Forschung, Lehre, in Ausbildung und Praxis entsprechend bewährt hat; alle Stellen für Hochschullehrer sollen öffentlich ausgeschrieben werden. Durch vermehrte Promotions- und Habilitationsstipendien sowie durch Graduiertenprogramme soll der Hochschullehrernachwuchs gefördert werden.

**44.** Eine der vordringlichsten Aufgaben der Hochschulpolitik ist der Abbau der Zulassungsbeschränkungen. Dazu sind unter anderem folgende Maßnahmen erforderlich:

- Kapazitätsberechnungen für Massen- und Engpaßfächer;
- Ausbau der Hochschuleinrichtungen;
- Intensivierung, Rationalisierung und Verkürzung der Studiengänge;
- Erweiterung des Lehrangebotes;
- zentrale Nachweisstelle für alle Studienplätze;
- verstärkte Abstimmung der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie verbesserte Berufsberatung.

In Ballungsgebieten sind Zweituniversitäten zu errichten. Im übrigen sollen Neugründungen in bisher hochschulfernen Gebieten erfolgen.

**45.** Die Ausbildung der Lehrer gliedert sich in ein wissenschaftliches Studium und in die Einführung in den Beruf. Je nach Stufenschwerpunkt und Tätigkeitsfeld, die ein Lehrer anstrebt, soll Erziehungs- oder Fachwissenschaft mit Fachdidaktik Schwerpunkt seines Studiums sein. Jeder Lehrer soll für ein Kontaktstudium freigestellt werden können. In der Zwischenzeit soll die fachliche Fortbildung der Lehrer verstärkt gefördert werden.

**46.** Der Lehrermangel kann langfristig nur durch Studienreform und Ausbau der Hochschulen sowie durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Schulen behoben werden. Kurzfristig muß der Lehrermangel durch die Einstellung von Assistenten, die Teilzeitbeschäftigung von ausgedienten Lehrkräften, den Einsatz von Fachkräften aus der Wirtschaft in geeigneten Fächern sowie eine angemessene Vergütung der Lehraufträge überbrückt werden.

## Lehr- und Lernmethoden

**47.** Moderne Lehr- und Lernmethoden müssen stärker als bisher für die innere Reform und die Neugestaltung unseres Bildungswesens genutzt werden. Dazu gehört ein sinnvolles Zusammenwirken von Gruppenarbeit mit Lehrern, Fernunterricht, Hörfunk, Fernsehen, Kassetten-Fernsehen und Lehrprogrammen. Die jeweiligen Programme sind in enger Zusammenarbeit von Rundfunk und Fernsehanstalten sowie Schule und Hochschule, Kultusverwaltungen und anderen Organisationen des Bildungssystems herzustellen.

## Bildungsberatung, Bildungsplanung, Bildungsfinanzierung

**48.** Wir fordern eine fortlaufende Bildungsberatung; sie soll neben den Erziehungsberatungsstellen einen schulpsychologischen Dienst, die Beratung für Schule und Studium sowie für den Beruf und für die Weiterbildung umfassen. Sie muß sich auf eine Dokumentation stützen können, die ständig alle Daten des Bildungswesens auswertet. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit von Schule, Hochschule, Wirtschaft, Kultusverwaltung, Bundesanstalt für Arbeit und des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung zu sichern.

**49.** Die weitere Entwicklung unseres Bildungswesens und die Beseitigung regionaler Schwächen müssen durch eine abgestimmte Bildungsplanung in Bund und Ländern vorbereitet werden; sie muß durch eine sorgfältige Bildungsforschung beraten, durch Bedarfsanalyse gestützt und durch Personal- und Finanzplanung abgesichert werden. Die institutionelle Zusammenfassung von Bildungsrat und Wissenschaftsrat ist erforderlich.

**50.** Der Ausbau und die Entwicklung des Bildungswesens haben Vorrang; dies muß durch entsprechende Entscheidungen in den öffentlichen Haushalten sichergestellt werden.

Wir fordern:

- Bei der Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssen die bildungspolitischen Zielvorstellungen und Kompetenzen entsprechend berücksichtigt werden.
- Die Haushaltsmittel bei Bund, Ländern und Gemeinden müssen zugunsten der Bildungsaufgaben umgeschichtet werden.
- Den öffentlichen Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung ist eine überproportionale Zuwachsrate in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden einzuräumen. Die Summe der Bildungsausgaben ist in den nächsten 5 Jahren mindestens zu verdoppeln.

Die künftige Bildungsfinanzierung setzt die Aufstellung eines nationalen Bildungsplanes und Bildungsbudgets voraus. Bildungseinrichtungen freier Träger sind in gleicher Weise öffentlich zu fördern wie vergleichbare Einrichtungen öffentlicher Träger.

**51.** Bildungs- und Finanzplanung sind in Übereinstimmung zu bringen, damit eingeleitete Reformen nicht scheitern. Die Bildungsausgaben sollen grundsätzlich aus den öffentlichen Haushalten bestritten werden, erforderlichenfalls durch Umverteilung der Ausgaben und Erhöhung der Steuern. Die bildungspolitischen Aufgaben sind bei der Verteilung des Steueraufkommens entsprechend zu berücksichtigen. Im Rahmen einer sinnvollen Aufgabenteilung ist eine verstärkte Mitfinanzierung durch den Bund in Bereichen wie der laufenden Förderung der Hochschulforschung erforderlich. Durch eine Rationalisierung beim Bau und Betrieb der Bildungseinrichtungen müssen die Kosten erheblich gesenkt werden.

**52.** Eine wirkungsvolle Abstimmung der Bildungspolitik der europäischen Staaten muß mehr Freizügigkeit für Lehrkräfte, Schüler, Lehrlinge und Studenten und die gegenseitige Anerkennung der Zeugnisse und Examen gewährleisten. Ein europäisches Jugendwerk, das schrittweise auch auf die osteuropäischen Länder ausgedehnt werden soll, soll den Austausch junger Menschen einschließlich der berufstätigen Jugendlichen fördern. Die Zahl der Europaschulen ist zu vermehren; die Errichtung einer europäischen Universität sowie eines Informations- und Dokumentationszentrums ist anzustreben.

## Forschungsförderung

**53.** Wir wollen, daß die deutsche Forschungspolitik im europäischen und internationalen Rahmen den wissenschaftlichen Fortschritt für unser Land sichert und Hilfen für entwicklungsfähige Länder leistet. Deshalb muß der Anteil der Ausgaben für Wissenschaft und Forschung am Bruttosozialprodukt ständig weiter erhöht werden.

**54.** Die Förderung der Forschung und der technischen Entwicklung muß Vorrang haben. Soweit die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern nicht zukünftig als Gemeinschaftsaufgabe geregelt wird, soll weiterhin durch Verwaltungsabkommen zusammengearbeitet werden. Für die Großforschung muß der Bund voll zuständig sein.

Die nichtstaatliche Wissenschaftsförderung ist durch entsprechende steuerliche Regelungen und durch ein bundeseinheitliches Stiftungsrecht zu erleichtern. Die Forschung der gewerblichen Wirtschaft zur Entwicklung neuer Technologien muß durch langfristige Kredite, bei risikoreichen Großprojekten auch durch bedingt rückzahlbare Darlehen ermöglicht werden; eine verstärkte staatliche Auftragsforschung muß ergänzend hinzutreten.

55. Aufgaben der Ressortforschung sind weiterhin vorwiegend in Bundes- oder Landesanstalten zu lösen. Die Großforschung soll durch privatrechtliche Gesellschaften im Besitz der öffentlichen Hand betrieben werden. Für die Grundlagenforschung muß der Bund den Selbstverwaltungsorganen der Wissenschaft verstärkt Mittel zuweisen. Bei der angewandten Forschung und der projektorientierten technischen Entwicklung sind, soweit sie öffentlich gefördert werden, umfassende nationale Programme in der Zusammenarbeit von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft zu verwirklichen. In der angewandten Forschung sind die verschiedenen Bemühungen von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft zu koordinieren; für die wirtschaftliche Verwertung von Forschungsergebnissen ist zu sorgen.

56. Um Forschungsergebnisse in Wissenschaft und Wirtschaft voll ausschöpfen und vorausschauend planen zu können, soll die wissenschaftliche Dokumentation mit Methoden der Datenverarbeitung ausgebaut und gefördert werden; der Bund soll ein Dokumentationszentrum einrichten.

## Kulturförderung

57. Künstlerische Leistungen sollen an der wachsenden Förderung des Bildungsbereiches angemessen beteiligt werden. Die Kulturpolitik muß die kulturellen Werte der Vergangenheit bewahren und pflegen, der zeitgenössischen Kunst die Möglichkeit zur Entfaltung sichern und zu künstlerischem Schaffen anregen. In den öffentlichen Haushalten ist eine angemessene Förderung von Theater, Musik, bildender Kunst, Literatur, Film, Bibliotheken, Museen und Denkmalspflege sicherzustellen. Um das kulturelle Leben zu intensivieren, sind für die Trägerschaft und den Unterhalt kultureller Einrichtungen vor allem in zentralen Orten mit größerem Umland neue Organisationsformen auf regionaler Basis zu schaffen. Stiftungen zur Förderung der Kunst sollen steuerlich begünstigt werden. Das Urheberrecht ist zu überprüfen, die soziale Situation der Künstler zu verbessern und eine Alterssicherung für sie zu schaffen. Kulturelle Einrichtungen sind allgemein zugänglich zu machen.

Der kulturelle Austausch sollte besonders innerhalb der Europäischen Gemeinschaften intensiviert werden. Die Arbeiten der nationalen Kulturinstitute sind im europäischen Rahmen zu koordinieren.

## Freizeit und Sport

**58.** Neben den freien Trägern soll der Staat Möglichkeiten zur Gestaltung der Freizeit anbieten. Wir wollen vor allem die Familienerholung fördern, in den Gemeinden und in ihrer Nähe ausreichende Erholungsgebiete und Grünflächen schaffen sowie Freizeitzentren und Naturparks errichten.

Wälder, Seen und Meeresküsten sollen unter Achtung privater Eigentumsrechte jedermann zugänglich gemacht werden.

**59.** Die Sportförderung ist eine gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden. Sie muß der Bedeutung des Sportes für Erziehung und Bildung, für Freizeit und Gesundheit entsprechen. Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen sind in ausreichendem Maße zu erstellen.

Sport muß an allen Schulen Pflichtfach sein und ausreichend angeboten werden. Er muß gleichrangiges Lehr- und Prüfungsfach der Lehrerausbildung sein. Sportlehrer dürfen gegenüber anderen Lehrern nicht benachteiligt werden. Leibesübungen und Sportmedizin müssen als Fächer mit Promotionsrecht an den Hochschulen ausreichend vertreten sein. Zur Entfaltung sportlicher Begabungen sind Sportzüge an weiterführenden Schulen einzurichten.

**60.** Die Arbeit der Turn- und Sportvereine und -verbände ist öffentlich zu fördern. Die Freiheit und Selbständigkeit des Sportes müssen unangetastet bleiben. Für den Leistungssport sind Trainings- und Leistungszentren zu errichten und weitere hauptamtliche Trainer anzustellen. Gleiches gilt für Ausbildung und Einsatz von Übungsleitern. Alle öffentlich geförderten Sportstätten sollen mietfrei zur Verfügung gestellt werden.

### **III. Die Soziale Marktwirtschaft – Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung**

**61.** Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle. Ihre Grundlagen sind:

Leistung und soziale Gerechtigkeit,

Wettbewerb und Solidarität,

Eigenverantwortung und soziale Sicherung.

Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft so fortentwickeln, daß die persönliche Initiative gestärkt und immer mehr Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verwirklicht wird. Auf dieses gesellschaftspolitische Ziel müssen alle wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Entscheidungen gerichtet sein. Die Soziale Marktwirtschaft steht im Gegensatz zur sozialistischen Einengung freiheitlicher Rechte, zur Vergesellschaftung von Produktionsmitteln und zu unkontrollierten Wirtschaftsformen liberalistischer Prägung. Sie ist privilegienfeindlich und richtet sich gegen jeden staatswirtschaftlichen Dirigismus.

Die Soziale Marktwirtschaft ist wie keine andere Ordnung geeignet,

- persönliche Freiheit,
- Gleichheit der Chancen,
- Eigentum,
- wachsenden Wohlstand und
- sozialen Fortschritt

für alle zu verwirklichen und zu sichern.

**62.** Geldwertstabilität, Vollbeschäftigung und stetiges Wachstum bei außenwirtschaftlichem Gleichgewicht sind gleichrangige und sich ergänzende Ziele unserer Wirtschaftspolitik. Wir wollen Stabilitätspolitik, weil eine Entwertung des Geldes vor allem die sozial Schwächeren trifft, das Wachstum gefährdet und eine leistungsgerechte Einkommensverteilung und eine breite Vermögensbildung behindert. Wir wollen produktive Vollbeschäftigung, weil jedermann ein Recht auf Arbeit und auf Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt hat. Wir wollen Wachstumspolitik, um den wirtschaftlichen und technischen Fortschritt zu sichern und mehr Spielraum für gesellschaftliche Reformen und Verbesserungen der wirtschaftlichen Struktur zu schaffen.

## Konjunkturpolitik

**63.** Dauerhafte Stabilität und stetiges Wirtschaftswachstum machen eine ständige Abstimmung von wirtschafts-, sozial-, finanz- und einkommenspolitischen Entscheidungen notwendig. Bund, Länder und Gemeinden, die Bundesbank und die großen Gruppen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens sollen sich über die Grundlinien ihres Verhaltens verständigen. Zur marktwirtschaftlichen Ordnung gehört eine aktive Konjunkturpolitik. An die Stelle der bisherigen abrupten Staatseingriffe, die nicht hinreichend zur



Stabilität beitragen können, muß eine Konjunkturpolitik treten, die sich neuer stabilisierender Elemente bedient und ihr Verhalten an feste Regeln bindet: Die Haushaltsausgaben sollen konjunkturgerecht sein und sich im Rahmen einer mittelfristigen Finanzplanung entsprechend den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten gleichmäßiger entwickeln; die Steuerung der Geldmenge durch eine unabhängige Notenbank soll sich am voraussichtlichen Wachstum des Sozialprodukts orientieren; die Einkommenspolitik soll vom Vertrauen in eine gleichmäßigere Konjunktur-entwicklung getragen und mittelfristig ausgerichtet sein.

Eine Stabilisierung der Wirtschaftsprozesse ist ohne eine außenwirtschaftliche Absicherung insbesondere durch funktionsfähige Wechselkurse nicht möglich; das gilt für den Bereich der EWG auch gegenüber Drittländern, sobald die Wirtschafts- und Währungsunion erreicht ist.

Um den Konjunkturablauf zuverlässiger steuern zu können, muß die Information über die Konjunktur-entwicklung erweitert und verbessert werden.

## Finanz- und Steuerpolitik

**64.** Finanzpolitik muß sich im Rahmen der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten an langfristigen Planungen für die einzelnen Aufgabengebiete orientieren; dabei muß sichtbar werden, in welchem finanziellen Rahmen und nach welchen Prioritäten zu entscheiden ist.

Die mittelfristige Finanzplanung von Bund, Ländern und Gemeinden ist weiter zu entwickeln. Der Finanzplanungsrat muß die Finanzplanungen der einzelnen Gebietskörperschaften enger koordinieren; dabei sind vor allem regionale und strukturpolitische Aspekte zu berücksichtigen.

**65.** Die Finanzverfassung muß regelmäßig daraufhin überprüft werden, ob sie der Aufgabenverteilung auf Bund, Länder und Gemeinden gerecht wird. Im Bundesstaat müssen die öffentlichen Einnahmen so verteilt werden, daß alle Gebietskörperschaften ihre Aufgaben wirksam erfüllen können.

In den öffentlichen Haushalten müssen die Aufwendungen für Zukunftsaufgaben wesentlich gesteigert werden. Der Vorrang dieser Aufgaben muß in der Struktur der öffentlichen Haushalte deutlich werden.

Soweit die Einnahmen des Staates für die Finanzierung vorrangiger Aufgaben nicht ausreichen, kann der Anteil der öffentlichen Hand am Brutto-sozialprodukt in sozial und gesamtwirtschaftlich vertretbaren Grenzen erhöht werden.

**66.** Das geltende Recht muß im Rahmen einer umfassenden und stufenweise zu verwirklichenden Steuerreform den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zielen entsprechend neu gestaltet werden.

Insbesondere soll es

- die Lasten so verteilen, daß eine ausgewogenere Einkommensverteilung und gerechtere Vermögensbildung bewirkt wird,
- eine verbesserte Eigenkapitalausstattung der Unternehmen erleichtern,
- die Beteiligung breiter Schichten der Bevölkerung am Produktivkapital fördern,
- wettbewerbsneutral sein,
- ein wirtschaftliches Steuersystem verwirklichen, durch welches das Steueraufkommen auf weniger Steuern als bisher konzentriert wird,
- so einfach wie möglich gestaltet sein, um den Verwaltungsaufwand in vertretbaren Grenzen zu halten und dem Staatsbürger die Übersicht zu erleichtern,
- die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft erhalten,
- die Harmonisierung der Steuersysteme in der EWG berücksichtigen und die Integrationsbemühungen unterstützen,
- Steuerhinterziehungen stärker erfassen; der Steuerflucht entgegenwirken.

Steuererleichterungen und Finanzhilfen müssen im Hinblick auf ihre weitere Berechtigung überprüft und durch ein einheitliches Verfahren übersichtlich und kontrollierbar gestaltet werden; direkte Zuschüsse sind in der Regel zu bevorzugen.

## **Wettbewerb und Verbraucher**

**67.** Der Wettbewerb ist das leistungsfähigste ökonomische Lenkungsinstrument. Ihm kommt im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft auch eine übertragende gesellschaftspolitische Funktion zu. Der funktionsfähige Wettbewerb wirkt

- einer autoritären Vorausbestimmung von Bedürfnissen und
  - der Machtkonzentration
- entgegen.

Die Bedingungen für einen funktionsfähigen Wettbewerb sind zu überprüfen und gegebenenfalls zu schaffen; der Zugang zum Markt ist zu gewährleisten. Vernünftiges Verbraucherverhalten erfordert umfassende Verbraucheraufklärung. Die öffentlichen Mittel, die zur Verbraucheraufklärung zur Verfügung gestellt werden, sind zu koordinieren.

Außerdem muß der Wettbewerb von nationalen und internationalen Verzerrungen befreit und auf weitere Wirtschaftsbereiche ausgedehnt werden. Die nationale Wettbewerbspolitik muß entsprechend der europäischen Entwicklung und fortschreitenden Öffnung der Märkte ausgestaltet werden.

Die Konzentrationsbewegung in der weltweit orientierten Wirtschaft muß da ihre Grenze finden, wo der Wettbewerb wesentlich beeinträchtigt wird.

Dem Mißbrauch wirtschaftlicher Machtausübung ist durch wettbewerbsrechtliche Kontrolle vorzubeugen. Ein an Weisungen nicht gebundenes Kartellamt muß ein Widerspruchsrecht gegen wettbewerbsbeschränkende Konzentrationen und Preisabsprachen haben. Die notwendige Kontrolle des Wettbewerbs darf nicht zu Institutionen führen, die als Mittel einer dirigistischen Wirtschaftspolitik mißbraucht werden können. Funktionsfähiger Wettbewerb und staatlich organisierte Zwangskonzentration schließen einander aus.

## Mittelstand

**68.** Wir betrachten eine breite Schicht von Selbständigen, ihnen vergleichbaren Führungskräften in der Wirtschaft und freiberuflich Tätigen als wesentliches Element unserer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Wir wollen eine ausgewogene marktgerechte Struktur von Klein-, Mittel- und Großunternehmen.

Die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen, insbesondere auch im Handel und im Handwerk, den freien Berufen und im Dienstleistungsgewerbe, ist durch Förderung der Zusammenarbeit, durch Beseitigung wettbewerbsverzerrender Faktoren und durch angemessene Beteiligung an öffentlichen Aufträgen zu stärken. Die Steuer- und Soziallasten müssen wettbewerbsneutral gestaltet sein. Rationalisierung und Eigenkapitalbildung der mittelständischen Unternehmen sind zu erleichtern; die Beteiligungsfinanzierung ist zu verbessern; das Beratungs- und Informationswesen, die Fortbildung sowie Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sind zu fördern. Durch zinsgünstige Kredite für die Gründung selbständiger Existenzen sollen die Startchancen verbessert werden.

## Strukturpolitik

**69.** Strukturwandlungen sind Voraussetzung und Folge des wirtschaftlichen Wachstums. Sie müssen durch eine vorausschauende und umfassende Strukturpolitik erleichtert werden. Dabei darf eine rein quantitative Erhöhung des Sozialprodukts nicht alleiniges Ziel sein. Zumindest ebenso wichtig ist ein an den Bedürfnissen des Marktes orientiertes qualitatives Wirtschaftswachstum. Dazu gehört auch, daß unsere Umwelt nicht zerstört wird und die Arbeits- und Lebensbedingungen für den einzelnen und die Gesellschaft verbessert werden. Wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Ausbau müssen Hand in Hand gehen. Unvermeidbare soziale Härten, die vom einzelnen nicht zu vertreten sind oder von ihm nicht allein zu überwinden sind, müssen ausgeglichen werden. Zu einer solchen Strukturpolitik gehört die quantitative und qualitative Ausweitung des Bildungssystems und eine gezielte Förderung neuer Technologien.

Öffentliche Mittel zur Strukturförderung dürfen nicht der Sicherung überholter, sondern müssen der Schaffung moderner Strukturen dienen. Die Vergabe muß zudem zeitlich begrenzt und degressiv gestaltet werden.

**70.** Um die regionalen Unterschiede in der Wirtschaft zu vermindern, muß die Infrastruktur in den wirtschaftlich benachteiligten Gebieten besonders verbessert werden. Die regionale Wirtschaftsförderung des Bundes, der Länder und Gemeinden muß im Rahmen einer umfassenden Planung besser als bisher koordiniert werden.

Der sektorale Strukturwandel bleibt grundsätzlich dem Markt überlassen. Bei umfassenden Strukturänderungen ganzer Branchen und Bereiche sind neben staatlichen Übergangshilfen auch Sozialpläne unerlässlich, um soziale Härten zu mildern.

Bei der konjunkturgerechten Gestaltung der öffentlichen Haushalte sind die regionalen Unterschiede in der Wirtschaft sowie die Ziele der Strukturpolitik zu berücksichtigen und dementsprechend die zu ergreifenden Maßnahmen regional differenziert durchzuführen.

**71.** Die Förderung des Zonenrandgebietes ist eine politische Aufgabe und hat auf gesetzlicher Grundlage verstärkt mit dem Ziel zu erfolgen, die Nachteile der Zonentrennung abzubauen und Lebensbedingungen zu schaffen, die denen in anderen Teilen der Bundesrepublik gleichwertig sind.

## Mitbestimmung

72. Soziale Marktwirtschaft schließt ein, daß alle an der Wirtschaft beteiligten Kräfte zu funktionsgerechter Mitbestimmung in partnerschaftlicher Zusammenarbeit vereinigt werden.

Wir werden daher ein einheitliches Betriebsverfassungs- und Unternehmensrecht schaffen, das Rechte und Verantwortung der Arbeitnehmer stärkt, die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Unternehmen fördert und im Einklang mit der Tarifautonomie steht.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- stärkere Rechte für den einzelnen Arbeitnehmer am Arbeitsplatz,
- Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Mitbestimmungsorganen durch die Belegschaft,
- stärkere Mitbestimmungs-, Mitwirkungs- und Informationsrechte für die Vertretungsorgane der Arbeitnehmer,
- stärkere persönliche Stellung der Mitglieder der Vertretungsorgane der Arbeitnehmer,
- besseren Minderheiten- und Gruppenschutz,
- bessere Vertretungsrechte für die jugendlichen Arbeitnehmer,
- eigene Vertretungsrechte für die leitenden Angestellten,
- Wahl von Arbeitsgruppensprechern,
- erweiterte Zuständigkeiten für den Wirtschaftsausschuß und den Gesamtbetriebsrat,
- verantwortliche Bearbeitung der sozialen und personellen Belange der Arbeitnehmer auf Vorstandsebene.

Auf Unternehmensebene sollen bei Großunternehmen zu den 7 Anteilseignervertretern, die von der Hauptversammlung gewählt werden, 5 Arbeitnehmervertreter hinzukommen, die von den Arbeitnehmern des Unternehmens gewählt werden. Wird ein größerer Aufsichtsrat gebildet, so sind die für Anteilseigner- und Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Sitze entsprechend zu vermehren. Bezüglich 1—2 dieser Arbeitnehmer-Sitze haben die im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften ein Vorschlagsrecht.

Leitende Angestellte im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes erhalten das aktive und passive Wahlrecht zum Aufsichtsrat.

Beim Verfahren für die Bestellung und Abberufung des Vorstandes muß eine Beteiligung der Arbeitnehmervertreter gewährleistet sein.

Die überbetriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer im sozialwirtschaftlichen Bereich soll in Arbeiterkammern gesichert werden. Wir empfehlen, solche Kammern als öffentlich-rechtliche Körperschaften zu errichten; ihre Aufgaben sind durch Gesetz festzulegen.

## Vermögensbildung

**73.** Wir bejahen das private Eigentum als grundlegenden Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft und als wesentliches Unterscheidungsmerkmal gegenüber anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Das Privateigentum muß allen Bürgern dienen. Unsere Politik der Vermögensbildung will deshalb jedem gleiche Zugangschancen zum privaten Eigentum eröffnen.

Wir wollen die Bildung von personenbezogenem und privatem Vermögen fördern, das den Freiheitsspielraum des einzelnen erweitert und die Anpassung an wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen erleichtert. Um die Vermögensverteilung zu verbessern, ist besonders die Vermögensbildung eigentumsschwacher Schichten staatlich zu fördern. Vor allem ist die Beteiligung am Vermögen und damit am Wachstum und Ertrag der Wirtschaft anzustreben. Maßstab für staatliche Förderungsmaßnahmen sollen die individuellen Einkommens- und Vermögensverhältnisse und nicht die Abgrenzung zwischen Arbeitnehmern und Selbständigen sein.

Grundlage für eine breite Beteiligung am Produktivvermögen ist der von uns vorgeschlagene gesetzliche Beteiligungslohn; weiter gehört dazu die Beseitigung der Doppelbelastung von Gewinnen juristischer Personen durch Einführung der Teilhabersteuer.

*Wo betriebliche Ertragsbeteiligung möglich ist, sollte sie gefördert werden.*

**74.** Bund, Länder und Gemeinden sollen mit ihrem Erwerbsvermögen und bei ihrer Kapitalaufnahme zur privaten Vermögensbildung beitragen. Die Privatisierung geeigneten öffentlichen Erwerbsvermögens ist vorzusehen. Bei der Finanzierung neuer Industrien mit öffentlichen Mitteln wie bei der Kapitalaufnahme öffentlicher Unternehmen ist eine spätere Privatisierung und der Erwerb von Anteilen durch breite Schichten der Bevölkerung zu ermöglichen.

Die Finanzierung der Sozialinfrastruktur bedarf zusätzlicher Geldquellen; dieser Bereich soll in die private Vermögensbildung einbezogen werden. Deshalb sollen Anleihen und Beteiligungspapiere ausgegeben werden, die mit dem Ziel der Förderung der langfristigen Spar- und Kapitalbildung breiten Bevölkerungsschichten angeboten werden.

**75.** Wir treten für ein einheitliches Spar- und Bausparförderungsgesetz mit einem einheitlichen Forderungshöchstbetrag ein; die Prämiensätze sind nach Familienstand und Kinderzahl zu staffeln. Die Auswirkungen der Steuerbegünstigung des Bausparens sind auf diesen Höchstbetrag der Bausparprämie zu begrenzen. Damit künftig die Förderungsmaßnahmen gezielt angesetzt werden können, muß die Vermögens- und Einkommensstatistik durch Gesetz entsprechend ausgebaut werden.

## Sozialbudget, Soziale Infrastruktur, Arbeitsmarktpolitik

**76.** Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik bedingen sich gegenseitig. Wir halten eine Abstimmung der Maßnahmen in diesen Bereichen für unentbehrlich. Als Orientierungs- und Entscheidungshilfe dient dabei das von uns geschaffene Sozialbudget, das weiter entwickelt werden muß.

**77.** Allen Bürgern in diesem Land sollen die sozialen Einrichtungen und öffentlichen Dienstleistungen in gleicher Weise erreichbar sein und zur Verfügung stehen. Dazu wollen wir Pläne zur regionalen Verteilung der sozialen Infrastruktur schaffen, die auf Länderebene nach bundeseinheitlichen Grundsätzen und unter Berücksichtigung überregionaler Gesichtspunkte entworfen werden. Überall dort, wo freie Träger und private Initiative Aufgaben im Sinne der Infrastrukturpläne erfüllen können, sind deren Maßnahmen bei entsprechender Selbstbeteiligung durch öffentliche Mittel zu fördern.

**78.** Wir treten für eine Arbeitsmarktpolitik ein, die ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot an Arbeitsplätzen schafft, beruflichen Aufstieg ermöglicht und zum wirtschaftlichen Wachstum beiträgt. Der einzelne muß im Wandel seiner Arbeits-, Berufs- und Lebensbedingungen bestehen können. Dafür sind eine breite berufliche Grundausbildung, Möglichkeiten zur Fortbildung, gezielte soziale Übergangshilfen und eine rechtzeitige Information über bevorstehende Strukturwandlungen notwendig. Wir fordern eine frühzeitige Information in der Schule über die Berufs- und Arbeitswelt, die Beratung der Berufstätigen und die Beseitigung von Hemmnissen, die einer beruflichen Veränderung im Wege stehen.

**79.** Wir unterstützen den Anspruch der älteren Arbeitnehmer auf Sicherung eines angemessenen Arbeitsplatzes. Dazu gehören u. a. die Anpassung der Arbeitsplätze an die altersbedingte Leistungsfähigkeit, Umsetzung an geeignete Arbeitsplätze im gleichen Betrieb, wirksame Hilfen für die Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer, Förderung und Schaffung von Einrichtungen, die auf die besondere Lern- und Lebenssituation älterer Arbeitnehmer abgestimmt sind.

**80.** Der Anspruch der ausländischen Arbeitnehmer auf geordnete Wohn- und Lebensverhältnisse, insbesondere der Bildungsanspruch ihrer Kinder, ihr Recht auf Pflege ihrer heimatlichen Kultur sowie auf Eingliederung in unsere Gesellschaft müssen gewährleistet werden. Der Gefahr ihrer Isolierung ist besonders durch Maßnahmen entgegenzutreten, die geeignet sind, bestehende Sprachbarrieren zu beseitigen.

## Agrarpolitik

**81.** Die in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen sollen in Voll-, Neben- und Zuerwerbsbetrieben eine sichere Existenz finden. Neben ihrer ernährungs- und gesamtwirtschaftlichen Funktion erfüllt die Land- und Forstwirtschaft durch Sicherung der Besiedelung, durch Erhaltung und Pflege der Landschaft und durch den Schutz der Umwelt wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben.

Ziel der Agrarpolitik als Teil der allgemeinen Wirtschaftspolitik ist eine leistungsfähige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft. Ihre Aufgabe ist es, im Zusammenwirken wirtschaftlicher, sozialer, raumordnerischer und bildungspolitischer Maßnahmen sicherzustellen, daß die auf dem Lande lebenden Menschen voll am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt teilhaben.

Der ländlichen Bevölkerung sollen gleichwertige Lebensbedingungen geboten werden wie den Menschen im städtischen Lebensraum. Zur Erleichterung der strukturellen Anpassung wollen wir die agrarsozialen Förderungsmaßnahmen verstärken. Sie müssen den Menschen, die in der Landwirtschaft keine ausreichende Existenzgrundlage finden, den Zugang zu anderen Berufen erleichtern. Die soziale Sicherung ist für die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung auszubauen.

**82.** Wir wollen eine dynamische Markt- und Preispolitik, die der Entwicklung der Kosten auch durch Anhebung der Erzeugerpreise gerecht wird. Im Rahmen unserer Agrarpolitik werden wir für die in der Landwirtschaft Tätigen eine Einkommensentwicklung ermöglichen, die der in vergleichbaren Einkommensgruppen entspricht.

**83.** Die europäische Agrarpolitik muß durch eine rasche Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ergänzt werden. Andernfalls muß die starre Bindung der Agrarpreise an die im Vorgriff auf eine gemeinsame Währungspolitik geschaffene EWG-Rechnungseinheit zunächst aufgehoben oder doch gelockert werden. Dabei sollen die gemeinsame Verantwortung für die Agrarpolitik und ihre gemeinschaftliche Finanzierung aufrechterhalten bleiben. Die Unterschiede bei der Besteuerung, den Verkehrstarifen, den landwirtschaftlichen Bauvorschriften, dem Lebensmittel- und Veterinärrecht in den Mitgliedstaaten sollen abgebaut werden. Soweit dieser Abbau nicht kurzfristig erfolgt, muß für die sich daraus ergebende Mehrbelastung ein nationaler Ausgleich gewährt werden. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur sind nach gemeinsamen Grundsätzen in nationaler Verantwortung fortzuführen.



**84.** Zur Erhaltung und Schaffung entwicklungsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe sind wie in der gewerblichen Wirtschaft Investitionszuschüsse zu gewähren und der Hofkredit der Lage des Kapitalmarktes entsprechend auf eine für den Landwirt tragbare Höhe zu verbilligen. Landaufstockungen durch Pacht und Zukauf sind zu fördern. Das Pachtrecht ist zu modernisieren.

Steuerliche und rechtliche Benachteiligungen überbetrieblicher Zusammenarbeit von Landwirten sind abzubauen. Die landwirtschaftliche Veredelungsproduktion in bäuerlichen Betrieben ist durch die Gesetzgebung der EWG zu fördern und zu sichern. Die Wettbewerbsnachteile der bäuerlichen Veredlungswirtschaft gegenüber der rein gewerblichen Tierhaltung nach dem Steuerrecht sind auszuschließen.

## Verkehrspolitik

**85.** Ziel unserer Verkehrspolitik ist es, den heutigen Verkehr dem Fortschritt in Wissenschaft und Technik anzupassen, bei freier Wahl des Transportmittels muß er die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse unserer Gesellschaft im nationalen und internationalen Rahmen zu den geringsten gesamtwirtschaftlichen Kosten erfüllen.

Die endgültige Integration des EWG-Verkehrsmarktes muß sich mit der Angleichung der gemeinsamen Startbedingungen vollziehen. Darüber hinaus streben wir eine Sicherung und Steigerung des Anteils der deutschen Seehäfen, der deutschen Seeschifffahrt und Luftfahrt am internationalen Verkehrsaufkommen an.

Die Leistungsangebote auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens sind für den nationalen und internationalen Bereich so weiterzuentwickeln und so zu leiten, daß sie den ständig steigenden Bedürfnissen der Bürger und der modernen Industriegesellschaft gerecht werden.

**86.** Durch eine verbesserte, an wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierte Gestaltung des kombinierten Verkehrs (Container- oder Huckepackverkehr) soll das Straßennetz entlastet werden, damit wollen wir einen sicheren, flüssigen und wirtschaftlichen Verkehrsablauf erreichen. Kooperationsbestrebungen mittelständischer Verkehrsunternehmen sind zu fördern.

Die Deutsche Bundesbahn muß durch Rationalisierungs- und organisatorische Maßnahmen sowie durch eine entsprechende Kapitalausstattung auf eine neue wirtschaftliche Grundlage gestellt werden, ohne daß dies zu einer Wettbewerbsverzerrung im Verhältnis zu anderen Verkehrsträgern führt. Bei Abnahme der politischen Lasten soll sie wie ein Wirtschaftsunternehmen arbeiten.

Im innerstädtischen Verkehr ist durch Einrichtung eines attraktiven öffentlichen Nahverkehrs der Anreiz zu geben, auf die Benutzung des eigenen Pkws besonders im Berufsverkehr zu verzichten.

Der Flächenverkehr durch Gründung regionaler Verkehrsgesellschaften soll so geregelt werden, daß in einem größeren Gebiet eine einheitliche Verkehrsbedienung gewährleistet ist; es muß sichergestellt sein, daß rentable und unrentable Linien gebündelt und möglichst gleichwertig bedient werden.

**87.** Für den Ausbau des Straßennetzes, der Schienen- und Wasserwege, der Flug- und Seehäfen müssen Bund, Länder und Gemeinden ein langfristiges Programm auf der Grundlage eines koordinierten Verkehrswegeprogramms mit entsprechender Rangordnung aufstellen. Dabei sollen die Zonenrandgebiete und wirtschaftlich schwache Räume in Abstimmung mit der Raumordnungspolitik gefördert werden.

**88.** Die verkehrstechnische Forschung muß weiter intensiviert werden. Die Sicherheit im Verkehr sowie die Unfallursachenforschung verdienen dabei Vorrang. Als eine vordringliche Zukunftsaufgabe werden wir den Bau einer Hochleistungsschnellbahn besonders fördern.

**89.** Um die Sicherheit auf unseren Straßen zu erhöhen, sollen Bund, Länder und Gemeinden gemeinsame Verkehrssicherheitsprogramme erarbeiten und dabei besonders auf den Schutz des Fußgängers z. B. durch die Schaffung von Fußgängerzonen achten.

Das Erste-Hilfe-Netz ist auszubauen, dabei sind moderne technische und medizinische Einrichtungen verstärkt einzusetzen.

Die technischen Anforderungen an den Bau von Fahrzeugen sind den jeweils neuesten Erkenntnissen der Verkehrssicherheit der Lärm- und Abgasebeseitigung anzupassen.

In Kindergärten und vorschulischen Einrichtungen müssen Verkehrsbelehrung, in Schulen und bei der Berufsausbildung müssen Verkehrserziehung und Erste-Hilfe-Kurse zur Pflicht gemacht werden.

Die Massenmedien sind aufgerufen, ihre Möglichkeiten auf dem Gebiet der Verkehrserziehung verstärkt zu nutzen.

## Energiepolitik

**90.** Ziel der Energiepolitik ist die ausreichende und preisgünstige Versorgung der Verbraucher mit Energie. In diesem Rahmen sind gleiche Wettbewerbschancen für alle Energieträger und die freie Wahl der Verbraucher herzustellen und zu sichern. Dazu gehören: Entwicklung eines neuen Energieangebotes, insbesondere durch Förderung der Kernenergie; Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der inländischen herkömmlichen Energieträger; ausreichende Lagerhaltung und Pflege der inländischen Energielagerstätten.

## Familienpolitik

**91.** Die Familie ist die erste und wichtigste Gemeinschaft für den Menschen, für die Gesellschaft und für den Staat; deshalb muß Schutz und Förderung der Familie ein unantastbares Prinzip der Innerstaatlichen Ordnung sein. Leitbild unserer Familienpolitik ist die partnerschaftliche Familie. Alle gesetzlichen Bestimmungen, die diesem Leitbild widersprechen, sind abzuändern.

Wie der Familie gelten Schutz und Förderung auch den Alleinstehenden, die auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind.

**92.** Der Familienlastenausgleich soll zusammen mit der Ausbildungsförderung die Chancengleichheit der Kinder gewährleisten.

Die Ausgleichsleistungen für Kinder sind unabhängig vom Einkommen der Eltern; sie sollen lediglich einen Teil der Belastungen ausgleichen, die durch Kinder verursacht werden. Das Nebeneinander von Kindergeld, Kinderzulagen und Kinderfreibeträgen muß beseitigt und durch ein einheitliches System nach folgenden Grundsätzen ersetzt werden:

- Die Ausgleichsleistungen für Kinder müssen in allen Einkommenschichten gleich hoch sein.
- Die Ausgleichsleistungen sollen laufend an die allgemeine Einkommensentwicklung angepaßt werden.

Soweit eine Ausbildungsförderung den Familienlastenausgleich stufenweise ablöst, ist ein nahtloser Übergang sicherzustellen. Jungen Familien sollen Familiengründungsdarlehen gewährt werden. Der soziale Wohnungsbau muß familiengerecht und zugunsten junger Familien weitergeführt werden.

Maßnahmen und Einrichtungen, die den Familien und den berufstätigen Müttern durch Beratung und Bildung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben helfen und Familienferien ermöglichen, sowie der verstärkte Einsatz von Familienhelferinnen sind öffentlich zu fördern. Das Angebot an Familienferienstätten soll dem Bedarf angepaßt werden.

Ein Ausgleich von finanziellen Belastungen durch körperliche oder geistige Behinderung von Familienangehörigen soll unabhängig von der Höhe des Familieneinkommens stattfinden.

## Die Frau in der Gesellschaft

**93.** Gesellschaft und Staat sind auf die verantwortliche Mitarbeit der Frau angewiesen. Sie muß an der Gestaltung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens und aller gesellschaftspolitischen Maßnahmen vollen Anteil haben. Der Frau muß der Platz in unserer Gesellschaft gesichert werden, der sowohl dem Grundsatz der Gleichberechtigung als auch ihrem besonderen Lebenslauf entspricht.

Der Anspruch der Frau auf gerechte Chancen in Bildung, Ausbildung, Fortbildung, Berufsausübung und auf gleiche Aufstiegschancen muß verwirklicht werden. Wir fordern die Tarifpartner auf sicherzustellen, daß Frauen gleichen Lohn bei gleicher Leistung erhalten und die Leichtlohngruppen abgeschafft werden.

Die Stellung der Hausfrau und Mutter ist derjenigen der berufstätigen Frau in jeder Hinsicht gleichwertig. Die Frau muß frei entscheiden können, ob sie sich ausschließlich der Aufgabe in Familie und Haushalt zuwenden oder außerdem ganz oder teilweise berufstätig sein will.

**94.** Für den Wiedereintritt von Frauen in das Berufsleben müssen bessere Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungseinrichtungen ohne Altersgrenze für ihren Besuch eingerichtet werden; Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit sind auch für qualifiziertere Berufe vermehrt anzubieten. Bestimmungen des Sozialversicherungs-, Steuer- und Arbeitsrechts, die dem entgegenstehen, sind zu ändern. Der Hausfrau muß der Zugang zu Bildungseinrichtungen erleichtert werden.

## Jugend

**95.** Die Jugendförderung durch Bundes- und Landesjugendpläne soll fortgesetzt werden. Die nichtorganisierte Jugend muß an den Programmen der Jugendpläne stärker als bisher beteiligt werden. Die freien Träger der Jugendarbeit, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung bejahen, sind ohne staatliche Bevormundung weiterhin zu fördern. Wir wollen die bilateralen Vereinbarungen mit allen europäischen Staaten ausbauen, um die internationale Zusammenarbeit der jungen Generation wirksam zu unterstützen.

**96.** Wir treten ein für ein modernes Jugendhilfegesetz, durch das alle Jugendämter materiell in die Lage versetzt werden sollen, ihre Aufgaben besser und gleichmäßiger als bisher zu erfüllen. In diesem Gesetz ist auch die Förderung der freien Träger besonders zu verankern.

Wir wollen den Arbeits- und Gesundheitsschutz der arbeitenden Jugend in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten effektiver gestalten und weiter ausbauen.

Der Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Kriminalität und Rauschgiftsucht, vor Verrohung und sittlicher Gefährdung sowie vor Mißbrauch der elterlichen Gewalt muß verstärkt werden.

## Soziale Sicherung

**97.** Die Sicherheit des Menschen vor den Risiken der Invalidität sowie die Vorsorge und Sorge für das Alter können in der Regel nur solidarisch gewährleistet werden. Die gesetzliche Altersversicherung wird durch andere Sicherungsformen wie betriebliche Altersversorgung und private Lebensversicherung ergänzt.

**98.** Die betriebliche Altersversorgung ist eine wichtige Ergänzung der sozialen Sicherheit. Sie darf aber die Mobilität der Arbeitnehmer nicht behindern. Wir treten deshalb dafür ein, daß die Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung nach einer Mindestzeit einer Betriebszugehörigkeit bei einem Wechsel des Arbeitsplatzes und bei Liquiditätsschwierigkeiten des Betriebes nicht verfallen.

Wie bei jeder sozialen Sicherung darf der reale Wert der betrieblichen Altersversorgung nicht durch Zeitablauf geschmälert werden. Deshalb sollen mindestens die Anpassungsbeträge der gesetzlichen Rentenversicherung nicht zu einer Minderung der betrieblichen Versorgungsansprüche führen. Nur betriebliche Altersversicherungen, die diese Voraussetzungen erfüllen, sollen steuerlich berücksichtigt werden.

Durch Förderung entsprechender Einrichtungen ist dafür Sorge zu tragen, daß auch Arbeitnehmer in Klein-, Handwerks- und Mittelbetrieben stärker als bisher Leistungen aus einer betrieblichen Alterssicherung erhalten können.

**99.** In der gesetzlichen Alterssicherung muß der Zusammenhang von Alterseinkommen und Lebensarbeitsinkommen erhalten bleiben. Deshalb halten wir an der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente fest. Die gesetzlichen Rentenversicherungen sollen den Selbständigen unter gleichen Rechten und Pflichten offenstehen. Langfristig soll für alle Frauen ein eigenständiger Anspruch auf eine ausreichende Sicherung im Alter und bei Invalidität angestrebt werden. Diese Alterssicherung des ganzen deutschen Volkes soll von einer allgemeinen, gegliederten Rentenversicherung getragen werden, die autonom die unterschiedlichen Belastungen bei voller Erhaltung der Erstattungspflicht des Bundes ausgleicht.

Die Altersgrenze ist im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten flexibel zu gestalten.

Die Bedingungen für die freiwillige Weiterversicherung sind zu erleichtern.

Die fünfjährige Wartezeit während der beitragspflichtigen Zeit in der gesetzlichen Rentenversicherung soll verkürzt werden.

**100.** Über die materielle Sicherung der alten Menschen hinaus werden wir uns vor allem für eine bessere Integration der älteren Menschen in unserer Gesellschaft einsetzen.

Wir werden ein vielschichtiges und abgestuftes System von Maßnahmen entwickeln, damit unsere Mitbürger auch im späteren Alter ihr Leben unabhängig und nach eigenen Wünschen gestalten können. Es muß reichen von Hilfen bei gesundheitlicher Beeinträchtigung, Hilfen zur psychischen Bewältigung des Alters, materiellen und sozialen Hilfen über Sozialstationen bis hin zu Hilfen in Heimen.

**101.** Die Einkommensgrenzen und Leistungen in der Sozialhilfe sind den jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten anzupassen. Die Anrechnungsbestimmungen für Leistungen aus der Sozialversicherung oder aus eigener Vorsorge sind zu mildern.

**102.** Für den privaten Bereich soll eine allgemeine Haftpflichtversicherungspflicht auf privater Basis eingeführt werden.

**103.** Die gerechte Versorgung von Kriegs- und Wehrdienstopfern bleibt eine vordringliche Aufgabe. Sowohl die laufend der Veränderung unterliegenden Lebensumstände der Versorgungsberechtigten als auch die allgemeine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung müssen angemessen berücksichtigt werden.

Dabei ist den sich aus dem steigenden Lebensalter von Beschädigten, Kriegswitwen und Kriegseltern ergebenden Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Das Versorgungsgesetz bedarf ungeachtet der jährlichen Anpassung auch noch struktureller Änderungen, bei denen Fragen der Hinterbliebenenversorgung besonders zu berücksichtigen sind. Die Leistungen an Flüchtlinge müssen denen für Vertriebene angeglichen werden.

## Gesundheit

**104.** Wir wollen, daß der medizinische Fortschritt allen Bürgern zugute kommt und in Stadt und Land gleiche Voraussetzungen für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit geschaffen werden. Wir wollen, daß die Ansprüche und Leistungen aller Beteiligten in der gesetzlichen Krankenversicherung offengelegt werden und sich in wirtschaftlich vertretbaren Grenzen halten.

Arzneimittel müssen strenger geprüft werden. Werbung für gesundheits-schädigende Produkte muß eingeschränkt werden.

Wir werden dafür eintreten, daß die freie Arztwahl sowie die Unabhängigkeit und Freiberuflichkeit der Heilberufe erhalten bleiben und zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung die Bildung von Praxisgemeinschaften besonders auf dem Land gefördert wird.

**105.** Wir wollen jedem Bürger ohne Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage Anspruch auf bestmögliche Krankenhausversorgung geben. Voraussetzung für diese Krankenhausversorgung eines jeden Bürgers ist, daß die deutschen Krankenhäuser wirtschaftlich gesichert sind. Wir werden deshalb durch gesetzgeberische Maßnahmen dafür sorgen, daß

- die Errichtung und die Wiederbeschaffung der Anlagewerte von Krankenhäusern durch Bund, Länder und Gemeinden finanziert werden;
- Entgelte für die stationäre Krankenhausbehandlung die bei wirtschaftlicher Betriebsführung entstehenden sonstigen Kosten der Krankenhäuser voll decken;
- die Krankenhäuser einen Rechtsanspruch auf diese wirtschaftliche Sicherung erhalten.

Um Überschneidungen und Fehlinvestitionen zu vermeiden, müssen die Länder nach bundeseinheitlichen Grundsätzen und unter Berücksichtigung überregionaler Gesichtspunkte Krankenhauspläne entwerfen und entwickeln, die den Ausbau eines bedarfsgerecht gegliederten Krankenhaussystems für Stadt und Land sicherstellen, die die Anpassung der ärztlich-pflegerischen Zielsetzung, der medizinisch-technischen Ausstattung und der inneren Struktur der Krankenhäuser an die Entwicklung von Medizin und Technik fördern und eine ausreichende Zahl von Aus- und Fortbildungseinrichtungen für Angehörige der Gesundheitsdienstberufe anbieten müssen. Dabei müssen im Rahmen der Krankenhauspläne freie, gemeinnützige, kommunale und staatliche Krankenhäuser gleichrangig behandelt werden und die Freiheit und Selbstverantwortung der Krankenhausträger gewährleistet bleiben.

Dringlich ist die Einrichtung von Intensivpflegestationen, Stationen für Patienten mit langer Krankheitsdauer, für psychisch Kranke und für Alterskranke. Zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung in den Krankenhäusern sind durch Strukturveränderungen Bedingungen zu schaffen, die es mehr Fachärzten ermöglicht, in den Krankenhäusern zu verbleiben.

**106.** Die Rehabilitation aller gesundheitlich Geschädigten verlangt umfassende Maßnahmen und Einrichtungen medizinischer und berufsfördernder Art; sie müssen ohne Rücksicht auf Grund und Ursache jedem Behinderten gewährt werden und auch den Hausfrauen zugute kommen. Eine Reform des Rehabilitationswesens verlangt den Aufbau einer Rehabilitationsstatistik.

Die Arbeits- und Sozialmedizin ist insbesondere durch Einrichtungen entsprechender Lehrstühle an den Universitäten in ausreichender Zahl stärker zu fördern und die werksärztliche Betreuung gesetzlich sicherzustellen.

## IV. Bürger, Gesellschaft, Staat

### Demokratische Ordnung

**107.** Die Bundesrepublik Deutschland ist der freiheitliche soziale Rechtsstaat der deutschen Nation. Der Staat hat die öffentlichen und privaten Rechte des Bürgers zu schützen; er muß dem Mißbrauch gesellschaftlicher und politischer Macht wirksam entgegenreten. Kritisches Engagement im Rahmen unserer verfassungsmäßigen Ordnung ist ein wesentlicher Beitrag zur dynamischen Weiterentwicklung der Demokratie. In der Demokratie müssen die Rechte des einzelnen und die Rechte der Gemeinschaft aufeinander abgestimmt werden.

Die Grundwerte der Demokratie gelten nicht nur für den staatlichen Bereich; die schematische Übertragung der Strukturprinzipien parlamentarischer Demokratie auf den gesellschaftlichen oder privaten Bereich ist aber nicht möglich. Wir fordern mehr Öffentlichkeit, Durchsichtigkeit, Mitwirkung und Information in Staat und Gesellschaft.

Politische Parteien, gesellschaftliche Gruppen und organisierte Interessen sind notwendiger Ausdruck der lebendigen Vielfalt unserer politischen Ordnung; sie erweitern die Möglichkeiten des Staatsbürgers, seine politische Meinung zu äußern und zur gemeinsamen Willensbildung beizutragen. Parteien müssen sich als Forum der Aussprache verstehen.

**108.** Die Unabhängigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften muß ungeschmälert und die Freiheit der Verkündigung ihrer Lehren gesichert bleiben. Sie müssen weiterhin ihre Mitverantwortung für das Gemeinwohl ungehindert wahrnehmen können.

**109.** Wir wollen ein mehrheitsbildendes Wahlrecht, das den Einfluß der Wähler auf die Regierungsbildung verstärkt und stabile politische Verhältnisse sichert.

**110.** Der Einfluß der Parlamente muß gestärkt werden. Die Aktionsmöglichkeiten des einzelnen Abgeordneten müssen verbessert, seine Verbindungen zur Wählerschaft gestärkt und seine Unabhängigkeit gegenüber Partei, Fraktion und Interessengruppen gesichert werden. Die in der gewerblichen Wirtschaft Tätigen und die Angehörigen der freien Berufe müssen ebenso wie die Angehörigen des öffentlichen Dienstes angemessene Sicherungen für die Zeit während und nach der Übernahme eines Abgeordnetenmandates erhalten. Diese Verbesserungen sind wesentlicher Bestandteil jeglicher Parlamentsreform.

**111.** Die Freiheit der Meinungsäußerung und der ungehinderte Zugang zu Informationen sind als unverzichtbare Grundelemente unserer demokratischen Ordnung zu sichern. In den Organen der öffentlichen Meinung muß sich die Mannigfaltigkeit der politischen Auffassungen wirksam ausdrücken können; dieser Grundsatz setzt der Konzentration Grenzen.



Das Recht der in Presse, Hörfunk und Fernsehen Angegriffenen auf Verteidigung ist gesetzlich, die Rechte und Pflichten der Redakteure und Verleger sind durch Tarifvertrag oder Gesetz zu regeln.

Die öffentlich-rechtliche Struktur des Rundfunks soll Grundlage der Organisation von Hörfunk und Fernsehen bleiben; eine rationellere Organisation, insbesondere der Zusammenschluß kleinerer Anstalten, ist zu verwirklichen. Die Ausstrahlung weiterer Hörfunk- und Fernsehprogramme durch andere Veranstalter — auch durch Gesellschaften des privaten Rechts — soll möglich sein. Bei der künftigen Vergabe von weiteren Fernsehizenzen sollte die Presse berücksichtigt werden.

Um der mißbräuchlichen Verwendung von Daten der Sozialforschung sowie der Markt- und Meinungsforschung aller Art zu begegnen, ist gesetzlich festzulegen, daß mit der Publikation von Ergebnissen zugleich die Methoden der Erhebung und der Auswertung sowie die Auftraggeber bekanntzugeben sind.

**112.** Unsere bundesstaatliche Ordnung muß verbessert werden. Wir fordern, daß durch Änderung des Grundgesetzes dem Bund das Recht eingeräumt wird, diejenigen Materien bundeseinheitlich zu regeln, bei denen das aus sachlichen Gründen geboten ist, und wo Einvernehmen über die erforderlichen Maßnahmen besteht.

Jedes Land muß das Recht erhalten, auf allen Gebieten, die eine einheitliche Regelung nicht erfordern, eigenes Recht zu erlassen, wenn der Bund keinen Einspruch erhebt.

Das Bundesgebiet ist neu zu gliedern, um leistungsfähigere Länder zu schaffen. Dabei sollen die Erfordernisse der Raumordnung, die wirtschaftliche und soziale Zweckmäßigkeit und die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge in gleicher Weise berücksichtigt werden.

**113.** Um die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten und zu stärken, müssen leistungsfähige kommunale Einheiten geschaffen, ihr ehrenamtliches Element gestärkt, die Zusammenarbeit der Gemeinden verbessert und eine ausreichende kommunale Finanzausstattung und -autonomie gesichert werden. Unsere demokratische Ordnung erfordert eine weitere Ausdehnung der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung in den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Dazu müssen im Rahmen unserer repräsentativen Demokratie Formen zur stärkeren Teilhabe aller Bürger an der Willensbildung im kommunalen Bereich gefunden werden.

Die Zahl der Verwaltungsebenen ist zu verringern. Jeder Verwaltungsebene soll grundsätzlich eine gewählte Volksvertretung zugeordnet werden. Zwischen den kommunalen und staatlichen Verwaltungsbehörden ist eine funktionsgerechte Aufgabenverteilung anzustreben.

## Verwaltung und Öffentlicher Dienst

**114.** Organisation und Praxis der öffentlichen Verwaltungen müssen sich nach den Erfordernissen eines modernen Staatswesens richten und neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft, sozialen und kulturellen Bereichen ermöglichen. Eine umfassende Regierungsreform muß die Ministerien insbesondere nach Sachzusammenhängen neu gliedern, sie müssen sich auf ihre wesentlichen Aufgaben — vor allem die Vorbereitung politischer Entscheidungen — beschränken und andere Aufgaben nachgeordneten Behörden zuweisen.

**115.** Für Einstellung und berufliche Entwicklung im öffentlichen Dienst müssen Eignung und Leistung allein maßgebend sein. Für die Weiterbildung sind neue Einrichtungen zu schaffen. Qualifizierte Kräfte sollen häufiger als bisher in Wirtschaft und Verwaltung wechselseitig eingesetzt werden.

In der Verwaltung ist der kooperative Führungsstil zu fördern; die Möglichkeiten von Teamarbeit und Delegation von Verantwortung sind zu nutzen. Das Personalvertretungsrecht muß den modernen Verhältnissen in Staat und Gesellschaft entsprechen und ist in Bund und Ländern einheitlich zu gestalten. Die Rechte der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, der Personalvertretungen und der Jugendvertretungen müssen gestärkt werden. Der Schutz der Minderheiten ist sicherzustellen.

Wir treten für die Schaffung eines einheitlichen öffentlich-rechtlichen Dienstrechtes auf der Grundlage eines nach zeitgemäßen Gesichtspunkten fortzuentwickelnden Beamtenrechts ein.

## Rechts- und Justizpolitik

**116.** Unsere Rechtspolitik dient dem Ziel, dem einzelnen Sicherheit und Schutz zu gewähren, Gesellschaft und Staat vor Übergriffen zu schützen und die Grundlagen für soziale Gerechtigkeit, für fairen Wettbewerb in Ausbildung, Beruf und Wirtschaft und für gewaltlose Austragung von Konflikten zu gewährleisten.

**117.** Wir wollen die Reform unseres Strafrechts fortführen. Das neue Strafrecht muß der Gesellschaft größtmöglichen Schutz vor Verbrechen gewährleisten. Die Gebote der Sittlichkeit verpflichten das Gewissen des einzelnen. Sie sind ein Maßstab für die Gesetzgebung, bedürfen aber nicht immer des strafrechtlichen Schutzes.

Wir werden die Strafrechtsreform durch eine Strafvollzugsreform ergänzen. Im Strafverfahren und im Strafvollzug sind Bürgerrecht und Menschenwürde des Angeschuldigten, des Angeklagten und des Verurteilten zu achten; die Wiedereingliederung des Verurteilten in die Gesellschaft ist zu fördern und die Gefahr eines Rückfalls zu mindern. Vor Rechtsbrechern, die nicht zu bessern sind, ist die Gesellschaft zu schützen.

**118.** Die Ehe ist grundsätzlich auf Lebenszeit angelegt. Bei der Reform des Eherechts werden wir dafür eintreten, daß eine am verfassungsmäßigen Schutz von Ehe und Familie und an der sozialen Wirklichkeit orientierte Neuregelung der Scheidungsgründe, der Scheidungsfolgen, der Unterhalts- und Alterssicherung des geschiedenen Ehepartners und des Eheprozeßrechts gleichzeitig verabschiedet wird.

Die Volljährigkeit der Bürger soll mit der Vollendung des 18. Lebensjahres beginnen.

**119.** Aufgabe der Rechtspolitik ist es, die Unabhängigkeit der Rechtsprechung zu sichern und die bei der Rechtsfindung Tätigen vor sachfremder Beeinflussung wirksam zu schützen. Die Rechtsprechung hat die geltende Rechtsordnung durchzusetzen und das Recht unter Beachtung der vom Gesetzgeber getroffenen Grundwertentscheidungen fortzuentwickeln. Mehr als bisher sollen erfahrene und bewährte Juristen aus anderen Berufen zu Richtern ernannt werden. An den Personalentscheidungen sind die Richter wirksam zu beteiligen.

Die Ausbildung der Juristen soll straffer, intensiver und praxisnäher gestaltet werden.

**120.** Im Bund und in den Ländern sollen Rechtspflegeministerien geschaffen werden. Wir wollen den Aufbau der Gerichte und ihre Verfassung für alle Zweige der Gerichtsbarkeit in einem allgemeinen Gerichtsverfassungsgesetz regeln.

Wir werden das Verfahrensrecht für alle Zweige der Gerichtsbarkeit soweit wie möglich vereinheitlichen. Die Gerichtsverfahren müssen gestrafft, beschleunigt und möglichst auf die erste Instanz konzentriert werden, ohne den umfassenden Rechtsschutz zu beeinträchtigen. Die Funktion der obersten Bundesgerichte ist auf die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung und auf die Fortentwicklung des Rechts zu konzentrieren.

In der ordentlichen Gerichtsbarkeit wollen wir die Zuständigkeiten der Amts- und Landgerichte neu ordnen, erstinstanzliche Familiengerichte bilden, die Vielzahl unterschiedlicher Spruchkörper in Strafsachen verringern und nicht leistungsfähige Gerichte auflösen.

**121.** Wir fordern, daß Verbrechen entschiedener bekämpft werden. Dazu ist vor allem eine bundesweite Koordination der Kriminalpolizei erforderlich. Das Berufsbild der Polizei muß so gestaltet werden, daß es für junge qualifizierte Bürger anziehend wird. Die Schutz- und Kriminalpolizei ist mit den modernsten Mitteln auszustatten.

Kriminelle Serientäter, die wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt worden sind, müssen in Untersuchungshaft genommen werden können, wenn sich gegen sie erneut ein dringender Tatverdacht richtet und Wiederholungsgefahr besteht.

Opfer von schweren Verbrechen sollen Anspruch auf staatliche Hilfe haben.

## Raumordnung, Städte- und Wohnungsbau

**122.** Ziel der Raumordnung ist eine Siedlungs- und Infrastruktur, die die Entwicklungsmöglichkeiten des einzelnen in der Gesellschaft verbessert und eine wachstumsfähige Volkswirtschaft sowie die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewährleistet. Die Pflege der Landschaft und die Erhaltung des Gleichgewichts im Naturhaushalt sind Aufgaben, denen wir in Zukunft besondere Bedeutung zumessen.

In den ländlichen Gebieten müssen ausreichende gewerbliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Eine ausreichende Zahl zentraler Orte soll die Bewohner auf dem Lande mit jenen öffentlichen Dienstleistungen versorgen, die die einzelne Gemeinde nicht bereitzustellen vermag. Mittelgroße Städte sollen zu regionalen Zentren ausgebaut werden, die mit attraktiven öffentlichen und privaten Dienstleistungen neue wirtschaftliche Unternehmen anziehen und dadurch ihr Angebot an Arbeitsplätzen erhöhen. Um einen wirksamen Vollzug der Raumordnungspolitik zu sichern, müssen Bund, Länder und Gemeinden ein System verbindlicher, aufeinander abgestimmter Raumordnungsregeln entwerfen, die auch bei den mehrjährigen Finanz- und Investitionsplanungen der öffentlichen Hand auf allen Ebenen wirksam werden.

**123.** Städtische und ländliche Lebensform sind gleichwertig. Stadt und Land sind durch eine wachsende Urbanisierung gekennzeichnet.

Die Stadt ist Zentrum bedeutender wirtschaftlicher und kultureller Leistungen. Die Umweltbedingungen der städtischen Bevölkerung sind durch eine fortschrittliche und verstärkte Investitionspolitik zu verbessern.

Der Städtebau muß sich an den Bedürfnissen des menschlichen Lebens ausrichten, die über den Lebensraum der Gemeinde hinausgehen. Lokale Planungen müssen deshalb in regionale Zusammenhänge eingeordnet werden. Bei der Vorbereitung städtebaulicher Maßnahmen muß der Bürger mitwirken können; das gilt besonders für die Erstellung von Sozialplänen. Der Zersiedlung städtischer Naherholungsgebiete ist entgegenzuwirken.

Zur Entlastung stark verdichteter Siedlungsräume ist die Entwicklung neuer Städte erforderlich. Alle Planungen und Maßnahmen müssen in einem Stadtentwicklungsprogramm zeitlich und sachlich aufeinander abgestimmt werden. In den Verdichtungsräumen müssen vor allem die Stadtkerne neu geordnet werden; es müssen neue, städtisch gegliederte, bestmöglich mit öffentlichen und privaten Versorgungseinrichtungen ausgestattete Siedlungseinheiten gebaut werden.

**124.** Voraussetzung für eine weitschauende, gemeinschaftsorientierte Raumordnungs- und Städtebaupolitik ist eine Fortentwicklung des Bodenrechts, die die besondere Sozialbindung des Eigentums am Boden berücksichtigt. Privates Eigentum bleibt Grundlage der Bodenordnung. Neben der Form des parzellierten Einzeleigentums sollten vorrangig die Möglichkeiten des Anteiligentums genutzt werden. Planungen und Neuordnungen in Stadt und Land müssen von Verzögerungen und ungerechtfertigten Verteuerungen befreit werden. Spekulationsgewinne aus Bodengeschäften sind steuerlich stärker zu erfassen; die Entschädigung bei Enteignung soll auf Wunsch des Enteigneten statt in Geld durch Beteiligungen oder Ersatzland erfolgen können.

**125.** Der Wohnungsbau und insbesondere der soziale Wohnungsbau, vor allem für die kinderreiche und junge Familie muß weiterhin gefördert werden. Dabei sollen Siedlungen entstehen, deren Ausstattung modernen Wohnansprüchen genügt.

Im öffentlich geförderten Wohnungsbau ist die Vergabe von Krediten an die Bereitschaft der Wohnungsbauunternehmen zu binden, eigentumsschwache Schichten durch geeignete Eigentumsformen am Vermögenszuwachs zu beteiligen. Im Zuge städtebaulicher Maßnahmen sollen Wohnung, Haus und Boden in verstärktem Maße zur Bildung von Eigentum für breite Schichten der Bevölkerung verwandt werden. Beim Erwerb von eigengenutzten Eigentumswohnungen und Eigenheimen soll die Grunderwerbsteuer entfallen. Wohnungen im Eigentum der öffentlichen Hand sollen privatisiert werden. Es sollen Anreize für den Erwerb von Wohnungen durch ihre Mieter geschaffen werden. Den Wohnungsgesellschaften soll auferlegt werden, öffentlich geförderte Wohnungen zu angemessenen Preisen als Privateigentum oder den Mietern ein Dauerwohnrecht anzubieten.

Der Anspruch auf Wohngeld und auf die Benutzung einer Sozialwohnung muß in regelmäßigen Abständen den veränderten Verhältnissen der Berechtigten angepaßt werden. Instandsetzungen und Modernisierung des Althausbesitzes sind zu begünstigen.

## Umweltschutz

**126.** Wir werden unsere Anstrengungen verstärkt fortsetzen, die Umweltbedingungen zu verbessern. Wir werden dem Anspruch aller Menschen auf Reinhaltung von Luft und Wasser, offene Flächen für Freizeit und Erholung und Schutz vor Lärm Geltung verschaffen. Wir fordern eine wirkungsvollere Organisation und verstärkte Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden, Wirtschaft und Wissenschaft zur Lösung dieser Aufgaben. Der Umweltschutz ist in Bund und Ländern einheitlich zu regeln und durch internationale Abkommen zu sichern. Bei der Standortwahl für Industrieansiedlungen sind ökologische Faktoren zu berücksichtigen. Wir werden durchsetzen, daß grundsätzlich derjenige Umweltschäden zu beseitigen hat, der sie verursacht. Die Ökologie ist als interdisziplinäre Wissenschaft an den Hochschulen einzuführen. Die Forschungsschwerpunkte sind national und international abzustimmen.

**127.** Die Wasserversorgung der Bevölkerung ist durch langfristige Planungen sicherzustellen. Der Grundwasserschutz hat Vorrang vor einer anderweitigen Beanspruchung der Landschaft. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Abwässer in Zukunft so zu reinigen, daß sie unsere Gewässer nicht verseuchen oder vergiften können. Das biologische Gleichgewicht in den Gewässern muß erhalten bzw. wiederhergestellt werden. Alle Länder müssen die Reinhalteteordnungen erlassen, die im Wasserhaushaltsgesetz vorgesehen sind.

**128.** Der Verschmutzung der Luft muß durch neue gesetzliche Vorschriften und durch bessere Kontrollen wirksamer begegnet werden. Die Verschmutzung der Luft durch Abgase darf nicht ein gesundheitsschädliches Maß erreichen. Die Zulassung von Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeugen ist entsprechenden Auflagen zu unterwerfen. Wir werden die Erforschung und Entwicklung abgasfreier Energien und emissionsfreier Maschinen fördern.

**129.** Wir fordern zum Schutz der Bevölkerung vor dem Lärm: Verminderung der Lärmbelastung durch sinnvolle Regionalplanung und Bauleitplanung; die Planung und der Bau von schallgeschützten Wohnungen, Krankenhäusern, Kindergärten, Schulen und Arbeitsplätzen; Entwicklung und Bau von geräuscharmen Fahrzeugen, technischen Geräten, insbesondere im Hoch- und Tiefbau und industriellen Anlagen; Beschränkung der durch den Luftverkehr verursachten Lärmbelastigung; Schaffung von Lärmschutzzonen und Schallschutzeinrichtungen; Verbot des zivilen Überschallfluges über der Bundesrepublik.

**130.** Eine schadlose, geordnete und kontrollierte Beseitigung von Abfallstoffen muß sichergestellt werden. Das Problem der Abfallbeseitigung ist durch übergemeindliche Planung und Organisation zu lösen. Zu diesem Zweck sind Sanierungspläne im gesamten Bundesgebiet aufzustellen. Die Industrie muß Produkte auf den Markt bringen, die im Abfallzustand ohne großen Aufwand wiederverwendet oder dem natürlichen biologischen Kreislauf zugeführt werden können.

**131.** Die Auswirkungen von Schädlings- und Unkrautbekämpfungsmitteln und von maschinellen Feldbautechniken auf das biologische Gleichgewicht im Boden und auf die Gesundheit von Mensch und Tier sind verstärkt zu untersuchen. Vermeidbare negative Auswirkungen sind zu unterbinden. Biologische Schädlingsbekämpfung sowie die Forschung nach Substanzen und Techniken, die den Naturhaushalt nicht stören, ist zu fördern.

Wer Bodenschätze im Tagebau abbaut, hat die Abbaugelände für die Erholung und für landwirtschaftliche Zwecke zu rekultivieren.

# Namenverzeichnis

- Ade 412, 413  
Arnold 51, 313, 394  
Artzinger 380  
Baeyer, von 87  
Barzel 114, 163, 497, 513  
Becker 24  
Becker-Döring (Tagungspräsidium) 333—346  
Benda 306, 387, 388, 391, 393, 396, 422, 423,  
424, 425, 437  
Berger, Markus 213, 215, 338, 410, 514  
Berger, Ulrich 420  
Biedenkopf 235, 288  
Bismarck, von 245, 510  
Blohm 357, 358, 362, 364, 369, 370  
Blüm 101, 274, 347  
Böhm 242, 245  
Borsche 71, 132, 160  
Bresse 376  
Braun 143, 144, 152, 153, 155, 156  
Breidbach 278, 333  
Brinkert 98, 107, 123, 124  
Brügner 82  
Büttner 339  
Burgbacher 208, 213, 371, 377, 379, 380  
Burger 76, 357, 370  
Christians 339  
Czaja 502  
Damm 486, 516  
Danwitz, von 92  
Dichgans 194, 296  
Drape 365  
Dregger 257—265  
Dübel 469  
Echternach 265, 491, 493  
Ehler 83, 131  
Enckevort, von 153  
Enneking 55  
Erhard 196  
Erpenbeck 430  
Fall 405  
Fischer 507  
Freiwald 107, 218, 284, 375, 381  
Frerichs 458  
Friedensburg 182  
Fuchs 224, 406, 415  
Gamillschek 354  
Geißler 77, 318, 319, 320, 322, 323, 345, 346,  
347, 348, 365  
Gerhardt 130, 367, 369, 432, 485  
Göb 426, 427, 428, 429, 432, 433, 435  
Gölter (Tagungspräsidium) 86—123  
426—440, 512  
Gogeißl 511  
Gradl 453, 454, 460, 474  
Graß 64, 89, 120, 136, 141, 511  
Griesinger 333, 334, 335, 337, 356, 382, 435,  
437, 439, 440  
Gruhl 438  
Grundmann 81, 125, 281, 363  
Gündisch 202  
Häfele 529  
Härzschel 119, 349  
Hammans 358  
Hasselmann (Tagungspräsidium) 61—85,  
155—162, 185—211, 226—242, 271,  
324—328, 347, 348, 370, 371  
Hauserl, Alo 48, 469, 522  
Hauserl, Hansheinz 100, 116  
Heck 29  
Hornung 247  
Horten 109, 525  
Hülsmann 419, 424  
Jäger 309, 476, 498, 527  
Jahn 459, 463, 475, 495  
Jakob 58, 126, 128, 391, 465  
Ketzer 110, 265, 307, 352  
Kiep 455, 461, 517, 518  
Kiesinger 7, 56, 442—445, 531—542  
Kirsch 136  
Kliesing 47, 481  
Kloetsch 427  
Klose 404, 410, 417  
Köppler (Tagungspräsidium) 11, 23—59,  
130—134, 163, 181, 185, 308, 352,  
440—446, 478, 479, 516—542  
Kohl 55, 302  
Kraske 45, 48, 49, 524, 525, 527  
Künstler 112, 424, 425  
Lamers 500  
Lampersbach 118, 221, 225, 231, 237, 238,  
239, 293, 329, 331, 349, 360, 359  
Langes 153  
Langguth 51, 445  
Lauk 411, 413, 496  
Lenz 392, 396, 400  
Licht 56, 342, 476  
Limbach 90, 321, 517  
Lorenz (Tagungspräsidium) 423—425,  
446—516  
Luda 220, 222, 381

Ludwig 76, 158, 361, 364  
 Mäkinen 28  
 Marx 519, 520, 521, 522, 523  
 Masuch 237, 355  
 Meier 319, 434  
 Mick 214, 298  
 Mikat 398  
 Müller, Alfons (Tagungspräsidium) 46, 152,  
 286, 317—369  
 Müller, Josef 478, 486  
 Müller-Hermann 220, 330, 331, 332, 333  
 Narjes 244  
 Neuhaus 300  
 Neumann 53, 96  
 Niederbrämer 114, 195  
 Obermüller-Kochs 82, 93, 320  
 Olderog 501  
 Orgaß 232, 431, 436  
 Pieroth 204, 376  
 Pieser (Tagungspräsidium) 123—155  
 Pinger 138, 376  
 Pohlmann 314  
 Priesnitz 499  
 Popkes 91, 225, 241, 345, 374  
 Pürsten 52, 304  
 Rawe 331  
 Reeder 119, 209  
 Reimers 88  
 Reinhard 70, 213  
 Reinke 328  
 Richers 342  
 Riesenhuber 54, 155, 157, 159, 186, 202,  
 203, 207, 317, 336, 337, 338, 340, 342, 343,  
 344  
 Rinsche 401  
 Ritz 241, 242, 323, 327, 328  
 Rödding 70, 90, 95  
 Rollmann 200, 311, 353, 401  
 Rosorius 79, 139, 211, 369, 377, 389  
 Roth 234, 375  
 Rühle 80  
 Ruf 249, 307, 310, 315, 316, 348, 353, 354,  
 355, 356  
 Schäfer 217, 218, 219, 226, 319  
 Scharf 67  
 Schleinzer 26  
 Schmidt-Burk 207  
 Schmöle 287, 472, 504  
 Schnipkoweit 364  
 Schröder, Gerhard 446—452  
 Schröder, Horst 65, 74, 144, 150  
 Schulze-Stapen 468, 509  
 Schwarz-Schilling 224, 276, 383  
 Schwieres 156, 329  
 Semperich 403  
 Serafim 302  
 Sibbecke 223  
 Simon 147, 466  
 Soënius 331  
 Spethmann 233  
 Springorum 483  
 Stanitzek 243, 317, 441  
 Stark 415  
 Stehle 372, 374  
 Stoltenberg 188, 309, 324, 351, 516  
 Stratmann 83  
 Strauß 18  
 Tietje 326  
 Tübler 280  
 Vogel, Bernhard 62, 63, 69, 71, 72, 73, 74, 84,  
 86, 96, 97, 115, 121, 122, 123, 137, 141,  
 145, 148, 150, 160, 161  
 Vogel, Friedrich 404, 406, 407, 408, 411, 414,  
 416, 420, 528, 529, 530  
 Vogt 230, 237, 295, 312, 350, 382  
 Wachtendonk 237  
 Wagner 479  
 Wallmann 470  
 Walz 63, 66, 67, 68, 127, 129, 131, 132, 133,  
 134, 135, 137, 139, 142, 143  
 Weirich 471  
 Weiß 89, 105  
 Weizsäcker, von 49, 56, 57, 454, 456, 457, 458,  
 459, 460, 477, 478, 480, 482, 485, 487  
 Westphal 409, 431  
 Wex 124, 337, 341  
 Windelen (Tagungspräsidium) 201, 213—226,  
 242—247, 255, 271—316, 371—385, 404  
 Wissmann 95, 499, 508  
 Wörner (Tagungspräsidium) 214, 384—421  
 Wohlrahe 494  
 Wrangel, von 488, 489, 490, 514  
 Zimmer 116





